

Stadt Winterthur



Voranschlag 2012, Teil B

Globalbudgets

IAFP

Inhaltsverzeichnis

Departement Kulturelles und Dienste

Personalamt	5
Stadtentwicklung	15
Theater Winterthur	24
Bibliotheken	31
Subventionsverträge und Beiträge an Dritte	38
Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten	46
Rechtspflege	54

Departement Finanzamt

Finanzkontrolle	60
Finanzamt	65
Informatikdienste (IDW)	70
Steuerbezug	79
Immobilien	86
Städtische Allgemeinkosten/Erlöse	96
Steuern und Finanzausgleich	100

Departement Bau

Tiefbau	104
Entsorgung	113
Vermessung	121
Baupolizei	129
Städtebau	136

Departement Sicherheit und Umwelt

Polizeirichteramt	146
Stadtpolizei	151
Betrieb Parkhäuser und Parkplätze	159
Feuerwehr	166
Zivilschutz	176
Melde- und Zivilstandswesen	183
Umwelt- und Gesundheitsschutz	189

Departement Schule und Sport

Volksschule.....	199
Materialverwaltung.....	212
Sonderschulung.....	219
Familienunterstützende Angebote.....	225
Berufsbildung.....	234
Sportamt	243

Departement Soziales

Vormundschaftsamt.....	253
Jugend- und Familienhilfe	258
Sozial- und Erwachsenenhilfe	265
Asylwesen.....	274
Prävention und Suchthilfe.....	280
Spitex.....	289
Alterszentren.....	295
Beiträge im Gesundheits- und Altersbereich.....	302
Arbeitsintegration.....	307

Departement Technische Betriebe

Stadtwerk Winterthur	315
Stadtbus Winterthur	321
FinöV Stadt.....	331
Forstbetrieb.....	337
Stadtgärtnerei	344

Behörden und Stadtkanzlei

Stadtkanzlei	354
Ombuds- und Datenaufsichtsstelle.....	361

Anhang	367
--------------	-----

Personalamt

Auftrag

Das Personalamt der Stadt Winterthur bearbeitet die personalrechtlichen Fragen für den Stadtrat und bereitet die personalrechtlichen Erlasse vor. Es erfüllt die personalpolitischen, personalrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Querschnittsaufgaben der Personalführung und der Personalentwicklung der Stadtverwaltung. Es ist zuständig für deren rechtsgleichen und einheitlichen Vollzug des Personalrechts. Es unterstützt die Departemente und Bereiche in der Personalarbeit mit geeigneten Instrumenten, Massnahmen und Beratungsleistungen.

Produkte

1 Personalpolitik / Personalrecht (bisher)

Erstellung bzw. Anpassung der personalpolitischen und personalrechtlichen Grundlagen, Bearbeiten personalpolitischer Projekte, Koordination des Vollzugs des Personalrechts und der Umsetzung der stadträtlichen Personalpolitik, Beratung in personalpolitischen und personalrechtlichen Fragen, Bearbeitung von personalrechtlichen Fragen und Rechtsmittelverfahren.

1 Personalpolitik / Personalrecht (neu)

Erstellung bzw. Anpassung der personalpolitischen und personalrechtlichen Grundlagen, Bearbeiten personalpolitischer Projekte, Koordination des Vollzugs des Personalrechts und der Umsetzung der stadträtlichen Personalpolitik, Beratung in personalpolitischen und personalrechtlichen Fragen, Bearbeitung von personalrechtlichen Fragen und Rechtsmittelverfahren. Koordination und Leitung des Betrieblichen Gesundheitsmanagements.

2 Zentrales Personalmanagement (bisher)

Zentrale Personaladministration, Bereitstellung und Bewirtschaftung geeigneter HR-Instrumente, Stellenplanbewirtschaftung und Funktionsbewertung, beratende und unterstützende Dienstleistungen zu Gunsten der Departemente, Bereiche und Ämter. Führen des Lohnbüros für das Departement Kulturelles und Dienste, Stadtkanzlei und Behörden (SR, GGR).

2 Zentrales Personalmanagement (neu)

Betreiben des Personalinformations- und Abrechnungssystem PIAS (Betrieb, Wartung, Entwicklung), Lohnverarbeitung und Abrechnungen mit Sozialversicherungen, Bereitstellung und Bewirtschaftung geeigneter HR-Instrumente, Stellenplanbewirtschaftung und Funktionsbewertung, beratende und unterstützende Dienstleistungen zu Gunsten der Departemente, Bereiche und Ämter. Operative Führung des Personaldienstes für das Departement Kulturelles und Dienste, Stadtkanzlei und Behörden (SR, GGR).

3 Personalentwicklung und Beratung

Bereitstellung eines zentralen Weiterbildungsangebots, beratende und unterstützende Dienstleistungen im Bereich Personalentwicklung und Beratung zu Gunsten der Departemente, Bereiche und Ämter. Kaufmännische Lehrlingsausbildung für die ganze Stadtverwaltung.

4 Gleichstellung (bisher)

Beratung und Unterstützung der Departemente, Bereiche und Ämter in der Umsetzung der Gleichstellung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, Bearbeitung von gleichstellungspolitischen Fragen, Erarbeitung von gleichstellungspolitischen Erlassen, Projekten und Massnahmen, Mitwirkung und Unterstützung in den Produkten "1 Personalpolitik / Personalrecht" und "3 Personalentwicklung und Beratung".

4 Chancengleichheit und Gleichstellung (neu)

Beratung und Unterstützung der Departemente, Bereiche und Ämter in Fragen der Chancengleichheit und Gleichstellung, Bearbeitung von gesellschaftspolitischen Themen, Initiieren und koordinieren von Projekten, Mitarbeit und Unterstützung in den Produkten 1 und 3 sowie weiteren Projekten der Stadtverwaltung

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Personalgesetz vom 27. September 1998 (LS 177.10) sowie Ausführungserlasse dazu (subsidiäre Geltung)
- Gemeindegesetz vom 6. Juni 1926 (LS 131.1)
- BG über die Gleichstellung von Mann und Frau vom 24. März 1995 (SR 151), kantonales Einführungsgesetz zum Gleichstellungsgesetz vom 29. Oktober 2001 (LS 151)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Personalstatut vom 12. April 1999
- Vollzugsverordnung zum Personalstatut vom 9. Juni 1999
- Weitere GGRB und Ausführungserlasse des Stadtrats

Stufe Verwaltungseinheit

- Wartungsverträge, Versicherungen, Mandate für Personalschulung

Verantwortliche Leitung

Eva Schwarzenbach

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Leistungserbringung Personalamt insgesamt Das Personalamt erbringt seine Dienstleistungen kostengünstig. <i>Messung / Bewertung:</i> Gesamtkosten des Personalamtes (exkl. Kostenart 309001) im Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung (exkl. Lehrkräfte) <i>Messgrösse:</i> Betrag pro Kopf (der Gesamtzahl der Mitarbeitenden) in CHF Bei Beratungsanfragen erfolgt der Erstkontakt in der Regel innert sieben Tagen. <i>Messung / Bewertung:</i> Statistik des Personalamtes <i>Messgrösse:</i> Reaktionszeit zwischen Eingang und erster Kontaktaufnahme in Tagen	688	786	777
2 Kundenorientierung zentrales Personalmanagement Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen des Personalamtes zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen repräsentativen Umfrage ermittelt. Gemessen wird die Zufriedenheit mit: Umfang und Qualität der Dienstleistungen, Verfügbarkeit der Dienstleistungen, Reaktionszeit bzw. Termintreue. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	88	85	85
3 Kundenorientierung Personalentwicklung Die Kundschaft ist mit dem Weiterbildungsangebot zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen repräsentativen Umfrage ermittelt. Gemessen wird die Zufriedenheit mit: Umfang und Qualität des Angebots, Qualität der administrativen Abwicklung. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	78	85	85
4 KV-Ausbildungsplätze Die Stadt bietet eine möglichst hohe Zahl an KV-Ausbildungsplätzen an. <i>Messung / Bewertung:</i> Vorgegebene Mindestzahl an KV-Ausbildungsplätzen <i>Messgrösse:</i> Zahl der vorhandenen/geplanten Ausbildungsplätze	60	60	61
5 Leistungserbringung Chancengleichheit und Gleichstellung Die Kundschaft ist mit den Leistungen der Fachstelle für Chancengleichheit und Gleichstellung zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen repräsentativen Umfrage ermittelt. Gemessen wird die Zufriedenheit mit: Umfang und Qualität der Dienstleistungen, Verfügbarkeit der Dienstleistungen, Reaktionszeit bzw. Termintreue. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	94	85	85

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die Fachstelle für Chancengleichheit und Gleichstellung initiiert oder beteiligt sich jährlich an Projekten in den Bereichen Chancengleichheit und Gleichstellung von Frau und Mann oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf. <i>Messung / Bewertung:</i> Statistik Chancengleichheit und Gleichstellung <i>Messgrösse:</i> Anzahl Projekte pro Jahr	4	4	4

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	2'916'790	3'594'907	3'480'607

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Personalkosten:

- neue Stelle für das Betriebliche Gesundheitsmanagement
- neue Stellen HR-Marketing/Rekrutierung und HR-Controlling (Besetzung Herbst 2012, anteilmässige Budgetierung)

Sachkosten

- Wegfall der Kosten für die Personalbefragung, nächstmals geplant im 2014
- volle Inanspruchnahme der vom Grossen Gemeinderat bewilligten 16 Krippenplätze
- Lizenzkosten für elektronisches Records Management System (ERMS) des Stadtarchivs

Externe Erlöse

- Mehreinnahmen Elternbeiträge aufgrund des Angebotsausbaus bei den Krippenplätzen
- höhere Rückerstattungen für Personalschulung (Nachfrageschwankung)
- Verschiebung Rückerstattungen für Personalschulung von stadtinternen Teilnehmenden zu internen Erlösen (siehe unten)

Interne Erlöse

- Gemäss Weisung des Finanzamts sind Rückerstattungen für Personalschulung von stadtinternen Teilnehmenden der Kostengruppe interne Erlöse gutzuschreiben (bisher externe Erlöse).

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Personalkosten:

- neue Stelle für das Betriebliche Gesundheitsmanagement
- Aufschub Neubesetzung bzw. gestaffelte Besetzung der im Rahmen von PA 2010plus bewilligten Stellen
- neue Stellen HR-Marketing/Rekrutierung und HR-Controlling
- teilweise Nichtbesetzung der Austauschstelle für KV-Lehrabgänger/innen
- Folgekosten der geschaffenen zusätzlichen KV-Lehrstellen
- Einführung Kulturgutscheine als Willkommensgeschenk für neue Mitarbeitende und neue Kurse betreffend Gesundheitsmanagement

Sachkosten

- zusätzliche Krippenplätze
- Erhöhung Fallzahlen im Casemanagement
- Erhöhung Dienstleistungen Dritter für Umsetzung Projekt HR-Transformation
- Höhere Informatikkosten aufgrund Unterhalt des PIAS, Lizenzkosten, Projekt ePersonalakte sowie Umstellungen auf Windows/Office 2010

Externe Erlöse

- Verschiebung Rückerstattungen für Personalschulung von stadtinternen Teilnehmenden zu internen Erlösen (siehe unten)
- Höhere Elternbeiträge

Interne Erlöse

- Verschiebung Rückerstattungen für Personalschulung von stadtinternen Teilnehmenden zu internen Erlösen

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	3'133'232	3'468'175	3'505'731
Sachkosten	1'013'292	1'239'057	1'241'880
Beiträge an Dritte	18'944	25'700	25'700
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	204'347	222'893	214'678
Mietkosten	118'302	119'700	119'100
Übrige interne Kosten	75'492	73'058	52'475
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'563'609</i>	<i>5'148'582</i>	<i>5'159'565</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	4'563'609	5'148'582	5'159'565
Externe Erlöse	514'249	419'100	422'500
Interne Erlöse	1'132'569	1'134'575	1'256'458
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'646'818</i>	<i>1'553'675</i>	<i>1'678'958</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'646'818	1'553'675	1'678'958
Total Nettokosten / Globalkredit	2'916'790	3'594'907	3'480'607
Kostendeckungsgrad in %	36	30	33

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	11.63	13.55	15.55
▪ Auszubildende	60.00	60.00	61.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	2.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen
1,0 Stellen für das Betriebliche Gesundheitsmanagement 0,5 Stellen HR-Marketing/Rekrutierung und 0,5 Stellen HR-Controlling (letzte Stellenschaffungen im Rahmen der Umsetzungsplanung des Projektes Personalamt 2010 plus). Diese Stellen wurden in der Vergangenheit immer wieder hinausgeschoben. Auf eine zusätzliche 50%-Stelle (HR-Administration) wird nun verzichtet.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

Folgeprojekte HR-Transformation (Umsetzung HR-Strategie, HR-Organisation und Qualifikation, HR-Audit (Personalcontrolling, Prozesse, Instrumente))

Aufbau betriebliches Gesundheitsmanagement

Berufsbildungskonzept (gesamtsstädtisch)

Produkt 1 Personalpolitik / Personalrecht

Leistungen

- Erarbeitung bzw. Anpassung der personalpolitischen Grundsätze
- Vorbereitung von personalpolitischen Entscheiden des Stadtrates
- Bearbeitung von personalpolitischen Projekten
- Erarbeitung bzw. Anpassung der personalrechtlichen Erlasse
- Überwachung des rechtsgleichen und einheitlichen Vollzugs des Personalrechts und Koordination der personalrechtlichen Praxis
- Bearbeitung personalrechtlicher Geschäfte und Mitwirkung in Rechtsmittelverfahren
- Beratung des Stadtrats, der Departemente und Bereiche in personalpolitischen und personalrechtlichen Fragen
- Beantwortung von parlamentarischen Vorstössen
- Koordination, Leitung und Begleitung von Themen und Projekten zum Betrieblichen Gesundheitsmanagement in der Stadtverwaltung
- Strategisches HR-Controlling

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	741'682	852'743	958'027
Erlös	257'800	249'556	252'959
Nettokosten	483'882	603'187	705'067
Kostendeckungsgrad in %	35	29	26

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Siehe Massnahmen und Projekte			

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl von Mitberichten zu Personalgeschäften des Stadtrats	46	100*	80
Anzahl von Personalverfügungen mit Zustimmung des Personalamts	75	45	45
Anzahl von Rechtsmittelverfahren, in denen das Personalamt mitwirkt		2	2
Anzahl bearbeitete parlamentarische Vorstösse	3	5	2

* Alle Mitberichte des Personalamtes

Produkt 2 Zentrales Personalmanagement

Leistungen

- Führung der zentralen Personaladministration
- Bereitstellung und Bewirtschaftung des HR-Systems PIAS (Lohn, Budget, Stellenplan, Helpdesk usw.)
- Koordination und Bereitstellung des Instrumentariums für das dezentrale Personalmanagement
- Koordination und Unterstützung der dezentralen Personalrekrutierung
- Leitung der Funktionsbewertung
- Beratung der Linienvorgesetzten und Personalverantwortlichen in Fragen des Personalmanagements, Bereitstellung und Bewirtschaftung der Informationen
- Führen des Personaldienstes für das Departement Kulturelles und Dienste, Stadtkanzlei und Behörden (SR, GGR)

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'026'403	1'253'821	1'123'936
Erlös	462'664	451'946	465'104
Nettokosten	563'739	801'875	658'832
Kostendeckungsgrad in %	45	36	41

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kundenzufriedenheit im Bereich PIAS in %	98	85	85

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl begleitete Kaderselektionen (1)	15	15	15
Anzahl Lohnauszahlungen	76'695	75'500	76'700

1) inkl. BfG

Produkt 3 Personalentwicklung und Beratung

Leistungen

- Konzeption und Bereitstellung des zentralen Weiterbildungsangebots (jährliches Weiterbildungsprogramm)
- Konzeption und Durchführung der obligatorischen Führungsschulung
- Konzeption und Durchführung von verwaltungsinternen Kursen, Seminaren und Workshops
- Kursadministration und Bereitstellung der Kursinfrastruktur
- Konzeptionelle Weiterentwicklung der strategischen und operativen Personalentwicklungsmassnahmen
- Beratungs- und Unterstützungsdienstleistungen im Bereich Personalentwicklung und Beratung
- Persönliche Beratung von Mitarbeitenden und Vorgesetzten
- Kaufmännische Lehrlingsausbildung und Koordination des Lehrlingswesens für die ganze Stadtverwaltung

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'945'194	2'166'151	2'180'852
Erlös	536'672	504'566	540'084
Nettokosten	1'408'522	1'661'585	1'640'768
Kostendeckungsgrad in %	28	23	25

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Zufriedenheit mit der Qualität der KV-Ausbildung in %	87.00	85.00	85.00

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Kurse zentrales Weiterbildungsangebot (1)	56	40	45
Anzahl Teilnehmertage zentrales Weiterbildungsangebot (1)	1'031	1'100	1'100
Anzahl Beratungsgespräche der Mitarbeitendenberatung (2)	1'212	810	1'100

(1) exkl. BfG und IDW

(2) Alle Beratungen (BfG und Mitarbeiter/innen-Beratung zusammen)

Produkt 4 Chancengleichheit und Gleichstellung

Leistungen

- Beratung und Unterstützung der Departemente und Bereiche in der Umsetzung der Chancengleichheit und Gleichstellung von Mitarbeitenden
- Bearbeitung von Fragestellungen und Vorstössen zur Chancengleichheit und Gleichstellung
- Koordination und Bereitstellung von Weiterbildungsangeboten zur Chancengleichheit und Gleichstellung (in Zusammenarbeit mit der Personalentwicklung)
- Persönliche Beratung von Mitarbeitenden und Vorgesetzten betreffend Chancengleichheit und Gleichstellung
- Verwaltung der Arbeitgeber-Krippenplätze
- Mitwirkung und Unterstützung in personalpolitischen und personalrechtlichen Fragen (zu Gunsten Produkt 1)
- Vergabe der Stipendien für den beruflichen Wiedereinstieg
- Leitung der städtischen Arbeitsgruppe für Chancengleichheit und Gleichstellung

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	808'907	875'867	896'750
Erlös	386'507	347'607	420'811
Nettokosten	422'400	528'260	475'939
Kostendeckungsgrad in %	48	40	47

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Siehe Massnahmen und Projekte			

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Beratungen Departemente, Bereiche, Mitarbeitende und Vorgesetzte	58	50	50
Anzahl Kurse zur Chancengleichheit und Gleichstellung	23	18	18
Anzahl Kurstage Chancengleichheit und Gleichstellung	277	200	200
Anzahl bearbeitete Stipendengesuche	19	15	15
Anzahl bearbeitete parlamentarische Vorstösse	0	1	1

IAFP Personalamt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	4'563	5'148	5'159	5'385	5'340	5'265
Erlös	1'646	1'553	1'678	1'679	1'679	1'679
Nettokosten/Globalkredit	2'916	3'594	3'480	3'706	3'661	3'586
Kostendeckungsgrad in %	36	30	33	31	31	32

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	100'000	400'000	500'000	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Leistungserbringung Personalamt insgesamt Gesamtkosten des Personalamtes (exkl. Kostenart 309001) im Verhältnis zur Gesamtzahl der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung (exkl. Lehrkräfte). Messgrösse: Betrag pro Kopf (der Gesamtzahl der Mitarbeitenden) in CHF	688	786	777	805	805	805
Reaktionszeit zwischen Eingang und erster Kontaktaufnahme bei Beratungsanfragen in Tagen	2	4	4	4	4	4
2 Kundenorientierung zentrales Personalmanagement Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen des Personalamtes zufrieden. Messgrösse: Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	88	85	85	85	85	85
3 Kundenorientierung Personalentwicklung Die Kundschaft ist mit dem Weiterbildungsangebot zufrieden. Messgrösse: Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	78	85	85	85	85	85
4 KV-Ausbildungsplätze Zahl der vorhandenen/geplanten Ausbildungsplätze	60	60	61	61	61	61
5 Leistungserbringung Chancengleichheit und Gleichstellung Die Kundschaft ist mit den Leistungen der Fachstelle Chancengleichheit und Gleichstellung zufrieden. Messgrösse: Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	94	85	85	85	85	85
Die Fachstelle Chancengleichheit und Gleichstellung initiiert oder beteiligt sich jährlich an Projekten zur Chancengleichheit und Gleichstellung von Frau und Mann oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Messgrösse: Anzahl Projekte pro Jahr	4	4	4	4	4	4

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

Umsetzung HR-Strategie
Elektronisches Personaldossier
Personalbefragung 2014
Fokus/Change Management

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen

Stadtentwicklung

Auftrag

Die Produktgruppe Stadtentwicklung pflegt und entwickelt die gesellschaftliche und wirtschaftliche Attraktivität der Stadt Winterthur und ihrer Quartiere. Sie fördert das Zusammenleben, unterstützt die Vernetzung der verschiedensten Institutionen und begünstigt die Quartier- und Stadtentwicklung. Dadurch erhöht sie die Lebensqualität der Stadt Winterthur.

Produkte

1 Stadtentwicklung

Die Stadtentwicklung hat die Aufgabe, die Steuerkraft der Stadt Winterthur nachhaltig zu verbessern. Sie setzt sich für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt und einen attraktiven Wirtschaftsstandort ein. Mit einer gezielten Wohnungspolitik soll sich auch die Steuerkraft bei den natürlichen Personen erhöhen. Gleichzeitig soll die Lebensqualität in den Quartieren erhalten und wo möglich verbessert werden.

Als Mittel dazu dienen eine fachlich fundierte Politikberatung des Stadtrates und des Stadtpräsidenten, die zielgerichtete Koordination/Vernetzung aller Akteure in Stadtentwicklungsfragen, die Konzipierung und Durchführung von Stadtentwicklungsprojekten in allen standortrelevanten Bereichen. Dies sind namentlich die Bereiche Wirtschaftsstandort, Wohnen, Bildungsstandort, Entwicklungsgebiete und Stadtquartiere. Begleitet wird dies von einer aktiven Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit in Fragen der Stadtentwicklung.

2 Integrationsförderung

Die Integration von Ausländern und Ausländerinnen soll in der Stadt Winterthur gefördert werden. Als Basis dient das städtische Integrationsleitbild. Darin wird Integration als gegenseitiger Prozess von Fördern und Fordern verstanden. Die Ausländer und Ausländerinnen sollen befähigt werden, ihre Rechte und Pflichten gleichermassen wahrzunehmen. Gleichzeitig soll die Chancengleichheit sichergestellt werden.

Die Integrationsdelegierte übernimmt in der Integration strategische Aufgaben. So sind die Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung der Massnahmen des Integrationsleitbildes die zentralen Aufgaben. Dazu gehören namentlich die fachliche Beratung von kooperativen Verfahren und Projekten sowie Vernetzungsaufgaben. Die Integrationsförderung ihrerseits ist für operative Aufgaben zuständig. Sie bietet niederschwellige Angebote für Personen mit Sprach- und Integrationsproblemen, Projektberatungen sowie die Vermittlung von Interkulturellen Übersetzern und Übersetzerinnen an.

3 Quartierentwicklung

Die Quartierentwicklung fördert mit den Quartierträgerschaften den soziokulturellen Austausch und das Zusammenleben der Quartierbevölkerung. Sie stellt zusammen mit den Quartierträgerschaften Partizipation und Integration der Quartierbevölkerung sicher. Sie berät und unterstützt die freiwillig tätigen Quartierträgerschaften bei ihren Aufgaben und anerkennt ihr Engagement. Sie koordiniert, vermittelt und vernetzt Anliegen der Quartierträgerschaften und der Quartierbevölkerung im Quartier und zur Verwaltung und umgekehrt.

Sie berät andere Verwaltungsstellen bei Mitwirkungsprozessen und Entwicklungsaufgaben in der Quartierentwicklung. Sie fördert die öffentliche Freizeitgestaltung mit eigenen Angeboten, Leistungsvereinbarungen und Subventionen.

Bei auftretenden Interessen – und Nutzungskonflikten in den Zuständigkeitsbereichen der Quartierentwicklung leistet sie ein aktives Konfliktmanagement zu deren Beilegung.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Integrationsartikel 25a (ANAG, 1.10.1999)
- Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer Artikel 53 und Artikel 56 (AuG 1.1.2008)
- Leistungsvereinbarung mit dem Bundesamt für Migration (BFM)
- Leistungsvereinbarung mit dem Kanton Zürich gemäss Schwerpunkteprogramm des Bundes (Schwerpunkt 1)
- Leistungsvereinbarung mit dem Kanton Zürich betreffend Öffnung der Dienstleistungen für Bezirke Winterthur Land und Andelfingen

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) v. 10.07.2006
- Integrationsleitbild der Stadt Winterthur (2000)
- GGR-Beschluss v. 19.10.70: Schaffung der Geschäftsstelle Quartierkultur und Freizeitaktionen

Stufe Verwaltungseinheit

- Bericht „Auftrag, Führung und Organisation der Koordinationsstelle für Integration“ zuhanden des SR vom 3.3.2003
- SR-Beschluss SR.11.716-1 zur Namensänderung in "Integrationsförderung" vom 29.6.2011

Verantwortliche Leitung

Mark Würth

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Stadtentwicklung			
Arbeitsschwerpunkte			
▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Grundlagen und Statistik (Fachstelle Statistik; Grundlagen zur Konzepterarbeitung)	989	1'300	900
▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Öffentlichkeitsarbeit (Internetauftritt, Quartierveranstaltungen, Medienkontakte etc.)	1'015	1'350	1'300
▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten)	4'106	3'750	4'200
eingesetzte Stunden für Projekte nach Themenbereichen			
▪ Wirtschafts- und Bildungsstandort (1)	1'072	1'000	1'050
▪ Wohnen, Wohnstandort (2)	836	700	500
▪ Stadtteilentwicklung	2'005	1'900	1'900
▪ Aussenbeziehungen	193	150	750
2 Integrationsförderung			
Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung des Integrationsleitbildes			
▪ Anzahl unterstützte Projekte (3) (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten)	29	25	25
▪ Anzahl fachliche Beratungen für kooperative Verfahren und Projekte	73	60	70
▪ Anzahl Anfragen für interkulturelle Übersetzungsdienste	1'441	1'250	1'400
▪ Anzahl vermittelte Übersetzungsdienste, welche von der Fachstelle erledigt werden konnten. (4)	1'353	1'200	1'350
Vernetzungsaufgaben			
▪ Anzahl Kontakte (lokal, regional, kantonale, nationale)	136	70	120
Einzelberatung: Information und Triage / Interkulturelle Übersetzer			
▪ Anzahl Beratungen von Migranten und Institutionen gemäss Vorgaben des Bundes (5)	1'912	1'800	1'900
▪ Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der vermittelten Übersetzungsdienste zufrieden oder sehr zufrieden. Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	98	95	95
3 Quartierentwicklung			
Quartierförderung			
▪ Information, Beratung und Unterstützung der Quartierträgerschaften			
▪ Die Arbeit der freiwillig tätigen Quartierträgerschaften wird gefördert und unterstützt.			
▪ Begleitung von Aufbau- und Entwicklungsaufgaben mit Quartierträgerschaften			
Messgrössen:			
▪ Anzahl Besprechungen mit Quartierträgerschaften	615	550	600
▪ Anzahl Massnahmen der Anerkennung und Unterstützung	6	6	6
▪ Anzahl Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten)	28	20	25
Öffentliche Freizeitgestaltung			
▪ Kostendeckungsgrad Ferienprogramm %	27	27	27
▪ Kostendeckungsgrad Vermietung Musikübungsräume in %	86	86	86
▪ Kostendeckungsgrad Spielbus, Freizeitmaterialverleih und Holzwerkstatt in %	21	21	21

1) inkl. Raumentwicklung und Verkehr

2) inkl. Nachhaltigkeit, Stadtrecht

3) Städtischer Integrationskredit

4) In 88 Fällen konnte die Fachstelle die Anfragen nicht selber erledigen (seltene Sprachen, Anfragen von ausserhalb Winterthurs). Sie leitete die Anfragen in diesen Fällen an andere Vermittlungsstellen weiter.

5) Anzahl persönlicher Beratungen gemäss Vergaben des Bundes ohne Anzahl telefonischer Beratungen und Beantwortung von elektronischen Anfragen.

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	4'255'835	4'459'427	4'498'117

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Personalkosten

Um sich aktiv in den Netzwerken insbesondere im Metropolitanraum einbringen zu können (Ziel gemäss Legislatorschwerpunkten), sind vermehrt eigene Initiativen zu formulieren und die Stellungnahmen innerhalb der Stadt breiter abzustützen, was vermehrte Koordinationsaufgaben bedingt und zu einer Ergänzung durch eine 60%-Stelle bei der Stadtentwicklung führt.

Weiter verzeichnet die Integrationsförderung eine Kostenzunahme infolge neuer Zuwandergruppen und verstärkter Kooperation mit anderen Stellen (z.B. Einwohnerkontrolle, Ausländervereinen und externen Institutionen).

Im Zuge des Aufbaus dezentraler Anlaufstellen der städtischen Quartierentwicklung (vgl. Legislatorschwerpunkte; Vorhaben der sozialen und beruflichen Integration) soll im 2012 in Wülflingen die dritte dezentrale Anlaufstelle aufgebaut werden (50%-Pensum). Wülflingen ist ein stark wachsendes Quartier, dessen Dorfkern dringend erneuert werden soll. Die Anlaufstelle unterstützt dabei die enge Zusammenarbeit mit dem Quartier.

Sachkosten

Im 2012 erfolgt keine Bevölkerungsbefragung. Weiter wurde die Wohnungspolitik angepasst. Im 2012 geht es nun vor allem um die Umsetzung der Strategie, was weniger konzeptionelle Massnahmen bedingt. Planungskosten für das Gebiet Neuhegi/Grüze werden durch einen Investitionskredit des Departementes Bau abgedeckt.

Beiträge an Dritte

Aufgrund neuen Unterstützungen für das Gemeinschaftszentrum Bahnhof Töss, das Quartierzentrum Holzlegi, den Quartierraum der Halle 710 sowie das Schloss Hegi steigen die Beiträge gegenüber dem VO 2011 an.

Kalkulatorische Kosten

Als Folge des Projektes "Halle 710" sowie Projekten der Quartierentwicklung steigen bei der Stadtentwicklung die kalkulatorischen Kosten an.

Mietkosten

Die Anpassung ist auf die 3. Anlaufstelle in Wülflingen zurückzuführen.

Externe Erlöse

Hierbei handelt es sich um Einnahmen durch die Vermietung der Halle 710 zurückzuführen.

Beiträge von Dritten

Ab 2012 erhält die Quartierentwicklung keinen Staatsbeitrag mehr.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Personalkosten

Gegenüber der Rechnung 2010 fallen die Lohnmassnahmen 2011 an. Eine weitere Zunahme ist auf das Produkt Stadtentwicklung zurückzuführen. Um sich aktiv in den regionalen und überregionalen Netzwerken insbesondere im Metropolitanraum einbringen zu können (Ziel gemäss Legislatorschwerpunkten), sind vermehrt eigene Initiativen zu formulieren und die Stellungnahmen innerhalb der Stadt breiter abzustützen, was vermehrte Koordinationsaufgaben bedingt und zu einer Ergänzung durch eine 60%-Stelle führt.

Mit dem VO 2011 wurde bei der Integrationsförderung eine kleine Stellenanpassung von 20% aufgrund stark erhöhter Vermittlungstätigkeit und der Übernahme von Aufgaben in der Projektförderung vom Bund (Leistungsvertrag) vorgenommen sowie bisherige Honorarkosten von den Sachkonten auf die Personalkosten verschoben. Dies war nötig, damit die Honorare der muttersprachlichen Berater/innen automatisch mit Sozialleistungen abgerechnet werden. Per 2012 verzeichnet die Integrationsförderung eine weitere Kostenzunahme infolge neuer Zuwandergruppen und verstärkter nötiger Kooperation mit anderen Stellen (z.B. Einwohnerkontrolle, Ausländervereinen und externen Institutionen).

Im Zuge des Aufbaus dezentraler Anlaufstellen der städtischen Quartierentwicklung (vgl. Legislatorschwerpunkte; Vorhaben der sozialen und beruflichen Integration) soll im 2012 in Wülflingen die dritte dezentrale Anlaufstelle aufgebaut werden (50%-Pensum). Wülflingen ist ein stark wachsendes Quartier, dessen Dorfkern dringend erneuert werden soll. Die Anlaufstelle unterstützt dabei die enge Zusammenarbeit mit dem Quartier.

Sachkosten

Aufgrund der Verschiebung der Honorare der Integrationsförderung zu den Personalkosten reduzieren sich die Sachkosten. Weiter fallen bei der Integrationsförderung die Weitergabe der Pilot-Projektbeiträge des Bundes für die Frühförderung weg (siehe auch externer Erlös).

Beiträge an Dritte

Aufgrund neu geschaffener Quartiertreffs im 2010 und 2011 fallen bei der Quartierentwicklung im 2012 höhere Beiträge an.

Kalkulatorische Kosten

Als Folge des Projektes "Halle 710" sowie Projekten der Quartierentwicklung steigen bei der Stadtentwicklung die kalkulatorischen Kosten an.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010**Mietkosten**

Aufgrund neu geschaffener Quartiertreffe im 2010 und 2011 fallen bei der Quartierentwicklung im 2012 höhere Mietkosten an.

Externe Erlöse

Im 2010 waren bei der Integrationsförderung Projektbeiträge des Bundes für die Frühförderung enthalten (siehe auch unter Sachkosten). Diese Pilotprojekte befinden sich im Abschluss (war einmalig in dieser Form). Ab 2012 fallen Einnahmen für die Vermietung der Halle 710 an.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	2'021'698	2'104'417	2'324'099
Sachkosten	1'498'137	1'515'800	1'311'550
Beiträge an Dritte	529'397	555'600	582'700
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	384'150	420'742	495'396
Mietkosten	229'755	233'900	262'501
Übrige interne Kosten	121'229	100'168	80'611
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'784'365</i>	<i>4'930'627</i>	<i>5'056'857</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	4'784'365	4'930'627	5'056'857
Externe Erlöse	414'696	350'000	441'000
Interne Erlöse	37'948	34'200	37'740
Beiträge von Dritten	75'886	87'000	80'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>528'530</i>	<i>471'200</i>	<i>558'740</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	528'530	471'200	558'740
Total Nettokosten / Globalkredit	4'255'835	4'459'427	4'498'117
Kostendeckungsgrad in %	11	10	11

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	13.67	13.96	15.06
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

0,5 Stellen für die dezentrale Anlaufstelle der Quartierentwicklung (analog Töss und Oberwinterthur) im stark wachsenden Stadtkreis Wülflingen
 0,6 Stellen für die aktive Bewirtschaftung verschiedener Netzwerke und Aussenbeziehungen (Metropolitankonferenz, GZA, Kanton, Bund) gemäss Legislaturzielen 2010-2014.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012**Stadtentwicklung**

- Gesamtkoordination Planungszone Neuhegi-Grüze
- Projekt Wülflingen
- Investorentag 2012 zusammen mit Standortförderung
- Umsetzung Gewerbeland Frauenfelderstrasse und Gewerbehaus
- Günstiger Wohnungsbau Maienried
- Metropolitankonferenz Zürich in Winterthur (Mai 2012)
- Zuzügerbefragung inkl. Benchmark

Integrationsförderung

- Fertigstellung des neuen Leitbildes zur Integrationspolitik inklusive Massnahmenplan
- Initiierung von Projekten gemäss Massnahmenplan
- Fachliche Unterstützung von Projekten im Frühförder- und Elternbildungsbereich, im Gesundheits- und Altersbereich
- Projektförderung von lokalen Integrationsprojekten (Beratung, Begleitung, Bereitstellung von finanziellen Mitteln)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Betrieb der Beratungsstelle: Einzelberatung (Information und Triage, muttersprachliche Beratung, Rechtsberatung zum Aufenthaltsrecht, niederschwellige Sozialberatung), Deutschkursberatung
- Vermittlung von qualifizierten interkulturellen Übersetzungen
- Beratung von Behörden und Institutionen zu Fragen des Umgangs mit Vielfalt und der interkulturellen Kommunikation

Quartierentwicklung

- Aufbau 3. Anlaufstelle Quartierentwicklung Wülflingen: Bürgernahe, städtische Anlaufstelle für Information, Koordination, Vernetzung und Beratung, um die soziokulturelle Versorgung und Entwicklung im Stadtkreis und zur Verwaltung zu unterstützen und zu fördern analog Töss und Oberwinterthur.
- 2. Anlaufstelle in Oberwinterthur: Umzug vom Provisorium im Scheccoareal in Halle 710.
- Güterschuppen Töss: Führung der Zwischennutzung und Projektierung Gesamtsanierung.
- Entwicklung Schloss Hegi in drei Modulen: Zwischennutzung Kellerräume mit öffentlichen und privaten Vereinsanlässen und privaten Vermietungen sowie Führung Schlossschenke durch den Verein Schloss Hegi. Erfahrungssammlung als Grundlage für die Projektierung der sanften Sanierung der Kellerräume und sanitären Anlagen und für das definitive Nutzungs- und Betriebskonzept. Erste Bepflanzung und Inbetriebnahme des pädagogischen Pflanzgartens durch den Verein Schloss Hegi.
- Halle 710: Aufbaubau Quartierraum und Infofoyer.
- Freizeitanlage Holzlegi Gesamtsanierung.
- Zeughäuser: Aufbau Quartierraum Wildbach-Langgasse.
- Quartier Wyden: Aufbau Quartierräume.
- Alle Freizeitanlagen: Ausweitung der öffentlichen Nutzung für gemeinnützigen Quartierbedarf, z.B. Spielgruppen, Deutschkurse, Frühförderung, mobile Jugendarbeit, etc.
- Konfliktmanagement im öffentlichen Raum: Bearbeitung einer ausgewählten Anzahl solcher Konflikte im Rahmen eines Pilotprojektes.
- Projekt Sommerferienaktionen: drei Wochen in drei Quartieren unentgeltliche Spielbusanimation.
- Standortveränderung der Freizeitangebote an der Palmstrasse.
- Mitarbeit in diversen städtischen Grossprojekten: Raum für Bewegung und Sport, Planungszone Neuhegi, neues Integrationsleitbild, Projekt Wülflingen, Auswirkungen des IZLB aufs Quartierzentrum Gutschick.

Produkt 1 Stadtentwicklung

Leistungen

Koordination und Politikberatung:

- Organisation Stadtentwicklungskommission
- Unterstützung des Stadtpräsidenten bei der Beantwortung von parlamentarischen Geschäften und internen Mitberichten
- Einsitznahme in diversen Gremien wie bsw. operativer Ausschuss der Metropolitankonferenz

Gebietsentwicklung:

- Stadtteilaufwertungsprojekte wie in Töss oder neu in Wülflingen
- Koordination Entwicklungsgebiet Neuhegi/Grüze
- Koordination Gebiet Zeughaus-Teuchelweiher
- Gesamtkoordination von Stadtteilentwicklungen (Projekt Töss, Wülflingen)

Projekte:

- Vgl. Liste Wesentliche Massnahmen und Projekte

Aussenbeziehungen:

- Teilnahme an gemeindeübergreifenden Projekten und Einbringen der Interessen der Stadt Winterthur
- zusätzliche Aufgaben im Rahmen des neu entwickelten Pflichtenheftes

Grundlagen und Statistik:

- Erhebung bzw. Nachführung von Statistischen Daten
- Beschaffung von Grundlagen in diversen Geschäftsfeldern
- Vertretung der Stadt in gesamtschweiz. Gremien
- Auskünfte an Drittpersonen
- Bevölkerungsbefragung

Anlaufstelle:

- Gesamtkoordination innerhalb der Stadt bei Anfragen aus Wirtschaftskreisen
- Schnittstelle zur Standortförderung und zu Winterthur Tourismus

Öffentlichkeitsarbeit:

- Information der Öffentlichkeit über stadtentwicklungsrelevante Themen
- Stärkung der "Stadtmarke Winterthur"

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'520'767	1'742'109	1'655'984
Erlös	7'685	0	85'000
Nettokosten	1'513'082	1'742'109	1'570'984
Kostendeckungsgrad in %	1	0	5

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Steuerkraftentwicklung absolut (exkl. juristische Personen) 1)	1'759	1'750	1'800
Steuerkraftentwicklung relativ in % (inkl. jur. Personen) 2)	79	76	79
Anzahl erstellte Wohnungen	619	600	550
Anteil erstellte Wohnungen in % 3)	100	100	100
- davon Wohnungen im höheren Preissegment	8	10	15
- davon Wohnungen im mittleren Preissegment	77	75	75
- davon Wohnungen im tieferen Preissegment	15	15	10

1) Steuerkraftentwicklung absolut: Grundlage Steueramt Winterthur

2) Steuerkraftentwicklung relativ zum kantonalen Mittel: Grundlage Statistisches Amt Kanton Zürich

3) Preissegmente Wohnungen: Grundlage Baustatistik Stadt Winterthur. Berechnung aus bewilligter Bausumme im Verhältnis zur Anzahl Zimmer, kleine Wohnungen stärker gewichtet. Werte > 145'000 hoch, < 90'000 tief, dazwischen mittel. Die früher verwendeten Werte von 130'000 resp. 80'000 wurden für Bewilligungen ab 2010 aufgrund der aufgelaufenen Bauteuerung angepasst. Die Anpassung der Wohnungspolitik schlägt erst ab 2014/15 zu Buche.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl laufende Projekte per 31.12.	17	18	15
Anzahl abgeschlossene Projekte pro Periode	6	5	7
Anzahl geplante Projekte pro Periode	5	5	5

Produkt 2 Integrationsförderung

Leistungen

- Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung der Massnahmen des Integrationsleitbildes
- Niederschwellige Angebote für Personen mit Sprach- und Integrationsproblemen
- Fachliche Beratung für kooperative Verfahren und Projekte
- Vernetzungsaufgaben Bund, Kanton, Institutionen und Verwaltung (teilweise bundesfinanziert)
- Information und Beratung von Migranten und Institutionen (teilweise bundesfinanziert)
- Vermittlung von interkulturellen Übersetzern und schriftlichen Übersetzern
- Beratung und Begleitung von Integrationsprojekten (teilweise bundesfinanziert)
- Grundlagen- und Öffentlichkeitsarbeit (teilweise bundesfinanziert)

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	999'910	936'507	976'209
Erlös	306'435	268'200	271'740
Nettokosten	693'476	668'307	704'469
Kostendeckungsgrad in %	31	29	28

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl fachliche Beratungen für Kooperative Verfahren/Projekte	73	60	70
Altersstruktur der beratenen Migranten (bis 20 / 21-50 / 51 und älter)	2/46/52	2/47/55	2/47/55
Geschlecht der beratenen Migranten (männlich / weiblich)	49/51	50/50	50/50
Anzahl Beratungen und Begleitungen von Integrationsprojekten (Projektförderung)	78	45	75
Anzahl durch die Integrationsförderung berücksichtigter Projektgesuche	29	27	25
Anzahl Projekte mit Bundes- und/oder Kantonsbeiträgen	15	13	13
Anzahl Teilnehmer in Deutschkursen, die aus dem Integrationskredit und/oder vom Bund finanziert werden. (1)		130	130

1) geschätzte Zahl, da Erfahrungswerte fehlen.

Produkt 3 Quartierentwicklung

Leistungen

A) Quartierförderung und Freiwilligenarbeit

- Anlaufstelle für Information, Beratung und Unterstützung der freiwilligen Quartierträgerschaften sowie der Quartierbevölkerung.
- Vermittlung, Vernetzung und Begleitung der Trägerschaften im Quartier und zur Stadtverwaltung bei Aufbau-, Integrations- und Entwicklungsaufgaben.
- Unterstützung und Beratung der Trägerschaften beim Betrieb der Freizeitanlagen und Quartierlokale, bei der Herstellung der Quartierzeitungen, bei der Führung der Ludotheken und der Pflege der Spielplätze sowie bei neuen Aufgaben und Projekten.
- Anerkennung und Förderung der subventionierten Quartierträgerschaften, welche mit der Quartierentwicklung einen Leistungsauftrag abgeschlossen haben. Die Massnahmen sind Weiterbildung, Workshops, Freiwilligenfest, Vernetzungsanlässe, Informationsschreiben, Einsatz des Sozialzeitausweises.
- Vernetzung und Information aller Quartier-, Orts- und Bewohnervereine in Winterthur mit Informationsschreiben und Anlässen.
- Beratung anderer Verwaltungsstellen bei Mitwirkungsprozessen und Entwicklungsaufgaben in der Quartierentwicklung.
- Aktives Konfliktmanagement bei Interessens- und Nutzungskonflikten in den eigenen Zuständigkeitsbereichen.

B) Öffentliche Freizeitgestaltung

- Ferienprogramm Winterthur: Ferienaktivitäten für Kinder während den Frühlings-, Sommer- und Herbstferien; sowie einzelne Freizeitangebote in den Quartieren wie Abenteuer Hüttenbau und Spielnachmittage.
- Informationsstelle am Holderplatz 2 für Quartierkultur- und Freizeitbelange mit persönlicher Beratung, telefonischer Auskunft und per Mail; Bewirtschaftung Vereinsverzeichnis und Veranstaltungsraumverzeichnis im Internet.
- Vermietung von Musikübungsräumen, Ausleihe von Spielmaterial und Spielbus sowie Führung der öffentlichen Holzwerkstatt; Unterstützung der Trägerschaften beim Betrieb der Werkstatt und Töpferei mit einer Leistungsvereinbarung.
- Aktives Konfliktmanagement bei Interessen – und Nutzungskonflikten in den eigenen Zuständigkeitsbereichen.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	2'248'928	2'252'011	2'424'664
Erlös	213'901	203'000	202'000
Nettokosten	2'035'027	2'049'011	2'222'664
Kostendeckungsgrad in %	10	9	8

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl unterstützte Quartierzeitungen	9	9-10	9-10
Anzahl unterstützte Quartierlokale	21	24	23-25
Anzahl unterstützte Ludotheken	3	3	3
Anzahl Verleihungen des Spielbuses	38	30	35
Anzahl Musikübungsräume	41	41	41
Anzahl Teilnehmende an Ferienprogrammen	1'214	1'000	1'000

IAFP Stadtentwicklung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	4'784	4'930	5'056	5'415	5'403	5'414
Erlös	528	471	558	559	559	559
Nettokosten/Globalkredit	4'255	4'459	4'498	4'856	4'844	4'855
Kostendeckungsgrad in %	11	10	11	10	10	10

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	2'275'000	1'270'000	1'430'000	1'200'000	200'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Stadtentwicklung						
Arbeitsschwerpunkte						
▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Grundlagen und Statistik (Fachstelle Statistik; Grundlagen zur Konzepterarbeitung	989	1'300	900	900	900	1'200
▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Öffentlichkeitsarbeit (Internetauftritt, Quartierveranstaltungen, Medienkontakte etc.)	1'015	1'350	1'300	1'250	1'250	1'250
▪ eingesetzte Stunden pro Jahr für Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten)	4'106	3'750	4'200	4'250	4'250	3'950
eingesetzte Stunden für Projekte nach Themenbereichen						
▪ Wirtschafts- und Bildungsstandort	1'072	1'000	1'050	1'100	1'100	1'000
▪ Wohnen, Wohnstandort	836	700	500	500	500	450
▪ Stadtteilentwicklung	2'005	1'900	1'900	1'900	1'900	1'800
▪ Aussenbeziehungen	193	150	750	750	750	700
Integrationsförderung						
Umsetzung, Koordination und Weiterentwicklung des Integrationsleitbildes						
▪ Anzahl unterstützte Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten)	29	25	25	25	25	25
▪ Anzahl fachliche Beratungen für kooperative Verfahren und Projekte	73	60	70	70	70	70
▪ Anzahl Anfragen für interkulturelle Übersetzungsdienste	1'441	1'250	1'400	1'400	1'400	1'400
▪ Anzahl vermittelte Übersetzungsdienste, welche von der Fachstelle erledigt werden konnten. (4)	1'353	1'200	1'350	1'350	1'350	1'350

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Vernetzungsaufgaben						
▪ Anzahl Kontakte (lokal, regional, kantonal, national)	136	70	120	120	120	120
Einzelberatung: Information und Triage / Interkulturelle Übersetzer						
▪ Anzahl Beratungen von Migranten und Institutionen gemäss Vorgaben des Bundes	1'912	1'800	1'900	1'900	1'900	1'900
▪ Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der vermittelten Übersetzungsdienste zufrieden oder sehr zufrieden. Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	98	95	95	95	95	95
Quartierentwicklung						
Messgrössen für Quartierförderung:						
▪ Anzahl Besprechungen mit Quartierträgerschaften	615	550	600	625	650	675
▪ Anzahl Massnahmen der Anerkennung und Unterstützung	6	6	6	6	6	6
▪ Anzahl Projekte (vgl. Rubrik wesentliche Massnahmen und Projekte auf folgenden Seiten)	28	20	25	30	35	40
Messgrösse Öffentliche Freizeitgestaltung:						
▪ Kostendeckungsgrad Ferienprogramm in %	27	27	27	27	27	27
▪ Kostendeckungsgrad Vermietung Musikübungsräume in %	86	86	86	86	86	86
▪ Kostendeckungsgrad Spielbus, Freizeitmaterialverleih und Holzwerkstatt in %	21	21	21	21	21	21

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

Stadtentwicklung

- Umsetzung Massnahmen aus Planung Neuhegi/Grüze
- Umsetzung der Quartieraufwertungen in Töss und Wülflingen

Integrationsförderung

- Umsetzung von Massnahmen gemäss neuen Leitbild Integrationspolitik
- Abschliessen von neuen Leistungsverträgen mit dem Kanton betreffend Integrationsförderung des Bundes ab 2014

Quartierentwicklung

Etappierte Dezentralisierung der Quartierarbeit in 7 Stadtkreis-Anlaufstellen, um mit bürgernahen städtischen Beratungsstellen im Bezugspersonensystem den Auftrag präventiver, effizienter und nachhaltiger ausführen zu können. Grundlagen dazu sind die Auswertungen der Quartierentwicklung Töss im Projekt Töss.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen

Theater Winterthur

Auftrag

Das Theater Winterthur ist das grösste und wichtigste Gastspieltheater der Schweiz mit internationalen Produktionen in allen Bühnensparten und in hoher künstlerischer Qualität. Der Spielplan zeigt einen Querschnitt durch das Theaterschaffen der bedeutendsten Bühnen Europas.

Damit deckt das Theater Winterthur einen wichtigen Teil der Nachfrage an kulturellem Angebot für die ganze Bevölkerung der Stadt und der Umgebung ab und ergänzt das Angebot der Kulturstadt Winterthur.

Das Theater steht mit seiner erstklassigen technischen Ausstattung und Infrastruktur den Kulturorganisationen und Veranstaltern für eigene Produktionen zur Verfügung.

Das Theater verpflichtet sich der Winterthurer Politik der ökologischen, ökonomischen und sozialen Nachhaltigkeit.

Produkte

1 Theateraufführungen

Angebot von hoher kultureller Qualität, bezüglich Bildungs- und Unterhaltungswert, gesellschaftlicher Relevanz, Innovationskraft, Ausstrahlung und innerer Stimmigkeit des Spielplans.

2 Vermietungen: Kongresse und Tagungen

In spielfreien Zeiten (vor allem Juni/Juli) wird das Haus vermietet:

A: Zu marktkonformen Preisen für private Kongresse, Tagungen, Feierlichkeiten und andere Veranstaltungen.

B: Zu vergünstigten Konditionen für kulturelle Veranstaltungen von lokalen Veranstalter/innen und Organisationen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Kanton: Subventionierung aufgrund des Kulturförderungsgesetzes und des Gesetzes über den Finanzausgleich.

Stufe Stadt (GGR / SR)

Volksabstimmung vom 24.09.1972 - Entscheidung für ein Gastspieltheaterbetrieb

Beschlüsse der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) vom 4. Juli 2011

Verantwortliche Leitung

Marc Baumann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Eigenwirtschaftlichkeit Die Eigenwirtschaftlichkeit des Theaters beträgt mindestens (in %): Er berechnet sich wie folgt: Gesamtaufwand inkl. interne Verrechnungen ./ Gesamtertrag ohne öffentliche Beiträge (Kanton, Stadt, Gemeinden) = Betriebsergebnis. Eigenwirtschaftlichkeit = Betriebsergebnis in % des Gesamtaufwands.			20.98 1)
2 Nutzung und Belegung Anzahl der eigenen Aufführungen ▪ Davon auf der grossen Bühne in den klassischen Gattungen (Musiktheater, Schauspiel, Tanz) Auslastung der Sitzplätze im Theatersaal in % Durchschnittliche Anzahl Besuchende pro Vorstellung auf der grossen Bühne Anzahl Besuchende Anzahl verkaufte Abonnemente Anzahl der Vermietungstage ▪ davon für Winterthurer Non Profit Organisationen	110 60 400 43'017 3'625 68 52	109 62 420 45'000 3'590 75 50	120 100 1) 60 400 45'000 3'590 75 50
3 Kundenorientierung Das Theaterpublikum und die Mieter/innen sind zufrieden Messung / Bewertung: 1) Regelmässige Publikumsbefragungen durch das Theater selbst und alle vier bis sechs Jahre eine Befragung durch Externe. Abgabe Bericht des Theaters Messgrösse: Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden 2) Systematische Feedbacks der Mieterinnen und Mieter zur Dienstleistung und Infrastruktur werden eingeholt und regelmässig ausgewertet. Abgabe Bericht des Theaters. Messgrösse: Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	 92 90	 Ende Mai 2012 90 Ende Mai 2012 90	 Ende Mai 2013 1) aufgehoben 1) Ende Mai 2013 1) aufgehoben 1)
4 Theaterangebot Ausgewogenes Angebot in den verschiedenen Theatersparten, für alle Altersstufen, insbesondere für Erwachsene. Hohe Qualität und Ausgewogenheit bezüglich Theaterkultur, Unterhaltungswert, gesellschaftlicher Relevanz, Innovation, Ausstrahlung und handwerklicher Kompetenz. Innere Stimmigkeit und Vielfalt des Spielplans. Messung / Bewertung: Evaluation des Theaterangebots am Ende der Saison mittels Beurteilungsraster durch die Theaterkommissionsmitglieder (Ziel: Beurteilung von 50% der Aufführungen) Messgrösse: Beurteilung auf der Skala: sehr gut / gut / genügend / kann den Erwartungen nicht genügen	Gut	gut-sehr gut	gut-sehr gut

1) An BSKK-Sitzungen vom 30.5.2011 und 4.7.2011 beschlossene Anpassungen ab VO 2012. Der Satz "Die Eigenwirtschaftlichkeit des Theaters beträgt mindestens 20%" wurde in "Die Eigenwirtschaftlichkeit des Theaters beträgt mindestens (in %):" abgeändert. Der Wert wird in der Jahresspalte eingetragen.

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	3'276'799	3'138'981	6'031'245

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Personalkosten

Die Zunahme gegenüber dem Budget 2011 erklärt sich in einer voraussichtlichen Doppelbesetzung aufgrund einer Pensionierung (Bühnenbeleuchtung) im 2012 sowie durch Mehrkosten infolge eines Schwangerschaftsurlaubes, welcher sich bis in den Frühling 2012 hineinzieht und im VO 2011 nicht enthalten ist. Weiter resultieren Mehrkosten beim Foyerpersonal, welches neu im Stundenlohn und nicht mehr mit einer festen Abendgage engagiert ist (Vertragsänderung erfolgte im November 2010). Für diese Anpassung ist ein gebundener Stadtratsbeschluss (SRB 10.1311-2) vorhanden. Eine weitere wichtige Erhöhung ist entstanden durch die Festanstellung des Reinigungspersonals, die eine Mehrkosten beim Personal von rund CHF 135'000 bedeutet. Im gleichen Zug konnten die Sachkosten (siehe unten) um CHF 176'000 reduziert werden. Die Kosten sind im VO 2011 nicht enthalten. Weiter fallen im Frühling 2012 einige Treueprämien bei den Personalkosten an.

Sachkosten

Um die vom SR vorgegebene Globalkreditlimite 2012 halten zu können, wurden gegenüber dem VO 2011 diverse Einsparungen von über CHF 400'000 budgetiert. Vor allem bei den Programmkosten, den Unterhaltskosten, im Marketing und bei der Reinigung werden Kosten eingespart.

Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen

Der ehemalige Neubau des Theaters (1970-iger Jahre) wird im 2012 mit einem letzten kleinen Restbetrag abgeschrieben. Dadurch können die kalkulatorischen Kosten im 2012 gegenüber dem Budget 2011 stark reduziert werden.

Externe Erlöse

Für 2012 prognostiziert man tiefere Vermietungserlöse. Dies ist die Folge einer Verlagerung einer grösseren Mietveranstaltung (Kindertanztheater Claudia Corti) zu den Theateraufführungen durch eine neue Vereinbarung. Bei den Aboerträgen geht man von einer weiteren Reduktion aus, welche man jedoch durch höhere Erträge im freien Verkauf aufzufangen hofft. Schlussendlich rechnet man gesamthaft mit leicht höheren Erträgen.

Beiträge von Dritten

Mit dem neuen Finanzausgleich wird der gesamte Zentrumslastenausgleich zentral beim Finanzamt gebucht. Der darin enthaltene zweckgebundene Beitrag für die Kultur (6,9% von Fr. 86,4 Mio.) wird somit nicht mehr in den Rechnungen der Kultur ausgewiesen. Im 2010 betrug der Anteil des Theaters Fr. 2'751'300 Mio. Zusätzlich fällt der bisherige Staatsbeitrag des Kantons Zürichs in der Höhe von Fr. 0,5 Mio. aufgrund dem neuen Finanzausgleichsgesetz ab 2012 weg (siehe auch Produktgruppe Subventionsverträge und Beiträge an Dritte). Unter den Beiträgen erscheinen somit nur noch die Beiträge der Gemeinden sowie der Beitrag aus dem Kulturförderungsgesetz.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Personalkosten

Die Mehrkosten begründen hauptsächlich sich in der Umstellung des Foyerpersonals, das neu im Stundenlohn und nicht mehr in der Abendgage engagiert ist. Eine zweite wichtige Erhöhung ist die Festanstellung des Reinigungspersonals, die eine Erhöhung um rund CHF 135'000 bedeutet. Im gleichen Zug konnten die Sachkosten (siehe unten) um CHF 191'000 reduziert werden. Weiter kommen ab dem VO 2011 höhere Rententeuerung und AHV-Überbrückungszulagen von CHF 89'000 sowie die Lohnrunde 2011 hinzu. Weiter rechnet man im 2012 mit einer Doppelbesetzung aufgrund einer Pensionierung (Bühnenbeleuchtung) sowie mit Mehrkosten infolge eines Schwangerschaftsurlaubes, welcher sich bis in den Frühling 2012 hineinzieht.

Sachkosten

Gegenüber der Rechnung 2010 wurden Einsparungen beim Betriebsaufwand (Marketing, Programm, Reinigung etc.) von über CHF 300'000 realisiert.

Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen

Der ehemalige Neubau des Theaters (1970-iger Jahre) wird im 2012 mit einem letzten kleinen Restbetrag abgeschrieben. Dadurch können die kalkulatorischen Kosten im 2012 gegenüber dem Ist 2010 stark reduziert werden.

Externe Erlöse

Für 2012 prognostiziert man tiefere Vermietungserlöse, dafür höhere Erträge aus dem freien Verkauf. Dies ist die Folge einer Verlagerung einer grösseren Mietveranstaltung (Kindertanztheater Claudia Corti) zu den Theateraufführungen durch eine neue Vereinbarung.

Beiträge von Dritten

Mit dem neuen Finanzausgleich wird der gesamte Zentrumslastenausgleich zentral beim Finanzamt gebucht. Der darin enthaltene zweckgebundene Beitrag für die Kultur (6,9% von Fr. 86,4 Mio.) wird somit nicht mehr in den Rechnungen der Kultur ausgewiesen. Im 2010 betrug der Anteil des Theaters Fr. 2'751'300 Mio. Zusätzlich fällt der bisherige Staatsbeitrag des

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Kantons Zürichs in der Höhe von Fr. 0,5 Mio. aufgrund dem neuen Finanzausgleichsgesetz ab 2012 weg (siehe auch Produktgruppe Subventionsverträge Der darin enthaltene zweckgebundene Beitrag für die Kultur (6,9% von Fr. 86,4 Mio.) wird somit nicht mehr in der Rechnung des Theaters ausgewiesen. und Beiträge an Dritte). Unter den Beiträgen erscheinen somit nur noch die Beiträge der Gemeinden sowie der Beitrag aus dem Kulturförderungsgesetz.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	2'546'077	2'592'364	3'006'477
Sachkosten	5'170'622	5'258'939	4'865'659
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'341'638	1'292'495	738'556
Mietkosten	57'124	56'768	57'980
Übrige interne Kosten	283'715	247'716	240'874
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>9'399'176</i>	<i>9'448'281</i>	<i>8'909'545</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	9'399'176	9'448'281	8'909'545
Externe Erlöse	1'790'237	1'782'300	1'797'700
Interne Erlöse	43'143	35'000	38'600
Beiträge von Dritten	4'288'998	4'492'000	1'042'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>6'122'377</i>	<i>6'309'300</i>	<i>2'878'300</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	6'122'377	6'309'300	2'878'300
Total Nettokosten / Globalkredit	3'276'799	3'138'981	6'031'245
Kostendeckungsgrad in %	65	67	32

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	21.45	22.95	22.95
▪ Auszubildende	1.00	1.00	3.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Die Theaterleitung besetzt ab Herbst 2011 eine neue Lehre «Veranstaltungsfachmann/Veranstaltungsfachfrau». Der Lehrplan, wurde im Mai 2011 vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie genehmigt und das Theater von der Bildungsdirektion des Kantons Zürich im Juni 2011 als Lehrbetrieb zugelassen. Ab Herbst 2012 soll eine weitere Anlehre Stelle im Bereich der Haustechnik geschaffen werden.
Stelleneinheiten: Wert Soll 2011 inkl. Veränderung im Novemberbrief 2011

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Erläuterungen

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

Im Rahmen des laufenden Unterhalts werden 2012 die bühnentechnischen Einrichtungen (Beleuchtung, Ton, Bühnentechnik) geprüft und ins Inventar aufgenommen.

2012 tritt der neue Intendant des Opernhaus Zürich, Andreas Homoki, seine Stelle an. Damit wird die Zusammenarbeit zwischen dem Opernhaus Zürich und dem Theater Winterthur neu definiert. Anstelle der Saisoneroöffnung mit einer Opernrairität, zeigt das Opernhaus Zürich in Winterthur jeweils eine Produktion aus ihrem Repertoire (2012/13 Così Fan Tutte) und zusätzlich eine Tanzproduktion mit dem Zürcher Ballett.

In Kooperation mit dem Musikkollegium findet im Theater Winterthur die Kinder- und Jugendoper «Das verbotene Land» statt. Diese Oper schliesst an «Fealan - Winterthur schreibt eine Oper» an. Wie 2009 sollen auch 2012 mehrere hundert Kinder und Jugendliche gemeinsam eine grosse Oper vollständig komponieren, produzieren, darstellen, bewerben und dokumentieren. Dieses Mal sind auch Jugendliche einer Gymnasiums-klasse aus Beirut dabei (Samstag, 12. und Sonntag, 13. Mai).

Die Veranstaltung «Im Gespräch: Die Erde» vom 9. April 2011 soll im März 2012 eine Fortsetzung erfahren. Das Theater inszeniert theatralische Diskussionsveranstaltungen zur Frage um den Umgang mit wichtigen Ressourcen (Erdöl, Wasser, Phosphor, seltene Metalle etc.).

Produkt 1 Theateraufführungen

Leistungen

- Ausgewogenes Angebot in den verschiedenen Theatersparten, für alle Altersstufen, insbesondere für Erwachsene. Hohe Qualität und Ausgewogenheit bezüglich Theaterkultur, Unterhaltungswert, gesellschaftlicher Relevanz, Innovation, Ausstrahlung und handwerklicher Kompetenz. Innere Stimmigkeit und Vielfalt des Spielplans.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	7'222'005	7'340'410	8'848'831
Erlös	4'277'319	4'446'140	2'626'900
Nettokosten	2'944'687	2'894'270	6'221'931
Kostendeckungsgrad in %	59	61	30

Mit dem VO 2012 wird die Umlage angepasst. Das Produkt 2 beansprucht nur einen kleinen Teil der administrativen Kosten, da das Theater nur in den Sommermonaten gemietet werden kann. Die Kosten verschieben sich dementsprechend vom Produkt 2 zum Produkt 1. Aufgrund der wegfallenden Staatsbeiträge, welche ab VO 2012 zentral beim Finanzamt verbucht werden, wird der Kostendeckungsgrad verändert dargestellt. Aus Transparenzgründen wird die mit dem Parlament ausgehandelte Eigenwirtschaftlichkeit unten dargestellt.

Eigenwirtschaftlichkeit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	7'222'005	7'340'410	8'848'831
Eigene Erlöse	1'525'406	1'498'940	1'614'900
Nettokosten, finanziert durch:	5'696'599	5'841'470	7'233'931
Globalkredit Stadt Winterthur (exkl. Staatsbeiträge Kt. ZH)	2'944'687	2'894'270	6'221'931
Staatsbeiträge Kanton Zürich (1)	2'095'754	2'270'000	0
Beitrag aus Kulturförderungsgesetz (2)	485'460	502'200	837'000
Beiträge Gemeinden	170'698	175'000	175'000

1) Mit dem neuen Finanzausgleich werden die zweckgebundenen Staatsbeiträge neu zentral beim Finanzamt verbucht und erscheinen nicht mehr in den Rechnungen der Kultur.

2) Der Beitrag aus dem Kulturförderungsgesetz wird ab 2012 nicht mehr auf die beiden Produkte "Theateraufführungen" und "Vermietungen" aufgeteilt, sondern gesamthaft beim Produkt 1 verbucht.

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Aufwandüberschuss pro Besucher/in in CHF	68.00	63.00	
Öffentlicher Beitrag pro Besucher/in Stadt Winterthur und Kanton Zürich 1)			156.60

1) Wegen der geänderten Verbuchungspraxis ist die Aufteilung der Beiträge zwischen Stadt Winterthur und Kanton Zürich nicht möglich. Im Globalkredit (ab 2012) sind auch die ehemaligen Beiträge des Kantons Zürich inbegriffen.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
vgl. parlamentarische Zielvorgaben zu Nutzung und Belegung			

Produkt 2 Vermietungen

Leistungen

Neben seiner Aufgabe als Gastspielhaus soll das Theater den Winterthurer in spielfreien Zeiten Institutionen und Vereinen als Bühne für lokale und regionale Kulturproduktionen dienen. Die Unternehmen und Organisationen in Winterthur finden hier eine günstige und attraktive Kongressinfrastruktur. Für private Kongresse, Tagungen, Feierlichkeiten und andere Veranstaltungen verrechnet das Theater marktkonforme Preise.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	2'153'997	2'107'871	60'714
Erlös	1'839'355	1'863'160	251'400
Nettokosten	314'642	244'711	-190'686
Kostendeckungsgrad in %	85	88	414

Gemäss Absprache mit der Parlamentskommission (BSKK) vom 4. Juli 2012 werden ab 2012 nur noch die direkten Kosten und effektiven Mieterträge ausgewiesen.

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Vergünstigungen der Miete für lokale Veranstalter/innen: Anzahl Vermietungstage Gesamter Vergünstigungswert auf die Vollpreise			30 Fr. 45'000

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
vgl. parlamentarische Zielvorgaben zu Nutzung und Belegung			

IAFP Theater Winterthur

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	9'399	9'448	8'909	9'016	9'010	9'010
Erlös	6'122	6'309	2'878	2'878	2'878	2'878
Nettokosten/Globalkredit	3'277	3'139	6'031	6'137	6'131	6'131
Kostendeckungsgrad in %	65	67	32	32	32	32

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	0	0	300'000	700'000	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Eigenwirtschaftlichkeit Die Eigenwirtschaftlichkeit des Theaters beträgt mindestens (in %): Er berechnet sich wie folgt: Gesamtaufwand inkl. interne Verrechnungen ./.. Gesamtertrag ohne öffentliche Beiträge (Kanton, Stadt, Gemeinden) = Betriebsergebnis. Eigenwirtschaftlichkeit = Betriebsergebnis in % des Gesamtaufwands.	0.00	0.00	20.98 1)	20.87	20.88	20.88
2 Nutzung und Belegung Anzahl der eigenen Aufführungen ▪ Davon auf der grossen Bühne in den klassischen Gattungen (Musiktheater, Schauspiel, Tanz) Auslastung der Sitzplätze im Theatersaal in % Durchschnittliche Anzahl Besuchende pro Vorstellung auf der grossen Bühne Anzahl Besuchende Anzahl verkaufte Abonnemente Anzahl der Vermietungstage ▪ davon für Winterthurer Non Profit Organisationen	110 0 60 400 43'017 3'625 68 52	109 0 62 420 45'000 3'590 75 50	120 100 1) 60 400 45'000 3'590 75 50	120 100 60 400 45'000 3'590 75 50	120 100 60 400 45'000 3'590 75 50	120 100 60 400 45'000 3'590 75 50

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
3 Kundenorientierung Das Theaterpublikum und die Mieter/innen sind zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Regelmässige Publikumsbefragungen durch das Theater selbst und alle vier bis sechs Jahre eine Befragung durch Externe. Abgabe Bericht des Theaters <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden 2) Systematische Feedbacks der Mieterinnen und Mieter zur Dienstleistung und Infrastruktur werden eingeholt und regelmässig ausgewertet. Abgabe Bericht des Theaters. <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	0	Ende Mai 2012	Ende Mai 2013 1)	Ende Mai 2014	Ende Mai 2015	Ende Mai 2016
	92	90	aufgeh. 1)	aufgeh. 1)	aufgeh. 1)	aufgeh. 1)
	0	Ende Mai 2012	Ende Mai 2013 1)	Ende Mai 2014	Ende Mai 2015	Ende Mai 2016
	90	90	aufgeh. 1)	aufgeh. 1)	aufgeh. 1)	aufgeh. 1)
4 Theaterangebot Ausgewogenes Angebot in den verschiedenen Theatersparten, für alle Altersstufen, insbesondere für Erwachsene. Hohe Qualität und Ausgewogenheit bezüglich Theaterkultur, Unterhaltungswert, gesellschaftlicher Relevanz, Innovation, Ausstrahlung und handwerklicher Kompetenz. Innere Stimmigkeit und Vielfalt des Spielplans. <i>Messung / Bewertung:</i> Evaluation des Theaterangebots am Ende der Saison mittels Beurteilungsraster durch die Theaterkommissionsmitglieder (Ziel: Beurteilung von 50% der Aufführungen) <i>Messgrösse:</i> Beurteilung auf der Skala: sehr gut / gut / genügend / kann den Erwartungen nicht genügen	Gut	gut-sehr gut	gut-sehr gut	gut - sehr gut	gut - sehr gut	gut - sehr gut

1) An BSKK-Sitzungen vom 30.5.2011 und 4.7.2011 beschlossene Anpassungen ab VO 2012.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

Eine Untersuchung durch Experten im Frühjahr 2011 hat gezeigt, dass die gebäudetechnische Infrastruktur (Heizung, Lüftung, Klima, Sanitär, Elektrisch) nach 30 Jahren am Ende ihrer Lebensdauer angelangt ist und mittelfristig ersetzt werden muss (3-5 Jahre). Die Sanierungsplanung wird vom Stadtrat im Herbst 2011 beschlossen und in die Investitionsplanung aufgenommen. Die Herstellung der Behindertenfreundlichkeit des Theaters (Lifte, Zugang zu Toiletten und Garderoben etc.) ist ein wichtiges Projekt, das in den nächsten Jahren an die Hand genommen werden soll. Diesbezügliche Mittel werden im Rahmen der Sanierungsmassnahmen beantragt.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen

Bibliotheken

Auftrag

Führung eines Bibliotheksnetzes, das die Funktion einer Studien- und Bildungsbibliothek sowie von allgemeinen öffentlichen Bibliotheken abdeckt. Das Zielpublikum findet zu allen Themenkreisen und kulturellen Gattungen geeignete Medien und für die Arbeit eine geeignete Bibliotheksinfrastruktur.

Produkte

Buch- und Medienangebot der Stadtbibliothek

Unterstützen der Allgemeinbildung sowie der schulischen und beruflichen Aus- und Weiterbildung; Förderung der Lesekultur, der Medienkompetenz und des Kulturbewusstseins in allen Bevölkerungsschichten; Förderung des informativen und kulturellen Meinungsaustausches

Buch- und Medienangebot der Quartierbibliotheken

Unterstützen der Allgemeinbildung und der Freizeitgestaltung; Förderung der Lesekultur in allen Gruppen und Schichten, vor allem unter den Kindern und Jugendlichen; Förderung des informativen und kulturellen Meinungsaustausches

Angebot der Studienbibliothek

Beschaffen und vermitteln von historischen und aktuellen Informationen über die Region Winterthur; Pflege und Erhalt des Winterthurer Kulturgutes in Wort und Bild; Anregung und Unterstützung von Publikationen über die Region Winterthur

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Jährliche Regierungsratsbeschlüsse über kantonale Beiträge an die Stadtbibliothek als überregionale Studien- und Bildungsbibliothek

Stufe Stadt (GGR / SR)

Verordnung über das Öffentliche Bibliothekswesen vom 29. Januar 1996

Reglement über die Öffentlichen Bibliotheken vom 10. April 1996

Benutzungsordnung für die Öffentlichen Bibliotheken vom 1. Januar 2007

Stufe Verwaltungseinheit

Leitbild der Winterthurer Bibliotheken vom Frühjahr 2001

Zusammenstellung der Gebühren und Tarife vom 1. Januar 2007

Finanzkompetenzordnung für das Kader und das Personal der Winterthurer Bibliotheken vom 1. Januar 2007

Verantwortliche Leitung

Hermann Romer

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Kosten Der Betrieb des Winterthurer Bibliotheksnetzes ist kostengünstig <i>Messung/Bewertung:</i> Ermittelt anhand der Betriebszahlen der Produkte 1 und 2 <i>Messgrössen:</i> Bruttokosten pro Ausleihe in CHF Kostendeckungsgrad für Produkt 3 in %	6.61 13	6.91 2	6.93 4
2 Bibliotheksnutzung Ein grosser Anteil der Winterthurer Bevölkerung benutzt die Winterthurer Bibliotheken in % <i>Messung/Bewertung:</i> Anzahl Nutzer mit Postanschrift in Winterthur (ermittelt anhand der Betriebszahlen) im Verhältnis zur Einwohnerzahl	19.22	>19	>19
3 Kundenorientierung Die Benutzerinnen und Benutzer sind mit dem Bibliotheksangebot zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Fluktuationsrate: Aktive Nutzer des Vorjahres minus Differenz der aktiven Nutzer und der Neuanmeldungen des Berichtsjahres geteilt durch die aktiven Nutzer des Vorjahres, mal 100. <i>Messgrösse:</i> Fluktuationsrate der Vorjahresbenutzerinnen und -benutzer in %	19.00	<20	<20
4 Qualitätssicherung Das Angebot der Winterthurer Bibliotheken ist attraktiv und aktuell. <i>Messung / Bewertung:</i> Ermittelt anhand der Betriebszahlen: Zusammenstellung aus dem SISIS-System (Bibliotheksoftware) <i>Messgrösse:</i> Anteil der mindestens einmal ausgeliehenen Freihandmedien in %	82.22	>81	>81

Umsatzprognose 1'400'000 Ausleihen; Kostendeckungsgrad der Studienbibliothek ist nicht mehr durch Provisoriumskosten beeinflusst; Bevölkerungswachstum und Zunahme der Bibliotheksnutzenden verlaufen parallel.

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	8'102'807	8'366'655	8'557'423

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Der Globalkredit erhöht sich im Vergleich zum Voranschlag 2011 um 123'500.--. Die Erhöhung lässt sich nicht auf einen Faktor reduzieren. Zur Erhöhung beigetragen haben die steigenden Unterhaltskosten bei den beiden neuen Bibliotheken Seen und Studienbibliothek, steigende Mietkosten ebenfalls bei Seen aber auch im Aussendepot Hölderli, wo Mietraum zugemietet wurde, weil das Material der Studienbibliothek nun definitiv dort archiviert wird. Die zu erwartenden Mehrkosten von 210'000.-- werden um 12% durch tiefere interne Kosten gesenkt und mit zu erwartenden Mehrerträgen, insbesondere durch eine Gebührenerhöhung für Jahresgebühren auf den 1. Januar 2012 kompensiert.

Die Personalkosten erhöhen sich um CHF 44'700.--. Aufgrund von voraussichtlichen Mutationsgewinnen konnte die effektive Erhöhung auf CHF 44'700 reduziert werden. Gegenüber dem VO 2011 fallen Mehrkosten für die neue halbe Stelle bei der Studienbibliothek an. Weiter muss ein Teil der Lohnmassnahmen, welche der Stadtrat für das Jahr 2011 beschloss, von der Produktgruppe selber getragen werden. Diese Mehrkosten sind im VO 2011 nicht berücksichtigt, fliessen nun jedoch in den VO 2012 mitein.

Die Erhöhung der Sachkosten geht neben den Mietkosten auf den Ersatz der Hard- und Software zurück, insbesondere die RFID-Installation bei den Rückgabeautomaten muss komplett erneuert werden, das OCLC-Bibliothekssystem wird mit dem Tool FAST verbessert. Sowohl Seen wie auch die Studienbibliothek haben neu eine RFID-Installation, die auch gewartet werden muss.

Bei den externen Erlösen wirkt sich die Erhöhung der Jahresgebühren positiv aus, jedoch ist mit Verlusten bei den Gebührenerneuerungen zu rechnen. Auch werden die Gesamterlöse beeinträchtigt durch den Wegfall von diversen Entgelten wie den Sponsoringgeldern für den Lesesommer, der nur alle zwei Jahre stattfindet.

Hinsichtlich der Parlamentarischen Zielvorgaben rechnen die Bibliotheken mit einem kontinuierlichen Fortschreiten der Nutzung ohne wesentliche Veränderungen. Deshalb sollen die Leistungsindikatoren fortgeschrieben werden.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Die Rechnung für das Jahr 2010 war durch zwei Besonderheiten beeinflusst: einerseits durch die Jubiläumsveranstaltungen und andererseits durch den Provisoriumsbetrieb der Studienbibliothek. Deshalb lassen sich die Zahlen des Rechnungsjahrs 2010 auch nur bedingt mit den Voranschlagzahlen 2012 vergleichen. Um das Jahresergebnis 2010 zu erreichen, wurden WoV-Reserven aufgelöst und als Erträge in die laufende Rechnung gebucht. Die Kosten für den Provisoriumsbetrieb wurden ebenfalls über die laufende Rechnung abgewickelt und Ende Jahr durch eine Umbuchung aus dem Investitionskredit für den Umbau des Museums- und Bibliotheksgebäudes in die Rechnung der Bibliotheken ausgeglichen. Insbesondere die hohen Erträge sind in dieser Weise zu begründen.

Die Personalkosten liegen 2010 deutlich unter dem Voranschlag 2012, weil die Rententeuerung (93'000.--) erstmals 2011 den Produktgruppen direkt belastet werden. Zur Differenz tragen zusätzlich die Lohnmassnahmen für das Jahr 2011 bei, ebenso die Anpassungen bei den Lehrstellen und die ab 2012 neue halbe Stelle in der Studienbibliothek.

Betreffend Sachkosten kann auf das zur Abweichung zum Voranschlag 2011 Gesagte verwiesen werden.

Bei den Mietkosten entfallen zwar die Provisoriumskosten für die Studienbibliothek, jedoch musste zusätzlicher Raum gemietet werden für jene Bestände, die nicht zurück an die Museumstrasse umgezogen werden konnten. Deshalb tritt keine grössere Reduktion der Mietkosten nach Auflösung des Provisoriums ein.

Die Entgelte verzeichnen zwar im Vergleich zum Voranschlag 2011 eine Zunahme aufgrund der geplanten Gebührenerhöhung. Bezogen auf die Rechnung 2010 liegen jedoch die Entgelte tiefer. 2010 beeinflussten Rückerstattungen für den Umbau der Studienbibliothek, welche nun im 2012 wegfallen, und eine Entnahme aus der WOV-Reserve die Einnahmen, was buchhalterisch zu einem entsprechend hohen Ertrag führten.

Die Jahresergebnisse bei den parlamentarischen Zielvorgaben geben die Zielwerte vor, sie zeigen, dass sich die Bibliothek auf stabilem Kurs entwickelt.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	5'230'661	5'370'271	5'476'851
Sachkosten	1'957'260	2'041'042	2'133'153
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	868'946	827'474	826'773
Mietkosten	424'428	367'750	392'250
Übrige interne Kosten	915'940	949'618	942'674
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>9'397'234</i>	<i>9'556'155</i>	<i>9'771'700</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	9'397'234	9'556'155	9'771'700
Externe Erlöse	957'505	835'000	874'000
Interne Erlöse	13'230	12'500	18'278
Beiträge von Dritten	323'692	342'000	322'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'294'428</i>	<i>1'189'500</i>	<i>1'214'278</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'294'428	1'189'500	1'214'278
Total Nettokosten / Globalkredit	8'102'807	8'366'655	8'557'423
Kostendeckungsgrad in %	14	12	12

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	46.85	47.22	47.72
▪ Auszubildende	6.20	6.20	6.20
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen
Notwendige Aufstockung bei der Studienbibliothek nach Neueröffnung mit ganztägigen Öffnungszeiten

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Steigerung des Bekanntheitsgrads und der Nutzung der Studienbibliothek, Entwicklungsstrategie für die Nutzung der Angebote
- Konsolidierung der Bibliothekspädagogik, Verankerung der Zusammenarbeit mit der Schule
- Realisierung der neuen QuartierbibliothekHegi
- Konsolidierung der Integrationsbibliothek, 2011 wurde die Partizipation zwischen Nutzenden und Mitarbeitenden auf eine neue Grundlage gestellt. Dieses Modell muss realisiert und evaluiert werden.
- Überprüfen verschiedener Geschäftsfelder Stadtbibliothek, neues Nutzungs- und Raumkonzept
- Verbesserung der elektronischen Werkzeuge für Katalog und Kund/innen-Recherchen.

Produkt 1 Buch- und Medienangebot der Stadtbibliothek

Leistungen

- Ausleihe von Sachbüchern, Nachschlagewerken und Zeitschriften aus allen Fachgebieten sowie von literarischen Werken verschiedener Sprachen und Epochen.
- Angebot von online Datenbanken und externen Bibliothekskatalogen.
- Ausleihe von elektronischen Medien zu allen Fachgebieten und Genres
- Bereitstellen der notwendigen elektronischen Infrastruktur für die Wissensvermittlung
- aufbereitete Angebote an Schulen, schulnahe Institutionen und Organisationen, die sich der Vermittlung von Informationskompetenz widmen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	6'212'464	6'136'607	6'154'077
Erlös	981'343	918'513	842'765
Nettokosten	5'231'121	5'218'094	5'311'312
Kostendeckungsgrad in %	16	15	14

Der Vergleich der Sollwerte 2012 mit den Istwerten 2010 kann nicht gemacht werden, da insbesondere die Jubiläumskosten und damit auch die Kompensationsleistungen aus WoV-Reserven und Fonds direkt und ausschliesslich der Stadtbibliothek zugewiesen wurden.

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anteil der mindestens einmal pro Erfassungsjahr benutzten Freihandmedien in % des Freihandbestandes	80.74	80.00	80.00
Bruttokosten pro ausgeliehenes Medium in CHF	6.41	6.70	6.43

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Zahl der Besucherinnen und Besucher	370'085	366'000	370'000
Zahl der neueingeschriebenen Benutzerinnen und Benutzer	3'276	3'200	3'200
Zahl der ausgeliehenen Medien	969'109	915'000	950'000
- davon Bücher	529'819	510'000	530'000
- davon CDs	218'060	180'000	200'000
- davon DVDs / Videos	199'479	190'000	200'000
- davon übrige	21'751	35'000	20'000

Produkt 2 Buch- und Medienangebot der Quartierbibliotheken

Leistungen

- Ausleihe von Büchern, Zeitschriften, audiovisuellen und elektronischen Medien sowie Spielen aus dem Segment der allgemeinen öffentlichen Bibliotheken
- Angebot literarischer Werke vor allem aus dem Unterhaltungsbereich sowie der Kinder- und Jugendliteratur.
- Betrieb von Quartierbibliotheken mit der Infrastruktur als Quartiertreffpunkt

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	2'333'082	2'432'436	2'423'476
Erlös	294'538	251'386	323'014
Nettokosten	2'038'544	2'181'049	2'100'462
Kostendeckungsgrad in %	13	10	13

Im Vergleich zur Rechnung 2010 wirkt sich die Erneuerung der Bibliothek Seen als Kostentreiberin in allen Kostenarten aus. Kompensiert werden die Kosten durch Mehreinnahmen bei den Jahresgebühren.

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anteil der mindestens einmal pro Erfassungsjahr benutzten Freihandmedien in % des Freihandbestandes	84.77	83.00	83.00
Kosten pro ausgeliehenes Medium in CHF	5.16	5.65	5.35

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Zahl der Besucherinnen und Besucher	226'273	200'000	220'000
Zahl der neueingeschriebenen Benutzerinnen und Benutzer	1'272	1'300	1'200
Zahl der ausgeliehenen Medien	451'672	430'000	450'000
- davon Bücher	292'121	270'000	300'000
- davon CDs	56'818	50'000	50'000
- davon DVDs / Videos	71'442	75'000	65'000
- davon übrige	31'291	35'000	35'000

Produkt 3 Angebot der Studienbibliothek

Leistungen

- Sammeln, erschliessen und vermitteln von Bildmaterial, handschriftlichen Quellen und Familienwappen der Region Winterthur.
- Aufbewahren von kulturell und wissenschaftlich bedeutenden Nachlässen und Archiven von Persönlichkeiten, Familien und kulturellen Vereinigungen der Region Winterthur.
- Mikroverfilmung von wichtigen Winterthurer Handschriften und Druckerzeugnissen.
- Herausgabe des seit 1663 erscheinenden Neujahrsblatts der Stadtbibliothek Winterthur.
- Veröffentlichung der Bibliografie der Region Winterthur im Internet und im Winterthurer Jahrbuch.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	976'688	987'112	1'194'148
Erlös	129'912	19'600	48'499
Nettokosten	846'776	967'512	1'145'649
Kostendeckungsgrad in %	13	2	4

2012 ist das erste Normaljahr nach der Wiedereröffnung der Studienbibliothek am neuen Standort. Die höheren Kosten beruhen auf den kalkulatorischen Kosten des Umbaus und höheren Unterhaltskosten für das Gebäude. Die Steigerung der Erlöse basiert auf der Einführung der kostenpflichtigen Nutzung und der Erhöhung der Nutzungsgebühren. Daraus resultiert ein höherer Kostendeckungsgrad im Vergleich zum Soll 2011.

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten pro benutztes Dokument in CHF	233.78	352.55	349.15

Da die Stadtbibliothek von den Kapital- und Unterhaltskosten des Neubaus Museumstrasse 52 nicht mehr betroffen ist, entfallen fast die gesamten Kosten auf das Produkt 3. Damit verteuert sich die Nutzung der Dokumente im Vergleich zur Rechnung 2010 massiv, verbessert sich aber leicht zum Soll 2011 wegen besserer Nutzung der Sammlungen.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Zahl der benutzten Dokumente	3'442	2'800	3'400
Zahl der unterstützten Publikationen	2	1	1
Anzahl verkaufter Neujahrsblätter (inkl. alter Jahrgänge)	653	800	650

IAFP Bibliotheken

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	9'397	9'556	9'771	10'429	10'519	10'629
Erlös	1'294	1'189	1'214	1'202	1'202	1'202
Nettokosten/Globalkredit	8'103	8'367	8'557	9'227	9'317	9'427
Kostendeckungsgrad in %	14	12	12	12	11	11

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	400'000	150'000	100'000	200'000	400'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Kosten						
Bruttokosten pro Ausleihe in CHF	6.6	6.9	6.9	7.1	7.1	7.2
Kostendeckungsgrad für Produkt 3 in %	13.0	2.0	4.0	3.0	3.0	3.0
2 Bibliotheksnutzung						
Ein grosser Anteil der Winterthurer Bevölkerung benutzt die Winterthurer Bibliotheken in %	19.2	>19	>19	>19	>19	>19
3 Kundenorientierung						
Die Benutzerinnen und Benutzer sind mit dem Bibliotheksangebot zufrieden. Messgrösse: Fluktuationsrate der Vorjahresbenutzerinnen und -benutzer in %	19.0	<20	<20	<20	<20	<20
4 Qualitätssicherung						
Das Angebot der Winterthurer Bibliotheken ist attraktiv und aktuell. Messgrösse: Anteil der mindestens einmal ausgeliehenen Freihandmedien in %	82.2	>81	>81	>81	>81	>81

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

- Konsolidierung des Bibliotheksnetzes der Winterthurer Bibliotheken
- Lesesommer 2013
- Festlegung der Bibliothekspädagogik und Konzept der Zusammenarbeit mit dem Bereich Bildung
- Virtuelle Bibliothek unter Einbezug von Social Media weiterentwickeln
- Beitritt der Winterthurer Bibliotheken zum "worldcat"
- Digitalisierung der Sondersammlungen
- Digitales Archiv der Winterthurer Bibliotheken
- Beteiligung am Stadtjubiläum 2014

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Da in den nächsten Jahren mit einer kontinuierlichen Bibliotheksentwicklung zu rechnen ist, zeichnen sich auch nur geringfügige Verschiebungen bei den Leistungsindikatoren ab. Mit der Erneuerung der Bibliothek Hegi dürfte das Bibliothekssystem für die nächsten Jahre konsolidiert sein. Langfristig nehmen die Belastungen durch die kalkulatorischen Kosten eher ab. Ob sich die Digitalisierung der Gesellschaft auf die physische Bibliotheksnutzung auswirkt, kann im Moment ebenso wenig abgeschätzt werden wie die finanziellen Auswirkungen des Aufbaus der Virtuellen Bibliothek auf die Finanzierung der öffentlichen Bibliotheken.

Subventionsverträge und Beiträge an Dritte

Auftrag

Stärkung der kulturellen Attraktivität der Stadt Winterthur und subsidiäre Förderung und Unterstützung des zeitgenössischen Kulturschaffens mit dem Ziel das vielseitige und qualitativ hoch stehende Kulturangebot zu erhalten und im Rahmen der genehmigten Mittel auszubauen.

Produkte

1 Subventionsverträge und Beiträge an kulturelle Institutionen

Unterstützung privater Initiativen und Institutionen für ein vielfältiges und umfassendes Kulturangebot. Die Unterstützung erfolgt subsidiär. Die Subventionsbeiträge und (teilw.) Infrastrukturleistungen an private Institutionen sind auf der Basis von Leistungsvereinbarungen in den Subventionsverträgen geregelt.

2 Projektbezogene und übrige Beiträge

Projektbezogene Unterstützung von kulturellen Projekten mit einem Bezug zu Winterthur. Förderung im Bereich der bildenden Kunst mit Kunstankäufen. Ausrichtung von Kulturpreisen (Förderpreise, Kulturpreis und Kurzfilmpreis der Stadt Winterthur).

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Es besteht eine allgemeine Verpflichtung zur Erhaltung des Kulturerbes
- Kanton: Subventionierung aufgrund des Kulturförderungsgesetzes und des Gesetzes über den Finanzausgleich

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Kulturleitbild der Stadt Winterthur
- Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten, Volksabstimmung vom 03.12.1939
- Sammlungen Briner und Kern, SR-Beschluss
- Kunstmuseum, Volksabstimmung vom 27.02.2005
- Villa Flora, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Kunsthalle Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Museum Lindengut, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Technorama, Volksabstimmung vom 27.02.2005
- Fotomuseum, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Fotostiftung Schweiz (ehemals Stiftung für Photographie), GGR-Beschluss vom 13.02.2002
- Orchester Musikkollegium, Volksabstimmung vom 27.02.2005
- Musikfestwochen, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Musikverband der Stadt Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Jazz in Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Verein LMK - Live Musik Kultur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Sommertheater, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Marionettentheater, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Kellertheater, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Theater am Gleis, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Theater für den Kanton Zürich, GGR-Beschluss vom 08.11.1971
- Verein tanzinwinterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Filmfoyer Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Filmbulletin, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Internationale Kurzfilmtage, GGR-Beschluss vom 15.11.2004
- Astronomische Gesellschaft Winterthur, GGR-Beschluss vom 15.11.2004

Stufe Verwaltungseinheit

- div. Subventionsbeiträge und Infrastrukturleistungen

Verantwortliche Leitung

Dr. Nicole Kurmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kosten exkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für Kulturförderung an Privatpersonen sowie nichtstädtische Institutionen pro Einwohner (1) in CHF Kosten inkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für Kulturförderung an Privatpersonen sowie nichtstädtische Institutionen pro Einwohner (1) in CHF	82 94	92 102	129 140
2 Kundenorientierung Sparte Museen Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Summe der üblichen Öffnungszeiten in Stunden pro Woche (2) Anzahl Veranstaltungen (gemäss Veranstaltungskalender)	257 703	299 700	299 > 700
3 Kundenorientierung Sparte Musik Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Veranstaltungen (gemäss Veranstaltungskalender)	1'164	1'200	> 1150
4 Kundenorientierung Sparte Theater / Tanz Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Aufführungen (gemäss Veranstaltungskalender)	723	710	> 710
5 Einhaltung der Subventionsverträge Die unterstützten Institutionen halten die vereinbarten Subventionsverträge ein. <i>Messung / Bewertung:</i> Prozentsatz der Institutionen, welche die Leistungsvorgaben der Subventionsverträge einhalten	98	100	98

(1) 2012 veränderte Berechnungsgrundlagen: Der bisherige Ertrag aus den Staatsbeiträgen in dieser Produktgruppe fällt weg, da er neu zentral beim Finanzamt verbucht wird. Im 2010 bezifferte sich dieser Betrag auf CHF 2'848'700. Weiter fallen ab 2012 Pauschalbeiträge des Kantons Zürich aus dem Finanzausgleich weg, die bisher direkt an die Institutionen weitergeleitet wurden (2010 für diese Produktgruppe: CHF 1,5 Mio.). Die Stadt budgetiert neu diese Beiträge in reduzierter Höhe vorbehaltlich Einverständnis GGR.

Einwohner: 102'344 Stand per 31.12.2010 / Prognose per Ende 2011= 103'350 / Prognose per Ende 2012 = 103'950

(2) Kundenorientierung Sparte Museen: Das Kunstmuseum war bis im Frühling bzw. Herbst 2010 geschlossen

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	9'617'509	10'520'431	14'552'797

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Personalkosten

Die leichte Erhöhung ist auf das Museum Oskar Reinhart zurückzuführen und hat mit der prognostizierten Verteilung des Aufsichtspersonals zu tun. Mit dem Voranschlag 2011 musste als Auflage der Versicherung das Aufsichtspersonal im Allgemeinen aufgestockt werden.

Sachkosten

Reduktionen bei Versicherungskosten, baulichem Unterhalt, Energiekosten sowie Honoraren führen zu tieferen Sachkosten gegenüber dem VO 2011.

Beiträge an Dritte

Das neue Finanzausgleichsgesetz, das ab 1.1.2012 in Kraft tritt, hat Auswirkungen auf das Budget dieser Produktgruppe, so dass ein Direktvergleich mit dem Voranschlag 2011 resp. Rechnung 2010 nicht möglich ist. Im neuen Finanzausgleichsgesetz ist ein Minimalanteil von 6,9% oder CHF 5,96 Mio. des Zentrumslastenausgleichs zweckgebunden für Kulturausgaben bestimmt worden (§ 30 des neuen Finanzausgleichsgesetzes). Im Sinne einer Fortschreibung des bis anhin geltenden und im Subventionsvertrag definierten Verteilmechanismus werden die Institutionen Musikkollegium und Kunstmuseum an der Mehrleistung des Kantons beteiligt.

Zusätzlich hat der Kanton nach alter Regelung per Verfügung die Stadt verpflichtet, gewisse Pauschalbeiträge aus dem Finanzausgleich an die vom Kanton bezeichneten Institutionen weiterzugeben, nämlich an das Theater Winterthur, das Musikkollegium, das Kunstmuseum, das Technorama, das Fotomuseum Winterthur sowie für 2011 neu den Internationalen Kurzfilmtagen. Diese Gelder dienten der ergänzenden Betriebsfinanzierung sowie besonderen Investitionsvorhaben und betrugen in der Vergangenheit zwischen CHF 1.5 und 2.45 Mio. Dieser Anteil ist bis anhin auf einem Durchgangskonto der Stadt verbucht worden und deshalb im Globalbudget dieser Produktgruppe nicht zu verfolgen gewesen. Mit dem neuen Finanzausgleichsgesetz erfolgt die Zuweisung neu nicht mehr direkt durch den Kanton.

Auf allen Subventionsverträgen wird die durch die Stadt eingestellte Teuerung von 0,7% budgetiert.

Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen

Neue Projekte im 2011 im Rahmen der Unterhaltspflicht sowie der Beitrag für die Jugendlaborerweiterung im Technorama führen zu Erhöhungen der kalkulatorischen Kosten.

Übrige interne Kosten

Aufgrund der in den Jahren 2009 und 2010 durchgeführten Sanierung des Museums- und Bibliotheksgebäudes fallen höhere kalkulatorische Kosten auf Vorkostenstellen an, welche auf die Produktgruppen "Subventionierte und Beiträge an Dritte", die "Städtischen Institutionen" und die "Bibliotheken" umgelegt werden.

Externe Erlöse

Bei den externen Erlösen musste die Verrechnung für das Trauzimmer reduziert werden. Weiter wird auf die Budgetierung der Lohnrückerstattungen bei der Villa Flora verzichtet.

Beiträge von Dritten

Vor Inkrafttreten des neuen Finanzausgleichsgesetzes handelte es sich hier um kantonale Beiträge auf Basis des Kulturförderungs- und des Finanzausgleichsgesetzes. Nach alter Regelung ist der Stadt jeweils per Verfügung des Regierungsrats der Beitrag zur Entlastung ihres Aufwands für ihre grossen Kulturbetriebe Theater Winterthur, Musikkollegium Winterthur und Kunstmuseum Winterthur zugewiesen worden. Diese Beiträge bewegten sich in der Vergangenheit zwischen CHF 4.3 Mio. und CHF 5.75 Mio.

Ab VO 2012 wird der Zentrumslastenausgleich für die Stadt Winterthur inkl. des zweckgebundenen Anteils von mind. 6.9 % oder CHF 5,96 Mio. für die Kultur zentral beim Finanzamt verbucht und nicht mehr in den entsprechenden Produktgruppen "Theater" und "Subventionsverträge und Beiträge an Dritte" als Beiträge von Dritten ausgewiesen. Damit ist ein direkter Vergleich mit dem Voranschlag 2011 resp. der Rechnung 2010 nicht möglich.

Ab VO 2012 werden unter den Beiträgen von Dritten nur noch die kantonalen Beiträge auf Basis des Kulturförderungsgesetzes aufgeführt.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Personalkosten

Die Anpassung ist auf die Lohnrunde 2011, die Rententeuerung und Rentenleistungen sowie die von der Versicherung geforderte Aufstockung des Aufsichtspersonals zurückzuführen.

Sachkosten

Für das Jahr 2010 wurde aus zeitlichen Verschiebungen beim Projekt "Neupositionierung Kunstmuseen" ein Kreditübertrag (=Aufwandminderung 2010) von Fr. 48'000 nicht benötigt. Der Sachaufwand im 2010 ist um diese Kreditübertragung zu tief. Effektiv erhöht sich der Sachaufwand 2012 gegenüber dem 2010 lediglich um Fr. 41'200. Diese Anpassung ist auf diverse nötige Unterhaltskosten sowie auf leicht erhöhte Ausgaben bei den Drucksachen zurückzuführen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010**Beiträge an Dritte**

Vgl. Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012 unter derselben Rubrik.

Übrige interne Kosten

Aufgrund der in den Jahren 2009 und 2010 durchgeführten Sanierung des Museums- und Bibliotheksgebäudes fallen höhere kalkulatorische Kosten an, welche auf die Produktgruppen "Subventionierte und Beiträge an Dritte", die "Städtischen Institutionen" und die "Bibliotheken" umgelegt werden. Ein erster Anstieg zeigte sich bereits im VO 2011.

Externe Erlöse

Bei den externen Erlösen muss die Verrechnung für das Trauzimmer reduziert werden. Weiter fielen im 2010 Lohnrückerstattungen bei der Villa Flora an, welche ab 2012 wegfallen.

Beiträge von Dritten

Vgl. Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012 unter derselben Rubrik.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	985'420	1'094'620	1'115'155
Sachkosten	559'239	768'439	648'425
Beiträge an Dritte	9'506'145	9'654'550	10'573'377
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'204'070	1'026'393	1'105'475
Mietkosten	596'611	602'300	601'920
Übrige interne Kosten	956'496	1'588'589	1'825'543
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>13'807'980</i>	<i>14'734'891</i>	<i>15'869'896</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	13'807'980	14'734'891	15'869'896
Externe Erlöse	48'285	91'160	24'170
Interne Erlöse	70'186	70'000	69'629
Beiträge von Dritten	4'072'000	4'053'300	1'223'300
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'190'471</i>	<i>4'214'460</i>	<i>1'317'099</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	4'190'471	4'214'460	1'317'099
Total Nettokosten / Globalkredit	9'617'509	10'520'431	14'552'797
Kostendeckungsgrad in %	30	29	8

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	10.15	14.20	14.20
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Mit dem VO 2011 wurde eine Stellenaufstockung von 2,3 Stellen beschlossen um die Auflagen der Versicherung erfüllen zu können. Aufgrund des geschlossenen Kunstmuseums bis im Frühling bzw. Herbst 2010 wurde weniger Personal benötigt.

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Erläuterungen

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

Bei den Subventionsbeiträgen beschränken sich die Massnahmen im Wesentlichen auf die Kontrolle der Einhaltung der Subventionsverträge (Leistungsvereinbarungen und individuelle Vertragsbestimmungen). Mit den projektbezogenen Beiträgen werden kulturelle Projekte gefördert und das Kulturangebot in allen Sparten substantiell ergänzt. Die Umsetzung des Museumskonzepts wird weiterverfolgt.

Produkt 1 Subventionsverträge und Beiträge an kulturelle Institutionen

Leistungen

Subsidiäre Unterstützung von privaten Institutionen für kulturelle Leistungen. Beiträge und Leistungsaufträge sind für jede Institutionen individuell in Subventionsverträgen geregelt.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	12'970'940	13'858'413	14'964'473
Erlös	4'190'471	4'214'460	1'317'099
Nettokosten	8'780'469	9'643'953	13'647'375
Kostendeckungsgrad in %	32	30	9

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Museen			
Museum Oskar Reinhart am Stadtgarten	1'375'363	1'424'048	1'474'287
- davon Beitrag in CHF	0	0	0
- davon Nebenleistungen in CHF	1'406'031	1'440'248	1'493'507
- davon Ertrag in CHF	-30'668	-16'200	-19'220
Sammlungen Briner und Kern	309'846	395'443	342'407
- davon Beitrag in CHF	0	0	0
- davon Nebenleistungen in CHF	314'495	399'403	347'357
- davon Ertrag in CHF	-4'649	-3'960	-4'950
Kunstmuseum	536'555	1'207'181	2'377'908
- davon Beitrag in CHF	916'914	920'000	1'148'052
- davon Nebenleistungen in CHF	751'441	1'296'481	1'499'785
- davon Ertrag in CHF	-1'131'800	-1'009'300	-269'929
Villa Flora	322'791	366'568	383'462
- davon Beitrag in CHF	103'632	104'150	104'357
- davon Nebenleistungen in CHF	224'985	333'418	279'105
- davon Ertrag in CHF	-5'826	-71'000	0
Kunsthalle Winterthur	160'191	143'194	151'314
- davon Beitrag in CHF	62'179	62'500	62'614
- davon Nebenleistungen in CHF	98'012	80'694	88'700
Museum Lindengut	318'230	360'232	379'006
- davon Beitrag in CHF	31'090	31'200	31'308
- davon Nebenleistungen in CHF	364'467	399'032	403'698
- davon Ertrag in CHF	-77'327	-70'000	-56'000
Technorama	1'177'028	1'158'975	1'449'071
- davon Beitrag in CHF	569'978	573'000	836'068
- davon Nebenleistungen in CHF	607'050	585'975	613'003
Fotomuseum	310'897	312'500	509'473
- davon Beitrag in CHF	310'897	312'500	509'473
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Fotostiftung Schweiz	90'000	90'500	90'630
- davon Beitrag in CHF	90'000	90'500	90'630
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Musik			
Orchester Musikkollegium	2'052'781	1'977'300	4'259'031
- davon Beitrag in CHF	4'771'603	4'800'000	5'004'231
- davon Nebenleistungen in CHF	221'378	221'300	221'800
- davon Ertrag in CHF	-2'940'200	-3'044'000	-967'000
Musikfestwochen	196'901	198'000	198'279
- davon Beitrag in CHF	196'901	198'000	198'279
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Musikverband der Stadt Winterthur	207'265	208'300	208'716
- davon Beitrag in CHF	207'265	208'300	208'716
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Jazz in Winterthur	77'724	78'100	78'268
- davon Beitrag in CHF	77'724	78'100	78'268
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Verein LMK - Live Musik Kultur	340'000	348'800	342'100
- davon Beitrag in CHF	300'000	308'800	302'100
- davon Nebenleistungen in CHF	40'000	40'000	40'000
Theater / Tanz			
Sommertheater	314'758	302'521	302'734
- davon Beitrag in CHF	259'081	260'400	260'895
- davon Nebenleistungen in CHF	55'677	42'121	41'839
Marionettentheater	109'717	103'986	113'265
- davon Beitrag in CHF	72'543	72'900	73'051
- davon Nebenleistungen in CHF	37'174	31'086	40'214
Kellertheater	200'513	201'400	201'608
- davon Beitrag in CHF	176'175	177'100	177'408
- davon Nebenleistungen in CHF	24'338	24'300	24'200
Theater am Gleis	321'260	322'900	323'509
- davon Beitrag in CHF	321'260	322'900	323'509
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Theater für den Kanton Zürich	81'399	81'158	85'265
- davon Beitrag in CHF	79'159	79'000	83'160
- davon Nebenleistungen in CHF	2'240	2'158	2'105
Theater Katerland/bravebühne	55'000	55'300	55'385
- davon Beitrag in CHF	55'000	55'300	55'385
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Verein tanzinwinterthur	67'361	67'700	67'833
- davon Beitrag in CHF	67'361	67'700	67'833
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Film			
Filmfoyer Winterthur	62'179	62'500	62'614
- davon Beitrag in CHF	62'179	62'500	62'614
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Filmbulletin	20'726	20'800	20'871
- davon Beitrag in CHF	20'726	20'800	20'871
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Internationale Kurzfilmtage	93'269	93'800	93'922
- davon Beitrag in CHF	93'269	93'800	93'922
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0
Übrige Beiträge			
Astronomische Gesellschaft Winterthur	26'944	27'100	27'133
- davon Beitrag in CHF	26'944	27'100	27'133
- davon Nebenleistungen in CHF	0	0	0

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die Zusammenarbeit der Stadt mit den privaten Institutionen für kulturelle Leistungen wird durch Subventionsverträge geregelt.	22	22	22

Produkt 2 Projektbezogene und übrige Beiträge

Leistungen

Projektbezogene Unterstützung von kulturellen Projekten mit einem Bezug zu Winterthur, Ausrichtung von Kulturpreisen, Ankauf von Kunstwerken, Inventarisierung der Kunstwerke im Besitz der Stadt Winterthur.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	772'845	876'478	905'422
Erlös	0	0	0
Nettokosten	772'845	876'478	905'422
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Diverse Beiträge an Kulturschaffende in CHF	83'815	38'263	83'710
Kulturpreise der Stadt Winterthur in CHF	33'201	30'000	32'500
Kunstankäufe in CHF	86'174	91'216	91'212
Kulturkommissionen (Kunstkommission, Literaturkommission) in CHF	1'710	3'000	3'000
Projektbezogene Beiträge in CHF	567'945	714'000	695'000

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl eingegangener Gesuche	172	185	180
Anzahl bearbeiteter Gesuche	163	175	170
Anzahl unterstützter Gesuche	96	100	100

IAFP Subventionsverträge und Beiträge an Dritte

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	13'807	14'734	15'869	16'255	16'233	17'117
Erlös	4'190	4'214	1'317	1'317	1'317	1'317
Nettokosten/Globalkredit	9'618	10'520	14'553	14'938	14'916	15'800
Kostendeckungsgrad in %	30	29	8	8	8	8

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	1'630'000	940'000	225'000	100'000	1'800'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Kosten exkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für Kulturförderung an Privatpersonen sowie nichtstädtische Institutionen pro Einwohner (1) in CHF	82	92	129	131	131	137
Kosten inkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für Kulturförderung an Privatpersonen sowie nichtstädtische Institutionen pro Einwohner (1) in CHF	94	102	140	142	142	148

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
2 Kundenorientierung Sparte Museen Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Summe der üblichen Öffnungszeiten in Stunden pro Woche (2) Anzahl Veranstaltungen (gemäss Veranstaltungskalender)	257 703	299 700	299 > 700	299 > 700	299 > 700	299 > 700
3 Kundenorientierung Sparte Musik Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Veranstaltungen (gemäss Veranstaltungskalender)	1'164	1'200	> 1150	> 1150	> 1150	> 1150
4 Kundenorientierung Sparte Theater / Tanz Die unterstützten Institutionen stehen der gesamten Bevölkerung offen. Das Angebot ist abwechslungsreich und qualitativ hochstehend. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Aufführungen (gemäss Veranstaltungskalender)	723	710	> 710	> 710	> 710	> 710
5 Einhaltung der Subventionsverträge Die unterstützten Institutionen halten die vereinbarten Subventionsverträge ein. <i>Messung / Bewertung:</i> Prozentsatz der Institutionen, welche die Leistungsvorgaben der Subventionsverträge einhalten	98	100	98	98	98	100

(1) 2012 veränderte Berechnungsgrundlagen: Der bisherige Ertrag aus den Staatsbeiträgen in dieser Produktgruppe fällt weg, da er neu zentral beim Finanzamt verbucht wird. Weiter fallen ab 2012 Pauschalbeiträge des Kantons Zürich aus dem Finanzausgleich weg, die bisher direkt an die Institutionen weitergeleitet wurden. Die Stadt budgetiert neu diese Beiträge in reduzierter Höhe vorbehaltlich Einverständnis GGR.

Einwohner: 102'344 Stand per 31.12.2010; prognostizierter Stand per 31.12.2011 = 103'350; prognostizierten Stand per 31.12.2012 = 103'950; 2013 = 104'550; 2014 = 105'150; 2015 = 106'150

(2) Kundenorientierung Sparte Museen: Das Kunstmuseum war im 2010 bis im Frühling bzw. Herbst wegen Sanierung geschlossen

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

Bei den Subventionsbeiträgen beschränken sich die Massnahmen im Wesentlichen auf die Kontrolle der Einhaltung der Subventionsverträge (Leistungsvereinbarungen und individuelle Vertragsbestimmungen). Per Ende 2013 laufen die befristeten Verträge aus. Die Erneuerung erfolgt im Rahmen einer Gesamtbeurteilung. Die Genehmigung der Verträge erfolgt durch den GGR.

Die projektbezogene Kulturförderung erfolgt nach den im Kulturleitbild formulierten Rahmenbedingungen und Kriterien. Diese Projekte bereichern und ergänzen das Kulturangebot in Winterthur substantiell.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Subventionsverträge haben eine Laufzeit von vier Jahren. Für die projektbezogene Kulturförderung gelten die im Kulturleitbild formulierten Rahmenbedingungen und Beurteilungskriterien. Die Kulturförderung der Stadt Winterthur reagiert flexibel auf die Initiative von Privaten. Kulturelle Projekte werden primär von Kulturschaffenden definiert. Die Stadt Winterthur unterstützt dieses Schaffen mit Beiträgen, Beratungen und Infrastrukturleistungen.

Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten

Auftrag

1. Die städtischen Museen und Sammlungen erfüllen einen Bildungs-, Forschungs- und Vermittlungsauftrag und stärken die kulturelle Attraktivität von Winterthur. Sie erschliessen und vermitteln einer regionalen und überregionalen Öffentlichkeit durch besucherfreundliche Ausstellungen und Veranstaltungen kulturelle und naturwissenschaftliche Themen. Sie sammeln, konservieren und erforschen Kulturgüter fach- und sachgerecht und erhalten sie für die Zukunft. Im Aufgabengebiet der Bauten liegt die Substanzerhaltung der städtischen Liegenschaften und Bauten mit kultureller Nutzung. Betreiben der Infrastruktur, ausgerichtet nach den Bedürfnissen der Nutzerinnen und Nutzer.
2. Das Kulturzentrum Alte Kaserne verankert die städtische Jugend- und Soziokultur und dient dem kulturellen Austausch. Weiter ist es Veranstaltungs- und Tagungsort für lokale und regionale Vereine und Gruppen.
3. Das Veranstaltungsmarketing leistet einen Gesamtüberblick über die kulturellen Veranstaltungen in Winterthur und erleichtert den Zugang zur Kultur für alle Bevölkerungsgruppen. Die Kulturvermittlung fördert mit einem breiten museums- und theaterpädagogischen Angebot das Verständnis und die Freude an Kultur.

Produkte

1 Städtische Museen

Betrieb von städtischen Museen:

- Naturmuseum
- Münzkabinett und Antikensammlung
- Gewerbemuseum und Uhrensammlung
- Schlösser Hegi und Mörsburg

Substanzerhaltung, Unterhalt und Wartung der Liegenschaften und Bauten mit kultureller Nutzung; Diverse Dienstleistungen und Infrastrukturleistungen für die Nutzer und Betreiber der kulturellen Institutionen.

2 Alte Kaserne Kulturzentrum

Dienstleistungsangebot für externe Veranstalter, eigene Veranstaltungsprogrammierung, soziokulturelle Animation.

3 Kulturvermittlung, Veranstaltungsmarketing

Publikation des kulturellen Angebotes mit der Führung eines städtischen Veranstaltungskalenders im Internet, Prospekten und Plakaten. Koordination des übergeordneten Kulturmarketings mit der Herausgabe von Drucksachen und der Koordination und Organisation von Events. Bereitstellen eines umfassenden Angebotes in der Museums- und Theaterpädagogik für Schulklassen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Es besteht eine allgemeine Verpflichtung zur Erhaltung des Kulturerbes.
- Gemäss der UNESCO-Deklaration kommen die Museen der Verpflichtung „Recht auf Bildung“ nach

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) v. 26.10.87, mit Nachtrag v. 01.12.93.
- Verpflichtung zur konservatorischen Betreuung der Uhrensammlung Kellenberger (GGR-Beschluss vom 31.07.1996)
- Volksabstimmung betr. Kultur- und Freizeitzentrum Alte Kaserne vom 02.12.84 und 06.09.87
- Betriebskonzept Alte Kaserne gem. Stadtratsbeschluss vom 13.11.91.
- Vereinheitlichung der Öffnungszeiten bei den Museen vom 19.10.88 sknr 88-1873

Verantwortliche Leitung

Dr. Nicole Kurmann

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung			
Kosten exkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für städtische Museen und Kultureinrichtungen pro Einwohner (1) in CHF	55	55	64
Kosten inkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für städtische Museen und Kultureinrichtungen pro Einwohner (1) in CHF	75	78	77
2 Kundenorientierung			
Die Besuchenden der städtischen Museen sind mit dem Angebot zufrieden oder sehr zufrieden.			
<i>Messung / Bewertung:</i> Umfrage bei den Besuchern			
<i>Messgrössen:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	93	-	-
Die Nutzer sind mit den Dienstleistungen des Kulturzentrums Alte Kaserne zufrieden oder sehr zufrieden.			
<i>Messung / Bewertung:</i> Feedbackfragebogen an die einzelnen Mieter			
<i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	95	-	-
Die Nutzer sind mit den Dienstleistungen der Kulturvermittlung zufrieden oder sehr zufrieden.			
<i>Messung / Bewertung:</i> Feedbackfragebogen an die Führungsteilnehmer			
<i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	91	-	-
3 Zugänglichkeit			
Die städtischen Kultureinrichtungen stehen der gesamten Bevölkerung offen.			
<i>Messung / Bewertung:</i> Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche			
<i>Messgrössen:</i> Naturmuseum	42	42	42
Münzkabinett und Antikensammlung	12	12	12
Gewerbemuseum und Uhrensammlung	45	45	45
Schlösser Hegi und Mörsburg	17 bzw. 33	17 bzw. 33	17 bzw. 33
Kulturzentrum Alte Kaserne	95	95	95
4 Substanzerhaltung			
Die historischen Gebäude der Stadt Winterthur werden werterhaltend betreut.			
<i>Messgrösse:</i> Kosten für den Unterhalt in Prozent des Gebäudeversicherungswertes	0.34	0.68	0.40
5 Kulturvermittlung, Veranstaltungsmarketing / Leistungsmengen			
Anzahl durchgeführter Führungen für Klassen mindestens	980	860	920
Anzahl abgelehnter Führungen für Klassen höchstens	0	0	0

(1) Einwohner: 102'344 Stand per 31.12.2010 / voraussichtliche Einwohnerzahl per Ende 2011 = 103'350 / Prognose per Ende 2012 = 103'950
Mit dem VO 2012 wurde das Produkt vier (Bauten) auf Vorkostenstellen verschoben. Mit der Verschiebung auf Vorkostenstellen sind die bisherigen kalkulatorischen Kosten neu als Umlagekosten in der PG Städtische Institutionen enthalten, was aber die Messgrösse "Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung inkl. kalk. Kosten" nicht beeinflusst.

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	7'643'127	8'124'632	8'054'996

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Ein Direktvergleich mit dem Voranschlag 2011 ist nicht möglich, da mit Voranschlag 2012 das Produkt vier (Bauten) dieser Produktgruppe aufgelöst und auf Vorkostenstellen verschoben worden ist. Die auf den Vorkostenstellen budgetierten Beträge werden umgelegt und zwar in dieser Produktgruppe auf das Naturmuseum, das Münzkabinett und die Museumspädagogik. Weitere Umlagen betreffen die Produktgruppe Winterthurer Bibliotheken sowie die Produktgruppe Subventionsverträge und Beiträge an Dritte (Kunstmuseum Winterthur). Restbeträge, die sich nicht aufteilen lassen, sowie ein externer Mietertrag des Waaghauses (CHF 84'000) erscheinen neu unter dem Produkt 1 dieser Produktgruppe. In Bezug auf die Nettokosten handelt es sich bei dieser Reorganisation um ein Nullsummenspiel. Zweck dieser Reorganisation war es, den künstlich hohen Aufwand und Ertrag in dieser Produktgruppe zu senken. Gesamthaft liegt der Globalkredit um CHF 123'822 tiefer als der Voranschlag 2011. Davon sind rund CHF 50'000.-- auf Sparmassnahmen zurückzuführen.

Personalkosten

Die Personalkosten erhöhen sich nach Abzug des Produktes vier um CHF 58'200. Dies ist einerseits auf Rentenleistungen bei den Städtischen Museen zurückzuführen und andererseits auf vorübergehend gestiegene Personalkosten bei der Alten Kaserne aufgrund des 30-jährigen Jubiläums im 2012 mit zusätzlichen Anlässen. Diese Mehrkosten werden durch höhere Erlöse als im 2011 wieder wettgemacht.

Sachkosten

Die Sachkosten reduzieren sich nach Abzug des Produktes vier noch zusätzlich dank Einsparungen bei den städtischen Museen.

Kalkulatorische Kosten

Die kalkulatorischen Kosten verringern sich einerseits stark aufgrund des Wegfalls von Produkt vier, andererseits erhöhen sie sich wieder leicht aufgrund der Folgekosten von im 2011 durchgeführten Projekten.

Externe Erlöse

Aufgrund der konsequenten Unterscheidung zwischen internen und externen Rechnungen im 2010 haben sich gewisse externe Erlöse bei der Alten Kaserne zu den internen Erlösen verschoben. Mit dem Rechnungsabschluss 2010 kann der VO 2012 genauer budgetiert werden als der VO 2011.

Interne Erlöse

Nach Berücksichtigung der wegfallenden internen Erlöse aufgrund des Wegfalls von Produkt vier zeigt die Produktgruppe eine Erlöszunahme von CHF 105'000. Dieser Anstieg ist grösstenteils auf die städtischen Bauten (Waaghaus) sowie die Alte Kaserne zurückzuführen.

Beiträge von Dritten

Die Beiträge erhöhen sich dank Sponsorenbeiträge für das Naturmuseum. Dagegen fallen Staatsbeiträge für die Alte Kaserne von CHF 12'000 weg.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Auch im Vergleich mit der Rechnung 2010 sind die grossen Abweichungen auf die Verschiebung des Produktes vier auf Vorkostenstellen zurückzuführen, so dass ein Direktvergleich nicht möglich ist.

Personalkosten

Die Personalkosten erhöhen sich nach Abzug des Produktes vier um 103'900. Dies ist einerseits auf die Lohnrunde 2011, höhere Rentenleistungen und andererseits auf vorübergehend höhere Personalkosten bei der Alten Kaserne aufgrund des 30-jährigen Jubiläums mit zusätzlichen Anlässen zurückzuführen.

Sachkosten

Die Sachkosten steigen nach Abzug des Produktes vier um CHF 60'000 aufgrund höherer Honorarkosten und mehr Unterhaltskosten für Betriebseinrichtungen im Zusammenhang mit Ausstellungen. Die Theaterpädagogik befindet sich noch in der Aufbauphase und benötigte 2010 weniger Honorare als budgetiert. Man geht jedoch davon aus, dass im 2012 die Honorare auf dem Niveau des Voranschlags 2011 ausgeschöpft werden.

Kalkulatorische Kosten

Die kalkulatorischen Kosten reduzieren sich vor allem aufgrund des Wegfalls von Produkt vier.

Externe Erlöse

Die hohen Erlöse im 2010 sind auf zwei ausserordentliche Ereignisse zurückzuführen: Die Ausstellung "Kleid im Kontext" im Gewerbemuseum verzeichnete einen grossen Besucherandrang, der sich in ausserordentlichen Verkaufserlösen im Museumsshop niederschlug. Weiter bezifferten sich die Lohnrückerstattungen im 2010 auf CHF 48'800.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Interne Erlöse

Die Differenz bei den internen Erlösen ist auf die Ausgliederung des Produktes vier auf Vorkostenstellen zurückzuführen.

Beiträge von Dritten

Die Beiträge erhöhen sich dank Sponsorenbeiträge für das Naturmuseum. Dagegen fallen die Staatsbeiträge von CHF 12'000 für die Alte Kaserne weg.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	4'634'027	4'915'066	3'989'403
Sachkosten	3'113'936	3'559'098	3'010'468
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	2'021'107	2'446'134	1'363'162
Mietkosten	319'601	319'721	327'320
Übrige interne Kosten	1'097'089	1'093'058	1'098'477
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>11'185'761</i>	<i>12'333'078</i>	<i>9'788'830</i>
Verrechnungen innerhalb PG	655'911	731'061	0
Total effektive Kosten	10'529'850	11'602'017	9'788'830
Externe Erlöse	1'601'952	1'515'140	1'467'940
Interne Erlöse	1'929'152	2'681'306	235'893
Beiträge von Dritten	11'529	12'000	30'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'542'633</i>	<i>4'208'446</i>	<i>1'733'833</i>
Verrechnungen innerhalb PG	655'911	731'061	0
Total effektive Erlöse	2'886'722	3'477'385	1'733'833
Total Nettokosten / Globalkredit	7'643'127	8'124'632	8'054'996
Kostendeckungsgrad in %	27	30	18

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	39.60	44.55	30.35
▪ Auszubildende	4.00	3.40	5.40
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Auszubildende: Im Gewerbemuseum hat es eine 100%- und im Münzkabinett eine 40%-Praktikumsstelle. Die Alte Kaserne bietet zwei Lehrstellen für Hausdienst, eine Koch-Lehrstelle sowie eine Lehrstelle Küchenhilfe an (Übernahme vom KAP (Römerpark)).

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Am 15. November 2010 durch die BSKK beschlossene Verschiebung von produktgruppenübergreifendem Reinigungs- und Aufsichtspersonal, Kassenpersonal/Kassenaufsicht sowie Museumswartung und Stv. Museumswartung auf Vorkostenstellen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

Im 2012 planen die Städtischen Museen die folgenden Ausstellungen:

Naturmuseum

Fortsetzung Krummer Schnabel, spitze Krallen; Heimtiere; Wunderbar

Gewerbemuseum

Fortsetzung "GLASKlar?" schillernde Vielfalt eines Materials; "1001 one thousand and one cups"; "Die heimlichen Helden" das Genie alltäglicher Dinge; "DUCTA" Flexibles Holz (Projekt mit der Zürcher Hochschule der Künste)

Münzkabinett

Fortsetzung bis 27. Mai "Götter, Menschen und das Geld der Griechen", in Zusammenarbeit mit dem Kunsthistorischen Museum Wien; ab Ende Juni 2012 "Geld und Geschichte" (Arbeitstitel); ab Herbst 2012 "Friedrich Imhoof-Blumer" (1838-1920), Sammler, Forscher, Mäzen

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

Die Ausstellungen werden mit Rahmenprogrammen wie Workshops, Führungen, Vorträgen, Konzerte etc. ergänzt.

Kulturvermittlung: Permanente Aktualisierung und Ausbau der Internetadresse kultur.winterthur.ch und chinderthur.ch sowie allgemeine übergeordnete Marketingmassnahmen und Öffentlichkeitsarbeit

Produkt 1 Städtische Museen und Bauten

Leistungen

Die Museen gestalten in ihren Bereichen Wechselausstellungen, organisieren Führungen und Veranstaltungen, pflegen, erforschen und erweitern ihre Sammlungen und das historische Kulturgut. Die Museen sind Bildungs-, Vermittlungs- und Forschungsinstitutionen. Unterhalt, Substanzerhaltung sowie Gewährleistung des technischen Betriebs, Aufsicht und Reinigung von folgenden Gebäuden: Museums- und Bibliotheksgebäude, Waaghaus, Schlösser Hegi* und Mörsburg*, Barockhäuschen*, Kapelle Rossberg*, Musikpavillon*, Ateliers*, Cafeteria Museumsgebäude. Bei den mit * markierten Objekten ergeben sich keine Umlagekosten. Die dort anfallenden (vernachlässigbaren) Kosten werden unter Produkt 1 erfasst. Der Mietertrag im Waaghaus wird ebenfalls über dieses Produkt geführt.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	5'933'234	6'179'879	6'209'998
Erlös	487'416	393'500	522'035
Nettokosten	5'445'818	5'786'379	5'687'963
Kostendeckungsgrad in %	8	6	8

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Ausstellungen	14	12	11
Anzahl Veranstaltungen	52	59	51
Anzahl Führungen (1)	270	220	221
Verhältnis der inventarisierten Objekte zur Gesamtzahl der Objekte in % (2)	100 / 29 / 12	100 / 29	100 / 30 / 12

1) Ohne Führungen für Schulklassen

2) Als "inventarisiert" gelten Objekte, welche nicht nur aufbereitet, sondern auch in einer Datenbank erfasst sind. Bei der Uhrensammlung im Gewerbemuseum sind dies 100 % der 333 Objekte. Im Münzkabinett geht man von 15'660 der ca. 54'000 Objekte (=29%) aus und im Naturmuseum schätzt man den inventarisierten Stand per Ende 2012 auf 12%.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Besuchende Naturmuseum	26'445	22'000	23'000
Anzahl Besuchende Münzkabinett und Antikensammlung	2'672	2'100	2'400
Anzahl Besuchende Gewerbemuseum und Uhrensammlung	23'923	21'000	22'000
Anzahl Besuchende Schlösser Hegi und Mörsburg	6'640	6'500	6'500

Produkt 2 Alte Kaserne Kulturzentrum

Leistungen

- Dienstleistung Raumbenützungen (regelmässige und einmalige) inkl. Veranstaltungs- und Projektberatungen sowie Projektbegleitungen.
- Eigene Veranstaltungen und Koproduktionen zur Bereicherung und Ergänzung der kulturellen Vielfalt in der Stadt.
- Gastrobereich mit Bistrobetrieb und –veranstaltungen sowie Catering und Spezialdienstleistungen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	2'581'316	2'507'984	2'618'529
Erlös	1'148'936	1'058'340	1'123'540
Nettokosten	1'432'380	1'449'644	1'494'989
Kostendeckungsgrad in %	45	42	43

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Mindestanzahl belegte Raum/Zeiteinheiten (2,5 Std./Raum) pro Jahr (45 Wochen) durch regelmässige Benutzende	3'600	3'000	3'600

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Mindestanzahl Einzelveranstaltungen pro Jahr	1'679	1'600	1'700
Anteil Eigenveranstaltungen bzw. Koproduktionen an den Einzelveranstaltungen Alte Kaserne in %	3	4	4

Produkt 3 Kulturvermittlung, Veranstaltungsmarketing

Leistungen

Dienstleistungen und Vermittlung:

Museums- und theaterpädagogisches Angebot in den Winterthurer Museen und Theatern für Schul- sowie Kindergartenklassen
Führungen und Weiterbildung für Lehrkräfte und Ausarbeitung von Lehr-Dokumentationen

Veranstaltungsmarketing:

Der Bereich umfasst Inserate, Publikationen und Werbung im Rahmen des allg. Kulturmarketings. Dazu gehören
Veranstaltungskalender (Prospekt, Plakat), Internetauftritt kultur.winterthur.ch und chinderthur.ch mit Veranstaltungskalender
und Veranstaltungen für Kinder, Museumsprospekt, Inserierung von Förderpreisen und Auslandateliers usw. sowie weitere
Öffentlichkeitsarbeit wie die Koordination und Durchführung von Sonderevents.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	867'919	969'138	960'302
Erlös	96'652	88'000	88'258
Nettokosten	771'267	881'138	872'044
Kostendeckungsgrad in %	11	9	9

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Anfragen im Verhältnis zur Anzahl durchgeführten Führungen (in %)	91	98	97

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Mindestanzahl Internetzugriffe auf den Veranstaltungskalender	69'953	36'000	60'000
Mindestanzahl Winterthurer Schüler in % von allen Schulklassen, die das Angebot Museumspädagogik nutzen	100	84	95

IAFP Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	10'529	11'602	9'788	10'024	10'042	10'002
Erlös	2'886	3'477	1'733	1'734	1'734	1'734
Nettokosten/Globalkredit	7'643	8'125	8'055	8'290	8'308	8'268
Kostendeckungsgrad in %	27	30	18	17	17	17

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	2'320'000	876'000	550'000	300'000	2'000'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Kosten exkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für städtische Museen und Kultureinrichtungen pro Einwohner (1) in CHF	55	55	64	66	66	64
Kosten inkl. kalk. Abschreibungen und Zinsen für städtische Museen und Kultureinrichtungen pro Einwohner (1) in CHF	75	78	77	79	78	77
2 Kundenorientierung						
Die Besuchenden der städtischen Museen sind mit dem Angebot zufrieden oder sehr zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Umfrage bei den Besuchern <i>Messgrössen:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	93	-	-	-	93	-
Die Nutzer sind mit den Dienstleistungen des Kulturzentrums Alte Kaserne zufrieden oder sehr zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Feedbackfragebogen an die einzelnen Mieter <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	95	-	-	-	95	-
Die Nutzer sind mit den Dienstleistungen der Kulturvermittlung zufrieden oder sehr zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Feedbackfragebogen an die Führungsteilnehmer <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	91	-	-	-	91	-
3 Zugänglichkeit						
Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche						
Die städtischen Kultureinrichtungen stehen der gesamten Bevölkerung offen. <i>Messung / Bewertung:</i> Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche <i>Messgrössen:</i>						
Naturmuseum	42	42	42	42	42	42
Münzkabinett und Antikensammlung	12	12	12	12	12	12
Gewerbemuseum und Uhrensammlung	45	45	45	45	45	45
Schlösser Hegi und Mörsburg	17 bzw. 33	17 bzw. 33	17 bzw. 33	17 bzw. 33	17 bzw. 33	17 bzw. 33
Kulturzentrum Alte Kaserne	95	95	95	95	95	95

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
4 Substanzerhaltung Die historischen Gebäude der Stadt Winterthur werden werterhaltend betreut. <i>Messgrösse:</i> Kosten für den Unterhalt in Prozent des Gebäudeversicherungswertes	0.3	0.6	0.4	0	0	0
5 Kulturvermittlung, Veranstaltungsmarketing / Leistungsmengen Anzahl durchgeführter Führungen für Klassen mindestens Anzahl abgelehnter Führungen für Klassen höchstens	980 0	860 0	920 0	920 0	920 0	920 0

(1) Einwohner: Stand per 31.12.2010 = 102'344; prognostizierter Stand per Ende 2011 = 103'350, per Ende 2012 = 103'950; 2013 = 104'550; 2014 = 105'150; 2015 = 106'150)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

Stärkung der Öffentlichkeitsarbeit der Städtischen Museen

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Rechtspflege

Auftrag

In der Produktgruppe Rechtspflege werden die Dienstleistungen der Stadtmann- und Betreibungsämter sowie des Friedensrichteramtes zusammengefasst. Beide Bereiche erfüllen ausschliesslich gesetzliche Aufgaben.

Produkte

1 Stadtmann- und Betreibungsämter

Vollzug sämtlicher vollstreckungsrechtlicher (betreibungsrechtlicher) Aufgaben im Sinne des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG).

Vollzug der gestützt auf das Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess (GOG) zugewiesenen gerichtsvollzieherischen (stadtmannamtlichen) Aufgaben.

2 Friedensrichteramts

Die Friedensrichterinnen sind Organe der kantonalen Rechtspflege. Sie suchen als Schlichtungsbeamtinnen bei zivilrechtlichen Streitigkeiten (inkl. arbeitsrechtlichen Klagen) nach einer einvernehmlichen Lösung zwischen den Parteien und können bis SFr. 2'000.00 Streitwert auf Antrag der klägerischen Partei einen Entscheid fällen respektive bis SFr. 5'000.00 Streitwert einen Urteilsvorschlag unterbreiten.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Stadtmann- und Betreibungsämter

SchKG, OR, StGB, VZG, GOG, EZPO, EGzSchKG

Friedensrichteramts

ZGB, OR, SchKG, EGzZGB, EZPO, GOG u.w.m.

Stufe Stadt (GGR / SR)

Stadtmann- und Betreibungsämter

Die Winterthurer Stadtmann- und Betreibungsämter sind gemäss Gemeindeverordnung der Stadt Winterthur der Exekutive "administrativ" zugeteilt. Materiellrechtlich sind die Stadtmann- und Betreibungsämter der Gerichtsbarkeit (Bezirksgericht / Obergericht / Bundesrat) unterstellt.

Friedensrichteramts

Das Friedensrichteramts ist gemäss Gemeindeordnung der Stadt Winterthur der Exekutive "administrativ" zugeteilt.

Aufsichtsrechtlich sind die Friedensrichterinnen dem Bezirksgericht und dem Obergericht unterstellt. Friedensrichterinnen werden für eine Amtsdauer von sechs Jahren vom Volk gewählt und sind unabhängig.

Stufe Verwaltungseinheit

Die Stadtmann- und Betreibungsämter sowie das Friedensrichteramts der Stadt Winterthur sind organisatorisch dem Departement Kulturelles und Dienste zugeteilt.

Verantwortliche Leitung

Roland Isler / Yvonne Beutler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Kundenorientierung Bei der Dienstleistungserbringung achten die Mitarbeitenden der Ämter auf eine korrekte und adäquate Behandlung der Klienten <i>Messung / Bewertung:</i> ▪ Stadtmann- und Betreibungsämter: Anzahl gutgeheissene Aufsichtsbeschwerden ▪ Friedensrichteramt: Anzahl gutgeheissene Aufsichtsbeschwerden	0 0	0 0	0 0
2 Erreichbarkeit Die Ämter sind während den üblichen Geschäftszeiten telefonisch erreichbar. <i>Messung / Bewertung:</i> telefonische Erreichbarkeit in Stunden pro Woche <i>Messgrössen:</i> ▪ Stadtmann- und Betreibungsämter ▪ Friedensrichteramt	39.50 37.50	39.50 37.50	39.50 37.50

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	270'715	342'835	381'591

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Personalkosten

Der Wegfall von Rentenleistungen beim Personalaufwand im VO 12 führte zu einer Reduktion der Kosten gegenüber dem VO 11.

Übrige interne Kosten

Unter den übrigen internen Kosten hat sich die Umlage des Departementsekretariates reduziert.

Erlöse

Gesetzliche Änderungen der Gebührenverordnung zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs führen zu einer Reduktion der Gebühreneinnahmen im VO 12 gegenüber dem VO 11.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Personalkosten

Die nicht unmittelbare Besetzung einer Stelle sowie die nicht definitive Einreihung in die vorgesehene Funktionsstufe zweier Stellen bei den Stadtmann- und Betreibungsämtern (Produkt 1) im Geschäftsjahr 2010, führten in der Rechnung 10 gegenüber dem VO 12 zu tieferen Personalkosten.

Sachaufwand

Die Erhöhung der Porti durch Postfinance sowie gesetzliche Abgaben an das Bundesamt für Justiz (eSchKG) bei den Stadtmann- und Betreibungsämtern (Produkt 1), führen zu höheren Sachkosten im VO 12 gegenüber der Rechnung 10.

Übrige interne Kosten

Unter den übrigen internen Kosten hat sich die Umlage des Departementsekretariates reduziert.

Erlöse

Infolge Änderungen der Gebührenverordnung zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs kann mit höheren Gebühreneinnahmen gerechnet werden, weshalb sich der Erlös in VO 12 gegenüber der Rechnung 10 erhöht.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	3'926'579	4'030'407	4'069'816
Sachkosten	865'503	891'714	899'588
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	51'302	53'600	49'780
Übrige interne Kosten	244'120	242'114	191'606
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>5'087'503</i>	<i>5'217'835</i>	<i>5'210'791</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	5'087'503	5'217'835	5'210'791
Externe Erlöse	4'816'317	4'875'000	4'829'200
Interne Erlöse	470	0	0
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'816'788</i>	<i>4'875'000</i>	<i>4'829'200</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	4'816'788	4'875'000	4'829'200
Total Nettokosten / Globalkredit	270'715	342'835	381'591
Kostendeckungsgrad in %	95	93	93

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	30.48	31.12	31.12
▪ Auszubildende	2.00	2.00	2.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	2.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

Keine

Produkt 1 Stadtmann- und Betreibungsämter**Leistungen**

Betreibungsamt

- Betreibungsverfahren einleiten
- Pfändungen vollziehen
- Rechtshilfeverfahren bearbeiten
- Konkursandrohungen ausstellen
- Arrest- und Retentionsverfahren durchführen
- Verwertungen von beweglichen Sachen durchführen
- Grundpfandverwertungsverfahren durchführen
- Formale Auskünfte im Rahmen der Geschäftstätigkeit

Stadtmannamt

- Beglaubigungen vollziehen
- Privatrechtliche Anzeigen tätigen
- freiwillige Steigerungen (Auktionen) durchführen
- Befundaufnahmen (Sachverhalte, Hausdurchsuchungen) vornehmen
- Gerichtliche Ausweisungen vollziehen
- Allgemeine Verbote erlassen
- Formale Auskünfte im Rahmen der Geschäftstätigkeit

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	4'514'458	4'726'097	4'712'622
Erlös	4'655'151	4'716'000	4'728'000
Nettokosten	-140'693	10'097	-15'378
Kostendeckungsgrad in %	103	100	100

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Fälle pro Mitarbeitende	1'099	1'105	1'111
Die Geschäftsfälle werden gesetzeskonform, adäquat und kompetent behandelt. Zur Beurteilung dieses Zieles werden die jährlichen Revisionsberichte des Bezirksgerichtes Winterthur, des Betreibungsinspektorates des Obergerichts des Kantons Zürich und der Finanzkontrolle der Stadt Winterthur herangezogen.			
Beurteilung der Tätigkeit der Stadtmann- und Betreibungsämter	positiv	positiv	positiv
Anzahl gutgeheissene schriftliche Beschwerden im Verhältnis zur Anzahl der Zahlungsbefehle der Betreibungsämter (in %)	0.0	0.1	0.1

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl eingeleiteter Betreibungsverfahren	31'213	30'600	30'800
Anzahl Pfändungsvollzüge	14'910	14'600	14'700
Anzahl Konkursandrohungen	595	750	650
Anzahl ausgestellter Verlustscheine	11'368	11'800	11'500
Anzahl stadtmannamtlicher Geschäfte	684	600	650
- davon Beglaubigungen	497	400	450
- davon amtliche Befundaufnahmen (Befunde, Sachverhalte und Hausdurchsuchungen)	58	65	55
- davon Ausweisungen (Exmissionen)	52	65	50

Produkt 2 Friedensrichteramt

Leistungen

- Fall-Administration
- Schlichtungsverfahren in zivilrechtlichen Streitigkeiten (inkl. arbeitsrechtliche Klagen) führen
- Entscheid bis SFr. 2'000.00 Streitwert auf Antrag der klägerischen Partei fällen
- Urteilsvorschlag bis SFr. 5'000.00 Streitwert unterbreiten
- Audienzgespräche (formale Auskünfte erteilen)
- Amts-Buchhaltung
- Inkasso Gerichtsgebühren

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	486'878	491'738	498'169
Erlös	125'265	159'000	101'200
Nettokosten	361'613	332'738	396'969
Kostendeckungsgrad in %	26	32	20

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Fälle pro Friedensrichterin	160	168	160
Anzahl der Fälle, welche durch Verfügung/Urteil erledigt werden konnten, im Verhältnis zur gesamten Anzahl Fälle (in %)	49	----	----
Anzahl der Fälle, welche durch Verfügung / Urteil / Urteilsvorschlag erledigt werden konnten im Verhältnis zur gesamten Anzahl Fälle (in %)		55	55
Anzahl der Fälle, welche nach einer Sühnverhandlung in Anwesenheit beider Parteien durch Verfügung erledigt werden konnten im Verhältnis zur gesamten Anzahl Fälle (ohne Hauptverfahren) in %	65.7	----	----
Anzahl der Fälle, welche nach einer Schlichtungsverhandlung in Anwesenheit beider Parteien durch Verfügung, Urteil oder Urteilsvorschlag erledigt werden konnten im Verhältnis zur gesamten Anzahl Fälle in %	----	65	65
Die Geschäftsfälle werden gesetzeskonform, adäquat und kompetent behandelt. Zur Beurteilung dieses Zieles wird der Visitationsbericht des Bezirksgerichts herangezogen.			
Beurteilung der Tätigkeit des Friedensrichteramtes	positiv	positiv	positiv
Anzahl gutgeheissene Beschwerden im Verhältnis zur Anzahl Fälle des Friedensrichteramtes (in %)	----	0.40	0.40
Anzahl gutgeheissene Rekurse und Nichtigkeitsbeschwerden im Verhältnis zur Anzahl Fälle des Friedensrichteramtes (in %)	0.2	----	----

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl behandelter Sühneverfahren in Zivilstreitigkeiten	432	----	----
Anzahl Zivilprozesse bis und mit CHF 500.-- Streitwert	30	----	----
Anzahl Sühneverfahren in Ehrverletzungsprozessen	19	----	----
Anzahl Audienzgespräche	401	500	450
Anzahl behandelter Schlichtungsverfahren in Zivilstreitigkeiten (total)	----	504	480
davon arbeitsrechtliche Klagen	--	70	120

IAFP Rechtspflege

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	5'087	5'217	5'210	5'211	5'211	5'211
Erlös	4'816	4'875	4'829	4'829	4'829	4'829
Nettokosten/Globalkredit	271	343	382	382	382	382
Kostendeckungsgrad in %	95	93	93	93	93	93

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Kundenorientierung						
▪ Stadtmann- und Betreibungsämter: Anzahl gutgeheissene Aufsichtsbeschwerden	0.0	0.0	0.0	0	0	0
▪ Friedensrichteramt: Anzahl gutgeheissene Aufsichtsbeschwerden	0.0	0.0	0.0	0	0	0
2 Erreichbarkeit während den üblichen Geschäftszeiten						
telefonische Erreichbarkeit in Stunden pro Woche						
▪ Stadtmann- und Betreibungsämter	39.5	39.5	39.5	39.5	39.5	39.5
▪ Friedensrichteramt	37.5	37.5	37.5	37.5	37.5	37.5

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

Keine

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Entwicklung der Fallzahlen wie auch die Komplexität des Einzelfalles sind schwierig voraussehbar. Die Entwicklung ist von diversen äusseren Faktoren abhängig, welche unsererseits - als Organ der Rechtspflege - nicht beeinflussbar sind, weshalb eine künftige Prognostizierung lediglich auf Erfahrungswerten beruht.

Finanzkontrolle

Auftrag

Die Finanzkontrolle ist das oberste Fachorgan der Finanzaufsicht der Stadt Winterthur. Sie unterstützt den Grossen Gemeinderat bei der Aufsicht über die Verwaltung und den Stadtrat bei seiner Dienstaufsicht. Sie ist fachlich selbständig und unabhängig.

Die Kernaufgaben der Finanzkontrolle sind:

- Prüfung der städtischen Rechnung (Jahresrechnung)
- Prüfung der Globalrechnungen
- Prüfung der Haushaltsführung der Organisationseinheiten (Dienststellenrevision)
- Prüfungen im Auftrag des Kantons

Zu den Sonderaufgaben der Finanzkontrolle gehören:

- Prüfung von Verwendung von städtischen Beiträgen (Subventionsprüfung)
- Prüfungen als Revisionsstelle bei Organisationen, soweit ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht
- Besondere Prüfungsaufträge der parlamentarischen Untersuchungskommissionen, der für die Finanzaufsicht zuständigen Kommissionen des Grossen Gemeinderates, des Stadtrates und der Departemente
- Wahrnehmung der gesetzlichen Stiftungsaufsicht (Art. 84 ZGB)

Produkte

1 Städtische Finanzaufsicht

Wahrnehmung der Finanzaufsicht im Rahmen des obigen Auftrages.

2 Externe Revisionsmandate und gesetzliche Stiftungsaufsicht

Ausübung von externen Revisionsmandaten und Wahrnehmung der gesetzlichen Stiftungsaufsicht als Sonderaufgaben der Finanzkontrolle.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gemeindegesetz und Verordnung über den Gemeindehaushalt vom 23.9.84 Kreisschreiben der Direktion des Innern über den Gemeindehaushalt vom 10.10.84 Kreisschreiben der Direktion des Innern über die Haushaltskontrolle der Gemeinden vom 12.9.85

ZGB Art. 84 (Stiftungsaufsicht)

Stufe Stadt (GGR)

Verordnung über die Finanzkontrolle der Stadt Winterthur vom 18. April 2005

Verantwortliche Leitung

Georg Ludwig

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Leistungserbringung / Wirtschaftlichkeit			
Einhaltung des jährlichen Prüfprogrammes: Verhältnis durchgeführte zu geplanten Revisionen in %	95	90	90
Dienststellenrevision: maximales Prüfintervall in Jahren	6	6	6
Kostendeckungsgrad Produkt 2:			
Externe Revisionsmandate in %	100	100	100
Gesetzliche Stiftungsaufsicht in %	100	100	100

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	695'770	720'401	775'282

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Personalaufwand: 2 DAG, Stelleninsete,
Interne Verrechnungen: Anpassung an Norm-Aufwand

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Personalaufwand: Teuerungsausgleich, Stufenerhöhung, Leistungsanteil, 2 DAG, Stelleninsete,
Interne Verrechnungen: Anpassung an Norm-Aufwand

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	871'974	886'343	931'516
Sachkosten	13'545	16'187	19'862
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	48'752	49'300	49'000
Übrige interne Kosten	39'243	40'924	47'524
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>973'514</i>	<i>992'755</i>	<i>1'047'902</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	973'514	992'755	1'047'902
Externe Erlöse	17'989	12'600	13'100
Interne Erlöse	259'755	259'754	259'520
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>277'743</i>	<i>272'354</i>	<i>272'620</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	277'743	272'354	272'620
Total Nettokosten / Globalkredit	695'770	720'401	775'282
Kostendeckungsgrad in %	29	27	26

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	4.70	4.80	4.80
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Veränderungen

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

keine

Produkt 1 Städtische Finanzaufsicht

Leistungen

- Prüfung der städtischen Rechnung (Jahresrechnung)
- Prüfung der Globalrechnungen
- Prüfung der Haushaltsführung der Organisationseinheiten (Dienststellenrevision)
- Prüfungen im Auftrag des Kantons.
- Prüfung von Verwendung von städtischen Beiträgen (Subventionsprüfung)
- Besondere Prüfungsaufträge der parlamentarischen Untersuchungskommissionen, der für die Finanzaufsicht zuständigen Kommissionen des Grossen Gemeinderates, des Stadtrates und der Departemente

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	957'130	980'842	1'035'537
Erlös	264'018	260'454	260'220
Nettokosten	693'112	720'388	775'317
Kostendeckungsgrad in %	28	27	25

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Einhaltung des jährlichen Prüfprogrammes: Verhältnis durchgeführte zu geplanten Revisionen in %	95	90	90
Dienststellenrevision: maximales Prüfintervall in Jahren	6	6	6

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Volumen des zu beaufsichtigenden Finanzhaushaltes in CHF:			
Laufende Rechnung	1.324 Mia.		
Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	204 Mio.		
Investitionsrechnung Finanzvermögen	36 Mio.		
Bilanzsumme	1.944 Mia.		

Produkt 2 Externe Revisionsmandate und gesetzliche Stiftungsaufsicht

Leistungen

- Prüfungen als Revisionsstelle bei Organisationen, soweit ein überwiegendes öffentliches Interesse besteht
- Wahrnehmung der gesetzlichen Stiftungsaufsicht (Art. 84 ZGB)

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	12'607	11'913	12'365
Erlös	12'600	11'900	12'400
Nettokosten	7	13	-35
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kostendeckungsgrad externe Revisionsmandate in %	100	100	100
Kostendeckungsgrad gesetzliche Aufsichtsmandate in %	100	100	100

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Revisionsmandate	4	3	4
Anzahl Aufsichtsmandate	12	12	12

IAFP Finanzkontrolle

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	973	992	1'047	1'054	1'050	1'050
Erlös	277	272	272	273	273	273
Nettokosten/Globalkredit	696	720	775	781	777	777
Kostendeckungsgrad in %	29	27	26	26	26	26

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Leistungserbringung / Wirtschaftlichkeit						
Einhaltung des jährlichen Prüfprogrammes:						
Verhältnis durchgeführte zu geplanten Revisionen in %	95	90	90	90	90	90
Dienststellenrevision: maximales Prüfintervall in Jahren	6	6	6	6	6	6
Kostendeckungsgrad Produkt 2:						
Externe Revisionsmandate in %	100	100	100	100	100	100
Gesetzliche Stiftungsaufsicht in %	100	100	100	100	100	100

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

keine

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

AHV-Überbrückungszuschuss wegen Pensionierung

Finanzamt

Auftrag

- Organisation des städtischen Rechnungswesens.
- Führung der Buchhaltung.
- Organisation des Controllings für den Stadtrat und die Verwaltung.
- Erstellung des Finanzplanes, des Voranschlags und des Rechnungsabschlusses.
- Einsitz in der Pensionskassenverwaltung.
- Beratung des Stadtrats in allen Geschäften mit finanziellen Auswirkungen.

Produkte

1 Organisation und Führung des Finanz- und Rechnungswesens

Das Finanzamt ist einerseits für die Bereitstellung und Betreuung der Software (CS/2) für das Finanz- und Rechnungswesen verantwortlich. Andererseits ist das Finanzamt für die Koordination und die Erstellung des Voranschlags, der Rechnung und der Finanzplanung zuständig.

2 Externe Buchhaltungs- und Beratungsmandate

Das Finanzamt übernimmt im Auftrag von der Stadt nahe stehenden Organisationen die Führung der Buchhaltung oder auch Beratungsmandate in finanziellen Angelegenheiten.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gemeindegesetz

Verordnung über den Gemeindehaushalt

Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons

Verordnung über das Globalbudget in den Gemeinden

Kreisschreiben der Direktion des Innern über den Gemeindehaushalt

Stufe Stadt (GGR / SR)

Gemeindeordnung

Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur

Stufe Verwaltungseinheit

Richtlinien Finanzamt

Verantwortliche Leitung

Beat Holzer, Leiter Finanzamt

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Qualitätssicherung Zufriedenheit des Stadtrats und des Gemeinderats bezüglich der zeit- und sachgerechten Buchführung und Zahlungsverkehr. <i>Messgrössen:</i> Die Finanzkontrolle empfiehlt dem GGR die Vorjahresrechnung zur Abnahme. Die Vorjahresrechnung wird vom Bezirksrat genehmigt. Anzahl Reklamationen der Lieferanten bezüglich termingerechter Zahlung	erfüllt erfüllt keine	erfüllen erfüllen keine	erfüllen erfüllen keine
2 Finanzierung Der interne Zinssatz der Stadt Winterthur liegt unter demjenigen des Kantons. <i>Messgrösse:</i> - interner Zinssatz Stadt Winterthur - interner Zinssatz Kanton			2.625% 3.000%*
3 Liquiditätsplanung Bereitstellung einer optimalen Liquidität <i>Messgrösse:</i> Durch das Finanzamt verschuldete Verzugszinszahlungen.	keine	keine	keine
4 Kosten Die Durchführung von auswärtigen Aufgaben ist kostendeckend. <i>Messgrösse:</i> Kostendeckungsgrad für Produkt 2 in %	96	100	100

*Gemäss RRB Nr. 336 vom 23.03.2011

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	2'277'059	2'543'101	2'607'512

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Der Globalkredit hat sich gegenüber dem Budget 2011 um rund CHF 64'400 erhöht (+2,5%). Die Veränderung der effektiven Kosten beträgt gesamthaft CHF +8'427. Die Erhöhung der Personalkosten ist mit der Wiederbesetzung einer vakanten Stelle begründet, dafür haben sich die Sachkosten im Bereich der Informatik gesenkt. Auf der Erlösseite haben sich wegen der Reduktion der Residualkosten die Einnahmen negativ verändert. Dies ist eine Folge des ausserordentlich guten Abschlusses des Finanzamts im vergangenen Jahr 2010, welches als Bemessungsgrundlage für die Residualkosten für das Budget 2012 herangezogen wird.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Der Globalkredit hat sich gegenüber dem Rechnung 2010 um rund CHF 330'000 erhöht (14,5 %). Die Ausgaben haben sich um CHF 107'500 vergrössert. Die Personalkosten erhöhen sich wegen der Wiederbesetzung einer vakanten Stelle und der Übernahme der Buchungsstelle aus dem Departement Soziales. Dafür haben sich die restlichen Kosten leicht vermindert. Die Einnahmen haben sich um CHF 223'000 gesenkt. Dies ist eine Folge einer Anpassung der Abgrenzung der Beiträge für die AHV-Zweigstelle und der Reduktion der Einnahmen aus den Residualkosten.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	2'369'275	2'429'836	2'532'266
Sachkosten	738'255	654'160	730'517
Beiträge an Dritte	5'390	10'000	10'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	21'864	24'095	30'533
Mietkosten	148'505	150'000	145'300
Übrige interne Kosten	403'822	516'113	366'014
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'687'111</i>	<i>3'784'204</i>	<i>3'814'631</i>
Verrechnungen innerhalb PG	47'973	46'000	68'000
Total effektive Kosten	3'639'138	3'738'204	3'746'631
Externe Erlöse	422'574	255'600	265'500
Interne Erlöse	987'479	985'503	941'619
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'410'052</i>	<i>1'241'103</i>	<i>1'207'119</i>
Verrechnungen innerhalb PG	47'973	46'000	68'000
Total effektive Erlöse	1'362'079	1'195'103	1'139'119
Total Nettokosten / Globalkredit	2'277'059	2'543'101	2'607'512
Kostendeckungsgrad in %	37	32	30

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	16.44	17.00	17.00
▪ Auszubildende	1.00	1.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Abweichung.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012**Vom Jahr 2011 zur Weiterführung zu übernehmende Projekte**

- Vorbereitung von HRM2 (neue kantonale Rechnungslegung inklusive Anlagebuchhaltung) Einführung auf Budget 2015 geplant.
- Konsolidierung des neu eingeführten Investitionscontrolling.
- Mitarbeit im Projekt Zentrales Immobilienmanagement (ZIM)
- Online Verrechnung der internen Fakturen in der Rechnungsabwicklung.

Neue Projekte

- Das städtische Rechnungswesen unter Fokus.

Produkt 1 Organisation und Führung des Finanz- und Rechnungswesens**Leistungen**

- Organisieren des städtischen Rechnungswesens
- Führen der Buchhaltung
- Organisieren des Controllings
- Erstellen des Finanzplanes, des Voranschlags und des Rechnungsabschlusses
- Beratung des Stadtrats in allen Geschäften mit finanziellen Auswirkungen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	3'573'972	3'738'204	3'746'631
Erlös	1'347'465	1'195'103	1'139'119
Nettokosten	2'226'507	2'543'101	2'607'512
Kostendeckungsgrad in %	38	32	30

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
siehe Parlamentarische Zielvorgaben Punkt 1 und 2			

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Projekte	10	8	5
Anzahl Mitberichte	338	270	300

Produkt 2 Externe Buchhaltungs- und Beratungsmandate**Leistungen**

- Führen von externen Buchhaltungen
- Beratung der Pensionskassenverwaltung in finanziellen Angelegenheiten

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	47'973	46'000	68'000
Erlös	46'049	46'000	68'000
Nettokosten	1'924	0	0
Kostendeckungsgrad in %	96	100	100

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
siehe Parlamentarische Zielvorgaben Punkt 3			

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl verrechneter Stunden	*	565	490

* Die Buchhaltungskosten wurden bis 2010 pauschal verrechnet.

IAFP Finanzamt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	3'639	3'738	3'746	3'747	3'747	3'747
Erlös	1'362	1'195	1'139	1'139	1'139	1'139
Nettokosten/Globalkredit	2'277	2'543	2'608	2'608	2'608	2'608
Kostendeckungsgrad in %	37	32	30	30	30	30

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	-338'000	-488'000	-568'000	-588'000	-588'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Qualitätssicherung Die Finanzkontrolle empfiehlt dem GGR die Vorjahresrechnung zur Abnahme. Die Vorjahresrechnung wird vom Bezirksamt genehmigt. Anzahl Reklamationen der Lieferanten bezüglich termingerechter Zahlung	erfüllt erfüllt keine	erfüllen erfüllen keine	erfüllen erfüllen keine	erfüllen erfüllen keine	erfüllen erfüllen keine	erfüllen erfüllen keine
2 Finanzierung Der interne Zinssatz der Stadt Winterthur liegt unter demjenigen des Kantons. Messgrösse: - interner Zinssatz Stadt Winterthur - interner Zinssatz Kanton	0.0 0.0	0.0 0.0	2.625% 3.000%*	* *	* *	* *
3 Liquiditätsplanung Durch das Finanzamt verschuldete Verzugszinszahlungen.	keine	keine	keine	keine	keine	keine
4 Kosten Die Durchführung von auswärtigen Aufgaben ist kostendeckend. Messgrösse: Kostendeckungsgrad für Produkt 2 in %	96	100	100	100	100	100

*Gemäss RRB Nr. 336 vom 23.03.2011 / Für die Folgejahre noch nicht bekannt.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

- Einführung des neuen kantonalen Rechnungswesen. Stand heute ist das Budgetjahr 2015.
- Mit dem Projekt Fokus muss die städtische Organisation des Rechnungswesen überdacht und allenfalls restrukturiert werden.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Die Einführung von HRM2 hat sich nun so weit konkretisiert, dass vorgesehen ist diese auf das Budget 2015 einzuführen. Die Änderungen werden derart umfassend sein, dass das Rechnungswesen der Stadt praktisch neu aufgebaut werden muss. Das entspricht einem sehr grossen Unterfangen und wird mehrere Jahre in Anspruch nehmen.
- Finanzausgleichspolitik

Informatikdienste (IDW)

Auftrag

Die Informatikdienste (IDW) sind der Informatik- und Kommunikationsdienstleister der Stadtverwaltung. Sie beraten in allen Gebieten der Informatik, der Kommunikation und der Telefonie. Sie koordinieren und planen für die Stadtverwaltung. Sie realisieren Informatik- und Telefonieprojekte und betreiben Anwendungen. Damit sorgen sie für eine optimale Unterstützung der Geschäftsprozesse mit Informatikmitteln.

Produkte

1 Software & Consulting

Beschaffung, Entwicklung, Wartung und Unterhalt von Software, Optimierung von Geschäftsprozessen

2 PC-Benutzerservice

Information und Beratung; Beschaffung und Installation der Arbeitsplatzinfrastruktur, Support, Schulung

3 Kommunikation

Ausbau und Betrieb des städtischen Daten- und Telefon-Kommunikationsnetzes

4 Rechenzentrum

Betrieb des Rechenzentrums, Vor- und Nachbearbeitung von Daten und Datenträger, Pflege der Datenbank- und Betriebssysteme, Webmastering für Intranet und Internet

5 Zentrale städtische Informatikdienstleistungen

Umsetzung und Überprüfung der Informatikstrategie, Informatik-Controlling, Flottenpolitik und Standards, departementsübergreifende Dienstleistungen auf dem Gebiet der IT (Informationstechnologie)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Kantonales Datenschutzgesetz vom 6.6.93 (Inkraftsetzung am 1.1.95)
- Verordnung zum kantonalen Datenschutzgesetz vom 7.12.94
- Kantonale Informatiksicherheitsverordnung vom 17.12.97

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Informatikstrategie 2005 (SRB Nr. 2006-0080 vom 18.01.2006)
- Rechenzentrumsleistungen für Gemeinden (SRB Nr. 2001-1931 vom 14.11.2001)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild der Informatikdienste vom Dezember 2009

Verantwortliche Leitung

Markus Freuler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Kostendeckungsgrad - der Dienstleistungen für die Stadtverwaltung in % - Die Dienstleistungen für externe Auftraggeber werden gewinnbringend erbracht* - der Gesamtheit der Dienstleistungen in % Die verwaltungsinternen Dienstleistungen (Produkte 1-4) werden den Bezügerinnen und Bezügern kostendeckend verrechnet. Dienstleistungen für externe Kunden werden gewinnbringend verrechnet. * ohne verwaltungsnahe externe Kundinnen und Kunden wie Pensionskasse der Stadt Winterthur, Ombudsmann, Winterthur Tourismus, Friedensrichteramt, Standortförderung Region Winterthur. Dienstleistungen für diese Organisationen sind nur kostendeckend.	99.50 erfüllt 101.00	>95 erfüllt >99	> 95 erfüllt > 99
2 Kundenorientierung Die Kundschaft der IDW ist mit deren Dienstleistungen zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen statistisch repräsentativen Befragung erhoben. Gemessen werden die Auftrags- und Termintreue, die Fachkompetenz, die Leistungsfähigkeit und die Reaktionszeit. <i>Messgrößen:</i> - Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden (interne Kundschaft) - Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden (externe Kundschaft)	83.50 98.00	mind. 85 mind. 90	mind. 85 mind. 90
3 Datensicherheit Die IDW sorgen für einen sicheren Umgang mit den verwalteten Kundendaten. <i>Messung / Bewertung</i> Manuell geführte Statistik; Meldung der Benutzer/innen resp. der Kundschaft. <i>Messgrösse:</i> Datenverlust im Rechenzentrum	keine	keine	keine
4 Datenschutz und -sicherheit Die Bestimmungen der kantonalen Informatik-Sicherheitsverordnung werden stadtweit durch die IDW auf Einhaltung geprüft. <i>Messung / Bewertung</i> Jährlich werden ein Teilaspekt oder ein Teilbereich der Verwaltung beurteilt. Im Verlaufe einer Legislaturperiode werden alle Bereiche oder Aspekte mindestens einmal bewertet. <i>Messgrösse:</i> Attest	OK	OK	OK
5 Ausbildung Die IDW stellen jährlich einen Lernenden / eine Lernende an. <i>Messung / Bewertung</i> pro Jahr einen Lernenden / eine Lernende (ab 2005)	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	-242'672	110'506	-49'181

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

- Interner Mehrertrag:
 - Anpassung PC-Betrieb und Migration auf Windows 7 und Office 2010
 - Neue Netzwerkanschlüsse, VPN, Ausbau Datennetzwerk und städtische Telefonie, Roll-Out VoIP, Ersatz Telefone
 - Neue externe Kunden oder Dienstleistungen.
 - Miete Hard- und Software für stadtinterne Kundschaft.
 - Ausbau Verrechnung innerhalb der Produktgruppe.
- Externer Minderertrag
 - Wegfall Kunde Swisspower

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

- Interner Mehrertrag:
 - Neue Netzwerkanschlüsse, SSL-VPN, Ausbau Datennetzwerk und städtische Telefonie,
 - Roll-Out VoIP.
 - interne Verrechnungen bedingt durch Zusatzdienstleistungen und Erhöhung diverser Serviceeinheiten.
- Externer Minderertrag:
 - Trotz neuer, externe Kunden Verminderung externe Erlöse bedingt durch einmalige Dienstleistungen im 2010 und Wegfall Swisspower.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	7'525'158	7'839'708	8'332'655
Sachkosten	8'022'394	6'367'544	7'928'645
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	670'896	738'186	632'218
Mietkosten	853'957	986'700	1'238'352
Übrige interne Kosten	839'900	870'573	1'440'880
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>17'912'305</i>	<i>16'802'711</i>	<i>19'572'750</i>
Verrechnungen innerhalb PG	599'106	689'043	1'232'076
Total effektive Kosten	17'313'199	16'113'668	18'340'674
Externe Erlöse	2'762'115	1'962'000	1'840'400
Interne Erlöse	15'392'862	14'730'205	17'781'531
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>18'154'977</i>	<i>16'692'205</i>	<i>19'621'931</i>
Verrechnungen innerhalb PG	599'106	689'043	1'232'076
Total effektive Erlöse	17'555'871	16'003'162	18'389'855
Total Nettokosten / Globalkredit	-242'672	110'506	-49'181
Kostendeckungsgrad in %	101	99	100

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	48.67	52.25	54.19
▪ Auszubildende	4.00	5.00	7.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	1.00

Auszubildende:

- 7 (4 Informatiklernende / 2 Praktikanten / 1 IMS-Absolvent)

Erläuterungen zu den Personalinformationen**Webmaster:**

Aufgrund der massiv gestiegenen Anforderungen an die Webinfrastruktur (Erstellung, Unterhalt, Anpassungen) im Umfeld Internet, EGovernment, Intranet ist zwingend eine zweite Stelle zu definieren und zu besetzen.

Projektleiter:

Die Stelle wird besetzt durch einen Projektmanager, welcher heutige und künftige grosse Projekte der IDW (z.B. Zweites Rechenzentrum, WinTop2012, Ersatz Rechenzentrum, Grekos, Fokus – ICT-Infrastruktur usw.) erfolgreich durchführt. Die bereits heute mit massiver externer Unterstützung durchgeführten oder laufenden Projekte sowie die geplanten Projekte zeigen den klaren Bedarf auf.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Mit dem Projekt GREKOS erfährt die Steueramtslösung eine Erweiterung um die Objektmodule (Grundsteuern) und wird in zweiter Linie die bestehende Anwendung der Einwohnerkontrolle ablösen und stärker integrieren.
- Umsetzung eGovernment-Strategie und Realisierung des dazugehörigen eGovernment-Portfolios.
- Ablösung und Migration von ASP-Anwendungen (Active-Server-Page). Vorbereitung für Umstellung neues Client-Betriebssystems Windows7 und Office2010.
- Weiterführung Registerharmonisierung (Verbesserung der Datenqualität).
- Überarbeitung Informationsarchitektur des Intranet-Portals.
- Unterstützungsarbeiten für den Einsatz von SAP bei Stadtwerk, es handelt sich vor allem um Anpassungs- und Reportingaufgaben.
- Unterstützung bei der Einführung und Umsetzung des ERMS (elektronisches Records-Management) und Projekt ELAR (elektronische Langzeitarchivierung).
- Fortsetzung der stadtweiten Ausbreitung der Geschäftsverwaltung.
- Projekt Wintop2012, Migration Betriebssystem PC von Windows XP auf Windows 7 und Migration der Office-Version XP auf Office 2010.
- Ausbau Helpdesk zur Verbesserung der Kundenzufriedenheit
- Bei Annahme Volksabstimmung "2. Rechenzentrum" Fertigstellung Planung und Beginn Realisierung.
- Umstellung der Datensicherungs-Infrastruktur von "Backup to Tape" auf "Backup to Disk".
- Fortsetzung der Umstellung der Windows-Server von Windows 2003 auf Windows 2008 R2 (Wintop2012).
- Umsetzung Organisationsentwicklung IDW.

Produkt 1 Software & Consulting**Leistungen**

- Beschaffungsprojekte (Projektcoaching, -leitung und -abwicklung von Informatikvorhaben, Evaluation von Standard-Software)
- Entwicklungsprojekte (Entwickeln von Individual-Software)
- Wartung und Unterhalt von produktiven Applikationen
- Unterstützung der Verwaltungseinheiten bei der Optimierung von Geschäftsprozessen
- Konzeption und Umsetzung von Internetauftritten mit Integration in das Portal von Winterthur
- Koordination von eGov-Aktivitäten sowie Aufzeigen von Möglichkeiten und Einsatzgebieten von eGovernment

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	2'996'618	2'906'048	3'385'859
Erlös	3'008'511	2'794'652	3'275'051
Nettokosten	-11'893	111'396	110'808
Kostendeckungsgrad in %	100	96	97

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Verrechenbarer Umsatz pro Mitarbeitende in CHF	195'834	200'000	200'000
Kundenzufriedenheit in % (zufrieden oder sehr zufrieden)	86.60	mind. 85	mind. 85

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl betreute Anwendungen	225	180	220
Stundensätze für interne Dienstleistungen			
▪ Beratung in CHF	150	150	150
▪ Realisierung in CHF	120	120	120
Stundensätze für externe Dienstleistungen (excl. MWST)			
▪ Beratung in CHF	170	170	170
▪ Realisierung in CHF	150	150	150

Produkt 2 PC-Benutzerservice

Leistungen

- Consulting (Information, Beratung und Unterstützung der Benutzenden in IT-Fragen. Konzipieren, beschaffen, installieren und integrieren der Arbeitsplatzinfrastruktur)
- Help-Desk und Support (Entgegennahme und Triage von Störungsmeldungen, Störungsbehebung, Eskalation)
- Betrieb, Überwachung, Wartung, Reparatur der Arbeitsplatzinfrastruktur
- Informatikkurse
- Standards und Richtlinien, Evaluationen und Vertragsverhandlungen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	6'221'721	4'842'108	6'490'314
Erlös	6'422'838	5'084'683	6'735'335
Nettokosten	-201'117	-242'575	-245'022
Kostendeckungsgrad in %	103	105	104

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Während den Betriebszeiten eingehende Anrufe auf die Hotline werden bedient (in %)	74.82	>80	> 80
Maximale Anzahl auf Voice Mail gesprochener Anrufe (in %)	7.28	5.00	5.00
Maximal aufgelegte Anrufe während den Betriebszeiten (in %)	24.57	10.00	10.00
Abgearbeitete Probleme innerhalb von 4 Arbeitstagen (in %)	85.30	>80	> 80
Kundenzufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden) in %	84.50	mind. 85	mind. 85
Grad der Kundenzufriedenheit mit den besuchten Kursen (aufgrund Kursbeurteilung) in %	83.50	mind. 85	mind. 85

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl stadtweit installierte PC*	2'461	2'500	2'500
Anzahl installierte Schul-PC (Primarschulen)	1'342	2'200	1'500
Informatikschulung für Benutzende			
▪ Anzahl abgeschlossener E-Learningkurse	579	1'000	1'000
▪ Anzahl Personen mit besuchten Kursen im E-Learn-Portal	74	300	4'500

* am Verwaltungsnetz

Produkt 3 Kommunikation

Leistungen

- Ausbauen und Betreiben des verwaltungsweiten Daten- und Telefon-Kommunikationsnetzes
- Betreuen der Kundinnen und Kunden des Daten- und Telefon-Kommunikationsnetzes

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	3'511'946	3'764'784	4'157'769
Erlös	3'817'559	3'860'917	4'571'657
Nettokosten	-305'613	-96'133	-413'888
Kostendeckungsgrad in %	109	103	110

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Verfügbarkeit Stadtnetz in %	99.67	> 99	> 99
Verfügbarkeit der 14 Knoten des zentralen Teilnehmervermittlungssystems in %	99.95	> 99	> 99
Störungsbehebung im Telefonnetz innerhalb 24 Stunden nach Meldung	95.08	> 90	> 90
Betriebsbereitschaft wieder hergestellt in %			
Abwicklung von Telefonmutationen innerhalb von 14 Tagen bzw. auf Termin (ohne externe Firmen) in %	>99	> 98	> 98

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Überwachter Betrieb	07.30 - 17.30	07.30 - 17.30	07.30 - 17.30
Aufwand pro Stadtnetzanschluss (CHF/Monat)*	49	50	47
Aufwand pro Telefonanschluss (CHF/Monat)*	28	29	27
Preis pro Stadtnetzanschluss (CHF/Monat)	35	35	35
Preis pro Telefonanschluss (CHF/Monat)	30	30	30
Kundenzufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden) in %	88	mind. 85	mind. 85

* Dank verrechenbaren Projekten ist der Preis pro Stadtnetzanschluss / Telefonanschluss tiefer als die effektiven Kosten.

Produkt 4 Rechenzentrum

Leistungen

- Betreiben eines sicheren Rechenzentrums
- Betreiben der im RZ installierten Server und Informatikapplikationen
- Betreiben der Gemeindesoftware NEST / ABACUS und weiterer Anwendungen für Gemeinden im Kanton Zürich
- Evaluieren und beschaffen der zentralen Hardware und Betriebssysteme
- Webmastering für Intranet und Internet
- Pflegen der Datenbanksysteme
- Durchführen der Datensicherungen und Restores

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	4'581'489	4'739'772	4'818'809
Erlös	4'868'880	4'951'953	5'039'888
Nettokosten	-287'391	-212'181	-221'079
Kostendeckungsgrad in %	106	104	105

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Systemverfügbarkeit			
▪ Anwendungen (365 Tage x 24h) in %	99.50	mind. 98	mind. 98
▪ Server (Unix, Linux, Windows) (365 Tage x 24h) in %	99.50	mind. 98	mind. 98
Interne Kundenzufriedenheit in % (zufrieden oder sehr zufrieden)	89.00	mind. 85	mind. 85
Externe Kundenzufriedenheit in % (zufrieden oder sehr zufrieden)	98.00	mind. 90	mind. 90

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl zentral und dezentral betreute Rechner			
▪ UNIX (AIX)	4	4	4
▪ Virtuelle Unix-Server	6	6	6
▪ Windows 2003 / 2008 R2	80	70	80
▪ Virtuelle Server Windows 2003 / 2008 R2	230	200	250
▪ Linux	40	35	45
Anzahl registrierte Benutzende	4'100	4000*	4'200

*Anzahl verrechenbare Benutzende

Produkt 5 Zentrale städtische Informatikdienstleistungen

Leistungen

- Umsetzen und laufende Überprüfung der Informatikstrategie
- Informatikcontrolling (Machbarkeits-, Projekt- und Nutzencontrolling), Reporting
- Definieren der verwaltungsweiten Flottenpolitik
- Übrige departementsübergreifende Dienstleistungen
 - Einsitz in verschiedenen Fachgremien
 - Behandlung von politischen Vorstössen
 - Evaluation und Adaption von neuen Technologien
 - Standards für Informatiksicherheit
 - Stufengerechtes Informationswesen
 - Internet (E-Government)
 - Intranet
- Submissionsunterstützung, Rahmenverträge mit den Lieferanten
- Leiten / Mitarbeiten in departementsübergreifenden Projekten
- Ausserordentliche Dienstleistungen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	495'020	550'000	720'000
Erlös	1	0	0
Nettokosten	495'019	550'000	720'000
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die IDW erbringen Dienstleistungen für die ganze Stadtverwaltung. Davon wird ein Grossteil der Kundschaft, d.h. den Ämtern, Bereichen und Betrieben, verrechnet. Es ist jedoch notwendig, eine Basis zu schaffen und zu pflegen, von der die ganze Stadtverwaltung profitieren kann. Diese Grundlagenarbeit kann nicht direkt einem bestimmten 'Owner' belastet werden. Es geht vor allem um strategische und departementsübergreifende Dienstleistungen sowie um 'Konzernregelungen'. Sie sind im Produkt 5 'Zentrale städtische Informatikdienstleistungen' zusammengefasst. Die Definition von Leistungsindikatoren ist hier äusserst schwierig. Deshalb wird darauf verzichtet.			

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
- geschätzter Zeitaufwand umgerechnet in Stelleneinheiten - Lehrverhältnisse	3 4	3 4*(1)	3 * 4 / 2 / 1
Kostenaufteilung in CHF:			
- Vorstudien und Konzepte - Intranet für die Stadtverwaltung - Gesamtstädtische Informatikstrategie; E-Gov. - Departementsübergreifende Dienstleistungen (siehe Beschreibung Produkt 5) - Datenschutz und Datensicherheit - Ausbildung von Lernenden (Basislehrjahr) - Stadtweite Archivlösung (Langzeitarchivierung und Aufbewahrung) - Datenlogistik, zentrale Datenhaltung - Aufbau einer Plattform für Microsoft Office Sharepoint (MOSS)	85'000 125'000 15'000 135'000 20'000 23'000 50'000 42'000 0	90'000 185'000 30'000 100'000 20'000 20'000 40'000 45'000 20'000	100'000 185'000 245'000 100'000 20'000 20'000 50'000 50'000 0

*) 4 Informatiklernende / 2 Praktikanten / 1 Praktikumsstelle Informatikmittelschule 4. Lehrjahr

IAFP Informatikdienste (IDW)

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	17'313	16'113	18'340	19'521	19'943	19'809
Erlös	17'555	16'003	18'389	19'557	19'979	19'846
Nettokosten/Globalkredit	-243	111	-49	-36	-36	-37
Kostendeckungsgrad in %	101	99	100	100	100	100

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	2'665'000	4'885'000	6'950'000	1'800'000	1'000'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Kostendeckungsgrad						
- der Dienstleistungen für die Stadtverwaltung in % - Die Dienstleistungen für externe Auftraggeber werden gewinnbringend erbracht* - der Gesamtheit der Dienstleistungen in %	99.5 erfüllt 101.0	>95 erfüllt >99	> 95 erfüllt > 99	> 95 erfüllt > 99	> 95 erfüllt > 99	> 95 erfüllt > 99
Die verwaltungsinternen Dienstleistungen (Produkte 1-4) werden den Bezügerinnen und Bezügern kostendeckend verrechnet. Dienstleistungen für externe Kunden werden gewinnbringend verrechnet.						
2 Kundenorientierung						
Die Kundschaft der IDW ist mit deren Dienstleistungen zufrieden.						
<i>Messung / Bewertung</i> Der Zufriedenheitsgrad der Kundschaft wird mittels einer jährlichen statistisch repräsentativen Befragung erhoben. Gemessen werden die Auftrags- und Termintreue, die Fachkompetenz, die Leistungsfähigkeit und die Reaktionszeit.						
<i>Messgrößen:</i>						
- Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden (interne Kundschaft) - Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden (externe Kundschaft)	83.5 98.0	mind. 85 mind. 90	mind. 85 mind. 90	mind. 85 mind. 90	mind. 85 mind. 90	mind. 85 mind. 90

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
3 Datensicherheit Die IDW sorgen für einen sicheren Umgang mit den verwalteten Kundendaten. <i>Messung / Bewertung</i> Manuell geführte Statistik; Meldung der Benutzer/innen resp. der Kundschaft. <i>Messgrösse:</i> Datenverlust im Rechenzentrum	keine	keine	keine	keine	keine	keine
4 Datenschutz und -sicherheit Die Bestimmungen der kantonalen Informatik-Sicherheitsverordnung werden stadtweit durch die IDW auf Einhaltung geprüft. <i>Messung / Bewertung</i> Jährlich werden ein Teilaspekt oder ein Teilbereich der Verwaltung beurteilt. Im Verlaufe einer Legislaturperiode werden alle Bereiche oder Aspekte mindestens einmal bewertet. <i>Messgrösse:</i> Attest	OK	OK	OK	OK	OK	OK
5 Ausbildung Die IDW stellen jährlich einen Lernenden / eine Lernende an. <i>Messung / Bewertung</i> pro Jahr einen Lernenden / eine Lernende (ab 2005)	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

- Umsetzen und Abschliessen des Relaunch des Internetportals www.stadt.winterthur.ch
- Abschlussarbeiten für das Projekt GREKOS (Grundsteuern, Einwohnerkontrolle, ordentliche Steuern)
- Weiterführung des elektronischen Recordsmanagement ERMS sowie Starten des Projektes ELAR (elektronische Langzeitarchivierung) als Folgeprojekt in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv.
- Projekt FOKUS
- Umsetzung der eGOV-Strategie und damit des eGovernment-Portfolios
- Durch HRM2 geänderten Anforderungen werden Umstellungsarbeiten bei Schnittstellen und Datenlieferungen im Umfeld des zentralen ERP's (CS/2)nötig.
- Abschluss Projekt Wintop2012 und Auswertung der Erfahrungen
- Gesamtanierung Adlergarten im Bereich Daten- und Telefonkommunikation.
- Fertigstellung und Inbetriebnahme des 2. Rechenzentrums.
- Planung, Bewilligung Ersatz-Rechenzentrum Obertor.
- Ersatzbeschaffung Datenspeicher-Infrastruktur (Storage).

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Mit dem Projekt GREKOS werden die letzten grossen Oracle-Eigenentwicklungen (Grundsteuern und Einwohnerkontrolle) durch Standard-Software-Produkte abgelöst.
- Aufgrund der Resultate aus der Kundenbefragung muss die Erreichbarkeit des Helpdesk verbessert werden. Dies bedeutet ein Ausbau und damit eine Erhöhung der Kosten. Die Kosten werden durch eine Erhöhung des Betriebspauschale den Organisationseinheiten verrechnet.
- Die Menge der gespeicherten Daten wird auch in den nächsten Jahren voraussichtlich jährlich um ca. 10 - 20 TB steigen. Die Datenverfügbarkeit ist mit der Spiegelung der Daten an zwei verschiedene Standorte gewährleistet. Infolge der grossen Datenmenge muss die Datensicherungs-Strategie umgestellt und anstelle auf Tapes mittels Snapshot-Technologie auf Disks gesichert werden.
- Die zunehmende Komplexität der Systeme, deren gegenseitige Abhängigkeiten sowie die geforderte hohe Verfügbarkeit und Sicherheit werden in den kommenden Jahren noch verstärkten Einfluss auf die Kostenentwicklung haben.

Steuerbezug

Auftrag

Im Rahmen der Steuergesetzgebung sind die Steuereinschätzungen und der Steuerbezug der Stadt Winterthur zuverlässig und kundenfreundlich sicherzustellen.

Produkte

1 Steuern natürliche Personen

- Vollzug im Rahmen der Gesetzgebung
- Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen (Datenverwaltung) sowie für berechnigte Privat- und Geschäftskundinnen und -kunden.

2 Steuern juristische Personen

- Vollzug im Rahmen der Gesetzgebung
- Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen (Datenverwaltung) sowie für berechnigte Privat- und Geschäftskundinnen und -kunden.

3 Grundsteuern

- Vollzug im Rahmen der Gesetzgebung
- Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen (Datenverwaltung) und andere Gemeinden (Grundstückgewinnsteuerveranlagungen) sowie für berechnigte Privat- und Geschäftskundinnen und -kunden (Verkehrswert- und Liegenschaftenbewertungsschätzungen).

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Bundesgesetz vom 14.12.1990 über die direkte Bundessteuer
- Verordnung zum DBG
- Verordnung vom 13.11.1985 über Beiträge an anerkannte Vorsorgeformen (BVV 3)
- Kantonales Datenschutzgesetz vom 06.06.1993 (Inkraftsetzung am 01.01.1995)
- Verordnung zum kantonalen Datenschutzgesetz vom 07.12.1994
- Gesetz über die direkten Steuern vom 08.07.1951 bzw. Steuergesetz des Kantons Zürich vom 08.06.1997
- Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz, Dienstanleitung zum Steuergesetz, Weisungen der Finanzdirektion
- Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuer

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Staats- und Gemeindesteuern vom 29.04.1998

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild des Steueramtes vom August 1991 / September 2000 / August 2005 / Dezember 2010

Verantwortliche Leitung

Pius Kuhn

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Steuereinschätzungen und der Steuerbezug werden wirtschaftlich erbracht <i>Messung / Bewertung:</i> - Durchschnittliche Kosten pro nat. Person in CHF - Durchschnittliche Kosten pro jur. Person in CHF - Durchschnittl. Kosten pro Grundstücksgewinnsteuerfall in CHF <i>Messgrösse</i> Prozentsatz der eigenständig vorgenommenen Einschätzungen von Unselbständigerwerbenden	12.17 79.82 1'048.80	13.63 85.03 1'290.80	11.54 79.28 1'135.36
2 Kundenorientierung Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen des Steueramtes zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährlich: Kundenumfrage bei den im Steueramt persönlich Erschienenen, mit welcher die Verständlichkeit der Unterlagen, die Bedienungsqualität, die Erreichbarkeit, die Wartezeit sowie die Öffnungszeiten der Dienststellen nachgefragt werden. <i>Messgrössen:</i> Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	93	85	90
3 Steuergerechtigkeit Im Rahmen der Gesetzgebung werden alle Kundinnen und Kunden gleich behandelt <i>Messung / Bewertung:</i> - Anzahl von Einsprachen gegen eigene Einschätzungen - Anzahl von Einspracheabweisungen - Anzahl Nachsteuer- und Bussenfälle - Anzahl neu gefundener Steuerfälle - Mehrerträge neu gefundener Steuerfälle - Anzahl Eingriffe in Konkurs- und Betreibungsverfahren <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der erfolgreichen Einsprachen	957 447 81 55 223'068 24 55	1'000 300 80 75 300'000 25 70	1'000 500 60 55 200'000 25 50

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	2'724'004	2'860'192	2'807'696

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

- Der Globalkredit 2012 verringert sich gegenüber dem Vorjahrsbudget um Fr. 130'000.
- Das Projekt GREKOS und die Ausweitung unserer Dienstleistungen im Scanzentrum generieren zwar Mehrkosten. Diese werden dafür wiederum durch die Verrechnung der Dienstleistungserweiterungen und die steigende Zahl der Steuerpflichtigen und die damit verbundenen selbst erledigten Einschätzungen überkompensiert, d.h. die Erträge übertreffen die Aufwände.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

- Der Globalkredit 2012 muss gegenüber der Rechnung 2010 leicht erhöht werden. Die steigenden Personalkosten aufgrund der Lohnmassnahmen 2011 und dem Ausbau der Dienstleistungen im Scanzentrum können durch geringere Informatikkosten und den zu erzielenden Mehrerträgen durch diesen Dienstleistungsausbau wieder kompensiert werden resp. führen zu einem positiven Resultat. Durch das Projekt GREKOS verschieben sich die externen Informatikkosten zu den internen Verrechnungen mit den IDW.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	6'362'332	6'503'735	6'650'571
Sachkosten	2'291'552	2'178'690	2'252'257
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	360'160	360'000	358'500
Übrige interne Kosten	989'431	1'007'517	973'598
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>10'003'476</i>	<i>10'049'942</i>	<i>10'234'926</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	10'003'476	10'049'942	10'234'926
Externe Erlöse	7'171'795	7'077'000	7'328'250
Interne Erlöse	107'677	112'750	98'980
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>7'279'472</i>	<i>7'189'750</i>	<i>7'427'230</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	7'279'472	7'189'750	7'427'230
Total Nettokosten / Globalkredit	2'724'004	2'860'192	2'807'696
Kostendeckungsgrad in %	73	72	73

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	58.07	58.90	58.90
▪ Auszubildende	6.00	6.00	6.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	5.00	5.00	5.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Begründung notwendig.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Projekt GREKOS Ablösung Modul Liegenschaftendaten (GGS)
- Vorbereitung der Migration der Datenbank- und Entwicklungsplattform für die Steuersoftwarelösung.
- E-Government mit interaktiven Möglichkeiten vorantreiben.
- Pilotierung ab 1.1.2012 des Projekt e-Taxes (RE05) sowie des neuen Workflows (RE03) des Kantons umsetzen und auswerten.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Der elektronische Steuerdatenaustausch mit dem Kanton laufend anpassen und optimieren.
- Die bestehenden und neuen kantonalen Projekte weiterhin aktiv mitgestalten.
- Weitere Ausbreitung der Direktzustellung der zu scannenden Dossiers der Kundengemeinden.
- Weiterführung der Überarbeitung der Prozesslandschaft "Steuern erheben"
- Die Zahl der Einschätzungen mit guter Qualität halten.
- Erkenntnisse aus dem Controlling der Kundenorientierung umsetzen.
- Projekt Focus unterstützen und interne Projektbegleitung führen.
- Den internen Ausbildungsstand der Mitarbeitenden weiter fördern und fordern.

Produkt 1 Steuern natürliche Personen**Leistungen**

- Prüfen und einschätzen von Steuererklärungen und Verrechnungsanträgen
- Registerführung
- Steuerbezug
- Kundenbetreuung - Die Fähigkeit der Kundschaft erhöhen, die eigenen Steuersachen selbständig zu erledigen
- Erstellen von Steuerausweisen
- Mündliche, schriftliche und telefonische Beantwortung von Steuerfragen
- Anleitung im Steuerklärungsverfahren
- Inventarisierung im Todesfall

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	7'781'848	7'832'486	7'978'926
Erlös	7'006'429	6'938'772	7'172'297
Nettokosten	775'419	893'714	806'629
Kostendeckungsgrad in %	90	89	90

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die Steuerrechnungen werden innert 30 Tagen nach Einschätzung verschickt in %	99	99	99
Kostengünstige Bearbeitung von Registerführung, Steuereinschätzung, Steuerbezug und Inventarisierung, Nettokosten pro steuerpflichtige Person in CHF	12.17	13.63	11.54
Fehlerfreie Bearbeitung von Register und Steuerbezug. Beanstandung der Steuerkontrolle in %	0*	0.3	0*

* Im Jahr 2012 ist keine Revision durch die Steuerkontrolle geplant.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl steuerpflichtige natürliche Personen	63'732	63'800	64'800
Anzahl Pflichtige gemäss Quellensteuerverordnung I	8'162	9'000	8'400
Anzahl Fälle gemäss Quellensteuerverordnung II	688	800	800
Anzahl Inventarisierungen	906	850	930
Anzahl Steuerrechnungsmahnungen	43'625	32'000	38'000
Anzahl Steuererklärungsfristerstreckungen (Anzahl Bewegungen)	18'827	25'000	20'000
Anzahl Betreibungen	4'210	3'000	3'500
Anzahl Einsprachen	1'385	1'400	1'400
Restanzen in % des Gesamtnettosolls der Jahresabrechnung*	14	8	10
Anzahl aktive Steuerausscheidungen	643	550	660
Anzahl passive Steuerauscheidungen	265	250	275
Anzahl Steuerausweise	1'763	2'000	2'000
Anzahl Bescheinigungen Einbürgerungen	487	500	500

* Gesamtsoll entspricht dem Total der natürlichen und juristischen Personen aus der Jahresrechnung per 31.12.

Produkt 2 Steuern juristische Personen

Leistungen

- Prüfen von Steuererklärungen
- Registerführung
- Steuerbezug
- Kundenbetreuung - Die Fähigkeit der Kundschaft erhöhen, die eigenen Steuersachen selbständig zu erledigen
- Erstellen von Steuerausweisen
- Mündliche, schriftliche und telefonische Beantwortung von Steuerfragen
- Anleitung im Steuererklärungsverfahren

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	477'674	480'607	489'193
Erlös	206'295	198'366	206'165
Nettokosten	271'380	282'241	283'028
Kostendeckungsgrad in %	43	41	42

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die Steuerrechnungen werden innert 30 Tagen nach Einschätzung verschickt in %	99	99	99
Kostengünstige Bearbeitung von Registerführung, Steuereinschätzungen und Steuerbezug, Nettokosten pro steuerpflichtige Person in CHF	79.82	85.03	79.28
Fehlerfreie Bearbeitung von Register und Steuerbezug, Beanstandungen der Steuerkontrolle in %	0*	0.3	0*

* Im Jahr 2012 ist keine Revision durch die Steuerkontrolle geplant.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl steuerpflichtige juristische Personen	3'400	3'300	3'520
Anzahl Steuerrechnungsmahnungen	1'362	1'000	1'300
Anzahl Betreibungen	125	90	100
Anzahl Einsprachen	61	80	70
Restanzen in % des Gesamtnettosolls der Jahresabrechnung*	0	2	2
Anzahl aktive Steuerausscheidungen	153	160	155
Anzahl passive Steuerausscheidungen	39	50	50

* Gesamtsoll entspricht dem Total der natürlichen und juristischen Personen aus der Jahresrechnung per 31.12.

Produkt 3 Grundsteuern

Leistungen

- Prüfen von Steuererklärungen
- Handänderungssteuern
- Registerführung
- Steuerbezug
- Erstellen von Bestätigungen (Ausstehende Grundstücksgewinn-/Handänderungssteuern)
- Kundenbetreuung - Die Fähigkeit der Kundschaft erhöhen, die eigenen Steuersachen selbständig zu erledigen
- Mündliche, schriftliche und telefonische Beantwortung von Steuerfragen
- Anleitung im Steuererklärungsverfahren

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'727'226	1'736'849	1'766'808
Erlös	60'689	52'612	48'769
Nettokosten	1'666'537	1'684'237	1'718'039
Kostendeckungsgrad in %	4	3	3

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die Grundstückgewinnsteuereinschätzungen (ohne Gesamtüberbauungen und Teilverkäufe von Stockwerkeigentum) sind innert 7 Monaten nach dem ordentlichen Abgabetermin der Steuererklärung beschlussfertig vorbereitet und fakturiert. in %	84	90	90
Die Grundstückgewinnsteuereinschätzungen werden innert 10 Tagen nach Beschlussfassung fakturiert. in %	100	100	100
Die verbleibenden Einschätzungen der Grundstückgewinnsteuern und die Handänderungssteuern sind vor Ablauf der Verjährungsfrist zu fakturieren. in %	100	100	100
Kostengünstige Bearbeitung von Registerführung, Einschätzung und Bezug der Grundstückgewinnsteuerfälle. Nettokosten pro steuerpflichtigem Fall. in CHF	1'048.80	1'290.80	1'135.42

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Grundstückgewinnsteuerfälle	1'589	1'300	1'500
Anzahl Handänderungen	1'518	1'250	1'450
Anzahl Mahnungen	237	200	200
Anzahl Fristerstreckungen von Steuererklärungen (Anzahl Kunden)	112	100	100
Anzahl Betreibungen	0	1	1
Anzahl Einsprachen / Grundstückgewinnsteuern / Handänderungssteuern	6	2	3
Anzahl Rekurse / Grundstückgewinnsteuern / Handänderungssteuern	0	1	0
Anzahl Beanstandungen	47	50	50
Anzahl Restanzen	1'195	900	1'100
Anzahl Pfandrechtseintragungen	9	0	5

IAFP Steuerbezug

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	10'003	10'049	10'234	10'245	10'323	10'397
Erlös	7'279	7'189	7'427	7'494	7'581	7'608
Nettokosten/Globalkredit	2'724	2'860	2'808	2'751	2'742	2'789
Kostendeckungsgrad in %	73	72	73	73	73	73

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	0	200'000	180'000	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Wirtschaftlichkeit der Steuereinschätzungen und des Steuerbezugs						
▪ Durchschnittliche Kosten pro nat. Person in CHF	12.17	13.63	11.54	10.60	10.23	10.66
▪ Durchschnittliche Kosten pro jur. Person in CHF	79.82	85.03	79.28	77.08	75.63	74.33
▪ Durchschnittl. Kosten pro Grundstücksgewinnsteuerfall in CHF	1'048.80	1'290.80	1'135.36	1'135.42	1'141.63	1'149.84
▪ Prozentsatz der eigenständig vorgenommenen Einschätzungen von Unselbständigerwerbenden	93	90	90	90	90	90
2 Kundenorientierung Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen des Steueramtes zufrieden. Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	93	85	90	90	90	90
3 Steuergerechtigkeit						
▪ Anzahl von Einsprachen gegen eigene Einschätzungen	957	1'000	1'000	950	950	950
▪ Anzahl von Einspracheabweisungen	447	300	500	450	450	450
▪ Anzahl Nachsteuer- und Bussenfälle	81	80	60	50	50	50
▪ Anzahl neu gefundener Steuerfälle	55	75	55	55	55	55
▪ Mehrerträge neu gefundener Steuerfälle	223'068	300'000	200'000	250'000	250'000	250'000
▪ Anzahl Eingriffe in Konkurs- und Betreibungsverfahren	24	25	25	25	25	25
▪ Prozentsatz der erfolgreichen Einsprachen	55	70	50	53	53	53

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

- Projekt GREKOS Überführung in den ordentlichen Betrieb und notwendige Bereinigungen umsetzen
- Entwicklungsanpassungen im Scanzentrum aus dem Projekte e-Tax und Workflow des Kantons.
- Die Standartisierung und Weiterentwicklung der Steuersoftware der Nestgemeinden Kanton Zürich mit der Stadt Zürich binden weitere Mittel

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Der Planungshorizont für die kantonalen Projekte Züri Primo (IT-Ausbau Kanton) ist immer noch bis ins 2015 ausgerichtet.
- Es ist bis dato immer noch kein Entscheid über den Aufbau resp. der Umsetzung des kantonalen Steuerregisters gefällt worden. Die Auswirkungen für uns können noch nicht abgeschätzt werden. Schnittstellenanpassungen zwischen Züri-Primo und NEST können gegebenenfalls weiter Einfluss auf die Ablauforganisation und die Kosten haben.
- Das Scanzentrum Winterthur muss die laufenden Entwicklungen im e-Tax Bereich und neu für den Workflow beim Kanton in die eigene Prozesslandschaft einarbeiten und zeitgerecht die erforderlichen Massnahmen einleiten.
- Die Mitwirkung in den kantonalen Projekten wird vom Kanton gefordert und von uns angestrebt um mögliche Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und zu beeinflussen.
- Die Vorstösse und Entwicklungen auf politischer Ebene werden soweit erkennbar, berücksichtigt.

Immobilien

Auftrag

Die Aufgaben des Bereich Immobilien lassen sich in Planungs- und Steuerungsaufgaben, interne Dienstleistungen und Aufgaben in Kontakt mit der Bevölkerung unterteilen.

- Sicherstellung des städtischen Liegenschaftenverkehrs und der strategisch nachhaltigen Bewirtschaftung
- Beschaffung von Räumen für städtische Leistungserbringer
- Beschaffung von Räumen für die Bevölkerung
- Bewirtschaftung von landwirtschaftlich genutzten Flächen

Produkte

1 Bewirtschaftung Finanzvermögen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Finanzvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für die Bevölkerung
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften ins und aus dem Finanzvermögen

2 Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für städtische Leistungserbringer
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften ins und aus dem Verwaltungsvermögen

3 Zentrale Dienste

- Departementsinterne und übergreifende Dienstleistungen und Projektarbeiten

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB)
- Schweizerisches Obligationenrecht (OR)
- Handbuch über das Rechnungswesen der zürcherischen Gemeinden
- Landwirtschaftsgesetz vom 02.09.1979 (Ackerbaustelle/agrarpolitische Massnahmen)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeindeordnung vom 26.11.1989
- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) vom 10.07.2006
- SRB-Nr. 98-0170 vom 28.01.1998 (Verrechnung von kalkulatorischen Mietzinsen und Nebenkosten)
- SRB-Nr. 2004-0354 vom 18.02.2004 (Konzept für das Liegenschaftenportefeuille im Finanzvermögen)
- Immobilienhandbuch (IHB)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild Departement Finanzen
- Leitbild Immobilien
- Arbeitshandbuch und Prozessabläufe Immobilien

Verantwortliche Leitung

Erich Dürig / Beat Fehr

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Spezielle Betrachtung bei den Indikatoren des Produktes 'Bewirtschaftung Finanzvermögen': - Die Messgrößen beinhalten auch die Werte der landwirtschaftlichen Pachtbetriebe, der unbebauten Grundstücke sowie der Baurechte. Spezielle Betrachtung bei den Indikatoren des Produktes 'Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen': - Die Messgrößen beinhalten auch die Werte der Pünkten sowie des Betriebes MZA.			
1 Wirkung / Effektivität ▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Ordentlicher Liegenschaftenaufwand in Relation zum Ertrag <i>Messgröße:</i> Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	44	34	36
▪ Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Ordentlicher Liegenschaftenaufwand in Relation zum Ertrag <i>Messgröße:</i> Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	89	85	76
2 Leistung / Volumen ▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Inventarwert der Liegenschaften des Finanzvermögens <i>Messgröße:</i> Buchwert Total per Stichtag in Mio. CHF Buchwert Wohn- und Geschäftshäuser in Mio. CHF Buchwert subventionierter Wohnungsbau in Mio. CHF Buchwert Restaurantbetriebe in Mio. CHF Buchwert Landwirtschaftliche Pachtbetriebe in Mio. CHF Buchwert Baurechtsgrundstücke in Mio. CHF Buchwert Unbebaute Grundstücke in Mio. CHF Buchwert unvollendete Bauten in Mio. CHF Buchwert überbewertetes Grundeigentum in Mio. CHF	359.5 175.6 7.5 23.2 6.3 25.1 92.7 16.0 13.1	354.0 173.0 7.0 24.0 7.0 25.3 81.4 22.8 13.5	358.9 166.0 7.5 23.0 7.8 25.1 90.0 20.0 13.5
3 Wirtschaftlichkeit ▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Verwaltungsaufwand in Relation zum Ertrag <i>Messgröße:</i> Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	5.50	5.47	5.20
▪ Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Verwaltungsaufwand in Relation zum Ertrag <i>Messgröße:</i> Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	10.30	10.60	11.20
4 Kundenzufriedenheit ▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl der mehrfach schriftlich eingegangenen Reklamationen Anzahl der Schlichtungsfälle <i>Messgröße:</i> Anzahl der rechtslosen Reklamationen und Schlichtungsfälle	0 6 5	0 5 5	0 5 5

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	-804'137	7'776'623	5'937'802

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Die Nettokosten des Voranschlages 2012 sind aufgrund des reduzierten Sachaufwandes für baulichen Unterhalt aus Gesamtsanierungen unter dem Vorjahresniveau.

Die Personalkosten konnten unter Berücksichtigung der Teuerung auf Vorjahresniveau gehalten werden.

Die Sachkosten liegen, wie eingangs bereits erwähnt, aufgrund des reduzierten Sachaufwandes für baulichen Unterhalt aus Gesamtsanierungen unter dem Vorjahresniveau.

Die kalkulatorischen Kosten für Abschreibungen und Zinsen haben sich aufgrund der getätigten Zukäufe entsprechend erhöht.

Durch den Zukauf der Fortuna-Obertor-Liegenschaften entfallen die bis anhin anfallenden Mietkosten. Demgegenüber sind aber erhöhte Kapitalzinsen, wie vorgängig erwähnt, neu im Aufwand.

Die externen Erlöse haben sich ebenfalls aufgrund der getätigten Zukäufe sowie der individuellen Mietzinsanpassungen aufgrund der ausgeführten Gesamtsanierungen entsprechend erhöht und der Mietertrag konnte dadurch gesteigert werden.

Die internen Erlöse sind auf Vorjahresniveau.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Die ab 2004 umgesetzten WIN03-Massnahmen 18-21 schlagen sich im Voranschlag 2012 erneut, nach Bereinigung der jährlich in unterschiedlicher Höhe anfallenden Aufwendungen der werterhaltenden Investitionen für Gesamtsanierungen, durch eine Verbesserung des Aufwandüberschusses nieder.

Die im Produkt 1 "Bewirtschaftung Finanzvermögen" angegliederte Übersichtstabelle "Grundeigentum im Finanzvermögen" zeigt die Zahlen pro Institution auf.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	4'311'724	4'546'241	4'563'982
Sachkosten	14'876'071	14'626'007	13'099'859
Beiträge an Dritte	126'000	138'000	126'000
Residualkosten	0	4'926	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	14'053'525	12'696'519	13'455'731
Mietkosten	1'133'893	1'145'604	667'012
Übrige interne Kosten	1'012'814	893'896	885'788
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>35'514'027</i>	<i>34'051'193</i>	<i>32'798'372</i>
Verrechnungen innerhalb PG	216'594	206'000	205'000
Total effektive Kosten	35'297'433	33'845'193	32'593'372
Externe Erlöse	27'770'976	17'751'100	18'393'300
Interne Erlöse	8'547'188	8'523'470	8'467'270
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>36'318'164</i>	<i>26'274'570</i>	<i>26'860'570</i>
Verrechnungen innerhalb PG	216'594	206'000	205'000
Total effektive Erlöse	36'101'570	26'068'570	26'655'570
Total Nettokosten / Globalkredit	-804'137	7'776'623	5'937'802
Kostendeckungsgrad in %	102	77	82

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	39.20	43.82	44.01
▪ Auszubildende	1.00	1.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

- 0.17 Doppelbesetzung Grundbuchgeschäfte 100 % Anstellung bis 28.02.2011 (0.17 + 0.83 = 1.00).
- Neue Stellen 2012 für:
- Übernahme Fortuna Obertor / 0.15 Reinigung und 0.02 Reinigung Stellvertretung
- Übernahme Gatterhütte von Forstbetrieb / 0.20 Reinigung

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Laufende Überprüfung und Optimierung der Aufgaben und Dienstleistungsstandards
- WIN03-Massnahmen 18-21, Bereinigung des Liegenschaftenportefeuilles durch Zu- und Verkäufe
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Restaurants
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Wohnhäuser Finanzvermögen
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Landwirtschaftsbetriebe
- Unterstützung Projekt "Fokus" - Zentralisierung eines grossen Teils der Stadtverwaltung an einem Standort
- Konsolidierung Projekt ZIM (Zentrales Immobilienmanagement)

Produkt 1 Bewirtschaftung Finanzvermögen**Leistungen**

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Finanzvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für die Bevölkerung
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften ins und aus dem Finanzvermögen
- Bewirtschaftung von landwirtschaftlich genutzten Flächen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	22'457'828	21'261'572	21'035'614
Erlös	26'377'869	16'013'020	16'993'420
Nettokosten	-3'920'041	5'248'552	4'042'194
Kostendeckungsgrad in %	117	75	81

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Minimale Leerstandsquote durch optimale Wiedervermietung: (Anteil Leerstandskosten im Verhältnis zum Ertrag) in %	1.2	0.7	0.3

Temporäre Leerstände infolge Gesamtsanierungen an Wohnhäusern.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
siehe weitere Leistungsmengen in den 'parlamentarischen Zielvorgaben' 1 - 3			
Liegenschaftenbestand Die Immobilien verwalten folgende städtische Grundstücke und Gebäude bzw. Vertragseinheiten:			
Wohn- und Geschäftshäuser			
- Wohnungsverträge	385	381	385
- Einfamilienhäuser	52	40	45
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	188	176	188
- Garagenverträge	106	107	106
- Parkplatzverträge	184	170	184
Subventionierter Wohnungsbau			
- Einfamilienhausverträge	23	23	23
- Garagenverträge	2	2	2
- Parkplatzverträge	27	27	27
Restaurants			
- Restaurants	11	11	11
- Wohnungsverträge	24	24	24
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	8	8	8
- Garagenverträge	0	0	0
- Parkplatzverträge	0	0	0
Landwirtschaftliche Pachtbetriebe			
- Bauernhöfe	10	10	10
- davon nach Bewirtschaftungsform "BIO"	1	1	1
- davon nach Bewirtschaftungsform "ÖLN"	9	9	9
Unbebaute Grundstücke			
- Land in ha	492	492	492
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	540	540	540
Baurechte			
- Baurechte für Wohnbauten	28	28	28
- Baurechte für Industriebauten	46	46	46
Verwaltungsmandate			
Liegenschaften der Pensionskasse			
- Wohnungsverträge	189	189	189
- Einfamilienhausverträge	2	0	0
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	3	3	3
- Garagenverträge	81	89	81
- Parkplatzverträge	44	36	44
Diverse städtische Objekte			
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	55	55	55
- Restaurants	4	4	4
- Baurechte	7	7	7
- Parkplatzverträge	73	73	73
Inkassomandat für diverse städtische Objekte			
- Wohnungsverträge	182	181	182
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	41	41	41
- Garagenverträge	53	53	53
- Parkplatzverträge	94	94	94

Übersicht "Grundeigentum im Finanzvermögen"

Institution	Buchwert 01.01.2012	Überbewertetes Grundeigentum 01.01.2012	Unvollendete Bauten 01.01.2012	Total aktiviertes Grundeigentum 01.01.2012	Ertrag 2012	* in %	Int. Kapitalzin s	Übriger Aufwand (Unterhalt, Verwaltung)	Soll 2012 Überschuss Ertrag / Aufwand (-)	Ist 2010 Überschuss Ertrag / Aufwand (-)
Wohn- / Gesch. Häuser	170'000'000	4'700'000	10'000'000	184'700'000	10'880'670	5.89	5'329'515	7'921'976	-2'370'821	-2'369'000
Sub. Wohnungsbau	7'500'000	0	0	7'500'000	442'800	5.90	221'411	222'367	-978	-106'240
Restaurants	25'000'000	7'300'000	2'500'000	34'800'000	1'829'100	5.26	866'639	1'687'803	-725'342	-3'172'995
Landw. Pachtbetriebe	7'800'000	300'000	1'500'000	9'600'000	202'600	2.11	175'084	298'339	-270'823	-189'496
Baurechte	25'100'000	800'000	0	25'900'000	1'543'300	5.96	672'020	314'149	557'131	802'522
Unbebaute Grundstücke	90'000'000	400'000	6'000'000	96'400'000	591'950	0.61	2'637'752	368'310	-2'414'112	-2'277'259
Total	325'400'000	13'500'000	20'000'000	358'900'000	15'490'420	4.32	9'902'421	10'812'944	-5'224'945	-7'312'468
Buchgewinne aus Verkauf FV									1'500'000	
Buchverluste aus Verkauf FV									-100'000	
Grundbuchgeschäfte									-217'440	
Total Nettokosten Bewirtschaftung FV									-4'042'385	

* Bruttorendite (Ertrag x 100 / Anlagewert)

Im Aufwandüberschuss der Institution Wohn- und Geschäftshäuser ist ein Anteil von 3,655 Mio. enthalten.

Produkt 2 Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen

Leistungen

- Bewirtschaftung der städtischen Liegenschaften im Verwaltungsvermögen
- Beschaffung und Vermietung von Räumen für städtische Leistungserbringer
- Erwerb und Veräusserung von städtischen Liegenschaften ins und aus dem Verwaltungsvermögen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	12'180'910	11'858'795	10'798'835
Erlös	9'663'372	9'945'700	9'547'500
Nettokosten	2'517'538	1'913'095	1'251'335
Kostendeckungsgrad in %	79	84	88

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Minimale Leerstandsquote durch optimale Wiedervermietung: (Anteil Leerstandskosten im Verhältnis zum Ertrag) in %	0.7	0.5	0.3

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
▪ siehe weitere Leistungsmengen in den 'parlamentarische Zielvorgaben' 1 -3			
▪ Liegenschaftenbestand Die Immobilien verwalten folgende städtische Grundstücke und Gebäude bzw. Vertragseinheiten:			
Verwaltungsliegenschaften			
- Wohnungsverträge	9	9	9
- Benützungsverträge Stadtverwaltung	101	101	101
- Garagenverträge	24	24	24
- Parkplatzverträge	75	75	75
Betrieb Mehrzweckanlage			
- MZA Teuchelweiher (Alt- und Neubau)	1	1	1
- Anlage Luftschutztruppen ALST Steinacker	0	1	0
- Schiessanlagen (Ohrbühl, Wieshof)	1	1	1
- Objekte (Plätze, Parkplätze etc.)	13	13	13
Uebriege Liegenschaften			
- Gewerbe-, Pacht-, diverse Verträge	26	26	26
- Garagenverträge	5	5	5
- Parkplatzverträge	27	27	27
Püntenverwaltung			
- Pachtverträge (inkl. Arealpachtverträge)	719	719	719

Produkt 3 Zentrale Dienste

Leistungen

- Departementsinterne und übergreifende Dienstleistungen und Projekte.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	857'211	930'826	963'923
Erlös	276'924	315'850	319'650
Nettokosten	580'287	614'976	644'273
Kostendeckungsgrad in %	32	34	33

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Der Bereich Immobilien erbringt als Kompetenzzentrum diverse Dienstleistungen für die ganze Stadtverwaltung: - Behandlung von politischen Anfragen - Leitung oder Einsitz in Projektorganisationen - Einsitz in verschiedenen Fachgremien - Dienstleistungen als Fachkompetenzzentrum			

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Departementsinterne und übergreifende Dienstleistungen und Projekte in CHF	580'287	589'012	621'489

IAFP Immobilien

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	35'297	33'845	32'593	32'168	28'888	30'138
Erlös	36'101	26'068	26'655	29'136	26'416	26'296
Nettokosten/Globalkredit	-804	7'777	5'938	3'033	2'473	3'843
Kostendeckungsgrad in %	102	77	82	91	91	87

- WIN03-Massnahme 18: Reduktion Aufwandüberschuss um jährlich 30' durch Verkauf von 10 EFH/Jahr

- In der Zeile Kosten ist im Soll 2012 ein Betrag von 3,655 Mio. für Gesamtanierungen an Wohnhäusern im Finanzvermögen eingestellt. Für die gleiche Tätigkeit ist im Plan 2013 3,38 Mio., im Plan 2014 250'000, im Plan 1'65 Mio. vorgesehen.

- Für Buchgewinne ist ein jährlich wiederkehrender Erlös von 1,5 Mio. eingesetzt, ausser im Plan 2013 ist zusätzlich der Verkauf KVA-Areal, Tägemoos und Wyden eingestellt.

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	4'515'000	3'213'000	2'890'000	2'900'000	2'620'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Spezielle Betrachtung bei den Indikatoren des Produktes 'Bewirtschaftung Finanzvermögen': - Die Messgrössen beinhalten auch die Werte der landwirtschaftlichen Pachtbetriebe, der unbebauten Grundstücke sowie der Baurechte. Spezielle Betrachtung bei den Indikatoren des Produktes 'Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen': - Die Messgrössen beinhalten auch die Werte der Pünten sowie des Betriebes MZA.						
1 Wirkung / Effektivität ▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Ordentlicher Liegenschaftenaufwand in Relation zum Ertrag <i>Messgrösse:</i> Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	44	34	36	38	38	38
▪ Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen <i>Messung / Bewertung:</i> Ordentlicher Liegenschaftenaufwand in Relation zum Ertrag <i>Messgrösse:</i> Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	89	85	76	76	76	76

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
2 Leistung / Volumen						
▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen						
Messung / Bewertung: Inventarwert der Liegenschaften des Finanzvermögens						
Messgrösse:						
Buchwert Total per Stichtag in Mio. CHF	359.5	354.0	358.9	352.5	354.5	356.5
Buchwert Wohn- und Geschäftshäuser in Mio. CHF	175.6	173.0	166.0	170.0	170.0	170.0
Buchwert subventionierter Wohnungsbau in Mio. CHF	7.5	7.0	7.5	7.5	7.5	7.5
Buchwert Restaurantbetriebe in Mio. CHF	23.2	24.0	23.0	25.0	25.0	25.0
Buchwert Landwirtschaftliche Pachtbetriebe in Mio. CHF	6.3	7.0	7.8	8.4	8.4	8.4
Buchwert Baurechtsgrundstücke in Mio. CHF	25.1	25.3	25.1	25.1	25.1	25.1
Buchwert Unbebaute Grundstücke in Mio. CHF	92.7	81.4	90.0	85.0	85.0	85.0
Buchwert unvollendete Bauten in Mio. CHF	16.0	22.8	20.0	18.0	20.0	22.0
Buchwert überbewertetes Grundeigentum in Mio. CHF	13.1	13.5	13.5	13.5	13.5	13.5
3 Wirtschaftlichkeit						
▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen						
Messung / Bewertung: Verwaltungsaufwand in Relation zum Ertrag						
Messgrösse:						
Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	5.5	5.4	5.2	5	5	5
▪ Bewirtschaftung Verwaltungsvermögen						
Messung / Bewertung: Verwaltungsaufwand in Relation zum Ertrag						
Messgrösse:						
Aus dem Verhältnis ermittelter Prozentsatz	10.3	10.6	11.2	11	11	11
4 Kundenzufriedenheit						
▪ Bewirtschaftung Finanzvermögen						
Messung / Bewertung: Anzahl der mehrfach schriftlich eingegangenen Reklamationen	0	0	0	0	0	0
Anzahl der Schlichtungsfälle	6	5	5	5	5	5
Messgrösse: Anzahl der rechtslosen Reklamationen und Schlichtungsfälle	5	5	5	5	5	5

2 Leistung/Volumen:

Die geplante Buchwertabnahme von ca. 4 Mio./Jahr durch die WIN03-Massnahme 18-21 kompensiert sich durch neue Investitionen und Gesamtanierungen im Finanzvermögen. Die kleineren Schwankungen im Bereich der unvollendeten Bauten ergibt sich aus den geplanten Investitionen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

- Laufende Überprüfung und Optimierung der Aufgaben und Dienstleistungsstandards
- Laufende Personalentwicklung durch situatives Anbieten von Weiterbildungsmöglichkeiten
- WIN03-Massnahmen 18-21, Bereinigung des Liegenschaftenportefeuilles durch Zu- und Verkäufe
- Unterstützung Projekt "Fokus" - Zentralisierung eines grossen Teils der Stadtverwaltung an einem Standort
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Restaurants
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Wohnhäuser Finanzvermögen
- Umsetzung Investitionsnachholbedarf Landwirtschaftsbetriebe
- Konsolidierung Betriebsoptimierung MZA+
- Konsolidierung Projekt ZIM (Zentrales Immobilienmanagement)

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- WIN03-Massnahmen 18-21

Die Bereinigung des Liegenschaftenportefeuilles im Finanzvermögen durch Zu- und Verkäufe wird fortgesetzt.

- Buchgewinne aus Immobilienverkäufen

Im Mehrjahresvergleich der Produktgruppe-Nettokosten sind auch die einmaligen Erträge (Buchgewinne aus Arealverkäufen) aus den Immobilienverkäufen aufgeführt, welche im Produkt 1 separat ausgewiesen werden, was jeweils zu grösseren jährlichen Abweichungen führen kann.

Städtische Allgemeinkosten/Erlöse

Auftrag

Die Städtischen Allgemeinkosten bestehen aus den Sammelkonten für sämtliche städtischen Kosten, welche nicht eindeutig mittels Verrechnungen oder Umlagen an die Bereiche weitergegeben werden können. Es sind dies typischerweise Kosten wie z.B. Versicherungen, Pauschalkorrekturen oder Dividenden, Beiträge von eigenen Anstalten und Betrieben (Erlöse).

Da die städtischen Allgemeinkosten vollständig abhängig sind von den gesamten internen Verrechnungen und Umlagen, können sie nicht aktiv gesteuert werden. Aus diesem Grund sind keine Indikatoren für diesen Bereich definiert.

Die städtischen Allgemeinkosten sind zwar im Budget und in der Rechnung als Produktgruppe aufgeführt, aber sie sind kein Bereich im herkömmlichen Sinn. Insbesondere sind ihnen keine Mitarbeitenden und keine Führungskräfte zugeteilt.

Die inhaltliche Verantwortung für die städtischen Allgemeinkosten liegt beim Leiter des Finanzamts.

Produkte

Die städtischen Allgemeinkosten/Erlöse weisen nur ein einziges Produkt "Städtische Allgemeinkosten/Erlöse" auf.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gemeindegesetz

Verordnung über den Gemeindehaushalt

Gesetz über den Finanzhaushalt des Kantons

Verordnung über das Globalbudget in den Gemeinden

Kreisschreiben der Direktion des Innern über den Gemeindehaushalt

Stufe Stadt (GGR / SR)

Gemeindeordnung

Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur

Stufe Verwaltungseinheit

Richtlinien Finanzamt

Verantwortliche Leitung

Beat Holzer, Leiter Finanzamt

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung			
Total Investitionen für die Berechnung der Abschreibungen im allgemeinen Verwaltungsvermögen in Mio. CHF	66.3	70.0	80.0
Höhe des Konzernzinssatzes (in %)	3.00	2.62	2.62
Dividendenausschüttung der Zürcher Kantonalbank in Mio. CHF	8.1	7.5	7.5

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	548'112	537'017	2'989'242

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Der Globalkredit beträgt neu CHF 3 Mio. Das ist eine Verschlechterung von CHF 2,5 Mio. gegenüber dem Budget vom Vorjahr. Diese Abweichung setzt sich wie folgt zusammen:

Die Mehraufwendungen betragen insgesamt CHF 14,8 Mio.

- 1,8 Personalaufwand (nicht benötigte Teuerungspauschale)
- 7,7 Sachkosten (4,4 Zinsen, 3,3 Abschreibungen)
- 4,7 Beiträge an Dritte (5,0 Rückstellung Sanierung PK, -0,3 div. Beiträge)
- 0,6 Diverses (0,4 kalkulatorische Zinsen und 0,2 div. interne Verrechnungen)

Die Nettomehrerträge betragen insgesamt CHF 12,3 Mio.

- + 5,0 Buchgewinn aus Verkauf Fortuna Oberdor AG
- + 6,7 Mehrerträge aus kalkulatorischen Zinsen und Abschreibungen
- + 0,7 Mehrerträge aus Beiträgen von Dritten (ZKB und eigene Anstalten)

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Der Globalkredit beträgt neu CHF 3 Mio. Das ist eine Verschlechterung von CHF 2,4 Mio. gegenüber der Rechnung 2010. Diese Abweichung setzt sich wie folgt zusammen:

Die Mehraufwendungen betragen insgesamt CHF 9,0 Mio.

- 2,0 Personalaufwand, davon 1,8 Lohnmassnahmen, der Rest ist der im 2010 nicht ganz ausgeschöpfte Sozialstellenkredit.
- 4,6 Sachkosten (0,5 Zinsen, 5,2 Abschreibungen, -1,1 Reduktion, weil die Versicherungskosten auf die Produktgruppen umgelegt werden)
- 4,8 Höhere Beiträge an Dritte (5,0 Rückstellung Sanierung PK, -0,2 div. Beiträge)
- 2,4 interne Verrechnungen (insbesondere weniger kalkulatorische Zinsen an die gebührenfinanzierten Betriebe)

Die Mehrerträge betragen insgesamt CHF 6,6 Mio.

- 2,0 Externe Erlöse (5,0 Buchgewinn aus Verkauf Fortuna Oberdor AG, -2,0 Eigenleistungen aus Investitionen, -0,6 weniger Ablieferung der Zürcher Kantonalbank, -0,4 Entnahme aus Versicherungsfonds darf nicht budgetiert werden)
- 3,0 Interne Erlöse (die Kalkulatorischen Zinsen und Abschreibungen haben sich als Folge der hohen Investitionstätigkeit erhöht, höhere Umlagen zu Lasten der Produktgruppen)
- 1,6 Beiträge von Dritten (die Ablieferung von Stadtwerk hat sich erhöht)

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	829'579	1'005'391	2'816'113
Sachkosten	79'196'073	76'118'900	83'780'000
Beiträge an Dritte	3'522'958	3'614'000	8'307'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	22'743'054	19'808'128	20'177'387
Mietkosten	0	0	0
Übrige interne Kosten	46'296	0	261'000
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>106'337'959</i>	<i>100'546'419</i>	<i>115'341'500</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	106'337'959	100'546'419	115'341'500
Externe Erlöse	11'083'847	8'025'000	13'025'000
Interne Erlöse	86'489'883	82'840'402	89'527'258
Beiträge von Dritten	8'216'117	9'144'000	9'800'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>105'789'847</i>	<i>100'009'402</i>	<i>112'352'258</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	105'789'847	100'009'402	112'352'258
Total Nettokosten / Globalkredit	548'112	537'017	2'989'242
Kostendeckungsgrad in %	99	99	97

Detailinformationen zu den wesentlichen Positionen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Sozialstellenplan	822'949	1'000'000	1'000'000
Diverser Personalaufwand (Teuerung, Stufe, Leistung)	6'630	5'391	1'816'113
Total Personalkosten	829'579	1'005'391	2'816'113
Sachaufwand	1'412'427	210'000	240'000
Passivzinsen	30'363'381	26'508'900	30'900'000
Abschreibungen	47'280'265	49'200'000	52'500'000
Versicherungsfonds	140'000	200'000	140'000
Total Sachkosten	79'196'073	76'118'900	83'780'000
Vermögenserträge inkl. Buchgewinne	531'037	500'000	5'500'000
Entgelte	2'140'196	25'000	25'000
Anteile/Beiträge ohne Zweckbindung	8'093'290	7'500'000	7'500'000
Entnahme Spezialfinanzierung	319'324	0	0
Total externe Erlöse	11'083'847	8'025'000	13'025'000

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

Siehe Produktgruppe Finanzamt

IAFP Städtische Allgemeinkosten/Erlöse

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	106'337	100'546	115'341	123'523	130'145	135'724
Erlös	105'789	100'009	112'352	113'716	116'423	117'614
Nettokosten/Globalkredit	548	537	2'989	9'807	13'721	18'110
Kostendeckungsgrad in %	99	99	97	92	89	87

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Total Investitionen für die Berechnung der Abschreibungen im allgemeinen Verwaltungsvermögen in Mio. CHF	66.3	70.0	80.0	70 bis 80	70 bis 80	70 bis 80
Höhe des Konzernzinssatzes (in %)	3.00	2.62	2.62	< 3	< 3	< 3
Dividendenausschüttung der Zürcher Kantonalbank in Mio. CHF	8.1	7.5	7.5	7.5	7.5	7.5

Investitionstätigkeit: Die Höhe der Abschreibungsbasis für die Jahre 2013 bis 2015 ergibt sich aus den finanziellen Möglichkeiten der Stadt.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

Siehe Produktgruppe Finanzamt

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Aufgrund des Nachholbedarfs an Investitionen erhöhen sich die künftigen Abschreibungen in den Planjahren.
- Die Erhöhung des Fremdkapitals, um die geplanten Investitionstätigkeiten zu finanzieren, wird die Jahresrechnungen 2013 bis 2015 zusätzlich belasten.
- Für die Lohnsteigerung ist in den Jahren 2013 bis 2015 jeweils mit 1 % gerechnet. Das belastet den IAFP jährlich mit jeweils CHF 3 Mio. zusätzlichen Aufwendungen.

Steuern und Finanzausgleich

Auftrag

Die Produktgruppe "Steuern und Finanzausgleich" stellt die Einnahmen der Stadt in ihrer Gesamtheit und mit ihren Untergruppen dar.

Die Produktgruppe "Steuern und Finanzausgleich" wird zwar im Budget und in der Rechnung als Produktgruppe aufgeführt, sie ist aber kein Bereich im herkömmlichen Sinn. Insbesondere sind ihnen keine Mitarbeitenden und keine Führungskräfte zugeteilt.

Die inhaltliche Verantwortung für die Produktgruppe "Steuern und Finanzausgleich" liegt beim Leiter des Steueramts (Einnahmen aus Steuern) und beim Leiter des Finanzamts (Einnahmen aus dem Finanzausgleich).

Produkte

Die Produktgruppe "Steuern und Finanzausgleich" weist nur ein einziges Produkt "Steuern und Finanzausgleich" auf.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Finanzausgleichsgesetz vom 12.07.2010, Inkraftsetzungsdatum 01.01.2012
- Bundesgesetz vom 14.12.1990 über die direkte Bundessteuer
- Verordnung zum DBG
- Steuergesetz des Kantons Zürich vom 08.06.1997
- Vollziehungsverordnung zum Steuergesetz, Dienstanleitung zum Steuergesetz, Weisungen der Finanzdirektion
- Gesetz über die Erbschafts- und Schenkungssteuer

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur
- Gemeindeordnung

Stufe Verwaltungseinheit

- Richtlinien Finanzamt

Verantwortliche Leitung

Pius Kuhn, Leiter Steueramt
Beat Holzer, Leiter Finanzamt

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Steuern Steuerfuss in %	122	122	122

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	-476'606'313	-507'341'000	-555'862'100

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Steuern:

- Die Steuererträge über alle Steuerarten werden gegenüber dem Vorjahresbudget nur noch geringfügig um 1.0% steigen. Berücksichtigt wurde bereits der Ausgleich der kalten Progression. Effektiv erhöhen sich die Erträge für das laufende Jahr um 16.4 Millionen. Diesen gegenüber stehen 13.1 Millionen tiefere Mehrerträge aus den Vorjahren. In absoluten Zahlen ist die Steigerung der natürlichen Personen grösser als bei den juristischen Personen. Prozentual hingegen ist das Verhältnis mit 1:2 umgekehrt. Die Gemeindesteuern zum kantonalen Maximalsatz betragen 122%.
- Die Grundstückgewinnsteuern dürften gegenüber dem Vorjahresbudget auf dem gleichen Niveau gehalten werden können.

Finanzausgleich:

- Das Budget 2012 berechnet sich mit den neuen Finanzausgleich. Die indirekten Zahlungen bei den Lehrpersonen und der indirekte Finanzausgleich des Kulturbereichs werden nun neu hier ausgewiesen. Daher erhöht sich der Finanzausgleich nicht nur wegen der Erhöhung des Zentrumslastenausgleich von CHF 11 Mio. Insgesamt ergibt sich daher eine Erhöhung um CHF 46 Mio.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Steuern:

- Gegenüber der Rechnung 2010 hingegen erhöhen sich die Steuererträge um 9.44%. Dabei ist festzustellen, dass die natürlichen und die juristischen Personen sehr solide und viel positiver als allgemein prognostiziert die Wirtschaftskrise überstanden haben. In absoluten Zahlen wie auch prozentual wird die Steigerung der juristischen Personen wesentlich stärker ausfallen.
- Die Grundstückgewinnsteuern stützen die positive Entwicklung ebenfalls markant.

Finanzausgleich:

- Das Budget 2012 berechnet sich mit den neuen Finanzausgleich. Die indirekten Zahlungen bei den Lehrpersonen werden nun neu hier ausgewiesen. Daher erhöht sich der Finanzausgleich nicht nur wegen der Erhöhung des Zentrumslastenausgleich von CHF 11 Mio. Insgesamt ergibt sich daher eine Erhöhung um CHF 46 Mio.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	0	0	0
Sachkosten	5'351'765	5'300'000	5'682'000
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	0	0	0
Übrige interne Kosten	0	0	0
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>5'351'765</i>	<i>5'300'000</i>	<i>5'682'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	5'351'765	5'300'000	5'682'000
Externe Erlöse	481'958'078	512'641'000	561'544'100
Interne Erlöse	0	0	0
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>481'958'078</i>	<i>512'641'000</i>	<i>561'544'100</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	481'958'078	512'641'000	561'544'100
Total Nettokosten / Globalkredit	-476'606'313	-507'341'000	-555'862'100
Kostendeckungsgrad in %	9'006	9'672	9'883

Detailinformationen zu den wesentlichen Positionen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Passivzinsen	1'820'807	1'820'000	1'920'000
Abschreibungen	2'588'801	2'700'000	2'800'000
Entschädigung für Dienstleistungen anderer Gemeinden	942'157	780'000	962'000
Total Sachkosten	5'351'765	5'300'000	5'682'000
Steuern	359'450'016	390'016'000	392'879'100
Vermögenserträge	2'508'062	2'625'000	2'665'000
Finanzausgleich	120'000'000	120'000'000	166'000'000
Total externe Erlöse	481'958'078	512'641'000	561'544'100

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Keine Bemerkungen

IAFP Steuern und Finanzausgleich

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	5'351	5'300	5'682	5'682	5'682	5'682
Erlös	481'958	512'641	561'544	557'664	578'664	599'264
Nettokosten/Globalkredit	-476'606	-507'341	-555'862	-551'982	-572'982	-593'582
Kostendeckungsgrad in %	9'006	9'672	9'883	9'815	10'184	10'547

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Steuerfuss in %	122	122	122	122	122	122

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

- Im Bereich der Staats- und Gemeindesteuern, der direkten Bundessteuern wie auch bei den Grundstückgewinnsteuern werden in immer kürzeren Abständen verschiedene Vorstösse und Ideen für Veränderungen diskutiert, eingebracht und Initiativen sind hängig. Die möglichen Auswirkungen können zu massiven Steuerausfällen, im Besonderen bei den Gemeindesteuern bei Veränderungen der Voraussetzungen der Grundstückgewinnsteuern, führen. Im IAFP sind solche Steuereinsparungen nicht berücksichtigt.
- Generell ist davon auszugehen, dass sich die Steuererträge bei den juristischen Personen nicht im gleichen Ausmass wie in den Vorjahren entwickeln werden.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Die Steuerkraft der Stadt Winterthur hat sich gegenüber dem Kanton wesentlich besser entwickelt. Das hat zur Folge, dass der Ressourcenausgleich stark rückläufig ist. Da dies aber mit einer Zeitverzögerung von zwei Jahren vollzogen wird, birgt dies die Gefahr, dass die zusätzlichen Steuereinnahmen konsumiert werden und in der Folge nicht mehr für die Deckung dieser Lücke vorhanden ist. Dies kann zu finanziellen Engpässen führen. Diese Situation ist im Jahr 2011 eingetroffen, indem der Steuerkraftausgleich deutlich zu hoch budgetiert war. Wenn sich die kantonale Steuerkraft nicht schnell an die Entwicklung der Steuerkraft von Winterthur anpasst, ergibt sich für das Jahr 2013 ein grosser finanzieller Engpass.

Tiefbau

Auftrag

Die Verkehrswege, die Gewässer und die öffentlichen WC-Anlagen sind nach technischen, wirtschaftlichen, kundenorientierten und ökologischen Gesichtspunkten so zu bauen und zu betreiben, dass sie ihrem Zweck entsprechend sicher und für die Umgebung möglichst schonend benutzt werden können und deren Wert langfristig erhalten bleibt.

Produkte

1 Ingenieur Dienstleistungen

Kompetenzzentrum für Tiefbauten. Planung, Projektierung und Realisierung von Tiefbauvorhaben.

2 Baulicher Unterhalt des Strassennetzes

Baulicher Unterhalt von Strassen/Werterhaltung. Dienstleistungen für die Städtischen Werke und Dritte.

3 Strassenreinigung

Betrieblicher Unterhalt. Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen und Private.

4 Winterdienst

Betrieblicher Unterhalt. Dienstleistungen für interne Verwaltungsstellen und Private.

5 Strassensignalisation

Produktion, Stellen und Aufbringen im Auftrag der Polizei und Unterhalt.

6 Gewässerunterhalt

Bau und Unterhalt

7 Öffentliche Toiletten und Wartehallen

Betrieb und Unterhalt

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Bundesgesetz über den Binnenmarkt vom 6.10.95
- Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15.09.03
- Submissionsverordnung
- Werkeigentümerhaftung OR 58
- Bundesgesetz über die Fischerei (BGF)
- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz, USG)
- Strassenverkehrsgesetz (SVG)
- Strassenverkehrsordnung (VRO)
- Strassengesetz des Kantons Zürich
- Zugangsnormalien Kanton Zürich
- Kantonale Signalisationsverordnung
- Kantonales Wasserwirtschaftsgesetz

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Richtlinien für die Ausführung von Unter- und Oberbau von Strassen, Wegen und Trottoirs.
- Verordnung über die Privatstrassen

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgaben des Departements

Verantwortliche Leitung

Hr. Reifler Max

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit Die Stadt Winterthur ist im baulichen und betrieblichen Unterhalt (Produkt 2 - 4) pro m2 günstiger als der Mittelwert der vergleichbaren CH-Städte. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährlicher Benchmark mit den Zahlen von vergleichbaren CH-Städten <i>Messgrösse:</i> CHF pro m2 (relative Werte)	3.99	4.20	4.10
2 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft. Mind. in % Die direkten Ingenieurdienstleistungen für Verkehrs- und Kanalbauten sind den verursachenden Objekten zu belasten <i>Messung / Bewertung</i> Kostendeckung für die Bauleitung der zu beeinflussenden Bauten <i>Messgrössen:</i> Kostendeckung in % für die beeinflussbaren Verkehrs- und Kanalbauten	94 85.2	100 76.0	100 82.0
3 Kundenorientierung Die Kundschaft (Bevölkerung) ist mit den Dienstleistungen der Produktegruppe Tiefbau zufrieden. <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Repräsentative Kundenumfrage 2009 2) Statistik Messung der Beschwerdehäufigkeit <i>Messgrössen:</i> 1) Prozentsatz der auf die Frage 'Macht die Stadt Winterthur Ihrer Meinung nach genug, um die Stadt sauber zu halten?' mit Ja Antwortenden. 2009 Umfrage Resultat 82% Ja 2) Anzahl der berechtigten Beschwerden - Baulicher Unterhalt - Strassenreinigung - Ingenieur Dienstleistungen	82.00 4 3 7	82.00 10 10 10	82.00 10 10 10
4 Sicherheit Die Sicherheit der Benützer und Benutzerinnen von Verkehrswegen und WC Anlagen ist gewährleistet. <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Einhaltung der Zeitlimiten für die Durchführung der Massnahmen 2) Verpflichtungen aus Werkeigentümerhaftung OR 58 <i>Messgrössen:</i> 1) Einhaltung der Zeitlimiten beim Winterdienst und bei der Behebung von gefährlichen Belagsschäden. Zielerreichungsgrad mind. in %: 2) Anzahl Haftungsfälle zu Lasten der Stadt	95 0	95 0	95 0
5 Umweltschutz (Ökologie) Die Verkehrswege, die Gewässer und öffentlichen WC-Anlagen werden so erstellt, betrieben und unterhalten, dass sie für die Umgebung möglichst schonend benutzt werden können. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährliche Audits über die Einhaltung der Gesetze durch die Umweltschutzfachstelle <i>Messgrösse:</i> Zielerreichung: Audit erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	19'827'883	20'343'006	20'662'021

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

- Der Nettoglobalkredit erhöht sich im Voranschlag 2012 um rund CHF 320'000.-- auf 20.66 Mio. CHF. Die Ergebnisverschlechterung wird vor allem durch den Wegfall des Staatsbeitrages für Gemeindestrassen von rund CHF 1 Mio. infolge neuem Finanzausgleichsgesetz ab dem 1.1.2012 beeinflusst. Andererseits fallen geringere kalk. Kosten von CHF 511'000 an, da im Jahr 2010 tiefere Nettoinvestitionen in der Abteilung Verkehrswege umgesetzt wurden.
- Der Personalaufwand reduziert sich um CHF 222'000.-- infolge Übertrag von 3 Stelleneinheiten auf die Entsorgungsbetriebe. Demgegenüber stehen höhere Personalaufwendungen aus den Lohnmassnahmen 2012 (Stufen- und Leistungsanteil).
- Der Sachaufwand erhöht sich bei den Arbeiten durch Dritte im Bereich Brückenunterhalt, Strassenreinigung und Plätze (Littering) sowie im Winterdienst.
- Der externe Erlös fällt vor allem aufgrund geringeren Erträgen beim baulichen Strassenunterhalt und der Strassenreinigung zu Lasten von Objekten der Investitionsrechnung aus.
- Die Erhöhung der internen Erlöse sind auf die höhere Unterhaltspauschale des Kantons Zürich für die Leistungen am überkommunalen Strassennetz zurück zu führen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

- Der Globalkredit erhöht sich gegenüber der Rechnung 2010 um rund CHF 835'000.-- auf CHF 20'662'021.--. Einen grossen Anteil an dieser Entwicklung trägt der Ausfall des Staatsbeitrags für den Unterhalt der Gemeindestrassen von rund CHF 1 Mio., der vom Kanton infolge neuem Finanzausgleichsgesetz nicht mehr entrichtet wird.
- Die kalk. Kosten verringern sich aufgrund eines tieferen Investitionsvolumens. Ebenso reduzieren sich die übrigen internen Kosten vor allem infolge tieferen Informatikkosten und geringeren Dienstleistungen vom Forstbetrieb.
- Geringere externe Erlöse für die Belagsinstandstellungen für Dritte und Stadtwerk Winterthur.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	12'433'551	12'650'666	12'568'636
Sachkosten	9'174'195	8'973'629	9'042'934
Beiträge an Dritte	10'635	20'000	20'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	8'455'725	8'741'874	8'230'697
Mietkosten	168'215	151'388	165'681
Übrige interne Kosten	2'956'563	2'552'908	2'587'469
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>33'198'884</i>	<i>33'090'465</i>	<i>32'615'417</i>
Verrechnungen innerhalb PG	89'092	0	0
Total effektive Kosten	33'109'792	33'090'465	32'615'417
Externe Erlöse	5'538'339	5'385'769	5'243'021
Interne Erlöse	6'551'289	6'118'690	6'469'375
Beiträge von Dritten	1'281'373	1'243'000	241'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>13'371'002</i>	<i>12'747'459</i>	<i>11'953'396</i>
Verrechnungen innerhalb PG	89'092	0	0
Total effektive Erlöse	13'281'910	12'747'459	11'953'396
Total Nettokosten / Globalkredit	19'827'883	20'343'006	20'662'021
Kostendeckungsgrad in %	40	39	37

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	129.16	135.50	132.50
▪ Auszubildende	6.00	7.00	7.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	2.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

- 1.00 Stelleneinheiten (Abdecker/in) Übertrag an Entsorgung Deponie Riet.
 2.00 Stelleneinheiten (Chauffeur/Chauffeuse Kat. C) Übertrag an Entsorgung Sammeldienst.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Planung und Realisierung Einzelprojekte Masterplan Stadtraum Bahnhof
(u.a. Gleisquerung 2. Etappe; Bahnhofplatz Süd, Instandsetzung und Gestaltung; Knoten Neuwiesenstrasse, Umbau und Instandstellung; Schützenstrasse, Bauliche Massnahmen Tempo 30)
- Projektierung Rad- und Gehwegunterführung Hegistrasse / im Link
- Projektierung Breitestrasse: Breiteplatz bis Langgasse
- Bauarbeiten Sulzerallee: Bügel West bis Talackerstrasse in Abhängigkeit Vereinbarung Implenia

Produkt 1 Ingenieur-Dienstleistungen**Leistungen**

- Planung und Projektierung von Tiefbauobjekten
- Fachliche Führung / Realisierung von Bauvorhaben
- Planung, Projektierung und Realisierung von überkommunalen Projekten des Kantons gemäss Strassengesetz (722.1 / 722.18)
- Beratung und Information von Bauherren und der Bevölkerung
- Kompetenzzentrum Tiefbauten

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'820'335	2'084'470	2'016'050
Erlös	1'632'829	1'635'067	1'639'278
Nettokosten	187'507	449'402	376'772
Kostendeckungsgrad in %	90	78	81

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kostendeckungsgrad der Ingenieur Dienstleistungen der beeinflussbaren Projekte in %	85.2	76.0	82.0
Zustandsbericht der Strassen MSE (Management-Informationssystem), Anteil stark beschädigter Strassen mit notwendigen Massnahmen. Geringer oder gleich in %	5.1	5.0	5.0
Die Anzahl berechtigter Reklamationen tief halten	7	10	10

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl ausgeführte Projekte im Strassenbau	15	15	15
Anzahl ausgeführte Projekte im Kanalbau	13	20	20
Anzahl abgerechnete Projekte, Verfügung Dept. Vorsteherin	10	20	20
Anzahl abgerechnete Projekte, Bauausschuss	11	15	15

Produkt 2 Baulicher Unterhalt des Strassennetzes

Leistungen

- Das gesamte öffentliche Strassennetz und Kunstbauten kontrollieren und entsprechende Massnahmen veranlassen.
- Den Wert der Objekte durch entsprechende Bauarbeiten erhalten.
- Vorbeugende Instandhaltungsarbeiten ausführen.
- Kleinbauliche Aufträge von Privaten ausführen.
- Bauvorhaben submittieren, an Unternehmer vergeben und deren Ausführung kontrollieren.
- Grabenaufbrüche kontrollieren und instandstellen.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	14'680'126	15'527'112	14'466'533
Erlös	4'888'383	4'995'440	4'594'667
Nettokosten	9'791'743	10'531'672	9'871'866
Kostendeckungsgrad in %	33	32	32

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Durch einen gezielten baulichen Unterhalt die Werterhaltung des öffentlichen Grundes sicherstellen.			
Keine Verpflichtungen aus Werkeigentümerhaftung OR 58	0	0	0
Bei Grabenaufbrüchen einen Kostendeckungsgrad von 100% erreichen	94.0	100.0	100.0
Die Anzahl der berechtigten Reklamationen tief halten (max.)	4	10	10
Gefährliche Belagsschäden innerhalb 36 Std. beheben. Mindestens in %	97.0	95.0	95.0
Die Kosten für den baulichen Unterhalt tief halten (Kosten pro m2 unterhaltene Fläche) in CHF.	0.77	0.95	1.00
Anteil Lösungsmittel in Prozent des Verbrauchs bei Produkten für den Belagsunterhalt. Max. in %	18.5	20.0	20.0

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Strassenlänge in m	368'224	375'000	380'000
Gesamte zu unterhaltende öffentliche Strassenfläche in m2	3'155'420	3'145'000	3'160'000

Produkt 3 Strassenreinigung

Leistungen

- Manuelles und maschinelles Reinigen des öffentlichen Grundes.
- Öffentliche Papierkörbe leeren.
- Strassenentwässerung kontrollieren und instandhalten.
- Plätze und Strassen nach öffentlichen Veranstaltungen reinigen.
- Private Reinigungsaufträge ausführen.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	8'219'228	9'594'780	9'320'668
Erlös	3'114'626	4'054'969	3'538'315
Nettokosten	5'104'602	5'539'811	5'782'353
Kostendeckungsgrad in %	38	42	38

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Sauberkeit und Hygiene auf öffentlichem Grund sicherstellen. Bedürfniskonforme Reinigung der gesamten Strassenfläche Die Kundschaft (Bevölkerung) ist der Meinung, die Stadt Winterthur macht genug, um die Stadt sauber zu halten. Zustimmung: 77% Ja Die Anzahl berechtigter Reklamationen tief halten Die Kosten der Reinigung auf tiefem Niveau halten in CHF. - Kosten pro m2 unterhaltene Fläche	82.00 3 2.11	Standard halten 10 2.45	82.00 10 2.30

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Alle Strassensammler innert 2 Jahren einmal leeren (Anzahl pro Jahr) Zu reinigende öffentliche Strassenfläche in m2	3'500 3'155'420	4'400 3'145'000	4'400 3'160'000

Produkt 4 Winterdienst

Leistungen

- Strassen, Rad- und Gehwege, Plätze und Treppen geh- und fahrsicher halten.
- Den öffentlichen Grund von grösseren Schneemengen freipflügen.
- Private Winterdienstaufträge ausführen.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	3'885'625	1'957'697	2'645'483
Erlös	1'456'785	744'407	877'304
Nettokosten	2'428'839	1'213'290	1'768'178
Kostendeckungsgrad in %	37	38	33

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Hauptstrassen und Strassen mit öffentlichem Verkehr innert 4 Std. befahrbar machen. Mindestens in % erfüllt	96.0	95.0	95.0
Das übrige Strassennetz innerhalb 12 Std. befahrbar machen. Mindestens in % erfüllt	100.0	100.0	100.0
Die Kosten des Winterdienstes auf tiefem Niveau halten Kosten pro m2 unterhaltene Fläche in CHF	1.10	0.75	0.80

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Gesamte öffentliche Strassenfläche in m2	3'155'420	3'145'000	3'160'000

Produkt 5 Strassensignalisation

Leistungen

- Bodenmarkierungen erneuern oder neu erstellen.
- Signalisationstafeln instandhalten und im Auftrag der Stadtpolizei neu erstellen.
- Signalisationen reinigen.
- Umsetzen von Tempo 30 Zonen.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	2'376'163	2'212'547	2'398'830
Erlös	1'346'869	1'237'745	1'217'104
Nettokosten	1'029'293	974'801	1'181'727
Kostendeckungsgrad in %	57	56	51

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Strassensignalisation und Strassenmarkierung intakt halten und durch regelmässige Reinigungen stets sichtbar halten.	erfüllt	erfüllt	erfüllt
Anteil Lösungsmittel in Prozent des Verbrauchs bei Produkten für die Strassenmarkierung. Max. in %	2.7	10.0	10.0

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Schlecht sichtbare Wegweiser und Tafeln instandsetzen in Stk.	2'620	2'200	2'400
Schlecht sichtbare Bodenmarkierungen erneuern in m	39'500	40'000	15'000

Produkt 6 Gewässerunterhalt

Leistungen

- Kies, Sandfänge und Rückhaltebecken leeren.
- Bachbette reinigen, Gras mähen, Gebüsche zurückschneiden.
- Bauliche Massnahmen für den Hochwasserschutz treffen und realisieren.
- Periodisch Gewässerkontrollen durchführen und geeignete Massnahmen planen und ausführen.
- Sofortmassnahmen bei Ueberschwemmungen veranlassen.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'016'778	996'265	1'032'413
Erlös	21'804	21'588	20'729
Nettokosten	994'973	974'677	1'011'684
Kostendeckungsgrad in %	2	2	2

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Hochwasserschutz an den öffentlichen Gewässern sicherstellen	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kontrolle der 154 öffentlichen Gewässer, zweimal jährlich	308	304	304
Gewässerböschungen einmal pro Jahr mähen	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Produkt 7 Öffentliche Toiletten und Wartehallen

Leistungen

- WC-Anlagen und Wartehallen kontrollieren, reinigen und instandhalten.
- Reparaturen ausführen oder veranlassen
- Durch geeignete Massnahmen die Anlagen möglichst sicher und invalidengerecht machen.
- Wartungsarbeiten für Dritte ausführen.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'198'016	717'594	735'441
Erlös	852'998	58'242	66'000
Nettokosten	345'018	659'352	669'442
Kostendeckungsgrad in %	71	8	9

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Betrieb von sauberen und sicheren WC-Anlagen	erfüllt	erfüllt	erfüllt
Realisierung von WC-Anlagen nach neuem Konzept	2	1	1

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die WC-Anlagen werden pro Jahr desinfiziert	5	6	6

IAFP Tiefbau

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	33'109	33'090	32'615	33'065	33'090	33'315
Erlös	13'281	12'747	11'953	12'103	12'103	12'253
Nettokosten/Globalkredit	19'828	20'343	20'662	20'962	20'987	21'062
Kostendeckungsgrad in %	40	39	37	37	37	37

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	13'210'000	18'375'000	16'210'000	14'605'000	20'165'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Wirtschaftlichkeit Die Stadt Winterthur ist im baulichen und betrieblichen Unterhalt (Produkt 2 - 4) pro m2 günstiger als der Mittelwert der vergleichbaren CH-Städte. Messung: Jährlicher Benchmark mit den Zahlen von vergleichbaren CH-Städten CHF pro m2 (relative Werte)	3.99	4.20	4.10	4.10	4.10	4.10
2 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft. Mind. in % Kostendeckung für die Bauleitung der zu beeinflussenden Bauten. Messgrösse: Kostendeckung in % für die beeinflussbaren Verkehrs- und Kanalbauten	94 85.2	100 76.0	100 82.0	100 82.0	100 82.0	100 82.0
3 Kundenorientierung 1) Prozentsatz der auf die Frage 'Macht die Stadt Winterthur Ihrer Meinung nach genug, um die Stadt sauber zu halten?' mit Ja Antwortenden. 2009 Umfrage Resultat 82% Ja 2) Anzahl der berechtigten Beschwerden - Baulicher Unterhalt - Strassenreinigung - Ingenieur Dienstleistungen	82.0 4 3 7	82.0 10 10 10	82.0 10 10 10	82 10 10 10	82 10 10 10	82 10 10 10
4 Sicherheit Die Sicherheit der BenutzerInnen von Verkehrswegen und WC Anlagen ist gewährleistet. 1) Einhaltung der Zeitlimiten für die Durchführung der Massnahmen. Messgrösse: Einhaltung der Zeitlimiten. Zielerreichungsgrad mind. in %: 2) Verpflichtungen aus Werkeigentümerhaftung OR 58. Messgrössen: Anzahl Haftungsfälle zu Lasten der Stadt	95 0	95 0	95 0	95 0	95 0	95 0
5 Umweltschutz (Oekologie) Jährliche Audits über die Einhaltung der Gesetze durch die Umweltschutzfachstelle. Zielerreichung: Audit erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

- Sulzerallee, Bügel West bis Talackerstrasse: Ausbau und Neugestaltung in Abhängigkeit Vereinbarung Implenia
- Bahnhofplatz Süd: Neugestaltung und Instandstellung (Teilprojekt Masterplan Stadtraum Bahnhof)
- Knoten Neuwiesen-/Schützenstrasse und Neuwiesen-/Wülflingerstrasse: Umbau und Instandstellung (Teilprojekte Masterplan Stadtraum Bahnhof)
- Gleisquerung 2. Etappe: Vorprojekt (Teilprojekt Masterplan Stadtraum Bahnhof)

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen

Entsorgung

Auftrag

Umweltgerechte und wirtschaftliche Entsorgung von festen und flüssigen Wertstoffen und Abfällen unter Beachtung des Kostendeckungs- und Verursacherprinzips.

Produkte

1 Stadtentwässerung

Ableitung des Abwassers aus dem Stadtgebiet zur ARA

Planung, Erstellung, Betrieb und Unterhalt der öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen (exkl. ARA), sowie Aufsicht über die privaten Abwasseranlagen und die industriellen/gewerblichen Abwassereinleitungen.

2 Abfallentsorgung

Sammlung und Entsorgung der Siedlungsabfälle.

Abfallbewirtschaftung, Abfallberatung, Abfallunterricht, Abfallkontrolle, Kehrachtsammeldienst, Separatsammlungen

3 Deponie

Deponieren von Bauabfällen

Annahme, Kontrolle, Triage und Deponie von Bauabfällen

Annahme von Kleinmengen brennbarer Abfälle aus Haushalten und Gewerbebetrieben

Deponieunterhalt

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Werkeigentümerhaftung OR 58
- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz, USG)
- Technische Verordnung über Abfälle (TVA)
- Kantonales Abfallgesetz
- Eidgenössische Verordnung über Abwassereinleitungen
- Kantonales Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz (EGSchG)
- Kantonale Verordnung über den Gewässerschutz
- Kantons Wasserwirtschaftsgesetz
- RRB Nr. 161/1991 Rechte und Pflichten zu Abwasser- und Abfallverhältnissen
- RRB Nr. 854/2004 Umsetzung vom generellen Entwässerungsplan (GEP)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Siedlungsentwässerung (VSE)
- Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Siedlungsentwässerung
- Verordnung über die Abfallentsorgung
- Ausführungsbestimmungen zur Verordnung über die Abfallentsorgung

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgaben des Departements
- Abfall-Leitfaden

Verantwortliche Leitung

Hr. Reifler Max

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit Die Stadt Winterthur betreibt eine effiziente und kostengünstige Abfallentsorgung. Die Abfallgebühren sind günstiger als der Mittelwert von vergleichbaren CH-Städten. <i>Messung / Bewertung:</i> Jährlicher Benchmark mit den Zahlen von vergleichbaren CH-Städten <i>Messgrösse:</i> CHF pro 35 Liter Sack Grundgebühr Wohnung in CHF pro Jahr Grundgebühr Einfamilienhaus in CHF pro Jahr			
	1.80	1.80	1.80
	80.00	80.00	80.00
	140.00	140.00	140.00
2 Kostendeckungsgrad Die Entsorgungsbetriebe sind vollständig über den Gebührenertrag zu decken. Der Kostendeckungsgrad von 100% ist jährlich über die Gebühreneinnahmen unter Einbezug der dafür vorgesehenen Spezialfinanzierungen sicher zu stellen. Dienstleistungen für Dritte sind immer kostendeckend in %.	100.0	100.0	100.0
3 Kundenorientierung Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der Entsorgungsbetriebe zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Regelmässige Kundenumfrage; alle 2 Jahre ein Betrieb <i>Messgrösse:</i> Zufriedenheitsgrad in %	85	85	85
4 Sicherheit Einhalten der EKAS-Richtlinien in allen Betrieben (Eidg. Koordinationskommission für Arbeitssicherheit) EKAS Audit Anzahl Entlastungen ins öffentl. Gewässer und Rückstaus in Liegenschaften infolge Betriebsstörungen	erfüllt 1	erfüllt 0	erfüllt 0
5 Umweltschutz (Oekologie) Die Siedlungsentwässerungsanlagen werden so geplant und betrieben, dass die Vorgaben des generellen Entwässerungsplans (GEP) eingehalten werden können, insbesondere wird der Werthaltung der Infrastruktur grosses Gewicht beigemessen. <i>Messung / Bewertung:</i> 2-Jährlicher GEP-Check mit AWEL <i>Messgrösse:</i> Zielerreichung: GEP-Check erfüllt Abfallentsorgung Fördern des Abfallverhaltens in der Bevölkerung (Vermeiden, trennen, verwerten, umweltgerecht entsorgen) <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der wieder verwendbaren Stoffe halten oder steigern <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der wieder verwertbaren Abfälle an der Gesamtabfallmenge. Mind. in % Deponie Das AWEL prüft anhand des detaillierten Jahrsberichts die Einhaltung der Gesetze <i>Messgrösse:</i> Audit erfüllt	erfüllt 50.4 erfüllt	erfüllt 50.0 erfüllt	erfüllt 50.0 erfüllt

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	0	0	0

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

- Die Produktgruppe Entsorgung setzt sich aus den Betrieben Stadtentwässerung, Abfallentsorgung und Deponie Riet zusammen. Alle diese Betriebe führen eine Betriebsreserve. Jährliche Schwankungen im Betriebsergebnis werden letztlich über die Reserven ausgeglichen. Der Globalkredit weist aus diesem Grunde immer einen Saldo von CHF 0.-- aus.
- Die Personalkosten erhöhen sich im Voranschlag 2012 infolge Übertrag von 3 Stelleinheiten von der PG Tiefbau und den Lohnmassnahmen 2012 (Stufen- und Leistungsanstieg). Demgegenüber stehen geringere Kosten für AHV-Ersatzrenten.
- Die verstärkte Bautätigkeit im Kanalbau bedingt einen höheren Investitionsbedarf als in den Vorjahren. Dies bewirkt eine Steigerung der Abschreibungen und Direktamortisationen (Regenbecken) die im Sachaufwand enthalten sind. Ebenso erhöht sich der Zinsaufwand.
- Die Einlagen in die Spezialfinanzierungen bewegt sich bei allen drei Produkten der Entsorgung im Rahmen des Voranschlages 2011. Für den Bau der Regenbecken wird 2012 wie in den Vorjahren eine Einlage von CHF 2.5 Mio. getätigt.
- Zur Zeit baut die Stadtentwässerung intensiv an den Regenbecken. Zur Finanzierung ist im VO 2012 eine Entnahme von CHF 8.8 Mio. (2011: 5.9 Mio.) aus den Spezialfinanzierungen vorgesehen.
Um im VO 2012 den Betriebsverlust der Abfallentsorgung auszugleichen, ist aus der Betriebsreserve ein Betrag von CHF 915'000.-- zu entnehmen (2011: CHF 966'000.--).
Bei der Deponie Riet wird zur Finanzierung des Ausbaus Etappe 7 ein Betrag von CHF 3'168'000.-- (2011: CHF 96'000.-) der Spezialfinanzierung entnommen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

- Die Zunahme der Personalkosten des Voranschlags 2012 gegenüber der Rechnung 2010 ist vor allem auf den Übertrag von 3 Stelleneinheiten von der PG Tiefbau und den Lohnmassnahmen 2011/12 zurückzuführen.
- Die Entnahme aus den Spezialfinanzierungen fällt bei allen drei Produkten der Entsorgung höher aus. Bei der Stadtentwässerung um CHF 4.1 Mio., bei der Abfallentsorgung um CHF 0.7 Mio. und bei der Deponie Riet um CHF 2.2 Mio. Bei der Stadtentwässerung werden mit der Entnahme vor allem Direktamortisationen bei Regenbecken finanziert.
- Die Kehrlichtverbrennungsanlage wird 2012 wieder die volle Leistung erbringen können, wodurch die Zwischenlagerung von Shreddergut in der Deponie Riet wegfallen wird. Aus diesem Sachverhalt reduzieren sich die internen Aufwendungen und Erträge um rund 2 Mio. Franken.

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	71.68	67.90	70.90
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

- 1.00 Stelleneinheiten Übertrag von Tiefbauamt (Abdecker/in).
2.00 Stelleneinheiten Übertrag von Tiefbauamt (Chauffeur/Chauffeuse Kat. C).

Nettokosten / Globalkredit der Betriebe	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	9'465'044	9'591'233	9'768'440
Sachkosten	16'135'567	17'418'496	24'449'756
Beiträge an Dritte	0	7'000	7'000
Spezialfinanzierungen (Einlage)	4'742'075	3'536'102	3'620'843
Residualkosten	316'409	318'870	402'130
(kalkulatorische) Abschreibungen und Zinsen	1'834'107	1'635'326	2'402'556
Mietkosten	111'494	118'112	112'719
Übrige interne Kosten	11'553'715	9'068'624	9'839'551
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>44'158'411</i>	<i>41'693'763</i>	<i>50'602'995</i>
Verrechnungen innerhalb PG	4'661'087	4'100'000	4'920'000
Total effektive Kosten	39'497'324	37'593'763	45'682'995
Externe Erlöse	29'380'906	26'452'063	28'109'730
Interne Erlöse	8'896'994	8'259'060	9'508'862
Beiträge von Dritten	0	0	0
Spezialfinanzierungen (Entnahme)	5'880'511	6'982'640	12'984'403
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>44'158'411</i>	<i>41'693'763</i>	<i>50'602'995</i>
Verrechnungen innerhalb PG	4'661'087	4'100'000	4'920'000
Total effektive Erlöse	39'497'324	37'593'763	45'682'995
Total Ergebnis / (Globalkredit)	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Ergebnisermittlung Betriebe	IST 2010	Soll 2011	Soll 2012
Total Ergebnis / (Globalkredit)	0	0	0
+ Einlage in Betriebsreserve	4'742'075	3'540'686	3'620'843
./. Entnahme aus Betriebsreserve	5'880'511	10'436'813	12'984'403
Ergebnis vor Reserveveränderung	1'138'436	6'896'127	9'363'560

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

Stadtentwässerung:

- Baubeginn Abwasserkanal Schützenwiese

Abfallentsorgung und Deponie Riet

- Projektierung und Baukredit für den Werkhof Scheidegg
- Kehrichtsammlung: Pilotbetrieb Kirchplatz mit Unterflur-Containern
- Separatsammlungen: Fortschreitende Umrüstung gemäss Sammelstellenkonzept
- Deponie Riet, Etappe 7: Bauliche Anpassung nach der Zwischennutzung als Installationsplatz A1/A7 (2009 - 2011)

Produkt 1 Stadtentwässerung

Leistungen

- Dokumentation Kanalnetz
- Planung Werterhaltung und Funktionsverbesserungen öffentliches Kanalnetz und öffentliche Gewässer auf Grundlage GEP (genereller Entwässerungsplan)
- Beratung, Bewilligung und Kontrolle privater Abwasseranlagen
- Beratung, Bewilligung und Kontrolle Industrieabwasser (Abwasservorbehandlung), Führung Industriekataster
- Betrieb des Kanalnetzes gewährleisten durch Kontrolle, Unterhalt, Reinigung und vorbeugende Massnahmen
- Spezialbauwerke/Pumpwerke (inkl. Abwasserpumpwerk Sennhof) unterhalten und betreiben
- Dienstleistungen für Strassenentwässerung, öffentliche Gewässer und Grundstücksentwässerungen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	17'223'500	18'000'920	22'573'195
Erlös	17'223'500	18'000'921	22'573'195
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Dokumentation - Ersterfassung Liegenschaftsentwässerung in GIS bis Jahr 2011 abgeschlossen. Jährliche Erfassung in %	Ende Mai abgeschlossen	abgeschlossen	abgeschlossen
Funktionsverbesserung Kanalnetz: - Anzahl Eliminationen von grösseren, messbaren Fremdwasserquellen	1	1	1
Liegenschaftsentwässerung: - Anzahl Kanal-TV-Aufnahmen bei Hausanschlüssen	260	600	400
- Kundenzufriedenheit halten	erreicht	erreicht	erreicht
Industrieabwasser: Max. Anzahl Betriebsstörungen bei Spezialbauwerken	75	80	80
Anzahl Entlastungen und Rückstaus infolge Betriebsstörungen im Kanalnetz	1	0	0
Öffentliches Kanalnetz mit Kanal-TV aufnehmen und auswerten in %	1.5	5.0	5.0
Alle 5 Jahre öffentliches Kanalnetz reinigen in %	20.0	20.0	20.0

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Länge öffentliches Kanalnetz in km	326	324	324
Anzahl Spezialbauwerke/Pumpwerke	40	40	31

Für das Budget 2012 wurden die Bedingungen, was als Spezialbauwerk/Pumpwerk zu zählen ist, neu festgelegt. Per Definition werden nur noch Pumpstationen und Regenbecken als Spezialbauwerke/Pumpwerke gezählt, was gegenüber dem Vorjahr (40) den neuen Wert (31) ergibt.

Produkt 2 Abfallentsorgung

Leistungen

- Öffentlichkeitsarbeit, Abfallberatung, Abfallunterricht, Abfallkontrolle
- Kehrachtsammeldienst, Separatsammlungen, Annahme von Sonderabfällen
- Betrieb der dezentralen Sammelstellen, Häckseldienst
- Abfallbewirtschaftung, Gebührenadministration (inkl. Verwaltung Sackgebührenverbund)
- Sammeldienst Gemeinden

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	19'273'361	19'289'579	20'643'094
Erlös	19'273'361	19'289'579	20'643'094
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Förderung des Abfallverhaltens in der Bevölkerung (Vermeiden, Verwerten, umweltgerecht entsorgen)			
Prozentsatz der Wertstoffe an der Gesamtabfallmenge. Mind. in %	50.4	50.0	50.0
Der Abfall-Tourenplan wird zu 100% eingehalten, keine Tour fällt aus	100.00	100.00	100.00
Effiziente und kostengünstige Abfallentsorgung			
Verursacherorientierte Finanzierung			
Gebühren Benchmark mit CH-Städten			
Ziel:			
Sackgebühr günstiger als Mittelwert CH-Städte in CHF	1.80	1.80	1.80
Grundgebühr Wohnung pro Jahr in CHF	80.00	80.00	80.00
Grundgebühr Einfamilienhaus pro Jahr in CHF	140.00	140.00	140.00

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Total gesammelte Abfallmengen in Tonnen	37'322	37'000	37'800
Abfallmenge pro EinwohnerIn in kg	361	365	366

Produkt 3 Deponie

Leistungen

- Annahme, Kontrolle, Triage und Deponie von Bauabfällen
- Annahme von brennbaren Abfällen
- Deponieunterhalt
- Dienstleistungen für Dritte

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	7'661'550	4'403'263	7'386'707
Erlös	7'661'550	4'403'263	7'386'707
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kostendeckende Bewirtschaftung (Betrieb/Nachsorge) in %	100	100	100
Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen Kontrolle durch AWEL	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Deponiertes Material in Tonnen	29'260	20'000	25'000
Annahme von brennbaren Abfällen in Tonnen	21'017	15'000	8'000

2009 - ca. 2012 wird die Deponie während des Umbaus der Kehrlichtverbrennungsanlage als Hilfestellung mehr brennbare Abfälle annehmen (Anlieferungen von Handabladern und Shreddergut).

IAFP Entsorgung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	39'497	37'593	45'682	44'696	44'462	42'536
Erlös	39'497	37'593	45'682	44'696	44'462	42'536
Nettokosten/Globalkredit	0	0	0	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100	100	100	100

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	25'100'000	32'780'000	27'190'000	24'000'000	23'600'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Wirtschaftlichkeit Die Stadt Winterthur betreibt eine effiziente und kostengünstige Abfallentsorgung. Die Abfallgebühren sind günstiger als der Mittelwert von vergleichbaren CH-Städten. Messung: Jährlicher Benchmark mit den Zahlen von vergleichbaren CH-Städten.						
CHF pro 35 Liter Sack	1.80	1.80	1.80	1.80	1.80	1.80
Grundgebühr Wohnung in CHF pro Jahr	80.00	80.00	80.00	80.00	80.00	80.00
Grundgebühr Einfamilienhaus in CHF pro Jahr	140.00	140.00	140.00	140.00	140.00	140.00
2 Kostendeckungsgrad Die Entsorgungsbetriebe sind vollständig über den Gebührenertrag zu decken. Der Kostendeckungsgrad von 100% ist jährlich über die Gebühreneinnahmen unter Einbezug der dafür vorgesehenen Spezialfinanzierungen sicher zu stellen. Dienstleistungen für Dritte sind immer kostendeckend in %.	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
3 Kundenorientierung Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der Entsorgungsbetriebe zufrieden. Messgrösse: Zufriedenheitsgrad in %	85.0	85.0	85.0	85	85	85
4 Sicherheit Einhalten der EKAS-Richtlinien in allen Betrieben EKAS Audit	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt
Anzahl Entlastungen ins öffentl. Gewässer und Rückstaus in Liegenschaften infolge Betriebsstörungen	1.0	0.0	0.0	0	0	0
5 Umweltschutz (Oekologie) Die Siedlungsentwässerungsanlagen werden so geplant und betrieben, dass die Vorgaben des GEP eingehalten werden können, insbesondere wird der Werthaltung der Infrastruktur grosses Gewicht beigemessen. Zielerreichung: GEP-Check erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt
Abfallentsorgung: Prozentsatz der wieder verwertbaren Abfälle an der Gesamtabfallmenge. Mind. in %	50.4	50.0	50.0	50.0	50.0	50.0
Deponie: Das AWEL prüft anhand des detaillierten Jahrsberichts die Einhaltung der Gesetze. Messgrösse: Audit erfüllt.	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

Stadtentwässerung

- Laufende Erneuerung und Instandstellung des Abwassernetzes.
- Innensanierung von Grosskanälen, Planung und Bau Regenbecken Schützenwiese und Talacker gemäss Generellem Entwässerungsplan (GEP).

Abfallentsorgung und Deponie Riet

- Bauliche Anpassung des temporären Installationsplatzes für die Autobahnerneuerung für die kommende Nutzungsphase sowie Realisierung der Vergärungsanlage (Kompogasanlage Riet AG)
- Realisierung von Unterflursammelstellen für Hauskehricht (Pilotanlage Kirchplatz)
- Abschluss der Erneuerung der Separatsammelstellen-Infrastruktur

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Stadtentwässerung

- Die Werterhaltungsmassnahmen im Kanalbau konnten auf die Zielvorgaben des generellen Entwässerungsplanes GEP gesteigert werden. Sie sollen sich für die nächsten Jahre auf rund CHF 15 Mio. einpendeln.

Abfallentsorgung

- Die Gebühren im Abfallbereich bleiben für die Bevölkerung unverändert.
- Die Erneuerung der Separatsammelstellen wird vorangetrieben.

Deponie Riet

- Während des Umbaus der KVA (2009 - ca. 2012) wird als Hilfestellung mehr brennbarer Abfall (Anlieferungen Handabläder- und Schreddermaterial) auf der Deponie angenommen, geschreddert und anschliessend der KVA zur Verbrennung zugeführt. Die Vorbehandlung von ca. 7'-10'000 Tonnen/Jahr ist nötig, weil während des Umbaus der Schredder der KVA nicht in Betrieb ist.

Vermessung

Auftrag

- Nachführung und Unterhalt des amtlichen Vermessungswerkes der Stadt Winterthur
- Bauvermessung, Umsetzung der gesetzlichen geometrischen Vorgaben im Hoch- und Tiefbau
- Betrieb der Geodateninfrastruktur Winterthur (GDIW)
- Betrieb des zentralen städtischen Gebäudestamms (GSW)
- Geoinformationsdienstleistungen für städtische und private Stellen
- Plan- und Datenausgabe für städtische und private Bedürfnisse
- Strassenbenennung
- Gebäudeadressierung

Produkte

Amtliche Vermessung, Vermessungsaufträge

Nachführung des Grunddatensatzes der amtlichen Vermessung, Ausfertigung der Messurkunden zuhanden des Grundbuches und der Grundeigentümer, abstecken und einmessen von Bauwerken und Leitungen, baupolizeiliche Vermessung, Spezialvermessungen und Terrainaufnahmen

Unterhalt und Erneuerung des Vermessungswerkes

Erneuerung des Fixpunktnetzes, Neuvermessungen, Neustrukturierung und Ergänzung der Grundstücksregister, Revision des Inhaltes der amtlichen Vermessung (AV93), Nachführung des Übersichtsplanes

Betrieb Geographisches Informationssystem (GIS) Winterthur, Datenausgabe und Dienstleistungen

Geschäftsführende Stelle des GIS-Winterthur, Betrieb der zentralen Infrastruktur des GIS-Winterthur, Sicherung, Unterhalt und Bereitstellung der Geodaten, Beratung der Fachstellen, Spezialauswertungen, Betrieb einer Auskunftsstelle, Plan- und Datenausgabe, Strassenbenennung, Gebäudeadressierung, Betrieb eines zentralen städtischen Gebäudestamms

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund

- Bundesgesetz über Geoinformation vom 5. Oktober 2007 (Geoinformationsgesetz, GeolG); SR 510.62
- Verordnung vom 21.05.2008 über Geoinformation (Geoinformationsverordnung, GeolV); SR 510.620
- Verordnung vom 21.05.2008 über die geografischen Namen (GeoNV); SR 510.625
- Verordnung vom 09.09.1998 über die Reproduktion von Daten der amtlichen Vermessung (RDAV); SR 510.622
- Verord. des EJPD vom 09.09.1998 über die Repr. von Daten der amtlichen Vermessung (RDAV-EJPD); SR 510.622.2
- Art. 950 Abs. 2 des Zivilgesetzbuches (ZGB); SR 210
- Verord. der Bundesversammlung vom 06.10.2006 über die Finanzierung der amtlichen Vermessung (FVAV); SR 211.432.27
- Verordnung vom 18. November 1992 über die amtliche Vermessung (VAV); SR 211.432.2
- Technische Verordnung des VBS vom 10. Juni 1994 über die amtliche Vermessung (TVAV); SR 211.432.21
- Verordnung vom 21.05.2008 über die Ingenieur-Geometerinnen und Ingenieur-Geometer (GeomV); SR 211.432.261

Stufe Kanton

- Verordnung über die amtliche Vermessung vom 17. Dezember 1997; LS 255
- Gebührenverordnung über Vermessungsdaten vom 18. Juli 2001; LS 255.1
- Technische Weisungen des Amtes für Raumentwicklung (ARE)
- PBG, Bauverfahrensverordnung (Anforderungen an die Grundlagen für Baubewilligungen und die Bauvermessung)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Gewinnung von Geoinformation (Geoinformationsverordnung) vom 11. Juli 2007; SRB-Nr. 2007-1236
- Geoinformationsstrategie vom 11. Juli 2007; SRB-Nr. 2007-1236
- Verordnung über die Strassenbenennung und die Gebäudenumerierung vom 9. Dezember 1983
- Verträge zwischen Geodateneigentümern resp. -nutzern und dem Vermessungsamt

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgabe des Departements

Verantwortliche Leitung

Herr Daniel Kofmel

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Kostendeckungsgrad Vermessungsaufträge der amtlichen Vermessung sowie des Tief- und Hochbaus (Produkt 1) werden kostendeckend ausgeführt in %. <i>Messung / Bewertung:</i> Gegenüberstellung von Aufwand und Ertrag (betriebliches Rechnungswesen)	101	100	100
2 Kundenorientierung Das Vermessungsamt führt in der Geodateninfrastruktur Winterthur (GDIW) vollständige, verlässliche und verbindliche Grundlagendaten für Bau-, Planungs- sowie Verwaltungszwecke. Erstellt diese der öffentlichen Hand und Privaten in geeigneter Form zur Verfügung. <i>a) Messung / Bewertung:</i> Zufriedenheit der Kunden aus Kundenbefragung (zweijähriger Turnus) <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der zufriedenen oder sehr zufriedenen Kundschaft <i>b) Messung/Bewertung:</i> Aktualität der Daten der amtlichen Vermessung <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der spätestens ein Jahr nach Meldungseingang in der amtlichen Vermessung nachgeführten Bauvorhaben.	87	-	85
3 Technologiestandard / Innovationsgrad Der Technologiestandard des Vermessungsamtes ist hoch und neuen Entwicklungen angepasst. <i>Messung / Bewertung:</i> Nennung wichtiger Meilensteine <i>Messgrösse:</i> - Die elektronische Schnittstelle zwischen amtlicher Vermessung und Grundbuch ist eingeführt. - Entlang der Hoheitsgrenze ist die amtliche Vermessung nach kantonalen Vorschriften mit den Nachbargemeinden abgeglichen. - Bis zur registerbasierten Basisstatistik 2011 sind 80 % der aus der Wohnungserhebung durch die Schweizerische Post verbliebenen Gebäude- und Wohnungsregisterrestfälle bereinigt. - Die WebServices zur Synchronisation des städtischen Gebäudestamms mit dem Gebäude- und Wohnungsregister des Kantons Zürich sind implementiert. - Ein Konzept zur Erneuerung des Internet-Stadtplanes liegt vor. - Das Organisations-Handbuch nach ISO 9001:2008 ist erstellt. - Das Konzept zur Einführung eines 3D-Stadtmodells liegt vor. - Auftragsvergabe für 3D-Stadtmodell ist erfolgt. - Bis zur registerbasierten Basisstatistik 2012 sind die aus der Wohnungserhebung durch die Schweizerische Post verbliebenen GWR-Restfälle bereinigt. - Durchführung eines Tages der offenen Tür. - Bereitstellung der Software zur Überführung der städtischen Geodaten in das künftige städtische Geografische Informationssystem. - Bereitstellung von Grundstücksregister und Gebäudestamm zwecks Ablösung der veralteten Grundsteuerdatenbank des Steueramtes.	-	erfüllt erfüllt erfüllt erfüllt erfüllt erfüllt erfüllt erfüllt	erfüllt - - - - - erfüllt erfüllt erfüllt erfüllt

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	627'836	891'245	713'159

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

- Der Globalkredit reduziert sich im Voranschlag 2012 um rund CHF 178'000.
- Die Gesamtkosten vermindern sich gegenüber dem Voranschlag 2011 um rd. CHF 13'000. Einerseits fallen aufgrund verzögerter Investitionen etwas tiefere kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen an. Andererseits wurden bewusst zurückhaltend Sachkosten eingestellt. Demgegenüber erhöhen sich die übrigen internen Kosten insbesondere aufgrund zu tätiger Ersatzbeschaffungen.
- Die Erlöse erhöhen sich um CHF 165'000. Dies insbesondere aufgrund des einmaligen Bundesbeitrages, der im Jahr 2012 fällig wird. Zudem ist aufgrund der aktuellen Auftragslage sowie des Rechnungsabschlusses mit höheren externen Erträgen zu rechnen. Darin sind auch die Erträge aus Dienstleistungen für Objekte der Investitionsrechnung enthalten, die nicht bei den internen Erlösen verbucht werden können. Die internen Erträge wurden nach unten angepasst.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

- Die Personalkosten erhöhen sich infolge Wiederbesetzung der Stelle eines Geomatikingenieurs sowie aufgrund des Stufen- und Leistungsanstiegs 2011/12.
- Abschreibungen und Zinsen erhöhen sich entsprechend dem Investitionsprogramm.
- Die Beiträge von Dritten erhöhen sich aufgrund der fälligen Staats- und Bundesbeiträge an die amtliche Vermessung.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	2'280'653	2'396'638	2'429'073
Sachkosten	527'966	534'767	500'386
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	176'936	307'230	267'969
Mietkosten	178'709	177'600	177'100
Übrige interne Kosten	101'358	70'809	99'630
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'265'622</i>	<i>3'487'045</i>	<i>3'474'159</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	3'265'622	3'487'045	3'474'159
Externe Erlöse	1'888'979	1'590'500	1'745'200
Interne Erlöse	748'808	942'300	800'500
Beiträge von Dritten	0	63'000	215'300
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'637'787</i>	<i>2'595'800</i>	<i>2'761'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	2'637'787	2'595'800	2'761'000
Total Nettokosten / Globalkredit	627'836	891'245	713'159
Kostendeckungsgrad in %	81	74	79

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	15.74	16.50	16.40
▪ Auszubildende	4.00	4.00	4.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

0.10 Stelleneinheiten Übertrag an Baupolizeiamt.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Nach langen Verzögerungen wird die Schnittstelle "amtliche Vermessung - Grundbuch" in Zusammenarbeit mit den Notariaten in Betrieb genommen.
- Das städtische Geografische Informationssystem (High-End-GIS-, Desktop-GIS- sowie Web-GIS-Anwendungen) wird schrittweise vollständig erneuert. Zunächst sind Werkzeuge bereitzustellen, um die vorhandenen Geodaten in die neue Systemumgebung "Autocad Map 3D Enterprise" überführen zu können. Anschliessend sind alle Fachapplikationen, alle bestehenden Schnittstellen sowie die Webanwendungen im Intranet und Internet auf die Gesamtablösung im Rahmen eines möglichst kurzen Zeitfensters vorzubereiten.
- Gestützt auf eine noch zu vereinbarende Dienstanweisung des Kantons werden die Geodaten der städtischen Geodateninfrastruktur mittels Ergänzungsmessungen, Interpolation und Transformation in das vom Kanton revidierte übergeordnete Fixpunktnetz (Bezugsrahmen) eingepasst.
- Die verbliebenen GWR-Restfälle aus der im Jahr 2010 von der Schweizerischen Post vorgenommenen Wohnungserhebung werden abschliessend geklärt, im Gebäude- und Wohnungsregister (GWR) als auch im Einwohnerregister (EWR) bereinigt sowie ein laufender Nachführungsprozess eingeführt.
- Für Planungen, Visualisierungen und Simulationen wird ein 3D-Stadtmodell bereitgestellt.
- Die neuen kantonalen Anwendungsrichtlinien zum Detaillierungsgrad sowie zum des Gebührentarif der amtlichen Vermessung werden umgesetzt.
- Um der Situation eines Totalausfalls des Geografischen Informationssystems besser begegnen zu können, wird ein Notfallkonzept ausgearbeitet.

Produkt 1 Amtliche Vermessung, Vermessungsaufträge

Leistungen

- Nachführung des Grunddatensatzes der amtlichen Vermessung
- Ausfertigung der Messurkunden zuhanden des Grundbuches und des Grundeigentümers
- Abstecken und einmessen von Bauwerken und Leitungen
- Allgemeine Ingenieurvermessung und Terrainaufnahmen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'413'127	1'305'863	1'394'033
Erlös	1'427'331	1'303'232	1'383'817
Nettokosten	-14'204	2'631	10'216
Kostendeckungsgrad in %	101	100	99

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
▪ Kostendeckungsgrad in %	101	100	100
▪ Prozentsatz der spätestens ein Jahr nach Meldungseingang in der amtlichen Vermessung nachgeführten Bauvorhaben.	100	100	100

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Arbeitsleistung aufgrund kantonomer Honorarsätze (ohne Drittleistungen) in CHF	1'181'809	1'250'000	1'250'000

Produkt 2 Unterhalt und Erneuerung des Vermessungswerkes

Leistungen

- Unterhalt und Pflege der Bestandteile der amtlichen Vermessung
- Unterhalt und Erneuerung des Fixpunktnetzes
- Ersterhebung der amtlichen Vermessung im Altstadt kern
- Periodische Nachführung der amtlichen Vermessung
- Unterhalt der Grundstücksregister

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	411'907	498'577	374'191
Erlös	92'247	144'565	293'540
Nettokosten	319'660	354'012	80'651
Kostendeckungsgrad in %	22	29	78

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
▪ Einführung der elektronischen Schnittstelle zwischen amtlicher Vermessung und Grundbuch. ▪ Abschluss einer Vereinbarung mit dem Amt für Raumentwicklung betreffs weiterem Vorgehen im Hinblick auf die Fixpunktrevision. ▪ Die Arbeiten zur Ersterhebung der amtlichen Vermessung im Altstadt kern (Dienstanweisung Los 36) sind abgeschlossen und beim Kanton zur Verifikation angemeldet. ▪ Die Arbeiten zur Gebäudeharmonisierung in der amtlichen Vermessung (Dienstanweisung Los 37) sind abgeschlossen und beim Kanton zur Verifikation angemeldet. ▪ Entlang der Gemeindegrenze sind die Geodaten der städtischen Geodateninfrastruktur mit den umliegenden Gemeinden abzugleichen. ▪ Ein Grobkonzept zur Einpassung der städtischen Geodaten in das revidierte übergeordnete Fixpunktnetz liegt vor. ▪ Entlang der Hoheitsgrenze ist die amtliche Vermessung entsprechend den kantonalen Vorschriften mit den Nachbargemeinden abgeglichen.	-	erfüllt	erfüllt
	erfüllt		erfüllt
	erfüllt		
	nicht erfüllt*		
		erfüllt	
		erfüllt	

* Der Abgleich der städtischen Geodaten mit den Nachbargemeinden entlang der Hoheitsgrenze war nicht umsetzbar, weil der Kanton - nachdem die entsprechende Dienstanweisung Winterthur Los 38 bereits ausgearbeitet war - die Anforderungen nochmals änderte und die entsprechende Weisung erst Mitte Juli 2010 in Kraft setzte.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Arbeitsleistung auf Basis der kantonalen Honoraransätze (ohne Drittleistungen) in CHF	668'209	590'000	450'000

Produkt 3 Betrieb Geographisches Informationssystem (GIS) Winterthur, Datenausgabe und Dienstleistungen

Leistungen

- Betrieb der Geodateninfrastruktur Winterthur (GDIW)
- Betrieb eines zentralen städtischen Gebädestamms (GSW)
- Sicherung, Unterhalt und Bereitstellung der Geodaten
- Beratung der Fachstellen, Spezialauswertungen
- Betrieb einer Auskunftsstelle
- Gebäudeadressierung, Strassenbenennung
- Plan- und Datenausgabe
- Datenbearbeitung und -verwaltung für Dritte
- Diverse Verwaltungsaufgaben

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'407'825	1'682'605	1'705'935
Erlös	1'109'708	1'148'003	1'083'643
Nettokosten	298'117	534'602	622'292
Kostendeckungsgrad in %	79	68	64

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Technologische Entwicklung:			
▪ Ein Pflichtenheft zur Ablösung des Internet-Stadtplanes im Portal Winterthur liegt vor.		erfüllt	
▪ Die Wohnungen sind erhoben und stehen für die Volkszählung bereit.	erfüllt		
▪ Der Internet-Stadtplan im Portal Winterthur ist erneuert.	nicht erfüllt*	--	--
▪ Die Internet-Anwendung TössGIS mit Themenschwerpunkt Naherholung ist online.	erfüllt		
▪ Der Auftrag zur Bereitstellung eines 3D-Stadtmodells ist vergeben.			erfüllt
▪ Geodaten erster Fachanwendungen sind in eine Pilotumgebung des künftigen städtischen Geografischen Informationssystems überführt.			erfüllt
▪ Städtischen Mitarbeitenden wird jährlich ein Kurs zur Nutzung von Kartenbrowsern im Internet und Intranet angeboten.		erfüllt	erfüllt

* Der erneuerte Internet-Stadtplan im Portal Winterthur baut auf dem erneuerten städtischen Geografischen Informationssystem. Weil bei letzterem, aufgrund von Softwaremängeln, die für den neuen Internet-Stadtplan nötigen Voraussetzungen nicht geschaffen werden konnten, muss mit der Erneuerung des Internet-Stadtplanes zugewartet werden.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Arbeitsleistung aufgrund kantonalen Honoraransätze (ohne Drittleistungen, Amortisation und Zinsen) in CHF			
▪ GIS Betriebsführung	262'516	410'000	450'000
▪ Datenausgabe, Auskünfte, Dienstleistungen und allgemeine Verwaltungsaufgaben	830'387	920'000	900'000

IAFP Vermessung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	3'265	3'487	3'474	3'474	3'514	3'624
Erlös	2'637	2'595	2'761	2'493	2'483	2'468
Nettokosten/Globalkredit	628	891	713	981	1'031	1'156
Kostendeckungsgrad in %	81	74	79	72	71	68

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	720'000	680'000	210'000	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Kostendeckungsgrad Vermessungsaufträge der amtlichen Vermessung sowie des Tief- und Hochbaus (Produkt 1) werden kostendeckend ausgeführt in %.	101	100	100	100	100	100
2 Kundenorientierung Das Vermessungsamt führt in der Geodateninfrastruktur Winterthur (GDIW) vollständige, verlässliche und verbindliche Grundlagendaten für Bau-, Planungs- sowie Verwaltungszwecke. Erstellt diese der öffentlichen Hand und Privaten in geeigneter Form zur Verfügung. a) <i>Messung / Bewertung:</i> Zufriedenheit der Kunden aus Kundenbefragung (zweijähriger Turnus) Messgrösse: Prozentsatz der zufriedenen oder sehr zufriedenen Kundschaft b) <i>Messung/Bewertung:</i> Aktualität der Daten der amtlichen Vermessung Messgrösse: Prozentsatz der spätestens ein Jahr nach Meldungseingang in der amtlichen Vermessung nachgeführten Bauvorhaben.	87	-	85	-	85	-
3 Technologiestandard / Innovationsgrad Der Technologiestandard des Vermessungsamtes ist hoch und neuen Entwicklungen angepasst. <i>Messung / Bewertung:</i> Nennung wichtiger Meilensteine Messgrösse: - Die elektronische Schnittstelle zwischen amtlicher Vermessung und Grundbuch ist eingeführt. - Entlang der Hoheitsgrenze ist die amtliche Vermessung nach kantonalen Vorschriften mit den Nachbargemeinden abgeglichen. - Bis zur registerbasierten Basisstatistik 2011 sind 80 % der aus der Wohnungserhebung durch die Schweizerische Post verbliebenen Gebäude- und Wohnregisterrestfälle bereinigt. - Die WebServices zur Synchronisation des städtischen Gebäudestamms mit dem Gebäude- und Wohnregister des Kantons Zürich sind implementiert. - Ein Konzept zur Erneuerung des Internet-Stadtplanes liegt vor. - Das Konzept zur Einführung eines 3D-Stadtmodells liegt vor. - Das Organisations-Handbuch nach ISO 9000:2008 ist erstellt. - Auftragsvergabe für 3D-Stadtmodell ist erfolgt. - Bis zur registerbasierten Basisstatistik 2012 sind die aus der Wohnungserhebung durch die Schweizerische Post verbliebenen GWR-Restfälle bereinigt.	100	100	100	100	100	100
		erfüllt	erfüllt			
		erfüllt				
		erfüllt				
		erfüllt				
		erfüllt				
			erfüllt			
			erfüllt			

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
▪ Durchführung eines Tages der offenen Tür. ▪ Bereitstellung der Software zur Überführung der städtischen Geodaten in das künftige städtische Geografische Informationssystem. ▪ Bereitstellung von Grundstücksregister und Gebäudestamm zwecks Ablösung der veralteten Grundsteuerdatenbank des Steueramtes. ▪ Die Migration auf die neue Softwaregeneration "Topobase" ist abgeschlossen ▪ Daten der Geodateninfrastruktur Winterthur stehen zur Nutzung mit mobilen Geräten zur Verfügung. ▪ Daten der Geodateninfrastruktur Winterthur können über das Internet elektronisch bestellt und bezogen werden. ▪ Die Daten der städtischen Geodateninfrastruktur sind in das übergeordnete Fixpunktnetz integriert.			erfüllt erfüllt erfüllt	erfüllt	erfüllt erfüllt	erfüllt

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

- Die Geodaten der städtischen Geodateninfrastruktur sind mittels Ergänzungsmessungen, Interpolation und Transformation in das vom Kanton revidierte übergeordnete Fixpunktnetz (Bezugsrahmen) einzupassen.
- Die Nachführung der Nivellementpunkte ist konzeptionell neu zu klären.
- Neuerungen die sich aus dem kantonalen Geoinformationsgesetz sowie den Geoinformationsverordnungen ergeben, sind laufend umzusetzen.
- Gemäss Ankündigung des Amtes für Raumentwicklung sowie des Notariatsinspektorats soll auf eine stadtweit eindeutige Grundstücksnummer sowie bei der Nummernvergabe auf das Stammmummersystem (bei Mutationen bleibt die Grundstücksnummer i.d.R. erhalten) umgestellt werden.
- Die Bestellung und Auslieferung von Geodaten soll über das Internet erfolgen können. Das kantonale Vertriebsportal für Daten der amtlichen Vermessung resp. das künftige kantonale Geodatenportal ist in die Datenbewirtschaftungs- und Datenbereitstellungsprozesse des Vermessungsamtes einzubeziehen. Der Datenaustausch mit dem kantonalen GIS ist zu fördern.
- Das städtische Geografische Informationssystem (High-End-GIS-, Desktop-GIS-, Web-GIS-Anwendungen sowie alle Schnittstellen) ist vollständig zu erneuern. Die vorhandenen Fachanwendungen und Geodaten sind in die neue Systemumgebung "Autocad 3D Enterprise" der Firma Autodesk zu überführen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Die neue Geoinformationsgesetzgebung von Bund und Kanton wird zahlreiche Neuerungen mit sich bringen. Deren Auswirkungen auf die Gemeinden sind heute erst begrenzt abschätzbar. Der Kanton möchte nach Inkrafttreten des kantonalen Geoinformationsgesetzes rasch vorwärts gehen. Das Vermessungsamt wird sich in Zusammenarbeit mit dem Kanton, andern Gemeinden und Geometern aktiv einbringen und mitwirken (Gebührenmodelle, Kataster der öffentlich rechtlichen Eigentumsbeschränkungen, kantonales Geoportal, Leitungskataster, Datenbereitstellungsprozess, etc.).
- Auf Anfang 2012 wird der Gebährentarif für die Nachführung der amtlichen Vermessung überarbeitet. Daraus könnten sich unter Umständen Ertragsausfälle ergeben.

Baupolizei

Auftrag

- Speditive Abwicklung der baurechtlichen Bewilligungsverfahren im Rahmen der Organisation Bauaufsicht
- Gewährleistung des (baulichen) Brandschutzes, der Sicherheit der Aufzugsanlagen und der Feuerungskontrolle sowie des technischen Umweltschutzes (Asbest, Lärm, Wärmedämmung, technische Ausrüstungen)
- Energieplanung
- Rechtsberatung und Prozessführung im Planungs-, Bau- und Umweltschutzrecht
- Spezielle Projektleitungen

Produkte

1 Bauaufsicht

Bauberatung, Baubewilligungen und Baukontrolle

2 Technische Bewilligung und Kontrollen

Brandschutz, Feuerungskontrolle, Aufzugskontrolle und Techn. Umweltschutz

3 Spezialaufgaben

Rechtsberatung und Prozessführung, spezielle Projektleitungen, Mutationen und Reklamen

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Baubewilligungsverfahren Winterthur

gemäss Homepage www.baupolizei.winterthur.ch

Stufe Stadt (GGR / SR)

Baubewilligungsverfahren Winterthur

gemäss Homepage www.baupolizei.winterthur.ch

Stufe Verwaltungseinheit

Zielvorgaben des Departements

Verantwortliche Leitung

Dr. Störi Fridolin

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Grundsatz Auf der Basis der wesentlichen Grundsätze des Staats- und Verwaltungsrechts, der Rechtsgleichheit, Verhältnismässigkeit, Eigentumsgarantie, Legalitätsprinzip u.a.m. ist die Planungs-, Bau- und Umweltschutzgesetzgebung von Bund und Kanton korrekt und vollständig zu vollziehen <i>Messung / Bewertung:</i> - Gewonnene Rechtsmittelverfahren (in %) *	89	90	90
2 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft bei der Bauaufsicht (Gebührenverordnung) in % Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft: - Rauchgaskontrolle in % - Aufzugskontrolle in %	61 96 92	57 100 92	66 100 95
3 Kundenorientierung Fristgerechte Erteilung aller Bewilligungen <i>Messung / Bewertung:</i> Baubewilligungen - Innert 1 Monat (in %) - Innert 2 Monaten (in %) - Innert 3 Monaten (in %) - Innert 4 Monaten (in %)	 27 62 82 94	 30 60 90 96	 30 60 90 96
4 Sicherheit Gewährleistung der Sicherheit von Bauten und Anlagen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben ** <i>Messung / Bewertung:</i> Abnahmekontrollen (in %) Gesetzlich vorgeschriebene periodische Kontrollen: - Anlagen mit grossem Gefährdungspotenzial (in %) - Anlagen mit geringem Gefährdungspotenzial (in %)	 95 95 52	 100 100 60	 100 100 60
5 Umweltschutz (Ökologie) Vollständige Umsetzung der technischen Anforderungen im Bereich des Umweltschutzes <i>Messung / Bewertung:</i> - Private Kontrollen (in %) - Plausibilitätskontrolle aller Nachweise (in %) - Stichprobenweise Ueberprüfungen von allen Bauvorhaben (in %)	 76 70 8	 80 90 10	 80 90 10

* Ad 1. Grundsatz, gewonnene Rechtsmittelverfahren: Die gewonnene Rechtsmittelfverfahren werden inkl. formelle Erledigungen gemessen.

** Ad 4. Sicherheit, gesetzlich vorgeschriebene periodische Kontrollen: Die gesetzliche Vorgabe für alle Anlagen ist 100 %, auch für die Anlagen mit geringem Gefährdungspotenzial.

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	1'791'343	2'322'518	2'069'081

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

- Der Voranschlag weist einen Globalkredit von CHF 2'069'000.-- aus. Dieser reduziert sich gegenüber dem VA 2011 um rund CHF 253'000.--. Nachdem die Bautätigkeit sowohl in der Anzahl der Baugesuche als auch bei der Grösse der Bausummen wieder stark angestiegen ist, können die Gebühren gegenüber dem VA 2011 um rund CHF 450'000.-- optimistischer budgetiert werden.
- Der Personalaufwand erhöht sich insgesamt um rund CHF 259'000.--. Die höheren Kosten beziehen sich vor allem auf die zusätzlichen 1.5 Stelleneinheiten zur Umsetzung des Projekts Kompetenzzentrums Energie und nachhaltiges Bauen sowie der Lohnmassnahmen 2012.
- Der Sachaufwand reduziert sich infolge wegfallenden Dienstleistungen für Dritte im Zusammenhang mit der Vollstreckung von Zwangs- und Vollzugsmassnahmen.
- Die internen Kosten sind im Vergleich mit dem VA 2011 praktisch unverändert.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

- Im Vergleich zur Rechnung 2010 erhöht sich der Globalkredit um CHF 278'000.--. Die Kostensteigerung beinhaltet unter anderem höhere Personalaufwendungen für das Kompetenzzentrum Energie und nachhaltiges Bauen und die Einstellung eines Mitarbeitenden bei der Feuerpolizei für kantonale Aufgaben (vom Kanton finanziert) sowie die Lohnmassnahmen 2011/12.
- Zunahme der Sachaufwendungen infolge Anschaffung einer Software bei der Feuerpolizei und höheren Honoraraufwendungen.
- Höhere Gebühreneinnahmen bei den Abteilungen Bauinspektorat, Rauchgaskontrolle und Aufzugskontrolle.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	5'240'464	5'266'174	5'525'362
Sachkosten	489'062	704'505	633'630
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	16'036	56'329	64'806
Mietkosten	321'371	317'800	331'000
Übrige interne Kosten	432'130	456'210	444'783
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>6'499'063</i>	<i>6'801'018</i>	<i>6'999'581</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	6'499'063	6'801'018	6'999'581
Externe Erlöse	4'567'695	4'348'500	4'800'500
Interne Erlöse	140'025	130'000	130'000
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'707'719</i>	<i>4'478'500</i>	<i>4'930'500</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	4'707'719	4'478'500	4'930'500
Total Nettokosten / Globalkredit	1'791'343	2'322'518	2'069'081
Kostendeckungsgrad in %	72	66	70

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	34.35	35.60	36.70
▪ Auszubildende	3.00	3.00	3.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	2.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

- 0.50 zusätzliche Stelleneinheiten Brandschutzexpert/in sind für das erweiterte Aufgabengebiet für den Kanton notwendig. Dieser Personalaufwand wird von der GVZ finanziert und ist für das Departement Bau kostenneutral.
- 1.50 Stelleneinheiten fallen für das neue Kompetenzzentrum Energie und nachhaltiges Bauen an.
- 0.10 Stelleneinheiten wurden vom Vermessungsamt ins Baupolizeiamt übertragen.
- 1.00 Stelleneinheiten (befristete Stelle) fallen infolge Pensionierung in der Abteilung Aufzugskontrolle weg.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Vorbereitung der Einführung des elektronischen Baubewilligungsverfahrens mit integrierter Geschäftskontrolle und Texthandbuch; Testphase Herbst 2012, System operativ 1.1.2013.
- Weiterführung Projekt Immissionsgrenzwert Sanierung (IGW/Lärmschutz).
- Genehmigung und Inkraftsetzung Energieplan.

Produkt 1 Bauaufsicht**Leistungen**

- Korrekte und umfassende Beratung von Planern und Bauherren in allen Bereichen des formellen und materiellen Planungs-, Bau- und Umweltschutzrechts (soweit erforderlich unter Beizug der Spezialisten)
- Konsequente und effiziente Verfahrensleitung in allen baurechtlichen Bewilligungsverfahren
- Erteilung der Baubewilligung im Anzeigeverfahren bzw. Antragstellung in den übrigen Baubewilligungsverfahren so schnell wie möglich, längstens aber innerhalb der gesetzlichen Fristen
- Kontrolle der Bauten und Anlagen während der Bauphase bezüglich Uebereinstimmung mit den bewilligten Plänen und den gesetzlichen Vorschriften sowie bezüglich Sicherheit (Arbeitssicherheit im Auftrag der SUVA)

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	2'234'522	2'345'774	2'330'732
Erlös	2'385'561	2'264'217	2'692'992
Nettokosten	-151'039	81'557	-362'260
Kostendeckungsgrad in %	107	97	116

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Fristgerechte Erteilung aller Bewilligungen			
- Erteilung innert 1 Monat (in %)	27	30	30
- Erteilung innert 2 Monaten (in %)	62	60	60
- Erteilung innert 3 Monaten (in %)	82	90	90
- Erteilung innert 4 Monaten (in %)	94	96	96
Max. 1 % der Baurechtsentscheide müssen aufgehoben werden	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Anzeigeverfahren (mit Audienzverfahren)	472	550	550
Anzahl ordentliche Baubewilligungsverfahren	405	400	400
Anzahl Bauabnahmen	968	800	850

Alle Leistungsmengen sind nicht beeinflussbar.

Produkt 2 Technische Bewilligungen und Kontrollen

Leistungen

- Korrekte und umfassende Beratung von Planern und Bauherren im eigenen Fachbereich
- Erteilung der Bewilligungen im Rahmen der delegierten Kompetenzen bzw. Antragstellung zu Händen der verfahrensleitenden Stelle in allen Bewilligungsverfahren
- Umfassende Schlusskontrolle bei Bauvorhaben mit amtlicher Kontrolle bzw. stichprobenweise Schlusskontrolle bei Bauvorhaben mit privater Kontrolle
- Periodische Kontrollen nach den von der Amtsleitung festgelegten Prioritäten
- Weiterführung und Abschluss der Energieplanung und Umsetzung

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	2'785'934	2'793'728	3'171'808
Erlös	1'735'562	1'748'624	1'782'724
Nettokosten	1'050'372	1'045'105	1'389'084
Kostendeckungsgrad in %	62	63	56

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kostendeckungsgrad der Rauchgaskontrolle in %	96	100	100
Kostendeckungsgrad der Aufzugskontrolle in %	92	92	95
Durchführung der gesetzlichen periodischen Kontrollen, Brandschutz (soll 100%):			
- Bauten mit 2-jährigem Kontrollturnus (in %)	95	100	100
- Bauten mit 4-, 6- und 8-jährigem Kontrollturnus (in %)	52	60	60
Durchführung/Überwachung aller Feuerungsanlagen bezüglich Einhaltung von Emmissionsgrenzwerten nach Luftreinhalteverordnung (in %)	95	100	100
Überwachung Anforderung BBV I: Hygiene, Lärm, Wärmedämmung, Luftreinhaltung, technische Ausrüstungen			
- Stichprobenkontrolle (in %)	8	10	10

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Brandschutz			
Anzahl Vernehmlassungen	613	450	500
Periodische Gebäudekontrollen, Berichte:			
- Anzahl 2-jährig	51	50	50
- Anzahl 4-jährig	74	71	71
- Anzahl 6-jährig	147	176	176
- Anzahl 8-jährig	12	15	15
Kontrollen von Fall zu Fall	220	150	170
Feuerungskontrolle			
- Anzahl Bewilligungen	609	550	550
- Anzahl Sanierungen	193	190	190
- Anzahl Belästigungsklagen	8	15	10
Technischer Umweltschutz			
- Anzahl Vernehmlassungen	1'237	1'200	1'200
- Anzahl Baukontrolle	80	100	100
- Anzahl Stichproben Private Kontrollen	25	120	100

Die Mengen von Vernehmlassungen, Bewilligungen und Sanierungen sind nicht beeinflussbar.

Produkt 3 Spezialaufgaben

Leistungen

- Beratung und Unterstützung der Baubehörde sowie der Bereiche, Ämter und Abteilungen im Departement Bau in Fragen des öffentlichen Raumplanungs-, Bau- und Umweltschutzrechts sowie des privaten Baurechts (inkl. Entwurf und Erlass von Verfügungen, Verhandlungsführung, Vertragsausarbeitung etc.)
- Beratung von Privaten in Fragen des öffentlichen Raumplanungs-, Bau- und Umweltschutzrechts
- Führung von Rechtsmittelverfahren und Durchführung von Verwaltungsstrafverfahren
- Rechtsetzung: Erarbeitung von kommunalen Gesetzes-/Verordnungsentwürfen und Verfassen von Vernehmlassungen zu Gesetzes-/Verordnungsvorlagen des Kantons bzw. des Bundes
- Erteilung der Bewilligungen für Grenzänderungen und Reklamen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'464'282	1'661'516	1'497'042
Erlös	586'597	465'659	454'784
Nettokosten	877'685	1'195'857	1'042'258
Kostendeckungsgrad in %	40	28	30

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Gewonnene Rechtsmittelverfahren (inkl. formelle Erledigungen) in %	89	90	90
Max. 2 % der Baurechtlichen Entscheide zu den Reklamebewilligungen und Mutationen müssen aufgehoben werden	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Rechtsmittelverfahren:			
- Anzahl erledigter planungs- und baurechtlicher Verfahren *	78	60	65
- Anzahl gewonnener und formell erledigter planungs- und baurechtlicher Verfahren **	69	55	55
- Anzahl erledigter Submissionsbeschwerden *	2	2	2
- Anzahl erledigter Strafverfahren (inkl. Einstellungen, Strafverfügungen und Überweisungen an Statthalter) **	5	20	10
Baurechtliche Entscheide:			
- Anzahl Reklamen *	108	160	120
- Anzahl Mutationen *	60	60	60

*) nicht beeinflussbare Leistungsmengen

**) nur bedingt beeinflussbare Leistungsmengen

IAFP Baupolizei

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	6'499	6'801	6'999	7'150	7'165	7'175
Erlös	4'707	4'478	4'930	4'931	4'931	4'931
Nettokosten/Globalkredit	1'791	2'323	2'069	2'219	2'234	2'244
Kostendeckungsgrad in %	72	66	70	69	69	69

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	300'000	310'000	60'000	180'000	300'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Grundsatz Auf der Basis der wesentlichen Grundsätze des Staats- und Verwaltungsrechts, der Rechtsgleichheit, Verhältnismässigkeit, Eigentumsgarantie, Legalitätsprinzip u.a.m. ist die Planungs-, Bau- und Umweltschutzgesetzgebung von Bund und Kanton korrekt und vollständig zu vollziehen. Messung: Gewonnene Rechtsmittelverfahren (in %)	89	90	90	90	90	90
2 Kostendeckungsgrad Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft bei der Bauaufsicht(Gebührenverordnung) in % Kostendeckungsgrad der Dienstleistungen für externe Kundschaft: - Rauchgaskontrolle in % - Aufzugskontrolle in %	61 96 92	57 100 92	66 100 95	65 100 100	65 100 100	65 100 100
3 Kundenorientierung Fristgerechte Erteilung aller Baubewilligungen: - Innert 1 Monat (in %) - Innert 2 Monaten (in %) - Innert 3 Monaten (in %) - Innert 4 Monaten (in %)	27 62 82 94	30 60 90 96	30 60 90 96	30 60 90 96	30 60 90 96	30 60 90 96
4 Sicherheit Gewährleistung der Sicherheit von Bauten und Anlagen im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben Abnahmekontrollen (in %) Gesetzlich vorgeschriebene periodische Kontrollen (soll 100%): - Anlagen mit grossem Gefährdungspotenzial (in %) - Anlagen mit geringem Gefährdungspotenzial (in %)	95 95 52	100 100 60	100 100 60	100 100 70	100 100 75	100 100 75
5 Umweltschutz (Oekologie) Vollständige Umsetzung der technischen Anforderungen im Bereich des Umweltschutzes: - Private Kontrollen (in %) - Plausibilitätskontrolle aller Nachweise (in %) - Stichprobenweise Ueberprüfungen von allen Bauvorhaben (in %)	76 70 8	80 90 10	80 90 10	80 90 10	80 90 10	80 90 10

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

- Strassensanierungsprogramm IGW (Immissionsgrenzwerte) operativ 2010 - 2018
- Neue Geschäftskontrolle operativ ab 2013 (Integrierte Geschäftskontrolle / IGEKO)
- EDV-gestützte Plattform für Vernehmlassungen im Baubewilligungsverfahren operativ 2013
- Erstellen und Entwickeln eines Softwareprogrammes für die Holzfeuerungskontrolle 2012/2013

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Feuerpolizei: Vermehrte Kontrollen der Bauten und Anlagen mit geringem Gefährdungspotenzial, wenn der Personalbestand wieder ausgeglichen und geschult ist (gesetzliches Soll wäre 100 %).
- Rauchgaskontrolle: Festigung der Zusammenarbeit mit den Kaminfeuern und der Kontrollen nach LRV an den Holzöfen nach Einführung im Oktober 2007. Steigerung des Aufwandes für die Erfüllung des gesetzlichen Auftrages.
- Aufzugskontrolle: Erhöhung des Kostendeckungsgrades infolge Aufarbeitung des Rückstandes.

Städtebau

Auftrag

Schaffen der raumplanerischen Voraussetzungen für eine gedeihliche Stadtentwicklung auf der Basis eines zukunftsgerichteten, effizienten und ressourcenschonenden Umgangs mit dem Boden. Bereitstellung von Grundlagen zur Förderung des optimalen stadtverträglichen Verkehrs in Verbindung mit einer hohen Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum. Erstellung, Erneuerung und Unterhalt stadtteigener Bauten unter Beachtung von Ökologie und Nachhaltigkeit. Abstimmung der Interessen zwischen Bauherrschaften und Bevölkerung. Erhaltung und Pflege der bestehenden Baukultur und Förderung einer innovativen städtebaulichen und architektonischen Entwicklung der Stadt.

Produkte

1 Raum- und Verkehrsplanung

Bereitstellen von Planungsgrundlagen (inkl. Verkehrsdaten); Richt- und Nutzungsplanung (inkl. Bau- und Niveaulinien) sowie Sondernutzungsplanungen (Gestaltungspläne, Sonderbauvorschriften, Quartier- und Erschliessungspläne) gemäss den Zielen einer nachhaltigen Stadtentwicklung; Prüfung von Bauvorhaben hinsichtlich Übereinstimmung mit Planungszielen und -vorgaben; Planung und Steuerung der Verkehrsinfrastruktur.

2 Denkmalpflege

Bereitstellen von Unterlagen, Beauftragen von Schutzabklärungen und Beratung bei der Renovation von übrigen Bauten zu Händen von Bauherrschaften und des Bauausschusses im kommunalen Inventar der schutzwürdigen Kulturdenkmäler sowie bei Neu- und Umbauten in Ortsbildschutzzonen; Führen der Fachgruppe Denkmalpflege; Beraten und Sensibilisierung der Öffentlichkeit in Fragen der Erhaltung von Baudenkmälern.

3 Stadtgestaltung, Wettbewerbe

Bereitstellen von Unterlagen und Beratung von übrigen Bauten zu Händen von Bauherrschaften und des Bauausschusses; Gestalterische Begutachtung von Baugesuchen (private und städtische); Führen der Fachgruppen Stadtgestaltung; Planen und Durchführen von Architektur- und Planungswettbewerben.

4 Hochbauten

Planen, Bauorganisation, Begleitung der städtischen Hochbauten und Unterhalt optimiert nach funktionalen, konstruktiven, ökonomischen, ökologischen und gestalterischen Vorgaben. Umsetzung von Kunst am Bau.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Raumplanungsgesetz (RPG) und Raumplanungsverordnung (RPV)
- Planungs- und Baugesetz des Kantons Zürich (PBG) inkl. Verordnungen
- Besondere Bauverordnung (BBV)
- Kantonale Richtpläne (Siedlung und Landschaft; Verkehr; Versorgung; Entsorgung; Öffentliche Bauten und Anlagen)
- SIA Normen, VSS Normen
- Strassenverkehrsrecht (Bund); Strassengesetz des Kantons Zürich
- Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen
- Bundesgesetz über den Natur- und Heimatschutz (NHG) inkl. Verordnungen
- Eidgenössische Verordnung über das Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (VISOS)
- Luftreinhalteverordnung (LRV); Lärmschutzverordnung (LSV)
- Energiegesetz (EnG) inkl. Verordnung (EnV)
- Brandschutzrichtlinien, Vereinigung kantonalen Feuerungsversicherungen (VKF)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Bau- und Zonenordnung der Stadt Winterthur, inkl. die Ergänzungspläne der Kernzonen KI-KIV sowie des Sulzer-Areales
- Richtpläne Siedlung und Landschaft, Verkehrspläne
- Sondernutzungspläne
- Allg. Bedingungen der Stadt Winterthur für die Ausführung von Bauarbeiten vom 4.3.83
- Bau- und Zonenordnung der Stadt Winterthur, inkl. die Ergänzungspläne der Kernzonen KI-KIV sowie des Sulzer-Areales
- Energieplan für die Stadt Winterthur
- SRB über die Nachhaltigkeit: Energieoptimierung öffentlicher Bauten
- Inventar der schutzwürdigen Bauten von kommunaler Bedeutung

Stufe Verwaltungseinheit

- Zielvorgaben des Departements

Verantwortliche Leitung

Michael Hauser

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Grundlagen			
<u>1.1 Raum- und Verkehrsplanung</u> Erstellen des jährlichen Verkehrsberichtes mit Leitbildcharakter	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt
<u>1.2 Denkmalpflege</u> Erarbeiten von Gutachten zu Inventar- und Schutzobjekten und Gebieten (Kernzonen)			
▪ Anzahl erarbeitete Projekte	27	20	20
<u>1.3 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u> Erarbeiten von Grundlagen zu städtebaulich und architektonischen Fragen (vgl. Rubrik operative Ziele)			
▪ Anzahl erarbeitete Grundlagen	10	5	5
2 Vernetzen und informieren			
<u>2.1 Raum- und Verkehrsplanung</u> Austausch mit Städten, umliegenden Gemeinden, Kanton und Bund			
▪ Anzahl Veranstaltungen	15	15	17
<u>2.2 Denkmalpflege</u> Anzahl Veranstaltungen und Führungen	7	6	6
▪ daraus erreichte Besucherzahl	2'000	1'000	1'200
<u>2.3 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u> Anzahl Publikationen zu Städtebau und Architektur in der Tages- und Fachpresse	17	15	15
3 Beraten und Beurteilen			
<u>3.1 Raum- und Verkehrsplanung</u> Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in %		70	80
<u>3.2 Denkmalpflege</u> Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in %	80	80	80
<u>3.3 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u> Beratung bei Studien, Testplanungen, Konkurrenzverfahren und Bauvorhaben.			
▪ Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in %	92	80	80
<u>3.4 Hochbauten</u> Anzahl Entscheidungsgrundlagen für bauliche Strategien erarbeiten und Planerwahlverfahren durchführen	9	5	5
4 Prozesse gestalten, leiten und moderieren			
<u>4.1 Raum- und Verkehrsplanung</u> Planung von Strassenräumen und Plätzen			
▪ Durchführung von Studien und Planungen		7	7
<u>4.2 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u> Durchführung von Studien, Testplanungen, Wettbewerben und weiteren Konkurrenzverfahren			
▪ Anzahl Verfahren	13	10	10
<u>4.3 Hochbauten</u> Einhaltung der Kredite bei Bauabrechnungen kleiner in % (Durchschnitt aller Kredite)	93.0	100.0	100.0
Ertrag ▪ Bauherreneigenleistungen mind. von Mio. CHF		1.0	1.1

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
5 Nachhaltigkeit fördern			
<u>5.1 Raum- und Verkehrsplanung</u>			
Erhöhung der Verkehrssicherheit, -verflüssigung und -beruhigung.			
Art der Projekte und Massnahmen vgl. Rubrik operative Ziele			
▪ Anzahl bearbeitete Projekte und Gutachten	23	20	22
<u>5.2 Denkmalpflege</u>			
▪ Anzahl Schutzobjekte konstant halten	153	148	153
▪ Anzahl neuer Schutzverträge und Verfügungen	5	3	5
<u>5.3 Hochbauten</u>			
▪ Anzahl Gebäude mit Energiebuchhaltung		130	140
Minergiestandard bei fertig gestellten Bauten			
▪ Anzahl Neubauten	0	0	4
zertifiziert	0	0	0
▪ Anzahl Gesamtsanierungen	4	5	3
zertifiziert	0	2	0
Primäranforderungen erfüllt			1

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	7'548'412	7'788'961	7'896'043

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

- Der Globalkredit 2012 der PG Städtebau erhöht sich gegenüber dem Voranschlag 2011 um CHF 107'000.-- auf 7.9 Mio. Franken.
- Die Personalkosten erhöhen sich infolge einer zusätzlichen Stelle von 60 % für die Aufgaben des zentralen Immobilienmanagements sowie der Lohnmassnahmen 2012 (Stufen- und Leistungsanteil).
- Geringerer Sachaufwand aus Einkauf Fernwärme sowie für Anschaffungen und Wartung von Hard- und Software.
- Höhere kalkulatorische Kosten auf der Grundlage des Investitionsprogramms.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

- Gegenüber der Rechnung 2010 erhöht sich der Globalkredit um rund CHF 348'000.--.
- Die Zunahme der Personalkosten von CHF 283'000 steht im Zusammenhang mit diversen Vakanzen im Jahr 2010, der Zunahme vom Personalbestand vor allem für die Aufgaben im zentralen Immobilienmanagement und der Lohnerhöhung 2011/12 (Stufen- und Erfahrungsanteil).
- Geringerer Sachaufwand vor allem aus dem Einkauf von Fernwärme.
- Höhere kalk. Abschreibungen und Zinsen auf der Grundlage des Investitionsprogramms.
- Zunahme der Bauherreneigenleistungen aufgrund des hohen Investitionsvolumens.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	6'027'092	6'138'427	6'309'970
Sachkosten	1'146'194	1'172'384	1'047'316
Beiträge an Dritte	100'193	80'000	88'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	821'408	948'349	1'027'441
Mietkosten	489'172	486'800	485'800
Übrige interne Kosten	299'953	302'001	291'716
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>8'884'013</i>	<i>9'127'961</i>	<i>9'250'243</i>
Verrechnungen innerhalb PG	4'500	0	0
Total effektive Kosten	8'879'513	9'127'961	9'250'243
Externe Erlöse	1'312'834	1'339'000	1'354'200
Interne Erlöse	22'767	0	0
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'335'601</i>	<i>1'339'000</i>	<i>1'354'200</i>
Verrechnungen innerhalb PG	4'500	0	0
Total effektive Erlöse	1'331'101	1'339'000	1'354'200
Total Nettokosten / Globalkredit	7'548'412	7'788'961	7'896'043
Kostendeckungsgrad in %	15	15	15

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	37.42	38.30	38.90
▪ Auszubildende	3.00	3.00	3.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Antrag: Durch das Zentrale Immobilienmanagement (ZIM) sind zusätzliche Stelleneinheiten von 0.60 für die Bauzustandserfassung in der Abteilung Hochbau Dienste notwendig.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Vertiefung der Teilprojekte aus dem städtischen Gesamtverkehrskonzept sGVK (u. a. Zürcherstrasse, Technikumstrasse, Revision der Abstellplatzverordnung, Positivplanung stark verkehrsintensiver Nutzungen SVN, Hochleistungskorridor Stadtzentrum – Neuhegi, RVS)
- Gestaltungsplan Lagerplatz und Werk 1
- Gesamtrevision der Richt- und Nutzungsplanung wird fortgesetzt
- Inventarergänzung Periode 1945 – 1980
- Durchführung und Begleitung von Konkurrenzverfahren: Polizeigebäude, Frohsinn, Günstiges Wohnen Maienried, Gewerbezentrum Taggenbergstrasse, Wohnüberbauung Vogelsangstrasse, Hegifeldstrasse 76a/b (Wohnheim), Campingplatz am Schützenweiher, Villa Flora, Schulhaus Neuhegi, Restaurant Bruderhaus etc.
- Baubeginn von Werkhof Scheidegg, Alterszentrum Adlergarten, Schulhaus Zinzikon, verschiedene Pachtbetriebe
- Abschluss von Freibad Oberi, Sanierung Hallenbad Geiselweid

Produkt 1 Raum- und Verkehrsplanung**Leistungen**

- Richt- und Nutzungsplanung gemäss Begehren aus Politik, Verwaltung und Bevölkerung und in Zusammenarbeit mit der Stadtentwicklung.
- Erarbeitung und Antragstellung von öffentlichen Sondernutzungsplanungen
- Beratung bei Planungsinstrumenten
- Gesamtkoordination in strategischen Verkehrsfragen
- Aufgleisen von Verkehrsprojekten
- Beratung und Koordination in Verkehrsfragen
- Erheben von Verkehrsdaten

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	2'046'763	2'137'180	2'162'640
Erlös	76'320	76'440	49'547
Nettokosten	1'970'443	2'060'740	2'113'093
Kostendeckungsgrad in %	4	4	2

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Prozesse gestalten, leiten und moderieren			
Nachhaltigkeit fördern			
Erhöhung der Verkehrssicherheit, -verflüssigung und -beruhigung			
▪ Anzahl bearbeitete Projekte und Gutachten	23	22	23
Massnahmen zur baulichen Verdichtung			
▪ Anzahl erstellte Massnahmen	1	3	5
▪ Anzahl laufende Massnahmen	6	3	4

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
▪ Nicht Bauzone gesamt in ha	4'934.8	4'933.0	4'934.0
▪ Bauzone gesamt in ha	1'876.1	1'875.0	1'877.0
Bauzone überbaut			
▪ Bauzone überbaut gesamt in ha	1'648.9	1'645.0	1'665.0
Bauzone nicht überbaut			
▪ Bauzone nicht überbaut gesamt in ha	227.2	229.0	213.0
▪ davon rechtskräftig erschlossen in ha	178.0	180.0	182.0
▪ davon nicht erschlossen in ha	49.3	49.0	31.0
▪ Anzahl laufende Quartierpläne, Gestaltungspläne und Sonderbauvorschriften	16	9	10
▪ Anzahl Strassen- und Platzprojekte	5	7	9

Ab dem Jahr 2010 wird die überbaute Bauzone neuen Bewertungskriterien unterzogen

Produkt 2 Denkmalpflege

Leistungen

- Bereitstellung von Grundlagen für die Erhaltung des baulich kulturellen Erbes
- Beraten und sensibilisieren der Öffentlichkeit im Umgang mit historischer Bausubstanz
- Mitwirkung in Baubewilligungs- und anderen Verfahren im Bereich Denkmalpflege und Ortsbildschutz

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'298'923	1'145'554	1'244'948
Erlös	5'429	4'320	24'600
Nettokosten	1'293'494	1'141'234	1'220'348
Kostendeckungsgrad in %	0	0	2

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Grundlagen			
Erarbeiten von Artikeln und Publikationen			
▪ Anzahl erstellte Artikel und Publikationen	4	1	2
Vernetzen und informieren			
Vernetzung mit anderen Städten			
▪ Anzahl Veranstaltungen, Anlässe	4	4	6

1143

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
▪ Anzahl inventarisierte Objekte absolut	1'143	1'143	1'143
▪ Anzahl inventarisierte Objekte in % des gesamten Gebäudebestandes	6.3	6.3	6.3
▪ Anzahl Schutzobjekte absolut	153	148	153
▪ Anzahl Schutzobjekte in % des gesamten Gebäudebestandes	0.8	0.8	0.8
▪ Fläche der Kernzone im Verhältnis zu sämtlichen Bauzonen	5.7	5.7	5.7
Geschäftsfälle			
▪ Geschäftsfälle Gesamt	436	500	450
▪ davon Anzahl Baugesuche zu Inventar- und Schutzobjekten	120	100	120
▪ davon Anzahl Baugesuche in Kernzonen	76	40	75

Produkt 3 Stadtgestaltung / Wettbewerbe

Leistungen

- Bereitstellen von Grundlagen für die Erhaltung und Weiterentwicklung der Stadt mit städtebaulicher und gestalterischer Qualität
- Beraten und sensibilisieren der Öffentlichkeit in Fragen der Stadtgestaltung und des Umgangs mit der bestehenden Bausubstanz
- Mitwirken in Baubewilligungs- und anderen Verfahren im Bereich der Stadtgestaltung
- Planen und Durchführen von Architektur- und Planungswettbewerben
- Geschäftsführung Fachgruppe Stadtgestaltung

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'683'005	1'866'847	1'796'390
Erlös	44'326	64'540	8'077
Nettokosten	1'638'679	1'802'307	1'788'313
Kostendeckungsgrad in %	3	3	0

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Grundlagen Erarbeiten von Grundlagen zu städtebaulich und architektonischen Fragen (Juryberichte, Leitbilder, Wettbewerbsprogramme) ▪ Anzahl erarbeitete Grundlagen	10	5	5
Prozesse gestalten, leiten und moderieren Durchführung von Studien, Testplanungen, Wettbewerben und weiteren Konkurrenzverfahren ▪ Anzahl Anliegen	13	10	10

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
▪ Anzahl begleitete Studien und Konkurrenzverfahren	4	7	7
▪ Anzahl selbst durchgeführte Studien und Konkurrenzverfahren	9	3	3
▪ Anzahl Berichte in der Tages- und Fachpresse	17	15	15
Geschäftsfälle			
▪ Geschäftsfälle Gesamt		950	950
▪ davon Anzahl Baugesuche		550	550

Produkt 4 Hochbauten

Leistungen

- Führen der Planung und Realisierung von städtischen Hochbauvorhaben in der Investitionsrechnung (Neu- und Umbauten sowie Sanierungen) im Auftrag des Stadtrates
- Führen der baulichen und haustechnischen Sanierungs- und Unterhaltsarbeiten aller städtischen Liegenschaften im Auftrag der Eigentümer (Nutzerdepartement)
- Bereitstellen von Entscheidungsgrundlagen zur optimalen Erhaltung und Entwicklung der städtischen Liegenschaften

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	3'832'691	3'978'381	4'046'265
Erlös	1'209'526	1'193'700	1'271'976
Nettokosten	2'623'166	2'784'681	2'774'289
Kostendeckungsgrad in %	32	30	31

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Beraten und beurteilen			
▪ Begleiten durch den politischen Prozess. Anzahl Projektverstellungen (BA, SR, GGR, Öffentlichkeit)	27	20	20
Prozesse gestalten, leiten und moderieren			
▪ Bauherrenaufwand in der laufenden Rechnung (Aufwand in CHF pro 1'000.– Baukosten)	199	260	260
▪ Bauherrenaufwand in der Investitionsrechnung (Aufwand in CHF pro 1'000.– Baukosten)	39	70	50
▪ Bauherreneigenleistungen mind. von Mio. CHF		1.0	1.1

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
▪ Betreute Liegenschaften von der Stadt Winterthur	563	558	561
▪ Anzahl Anträge für den Stadtrat	29	30	30
Projekte im Rahmen der laufenden Rechnung			
▪ Anzahl laufende Projekte	812	800	800
▪ Bauvolumen (Total Zahlungen in CHF)	6'047'000	5'500'000	5'500'000
▪ Durchschn. Bauvolumen pro Projekt in CHF	7'447	6'800	6'800
Projekte im Rahmen der Investitionsrechnung unter 10 Mio. CHF			
▪ Anzahl laufende Projekte	153	140	130
▪ Durchschn. Bauvolumen pro Projekt in CHF	1'135'000	1'100'000	1'150'000
Projekte im Rahmen der Investitionsrechnung über 10 Mio. CHF			
▪ Anzahl laufende Projekte	12	11	11
Investitionen gesamt			
▪ Gesamtes Bauvolumen in der Investitionsrechnung (Total Zahlungen in CHF)	60'803'000	42'000'000	48'000'000

IAFP Städtebau

Nettokosten (in CHF 1'000.–)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	8'879	9'127	9'250	9'390	9'390	9'390
Erlös	1'331	1'339	1'354	1'354	1'354	1'354
Nettokosten/Globalkredit	7'548	7'789	7'896	8'036	8'036	8'036
Kostendeckungsgrad in %	15	15	15	14	14	14

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	2'540'000	2'960'000	2'240'000	1'710'000	1'200'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Grundlagen						
<u>1.1 Raum- und Verkehrsplanung</u>						
▪ Erstellung des jährlichen Verkehrsberichtes mit Leitbildcharakter	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt	Erfüllt
<u>1.2 Denkmalpflege</u>						
Erarbeiten von Gutachten zu Inventar- und Schutzobjekten und Gebieten (Kernzonen)						
▪ Anzahl erarbeitete Projekte	27	20	20	20	20	20
<u>1.3 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u>						
Erarbeiten von Grundlagen zu städtebaulich und architektonischen Fragen (vgl. Rubrik operative Ziele)						
▪ Anzahl erarbeitete Grundlagen	10	5	5	5	5	5
2 Vernetzen und informieren						
<u>2.1 Raum- und Verkehrsplanung</u>						
Austausch mit Städten, umliegenden Gemeinden, Kanton und Bund						
▪ Anzahl Veranstaltungen	15	15	17	17	17	17
<u>2.2 Denkmalpflege</u>						
▪ Anzahl Veranstaltungen und Führungen	7	6	6	6	6	6
▪ daraus erreichte Besucherzahl	2'000	1'000	1'200	1'200	1'200	1'200
<u>2.3 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u>						
▪ Anzahl Publikationen zu Städtebau und Architektur in der Tages- und Fachpresse	17	15	15	15	15	15
3 Beraten und Beurteilen						
<u>3.1 Raum- und Verkehrsplanung</u>						
▪ Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in %	0	70	80	80	80	80
<u>3.2 Denkmalpflege</u>						
▪ Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in %	80	80	80	80	80	80
<u>3.3 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u>						
Beratung bei Studien, Testplanungen, Konkurrenzverfahren und Bauvorhaben.						
▪ Durchlaufzeit der Baugesuche innerhalb einer Woche in %	92	80	80	80	80	80
<u>3.4 Hochbauten</u>						
▪ Anzahl Entscheidungsgrundlagen für bauliche Strategien erarbeiten und Planerwahlverfahren durchführen	9	5	5	5	5	5
4 Prozesse gestalten, leiten und moderieren						
<u>4.1 Raum- und Verkehrsplanung</u>						
Planung von Strassenräumen und Plätzen						
▪ Durchführung von Studien und Planungen	0	7	7	7	7	7
<u>4.2 Stadtgestaltung/Wettbewerbe</u>						
Durchführung von Studien, Testplanungen, Wettbewerben und weiteren Konkurrenzverfahren						
▪ Anzahl Verfahren	13	10	10	10	10	10
<u>4.3 Hochbauten</u>						
▪ Einhaltung der Kredite bei Bauabrechnungen kleiner in % (Durchschnitt aller Kredite)	93.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
Ertrag						
▪ Bauherreneigenleistungen mind. von Mio. CHF	0.0	1.0	1.1	1.1	1.1	1.1

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
5 Nachhaltigkeit fördern						
5.1 Raum- und Verkehrsplanung						
Erhöhung der Verkehrssicherheit, -verflüssigung und -beruhigung.						
Art der Projekte und Massnahmen vgl. Rubrik operative Ziele						
▪ Anzahl bearbeitete Projekte und Gutachten	23	20	22	22	22	22
5.2 Denkmalpflege						
▪ Anzahl Schutzobjekte konstant halten	153	148	153	153	153	153
▪ Anzahl neuer Schutzverträge und Verfügungen	5	3	5	5	5	5
5.3 Hochbauten						
▪ Anzahl Gebäude mit Energiebuchhaltung	0	130	140	140	140	140
Minergiestandard bei fertig gestellten Bauten						
▪ Anzahl Neubauten	0	0	4	1	2	1
zertifiziert	0	0	0	1	2	1
▪ Anzahl Gesamtanierungen	4	5	3	2	1	0
zertifiziert	0	2	0	2	1	0
Primäranforderungen erfüllt	0	0	1	0	0	0

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

- Gesamtrevision der Richt- und Nutzungsplanung wird fortgesetzt. Erarbeitung der dazu notwendigen Grundlagen (wie beispielsweise Potenzialkarte 2000 Watt Gesellschaft, "neuer Bodmerplan", Bestandesaufnahme Wohnsiedlungen etc.)
- Vertiefung der Teilprojekte aus dem städtischen Gesamtverkehrskonzept sGVK (u. a. Zürcherstrasse, Technikumstrasse, Revision der Abstellplatzverordnung, Positivplanung stark verkehrsintensiver Nutzungen SVN, Hochleistungskorridor Stadtzentrum – Neuhegi, RVS).
- Planungszone Neuhegi-Grüze: Umsetzen und Sichern der Planungsergebnisse in der Nutzungsplanung
- Erstellen von Faltblättern als Wegleitung zu Kernzonen, zu Schutzobjekt und Energie etc.
- Durchführung und Begleitung von Konkurrenzverfahren
- Grosse/wichtige stadteigene Bauten werden aufgelegt und umgesetzt: Güterschuppen Bahnhof Töss, Villa Flora, Restaurant Bruderhaus, Hegelfeldstrasse 76a/b, weitere Ökonomiegebäude, Campingplatz am Schützenweiher, Polizeigebäude, SH Zinzikon, SH Neuhegi, SH Wallrüti, Stadion, AZ Adlergarten, Busdepot Grüzefeld

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen

Polizeirichteramt

Auftrag

Rechtmässige und sachgerechte Bearbeitung der eingehenden Verzeigungen mittels Erlass von Verfügungen (Strafbefehle, Einstellungen, Abtretungen). Bearbeitung der Einsprachefälle, gegebenenfalls mittels Durchführung von Strafuntersuchungen einschliesslich abschliessender Verfügungen. Vollzug der rechtskräftigen Verfügungen und Entscheide (Inkasso, Vollzugsaufträge).

Produkte

1 Übertretungsstrafverfahren

Erledigung der im Rahmen des Auftrages anfallenden Arbeiten

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Schweizerisches Strafgesetzbuch, Jugendstrafgesetz
- weitere bundesrechtliche Erlasse (SVG, BetmG, PBG, AuG usw.)
- Schweizerische Strafprozessordnung
- Gerichtsorganisationsgesetz des Kantons Zürich
- (kantonale) Verordnung über die Zuständigkeit der Gemeinden im Übertretungsstrafrecht
- weitere kantonale Erlasse

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeindeordnung
- Geschäftsordnung des Stadtrates
- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung
- weitere städtische Erlasse
- Stadtratsbeschlüsse

Stufe Verwaltungseinheit

- interne Bussenlisten

Verantwortliche Leitung

Gabi Bienz-Meier

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Ergebnis der Verfügungstätigkeit Akzeptanz der Strafverfügungen durch die Gebüssten <i>Messung / Bewertung:</i> Geschäftskontrolle/Einsprachenverwaltung <i>Messgrössen:</i> Verhältnis eingehende Einsprachen/Strafverfügungen in % Verhältnis Einspracherückzüge (inkl. geänderte Strafverfügungen)/eingehende Einsprachen in %	4.10 62.00	5.30 54.00	4.40 62.50
2 Erledigung der Fälle Erledigung der Verzeigungs- und Einsprachefälle <i>Messung / Bewertung:</i> Geschäftskontrolle/Einsprachenverwaltung <i>Messgrössen:</i> Verhältnis Erledigungen/eingehende Verzeigungen in % Verhältnis Erledigungen/eingehende Einsprachen in %	111.10 112.20	105.00 105.00	100.00 106.00

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	-1'141'477	-1'479'569	-1'223'408

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Einleitend ist zu vermerken, dass gestützt auf einen Bundesgerichtsentscheid (publiziert am 21. Februar 2011) der Hauptanteil aller Fälle im öffentlichen Transportwesen (ÖTW), d.h. das Fahren ohne gültigem Billett, nur noch zivilrechtlich geahndet werden kann. Dies hat für das Polizeirichteramt direkte Auswirkungen auf das Budget 2012.

Das Budget 2012 geht im Gegensatz zum Voranschlag 2011 von einem geringeren Ertragsüberschuss aus. Die Ursache für diesen Rückgang liegt in erster Linie im oben erwähnten Wegfall der ÖTW-Fälle. Dadurch fällt einerseits der Erlös (Busenertrag sowie Spruch- und Schreibgebühren) in besagten Fällen weg, andererseits werden dadurch aber auch keine Debitorenverluste und Betreibungsgebühren generiert. Des Weiteren ist der Rückgang der Erträge damit zu begründen, dass für das Budgetjahr 2012 mit weniger SVG-Fällen gerechnet wird, da sich die Verkehrsdisziplin offenbar gebessert hat. Dies stellt zwar eine erfreuliche Tatsache dar, jedoch können die Erträge aufgrund der geringeren Übertretungsquote im SVG-Bereich nicht mehr - wie für 2011 optimistisch budgetiert - auf demselben Niveau gehalten werden.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Das Gesamtergebnis bleibt praktisch unverändert; es ergibt sich ein etwas höherer Nettoertrag von rund CHF 80'000. Die Sachkosten gehen um rund CHF 425'000.-- zurück, was zu einem grossen Teil mit dem oben erwähnten Wegfall der ÖTW-Fälle im Zusammenhang steht (geringere Debitorenverluste und Betreibungsgebühren). Da die Stadtpolizei nach Vorgabe des Finanzamtes per 2011 von extern verrechneten Kosten auf interne Verrechnungen umgestellt hat, steigen die übrigen internen Kosten im Vergleich zur Rechnung 2010 an (Verschiebung von den Sachkosten zu den übrigen internen Kosten). Bezüglich der externen Erlöse kann wiederum auf den Wegfall der ÖTW-Fälle und deren Auswirkungen auf der Ertragsseite verwiesen werden. Es ist aber davon auszugehen, dass die Einnahmeausfälle indessen durch Mehreinnahmen in andern Rechtsgebieten mindestens teilweise kompensiert werden können.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	1'121'348	1'136'101	1'140'942
Sachkosten	1'404'492	1'389'248	977'010
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	24'122	23'406	4'589
Mietkosten	84'462	73'900	84'400
Übrige interne Kosten	54'723	161'800	161'973
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'689'147</i>	<i>2'784'455</i>	<i>2'368'915</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	2'689'147	2'784'455	2'368'915
Externe Erlöse	3'831'363	4'264'000	3'592'300
Interne Erlöse	-740	24	23
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'830'623</i>	<i>4'264'024</i>	<i>3'592'323</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	3'830'623	4'264'024	3'592'323
Total Nettokosten / Globalkredit	-1'141'477	-1'479'569	-1'223'408
Kostendeckungsgrad in %	142	153	152

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	8.37	8.50	8.50
▪ Auszubildende	1.00	1.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Veränderung gegenüber dem VA 2011.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

Mit Inkrafttreten des Gesetzes über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozessrecht (GOG) am 1. Januar 2011 liegt die Zuständigkeit für die Verfolgung und Beurteilung von Übertretungen neu grundsätzlich vollumfänglich bei den Statthalterämtern. Nach erfolgter regierungsrätlicher Bewilligung des Gesuches um Übertragung der Zuständigkeit an die Gemeinden hat sich das Polizeirichteramt als Übertretungsstrafbehörde zu etablieren.

Produkt 1 Uebertretungsstrafverfahren**Leistungen**

- Beurteilung der zur Anzeige gebrachten Fälle aus dem Bereich des Übertretungsstrafrechts des Bundes (Allgemeines Strafrecht, Strassenverkehr, Betäubungsmittelkonsum usw.), des Kantons Zürich (Gastwirtschaftswesen, Gesundheitswesen usw.) und der Stadt Winterthur (Allgemeine Polizeiverordnung, Einwohnermeldewesen, Benützung des öffentlichen Grundes usw.).
- Durchführung von Strafuntersuchungen in Einsprachefällen
- Auskünfte an Beteiligte im Rahmen hängiger Verfahren einschliesslich Einschätzung der Chancen und Risiken bei Weiterführung des Verfahrens

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	2'689'147	2'784'455	2'368'915
Erlös	3'830'623	4'264'024	3'592'323
Nettokosten	-1'141'477	-1'479'569	-1'223'408
Kostendeckungsgrad in %	142	153	152

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Verhindern des Anstiegens der Pendenzenzahlen (Verzeigungsfälle/Einsprachen).	1'143/113	730/62	580/60

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Verzeigungsfälle			
▪ Pendenzen Anfang Jahr	2'396	1'350	523
▪ Neueingänge	11'235	12'400	11'000
▪ Strafverfügungen	11'698	12'050	10'300
▪ Sonstige Erledigungen	790	970	700
▪ Pendenzen Ende Jahr	1'143	730	523
Einsprachen			
▪ Pendenzen Anfang Jahr	172	85	81
▪ Neue Einsprachen	484	638	480
▪ Rückzüge	247	275	240
▪ geänderte Strafverfügungen	63	69	60
▪ Aufhebungen	137	162	130
▪ Überweisung an Bezirksgericht	18	35	20
▪ Sonstige Erledigungen	78	129	60
▪ Pendenzen Einsprachen Ende Jahr	113	62	51
Beurteilung der überwiesenen Fälle durch Bezirksgericht			
▪ Verurteilungen (Schuldsprüche)	10	21	10
▪ Freisprüche	9	14	10
erledigte Rechtshilfegesuche	1	1	0

IAFP Polizeirichteramt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	2'689	2'784	2'368	2'369	2'369	2'369
Erlös	3'830	4'264	3'592	3'592	3'592	3'592
Nettokosten/Globalkredit	-1'141	-1'480	-1'223	-1'223	-1'223	-1'223
Kostendeckungsgrad in %	142	153	152	152	152	152

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Ergebnis der Verfügungstätigkeit						
Akzeptanz der Strafverfügungen durch die Gebüssten						
Messung / Bewertung:						
Geschäftskontrolle/Einsprachenverwaltung						
Messgrössen:						
Verhältnis eingehende Einsprachen/Strafverfügungen in %	4.1	5.3	4.4	4.4	4.4	4.4
Verhältnis Einspracherückzüge (inkl. geänderte Strafverfügungen)/eingehende Einsprachen in %	62.0	54.0	62.5	75	75	75
2 Erledigung der Fälle						
Erledigung der Verzeigungs- und Einsprachefälle						
Messung / Bewertung:						
Geschäftskontrolle/Einsprachenverwaltung						
Messgrössen:						
Verhältnis Erledigungen/eingehende Verzeigungen in %	111.1	105.0	100.0	105	105	105
Verhältnis Erledigungen/eingehende Einsprachen in %	112.2	105.0	106.0	123	123	123

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

Für die Planungsperiode 2012 sind aus heutiger Sicht keine besonderen Massnahmen oder Projekte in Erwägung zu ziehen. Nach wie vor gilt es jedoch, die Entwicklung der Geschäftslast im Auge zu behalten, um gegebenenfalls mit entsprechenden Mitteln darauf reagieren zu können.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Ein wesentlicher Teil der eingehenden Verzeigungen wird auch im Budgetjahr - wie auch schon in den letzten Jahren - im Bereich des Strassenverkehrsrechts liegen. Wie es das Bundesgerichtsurteil im Zusammenhang mit den Schwarzfahrern (öffentliches Transportwesen) gezeigt hat, muss in der bestehenden Gesetzeslandschaft mit ständigen Änderungen gerechnet werden, deren Vorausschbarkeit nahezu unmöglich ist. Es ist aber davon auszugehen, dass sich die Geschäftslast des Polizeirichteramtes nach wie vor auf einem sehr hohen Niveau bewegen wird. Die Stabilisierung der Anzahl Pendenzen auf tiefem Niveau geniesst 2012 eine grosse Priorität.

Stadtpolizei

Auftrag

- Sicherheitspolizeidienst und Mitwirkung beim Kriminalpolizeidienst
- Verkehrspolizeidienst
- Verwaltungspolizeidienst

Produkte

Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung

Sichtbare Präsenz der Polizei; periodische Kontrollen an öffentlichen Orten; Angebot eines bevölkerungsfreundlichen Kontakts zur Polizei (Quartierpolizei); Schutz gefährdeter Objekte durch Einsatz von Technik und/oder Personal der Polizei; sämtliche Massnahmen, die einen geordneten, möglichst unfallfreien Verkehrsfluss sicherstellen; Erteilung und Kontrolle von Bewilligungen

Ereignisbewältigung

Intervention bei Verkehrsunfällen (Sicherung, Rettung, Tatbestandsaufnahme, Erstbetreuung von Ereignisbetroffenen); Einsatz bei Grossanlässen (z.B. Albanifest, Fasnacht, Sportanlässe, Demonstrationen); Intervention bei Delikten; schneller und verhältnismässiger Einsatz bei Konflikten; Bewältigung von Grossereignissen und Katastrophenfällen

Ermittlung/Aufklärung

Suchen von Personen und Gegenständen (ohne kriminalistische Fahndung); Ermittlung bei Delikten; Festhalten von Sachverhalten (z.B. Verlustanzeigen von Ausweisen, Aufnahme von Verlustprotokollen bei Fahrzeugdiebstählen); Personen- und Sachfahndung bei Vermutung bzw. Vorliegen eines kriminellen Hintergrundes; Erstellen von Ermittlungsrapporten zu Händen dritter Stellen

Information / Prävention

Medien- und Öffentlichkeitsarbeit; Prävention; Ausbildung von Dritten; Verkehrsschulung

Polizeinahe Dienstleistungen

Gewähren von Rechtshilfe; Ausführen von Transporten; Betreiben eines Fundbüros; Erstellen von Gutachten, Beratungen; Lebensraumschutz (Flurpolizei); Verkehrstechnik; Betrieb der Verkehrsregelungsanlagen; Inkasso für den ärztlichen Notfalldienst; Foto- und Kopierarbeiten für Amtsstellen und Dritte; Lärmmessungen für Dritte; Vermietung von Signalisationsmaterial und mobilen Lichtsignalanlagen; Durchführen von Wochen-, Jahr-, Floh- und Kunsthandwerkermärkten

Kontrolle ruhender Verkehr

Nachtparkieren; Bewirtschaften öffentlicher Parkplätze; Parkraumüberwachung

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bund unter anderem: Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937; Strassenverkehrsgesetz vom 19. Dezember 1958 (SVG); Bearbeitungsreglement zum Informationssystem HOOGAN (gestützt auf Art. 24a bis 24h des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit [BWIS] vom 21. März 1997 und Art. 21a bis 21n der Verordnung über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit [VWIS] vom 27. Juni 2001); Gesetz betreffend den Strafprozess (Strafprozessordnung) vom 5. Oktober 2007.

Kanton unter anderem: Polizei-Organisationsgesetz vom 29. November 2004; Gewaltschutzgesetz (GSG) vom 19. Juni 2006; Polizeigesetz (PolG) vom 23. April 2007.

Stufe Stadt (GGR / SR)

Allgemeine Polizeiverordnung der Stadt Winterthur vom 26. April 2004; Organisations- und Dienstreglement der Stadtpolizei Winterthur (Polizeireglement) vom 22. Dezember 2010; Dienstkleiderreglement Polizeikorps vom 22. Dezember 2010; Zuständigkeitsordnung der Stadt Winterthur zur kantonalen Verordnung über den Vollzug des Strassensignalisationsrechts des Bundes vom 12. November 1980 vom 4. November 1981; Verordnung betreffend die Ausnahmegewilligungen zur signalisierten Strassenverkehrsvorschriften vom 22. Juni 1988; Vorschriften über das unbeschränkte Parkieren in blauen Zonen (Parkkartenvorschriften) vom 17. Juni 1987; Verordnung betreffend das nächtliche Dauerparkieren auf öffentlichem Grund vom 31. Mai 1965; Vorschriften über die Benützung des öffentlichen Grundes zu Sonderzwecken vom 8. Juni 1979; Verordnung über das Taxiwesen vom 11. Januar 1989; Tarifordnung für das Taxiwesen der Stadt Winterthur vom 11. Juni 2008; Winterthurer Marktordnung vom 12. Oktober 1983; Vollzugsvorschriften zur Gesetzgebung über das Gastgewerbe und den Handel mit alkoholischen Getränken vom 4. April 1990; Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS) vom 10. Juli 2006; Gemeinderechtliches Ordnungsbussenverfahren vom 30. September 2009.

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung / Jahresziele

Verantwortliche Leitung

Fritz Lehmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung			
Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/in in CHF #	233.77	252.49	256.07
Kostendeckungsgrad insgesamt in % #	40	36	37
2 Kundenorientierung			
1. Die Bevölkerung fühlt sich sicher (subjektive Sicherheit)			
2. Kurze Interventionszeit nach Alarmierung			
3. Gute Erreichbarkeit eines kompetenten Ansprechpartners oder einer kompetenten Ansprechpartnerin			
4. Die Stadtpolizei ist sichtbar präsent			
Messung / Bewertung:			
1. Messung des Grades der subjektiven Sicherheit **			
2. Erfassen der Interventionszeit während zwei Wochen pro Jahr			
3. Messung des Zufriedenheitsgrades mit der Erreichbarkeit eines kompetenten Ansprechpartners oder einer kompetenten Ansprechpartnerin durch Befragung **			
4. Anteil der Arbeitszeit während Mitarbeitende der Stadtpolizei an der "Front" tätig sind			
Messgrößen:			
1. Grad der subjektiven Sicherheit (sicher oder sehr sicher) in % **	n/a	70	70
2. Interventionszeit <=5' in % der Einsatzfahrten	66	80	75
3. Zufriedenheitsgrad (zufrieden oder sehr zufrieden) in % **	n/a	65	65
4. Anteil der Frontstunden in % der Gesamtarbeitsstunden	41	42	42

** Messung nur alle 2 Jahre (ISO-Umfrage)

automatische Berechnung

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	23'925'966	26'095'374	26'618'918

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Der geplante Globalkredit für 2012 der Stadtpolizei fällt um rund CHF 500'000 höher als im Voranschlag 2011 aus.

Die höheren Personalkosten sind auf zusätzliche Stellen für die erhöhte Präsenz im Raum Bahnhof/Arch an Wochenenden zurückzuführen. In den Voranschlag 2011 wurden gemäss Beschluss des GGR drei Stellen aufgenommen. Im Voranschlag 2012 sind weitere drei Stellen aufgenommen worden. Ausserdem startet 2012 die Zürcher Polizeischule, an der alle Polizeianwärter/innen des Kantons Zürich ausgebildet werden. Die Ausbildungskosten für die neue Zürcher Polizeischule sind höher als diejenigen bei der Kantonspolizei.

Die höheren Sachkosten werden durch zwingende, nicht aufschiebbare Ausgaben (Upgrade Funkanlage POLYCOM) sowie die markant höhere Kostenverrechnung der IDW verursacht. Die höheren Mietkosten resultieren aus der Verlegung des Verkehrsgartens (ausgelöst durch den geplanten Bau des IZLB auf dem heutigen Standort des Verkehrsgartens). Die kalkulatorischen Zinsen und Abschreibungen fallen geringer aus, weil ein Teil der früheren Investitionen vollständig abgeschrieben ist.

Die höheren Aufwendungen werden durch Mehreinnahmen bei den Ordnungsbussen (2011 und 2012 werden je eine Verkehrsüberwachungsanlage installiert, 2011 zudem eine zusätzliche semistationäre Anlage) und durch höhere Gebühreneinnahmen auf Grund einer Anpassung der Gebührenordnung kompensiert.

Ab 2012 entfallen die Staatsbeiträge an die Unterhaltskosten der Gemeindestrassen, was bei der Stadtpolizei einen Ertragsausfall von jährlich CHF 90'000 zur Folge hat.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Die Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012 gilt weitgehend auch hier.

Das im Ist 2010 im Vergleich zum Soll 2011 und 2012 markant tiefere Total Nettokosten / Globalkredit ist zu einem wesentlichen Teil auch auf die 2010 erfolgte Umstellung der Verbuchungsart der Ordnungsbussen von "vereinnahmt" auf "vereinbart" zurückzuführen. Bei dieser Umstellung resultierte ein einmaliger (buchhalterischer) Ertrag von rund 1,3 Mio. CHF.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	31'466'557	31'883'052	33'186'176
Sachkosten	5'078'781	5'173'836	5'270'202
Beiträge an Dritte	3'450	3'400	3'450
Residualkosten	9'849	9'849	7'424
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'705'835	1'888'186	1'715'925
Mietkosten	838'592	833'332	909'580
Übrige interne Kosten	960'300	889'924	899'819
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>40'063'364</i>	<i>40'681'580</i>	<i>41'992'576</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	40'063'364	40'681'580	41'992'576
Externe Erlöse	15'496'410	13'842'100	14'715'300
Interne Erlöse	543'374	674'106	658'358
Beiträge von Dritten	97'614	70'000	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>16'137'398</i>	<i>14'586'206</i>	<i>15'373'658</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	16'137'398	14'586'206	15'373'658
Total Nettokosten / Globalkredit	23'925'966	26'095'374	26'618'918
Kostendeckungsgrad in %	40	36	37

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	228.13	236.48	240.15
▪ Auszubildende	11.00	9.00	9.68
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	3.00	3.00	3.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

- + 3.00: Beschluss des Grossen Gemeinderates vom 06.12.2010 (Finanzierung von drei zusätzlichen Polizeistellen), gestützt darauf SR.11.547-1 vom 18.05.2011 (Ergänzung des Stellenplans der Stadtpolizei mit drei zusätzlichen Vollzeitstellen). --> in der Spalte Soll 2011 bereits enthalten.
- + 3.00: Fortsetzung des Projekts "AHAB - Sichere Innenstadt an Wochenenden"; weiterer Ausbau der im Projekt definierten Leistungen.
- + 0.30: Zusätzlicher Personalbedarf im Zusammenhang mit dem sGVK
- + 0.37: Unterjähriger Übertritt von Absolvierenden der Polizeischule.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Planung Polizeigebäude
- Abschluss Inbetriebnahme neuer Verkehrsgarten
- Personalverstärkung gemäss Projekt AHAB - Sichere Innenstadt an Wochenenden
- Mitarbeit an der neuen Zürcher Polizeischule
- Überprüfung Konzept Verkehrslotsendienst

Produkt 1 Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung**Leistungen**

- Präventive Präsenz
- Objekt- und Personenschutz
- Bearbeitung des fliessenden Verkehrs
- Polizeiliche Bewilligungen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	14'490'952	14'989'239	15'564'594
Erlös	8'102'946	6'825'912	7'793'322
Nettokosten	6'388'006	8'163'327	7'771'272
Kostendeckungsgrad in %	56	46	50

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Patrouillen und Kontrolltätigkeit in Prozent der effektiven Arbeitszeit	18	20	20
Übertretungsquote bei Geschwindigkeitskontrollen in Prozent	6	6	6

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Gesamtstunden sichtbare Präsenz	59'693	57'000	58'000
Anzahl Stunden für Objekt- und Personenschutz	244	160	160
Anzahl Rotlicht-/Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen	6	7	8
Anzahl stationäre Geschwindigkeitsmessgeräte*	5	5	5
Kontrollstunden Überwachung des fliessenden Verkehrs	90'284	90'000	95'000
Anzahl bearbeitete Bewilligungen	5'183	5'000	5'000
Anzahl Gastwirtschaften	481	450	450
Anzahl Patente für Verkauf alkoholischer Getränke	153	150	150
Anzahl saisonale Strassencafés	79	70	70
Anzahl Lärmmessungen	27	20	20

Produkt 2 Ereignisbewältigung

Leistungen

- Intervention bei Delikten
- Intervention bei Verkehrsunfällen
- Übrige Interventionen/Konfliktbewältigung
- Einsatz bei Grossanlässen/Grossereignissen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	8'690'117	8'272'262	8'901'903
Erlös	69'885	119'501	92'751
Nettokosten	8'620'232	8'152'761	8'809'152
Kostendeckungsgrad in %	1	1	1

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Intervention vor Ort innerhalb von 5 Minuten (in %)	66	75	75
Mit der Intervention zufriedene Opfer in Prozent	82	85	85

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Verkehrsunfälle	1'198	1'270	1'270
Einsatzstunden für Grossanlässe/Grossereignisse	12'865	5'000	10'000
Anzahl Delikte mit Intervention der Stadtpolizei	N/A	8'000	N/A
Anzahl übrige Intervention/Konfliktbewältigungen der Stadtpolizei	N/A	8'000	N/A
Anzahl Interventionen bei häuslicher Gewalt	287	250	250
Anzahl Anzeigerapporte bei häuslicher Gewalt	106	100	100
Anzahl Einsätze mit Diensthunden	131	160	130

Einsatzstunden für Grossanlässe/Grossereignisse: Fussball-WM 2010 / EM 2012

Produkt 3 Ermittlung / Aufklärung

Leistungen

- Ermittlung bei Delikten
- Festhalten von Sachverhalten
- Personen- und Sachfahndung
- Suchen von Personen und Gegenständen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	8'103'936	8'029'385	8'505'421
Erlös	64'264	83'224	64'985
Nettokosten	8'039'672	7'946'161	8'440'436
Kostendeckungsgrad in %	1	1	1

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Innert Monatsfrist erledigte und verfügte Fälle in Prozent	79	90	90

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Gesamtstunden für Ermittlungsarbeiten	54'762	50'000	50'000
Anzahl Berichte und Rapporte	19'584	17'000	18'000
Gesamtstunden für Personen- und Sachfahndung	10'908	10'000	10'000
Anzahl Suchaktionen	0	0	0
Anzahl Verhaftungen tatverdächtiger Personen durch den Ermittlungsdienst	298	400	300
Anzahl Interventionen des Jugenddienstes	769	800	700

Produkt 4 Information / Prävention

Leistungen

- Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
- Prävention allgemein
- Prävention Verkehr

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'242'372	1'284'708	1'355'201
Erlös	7'495	9'533	8'920
Nettokosten	1'234'878	1'275'176	1'346'281
Kostendeckungsgrad in %	1	1	1

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Maximale Anzahl Delikte pro 1000 Einwohner/innen	N/A	100.00	N/A
Maximale Anzahl Verkehrsunfälle	1'198.00	1'270.00	1'270.00

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Medieninformationen	300	250	300
Anzahl durchgeführte Präventionskampagnen	19	5	10
Anzahl unterrichteter Schulklassen (Verkehrsschulung)	529	540	540

Produkt 5 Polizeinahe Dienstleistungen

Leistungen

- Rechtshilfe
- Fundbüro
- Umwelt und Flurpolizei (Lebensraumschutz)
- Verkehrstechnik
- Marktwesen
- Diverse Dienstleistungen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	5'309'632	5'934'472	5'381'745
Erlös	1'646'196	1'695'769	1'616'066
Nettokosten	3'663'436	4'238'703	3'765'680
Kostendeckungsgrad in %	31	29	30

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Innert Monatsfrist erledigte Rechtshilfesuche in Prozent	79	90	90
Anteil erfolgreich vermittelter Fundgegenstände in Prozent	39	40	40

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl erledigte Rechtshilfesuche	8'584	8'700	8'700
Anzahl erfasste Fundgegenstände	4'602	4'500	4'500
Anzahl Verkehrsanordnungen	517	400	400
Anzahl durchgeführte Märkte	126	120	120
Anzahl Inkassofälle ärztlicher Notfalldienst	166	160	160
Anzahl Vermietungen Signalisationsmaterial	440	470	470
Anzahl Vermietungstage mobile Lichtsignalanlagen	1'278	600	600
Anzahl Lotsenposten (Schulwegsicherung)	23	22	22
Anzahl gemeldete Alarmanlagen, bei denen gebührenpflichtig ausgerückt wird (inklusive angeschlossene Einbruch- und Überfallmeldeanlagen)	902	900	900
Anzahl angeschlossene Einbruch- und Überfallmeldeanlagen	127	140	130

Produkt 6 Kontrolle ruhender Verkehr

Leistungen

- Inkasso der Nachtparkgebühren
- Bewirtschaftung von Parkplätzen auf öffentlichen Strassen und Plätzen
- Erteilen von Parkier- und Ausnahmegewilligungen
- Kontrolle der bewirtschafteten Parkplätze und der blauen Zonen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	2'226'355	2'171'512	2'285'691
Erlös	6'246'607	5'852'267	5'797'611
Nettokosten	-4'020'251	-3'680'755	-3'511'920
Kostendeckungsgrad in %	281	270	254

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Kontrollstunden des ruhenden Verkehrs	7'999.00	10'000.00	10'000.00

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl in Winterthur immatrikulierte Fahrzeuge (Nachtparkgebühren)	54'212	53'000	54'000
Anzahl gebührenpflichtige Parkplätze	1'037	1'055	1'055
Anzahl bearbeitete Bewilligungen	10'410	9'500	10'000

IAFP Stadtpolizei

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	40'063	40'681	41'992	42'793	43'093	43'393
Erlös	16'137	14'586	15'373	15'524	15'674	15'824
Nettokosten/Globalkredit	23'926	26'095	26'619	27'269	27'419	27'569
Kostendeckungsgrad in %	40	36	37	36	36	36

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	2'859'000	2'444'000	2'502'000	2'350'000	12'350'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/in in CHF #	233.7	252.4	256.0	260	260	259
Kostendeckungsgrad insgesamt in % #	40	36	37	36	36	36
2 Kundenorientierung						
1. Die Bevölkerung fühlt sich sicher (subjektive Sicherheit)						
2. Kurze Interventionszeit nach Alarmierung						
3. Gute Erreichbarkeit eines kompetenten Ansprechpartners oder einer kompetenten Ansprechpartnerin						
4. Die Stadtpolizei ist sichtbar präsent						
<i>Messung / Bewertung:</i>						
1. Messung des Grades der subjektiven Sicherheit **						
2. Erfassen der Interventionszeit während zwei Wochen pro Jahr						
3. Messung des Zufriedenheitsgrades mit der Erreichbarkeit eines kompetenten Ansprechpartners oder einer kompetenten Ansprechpartnerin durch Befragung **						
4. Anteil der Arbeitszeit während Mitarbeitende der Stadtpolizei an der "Front" tätig sind						
<i>Messgrössen:</i>						
1. Grad der subjektiven Sicherheit (sicher oder sehr sicher) in % **	n/a	70	70	70	70	70
2. Interventionszeit <= 5' in % der Einsatzfahrten	66	80	75	75	75	75
3. Zufriedenheitsgrad (zufrieden oder sehr zufrieden) in % **	n/a	65	65	65	65	65
4. Anteil der Frontstunden in % der Gesamtarbeitsstunden	41	42	42	42	43	43

** Messung nur alle 2 Jahre möglich (ISO-Umfrage)

automatische Berechnung

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

- Volksabstimmung und Realisierung Polizeigebäude
- Personalverstärkung zur besseren Bewirtschaftung der Brennpunkte

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Die Entwicklung in der Investitionsrechnung (Plan 2015) ist begründet durch den geplanten Baubeginn des neuen Polizeigebäudes.
- Das Wachstum der Stadtbevölkerung, das veränderte Freizeit- und Ausgehverhalten sowie der vermehrt auftretende extensive Alkoholenuss erfordern eine erhöhte Präsenz der Polizei im öffentlichen Raum, insbesondere auch zu Nacht-, Wochenend- und Randzeiten. Dies führt zu einem zusätzlichen Personalbedarf, dessen finanzielle Auswirkungen in den IAFP eingeflossen sind.

Betrieb Parkhäuser und Parkplätze

Auftrag

Betrieb von Parkhäusern, Parkgaragen, Parkplätzen und eines Parkleitsystems

Produkte

Parkhäuser (Altstadt)

Betrieb von vier Parkhäusern in der Altstadt für Kurzparkieren und Dauermieten

Parkgaragen

Betrieb von drei Parkgaragen, die nur Dauermietern zur Verfügung stehen

Parkplätze

Betrieb von neun Parkplätzen für Dauermieter in den Quartieren

Parkleitsystem

Betrieb und Unterhalt des Parkleitsystems für die Parkhäuser und Parkplätze rund um die Altstadt

Dienstleistungen

Technischer Unterhalt und Reinigung von Parkhäusern, die von Dritten betrieben werden

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Stadt (GGR / SR)

Beschluss des Grossen Gemeinderats vom 22. Mai 1967 zur Errichtung einer besonderen Unternehmung "Parkplätze und Parkhäuser" beim Polizeiamt; Beschluss des Stadtrats vom 26. September 1986 zur Weiterführung der bisherigen

"Unternehmung Parkplätze und Parkhäuser" nach neuem Rechnungsmodell als Gemeindebetrieb "Parkhäuser und Parkplätze"

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung / Jahresziele

Verantwortliche Leitung

Fritz Lehmann

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung			
Ertragsüberschuss	1'387'768	1'462'858	1'497'630
Auslastung der Parkhäuser, Parkgaragen und Parkplätze (nicht öffentlicher Grund) in % *	97	95	95
2 Kundenorientierung			
1. Die öffentlich zugänglichen Parkhäuser werden von den Benutzerinnen und Benutzern als sicher und sauber beurteilt			
2. Die nicht öffentlich zugänglichen Parkgaragen werden von den Mieterinnen und Mietern als sicher und sauber beurteilt			
3. Die vermieteten Parkplätze (nicht öffentlicher Grund) werden von den Mieterinnen und Mietern als sauber beurteilt			
4. Die technischen Einrichtungen der Parkhäuser und Parkgaragen sind gut gewartet und weisen kleine Ausfallzeiten auf			
<i>Messung / Bewertung:</i>			
1. - 3. Befragung der Kundinnen und Kunden alle zwei Jahre			
4. Störungen an den technischen Einrichtungen der Parkhäuser und Parkgaragen, die die Benützung beeinträchtigen			
<i>Messgrößen:</i>			
1. - 3. Grad der Zufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden) in %	N/A	75	75
4. Anzahl der Störungen und durchschnittliche Dauer bis zur Behebung	1 x pro Woche max. 1 Std.	1 x pro Woche max. 1 Std.	1 x pro Woche max. 1 Std.

* Bezogen auf Parkflächen für Dauermieter

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	0	0	0

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Das erwartete Ergebnis des Betriebs Parkhäuser und Parkplätze für 2012 liegt in etwa im selben Rahmen wie 2011.

Die Mietzinsen für Dauermietplätze wurden auf den 1. Januar 2011 den ortsüblichen Gegebenheiten angepasst. Die Mietzinsanpassung ist im Voranschlag 2011 nur teilweise berücksichtigt worden. Die höheren Sachkosten sind auf erstmalig zu budgetierende Unterhaltskosten für das Parkleitsystem zurückzuführen, weil die Garantiezeit abgelaufen ist.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Das erwartete Ergebnis des Betriebs Parkhäuser und Parkplätze für 2012 liegt etwas höher als 2010.

Die Mietzinsen für Dauermietplätze wurden auf den 1. Januar 2011 den ortsüblichen Gegebenheiten angepasst. Die tieferen Sachkosten sind auf diverse kleinere Einsparungen, unter anderem beim baulichen Unterhalt, bei den Energiekosten sowie bei den Porti, Postcheck- und Bankgebühren zurückzuführen.

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	4.16	4.00	4.00
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Veränderung gegenüber dem VA 2011.

Nettokosten / Globalkredit der Betriebe	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	440'463	449'595	449'532
Sachkosten	592'587	443'986	514'561
Beiträge an Dritte	0	0	0
Spezialfinanzierungen (Einlage)	1'387'768	1'461'293	1'497'630
Residualkosten	22'161	22'161	27'221
(kalkulatorische) Abschreibungen und Zinsen	95'890	83'539	82'860
Mietkosten	501'192	499'400	505'600
Übrige interne Kosten	-22'129	-31'115	-28'751
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'017'932</i>	<i>2'928'859</i>	<i>3'048'653</i>
Verrechnungen innerhalb PG	60'000	59'979	60'000
Total effektive Kosten	2'957'932	2'868'880	2'988'653
Externe Erlöse	2'674'049	2'632'700	2'701'600
Interne Erlöse	343'883	296'159	347'053
Beiträge von Dritten	0	0	0
Spezialfinanzierungen (Entnahme)	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'017'932</i>	<i>2'928'859</i>	<i>3'048'653</i>
Verrechnungen innerhalb PG	60'000	59'979	60'000
Total effektive Erlöse	2'957'932	2'868'880	2'988'653
Total Ergebnis / (Globalkredit)	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Ergebnisermittlung Betriebe	IST 2010	Soll 2011	Soll 2012
Total Ergebnis / (Globalkredit)	0	0	0
+ Einlage in Betriebsreserve	1'387'768	1'462'858	1'497'630
./. Entnahme aus Betriebsreserve	0	0	0
Ergebnis vor Reserveveränderung	-1'387'768	-1'462'858	-1'497'630

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

Es sind keine wesentlichen Massnahmen und Projekte für 2012 vorgesehen.

Produkt 1 Parkhäuser (Altstadt)

Leistungen

Für die Parkhäuser Technikum Nord, AXA-Winterthur, Theater und Museum Nord ("Glaspalast"):

- Vermieten von Parkplätzen für Kurzzeitparkierer/innen
- Vermieten von Parkplätzen für Dauermieter/innen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'116'367	1'129'583	1'113'716
Erlös	2'242'531	2'331'978	2'371'689
Nettokosten	-1'126'164	-1'202'395	-1'257'974
Kostendeckungsgrad in %	201	206	213

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Hohe Auslastung der Parkhäuser			
▪ Dauermieter in %	96	95	95
▪ Kurzzeitparkierer in %	44	40	40

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Dauermietplätze	247	257	257
Anzahl Kurzzeitparkplätze	373	365	365

Produkt 2 Parkgaragen

Leistungen

Für die Parkgaragen Neumarkt, Flüeli, Berufsbildungsschule und Unteres Bühl:

- Vermieten von Parkplätzen für Dauermieter/innen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	239'219	108'200	151'498
Erlös	369'213	168'082	243'393
Nettokosten	-129'994	-59'881	-91'895
Kostendeckungsgrad in %	154	155	161

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Hohe Auslastung der Parkgaragen			
▪ Dauermieter in %	99	95	95

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Dauermietplätze	118	119	118

Produkt 3 Parkplätze

Leistungen

Für die Parkplätze Kreuzstrasse, Adlerstrasse, Auenrainbrücke, Bleichstrasse, Sägeweg, Schlosstalbrücke, Friedhofstrasse, Nägelsee, Grüzefeldstrasse und NOK Töss:

- Vermieten von Parkplätzen für Dauermieter/innen
- Vermieten von Parkplätzen für Kurzzeitparkierer/innen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	90'166	73'810	98'044
Erlös	147'679	144'904	158'052
Nettokosten	-57'513	-71'094	-60'008
Kostendeckungsgrad in %	164	196	161

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Hohe Auslastung der Parkplätze			
▪ Dauermieter in %	94	90	90

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Dauermietplätze	195	201	201
Anzahl Kurzzeitparkplätze	137	65	137

Produkt 4 Parkleitsystem

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt des Parkleitsystems

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	137'357	93'779	130'904
Erlös	219'160	240'296	224'708
Nettokosten	-81'803	-146'518	-93'804
Kostendeckungsgrad in %	160	256	172

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Hohe Betriebssicherheit des Parkleitsystems (maximale Ausfallzeit in %)	1.50	3.00	3.00

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Einfahrten in den angeschlossenen Parkhäusern	N/A	n/a	N/A

Produkt 5 Dienstleistungen

Leistungen

- Technischer Unterhalt und Reinigung von Parkhäusern, die von Dritten betrieben werden

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	47'055	62'193	56'861
Erlös	39'349	43'599	50'800
Nettokosten	7'705	18'595	6'061
Kostendeckungsgrad in %	84	70	89

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kundenbewertung	gut	gut	gut

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Geleistete Arbeitsstunden	650	700	700

IAFP Betrieb Parkhäuser und Parkplätze

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	2'957	2'868	2'988	2'989	2'989	2'989
Erlös	2'957	2'868	2'988	2'989	2'989	2'989
Nettokosten/Globalkredit	0	0	0	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100	100	100	100

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Ertragsüberschuss	1'387'768	1'462'858	1'497'630	1'500'000	1'500'000	1'500'000
Auslastung der Parkhäuser, Parkgaragen und Parkplätze (nicht öffentlicher Grund) in % *	97	95	95	95	95	95
2 Kundenorientierung						
1. Die öffentlich zugänglichen Parkhäuser werden von den Benutzerinnen und Benutzern als sicher und sauber beurteilt						
2. Die nicht öffentlich zugänglichen Parkgaragen werden von den Mieterinnen und Mietern als sicher und sauber beurteilt						
3. Die vermieteten Parkplätze (nicht öffentlicher Grund) werden von den Mieterinnen und Mietern als sauber beurteilt						
4. Die technischen Einrichtungen der Parkhäuser und Parkgaragen sind gut gewartet und weisen kleine Ausfallzeiten auf						
Messung / Bewertung:						
1. - 3. Befragung der Kundinnen und Kunden alle zwei Jahre						
4. Störungen an den technischen Einrichtungen der Parkhäuser und Parkgaragen, die die Benützung beeinträchtigen						
Messgrößen:						
1. - 3. Grad der Zufriedenheit (zufrieden oder sehr zufrieden) in %	N/A	75	75	75	75	75
4. Anzahl der Störungen und durchschnittliche Dauer bis zur Behebung	1 x pro Woche max. 1 Std.	1 x pro Woche max. 1 Std.	1 x pro Woche max. 1 Std.	1 x pro Woche max. 1 Std.	1 x pro Woche max. 1 Std.	1 x pro Woche max. 1 Std.

* Bezogen auf Parkflächen für Dauermieter

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

Für die Jahre 2013 - 2015 sind zurzeit keine wesentlichen Massnahmen und Projekte geplant.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen

Feuerwehr

Auftrag

Kern- und Hilfeleistungsaufgaben

Die Feuerwehr ist zur Rettung von Menschen und Tieren sowie zur Schadenbekämpfung bei Bränden, Explosionen, Elementarereignissen und Erdbeben verpflichtet. Sie trifft bei unmittelbarer Bedrohung durch solche Gefahren die erforderlichen Abwehrmassnahmen. Die Feuerwehr leistet Hilfe bei atomaren, biologischen und chemischen Schadenereignissen (ABC-Schutz) und leistet Nachbarschaftshilfe ausserhalb ihres Einsatzgebietes. Weiter leistet sie Hilfe bei Unfällen im Strassen-, Schienen-, Schiffs- und Luftverkehr, bei Fahrzeugbränden, bei Unglücksfällen und in Notlagen, insbesondere zur Rettung von Menschen und Tieren sowie bei Wasserschäden im Gebäude, die nicht durch ein Elementarereignis verursacht wurden.

Weitere übertragene Aufgaben: Einsätze bei ABC-Terrorereignissen, Seuchen und Hilfeleistungen für Partnerorganisationen. Das Aufräumen des Schadenplatzes ist Sache der Feuerwehr, soweit dies für die völlige Löschung des Feuers, für die Beseitigung von weiteren Gefahren und für die öffentliche Sicherheit erforderlich ist. Die Feuerwehr ist jederzeit in der Lage, den Ersteinsatz bei allen üblicherweise zu erwartenden Schadenereignissen zu leisten.

Dienstleistungen

Die Feuerwehr kann für Dienstleistungen eingesetzt werden, wenn die Erfüllung der Kern- und Hilfeleistungsaufgaben gewährleistet ist.

Stützpunktaufgaben

Neben der Erfüllung der Aufgaben als Ortsfeuerwehr leistet die Stützpunktfeuerwehr Hilfe bei regionalen Sonder- oder Grossereignissen.

Produkte

Ereignisbewältigung

Schutz von Leben, Gesundheit, Umwelt und Eigentum. Minimierung von Schadenereignissen und Schäden.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund

- 814.01 Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz, USG) vom 7. Oktober 1983 (Stand am 1. August 2010).
- 814.20 Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (Gewässerschutzgesetz, GSchG) vom 24. Januar 1991 (Stand am 1. Januar 2011).
- 814.318.142.1 Luftreinhalte-Verordnung (LRV) vom 16. Dezember 1985 (Stand am 15. Juli 2010).

Richtlinien und Vorschriften

- Weisungen zur Ausrüstung von Fahrzeugen mit Blaulicht und Wechselklanghorn (mit integriertem Merkblatt zu deren Verwendung). In Kraft seit 6. Juni 2005.

Stufe Kanton

- 132.2 Staatsbeitragsgesetz vom 1. April 1990. In Kraft seit 1. Juli 2010.
- 132.21 Staatsbeitragsverordnung (StBV) vom 19. Dezember 1990. In Kraft seit 1. August 2010.
- 172.5 Verordnung über die strategische Führung und den Einsatz der kantonalen Führungsorganisation (KFOV) vom 22. Dezember 2010. In Kraft seit 1. April 2011.
- 520 Bevölkerungsschutzgesetz (BSG) vom 4. Februar 2008. In Kraft seit 1. Juli 2008.
- 528.1 Kantonale Verordnung über den ABC-Schutz (ABCV) vom 28. Februar 2007. In Kraft seit 1. April 2007.
- 711.1 Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz (EG GSchG) vom 8. Dezember 1974. In Kraft seit 1. Juli 2010.
- 711.11 Verordnung über den Gewässerschutz vom 22. Januar 1975. In Kraft seit 1. April 2008.
- 724.11 Wasserwirtschaftsgesetz (WWG) vom 2. Juni 1991. In Kraft seit 1. Januar 1993.
- 861.1 Kantonales Gesetz über die Feuerpolizei und das Feuerwehrwesen vom 24. September 1978. Fassung gemäss Gesetz über die Anpassung des Feuerwehrwesens an das Konzept Feuerwehr 2010 vom 1. Dezember 2008. In Kraft seit 1. Juni 2009.
- 861.2 Kantonale Verordnung über die Feuerwehr vom 22. April 2009. In Kraft seit 1. Juni 2009.
- 861.21 Kantonale Verordnung über die Subventionen der Gebäudeversicherungsanstalt an den Brandschutz vom 18. September 1991. Fassung gemäss RRB vom 22. April 2009. In Kraft seit 1. Juni 2009.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

- 861.211 Vollzugsvorschriften für das Feuerwehrwesen vom 14. September 2010. In Kraft seit 1.1.2011.
- 861.31 Tarifordnung für die Aufwendungen der ABC-Wehr vom 27. März 2006. Rückwirkend in Kraft seit 1. März 2006.
- 861.32 Tarifordnung für die Aufwendungen von Feuerwehreinsätzen bei Verkehrsunfällen und Fahrzeugbränden vom 8. Mai 2009. In Kraft seit 1. Juni 2009.
- 862.1 Gesetz über die Gebäudeversicherung (GebVG) vom 2. März 1975. Fassung gemäss Gesetz vom 7. Februar 1999. In Kraft seit 1. Januar 2000.
- 862.11 Vollzugsbestimmungen für die Gebäudeversicherung vom 1. Oktober 1999. In Kraft seit 1. Januar 2004.
- 862.111 Geschäftsreglement für die Gebäudeversicherung vom 10. Dezember 1999. In Kraft seit 31. Mai 2009.

Richtlinien und Vorschriften

- Feuerwehrkonzept 2010 der GVZ/Kantonale Feuerwehr. Fassung vom 6. März 2006.
- Feuerwehrkonzept 2015. Beschluss der Regierungskonferenz der Feuerwehr Koordination Schweiz FKS vom 5. Juni 2009.
- Weisung der GVZ für die Rechnungsstellung bei Feuerwehreinsätzen vom 1. Juni 2009.
- Richtlinien SFV für die ärztliche Untersuchung von Feuerwehrleuten SFV (Ausgabe 2007)
- 700.5 Normalien über die Anforderungen an Zugänge (Zugangsnormalien) vom 9. Dezember 1987 (vom Regierungsrat erlassen).

Leistungsvereinbarung

- GVZ/Kantonale Feuerwehr mit der Feuerwehr Winterthur als Stützpunktfeuerwehr und zum Führen eines Materialkompetenzzentrums vom 1. Januar 2010.

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Städtisches Dienstreglement für die Berufsfeuerwehr vom 7. September 1988.
- Nachtrag zum Dienstreglement für die Berufsfeuerwehr vom 8. April 1998.
- Städtisches Dienstreglement für die Freiwillige Feuerwehr vom 6. Dezember 2000.
- Stadtratsbeschluss betreffend Gebühren vom 10.03.1999 (SRB-Nr. 99-0364).
- Stadtratsbeschluss betreffend Sold und Entschädigungen der Freiwilligen Feuerwehr vom 11. Dezember 2002 (SRB-Nr. 2002-2141 und SRB-Nr. 2004-1329).

Leistungsvereinbarungen

- Stadt Winterthur und den Schweizerischen Bundesbahnen SBB betreffend Bezug von Leistungen bei der Berufs- und Stützpunktfeuerwehr Winterthur im Hinblick auf Ereignisse auf dem Schienennetz des SBB Betriebswehrstützpunktes Winterthur vom Mai 2007 (SRB-Nr. 2007-1193).
- Vereinbarung betreffend die rettungsdienstliche Zusammenarbeit zwischen dem Kanton Basel-Stadt und den Städten Zürich und Bern (SR.10.1132-1).
- Stadt Winterthur und Bienenzüchterverein Winterthur (SRB-Nr. 2002-0436). In Kraft seit 1. April 2002.

Stufe Verwaltungseinheit

- Leistungsvereinbarung DSU mit Fw 2010 - 2014
- IAFP 2012 bis 2015
- Legislaturziele Fw 2010 bis 2014
- Jahresziele Fw 2012

Verantwortliche Leitung

Jürg Bühlmann, Kommandant und Bereichsleiter Feuerwehr

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit			
1.1 Kostendeckungsgrad in % *	23	21	21
1.2 Nettokosten pro Einwohner/in in CHF *	66.98	66.97	67.72
2 Kennzahlen und Leistungsstandards			
2.1 Anzahl Einsätze pro 1000 Einwohner/innen	7.90	8.71	8.66
2.2 Anzahl Feuerwehrleute pro 1000 Einwohner/innen	1.55	1.55	1.54
2.3 Anzahl Einsätze pro Tag und Mitarbeitenden im Schichtbestand (Einsätze insgesamt / 365 * durchschnittlicher Bestand MA im Schichtbetrieb)	0.28	0.31	0.27
2.4 Leistungsnorm für die Ausrückung nach Alarmeingang im Feuerwehrgebäude Messung/Messgrösse:			
▪ Ausfahrt des ersten Fahrzeugs ab Alarmstufe "Kleinalarm" bei einer Einsatzfahrt mit besonderer Warnvorrichtung jederzeit (24 Stundenbetrieb) nach spätestens einer Minute (minimaler Vorgabewert 95%)	83%	>95%	95%
2.5 Einhaltung der Leistungsnorm bezüglich Fahrzeit bis zum Einsatzort, Anzahl Personen und Fahrzeuge im Einsatz und Auftrag vor Ort Messung / Messgrösse:			
2 - 4 Fahrzeuge mit 9-10 Feuerwehrleuten für zwei unabhängige Interventionen (Rettung und Brandbekämpfung) nach Alarmierung:			
▪ in dicht besiedeltes Gebiet (Stadt) innerhalb 10 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	25%	>95%	95%
▪ in dünn besiedeltes Gebiet (Land) innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	26%	>95%	95%
▪ 2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten nach Alarmierung für Sondereinsätze (Nationalstrassen, Bahnanlagen, regionale Strassenrettung oder Drehleitereinsatz, etc.) im erweiterten Einsatzgebiet innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	90%	>95%	95%
▪ 2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten nach Alarmierung für Sondereinsätze Oel- und ABC-Wehr im erweiterten Einsatzgebiet innerhalb 30 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	100%	>95%	95%

Berechnungsgrundlagen:

Personalbestand 24h-Schicht 9 AdBF, Personalbestand Gesamtfeuerwehr 160 AdF, 900 Einsätze der Fw, Bevölkerung siehe Anhang Kennzahlen.

* automatische Berechnung

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	6'855'671	6'921'544	7'039'514

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Total Nettokosten / Globalkredit

- Der für die Aufgabenerfüllung notwendige Nettoglobalkredit steigt gegenüber dem VA 2011 um rund CHF 118'000 (+1.7%). Erhöhung des Aufwandes um rund CHF 191'000 bei gleichzeitiger Ertragssteigerung um rund CHF 73'000.

Personalkosten

- Aufwanderhöhung von insgesamt rund CHF 173'000, grösstenteils bedingt durch die zusätzliche Rekrutenstelle. Je CHF 30'000 Mehraufwand für Dienstaltersgeschenke und CHF 30'000 Minderaufwand für AHV-Ersatzrenten kompensieren sich gegenseitig.

Sachkosten

- Aufwanderhöhung von insgesamt rund CHF 7'000: höhere Informatikkosten (IDW) (CHF 35'000), tiefere Kosten beim Unterhalt Gebäude und diversen Projekten (CHF 28'000).

Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen

- Mehrkosten von rund CHF 4'000 durch höhere Abschreibungen Mobilien.

Mietkosten

- keine Mietkosten budgetiert

übrige interne Kosten

- Mehrkosten von rund CHF 6'000 infolge höherer Querschnittskosten und Verrechnungen zwischen den Departementen.

externe Erlöse

- Erhöhung der Einnahmen aus verrechenbaren Einsätzen und Dienstleistungen um CHF 65'000.

interne Erlöse

- Mehrertrag von rund CHF 8'000. Bei den hier verbuchten Beträgen handelt es sich ausschliesslich um die von den anderen Departementen geschätzten Einsatzkosten für Fehlalarme von städtischen Gefahrenmeldeanlagen. Verbuchte Budgetbeträge sind durch die Feuerwehr nicht beeinflussbar.

Beiträge von Dritten

- unverändert

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Total Nettokosten / Globalkredit

- Der Nettoglobalkredit steigt gegenüber der Rechnung 10 um rund CHF 184'000 (+2.7%). Erhöhung des Aufwandes um rund CHF 6'000 bei gleichzeitiger Ertragsverminderung um rund CHF 178'000.

Personalkosten

- Mehraufwand von insgesamt rund CHF 92'000: zusätzliche Rekrutenstelle ab 2012, höherer Aufwand für Dienstaltersgeschenke, tieferer Aufwand für AHV-Ersatzrenten, tieferer Aufwand für Dienstkleider.

Sachkosten

- Minderaufwand von rund CHF 72'000 bedingt durch Kürzungen in den Sachgebieten Anschaffungen von Einsatzgeräten, Betriebseinrichtungen, Betriebs- und Verbrauchsmaterialien, Unterhalt Gebäude und diversen Projekten.

Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen

- Reduktion der Kapitalzins- und Abschreibungsbeträge um rund CHF 32'000.

Mietkosten

- Reduktion um rund CHF 2'000. Diese Aufwendungen werden durch den Bereich nicht budgetiert.

übrige interne Kosten

- Mehrkosten von rund CHF 19'000 wegen Übernahme Mietgebühr für die Funkantenne Brühlberg.

externe Erlöse

- Mindereinnahmen von rund CHF 114'000 durch den Wegfall des Verkaufserlöses Automobildrehleiter 1988 (CHF 50'000) und rund CHF 24'000 weniger Einnahmen aus verrechenbaren Einsätzen und Dienstleistungen und rund CHF 40'000 weniger Lohnrückerstattungen.

interne Erlöse

- Mindereinnahmen von rund CHF 51'000. Die "verursachenden" Departemente und Bereiche gehen davon aus, dass für das Jahr 2012 gegenüber dem Ist 2010 für CHF 50'000 weniger verrechenbare Einsätze für Alarme von Gefahrenmeldeanlagen zu budgetieren sind.

Beiträge von Dritten

- Mindereinnahmen von rund CHF 13'000 infolge Wegfall des Stationierungsvertrages "Aquasant GVZ" (mobiler Ölabscheider gross).

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	7'015'461	6'934'735	7'107'546
Sachkosten	965'420	885'926	893'285
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	708'817	672'489	676'139
Mietkosten	1'460	0	0
Übrige interne Kosten	241'254	254'222	261'370
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>8'932'412</i>	<i>8'747'372</i>	<i>8'938'341</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	8'932'412	8'747'372	8'938'341
Externe Erlöse	942'914	763'000	828'000
Interne Erlöse	58'627	128	8'128
Beiträge von Dritten	1'075'200	1'062'700	1'062'700
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'076'741</i>	<i>1'825'828</i>	<i>1'898'828</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	2'076'741	1'825'828	1'898'828
Total Nettokosten / Globalkredit	6'855'671	6'921'544	7'039'514
Kostendeckungsgrad in %	23	21	21

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	36.59	46.00	47.00
▪ Auszubildende	10.41	3.00	4.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

+ 1.00 Tagdienststelle "Brandschutz- und Feuerwehreinsatzplanung": Mit der heutigen Personal- und Organisationsstruktur ist die Feuerwehr nicht in der Lage, die Erstellung und Bewirtschaftung der aktuellen Einsatzunterlagen und die kontinuierliche Aufarbeitung der Einsatzunterlagen für die noch nicht erfassten Risikoobjekte sicherzustellen.

Auszubildende: 2 Ausbildungsplätze Berufsfeuerwehr (Ersatz für anstehende Pensionierung und einem Personalausfall aus gesundheitlichen Gründen), 1 Lehrstelle Fachmann / Fachfrau Betriebsunterhalt, 1 KV-Rotationsausbildungsplatz.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

Schwerpunkteziele

- Schaffung einer Tagdienststelle Einsatzplanung. Für ältere Risikoobjekte wie Hochhäuser, Tiefgaragen und Grossüberbauungen fehlen die Einsatzunterlagen.
- Projektweiterführung "neues Dienstreglement und Lohngruppenportfolio Berufsfeuerwehr" und Überarbeitung "Dienstreglement Freiwillige Feuerwehr".
- Weiterführung Projekt 58+; Weiterbeschäftigung von Berufsfeuerwehrmitarbeitenden nach dem zurückgelegten 58. Altersjahr. Schonung von Körper und Geist durch Wegfall der Einsatzfähigkeit an der Front und Pikettdienst während der Nacht und in der Freizeit. Projekt im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Dienstreglements der Berufsfeuerwehr.
- Weiterführung Projekt "neue Impulse für die Rekrutierung von freiwilligen Feuerwehrleuten".
- Feuerwehrfahrzeuge und Einsatzbereitschaft; Realisation der notwendigen Ersatzbeschaffungen.
- Feuerwehrgebäude; Werterhaltung und Sicherstellung der funktionalen Verwendbarkeit.

Weitere Ziele

- Modernisierung der hausinternen Alarmierungsanlage im Zusammenhang mit der neuen Einsatzleitzentrale (ELZ) der GVZ.
- Weiterausbau Digitalfunksystem Polycom für interne Einsatzzentrale Berufsfeuerwehr und Einsatzfahrzeuge.
- Kader der Zukunft; Realisation einer höheren Fachausbildung für Feuerwehrkader mit BBT-Abschluss (Meisterprüfung). Projekt der schweizerischen Berufsfeuerwehren mit Federführung der BF Kdt aus Bern, Basel, St. Gallen, Zürich und Winterthur.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Anpassung der Gebührenverordnung Feuerwehr für die Verrechnung von Einsatzkosten und Dienstleistungen im Zusammenhang mit Arbeiten zusammen mit der Feuerpolizei. Mit der Einführung des revidierten Feuerweggesetzes ist eine Überarbeitung der heutigen Gebührenverordnung für Feuerwehreinsätze und Hilfeleistungen notwendig. Die Kostenverrechnungsmöglichkeiten für Dienstleistungen wie die Mitarbeit bei der Abnahme von Gefahrenmeldeanlagen, Objektbegehungen, Einsatzplanerstellungen und Beratungen müssen den heutigen Gegebenheiten angepasst werden.
- Einsatzunterstützung Front. Durch den Einsatz von modernen Informatikmitteln soll eine effiziente Übermittlung von Einsatzinformationen wie Pläne, Karten, Datenblätter etc. aus unserer Einsatzzentrale zum Einsatzleiter Front sichergestellt werden.
- Werbekampagne: Neuer Internetauftritt der Feuerwehr Winterthur. Aufmerksamkeit wecken, sensibilisieren, Mehrwert generieren und über Herz, Bauch und Hirn-Botschaften und Informationen vermitteln. Internetseite mit Passwortbereich für den Informationsaustausch mit der Freiwilligen Feuerwehr. Fotoausstellung "hinter verbrannten Türen". Werbezielgruppen: Arbeitgeber, Politik, Jugendliche und Erwachsene der Altersgruppe 18 bis 40, Jugendfeuerwehr mit der Altersgruppe 14 bis 18.

Investitionen

- Beschaffung von zwei baugleichen Personen- und Materialtransportfahrzeugen mit je 9 Sitzplätzen als Ersatz für das Personentransportfahrzeug Ford Transit E53 mit 15 Plätzen.

Produkt 1 Ereignisbewältigung**Leistungen**

- Schutz von Leben, Umwelt, Gesundheit und Eigentum
- Minimierung von Schadenereignissen und Schäden

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	8'932'412	8'747'372	8'938'341
Erlös	2'076'074	1'825'828	1'898'828
Nettokosten	6'856'338	6'921'544	7'039'514
Kostendeckungsgrad in %	23	21	21

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Einsätze pro 1000 Einwohner/innen	7.90	8.71	8.66
Anzahl Feuerwehrleute pro 1000 Einwohner/innen	1.55	1.55	1.54
Anzahl Einsätze pro Tag und Mitarbeitenden im Schichtbestand (Einsätze insgesamt / 365 / durchschnittlicher Bestand MA im Schichtbetrieb)	0.28	0.31	0.27
Messgrösse bisher: Ausfahrt des ersten Fahrzeugs jederzeit (24 Stundenbetrieb) nach spätestens einer Minute.	83%	>95%	95%
Messgrösse neu: Ausfahrt des ersten Fahrzeugs ab Alarmstufe "Kleinalarm" bei einer Einsatzfahrt mit besonderer Warnvorrichtung jederzeit (24 Stundenbetrieb) nach spätestens einer Minute (minimaler Vorgabewert 95%)	83%	>95%	95%
Messgrössen bisher: 2 bis 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Berufsfeuerwehrleuten (AdBF) nach Alarmierung in:			
▪ dichtbesiedeltes Gebiet (Stadt) innerhalb 10 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	25%	>95%	95%
▪ dünn besiedeltes Gebiet (Land) innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 90%)	26%	>95%	95%
▪ Stützpunktgebiet innerhalb 30 Minuten (minimaler Vorgabewert > 85%)	100%	>95%	95%

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Messgrössen neu: 2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten für zwei unabhängige Interventionen (Rettung und Brandbekämpfung) nach Alarmierung:			
▪ in dicht besiedeltes Gebiet (Stadt) innerhalb 10 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	26%	>95%	95%
▪ in dünn besiedeltes Gebiet (Land) innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	26%	>95%	95%
▪ 2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten nach Alarmierung für Sondereinsätze (Nationalstrassen, Bahnanlagen, regionale Strassenrettung oder Drehleitereinsatz, etc.) im erweiterten Einsatzgebiet innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	90%	>95%	95%
▪ 2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten nach Alarmierung für Sondereinsätze Oel- und ABC-Wehr im erweiterten Einsatzgebiet innerhalb 30 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	100%	>95%	95%

Berechnungsgrundlagen:

Personalbestand 24h-Schicht 9 AdBF, Personalbestand Gesamtfeuerwehr 160 AdF, 900 Einsätze der Fw, Bevölkerung siehe Anhang Kennzahlen.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
▪ Brände	176	230	230
▪ Alarmer automatischer Brandmelde- und Löschanlagen	156	180	180
▪ Öl- und Chemiewehr	92	100	100
▪ Technische Einsätze	367	390	390
Einsätze im Total	791	900	900
<i>davon Einsätze zusammen mit der Freiwilligen-Feuerwehr</i>	<i>206</i>	<i>180</i>	<i>180</i>

IAFP Feuerwehr

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	8'932	8'747	8'938	9'418	9'788	10'108
Erlös	2'076	1'825	1'898	1'899	1'899	1'899
Nettokosten/Globalkredit	6'856	6'922	7'040	7'520	7'890	8'210
Kostendeckungsgrad in %	23	21	21	20	19	19

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	460'000	310'000	110'000	110'000	340'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Wirtschaftlichkeit						
1.1 Kostendeckungsgrad in % *	23	21	21	20	19	19
1.2 Nettokosten pro Einwohner/in in CHF *	66.98	66.97	67.72	71.92	75.03	77.34
2 Kennzahlen und Leistungsstandards						
2.1 Anzahl Einsätze pro 1000 Einwohner/innen	7.90	8.71	8.66	8.61	8.75	8.67
2.2 Anzahl Feuerwehrleute pro 1000 Einwohner/innen	1.55	1.55	1.54	1.53	1.52	1.51
2.3 Anzahl Einsätze pro Tag und Mitarbeitenden im Schichtbestand (Einsätze insgesamt / 365 / durchschnittlicher Bestand MA im Schichtbetrieb)	0.28	0.31	0.27	0.25	0.25	0.25

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
2.4 Leistungsnorm für die Ausrückung nach Alarmeingang im Feuerwehrgebäude <i>Messung/Messgrösse:</i>						
▪ Ausfahrt des ersten Fahrzeugs ab Alarmstufe "Kleinalarm" bei einer Einsatzfahrt mit besonderer Warnvorrichtung jederzeit (24 Stundenbetrieb) nach spätestens einer Minute (minimaler Vorgabewert 95%)	83%	>95%	95%	95%	95%	95%
2.5 Einhaltung der Leistungsnorm bezüglich Fahrzeit bis zum Einsatzort, Anzahl Personen und Fahrzeuge im Einsatz und Auftrag vor Ort <i>Messung / Messgrösse:</i>						
2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten für zwei unabhängige Interventionen (Rettung und Brandbekämpfung) nach Alarmierung:						
▪ in dicht besiedeltes Gebiet (Stadt) innerhalb 10 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	25%	>95%	95%	95%	95%	95%
▪ in dünn besiedeltes Gebiet (Land) innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	26%	>95%	95%	95%	95%	95%
▪ 2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten nach Alarmierung für Sondereinsätze (Nationalstrassen, Bahnanlagen, regionale Strassenrettung oder Drehleitereinsatz, etc.) im erweiterten Einsatzgebiet innerhalb 15 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	90%	>95%	95%	95%	95%	95%
▪ 2 - 4 Fahrzeuge mit 9 - 10 Feuerwehrleuten nach Alarmierung für Sondereinsätze Oel- und ABC-Wehr im erweiterten Einsatzgebiet innerhalb 30 Minuten (minimaler Vorgabewert > 95%)	100%	>95%	95%	95%	95%	95%

Berechnungsgrundlagen:

- Personalbestand 24h-Schicht: 9 AdBF (2012), 10 AdBF (2013), 10 AdBF (2014), 10 AdBF (2015)
- Personalbestand Gesamtfirewehr: 160 (2012-2015)
- Einsätze: 900 pro Jahr (2012-13), 920 pro Jahr (2014-15)
- Bevölkerung siehe Anhang Kennzahlen
- * automatische Berechnung

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

- Projekt Entwicklungsschritte Feuerwehr 2014 bis 2020. Details siehe Abschnitt "Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen".
- Projekt "58plus": Schaffung einer Tagdienststelle "Dienstbetrieb" (2013) für die Weiterbeschäftigung von Mitarbeitenden nach dem zurückgelegten 58. Altersjahr und mit gesundheitlichen Problemen (Verlust der ärztlich bestätigten Einsatztauglichkeit).
- Aufbau einer höheren Kaderausbildung (höhere Fachausbildung/vom BBT anerkannte Führungslehrgänge) als Gemeinschaftsprojekt der Rettungsorganisationen (Berufsfeuerwehr, Sanität, Zivilschutz) der grossen CH-Städte (nationales Berufsbildungskonzept / 2013-2014).
- Überführung der Freiwillige Feuerwehr in das Konzept Feuerwehr 2015 der Feuerwehrkoordination Schweiz (FKS). Aufgabenschwerpunkte: Führung, Kaderentwicklung, Tagesverfügbarkeit der Einsatzkräfte, Ausbildung in der Zukunft (z.B. E-Learning/CBT, Fachausweise etc.). Abgeschlossen 2015.
- Eine zusätzliche Rekrutenstelle für die geplante Pensionierung eines Mitarbeitenden (ab 2013).
- Modernisierung der internen Alarmierungsanlage im Feuerwehrgebäude im Zusammenhang mit der neuen kantonalen Einsatzleitzentrale der GVZ (2013).
- Ausbau des Personalbestandes der Berufsfeuerwehr um 3 zusätzliche Schichtdienststellen (2014) und um weitere 3 Stellen im Jahre 2015.
- Ersatzbeschaffungen Schlauchwaschanlage (2014) und Atemschutz-Druckluftkompressor (2015).

Investitionsvorhaben

- 2013 Ersatzbeschaffung Materialtransport- und Zugfahrzeug E68.
- 2014 Ersatzbeschaffung Materialtransportfahrzeug VW LT Synchro E64.
- 2015 Ersatzbeschaffung Tanköschfahrzeug Iveco E23 (ex. Sulzer Betriebsfeuerwehr)

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Projekt höhere Fachausbildung für Rettungskader

Bis anhin fehlt eine anerkannte Ausbildung für Führungspersonen in professionellen Rettungsorganisationen (Feuerwehr und Rettungsdienst). Da die Führungsaufgaben in den beiden Organisationen einander ähnlich sind, planen die beiden Organisationen der Arbeit – OdA Feuerwehr und OdA Forum Berufsbildung Rettungswesen – eine gemeinsame höhere Fachprüfung aufzubauen und anzubieten.

Grundsätzlich verfügen wir über gute Kaderangehörige. Die Förderung des mittleren Kaders in den Berufsfeuerwehren konzentrierte sich bisher mit Priorität auf die Einsatzbewältigung. Andere Bereiche wie die Betriebswirtschaft und das Personalmanagement wurden demgegenüber untergeordnet behandelt obschon diese zwischenzeitlich durchschnittlich 85% der Führungstätigkeit belegen. Vor diesem Hintergrund haben praktisch alle Gebietskörperschaften der drei Ebenen Bund, Kanton, Gemeinde begonnen New Public Management Ansätze umzusetzen. Damit werden die Betriebswirtschaft, die Prozessorientierung und das Veränderungsmanagement auch in den Rettungsorganisationen zu zentralen Schwergewichten der täglichen Führungsarbeit. Um diesen neuen Anforderungen zu genügen ist es nötig, dass unsere Führungskräfte weg von der reinen Einsatzführung und hin zu einer Kompetenzentwicklung in allen Managementdimensionen geführt werden (Persönlichkeits-, Sozial-, Fach- und Führungskompetenz). Damit die Kader optimal den erwähnten Wandel mittragen können, planen und entwickeln die professionellen Rettungsorganisationen der Schweiz und in Zusammenarbeit mit einem externen Unternehmen den Aufbau eines Managementsystems, das eine Kompetenzentwicklung über alle relevanten Dimensionen sicherstellt.

Betriebliches Gesundheitsmanagement

Unsere Mitarbeitenden im Kdo und Schichtdienst leisten alle Einsatzdienst bis ins Pensionierungsalter 63. Für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr endet die Dienstpflicht mit 50. Durch flankierende Massnahmen wie Sportkonzept, Beratungen durch externe Fachpersonen, ärztliche Pflichtkontrollen, Impfungen, bestmögliche Schutzausrüstungen etc. soll die Gesundheit unserer Mitarbeitenden erhalten bleiben. Nicht mehr ernstfalleinsatzfähige Mitarbeitende können im Normalfall bei der Berufsfeuerwehr nicht weiter beschäftigt werden.

Revision Dienstreglement und Lohnsystem Berufsfeuerwehr (Projekt NELOS)

Das Dienstreglement der Berufsfeuerwehr ist bezüglich Berechnung der effektiven Arbeitszeit (die Arbeitszeit zählt während den Nachtstunden nur zu 50%), Regelung der beruflichen Tätigkeiten (Anrechnung Sold und nicht Arbeitszeit), Wohnsitzrayon und Zulagen nicht mehr zeitgemäss und muss dringend überarbeitet und erneuert werden. Das heutige Lohnsystem orientiert sich an der hierarchischen Gradstruktur der Feuerwehr. Die funktionale Stellung einzelner MA im innerbetrieblichen Dienst (z.B. Fachbereichsleitung, fachliches Führen von mehreren MA) stimmt nicht immer mit dem Grad für die Einsatzfähigkeit überein. Eine kompetenzorientierte Entlohnung ist somit nicht immer möglich. Somit müsste bei der Lohneinreihung eine zusätzliche kompetenzbasierende Funktionsbewertung vorgenommen werden (Lohngruppenportfolio aus Kombination Grad- und Funktionsstufe sowie weiterer Komponenten).

Entwicklungsschritte der Feuerwehr Winterthur 2014 bis 2020

Mit dem Ziel, den wachsenden Ansprüchen des Kantons und der Stadtbevölkerung nach integraler Sicherheit gerecht zu werden, die Einsatz- und Dienstleistungsqualität der Berufs- und Stützpunktfeuerwehr zu erhalten und nach Möglichkeit noch zu verbessern, hat das Kommando der Berufs- und Stützpunktfeuerwehr mit der Ausarbeitung des Entwicklungskonzeptes 2014 bis 2020 begonnen. Das Sicherheitsumfeld in Städten verändert sich laufend. Wachstum, verdichtetes Bauen, gestiegene Mobilität, verändertes Freizeit-, Konsum- und Ausgehverhalten, längere Öffnungszeiten der Konsum- und Unterhaltungstempel, demographischer Wandel, technologische Innovationen oder soziale Entmischung sind allesamt Trends, welche die Blaulichtorganisationen (Polizei, Rettungsdienste und Feuerwehr) stark fordern. Die Feuerwehr muss sich somit kontinuierlich weiter entwickeln, um neuen Herausforderungen stets rechtzeitig und angemessen zu begegnen.

Folgende Kernbereiche bilden die Schwergewichte für die Ausarbeitung und Realisierung der Entwicklungsschritte 2014 bis 2020:

Ausgangslage und aktuelle Situation der Berufs- und Stützpunktfeuerwehr

- Verbundsystem Bevölkerungsschutz und Feuerwehrwesen in der Schweiz, gesetzliche Grundlagen, Auftrag und Leistungsnormen
- Grossstadt Winterthur, Entwicklungspotential Kernzonen
- Stärken und Schwächen unserer Organisation (Grösse der Organisation, Stellenmangel, Dienstreglement, Arbeitszeit, Lohnsystem, strukturelle Defizite etc.)
- Infrastruktur, Ausbildungsplätze
- Freiwillige Feuerwehr

Entwicklungen

- Integrale Sicherheit / Risikomanagement und Feuerwehrbedarfsabklärung Grossstadt Winterthur, zweiter Wachstandort
- Feuerwehr, Armee, Zivilschutz, Rettungsdienst und Feuerpolizei
- Grundausbildung, höhere Fachprüfung

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Werte-, Technologie- und Strukturwandel, Mobilität
- Zukunft Schweiz: Milizsystem wie lange? Demographische Entwicklung

Konsequenzen

- Dienstreglement, Arbeitszeit und Personalbestand
- Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz, Belastungsgrenzen und Arbeitsende
- Personalbestand, Aufbau- und Ablauforganisation, Lebensarbeitszeit
- neue Ausbildungswege, Ausbildungshilfsmittel

Freiwillige Feuerwehr generell

Mit dem Wandel von der traditionellen Feuerwehr zu einer multifunktionalen Rettungs- und Dienstleistungsorganisation wird nicht nur laufend die Aufgabenvielfalt grösser; gleichzeitig steigen auch die Anforderungen an jeden einzelnen AdFFw stetig. Durch die Erweiterung des Einsatzspektrums sind die Feuerwehrleute nicht nur in fachlicher Hinsicht stark gefordert, sondern auch vermehrt in persönlichen, zwischenmenschlichen und kommunikativen Belangen.

Problemstellung Tagesverfügbarkeit: Bei den Arbeitgebern sinkt die Bereitschaft, Personal für die Ausbildung und den Einsatz in der Feuerwehr zur Verfügung zu stellen. Wohn- und Arbeitsort sind je länger je mehr nicht mehr identisch. Dies führt dazu, dass auswärts Erwerbstätige der Feuerwehr am Wohnort tagsüber nicht zur Verfügung stehen (verminderte Tagesverfügbarkeit). Der Verbleib in einer Feuerwehrorganisation ist durchwegs kürzer, als dies früher der Fall war (höhere Fluktuationsrate).

Rekrutierung: Die Rekrutierung wird zunehmend schwieriger. Vor allem wird es schwieriger, Kaderfunktionen mit geeigneten Leuten zu besetzen.

Zeitgerechtes Einrücken: Verkehrsüberlastung und Verkehrsberuhigungsmassnahmen beeinflussen das zeitgerechte Einrücken der Freiwilligen Feuerwehr immer stärker. Somit sind für den Feuerwehrdienst auch für die Zukunft gute Rahmenbedingungen zu erhalten oder zu verbessern, um sowohl den notwendigen Nachwuchs zu sichern, als auch genügend Einsatzkräfte in der Organisation zu behalten.

Zivilschutz

Auftrag

Der Zivilschutz Winterthur schützt in Zusammenarbeit mit den Partnern des Bevölkerungsschutzes die Menschen bei Katastrophen und Notlagen sowie bei bewaffneten Konflikten. Dabei trägt er wesentlich zur Begrenzung und Bewältigung von Schadenereignissen bei.

Produkte

Zivilschutzorganisation

Gewährleisten eines wirkungsvollen Bevölkerungsschutzes durch Werterhaltung der Zivilschutzinfrastruktur; durch Sicherstellung der Alarmierung mittels stationären und mobilen Sirenen; durch einen hohen Ausbildungsstand der Zivilschutzformationen; Schutz der beweglichen und unbeweglichen Kulturgüter; Fördern der Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen; Steuerung des Schutzraumbaus.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz (Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetz, BZG) vom 4. Oktober 2002
Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung (Landesversorgungsgesetz) vom 8. Oktober 1982 (Stand am 5. Juni 2001 bzw. 13. Juni 2006)
Verordnung über die Warnung, Alarmierung und Verhaltensanweisungen an die Bevölkerung (Alarmierungsverordnung AV) vom 5. Dezember 2003
Verordnung über den Zivilschutz (Zivilschutzverordnung) vom 5. Dezember 2003
Verordnung über Einsätze des Zivilschutzes zu Gunsten der Gemeinschaft (VEZG) vom 5. Dezember 2003 bzw. 6. Juni 2008
Verordnung über die ärztliche Beurteilung der Schutzdienstpflichtigen (VABS) vom 5. Dezember 2003
Verordnung über die Funktionen, die Grade und den Sold im Zivilschutz (FGSV) vom 9. Dezember 2003
Verordnung über die Organisation der wirtschaftlichen Landesversorgung (Organisationsverordnung Landesversorgung) vom 6. Juli 1983 (Stand am 22. Juli 2003)
Verordnung über die strategische Führung und den Einsatz der kantonalen Führungsorganisation (KFOV)
Weisungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz über die Durchführung von Sirenentests vom 1. März 2004
Weisungen des Bundesamtes für Sozialversicherung betreffend die Bescheinigung der Dienstage gemäss Erwerbsersatzordnung (gültig ab 1. Juli 2005 bzw. 1. Januar 2010)
Weisung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz über die vorzeitige Entlassung aus der Schutzdienstpflicht vom 1.04.2004
Technische Weisungen für die Schutzanlagen der Organisation und des Sanitätsdienstes TWO, 1977
Technische Weisungen für spezielle Schutzräume TWS, 1982
Technische Weisung für den Pflichtschutzraumbau TWP, 1984
Reglemente des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz (BABS)
Gesundheitsgesetz vom 1. Juli 2008 (ersetzt Gesundheitsgesetz vom 4. November 1962)
Regierungsrätliche Vorgaben zur Umsetzung des Zivilschutzes im Kanton Zürich, RRB vom 2. April 2003
Zivilschutzgesetz (ZSG) vom 19. März 2007, Inkrafttreten: 1. August 2007
Kantonale Zivilschutzverordnung (KZV) vom 17. September 2008, Inkrafttreten: 1. November 2008
Weisung über den Vollzug der Verordnung über Einsätze des Zivilschutzes zu Gunsten der Gemeinschaft im Kanton Zürich vom 1. März 2004 bzw. 18. Februar 2010
Weisungen für Aufbau und Vollzug im Zivilschutz (WAV-ZS) vom 14.06.2000
Leistungsvereinbarung mit dem Amt für Militär und Zivilschutz über das Stützpunkt-Rettungsdetachment vom Februar 2002
Stufe Stadt (GGR / SR)
Gebührenordnung für den baulichen Zivilschutz vom 23. Juni 2004

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Verwaltungseinheit

Gliederung und Sollbestände der Zivilschutzorganisation Winterthur

Anlage und Standorte der Zivilschutzorganisation Winterthur

Zivilschutz Katastrophen- und Nothilfeplanung

Ernstfalldokumentation für bewaffnete Konflikte (EFD)

Mehrjahresplanungen für die Zivilschutzorganisation Winterthur

Leitidee

Strategische Erfolgspositionen (SEP)

Legislatur- und Jahreszielplanungen

Entschädigungsreglement vom 1.1.1997 (Regelung über Entschädigungen an Lehrpersonal, Kaderfunktionäre und Spezialisten des Zivilschutzamtes Winterthur sowie an nebenamtliches Instruktionspersonal)

Verantwortliche Leitung

Thomas Engesser, Amtsvorsteher / Kommandant Zivilschutz

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Auftragserfüllung nach dem Grundsatz möglichst ausgewogenes Kosten-/Nutzenverhältnis <i>Messung / Bewertung:</i> Massgebende Anzahl Einwohner/innen Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/In in CHF * Kostendeckungsgrad insgesamt in % *	 115'247 28.54 29	 116'681 27.96 28	 116'853 27.55 29
2 Kundenorientierung 1) Die Anliegen der Zivilschutzpflichtigen werden kundenorientiert, gerecht und speditiv behandelt. 2) Die Infrastruktur des Zivilschutzes wird Dritten nach Möglichkeit in geeigneter Form zur Verfügung gestellt <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Jährliche Erhebung bei 50 Zivilschutzpflichtigen mit Fragebogen 2) Zufriedenheit der Kundinnen und Kunden aus Kundenbefragung im zweijährigen Turnus in den ungeraden Kalenderjahren <i>Messgrössen:</i> 1) Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden 2) Prozentsatz der auf alle Fragen mit zufrieden oder sehr zufrieden antwortenden Kundinnen und Kunden	 97.00 ---	 >90 >90	 >90 ---
3 Einsatzbereitschaft Die Einsatzbereitschaft ist während des ganzen Jahres gewährleistet <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Aufgebot der Einsatzformationen des Stützpunkt-Rettungsdetachementes mittels Alarmauslösung überprüfen 2) Ueberprüfung der Funktionstüchtigkeit der privaten Schutzräume 3) Ueberprüfung des Zustandes der Alarmierungsmittel 4) Einsatzdokumentationen Kulturgüterschutz für die Katastrophen- und Nothilfe <i>Messgrössen:</i> 1) Eingerückter Formationsbestand innerhalb von zwei Stunden in % 2) Kontrollierte Schutzräume ohne Mängel in % 3) Jährliche Funktionskontrolle durch Auslösen des Sirenenalarms: Anzahl funktionstüchtige Sirenen in % 4) Anzahl Einsatzdokumentationen für Kulturgüter-Institutionen der Stadt Winterthur	 50 96 100.00 8	 50 95 >98 7	 50 95 >98 8

Das Gebiet der Zivilschutzorganisation Winterthur und Umgebung umfasst die Gemeinden Winterthur, Seuzach, Wiesendangen und Bertschikon. Die Einwohnerzahlen sind in den Leistungsmengen detailliert aufgeführt.

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	3'289'898	3'262'578	3'219'746

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Der Nettoglobalkredit im Voranschlag 2012 liegt gegenüber dem Voranschlag 2011 etwas tiefer. Innerhalb des Aufwandes sind Verschiebungen erkennbar: Tiefer kalkulatorische Zinsen und Abschreibungen aus der Anlagenbuchhaltung sowie höhere Sachkosten (Vorbereitung Sicherheitsverbundübung 2014, Liegenschaftenunterhalt sowie Einkauf von Lebensmitteln) und etwas tiefere Personalkosten. Die Erträge sind etwas höher als im Voranschlag 2011.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Der Voranschlag 2012 weist einen tieferen Nettoglobalkredit aus als die Rechnung 2010. Die Werte der kalkulatorischen Zinsen und Abschreibungen sind deutlich tiefer. Aus dem voraussichtlichen Rückgang der Bautätigkeit resultiert eine Ertragsminderung bei den Gebühren.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	2'805'751	2'929'281	2'906'782
Sachkosten	905'402	780'926	875'847
Beiträge an Dritte	97'942	100'000	110'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	505'114	426'185	350'581
Mietkosten	220'985	219'900	220'900
Übrige interne Kosten	91'961	60'539	66'292
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'627'155</i>	<i>4'516'832</i>	<i>4'530'401</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	4'627'155	4'516'832	4'530'401
Externe Erlöse	1'140'866	1'101'500	1'088'500
Interne Erlöse	87'019	11'154	90'555
Beiträge von Dritten	109'372	141'600	131'600
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'337'257</i>	<i>1'254'254</i>	<i>1'310'655</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	1'337'257	1'254'254	1'310'655
Total Nettokosten / Globalkredit	3'289'898	3'262'578	3'219'746
Kostendeckungsgrad in %	29	28	29

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	18.10	19.31	19.31
▪ Auszubildende	1.00	1.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Veränderung gegenüber dem VA 2011.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

Unterstützung von Anlässen zu Gunsten der Gemeinschaft im Rahmen der Bewilligungen von BABS, AMZ und Stadt Winterthur

Einsatzbezogene Ausbildung im Massstab 1:1 für alle WK Einheiten

Anpassen der Infrastruktur und des Ausbildungsmaterials an die Bedürfnisse des Bevölkerungsschutzes

Beschaffung und Installation neuer Übermittlungsmittel im Rahmen des Bevölkerungsschutzes (Polyalert)

Werterhalt und stete Einsatzbereitschaft der permanenten Einrichtungen garantieren

Den Rettungsdienst mit dem ausgezeichnet ausgebildeten Personal und moderner Ausrüstung stets an die Anforderungen der IVR-Richtlinien anpassen

Begleitung des Neubaus Dienstgebäude Rettungsdienst im Rahmen der IG RD

Umbau sanitäre Einrichtungen RuDi 8, 1.UG

Produkt 1 Zivilschutzorganisation

Leistungen

- Bereitstellung der Schutzinfrastruktur / Alarmierung der Bevölkerung
- Schutz und Betreuung von Schutzsuchenden und von obdachlosen Personen
- Schutz von Kulturgütern (Kulturgüterschutz KGS)
- Unterstützung der Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes insbesondere bei Katastrophen und Notlagen
- Führungsunterstützung und Logistik
- Instandstellungsarbeiten
- Einsätze zu Gunsten der Gemeinschaft

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	4'615'325	4'516'832	4'530'401
Erlös	1'337'257	1'254'254	1'310'655
Nettokosten	3'278'068	3'262'578	3'219'746
Kostendeckungsgrad in %	29	28	29

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Keine schwerwiegenden Unfälle bei Zivilschutzübungen	0	0	0
Alle Kaderfunktionen der Organisation besetzt in %	87	85	87
Alle Zivilschutzpflichtigen sind für die Ernstfalleinsätze vollständig ausgerüstet in %	98	95	98
Betriebsbereitschaft der Anlagen zu 100 % gewährleistet.	erfüllt	erfüllt	erfüllt
Jährlicher Sirenentest	erfüllt	erfüllt	erfüllt

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Schutzdienstpflichtige			
▪ Offiziere	53	65	65
▪ Unteroffiziere	147	165	165
▪ Zivilschutzsoldaten	689	670	670
Gesamte Anzahl Dienstage	4'686	4'100	4'100
▪ zu Gunsten WK / Werterhaltung	3'032	1'900	1'900
▪ zu Gunsten humanitärer Organisationen	193	300	300
▪ zu Gunsten der Gemeinschaft	1'461	1'900	1'900
Anzahl Uebernachtungen in Zivilschutzanlagen	768	850	850
Anzahl Schutzplätze für die Bevölkerung	112'657	107'000	112'000
Anzahl kontrollierte private Schutzplätze	19'208	15'000	15'000
Anzahl neu erstellte Schutzplätze	1'173	500	500
Anzahl Sirenen			
▪ stationär	40*	40	40
▪ mobil	6	6	6
Anzahl Stabsübungen	2	2	2
Anzahl Stabsrahmenübungen	1	1	1
Bevölkerungszahl total: Grundlage für Parlamentarische Zielvorgaben	115'247	116'681	116'853
Bevölkerungszahl Winterthur (gemäss Finanzamt)	102'344	104'100	103'950
Bevölkerungszahl Bertschikon (gemäss statistischem Amt des Kantons Zürich)	1'048	1'039	1'048
Bevölkerungszahl Seuzach (gemäss statistischem Amt des Kantons Zürich)	7'050	6'883	7'050
Bevölkerungszahl Wiesendangen (gemäss statistischem Amt des Kantons Zürich)	4'805	4'659	4'805

*neuer Stand ab 2009: Demontage 1 Sirene, da im gleichen Gebiet eine Sirene mit grösserem Schallpegel aufgestellt wurde.

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
3 Einsatzbereitschaft Die Einsatzbereitschaft ist während des ganzen Jahres gewährleistet <i>Messung / Bewertung:</i> 1) Aufgebot der Einsatzformationen des Stützpunkt-Rettungsdetachementes mittels Alarmauslösung überprüfen 2) Überprüfung der Funktionstüchtigkeit der privaten Schutzräume 3) Überprüfung des Zustandes der Alarmierungsmittel 4) Einsatzdokumentationen Kulturgüterschutz für die Katastrophen- und Nothilfe <i>Messgrössen:</i> 1) Eingerückter Formationsbestand innerhalb von zwei Stunden in % 2) Kontrollierte Schutzräume ohne Mängel in % 3) Jährliche Funktionskontrolle durch Auslösen des Sirenenalarms: Anzahl funktionstüchtige Sirenen in % 4) Anzahl Einsatzdokumentationen für Kulturgüter-Institutionen der Stadt Winterthur						
	50	50	50	50	50	50
	96	95	95	95	95	95
	100.0	>98	>98	>98	>98	>98
	8	7	8	8	8	9

* automatische Berechnung

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

Beschaffung von neuem Zivilschutzmaterial

Sicherheitstag 2013

Grossübung ZGF 2013 / 2014 (Sicherheitsverbundsübung 2014)

Bauliche Anpassungen im Zusammenhang mit dem Neu- und Umbau des Busdepots Grüzefeld

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Teilrevision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (BZG) wird im Auge behalten, da diese Revision die Schutzraumbaupflicht (neue Schutzplatzgrenze bei Bauten) behandelt sowie die entsprechenden Ersatzabgaben je Schutzplatz.

Melde- und Zivilstandswesen

Auftrag

Die Einwohnerkontrolle registriert, verwaltet und bewirtschaftet die Daten der Einwohnerinnen und Einwohner Winterthur als Grundlage für alle weiteren Verwaltungsbereiche. Sie erstellt Auszüge und Bestätigungen (u.a. Wohnsitzbestätigung und Handlungsfähigkeitszeugnis) sowie nimmt Gesuche für das Ausstellen von Schweizerischen Dokumenten (Identitätskarte) entgegen. Das Personenregister der Einwohnerkontrolle bildet die Grundlage aller auf die Einwohnerinnen und Einwohner bezogenen Verwaltungstätigkeiten der Gemeinde. Sie registriert alle in Winterthur lebenden Hunde sowie überprüft die Haltevoraussetzung. Das Führen des Stimmregisters, die Mit-Organisation von Wahlen und Abstimmungen und Entgegennahme der brieflichen Stimmabgabe gehört auch zu ihren Hauptaufgaben. Sie ist die 1. Anlaufstelle für die ausländische Bevölkerung sowie erledigt Aufgaben (u.a. Gesuch für die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung, Verlängerung des Ausländerausweis und Verpflichtungserklärung) für das Migrationsamt des Kantons Zürich.

Das Zivilstandsamt ist hauptsächlich für die Beurkundung des Personenstandes, für die Vorbereitung und Durchführung der staatlichen Trauungen und für die Beurkundung der eingetragenen Partnerschaft zuständig. Die professionelle Beratung und Begleitung der Bevölkerung und der Bürger und Bürgerinnen (Heimatort) in Personenstands- und Bürgerrechtsfragen zählen ebenfalls zu den Kernaufgaben. Das Zivilstandsamt beurkundet im Personenstandsregister Infostar natürliche Zivilstandsereignisse (Geburt, Todesfall), Erklärungen (u.a. Anerkennung, Namensklärung), Gerichts- und Verwaltungsentscheide (u.a. Scheidungen, Einbürgerungen) sowie Auslandereignisse. In Form von Registerauszügen werden persönliche wie auch familiäre Verhältnisse bestätigt (Bekanntgabe von Personendaten). Im Zuge der gesamtschweizerischen Professionalisierung im Zivilstandswesen übernahm das Zivilstandsamt Winterthur die zivilstandsrechtlichen Aufgaben aller 21 Gemeinden des Bezirks Winterthur.

Produkte

1 Einwohnerkontrolle

2 Zivilstandsamt

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund

ZGB / Schweiz. Zivilstandsverordnung / Bundesgesetz über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (Ausweisgesetz) und Verordnung dazu / Bundesgesetz und Verordnung über die politischen Rechte / Bundesgesetz und Verordnung über die politischen Rechte der Auslandschweizer/innen / Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) und Verordnungen / Verordnung über die Gebühren im Zivilstandswesen / Bundesgesetz über Erwerb und Verlust des Schweizer Bürgerrechts / Bundesgesetz über das internationale Privatrecht / Eidg. Partnerschaftsgesetz / Registerharmonisierungsgesetz und Verordnung dazu.

Stufe Kanton

Einführungsgesetz zum Zivilgesetzbuch / Zivilstandsverordnung des Kantons Zürich / Gesetz und Verordnung über die Information und den Datenschutz / Gemeindegesetz des Kantons Zürich / Gesetz und Verordnung über die Wahlen und Abstimmungen / Gesetz über das Vorschlagsrecht des Volkes / Verordnung über die Gebühren der Gemeindebehörden / Weisungen des Migrationsamtes des Kantons Zürich / Kantonale Dolmetscherverordnung / Hundegesetz und Verordnung.

Stufe Stadt (GGR / SR)

Allgemeine Polizeiverordnung (Meldewesen Einwohnerregister)

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung / Jahresziele

Kennzahlen:

Bevölkerung am 31.12.2010: 103'258 (gemäss Bevölkerungsstatistik EK)

Prognose Bevölkerung 2011: 103'350

Prognose Bevölkerung 2012: 103'950

Prognose Bevölkerung 2013: 104'550

Prognose Bevölkerung 2014: 105'150

Prognose Bevölkerung 2015: 106'150

Verantwortliche Leitung

Daniel Bugeda, Bereichsleiter

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit / Optimaler Einsatz der Ressourcen			
<i>Messgrössen</i>			
Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/in in CHF	14.83	15.73	15.11
Kostendeckungsgrad Einwohnerkontrolle in %	70	69	65
Kostendeckungsgrad Zivilstandsamt in %	59	55	63
Kostendeckungsgrad insgesamt in %	65	63	64
2 Kundenorientierung			
Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen zufrieden oder sehr zufrieden			
<i>Messgrössen</i>			
Zufriedenheitsgrad Einwohnerkontrolle			
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	95	95	95
Zufriedenheitsgrad Zivilstandsamt			
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	97	95	95
Zufriedenheitsgrad Trauungen			
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	97	97	97
Kurze Reaktionszeit			
<i>Messgrössen</i>			
▪ Die Einwohnerkontrolle erledigt einen Kundenauftrag innert 2 Tagen in %	100	98	98
▪ Das Zivilstandsamt erledigt einen Kundenauftrag innert 5 Tagen in %	100	98	99
▪ Eine Adressauskunft wird innert 24 Std. erteilt in %.	100	95	98
Kurze Wartezeiten			
<i>Messgrössen</i>			
▪ Die Kundschaft der Einwohnerkontrolle wird innert 12 Minuten bedient in %	95	86	86

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	1'518'016	1'626'064	1'570'719

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Die Nettokosten liegen gegenüber dem VA 2011 leicht tiefer. Die grössten Abweichungen ergeben sich auf der Aufwandseite einerseits beim Personalaufwand und andererseits beim Aufwand für die Informatikdienstleistungen. Die zusätzlichen Aufgaben der Einwohnerkontrolle (siehe wesentliche Massnahmen und Projekte 2012) werden zu einem späteren Zeitpunkt als ursprünglich geplant erwartet, weshalb im 2012 mit tieferen Personalkosten gerechnet werden kann. Die gemäss SRB bewilligte Stelle im Zivilstandsamt für das Projekt Infostar wird im 2012 nicht vollumfänglich besetzt sein. Die Dienstleistungen der IDW (Informatik) werden ab 2012 teurer, was sich auf die übrigen internen Kosten auswirkt. Die Reduktion der internen Kosten für Miete und Dienstleistungen des Traulokals im Museum Lindengut kann die höheren IDW-Kosten jedoch mehr als nur kompensieren.

Die Einwohnerkontrolle übernimmt für das Migrationsamt des Kantons Zürich Aufgaben, welche entschädigt werden. Trotz des Verringerung des Anteils an den Migrationsamtsgebühren infolge eines Regierungsratsbeschlusses sowie Wegfalls der Pass- und Kombianträge wird das Melde- und Zivilstandswesen insgesamt Mehreinnahmen bei den Gebühren verzeichnen. Dies ist auf die Revision der Gebührenverordnung zur Eidg. Zivilstandsverordnung zurückzuführen, mit der die Gebührentarife angehoben wurden.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Die grössten Abweichungen gegenüber der Rechnung 2010 resultieren aufwandseitig aus den Positionen Personalaufwand und Informatikdienstleistungen. Die Einwohnerkontrolle und das Zivilstandsamt hatten im Jahr 2010 je einen Abgang zu verzeichnen. Diese vakanten Stellen sollen im Laufe des Jahres 2012 wieder besetzt werden. Neue Berechnungen haben eine Reduktion der internen Kosten für Miete und Dienstleistungen des Traulokals im Museum Lindengut zur Folge (Zeile "Übrige interne Kosten"). Das Projekt "Registerharmonisierung" und die damit verbundenen Anpassungen der Einwohnerkontroll-Software EK2000 verursachten 2010 sehr hohe Kosten, was sich auf die Position "Übrige interne Kosten" ausgewirkt hatte.

Ertragsseitig ist in der Summe keine Abweichung zu verzeichnen. Es ergeben sich jedoch Verschiebungen zwischen den beiden Produkten.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	2'975'675	3'085'262	3'072'676
Sachkosten	919'734	873'294	890'793
Beiträge an Dritte	350	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	219'288	217'200	216'100
Übrige interne Kosten	196'143	200'389	186'230
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'311'189</i>	<i>4'376'145</i>	<i>4'365'799</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	4'311'189	4'376'145	4'365'799
Externe Erlöse	2'791'840	2'750'000	2'795'000
Interne Erlöse	1'333	81	79
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'793'174</i>	<i>2'750'081</i>	<i>2'795'079</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	2'793'174	2'750'081	2'795'079
Total Nettokosten / Globalkredit	1'518'016	1'626'064	1'570'719
Kostendeckungsgrad in %	65	63	64

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	27.25	29.20	29.20
▪ Auszubildende	4.00	4.00	4.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	4.00	4.00	4.00

Im Rahmen des Projektes

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Veränderung gegenüber dem VA 2011.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Weiterführung der Abschlussarbeiten infolge der Registerharmonisierung (Restfall-Bearbeitung: Zuweisung der amtlichen Wohnungsnummer)
- Automatische Verarbeitung von Meldungen auf der Einwohnerkontrolle via Datentransfer
- Erteilung / Verlängerung des Wochenaufenthaltes
- Ablösung der Einwohnerkontroll-Software EK2000 durch eine markterprobte Standard-Software
- Einwohnerkontrolle: Einführung Kantonales Integrationsgesetz
- Abschluss des Eidg. Projektes Infostar (2003 - 2012)
- Umsetzung Massnahmen gegen Zwangsheirat

Produkt 1 Einwohnerkontrolle**Leistungen**

- Führen und pflegen des Einwohnerregisters
- Erstellen von Auszügen und Bestätigungen aus dem Register, Erteilen von Auskünften und fachliche Beratung
- Entgegennahme des Antrages für die Schweizerische Identitätskarte
- Führen des Hunderegisters, Einzug der Hundesteuer und Überprüfung der Haltebewilligung
- Führen des Stimmregisters, inkl. Auslandschweizer/innen
- Zustellung der Stimmunterlagen, Entgegennahme der brieflichen und vorzeitigen Stimmabgabe
- Entgegennahme, Prüfung und Weiterleitung von Gesuchen im Zusammenhang mit der fremdenpolizeilichen Regelung des Aufenthalts ausländischer Personen an das Migrationsamt
- Beratung der ausländischen Wohnbevölkerung, Gebühreninkasso für Bund und Kanton
- Erstellen und Auswerten von Statistiken; Meldungen an andere Amtsstellen
- Versand von Mutationsmeldungen an andere Verwaltungseinheiten sowie Kantonale Verwaltung
- Überprüfung der Unterschriften auf Initiativen und Referenden

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	2'373'471	2'471'404	2'481'528
Erlös	1'651'700	1'700'045	1'612'544
Nettokosten	721'771	771'359	868'985
Kostendeckungsgrad in %	70	69	65

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Das Einwohnerregister wird kostengünstig geführt. Bruttoaufwand pro Registereintrag/-auszug (ohne Adressauskünfte) in CHF:	38.05	39.72	40.62

Für die Berechnung der operativen Ziele sind folgende Leistungsmengen zu berücksichtigen: Mutationen im Einwohnerregister, Erstellen von Dokumenten / Ausweisen aus dem Register, Anträge für CH Reisepapiere (Pass und ID)

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Mutationen im Einwohnerregister	39'285	40'000	40'000
Erstellen von Dokumenten / Ausweisen aus dem Register	16'107	15'000	15'000
Anträge für CH Reisepapiere (Pass und Id-Karte)	6'975	7'000	6'800
Briefliche und vorzeitige Stimmabgaben	111'180	120'000	115'000
Kontrollierte Unterschriften (Initiative / Referendum)	28'776	30'000	30'000
Total aller Dienstleistungen	202'323	215'000	206'800

Produkt 2 Zivilstandsamt

Leistungen

- Führung des Personenstandsregisters (Infostar)
- Beurkundung aller Zivilstandsereignisse
- Beurkundung von Gerichts- und Verwaltungsentscheiden sowie Auslandereignissen
- Erstellen von Auszügen und Bestätigungen aus den Zivilstandsregistern
- Erteilen von Auskünften und Beratung in Personenstands- und Bürgerrechtsfragen sowie im Namensrecht
- Durchführung des Vorbereitungsverfahrens zur Eheschliessung und Vornahme von Trauungen
- Durchführung des Vorverfahrens und Beurkundung der eingetragenen Partnerschaften
- Erstellen und Auswerten von Statistiken; Amtliche Mitteilung an andere Amtsstellen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'866'402	1'898'441	1'884'270
Erlös	1'099'432	1'050'037	1'182'536
Nettokosten	766'970	848'405	701'735
Kostendeckungsgrad in %	59	55	63

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Messgrössen:			
▪ Kosten pro Einwohner/in des Zivilstandskreises Winterthur in CHF	7.38	7.90	7.10
▪ Kosten pro Geschäftsfall in CHF	31.17	31.85	31.50
▪ Geschäftsfälle pro 100 Stellenprozente	3'104	3'089	3'153

Die Spalte 2010 ist gegenüber der Rechnung 2010 angepasst worden (Fehler in einer Statistik des Gemeindeamtes). Werte in der Rechnung 2010:

- Kosten pro Geschäftsfall in CHF: 20.25
- Geschäftsfälle pro 100 Stellenprozente: 3'092

Für die Berechnung der Messgrössen sind die untenstehenden Nettokosten Zivilstandskreis sowie die nachfolgenden drei Basiszahlen zu berücksichtigen.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten Zivilstandskreis (Kosten minus Gebühreneinnahmen, ohne Berücksichtigung Beitragszahlungen der Bezirksgemeinden)	1'132'632	1'211'235	1'102'665
Einwohnerzahl Zivilstandskreis per 31.12. (zivilrechtlicher Wohnsitz)	153'386	153'000	155'000
Anzahl Geschäftsfälle	36'321	38'000	35'000
Ist-Stellenplan Zivilstandsamt inkl. Leitung per 31.12.	11.70	12.30	11.10
Rückfassung Personen in Infostar	14'524	16'500	11'000
Auszüge und Bestätigungen aus den Zivilstandsregistern	11'161	11'000	11'000
Geburten (Spital- und Hausgeburten)	1'931	1'900	1'900
Trauungen	867	830	860
Todesfälle	1'291	1'250	1'300
Gerichts- und Verwaltungsentscheide	2'262	2'300	2'250

Die Spalte 2010 ist gegenüber der Rechnung 2010 angepasst worden (Fehler in einer Statistik des Gemeindeamtes). Werte in der Rechnung 2010:

- Nettokosten Zivilstandskreis CHF: 1'255'435
- Anzahl Geschäftsfälle: 34'321
- Ist-Stellenplan Zivilstandsamt inkl. Leitung per 31.12.: 11.10

IAFP Melde- und Zivilstandswesen

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	4'311	4'376	4'365	4'431	4'474	4'474
Erlös	2'793	2'750	2'795	2'765	2'765	2'765
Nettokosten/Globalkredit	1'518	1'626	1'571	1'666	1'709	1'709
Kostendeckungsgrad in %	65	63	64	62	62	62

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	0	450'000	230'000	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Wirtschaftlichkeit / Optimaler Einsatz der Ressourcen						
<i>Messgrössen</i>						
Kosten (Nettoaufwand) pro Einwohner/in in CHF	14.83	15.73	15.11	15.93	16.25	16.09
Kostendeckungsgrad Einwohnerkontrolle in %	70	69	65	63	63	63
Kostendeckungsgrad Zivilstandsamt in %	59	55	63	63	63	63
Kostendeckungsgrad insgesamt in %	65	63	64	62	62	62
2 Kundenorientierung						
Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen zufrieden oder sehr zufrieden						
<i>Messgrössen</i>						
Zufriedenheitsgrad Einwohnerkontrolle						
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	95	95	95	95	95	95
Zufriedenheitsgrad Zivilstandsamt						
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	97	95	95	95	95	97
Zufriedenheitsgrad Trauungen						
▪ zufrieden und sehr zufrieden in %	97	97	97	97	97	97
Kurze Reaktionszeit						
<i>Messgrössen</i>						
▪ Die Einwohnerkontrolle erledigt einen Kundenauftrag innert 2 Tagen in %	100	98	98	98	98	98
▪ Das Zivilstandsamt erledigt einen Kundenauftrag innert 5 Tagen in %	100	98	99	99	99	99
▪ Eine Adressauskunft wird innert 24 Std. erteilt in %.	100	95	98	98	98	98
Kurze Wartezeiten						
<i>Messgrössen</i>						
▪ Die Kundschaft der Einwohnerkontrolle wird innert 12 Minuten bedient in %	95	86	86	86	86	86

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

- Einwohnerkontrolle: Auch nach 2012 ist die Beantragung der Identitätskarte weiterhin bei der Einwohnerkontrolle der Wohngemeinde möglich.
- Einwohnerkontrolle: Ab 2015 Führung des neuen Erfassungszentrums Winterthur im Auftrag des Kantons.
- Einwohnerkontrolle: Automatischer Austausch der Einwohnerdaten zwischen den Gemeinden (Fortführungsprojekt aus der Volkszählung 2010).
- Zivilstandsamt: Mikroverfilmung der Familienregister aller Gemeinden des Zivilstandskreises.
- Melde- und Zivilstandswesen: Mitarbeit beim Projekt Fokus; Kundenfreundlichkeit und Einteilung der Büroräumlichkeiten sowie des Traulokals.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Mit Einführung der Änderung des Ausweisesgesetzes kann die Identitätskarte weiterhin bei der Wohnsitzgemeinde beantragt werden. Ob eine biometrische Identitätskarte in Zukunft eingeführt wird, kann zum heutigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden. Gemäss Regierungsratsbeschluss soll in Winterthur ein Erfassungszentrum für die Beantragung des PASSES- und Kombianträge entstehen. Es wird angestrebt, dass die Einwohnerkontrolle im Auftrag des Kantons das Erfassungszentrum führen wird. Idealerweise soll das Erfassungszentrum in Winterthur beim Superblock entstehen.

Umwelt- und Gesundheitsschutz

Auftrag

- Gesundheitsschutz der Bevölkerung gewährleisten und einen verantwortungsvollen Umgang mit der Umwelt fördern.
- Im Rahmen der Arbeitssicherheits-, Energie-, Lebensmittel- und Umweltschutzgesetzgebung und gesundheitspolizeilichen Anforderungen sind die Prüf-, Kontroll- und Vollzugsaufgaben kundenfreundlich sicherzustellen.
- Information und Beratung zu Fragen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes.
- Koordination der städtischen Aktivitäten in den Bereichen Nachhaltige Entwicklung, Umwelt und Energie.

Produkte

1 Vollzug und Kontrolle

Vollzug der einschlägigen Gesetzesbestimmungen in den Bereichen Lebensmittelhygiene, Lufthygiene, Arbeitssicherheit, Gesundheitsschutz und Orthsygiene. Koordination von Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP).

2 Dienstleistungen

Führung der städtischen Querschnittsorganisation Umwelt und Energie mit der strategischen "Kommission Umwelt und Energie" sowie den beiden operativen Gruppen "Fachgruppe Umwelt" und "Fachgruppe Energie". Koordination des Prozesses der lokalen Nachhaltigen Entwicklung in Winterthur. Führung der Geschäftsstelle Region Ost (Fluglärm). Information der Bevölkerung, Wirtschaft, Verwaltung und Politik über den Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie die Nachhaltige Entwicklung.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Gesetz über das Gesundheitswesen (Gesundheitsgesetz)

Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelgesetz [LMG]) / Lebensmittelverordnung (LMV) / Hygieneverordnung (HyV) / Verordnung über Fremd- und Inhaltsstoffe in Lebensmitteln (Fremd- und Inhaltsstoffverordnung [FIV]) / Verordnung über Speisepilze (Pilzverordnung [VSp]) / Verordnung über Gebrauchsgegenstände (GebrV)

Bundesgesetz über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz [USG]) / Luftreinhalte-Verordnung (LRV) / Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV) / SMOG-Verordnung / Massnahmenplan Lufthygiene

Kanton Zürich 2008 / Bauverfahrensverordnung (BVV Ziffer 4.1+4.2) Kanton Zürich / Verordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPV) / Kantonale Einführungsverordnung über die Umweltverträglichkeitsprüfung / Gebührenordnung zum Vollzug des Umweltrechts

Bundesgesetz über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEG) / Verordnung über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEV)

Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz [ArG]) / Verordnungen I bis IV zum Arbeitsgesetz [ArGV I bis IV])

Bundesgesetz über die Unfallversicherung (UVG) / Verordnung über die Verhütung von Unfällen und Berufskrankheiten (Verordnung über die Unfallverhütung [VUV])

Tierseuchenverordnung

Bundesgesetz über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Gesetz)

Energiegesetz (EnG) / Energieverordnung des Bundes (EnV)

Energiegesetz des Kantons / Verordnung über die Energieplanung und die Förderung von Pilotprojekten des Kantons (Energieverordnung)

Verordnung über den Schutz vor Störfällen (Störfallverordnung [StFV]) / Verordnung über den Vollzug der Störfallverordnung des Kantons

Stufe Stadt (GGR / SR)

Allgemeine Polizeiverordnung der Stadt Winterthur / Massnahmenplan Luftreinhaltung 2010 der Stadt Winterthur (SRB Nr. 11.454-1) / Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung (VOS)

Bericht zu Postulat Ökologische Buchhaltung vom 27. April 1987

Antrag und Bericht zum Postulat betreffend Lokale Agenda 21 (GGR Nr. 99/079) / Nachhaltige Stadtpolitik: Schaffung der notwendigen Voraussetzungen (SRB-Nr. 2001-0447)

Energiekonzept 2000-2020 (SRB-Nr. 2000-94) / Aktivitätenprogramm Energie (SRB-Nr. 2001-2206) / Konzept

Öffentlichkeitsarbeit Energiestadt 2003-2006 (SRB-Nr. 2003-2224) / Programm Energieoptimierung öffentlicher Bauten (SRB-Nr. 2004-0882)

Beitritt zum Verein Klimabündnis (SRB-Nr. 94-0104) / Plattform zur Zusammenarbeit der Klimabündnis-Städte Schweiz (KBSS) (SRB-Nr. 96-0215) / Schaffhauser Memorandum der Schweizer Klimabündnis-Städte (SRB-Nr. 2002-0329)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Schaffung einer Fachstelle für Umweltschutz (GGR, 1986), Konzept Umweltschutzorganisation (SR, 1986) / Genehmigung Strategiepapier 2004-2006 sowie personelle Zusammensetzung der Organisation Umwelt und Energie (SRB-Nr. 2004-0678), Zusammenlegung Gesundheitsamt und Umweltschutzfachstelle (SRB-Nr. 2005-1039), Organisation Umwelt und Energie: Strategiepapier 2007-2010 (SRB-Nr. 2006-2309), Energiekonzept 2000-2020: Aktivitätenprogramm 2007-2010 (SRB-Nr. 2006-2254), Ausbau Lebensmittelkontrolle für Gemeinden (SRB-Nr. 2007-0254), Kommunikationskonzept und Massnahmenprogramm Mobilität (SRB-Nr. 2007-0544), Beschaffung umweltschonender und energieeffizienter Fahrzeuge (SRB-Nr. 2006-1146).

Stufe Verwaltungseinheit

Strategie und Legislaturplanung Stadtrat / Leistungsvereinbarung / Jahresziele

Verantwortliche Leitung

Dr. Anna Roschewitz

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung - Kosten (Globalkredit) pro Einwohner/in, in CHF - Kostendeckungsgrad insgesamt in %	17.68 57	18.25 44	23.31 38
2 Kundenorientierung Kundenerwartungen sind erkannt und werden zufrieden stellend erfüllt. <i>Messung / Bewertung:</i> Kundenbefragungen <i>Messgrössen:</i> Kundenzufriedenheit Campingplatz (sehr zufrieden in %)	87	---	---
3 Vollzug und Kontrolle Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten vor Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, die die Gesundheit gefährden können, den hygienischen Umgang sicherstellen und Schutz vor Täuschungen. Schutz der Arbeitnehmenden vor Unfällen und Förderung des betrieblichen Gesundheitsschutzes. Schutz der Bevölkerung, Tiere, Pflanzen und deren Lebensräume vor schädlichen Luftverunreinigungen. Termingerechte Durchführung von UVP-Verfahren. Die inspizierten Betriebe und Kund/innen sind mit der Qualität der Vollzugstätigkeit sowie den durchgeführten Kontrollen und Prüfungen zufrieden und akzeptieren die angeordneten Massnahmen. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Kontrollen und Nachkontrollen durch das Lebensmittelinspektorat, das Arbeitsinspektorat und die Fachstelle Umwelt. <i>Messgrössen:</i> - Anzahl jährlicher Lebensmittelkontrollen pro Betrieb in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle) - Lebensmittelkontrollen in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle) - Lebensmittelkontrolle Nachkontrollen in Winterthur - Probenahmen (Lebensmitteluntersuchungen) in Winterthur - Wägungen von PM10-Filtern - Beurteilte Emmissions-Messberichte - VOC-Bilanzen - Arbeitssicherheitskontrollen	0.76 809 52 566 3'941 22 7 224	0.90 900 60 700 3'700 20 7 220	0.85 850 55 600 3'600 20 7 220

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
4 Dienstleistungen Die angebotenen Dienstleistungen entsprechen den Kundenerwartungen und werden nachgefragt Aktive Öffentlichkeitsarbeit zum Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie zur lokalen Nachhaltigen Entwicklung. Veröffentlichung Umweltbericht alle 4 Jahre. <i>Messung / Bewertung:</i> Kundenbefragungen Erhebung der Nachfrage Audits Label Energiestadt (alle 4 Jahre) <i>Messgrössen:</i> ▪ Anzahl verteilte Publikationen und Broschüren ▪ Anzahl Besucher/innen auf Internetseite ▪ Anzahl Kampagnen / Aktionen ▪ Umweltbericht (alle 4 Jahre) ▪ Label Energiestadt ▪ Zielerreichungsgrad Goldmedaille Gesamttotal			
	70'648	40'000	40'000
	81'991	80'000	80'000
	13	7	7
	-	-	-
	k.A.	1.00	k. A.
	k.A.	77%	k. A.

Nächster Umweltbericht 2013

Nächstes Re-Audit Label Energiestadt Gold im 2015 (alle 4 Jahre)

Die Indikatoren für die Lebensmittelkontrollen in den Partnergemeinden und in Winterthur, sowohl gesamt als auch pro Betrieb werden leicht tiefer veranschlagt, da durch die Vorgabe der Kantonschemiker risikobasierte Kontrollen durchgeführt werden. Dies hat einen Einfluss auf die Häufigkeit der Betriebskontrollen und damit auch auf die WOV-Indikatoren des Lebensmittelinspektorats.

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	1'809'524	1'886'424	2'423'920

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Personalkosten CHF + 300'000:

Zusätzliche Personalressourcen für die Erfüllung neuer Aufgaben (vgl. Erläuterungen zu den Personalinformationen); 2012 keine temporären Vakanzen mehr.

Sachkosten CHF + 240'000:

Zusätzlicher Mittelbedarf für Projekte (Umsetzung Massnahmenplan Luftreinhaltung, Erarbeitung Massnahmenplan Energiekonzept 2050, Mobilitätsmanagement Stadtverwaltung).

Wie bereits im Budget 2011 sind auch im Budget 2012 in den Kosten und Erlösen je CHF 200'000 Mittelherkunft und -verwendung aus der Rückverteilung der CO₂-Abgabe enthalten (ergebnisneutral).

Die einzelnen Projekte:

Der Massnahmenplan Luftreinhaltung (SR.11.454-1) wurde am 14. April 2011 vom SR zur Kenntnis genommen und wie folgt festgelegt: Das Departement Sicherheit und Umwelt, Umwelt- und Gesundheitsschutz, wird beauftragt, zusammen mit verschiedenen anderen städtischen Stellen diverse Massnahmen zu konzipieren und umzusetzen, dies teilweise als federführende Stelle, teil als unterstützende Stelle. Es sind dies u.a.:

- Entwicklung eines Förderkonzeptes für die Sanierung bestehender Zentral-Holzfeuerungen kleiner gleich 70 kW (Federführung UGS)
- Erarbeitung eines Sanierungskonzeptes für die städtischen Holzfeuerungen (Mitwirkung UGS)
- Vorlegen eines Programms zur Förderung von Partikelfiltern für dieselbetriebene Nutzfahrzeuge, Maschinen und Geräte im privaten Bereich (Federführung UGS)
- Entwicklung eines Mobilitätskonzeptes für Grossveranstaltungen (Federführung UGS)
- Erarbeitung eines Gesamtkonzeptes zur Information der Bevölkerung zu den Themen Feinstaub und Ozon sowie Durchführung einer entsprechenden Informationskampagne (Federführung UGS)
- Erarbeitung eines Pflichtenheftes für eine zentrale, beim Tiefbauamt angesiedelte Beratungsstelle (Mitwirkung UGS)
- Einzelbetriebliche Sanierung von Kieswerken, Steinbrüchen und ähnlichen Anlagen gemäss LRV (Federführung UGS)
- Führung des Umsetzungscontrollings des Massnahmenplans Luftreinhaltung sowie Berichterstattung an den Stadtrat (Federführung UGS)

Zur Erfüllung dieser neuen, zusätzlichen Aufgaben werden ab Januar 2012 eine zusätzliche Stelle "Fachmitarbeiter/in" mit einem Teilzeitpensum von 50% bei Umwelt- und Gesundheitsschutz, Fachstelle Umwelt, geschaffen sowie notwendigen Sachmittel bereitgestellt, dies unter Vorbehalt der Budgetgenehmigung durch den GGR.

Die Grundlagen Energiekonzept 2050 hat der SR am 23.3.2011 zustimmend zur Kenntnis genommen (SR.11.306-1) und Umwelt- und Gesundheitsschutz damit beauftragt, basierend auf ebendiesem Grundlagenbericht und in enger Zusammenarbeit mit Stadtwerk Winterthur ein Aktivitätenprogramm 2010-2014 (Massnahmenprogramm) zu erarbeiten, welches dem Stadtrat bis Ende 2012 zur Genehmigung zu unterbreiten ist. Gemäss diesem SRB werden die zur Erarbeitung und späteren Umsetzung des Aktivitätenprogramms erforderlichen zusätzlichen personellen und finanziellen Mittel ab dem Jahr 2012 im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten im Globalbudget der Produktgruppe Umwelt- und Gesundheitsschutz berücksichtigt.

Das Aktivitätenprogramm 2010-2014 wird neu nach den 6 Themenfeldern des Energiestadt-Katalogs gegliedert. Die Struktur der einzelnen Massnahmenblätter soll folgende Punkte beinhalten: Ziel der Massnahme, räumlicher Bezug, Verantwortlichkeiten, Termine und Vorgehensschritte, Budget sowie Wirkungen.

Das Controlling der Leistungen für die Umsetzung der Massnahmen erfolgt in der Fachgruppe Energie unter der Federführung von Umwelt- und Gesundheitsschutz. Für das Monitoring der Wirkungen werden alle 4 Jahre die bisherigen Kennzahlen des Umweltberichtes, die Kernindikatoren Umwelt sowie die zusätzlichen Kennzahlen von Energiestadt erhoben und beurteilt unter der Federführung von Umwelt- und Gesundheitsschutz.

Das Projekt Mobilitätsmanagement Stadtverwaltung wird unter der Federführung von Umwelt- und Gesundheitsschutz bearbeitet. Der Stadtrat entscheidet voraussichtlich Ende Juni 2011 über das Detailkonzept und die Einführung eines Pilotprojektes 2013-2016. Dazu wird ein Umsetzungskonzept einschliesslich Faktenblättern Kernmassnahmen, Übersicht Finanzströme, Weisungen und Reglementen, Kommunikations- und Informationskonzept mit Mobilitätsplattform, Monitoring- und Controllingplan für Pilotprojekt sowie Umsetzungszeitplan 2012-2016 erarbeitet. Die Vorbereitungsphase 2011 mit ersten Massnahmen wird fortgesetzt als Übergangsphase 2012 mit denjenigen Massnahmen, die ab 2013 Bestandteil des Pilotprojektes werden sollen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Die Federführung von Umwelt- und Gesundheitsschutz betrifft die Erarbeitung von:

- Grundlagen für die Mobilitätsmassnahmen
- Weisungen und Regelementen
- Mobilitätsplattform und
- Monitoring- und Controlling

Zudem bietet Umwelt- und Gesundheitsschutz Unterstützung bei der Erarbeitung von einem neuen Parkierungsreglement und bei der Information sowie Kommunikation.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Die Begründungen Abweichung Voranschlag 2011/2012 gelten weitgehend auch hier; der Vergleich ist jedoch wesentlich erschwert, weil der Campingplatz und die Kadaverentsorgung seit 2011 nicht mehr bei Umwelt- und Gesundheitsschutz angesiedelt sind.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	2'568'925	2'487'647	2'792'587
Sachkosten	1'386'467	714'884	951'986
Beiträge an Dritte	0	0	5'000
Residualkosten	7'387	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'699	0	0
Mietkosten	132'743	130'300	131'500
Übrige interne Kosten	68'389	47'643	46'899
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'165'610</i>	<i>3'380'474</i>	<i>3'927'972</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	4'165'610	3'380'474	3'927'972
Externe Erlöse	1'910'041	1'189'000	1'173'000
Interne Erlöse	121'621	50	16'052
Beiträge von Dritten	324'424	305'000	315'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'356'086</i>	<i>1'494'050</i>	<i>1'504'052</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	2'356'086	1'494'050	1'504'052
Total Nettokosten / Globalkredit	1'809'524	1'886'424	2'423'920
Kostendeckungsgrad in %	57	44	38

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	18.35	17.67	19.37
▪ Auszubildende	0.00	0.00	0.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Zusätzliche Personalressourcen für die Erfüllung von neuen Aufgaben:
 + 0.50 Sachbearbeiter/in Umwelt: Umsetzung Massnahmenplan Luftreinhaltung.
 + 1.00 Nachhaltige Entwicklung: Ausbau des Themas "Nachhaltige Entwicklung" gemäss den Legislatorschwerpunkten 2010 - 2014; Projektleitung Mobilitätsmanagement Stadtverwaltung inkl. Umsetzungskonzept, Kommunikationskonzept und Kommunikationsmassnahmen; Erarbeitung Massnahmenplan Energiekonzept 2050.
 + 0.20 Arbeitssicherheit: Geplante Übernahme der Koordination und Steuerung der Arbeitssicherheit und des Gesundheitsschutzes innerhalb der Stadtverwaltung.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Mobilitätsmanagement Stadtverwaltung (s.o.): Konzeptionierung und Umsetzung Übergangsphase 2012
- Energiekonzept 2050 (s.o.): Aktivitätenprogramm 2010 - 2014 erarbeiten
- Diverse Projekte zu den Themen Umwelt, Energie, Nachhaltigkeit und Luft durchführen
- Öffentlichkeitsarbeit Energiestadt
- Massnahmenplan Luftreinhaltung 2010 der Stadt Winterthur (Statusbericht alle 2 Jahre ab 2011) einschliesslich Öffentlichkeitsarbeit
- Umweltbericht 2013 (Daten per Ende 2012) und Emissionskataster 2012 erarbeiten
- Mitwirkung an diversen Veranstaltungen: Tag der Sonne, Velobörse, NewRide, Wohga, Mobilitätsmarkt, Wintimäss, Klimawerkstatt, Blue-Tech, EnergyDay, BlueDay, Filme für die Erde, ZeroTracer
- Pflege der Websites

Produkt 1 Vollzug und Kontrolle**Leistungen**

- Lebensmittelkontrolle
- Pilzkontrolle
- Immissionsüberwachung
- Vollzug Luftreinhalte-Verordnung (LRV) und Verordnung über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV)
- Vollzug Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz
- Koordination von Umweltverträglichkeitsprüfungen (UVP)

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	2'443'545	2'303'768	2'639'086
Erlös	1'522'413	1'294'037	1'304'038
Nettokosten	921'132	1'009'732	1'335'048
Kostendeckungsgrad in %	62	56	49

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Lebensmittelkontrollen pro Mitarbeitende	680	680	680
EKAS Entschädigung (Eidgenössische Koordinationskommission für Arbeitssicherheit) in CHF	239'424	235'000	235'000
Termingerechte Durchführung von UVP-Verfahren in %	100	100	100

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl jährlicher Lebensmittelkontrollen pro Betrieb in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	0.76	0.90	0.85
Anzahl jährlicher Lebensmittelkontrollen pro Betrieb in Partnergemeinden (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	0.7	0.9	0.8
Lebensmittelkontrollen in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	809	900	850
Lebensmittelkontrolle Nachkontrollen in Winterthur	52	60	55
Lebensmittelkontrollen in Partnergemeinden (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	4'285	3'600	3'800
Lebensmittelkontrolle Nachkontrollen in Partnergemeinden	221	250	240
Probenahmen (Lebensmitteluntersuchungen) in Winterthur	566	700	600
Probenahmen (Lebensmitteluntersuchungen) in Partnergemeinden	2'075	2'000	2'100
Besucher/innen Pilzkontrolle	357	300	300

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Wägungen von PM10-Filtern	3'941	3'700	3'600
Beurteilte Emmissions-Messberichte	22	20	20
VOC-Bilanzen	7	7	7
Arbeitssicherheitskontrollen	224	220	220
Planbegutachtungen	404	120	120
Anzahl erfolgreicher gerichtlicher Beanstandung bei UVP-Verfahren	0	0	0
Anzahl erfolgreicher Einsprachen gegen Bewilligungen, Auflagen, Verfügungen, Verwarnungen oder Verzeigungen	0	0	0
Kadaverentsorgung (t)	68	---	---

- Kadaverentsorgung: Wechsel der Kadaverentsorgung ab 2011 zum Departement Bau.

- Die Indikatoren für die Lebensmittelkontrollen in den Partnergemeinden und in Winterthur, sowohl gesamt als auch pro Betrieb werden leicht tiefer veranschlagt, da durch die Vorgabe der Kantonschemiker risikobasierte Kontrollen durchgeführt werden. Dies hat einen Einfluss auf die Häufigkeit der Betriebskontrollen und damit auf die WOV-Indikatoren der Lebensmittelkontrolle.

Produkt 2 Dienstleistungen

Leistungen

- Führung der städtischen Querschnittsorganisation Umwelt und Energie
- Koordination des Prozesses der lokalen Nachhaltigen Entwicklung in Winterthur
- Geschäftsstelle Fluglärmorganisation Region Ost
- Beratung der Bevölkerung, Wirtschaft, Verwaltung und Politik bei Fragen zu Umwelt- und Gesundheitsschutz
- Öffentlichkeitsarbeit zu Umwelt- und Gesundheitsschutz
- Projektarbeit «Mobilitätsmanagement Stadtverwaltung»

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'268'370	1'076'705	1'288'886
Erlös	422'468	200'013	200'014
Nettokosten	845'902	876'692	1'088'871
Kostendeckungsgrad in %	33	19	16

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Besucher/innen auf Internetseite	81'991	80'000	80'000
Anzahl verteilte Publikationen und Broschüren	70'648	40'000	40'000
Label Energiestadt (Re-Audit 2011)	-	-	-
▪ Zielerreichungsgrad Gesamttotal		77	-
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Entwicklung, Raumordnung'		83	-
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Kommunale Gebäude, Anlagen'		48	-
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Versorgung, Entsorgung'		75	-
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Mobilität'		94	-
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Interne Organisation'		83	-
▪ Zielerreichungsgrad Teilbereich 'Kommunikation, Kooperation'		79	-

Nächstes Re-Audit Label Energiestadt Gold im 2015 (alle 4 Jahre).

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Medienmitteilungen und Anfragen durch Medien	27	20	20
Anzahl durchgeführter Kurse, Seminare und gehaltener Referate	12	8	7
Anzahl Kampagnen / Aktionen	13	7	7
Umweltbericht (alle 4 Jahre)	-	-	-

Nächster Umweltbericht 2013

IAFP Umwelt- und Gesundheitsschutz

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	4'165	3'380	3'927	3'988	4'158	4'158
Erlös	2'356	1'494	1'504	1'504	1'504	1'504
Nettokosten/Globalkredit	1'810	1'886	2'424	2'484	2'654	2'654
Kostendeckungsgrad in %	57	44	38	38	36	36

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
▪ Kosten (Globalkredit) pro Einwohner/in, in CHF	17.68	18.25	23.31	23.75	25.24	25.00
▪ Kostendeckungsgrad insgesamt in %	57	44	38	38	36	36
2 Kundenorientierung						
Kundenerwartungen sind erkannt und werden zufrieden stellend erfüllt. <i>Messung / Bewertung:</i> Kundenbefragungen <i>Messgrössen:</i>						
▪ Kundenzufriedenheit Campingplatz (sehr zufrieden in %)	87	---	---	---	---	---
3 Vollzug und Kontrolle						
Schutz der Konsumentinnen und Konsumenten vor Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, die die Gesundheit gefährden können, den hygienischen Umgang sicherstellen und Schutz vor Täuschungen. Schutz der Arbeitnehmenden vor Unfällen und Förderung des betrieblichen Gesundheitsschutzes. Schutz der Bevölkerung, Tiere, Pflanzen und deren Lebensräume vor schädlichen Luftverunreinigungen. Termingerechte Durchführung von UVP-Verfahren. Die inspizierten Betriebe und Kund/innen sind mit der Qualität der Vollzugstätigkeit sowie den durchgeführten Kontrollen und Prüfungen zufrieden und akzeptieren die angeordneten Massnahmen. <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Kontrollen und Nachkontrollen durch das Lebensmittelinspektorat, das Arbeitsinspektorat und die Fachstelle Umwelt. <i>Messgrössen:</i>						
▪ Anzahl jährlicher Lebensmittelkontrollen pro Betrieb in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	0.76	0.90	0.85	0.85	0.85	0.85
▪ Lebensmittelkontrollen in Winterthur (Wechsel auf risikobasierte Kontrolle)	809	900	850	850	850	850
▪ Lebensmittelkontrolle Nachkontrollen in Winterthur	52	60	55	55	55	55

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
- Probenahmen (Lebensmitteluntersuchungen) in Winterthur - Wägungen von PM10-Filtern - Beurteilte Emmissions-Messberichte - VOC-Bilanzen - Arbeitssicherheitskontrollen	566	700	600	600	600	600
	3'941	3'700	3'600	3'600	3'600	3'600
	22	20	20	20	20	20
	7	7	7	7	7	7
	224	220	220	220	220	220
4 Dienstleistungen Die angebotenen Dienstleistungen entsprechen den Kundenerwartungen und werden nachgefragt Aktive Öffentlichkeitsarbeit zum Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie zur lokalen Nachhaltigen Entwicklung. Veröffentlichung Umweltbericht alle 4 Jahre. <i>Messung / Bewertung:</i> Kundenbefragungen Erhebung der Nachfrage Audits Label Energiestadt (alle 4 Jahre) <i>Messgrössen:</i> - Anzahl verteilte Publikationen und Broschüren - Anzahl Besucher/innen auf Internetseite - Anzahl Kampagnen / Aktionen - Umweltbericht (alle 4 Jahre) - Label Energiestadt - Zielerreichungsgrad Goldmedaille Gesamttotal						
	70'648	40'000	40'000	40'000	40'000	40'000
	81'991	80'000	80'000	80'000	80'000	80'000
	13	7	7	7	7	7
	-	-	-	1	-	-
	k.A.	1.0	k. A.	k. A.	k. A.	1
	k.A.	77%	k. A.	k. A.	k. A.	77%

Nächstes Re-Audit Label Energiestadt Gold im 2015 (alle 4 Jahre).

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

- Projekte zu den Themen Umwelt, Energie, Nachhaltigkeit und Luft durchführen
- Öffentlichkeitsarbeit Energiestadt
- Mobilitätsmanagement Stadtverwaltung: Einführung Pilotprojekt 2013 - 2016; Federführung in diversen Aufgaben
- Energiekonzept 2050: Umsetzung, Monitoring und Controlling Aktivitätenprogramm 2010 - 2014
- Publikation Umweltbericht 2013 (Daten per Ende 2012)
- Publikation Luftschadstoff-Emissionskataster 2012 der Stadt Winterthur
- Implementierung Massnahmenplan Luftreinhaltung 2010 der Stadt Winterthur (Statusbericht alle 2 Jahre ab 2011)
- Mitwirkung an diversen Veranstaltungen: Tag der Sonne, Velobörse, NewRide, Wohga, Mobilitätsmarkt, Wintimäss, Klimawerkstatt, Blue-Tech, EnergyDay, BlueDay

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen

Volksschule

Auftrag

Die Stadt Winterthur führt im Auftrag und entsprechend den Vorgaben des Kantons die Volksschule in der Stadt Winterthur.

Die Volksschule ist integrativ ausgerichtet. Die Förderung der Chancengerechtigkeit sowie der Selbst-, Sozial- und Sachkompetenz der Schüler/innen steht im Mittelpunkt. Sie bereitet die Schüler/innen ihren Fähigkeiten entsprechend auf eine weiterführende Schule, Berufsausbildung oder weitere Anschlusslösung vor. Um ihren Auftrag zu erfüllen, arbeitet sie mit den Erziehungsberechtigten zusammen.

Bedarfsgerechte Tagesstrukturen runden das umfassende Bildungsangebot der Schule ab.

Die Unterstützenden und Präventiven Dienste stehen bei Bedarf den Schüler/innen zur Verfügung. Weiter unterstützen sie die Lehrpersonen, Erziehungsberechtigten und Schulbehörden in der Förderung der Schüler/innen.

Produkte

1 Kindergarten- und Primarstufe, inkl. integrative sonderpädagogische Massnahmen

Das Produkt beinhaltet den Unterricht gemäss Volksschulgesetz für den Kindergarten und die Primarschule. Dazu gehören auch die sonderpädagogischen Massnahmen wie Integrative Förderung (IF), Therapien, Deutsch als Zweitsprache (DaZ) sowie Besondere Klassen.

2 Sekundarstufe I, inkl. integrative sonderpädagogische Massnahmen

Das Produkt beinhaltet den Unterricht gemäss Volksschulgesetz für die Sekundarstufe I. Dazu gehören auch die sonderpädagogischen Massnahmen wie Integrative Förderung (IF), Therapien, Deutsch als Zweitsprache (DaZ) sowie Besondere Klassen.

3 Ergänzende Angebote

Das Produkt beinhaltet ergänzende Angebote gemäss Volksschulgesetz (§§ 15 – 18) wie Aufgabenhilfe, Musikalische Grundausbildung, freiwilliger Schulsport, Blockflötenunterricht, handwerkliche Kurse etc.

4 Tagesstrukturen

Das Produkt beinhaltet sämtliche Angebote an Tagesstrukturen für Kinder und Jugendliche im Volksschulalter. Das Volksschulgesetz verlangt, dass die Gemeinden bei Bedarf Tagesstrukturen anbieten.

5 Unterstützende Präventive Dienste (UPD)

Das Produkt beinhaltet unterstützende, präventive Angebote des Schulpsychologischen Dienstes (SPD), der Schulsozialarbeit (SSA), des Schulzahnärztlichen Dienstes (SZD) und des Schulärztlichen Dienstes (SAD). Diese Leistungen müssen – mit Ausnahme der Schulsozialarbeit - gemäss kantonalem Recht von der Stadt angeboten werden.

Mit Inkraftsetzung des neuen Jugendhilfegesetzes per 1.1.2012 wird die Stadt Winterthur voraussichtlich in der Pflicht sein, eine "bedarfsgerechte Versorgung mit Schulsozialarbeit" sicherzustellen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund

Bundesverfassung vom 18. Dezember 1998, Art. 62 Abs. 2

Stufe Kanton

Verfassung des Kantons Zürich vom 27. Februar 2005, Art. 115 und 116

Kantonale Volksschulgesetzgebung, insbesondere Volksschulgesetz vom 7. Februar 2005 (LS 412.100)

Gesetz über das Gesundheitswesen (Gesundheitsgesetz) vom 4. November 1962

Stufe Stadt (Volk/GGR / SR)

Geschäftsordnung Volksschule vom 3. Mai 2010

Volksabstimmung zur Einführung der Schulsozialarbeit vom 24. September 2006

neues Jugendhilfegesetz, voraussichtliche Inkraftsetzung 1. Januar 2012

Übergangsgeschäftsordnung für die Volksschule in Winterthur vom 16. Juni 2008

Verordnung über die Schulzahnpflege der Stadt Winterthur vom 24. Oktober 1994

Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 27. April 1998

Beitragsreglement über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 15. Juli 1998

Betriebsreglement über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 15. Juli 1998

Reglement Schuldienste in der Stadt Winterthur vom 13. Mai 2008

Stufe Zentralschulpflege

Stufe Verwaltungseinheit

Verantwortliche Leitung

Zentralschulpflege

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Chancengerechte Förderung der Schüler/innen Die Schüler/innen erwerben ihre Fähigkeiten grundsätzlich in der Regelklasse und erfahren in ihrer Förderung Chancengerechtigkeit. (W) - Anteil (in %) Schüler/innen in der Regelklasse (1) <i>Anteil (in%) fremdsprachiger (Definition gemäss Bildungsstatistik) Schüler/innen in den Abteilungen A, B, C der Sekundarstufe (2)</i> - A - B - C <i>Anteil (in%) ausländischer (Definition gemäss Bildungsstatistik) Schüler/innen in den Abteilungen A, B, C der Sekundarstufe (3)</i> - A - B - C Die Leistungen der die Lehrpersonen unterstützenden Fachleute und die Weiterbildungen stellen die Integrationsfähigkeit (Ermöglichung zum Verbleib in der Regelklasse) der Schule und den individualisierenden Unterricht sicher. (L) - Anteil (in %) schulpsychologische Arbeit in den Schulen (vor Ort) - Anzahl Schüler/innen pro Schulsozialarbeiter/innen-Stelle (10) - Anteil (in %) Lehrpersonen, die eine Weiterbildung zum "Umgang mit Vielfalt" absolviert haben		95	95
		21	25
		55	57
		72	75
		16	15
		43	40
		63	65
		10	14
		1'400	1'138
		*	*
2 Kompetenzen und Befähigung der Schüler/innen Die Schüler/innen erreichen eine hohe Selbst-, Sozial- und Sachkompetenz. (W) - Anteil (in %) Schüler/innen mit positiver Verhaltensbeurteilung (Stichprobe) - Die Leistungen der Schüler/innen bei den Klassen-Cockpits entsprechen mindestens der Vergleichsgruppe (4) Schüler/innen erhalten die zur Erreichung der Lernziele definierten Unterrichtslektionen. (L) - Anteil (in %) stattgefundene Lektionen (5) Die Schulen fördern und realisieren im Rahmen der Schüler/innen-Partizipation Vorhaben. (L) - Anzahl von Schüler/innen angeregte, umgesetzte Vorhaben (6)		*	*
		*	*
		96	96
		*	*
3 Gemeinsame Förderung der Kinder und Jugendlichen Die Schule und die Erziehungsberechtigten fördern gemeinsam die Kinder und Jugendlichen in ihrer Entwicklung. (W) (7) - Zufriedenheit (in %) der Erziehungsberechtigten Schulleitungen Lehrpersonen Schüler/innen Die Schule stellt Angebote für die Mitwirkung der Erziehungsberechtigten zur Verfügung. (L) - Anzahl Schulen in denen mindestens ein, von Eltern und Schule gemeinsam organisierter Anlass stattfindet - Zufriedenheitsgrad (in %) der Erziehungsberechtigten (Befragung) (8)		*	*
		*	*

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
4 Chance für weiterführende Ausbildungen Kinder und Jugendliche finden eine weiterführende Ausbildung. (W) ▪ Anteil (in %) mit Anschlusslösung in der Berufsbildung oder weiterführender Schule (9)		57	63

* Indikatoren lassen sich erst mit der Ist-Erhebung (ab 1.1.2011) beziffern, noch keine Sollwerte.

(1) Seit 2005 wurden rund 300 Schüler/innen von Kleinklassen in die Regelklassen integriert.

(2) Fremdsprachig: Als Muttersprache gilt die Sprache, in welcher die Lernenden denken und die sie am besten beherrschen. Soll 2011 entspricht den Istwerten 2009 der kantonalen Bildungsstatistik (Bista), welche sich auf das Schuljahr 2008/09 beziehen (Stichdatum 15. September 2008). Soll 2012 analog, bezieht sich auf Schuljahr 2009/10 (gemäss Bista).

Winterthurer Sek, Soll 2011: Total 42%. Soll 2012: Total 42%.

Kantonaler Wert, Soll 2011: Total Sek 30%, Sek A 17%, Sek B 39%, Sek C 65%. Soll 2012: Total Sek 31%, Sek A 19%, Sek B 41%, Sek C 65%.

(3) Ausländisch: Ausländische Nationalität. Soll 2011 entspricht den Istwerten 2009 der Bista. Soll 2012 entspricht den Istwerten 2010 der Bista.

Winterthurer Sek, Soll 2011: Total 29%. Soll 2012: Total 29%.

Kantonaler Wert, Soll 2011: Total Sek 24%, Sek A 13%, Sek B 31%, Sek C 57%. Soll 2012: Total Sek 23%, Sek A 13%, Sek B 30%, Sek C 54%.

(4) Stichprobe: Auswahl von jährlich mindestens 20 Klassen pro Schulstufe mittels Zufallsgenerator aufgrund der Liste der Materialverwaltung. Klassencockpits sind klassenbezogen. Vergleichsgruppe: Deutschschweizer Auswertung

(5) Beinhaltet auch Besuch der Schulzahnklinik, obligatorische Schulanlässe, Sporttag, etc. Wert im VA 2011 geschätzt.

(6) Auf Ebene Schule.

(7) Erhebung durch Fachstelle Schulevaluation der Bildungsdirektion.

(8) Beinhaltet gemeinsam organisierte Anlässe (Bsp. Umgang mit neuen Medien, Erziehungsfragen, etc.) und nicht allgemeine Infoveranstaltungen (Bsp. Elternabend zur Klasseneinteilung etc.).

(9) Die Anschlusslösung kann einer Berufsausbildung oder einer Mittelschule entsprechen. Aktueller Anteil im VA2011 und VA2012 ohne Kreis Winterthur-Stadt, da Zahlen in der Bildungsstatistik falsch sind. Wichtiger Hinweis: Bei diesem Wert handelt es sich um eine Stichtags-Erhebung per Juni 2009. Weitere Entwicklungen sind nicht mehr berücksichtigt. Soll 2011 entspricht den Istwerten 2008 der Bista.

(10) Gemäss Stellenplanung 2012 soll die Schulsozialarbeit ab Mitte Jahr um 3 Vollzeitstellen aufgestockt werden.

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	145'040'526	148'033'225	181'121'575

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Durch den neuen Finanzausgleich steigt der Gemeindeanteil bei den Lehrpersonen(LP)-Besoldungen von 54.8% auf 80% um CHF 25.50 Mio., Revision der LP-Besoldungen (Anlaufstufen, Neueinstufungen, a.o. Massnahmen ab 12) sowie die Lohnmassnahmen 11 (Stufenanstiege, Teuerung) belaufen sich auf CHF 4.00 Mio. (Total CHF 29.50 Mio.).

Einführung zusätzlicher Lektionen Handarbeit in der 5. und 6. Klasse.

Die Lohnmassnahmen 2011 auf Verwaltungslöhnen wurden im VA 2011 nicht vollumfänglich eingestellt.

Im Kindergarten, der Primar- und der Sekundarstufe müssen PC ersetzt (geleast) werden, inkl. Bereitstellungs- u. Betriebskosten.

Hauswartung und Reinigung für neues Schulhaus Wyden ganzjährig (Anstellung per Juli 2011).

In der Schulergänzenden Betreuung müssen Plätze dem Bedarf entsprechend ab August 11 von 1266 auf 1321 erhöht werden.

Unterstützende Präventive Dienste: Ausbau der Schulsozialarbeit 2012 und 13, Vorgabe der ZSP, Betreuungsschlüssel pro Mitarbeiter liegt über dem vom Kanton vorgegebenen Wert. Konzept und Weisung in Bearbeitung.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Siehe auch oben, zusätzlich:

Weitere Reduktion der Schulbehörden, Aufstockung KSP-Präsidien ganzjährig (Stellen bereits umgesetzt).

Erweiterung Führungsaufgaben der Schulleitungen (Schulleitung+), Reduktion durch Umlagerung von Religion und Kultur sowie Wegfall Prozessbegleitung Schulleitungen.

Neue Lehrmittel und erhöhter Materialverbrauch im Schulbetrieb (Schulkredit).

Schulergänzende Betreuung: Plätzeausbau (dem Bedarf entsprechend) musste von 2010 von 1196 auf 1321 für 2012 erhöht werden.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	106'097'499	105'938'118	137'115'455
Sachkosten	20'651'433	22'205'803	22'758'335
Beiträge an Dritte	7'314'087	7'147'400	7'933'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	15'512'346	15'918'665	17'278'341
Mietkosten	2'390'015	2'259'020	1'862'000
Übrige interne Kosten	7'788'816	4'273'018	4'671'013
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>159'754'195</i>	<i>157'742'024</i>	<i>191'618'145</i>
Verrechnungen innerhalb PG	-381'075	8'800	0
Total effektive Kosten	160'135'270	157'733'224	191'618'145
Externe Erlöse	8'267'758	7'035'586	8'094'940
Interne Erlöse	3'036'584	178'513	161'630
Beiträge von Dritten	3'716'536	2'494'700	2'240'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>15'020'878</i>	<i>9'708'799</i>	<i>10'496'570</i>
Verrechnungen innerhalb PG	-73'866	8'800	0
Total effektive Erlöse	15'094'744	9'699'999	10'496'570
Total Nettokosten / Globalkredit	145'040'526	148'033'225	181'121'575
Kostendeckungsgrad in %	9	6	5

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten		260.15	291.55
▪ Auszubildende		19.00	39.04
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze		1.00	2.00

Auszubildende: Im Soll 2011 wurden die Praktikanten der Familienergänzenden Betreuung nicht mitgezählt. Der richtige Wert für 2011 liegt bei 31.40.

Erläuterungen zu den Personalinformationen

- + 0.61 Pensensverschiebungen mittels Sammelantrag 2011 im Rahmen der bewilligten Stellen.
- + 1.81 Stellen für die bedarfsgerechte Tagesbetreuung. Diese Stellen mit rund 35% teilrefinanziert.
- + 3.30 Stellen für den Ausbau der Schulsozialarbeit.
- + 0.88 Stellen für Reinigung und Hauswart im Nebenamt für den ganzjährigen Betrieb des neuen Schulhauses Wyden. Im VA2011 Stellen nicht für 12 Monate beantragt.
- 0.81 Stellen Fachstellen Deutsch als Zweitsprache und Besondere Klassen laufen im Sommer 2011 aus (befristete Stellen)

Bereinigung Stellenplan im Bereich der Hauswartung/Reinigung der Volksschule: Erhöht Transparenz gegenüber Parlament
 Im Stellenplan sollen in Zukunft nicht regelmässig anfallende Stunden (für Reinigung sowie für Reinigung Optinutz) auch ausgewiesen werden. Dies ist ein Philosophiewechsel, der zu keinen Mehrkosten führt.

- + 14.11 Pensenschaffung (Bereinigung Stellenplan) für Reinigungspersonal ohne Festanstellung für die Hauptreinigung der Schulinfrastruktur inkl. Reinigungsstunden für die Schulgänzende Betreuung während den Ferien. Der grösste Teil dieser Hauptreinigungsstunden wird von Personen erbracht, die nur für diese Arbeit entschädigt werden und keine Verfügung mit einem fixen Pensum haben.
- + 11.50 Pensenschaffung (Bereinigung Stellenplan) für Reinigungsstunden im Optinutz, d.h. Reinigungsstunden nach 18 Uhr infolge Nutzung der Anlagen durch Dritte. Die Stunden werden in der Regel im Stundenlohn ausbezahlt. Es bestehen kaum Verfügungen mit einem fixen Pensum. Jedoch werden die ausbezahlten Stunden als Ist-Stellenwerte ausgewiesen und führen zu einer entsprechenden Abweichung im Stellenplan. Bis Ende 2010 konnten die Kosten für die Optinutzstunden durch die Vermietungen gedeckt werden.

Produkt 1 Kindergarten- und Primarstufe, inkl. integrative sonderpädagogische Massnahmen

Leistungen

Das Produkt beinhaltet den Unterricht gemäss Volksschulgesetz für den Kindergarten und die Primarschule. Gleichzeitig umfasst es integrative, sonderpädagogische Massnahmen wie Integrative Förderung (IF), Therapien, Deutsch als Zweitsprache (DaZ), Aufnahmeunterricht, Besondere Klassen.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten		94'789'085	119'612'404
Erlös		1'682'607	2'024'466
Nettokosten		93'106'478	117'587'938
Kostendeckungsgrad in %		2	2

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Schüler/innen erhalten die zur Erreichung der Lernziele definierten Unterrichtslektionen.			
▪ Anteil (in %) stattgefundene Lektionen Die Leistungen der die Lehrpersonen unterstützenden Fachleute und die Weiterbildungen stellen die Integrationsfähigkeit der Schule und den individualisierenden Unterricht sicher.		96	96
▪ Anteil (in %) Lehrpersonen, die eine Weiterbildung zum "Umgang mit Vielfalt" absolviert haben Die Schule stellt Angebote für die Mitwirkung der Erziehungsberechtigten zur Verfügung.		*	*
▪ Anzahl Schulen in denen mindestens ein, von Eltern und Schule gemeinsam organisierter Anlass stattfindet		*	*

Anteil (in %) stattgefundene Lektionen: Schätzung.

* Indikatoren lassen sich erst mit der Ist-Erhebung (ab 1.1.2011) beziffern, noch keine Sollwerte.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
- Anzahl Schüler/innen im Kindergarten und Primarschule (1) - Durchschnittliche Klassengrösse (1) - Übertritte (in %) Mittelschule ab 6. Primar (3j-Mittel)(1) - Fremdsprachenquote (in %)(1) - Ausländerquote (in %)(1) - Anzahl Nationalitäten, die unterrichtet werden (1) - Anzahl Vollzeiteinheiten für Kindergarten- und Primarstufe - Davon Anzahl Vollzeiteinheiten / Lektionen sonderpädagogischer Massnahmen für die Unterstützung der integrativen Ausrichtung der Volksschule - gesamt - davon Deutsch als Zweitsprache (DaZ) - davon Integrative Förderung (IF) - davon Integrative Förderung plus - davon Therapien - davon Begabtenförderung - Anteil (in %) von Schüler/innen in besonderen Klassen - Kosten / Bildungsaufwand pro Schüler/in		7'316 21.1 10 43 30 22 446.7 116.2 38.0 35.6 14.0 26.7 1.9 2 12'763	7'320 21.1 13 43 28 20 455.5 115.4 36.0 37.8 15.0 26.4 1.9 1 16'047

(1) Soll 2011 entspricht den Istwerten 2009 der Bista. Soll 2012 entspricht den Istwerten 2010 der Bista.

Produkt 2 Sekundarstufe I, inkl. integrative sonderpädagogische Massnahmen

Leistungen

Das Produkt beinhaltet den Unterricht gemäss Volksschulgesetz für die Sekundarstufe I. Gleichzeitig umfasst es integrative, sonderpädagogische Massnahmen wie Integrative Förderung (IF), Therapien, Deutsch als Zweitsprache (DaZ), Aufnahmeunterricht, Besondere Klassen.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten		41'054'654	48'749'215
Erlös		396'004	394'331
Nettokosten		40'658'650	48'354'884
Kostendeckungsgrad in %		1	1

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Schüler/innen erhalten die zur Erreichung der Lernziele definierten Unterrichtslektionen.			
Anteil (in %) stattgefundene Lektionen		96	96
Die Schulen fördern und realisieren Vorhaben im Rahmen der Schüler/innen-Partizipation			
Anzahl von Schüler/innen angeregte, umgesetzte Vorhaben		*	*

Anteil (in %) stattgefundene Lektionen: Schätzung.

* Indikatoren lassen sich erst mit der Ist-Erhebung (ab 1.1.2011) beziffern, noch keine Sollwerte.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
- Anzahl Schüler/innen in der Sekundarstufe I (1) - Durchschnittliche Klassengrösse (1) - Übertritte (in %) in die Mittelschule ab 2. Sek. (3j-Mittel)(1) - Übertritte (in %) in die Mittelschule ab 3. Sek. (3j-Mittel)(1) - Fremdsprachenquote (in %) - nach A (1) - nach B (1) - nach C (1)		2'382 18 8 7 21 55 72	2'380 19 6 7 25 57 75

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Ausländerquote (in %)			
▪ nach A (1)		16	15
▪ nach B (1)		43	40
▪ nach C (1)		63	65
▪ Anzahl Nationalitäten die unterrichtet werden (1)		22	20
▪ Anzahl Vollzeiteinheiten für Sekundarstufe I		154.4	160.8
▪ davon Anzahl Vollzeiteinheiten / Lektionen sonderpädagogischer Massnahmen für die Unterstützung der integrativen Ausrichtung der Volksschule			
- gesamt		14.4	11.3
- davon Deutsch als Zweitsprache (DaZ)		2.0	1.8
- davon Integrative Förderung (IF)		7.4	7.5
- davon Integrative Förderung plus		1.0	1.0
- davon Therapien		2.0	2.0
- davon Begabtenförderung		0	0
▪ Anteil (in %) von Schüler/innen in besonderen Klassen		1	2
▪ Kosten / Bildungsaufwand pro Schüler/in		17'157	20'134

(1) Soll 2011 entspricht den Istwerten 2009 der Bista. Soll 2012 entspricht den Istwerten 2010 der Bista.

Produkt 3 Ergänzende Angebote

Leistungen

Das Produkt beinhaltet ergänzende Angebote gemäss Volksschulgesetzes (§§ 15 – 18) wie Aufgabenhilfe, Musikalische Grundschule, freiwilliger Schulsport, Blockflötenunterricht.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten		1'808'345	1'856'789
Erlös		179'400	214'000
Nettokosten		1'628'945	1'642'789
Kostendeckungsgrad in %		10	12

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die Schulen stellen vielfältige und bedürfnisgerechte ergänzende Angebote zur Verfügung.			
▪ Anteil (in %) Kindergarten- und Primarstufen-Schüler/innen, die schulergänzende Unterrichtsangebote besuchen (1)		*	*
▪ Anteil (in %) Sekundarstufen-Schüler/innen, die mehr Wahlfächer besuchen als minimal erforderlich		*	*

(1) Kurse wie Schulsport, handwerkliche Kurse, Musikurse etc.

* Indikatoren lassen sich erst mit der Ist-Erhebung (ab 1.1.2011) beziffern, noch keine Sollwerte.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
▪ Anzahl der freiwilligen Schulsportkurse		85	85

Produkt 4 Tagesstrukturen

Leistungen

Das Produkt beinhaltet sämtliche Betreuungsangebote in den Tagesschulen und die Mittagstische in Sekundarschulen.

- Zu den städtischen schulergänzenden Betreuungseinrichtungen für Primarschulkinder zählen (Stand August 2011): Obertor, Neuwiesen, Tössfeld, Schachen, Schachen Pavillon, KK Schachen, Feldstrasse, Wiesenstrasse, Wülflingerstrasse, Eulach, Linde, Wartstrasse, Langwiesen, Wyden, Laubegg, Laubegg Pavillon, Rebwiesen, Zelgli, Eichliacker, Gutschick, Schooren, Guggenbühl, Unterwegli, Talwiesen, Zinzikon, Wallrüti, Oberseen, Tägemoos, Steinacker 1, Steinacker 2, Sennhof
Brühlberg, Hegi TMZ, Hegifeld, Hegi Dorf, Im oberen Gern, Inneres Lind, Geiselweid, Schönengrund, Tiefenbrunnen, Tagesschule Mattenbach, Weberstrasse, am Bach.

Schulergänzende Betreuung auf Primarstufe, Öffnungszeiten:

Mittagstische: 11.50 - 13.45

Nachmittagsbetreuung: 13.30 - 18.00 oder im Anschluss an den Unterricht

- Mittagstisch auf Sekundarstufe: Sekundarschulen Heiligberg, Wallrüti, Rychenberg, Feld, Hohfurri, Oberseen, Mattenbach

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten		12'608'794	13'211'763
Erlös		4'235'587	4'525'707
Nettokosten		8'373'208	8'686'057
Kostendeckungsgrad in %		34	34

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die Schule stellt bedürfnisgerechte Tagesstrukturen zur Verfügung.			
▪ Anzahl betreute Schüler/innen pro 100%-Stelle Betreuungspersonal (Stichtag 31.12.)	27	25	27
▪ Anzahl der Schüler/innen auf Warteliste (per Semesterbeginn 1.2/1.8)	0	20	0
Die Leistungen der die Lehrpersonen unterstützenden Fachleute und die Weiterbildungen stellen die Integrationsfähigkeit der Schule und den individualisierenden Unterricht sicher.			
▪ Anteil (in %) Betreuungspersonen, die eine Weiterbildung zum "Umgang mit Vielfalt" absolviert haben	0	*	11

* Indikatoren lassen sich erst mit der Ist-Erhebung (ab 1.1.2011) beziffern, noch keine Sollwerte.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
▪ Anzahl Plätze			
- in Tagesschule (Kindergarten, Primarstufe)	1'196	1'225	1'291
- Mittagstische (Sekundarstufe)	105	160	160
▪ Anzahl betreute Schüler/innen	2'113	2'100	2'300
▪ Anteil (in %) der betreuten Schüler/innen	22	22	24
▪ Kosten pro Betreuungsstunde (1)			
- in Tagesschule (Kindergarten, Primarstufe)	7.48	8.39	7.55
- Mittagstische (Sekundarstufe)	4.00	4.00	4.10

(1) Bruttokosten ohne Raumkosten, ohne Mahlzeiten, geteilt durch Stunden (= angebotene Plätze x Stunden Öffnungszeit pro Tag x 195 Tage + geschätzte Ferienbetreuungsstunden pro Platz pro Jahr).

Massgebliches Einkommen in CHF für Elternbeitrag - Anzahl Familien

(Stand 31. Dezember: 2004 / 05 / 06 / 07 / 08 / 09 / 10)

Fr. (0 - 30'000)* 0 - 31'800: 149 / 159 / 154 / 192 / 215 / 225 / 104

Fr. (30'001 - 40'000) 31'801 - 42'400: 32 / 26 / 43 / 52 / 55 / 93 / 161

Fr. (40'001 - 50'000) 42'401 - 53'000: 68 / 72 / 63 / 66 / 69 / 98 / 142

Fr. (50'001 - 60'000) 53'001 - 63'600: 70 / 72 / 92 / 89 / 106 / 105 / 131

Fr. (60'001 - 70'000) 63'601 - 74'200: 80 / 99 / 91 / 96 / 106 / 140 / 148

Fr. (70'001 - 80'000) 74'201 - 84'800: 56 / 68 / 72 / 66 / 95 / 105 / 105

Fr. (80'001 - 90'000) 84'801 - 95'400: 63 / 52 / 67 / 71 / 75 / 67 / 97

Fr. (90'001 - 100'000) 95'401 - 106'000: 56 / 59 / 60 / 67 / 60 / 83 / 95

Fr. (100'001 - 110'000) 106'001 - 116'600: 45 / 51 / 52 / 48 / 67 / 88 / 100

Fr. (110'001 - 120'000) 116'601 - 127'200: 38 / 52 / 54 / 66 / 84 / 91 / 89

Fr. (120'001 - 130'000) 127'201 - 137'800: 49 / 37 / 36 / 54 / 60 / 62 / 75

Fr. (130'001 - 140'000) 137'801 - 148'400: 13 / 18 / 30 / 25 / 49 / 45 / 37

über Fr. (140'001) 148'401: 117 / 136 / 132 / 175 / 242 / 294 / 357

* Teuerung ab 1.1.09 von 6%.

Produkt 5 Unterstützende Präventive Dienste (UPD)

Leistungen

Unterstützende und Präventive Dienste (UPD)

In den Unterstützenden und Präventiven Diensten sind der Schulpsychologische Dienst (SPD), die Schulsozialarbeit (SSA), der Schulzahnärztliche Dienst (SZD) und der Schulärztliche Dienst (SAD) zusammengefasst.

Der Schulpsychologische Dienst bietet diagnostische Abklärungen und Beratungen bei schulischen Fragestellungen an. Die Schulpsychologinnen und Schulpsychologen arbeiten auch in den Schulen vor Ort (Schulhaussprechstunden, Fachteams, schulische Standortgespräche, Interventionen u.a.). Wichtig ist die Zusammenarbeit mit den Lehrpersonen, Schulleitungen, Kreisschulpflegen und anderen Fachstellen. Der SPD ist zwingend beizuziehen für die Abklärung für Sonderschulung und bei Fragen im Dissensfall.

Die Schulsozialarbeit unterstützt die Kinder und Jugendlichen in ihrer sozialen Entwicklung und der Bewältigung des Alltags. Ebenso zielt sie auf eine Verbesserung des Lernumfeldes und der sozialen Integration ab. Die Schulsozialarbeit hat in den 15 Stammschulen ein niederschwelliges Angebot und bietet Beratung bei sozialen Problemen, Konflikten und Gefährdungen an. Die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter werden auf Anfrage von Schülerinnen und Schülern, Lehrpersonen und Eltern aktiv, in den 20 Kontaktschulen nur auf Anfrage der Schulleitungen.

Der Schulzahnärztliche Dienst untersucht gemäss kantonalem Gesundheitsgesetz regelmässig die Zähne der Schülerinnen und Schüler. Die Untersuchungen sind für die Eltern kostenlos und erfolgen jeweils im Klassenverband. Zusätzlich werden Massnahmen zur Prävention und Gesundheitsförderung in den Schulen (Prophylaxe-Unterricht) durchgeführt. Auf Wunsch werden auch konservierende und kieferorthopädische Behandlungen durchgeführt. An diese Behandlungen werden einkommensabhängig Unterstützungsbeiträge entrichtet.

Der Schulärztliche Dienst führt in allen öffentlichen Schulen und Kindergärten (2. Kindergarten, 4. und 8. Klasse) die gesetzlich vorgeschriebenen Untersuchungen durch, um Krankheiten und Epidemien vorzubeugen und die Gesundheit der Kinder zu erhalten und zu fördern. Die schulärztlichen Leistungen umfassen verschiedene Tests, die Überprüfung des Impfstatus und Impfungen, schulärztliche Beratungen für Kinder, Jugendliche, Lehrpersonen und Eltern sowie Grundlagenvermittlung in der Prävention bei Jugendlichen.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten		7'481'136	8'187'973
Erlös		3'215'202	3'338'066
Nettokosten		4'265'935	4'849'907
Kostendeckungsgrad in %		43	41

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die Leistungen der die Lehrpersonen unterstützenden Fachleute und die Weiterbildungen stellen die Integrationsfähigkeit der Schule und den individualisierenden Unterricht sicher.			
▪ Anteil (in %) schulpyschologische Arbeit in den Schulen (vor Ort)		10	14
▪ Anzahl Schüler/innen pro 100%-Schulsozialarbeiter/innen-Stelle (2)		1'400	1'138
Die Schule stellt bedürfnisgerechte unterstützende präventive Angebote zur Verfügung.			
▪ Wartezeit Abklärung im Schulpsychologischen Dienst (in Tagen)(1)		30	30

(1) Definition: Zeit von definitiver Auftragserteilung bis zur ersten Kontaktaufnahme bezüglich Abklärung.

(2) Gemäss Stellenplanung 2012 soll die Schulsozialarbeit ab Mitte Jahr um 3 Vollzeitstellen aufgestockt werden.

Prozentanteil Schulpyschologische Arbeit in den Schulen (vor Ort): durch die Einführung von Schulhaussprechstunden, Fachteams etc. ist der Anteil der Schulpsychologischen Arbeit vor Ort wird mutmasslich steigen.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
<i>Anzahl Fälle Schulpyschologischer Dienst (SPD)</i>		705	1'130
▪ Abklärungen/Beratungen		230	480
▪ Beratungen		325	490
▪ Kurzberatungen		150	160
<i>Kosten pro Fall SPD</i>			
▪ Abklärungen/Beratungen		1'420	1'256
▪ Beratungen		850	676
▪ Kurzberatungen		140	96
<i>Anzahl Stellenprozent pro 100 Schüler/innen</i>			
▪ im Schulpsychologischen Dienst		8.2	8.1
▪ in der Schulsozialarbeit		7.2	8.7
▪ Anzahl Fälle Schulsozialarbeit (SSA) (1)		900	1'100
▪ Kosten pro Fall SSA		1'260	1'123
▪ Anzahl Time-outs		22	20
▪ Anzahl obligatorische Untersuchungen Schulzahnärztlicher Dienst (SZD)		7'500	8'200
▪ Städtische Beiträge an zahnärztliche Behandlungen in CHF		403'000	435'000
▪ Anteil (in %) gesunde Znüni		55	60
▪ Anzahl obligatorische Untersuchungen Schulärztlicher Dienst (SAD)		2'100	2'450
▪ Anzahl verabreichte Impfungen gemäss Impfplan		1'300	790

Schulpyschologischer Dienst SPD

Fälle und Fallkosten SPD sind durchschnittliche Werte, da die Dauer eines Falles je nach Problemstellung kürzer oder länger ist. Die Erhebung der Anzahl der Fälle wurde neu gestaltet, darum verändern sich die Werte. Anstelle von geschlossenen Dossiers werden effektiv bearbeitete Dossiers gezählt. Durch die neue Erhebung der Fallzahlen verändern sich auch die Kosten pro Fall.

Schulsozialarbeit SSA

Fälle SSA sind durchschnittliche Werte. Sie können seit 2011 bei Bedarf als Kurz-, Mittel- od. Langzeitfälle ausgewiesen werden.

(1) Gemäss Stellenplanung 2012 soll die Schulsozialarbeit ab Mitte Jahr um 3 Vollzeitstellen aufgestockt werden.

Kosten pro Fall SSA: Die Berechnungsformel wurde angepasst und der richtige Sollwert 2011 beträgt 1'127.

Schulärztlicher Dienst SAD

Die obligatorischen Untersuchungen gliedern sich in: Gesamte obligatorische Untersuchungen (2010 = 3095) durch SAD ausgeführt (2010 = 2480) durch Privatarzt ausgeführt (2010 = 615). Die Zahl der privatärztlichen Untersuchungen beeinflussen dementsprechend die Zahl der SAD-Untersuchungen. Die Anzahl Impfungen im Jahr 2011 war zu hoch geschätzt. Gesunde Znünis: Anteil gesunder Znünis ohne Berücksichtigung derjenigen Schülerinnen und Schüler, die gar keinen Znüni dabei haben.

IAFP Volksschule

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	160'135	157'733	191'618	199'012	204'140	207'672
Erlös	15'094	9'699	10'496	10'433	10'859	11'195
Nettokosten/Globalkredit	145'041	148'033	181'122	188'580	193'282	196'478
Kostendeckungsgrad in %	9	6	5	5	5	5

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	19'738'000	20'851'000	32'250'000	28'453'400	46'550'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Chancengerechte Förderung der Schüler/innen Die Schüler/innen erwerben ihre Fähigkeiten grundsätzlich in der Regelklasse und erfahren in ihrer Förderung Chancengerechtigkeit. (W) - Anteil (in %) Schüler/innen in der Regelklasse (1) <i>Anteil (in%) fremdsprachiger (Definition gemäss Bildungsstatistik) Schüler/innen in den Abteilungen A, B, C der Sekundarstufe (2)</i> - A - B - C <i>Anteil (in%) ausländischer (Definition gemäss Bildungsstatistik) Schüler/innen in den Abteilungen A, B, C der Sekundarstufe (3)</i> - A - B - C Die Leistungen der die Lehrpersonen unterstützenden Fachleute und die Weiterbildungen stellen die Integrationsfähigkeit (Ermöglichung zum Verbleib in der Regelklasse) der Schule und den individualisierenden Unterricht sicher. (L) - Anteil (in %) schulpsychologische Arbeit in den Schulen (vor Ort) - Anzahl Schüler/innen pro Schulsozialarbeiter/innen-Stelle (10) - Anteil (in %) Lehrpersonen, die eine Weiterbildung zum "Umgang mit Vielfalt" absolviert haben						
		95	95	95	96	96
		21	25	25	26	26
		55	57	57	56	56
		72	75	75	74	74
		16	15	15	16	16
		43	40	40	39	39
		63	65	65	64	64
		10	14	14	15	16
		1'400	1'138	900	900	950
		*	*	*	*	*
2 Kompetenzen und Befähigung der Schüler/innen Die Schüler/innen erreichen eine hohe Selbst-, Sozial- und Sachkompetenz. (W) - Anteil (in %) Schüler/innen mit positiver Verhaltensbeurteilung (Stichprobe) - Die Leistungen der Schüler/innen bei den Klassen-Cockpits entsprechen mindestens der Vergleichsgruppe (4) Schüler/innen erhalten die zur Erreichung der Lernziele definierten Unterrichtslektionen. (L) - Anteil (in %) stattgefundene Lektionen (5) Die Schulen fördern und realisieren im Rahmen der Schüler/innen-Partizipation Vorhaben. (L) - Anzahl von Schüler/innen angeregte, umgesetzte Vorhaben (6)						
		*	*	*	*	*
		*	*	*	*	*
		96	96	96	96	97
		*	*	*	*	*

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
3 Gemeinsame Förderung der Kinder und Jugendlichen Die Schule und die Erziehungsberechtigten fördern gemeinsam die Kinder und Jugendlichen in ihrer Entwicklung. (W) (7) ■ Zufriedenheit (in %) der Erziehungsberechtigten Schulleitungen Lehrpersonen Schüler/innen Die Schule stellt Angebote für die Mitwirkung der Erziehungsberechtigten zur Verfügung. (L) ■ Anzahl Schulen in denen mindestens ein, von Eltern und Schule gemeinsam organisierter Anlass stattfindet ■ Zufriedenheitsgrad (in %) der Erziehungsberechtigten (Befragung) (8)						
		*	*	*	*	*
		*	*	*	*	*
4 Chance für weiterführende Ausbildungen Kinder und Jugendliche finden eine weiterführende Ausbildung. (W) ■ Anteil (in %) mit Anschlusslösung in der Berufsbildung oder weiterführender Schule (9)		57	66	66	68	68

* Indikatoren lassen sich erst mit der Ist-Erhebung (ab 1.1.2011) beziffern, noch keine Sollwerte.

(1) Seit 2005 wurden rund 300 Schüler/innen von Kleinklassen in die Regelklassen integriert.

(2) Fremdsprachig: Als Muttersprache gilt die Sprache, in welcher die Lernenden denken und die sie am besten beherrschen. Soll 2011 entspricht den Istwerten 2009 der kantonalen Bildungsstatistik (Bista), welche sich auf das Schuljahr 2008/09 beziehen (Stichdatum 15. September 2008).

(3) Ausländisch: Ausländische Nationalität. Soll 2011 entspricht den Istwerten 2009 der Bista.

(4) Stichprobe: Auswahl von jährlich mindestens 20 Klassen pro Schulstufe mittels Zufallsgenerator aufgrund der Liste der Materialverwaltung. Klassencockpits sind klassenbezogen. Vergleichsgruppe: Deutschschweizer Auswertung

(5) Beinhaltet auch Besuch der Schulzahnklinik, obligatorische Schulanlässe, Sporttag, etc. Wert im VA 2011 geschätzt.

(6) Auf Ebene Schule

(7) Erhebung durch Fachstelle Schulevaluation der Bildungsdirektion

(8) Beinhaltet gemeinsam organisierte Anlässe (Bsp. Umgang mit neuen Medien, Erziehungsfragen, etc.) und nicht allgemeine Infoveranstaltungen (Bsp. Elternabend zur Klasseneinteilung etc.)

(9) Die Anschlusslösung kann einer Berufsausbildung oder einer Mittelschule entsprechen. Aktueller Anteil im VA2011 ohne Kreis Winterthur-Stadt, da Zahlen in der Bildungsstatistik falsch sind. Wichtiger Hinweis: Bei diesem Wert handelt es sich um eine Stichtags-Erhebung per Juni 2009. Weitere Entwicklungen sind nicht mehr berücksichtigt. Soll 2011 entspricht den Istwerten 2008 der Bista.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

Ausbau Schulsozialarbeit
 Weiterentwicklung Projekt "Schulen unterwegs"
 Gesamtsicherheitskonzept Volksschule
 Erneuerungsbedarf ICT

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen

Materialverwaltung

Auftrag

Die Materialverwaltung der Stadt Winterthur ist ein departementsübergreifender Dienstleistungsbetrieb für die professionelle Beschaffung und Verteilung von Verbrauchs- und Investitionsgütern. Sie sichert damit der Stadtverwaltung eine wichtige Kernkompetenz in Bezug auf das Beschaffungswesen.

Produkte

Beschaffung und Verkauf

Koordinierte Beschaffung von Investitions- und Verbrauchsgütern unter Berücksichtigung der ökologischen und qualitativen Aspekte.

Dienstleistungen (Konzerndienstleistungen)

Unterstützung von städtischen Verwaltungsstellen bei Beschaffungsvorhaben (Beschaffungsberatung), mit dem Zweck gezielt und preiswert zu beschaffen. Zentrales Kompetenzzentrum für Submissionen im Rahmen des GATT/WTO-Abkommens.

Lagerung, Transport und Entsorgung

Koordinierte und effiziente Lagerung und Verteilung von Investitions- und Verbrauchsgütern zwecks Kostenoptimierung. Sicherstellung einer nach ökologischen Gesichtspunkten organisierten Entsorgung.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Lehrmittelverordnung für die Volksschule vom 5. Januar 2000
- Gesetz über den Beitritt des Kantons Zürich zur Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. März 2001

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Stadtratsbeschluss vom 21. Mai 2003 über die Richtlinien für das Beschaffungswesen
- Projekt "Nachhaltige ökologische Beschaffung" vom November 1998

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild der Materialverwaltung vom April 2000

Verantwortliche Leitung

Peter Buchwalder, Leiter Materialverwaltung

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit Die Materialverwaltung ist ein zentrales Dienstleistungs- und Beschaffungszentrum der Stadtverwaltung Winterthur. Durch optimierte Abläufe, koordinierte Beschaffung und eine effiziente Materialwirtschaft leistet sie den bestmöglichen Beitrag zur Kosteneinsparung. <i>Messgrößen:</i> Der Kostendeckungsgrad in % für das Produkt 1 Der Kostendeckungsgrad in % für die Produkte 2 und 3 ist im Durchschnitt	103 47	103 61	102 73
2 Wirkung Der Warenkorb mit den 100 umsatzstärksten Lagerartikeln wird im Durchschnitt gegenüber dem Fachhandel, dem Detailhandel und dem Internetmarkt, bei der Materialverwaltung um mindestens x % günstiger angeboten. 1) <i>Messung / Bewertung</i> mit einem jährlich durchgeführten Preisvergleich <i>Messgrösse:</i> Zielerreichungsgrad in %	-	-	18
3 Qualität Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der Materialverwaltung zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Die Zufriedenheit wird anhand der Reklamationen erhoben. 2) ▪ Anzahl Reklamationen infolge falschem Auslieferungsort ▪ Anzahl Reklamationen infolge verspätetem Liefertermin ▪ Anzahl Reklamationen infolge mangelnder Produktqualität <i>Messgrösse:</i> Die pro Projekt vereinbarte Bearbeitungszeit wird eingehalten, Zielerreichungsgrad in %	- - - >95	- - - >95	43 36 25 >95
4 Ökologie Der Anteil von A4 Recycling-Kopierpapier und der Rücklauf von wieder verwertbaren Produkten wird gefördert. <i>Messung / Bewertung:</i> ▪ Anteil von Recycling-Kopierpapieren gemessen am Gesamtverbrauch in % (mindestens) ▪ Anteil von Recycling + FSC-Papier gemessen am Gesamtverbrauch in % ▪ Rücklauf der sinnvoll wieder verwertbaren Produkte gemessen am Gesamtverbrauch in % Der gesamtstädtische Anteil an Normdrucksachen (Formulare, Couverts etc.), die auf Recyclingpapier gedruckt sind, wird gehalten <i>Messgrösse:</i> Prozentualer Anteil	68 - 70 90	68 - 70 90	75 100 70 90

1) Gemäss dem Steuergesetz vom 1.1.2010 müssen Stadt-interne Leistungen nicht mehr versteuert werden. Es wird deshalb der steuerfreie Verkaufspreis dem externen inklusive-Preis gegenüber gestellt.

2) Die Erhebung erfolgt während je eines Monats pro Quartal.

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	-7'764	-10'859	-5'071

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Keine wesentlichen Abweichungen.

Die Sachkosten, bzw. die externen Erlöse wurden im Soll 2011 zu tief budgetiert.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

keine wesentlichen Abweichungen

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	985'831	1'023'134	1'032'257
Sachkosten	6'900'691	6'421'854	6'862'786
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	30'916	27'051	26'102
Mietkosten	201'743	208'700	195'300
Übrige interne Kosten	76'339	72'839	75'072
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>8'195'519</i>	<i>7'753'579</i>	<i>8'191'516</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	8'195'519	7'753'579	8'191'516
Externe Erlöse	1'978'741	1'411'709	1'820'000
Interne Erlöse	6'224'542	6'352'728	6'376'586
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>8'203'283</i>	<i>7'764'437</i>	<i>8'196'586</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	8'203'283	7'764'437	8'196'586
Total Nettokosten / Globalkredit	-7'764	-10'859	-5'071
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	8.90	8.90	8.90
▪ Auszubildende	1.00	2.00	2.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Standard der Schulmöblierung komplett überdenken, neu definieren und dokumentieren. Nur möglich mit Auftrag und Unterstützung der ZSP.
Auf Grund der neuen Schulmöbeldefinitionen und -dokumentationen eine Gesamt-Ausschreibung (Submission) für das "Winterthurer" Schulmobiliar durchführen.

Produkt 1 Beschaffung und Verkauf

Leistungen

- Sicherstellen der Versorgung von städtischen Verwaltungsstellen und Schulen mit den zur koordinierten Beschaffung zugeteilten Gebrauchs- und Verbrauchsgütern und den damit verbundenen Dienstleistungen.
- Beschaffung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Berücksichtigung von Ökologie, Qualität, Bedarf und Lieferbereitschaft.
- Durch kosten-/ nutzenorientierte Beschaffung den bestmöglichen Beitrag zur Kosteneinsparung leisten.
- Beschaffen und Auswerten der für den Bereich Materialwirtschaft wichtigen Informationen aus dem Beschaffungsmarkt.
- Führen und Aktualisieren einer umfassenden Lieferantendokumentation.
- Gesamtstädtische Bedarfserhebungen zur koordinierten Beschaffung von Agenden, Telefonbüchern etc.
- Beschaffung von Geschäfts- und Individualdrucksachen für Verwaltungsstellen und Schulen im Rahmen von Sammelbestellungen.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	7'722'318	7'284'442	7'709'183
Erlös	7'978'026	7'480'601	7'846'571
Nettokosten	-255'708	-196'160	-137'388
Kostendeckungsgrad in %	103	103	102

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die Anzahl der Einkaufsbestellungen für Lagermaterial wird durch Optimierung der Bestellabläufe reduziert Anzahl Einkaufsbestellungen	1'400	-	1'260

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl der Bestellungen für Individualdrucksachen	442	450	450
Umsatzanteil der städtischen Schulen in %	65	65	65
Anzahl Bestellungen insgesamt	14'205	15'000	14'500
Anzahl Bestellungen im Internet-Shop	7'118	8'000	8'000
Anzahl Kundinnen und Kunden	1'235	1'250	1'250

Produkt 2 Dienstleistungen (Konzerndienstleistungen)

Leistungen

- Produkteberatung bei grösseren Beschaffungsvorhaben für die städtischen Verwaltungsstellen und Schulen.
- Vermittlung von Lieferanten und Kontaktpersonen bei Beschaffungsvorhaben der städtischen Verwaltungsstellen und Schulen.
- Mitarbeit in Kommissionen und Arbeitsgruppen wie Beschaffungskommission, Erscheinungsbildkommission, Arbeitsgruppe Lehrmittel, Materialprüfungskommission, Maschinenkommission etc.
- Beratungen bezüglich städtischem Erscheinungsbild.
- Aufbereitung und Verteilung von Informationsmaterial für die städtischen Schulen.
- Vermietung von Ausstellungsmaterial an Schulen, Verwaltung und Private.
- Planung und Durchführung von Submissionen unter GATT/WTO für die gesamte Stadtverwaltung. Auch den Aussengemeinden wird diese Fachkompetenz zu gewinnbringenden Honoraren angeboten.
- Wahrnehmen von GU-Funktionen im Rahmen von Neu- und Umbauten in Bezug auf Beschaffung und Koordination.
- Planen und Durchführen einer jährlichen Ausstellung für Kindergartenmaterial.
- Planen und Durchführen von Kursen in den Bereichen Handarbeit und Werken.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	241'944	241'677	248'474
Erlös	117'435	131'976	180'008
Nettokosten	124'510	109'701	68'466
Kostendeckungsgrad in %	49	55	72

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl der Produktberatungen bei Beschaffungen von > Fr. 5'000			
▪ Für Druckaufträge	-	-	54
▪ Für allgemeine Dienstleistungsaufträge	-	-	65
Bis zur Realisierung von Fokus: Die Kosten für Beschaffungsvorhaben von Büromobiliar werden durch Beratungen und das zusätzliche Angebot von Alternativen (z.B. Occasionsmobiliar, Einsatz von Günstigprodukten) um x % reduziert.	-	-	10.00

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anteil des Aufwandes für städtische Schulen in %	75	75	75

Produkt 3 Lagerung, Transport und Entsorgung

Leistungen

- Effiziente Lagerbewirtschaftung durch periodische Überprüfung der Lagerbestände und Anpassung der Lagerreichweiten unter Einbezug der Wiederbeschaffungsfristen.
- Zentrale Bewirtschaftung und koordinierte Verteilung sämtlicher Lagerartikel in den Bereichen Büromaterial, Schulmaterial, Handarbeitsmaterial, Reinigungsmaterial, Werkzeuge, Sportgeräte etc.
- Organisation und Durchführung von Umzügen und Transporten für die städtischen Verwaltungsstellen und Schulen.
- Sammeln von Tonermodulen, Druckerzubehör, Beleuchtungsmaterial etc. und Sicherstellung von ökologisch sinnvoller Entsorgung oder Wiederverwertung.
- Lagerung und Verteilung von Occasionsmobiliar und -maschinen für städtische Verwaltungsstellen und Schulen.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	227'712	227'461	233'858
Erlös	105'398	151'860	170'007
Nettokosten	122'315	75'601	63'851
Kostendeckungsgrad in %	46	67	73

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Jeder Lagerartikel ist innert 4 Tagen lieferbar			
- Einhaltung der Lieferfristen in %	>90	90.00	90.00
Durch gezielte Kundeninformation wird der Rücklauf von sinnvoll wieder verwertbaren Produkten erhöht			
- Zielerreichungsgrad: prozentualer Rücklauf in Relation zur Anzahl verkaufter Produkte	96	96	96
Lagerumschlag pro Jahr (Umsatz : Lagerwert)	-	-	3.90

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl der organisierten Umzüge und Transporte	276	260	250

IAFP Materialverwaltung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	8'195	7'753	8'191	8'192	8'192	8'192
Erlös	8'203	7'764	8'196	8'197	8'197	8'197
Nettokosten/Globalkredit	-8	-11	-5	-5	-5	-5
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100	100	100	100

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Wirtschaftlichkeit <i>Messgrößen:</i> Der Kostendeckungsgrad in % für das Produkt 1 Der Kostendeckungsgrad in % für die Produkte 2 und 3 ist im Durchschnitt	103 47	103 61	102 73	103 65	103 65	103 65
2 Wirkung Der Warenkorb mit den 100 umsatzstärksten Lagerartikeln wird im Durchschnitt gegenüber dem Fachhandel, dem Detailhandel und dem Internetmarkt, bei der Materialverwaltung um mindestens x % günstiger angeboten. 1) <i>Messung / Bewertung</i> mit einem jährlich durchgeführten Preisvergleich <i>Messgrösse:</i> Zielerreichungsgrad in % <i>Messgrösse:</i>	-	-	18	18	18	18
3 Qualität Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der Materialverwaltung zufrieden. Die Kundschaft ist mit den Dienstleistungen der Materialverwaltung zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Die Zufriedenheit wird anhand der Reklamationen erhoben. 2) - Anzahl Reklamationen infolge falschem Auslieferungsort - Anzahl Reklamationen infolge verspätetem Liefertermin - Anzahl Reklamationen infolge mangelnder Produktqualität <i>Messgrösse:</i> Die pro Projekt vereinbarte Bearbeitungszeit wird eingehalten, Zielerreichungsgrad in %	- - -	- - -	43 36 25	40 33 22	38 30 20	35 27 18
	>95	>95	>95	>95	>95	>95

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
4 Ökologie Der Anteil von A4 Recycling-Kopierpapier und der Rücklauf von wieder verwertbaren Produkten wird gefördert. <i>Messung / Bewertung:</i>						
▪ Anteil von Recycling-Kopierpapieren gemessen am Gesamtverbrauch in % (mindestens)	68	68	75	68	68	68
▪ Anteil von Recycling + FSC-Papier gemessen am Gesamtverbrauch in %	-	-	100	100	100	100
▪ Rücklauf der sinnvoll wieder verwertbaren Produkte gemessen am Gesamtverbrauch in %	70	70	70	70	70	70
Der gesamtstädtische Anteil an Normdrucksachen (Formulare, Couverts etc.), die auf Recyclingpapier gedruckt sind, wird gehalten <i>Messgrösse:</i> Prozentualer Anteil	90	90	90	90	90	90

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

Mitarbeit im städtischen Projekt Fokus im Möblierungsbereich (Submission etc.).

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

keine

Sonderschulung

Auftrag

Die Sonderschulen bereiten Kinder und Jugendliche mit besonders hohem Förderbedarf, bzw. mit Behinderungen auf eine ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung oder angemessene Anschlusslösung vor. Die möglichst selbstständige Bewältigung des Alltags steht dabei im Mittelpunkt.

Die Umsetzung richtet sich nach kantonalen und städtischen Vorgaben sowie nach Möglichkeit nach dem Lehrplan für die Zürcher Volksschule. Die Integrierte Sonderschulung in Regelklassen ist ein wichtiges Angebot der Sonderschulen. Ziel ist, möglichst viele Kinder und Jugendliche durch heilpädagogische Unterstützung in Regelklassen integriert zu unterrichten.

Produkte

1 Sonderschulische Angebote

Das Produkt beinhaltet sämtliche sonderschulischen Angebote wie Heilpädagogische Schule (Michaelschule HPS), Schule für Kinder mit cerebraler Lähmung, körperlicher Behinderung oder Mehrfachbehinderungen (Maurerschule CPS), Kleingruppenschule (KGS) für verhaltensauffällige Jugendliche, Angebote der Integrierten Sonderschulung (IS), auswärtige Sonderschulungen und weitere Dienstleistungen (Therapien, Einzelunterricht, Transporte).

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund

Bundesverfassung vom 18. Dezember 1998, Art. 62 Abs. 2

Stufe Kanton

Verfassung des Kantons Zürich vom 27. Februar 2005, Art. 115 und 116

Kantonale Volksschulgesetzgebung, insbesondere Volksschulgesetz vom 7. Februar 2005 (LS 412.100)

Stufe Stadt (Volk/GGR / SR)

Volksabstimmung Maurerschule vom 17. September 1964

Volksabstimmung Michaelschule vom 17. September 1964

GGR-Beschluss vom 25. August 2008 betr. vorläufiger Weiterführung von Sprachheilkindergärten

Stufe Zentralschulpflege

Reglement über die sonderpädagogischen Massnahmen in Winterthur vom 13. Mai 2008, Art. 19

Stufe Verwaltungseinheit

Verantwortliche Leitung

Zentralschulpflege

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Förderung der individuellen Fähigkeiten Jugendliche mit besonders hohem Förderbedarf bzw. mit Behinderungen können eine ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung absolvieren. (W) - Anzahl Jugendliche, die im Anschluss eine Berufsausbildung oder einer weiterführende Schule besuchen (1)(2) - HPS - CPS - KGS Die Sonderschulen und Eltern schöpfen die organisatorischen und pädagogischen Möglichkeiten aus, damit die Jugendlichen mit individualisierten Lernzielen eine angemessene Anschlusslösung finden. (L) - Anzahl austretende Jugendliche, die eine berufliche Tätigkeit ausüben oder über eine ausserfamiliäre Tagesstruktur (Institution) verfügen (1)		3 5 6	3 5 6
2 Förderung der Selbstständigkeit und Integration Während ihrer Schulzeit sind die Kinder und Jugendlichen möglichst selbstständig und integriert. (W) Zu diesem Zweck schöpfen die Sonderschulen und Eltern die organisatorischen und pädagogischen Möglichkeiten aus, damit die Kinder und Jugendlichen ihren Schulweg selbstständig bewältigen oder sich im Schulhaus selbstständig bewegen können. (L) - Anteil (in %) der Kinder und Jugendlichen, die ihren Schulweg selbstständig bewältigen können - Anteil (in %) Kinder und Jugendliche, die sich selbstständig im Schulhaus bewegen, bzw. orientieren können Die Schüler/innen der Sonderschulen werden nach Möglichkeit integriert unterrichtet (Schule in der Regelklasse). (L) - Anzahl integriert unterrichtete Sonderschüler/innen		33 74 82	33 74 82

(1) Im ersten Indikator wird die Anzahl Jugendliche aufgeführt, die eine Ausbildung (Berufsausbildung oder weiterführende Schulen) absolvieren. Im zweiten Indikator wird die Anzahl Jugendliche ausgewiesen, welche keine Ausbildung absolvieren und direkt ins Erwerbsleben (berufliche Tätigkeit oder ausserfamiliäre Tagesstruktur) einsteigen. Die beiden Indikatoren sind zu kumulieren. Ziel ist, dass alle Jugendlichen eine Anschlusslösung haben. Total Anzahl Austritte: 26 Jugendliche

(2) Anzahl vorhandene Plätze, HPS: 134, CPS: 120, KGS: 21

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	16'738'664	16'870'679	20'728'081

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Senkung Staatsbeitrag für städtische und auswärtige Sonderschulungen aufgrund des neuen Finanzausgleichsgesetzes (Finanzkraft spielt beim Staatsbeitrag keine Rolle mehr, Einheitssatz für alle Gemeinden).
 Kostensteigerung auswärtige Sonderschulung wegen erhöhter Platzierungszahlen und Zunahme stationäre Platzierungen.
 Verlängerung der Schulzeit (10./11. Schuljahr) in der CPS. Änderung der Finanzierung der IV-Anlehren erfordert berufsvorbereitende Angebote.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Anpassung der Leitungsstrukturen HPS und CPS.
 Senkung Staatsbeitrag für städtische und auswärtige Sonderschulungen aufgrund des neuen Finanzausgleichsgesetzes (Finanzkraft spielt beim Staatsbeitrag keine Rolle mehr, Einheitssatz für alle Gemeinden). Diese Ertragsausfälle können teilweise durch höhere Schulgeldbeiträge kompensiert werden.
 Kostensteigerung auswärtige Sonderschulung wegen erhöhter Platzierungszahlen und Zunahme stationäre Platzierungen.
 Verlängerung der Schulzeit (10./11. Schuljahr) in der CPS. Änderung der Finanzierung der IV-Anlehren erfordert berufsvorbereitende Angebote.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	18'030'161	18'768'697	19'353'815
Sachkosten	2'641'735	2'648'564	2'943'328
Beiträge an Dritte	8'675'323	8'901'000	10'581'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'527'880	1'461'534	1'495'728
Mietkosten	105'132	79'150	39'650
Übrige interne Kosten	803'288	310'271	371'135
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>31'783'520</i>	<i>32'169'216</i>	<i>34'784'656</i>
Verrechnungen innerhalb PG	162'759	0	0
Total effektive Kosten	31'620'761	32'169'216	34'784'656
Externe Erlöse	4'800'076	4'966'130	5'436'250
Interne Erlöse	804'065	407	325
Beiträge von Dritten	9'346'604	10'332'000	8'620'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>14'950'745</i>	<i>15'298'537</i>	<i>14'056'575</i>
Verrechnungen innerhalb PG	68'649	0	0
Total effektive Erlöse	14'882'097	15'298'537	14'056'575
Total Nettokosten / Globalkredit	16'738'664	16'870'679	20'728'081
Kostendeckungsgrad in %	47	48	40

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten		42.26	43.81
▪ Auszubildende		20.20	21.60
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze		1.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

- 0.63 Pensenverschiebungen mittels Sammelantrag 2011 im Rahmen der bewilligten Stellen.
 + 0.46 Pensenschaffung (Bereinigung Stellenplan) für Reinigungs- und Hauswartzstellvertretungsstunden bei den städtischen Sonderschulen infolge starker Nutzung und effektivem Stundenbedarf aufgrund Erweiterungsbauten. Bisher waren die Stunden nur als Geldbetrag budgetiert und nicht als Stellenwert. Die Stellen sind mit rund 35% subventioniert, d.h. teilrefinanziert.
 + 1.72 Stellen für bedarfsgerechte Betreuung in den städtischen Sonderschulen, sowie Betreuung der Integrierten Sonderschulung in Regelklassen. Die Stellen sind mit rund 45% subventioniert, d.h. teilrefinanziert.

Produkt 1 Sonderschulische Angebote

Leistungen

Das Produkt beinhaltet sämtliche sonderschulischen Angebote wie Heilpädagogische Schule (Michaelschule HPS), Schule für Kinder mit cerebraler Lähmung, körperlicher Behinderung oder Mehrfachbehinderungen (Maurerschule CPS), Kleingruppenschule (KGS) für verhaltensauffällige Jugendliche, Angebote der Integrierten Sonderschulung (IS), auswärtige Sonderschulungen und weitere Dienstleistungen (Therapien, Einzelunterricht, Transporte).

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten		32'169'216	34'784'656
Erlös		15'298'537	14'056'575
Nettokosten		16'870'679	20'728'081
Kostendeckungsgrad in %		48	40

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die Sonderschulen und Eltern schöpfen die organisatorischen und pädagogischen Möglichkeiten aus, damit die Jugendlichen mit individualisierten Lernzielen eine angemessene Anschlusslösung finden. (1) <i>Anzahl austretende Jugendliche, die eine berufliche Tätigkeit ausüben oder über eine ausserfamiliäre Tagesstruktur (Institution) verfügen</i>			
▪ HPS		10	10
▪ CPS		2	2
▪ KGS		0	0
Die Sonderschulen und Eltern schöpfen die organisatorischen und pädagogischen Möglichkeiten aus, damit die Kinder und Jugendlichen ihren Schulweg selbstständig bewältigen oder sich im Schulhaus selbstständig bewegen können			
▪ Anteil (in %) der Kinder und Jugendlichen, die ihren Schulweg selbstständig bewältigen können		33	33
▪ Anteil (in %) der Kinder und Jugendlichen, die sich im Schulhaus selbstständig bewegen, bzw. orientieren können		74	74
Die Schüler/innen der Sonderschulen werden nach Möglichkeit integriert unterrichtet (Schule in der Regelklasse).			
▪ Anzahl integriert unterrichtete Sonderschüler/innen		82	82
Die Sonderschulen stellen Plätze zur Verfügung. <i>Angebotene Plätze (Total)</i>			
▪ HPS		134	134
▪ CPS		120	120
▪ KGS		21	21
<i>Belegte Plätze (Winterthurer Schüler/innen)</i>			
▪ HPS		105	105
▪ CPS		74	74
▪ KGS		19	21
<i>Belegte Plätze (insgesamt)</i>			
▪ HPS		134	134
▪ CPS		120	120
▪ KGS		19	21
Auswärtige Sonderschulplatzierungen			
▪ Anzahl	140	150	170

(1) Individualisierte Lernziele: Kein vollständiges Zeugnis.
Platzzahlen werden per Stichtag 15.11. erhoben.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
▪ Anteil (in %) Schüler/innen in Sonderschulen		3	3
▪ Davon Anteil (in %) Schüler/innen in nicht städtisch geführten Sonderschulen		35	44
▪ Kosten pro Schulplatz (ohne integrierte Sonderschulung):			
- HPS		95'000	98'000
- CPS		107'000	108'000
- KGS		76'000	87'000
- Nicht städtisch geführte		43'000	60'000
▪ Kosten pro Schulplatz (mit integrierter Sonderschulung):			
- HPS		41'000	42'000
- CPS		49'000	49'000
▪ Anzahl schulisch indizierte Sonderschulheimplatzierungen		45	65
▪ Anzahl sozial indizierte Sonderschulheimplatzierungen		5	5
▪ Durchschnittliche Kosten von Sonderschulheimplatzierungen		108'000	110'000

Die Schulplatzkosten der Städtischen Sonderschulen HPS, CPS und KGS sind Bruttokosten. Die Schulplatzkosten von nicht städtisch geführten Sonderschulen und Sonderschulheimen sind Nettokosten. Der Kostenanstieg bei den nicht städtische geführten Schulplätzen erklärt sich durch den Wegfall des Staatsbeitrages für auswärtige Sonderschulung und durch die neu von den Gemeinden zu tragenden Transportkosten in die auswärtigen Sonderschulen.

KGS erhöhte Liegenschaftskosten nach Totalsanierung (Abschreibungen), zu tief budgetierter Personalaufwand im VA 11.

IAFP Sonderschulung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	31'620	32'169	34'784	37'265	38'665	39'665
Erlös	14'882	15'298	14'056	14'057	14'057	14'057
Nettokosten/Globalkredit	16'739	16'871	20'728	23'208	24'608	25'608
Kostendeckungsgrad in %	47	48	40	38	36	35

Dem IAFP liegt die Annahme zugrunde, dass der Kanton die geplanten Sparmassnahmen ab 2012 wie vorgesehen umsetzt.

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	-210'000	166'000	-160'000	1'450'000	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Förderung der individuellen Fähigkeiten Jugendliche mit besonders hohem Förderbedarf bzw. mit Behinderungen können eine ihren Fähigkeiten entsprechende Ausbildung absolvieren. (W)						
▪ Anzahl Jugendliche, die im Anschluss eine Berufsausbildung oder einer weiterführende Schule besuchen (1)(2)						
- HPS		3	3	3	3	3
- CPS		5	5	5	5	5
- KGS		6	6	6	6	6
Die Sonderschulen und Eltern schöpfen die organisatorischen und pädagogischen Möglichkeiten aus, damit die Jugendlichen mit individualisierten Lernzielen eine angemessene Anschlusslösung finden. (L)						
▪ Anzahl austretende Jugendliche, die eine berufliche Tätigkeit ausüben oder über eine ausserfamiliäre Tagesstruktur (Institution) verfügen (1)		12	12	12	12	12

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
2 Förderung der Selbstständigkeit und Integration Während ihrer Schulzeit sind die Kinder und Jugendlichen möglichst selbstständig und integriert. (W) Zu diesem Zweck schöpfen die Sonderschulen und Eltern die organisatorischen und pädagogischen Möglichkeiten aus, damit die Kinder und Jugendlichen ihren Schulweg selbstständig bewältigen oder sich im Schulhaus selbstständig bewegen können. (L) - Anteil (in %) der Kinder und Jugendlichen, die ihren Schulweg selbstständig bewältigen können - Anteil (in %) Kinder und Jugendliche, die sich selbstständig im Schulhaus bewegen, bzw. orientieren können Die Schüler/innen der Sonderschulen werden nach Möglichkeit integriert unterrichtet (Schule in der Regelklasse). (L) - Anzahl integriert unterrichtete Sonderschüler/innen						
		33	33	33	33	33
		74	74	74	74	74
		82	82	82	82	82

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

Keine Bemerkungen

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen

Familienunterstützende Angebote

Auftrag

Kindertagesstätten und weitere Angebote für Kinder im Vorschulalter fördern die Kinder in ihrer Sozial- Sach- und Selbstkompetenz. Eine gute Vorbereitung auf den Kindergarten bedeutet namentlich für Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien bessere Chancen auf eine erfolgreiche Schullaufbahn.

Die Elternbildung stärkt die Erziehungsberechtigten in ihrer Erziehungsaufgabe und bereitet sie auf die Kooperation mit der Schule vor. Die Angebote geben Impulse für den Familienalltag, vermitteln Informationen und zeigen Lösungsansätze für vielfältige Erziehungssituationen auf.

Das Kinder- und Jugendheim Oberi bietet Kindern und Jugendlichen mit einer oft schon bewegten Vergangenheit einen längerfristigen Lern- und Lebensplatz und eine sichere und fördernde Umgebung. Diese Kinder und Jugendlichen werden im Alltag begleitet und unterstützt, um ihre persönlichen Defizite aufzuarbeiten und ihre Ressourcen und Stärken weiterzuentwickeln auf dem Weg in ein selbstverantwortliches Leben.

Produkte

1 Frühförderung

Das Produkt beinhaltet die Vernetzung und Unterstützung der Akteur/innen welche mit Kindern im Vorschulalter befasst sind sowie die Subventionierung und Angebotssteuerung der privaten Trägerschaften (Spielgruppen, Eltern-Kind-(Elki-)Gruppen). Zudem beinhaltet das Produkt Beiträge an private Trägerschaften, welche Angebote im Bereich der Frühförderung bereitstellen.

2 Subventionierung von Betreuungseinrichtungen

Das Produkt beinhaltet die Unterstützung und Subventionierung sowie die Angebotssteuerung der privaten Trägerschaften im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung (Kindertagesstätten (Kitas) und Tagesfamilien Winterthur).

3 Eltern- und Erwachsenenbildung

Das Produkt beinhaltet städtische Kurse in Elternbildung, Deutsch für fremdsprachige Frauen, textiles Arbeiten sowie Kochen für Menschen mit Behinderungen. Zudem beinhaltet es Beiträge an private Trägerschaften, welche Angebote der Erwachsenenbildung bereit stellen (Volkshochschule Winterthur VHSW).

4 Wohnangebot für Kinder- und Jugendliche

Das Produkt beinhaltet die Betreuung verhaltens- und entwicklungsauffälliger Kinder, die nicht unter der Obhut der Eltern leben können, im Kinder- und Jugendheim Oberwinterthur. Dieses erfüllt die kantonalen Qualitätsvorgaben und wird vom kant. Amt für Jugend- und Berufsberatung beaufsichtigt. Es erhält aufgrund der Anerkennung Betriebsbeiträge des Kantons und des Bundesamtes für Justiz.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Kanton

Gesetz über die Jugendheime und die Pflegekinderfürsorge (LS 852.2)

Verordnung über die Jugendheime (LS 852.21)

Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) *

Kinder- und Jugendhilfeverordnung (KJHV) *

Gesetz über die hauswirtschaftliche Fortbildung (LS 413.41)

Verordnung über die hauswirtschaftliche Fortbildung (LS 413.411)

Verordnung des Kantons Zürich über die Bewilligung von Kinder- und Jugendheimen, Kinderkrippen und Kinderhorten (LS 852.23)

Richtlinien der Bildungsdirektion über die Bewilligung von Kinderkrippen vom 5. Juni 2008

* Loseblatt-Nummern werden nachgetragen, sobald sie vorhanden sind.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Stadt (GGR / SR)

Volksabstimmung vom 23. September 2001 über die leistungsorientierte Subventionierung der privaten Einrichtungen zur familienergänzenden Betreuung im Vorschulalter sowie jährliche Budget-Beschlüsse des Grossen Gemeinderates

Verordnung über die familienergänzende Kinderbetreuung der Stadt Winterthur vom 27. April 1998

Beschluss des Grossen Gemeinderats vom 15. Juni 2009 zur Weisung 2009/038: "Frühförderung in der Stadt Winterthur"

Betriebsreglement über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 15. Juli 1998

Beitragsreglement über die familienergänzende Kinderbetreuung vom 15. Juli 1998

Verordnung über das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und weitere Aus- und Weiterbildungsangebote der Stadt Winterthur vom 3. Mai 2010

Verantwortliche Leitung

Regula Forster

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Verbesserte Chancengerechtigkeit für Kinder im Vorschulalter Kinder mit entsprechendem Bedarf profitieren von den Angeboten zur Frühförderung mit dem Ziel, den Kindergarten-Eintritt erfolgreich zu meistern. (W) - Anteil der Kinder, die von Angeboten der Frühförderung profitierten mit altersgemässer motorischer Entwicklung (W) (1) - Anteil der Kinder, die von Angeboten der Frühförderung profitierten mit altersgemässen kognitiven und nichtkognitiven Fähigkeiten (W) (2) Kinder mit entsprechendem Bedarf erhalten Zugang zu subventionierten Angeboten und nutzen diese. (L) - Anzahl Kinder auf der Warteliste für einen subventionierten Platz in der Kita (Stichtag 31.12.) - Anzahl subventionierte Kinderplätze in Kitas - Anzahl subventionierte Säuglingsplätze in Kitas (< 18 Monate) - Anzahl subventionierte Betreuungsstunden von Kindern in Tagesfamilien - Anzahl Plätze in Spielgruppen mit Zweierleitung [Antrag Änderung ab VO 2012, alt: "Integrationsspielgruppen+"] - Anzahl Plätze in Elki-Gruppen - Anzahl Plätze im Programm "schritt:weise"		-	-
	115	100	0
	251	277	314
	72	89	108
	57'340	70'000	70'000
	60	80	80
	20	16	60
	34	30	30
2 Unterstützung der Erziehungsberechtigten Eltern/Erziehungsberechtigte mit entsprechendem Bedarf nutzen die Angebote der Elternbildung mit dem Ziel, ihre Erziehungskompetenz zu verbessern und sich auf die Kooperation mit der Schule vorzubereiten. (W) - Anteil (in %) positiver Einschätzungen der Erziehungsberechtigten (Befragung) (3) Städt. Institutionen bieten Erwachsenen attraktive, bedarfsgerechte Weiterbildung in Fragen der Erziehung und Lebensgestaltung an. (L) - Anzahl durchgeführte Erwachsenenurse p.a.		-	-
	109	95	95
3 Persönlichkeitsbildung von Jugendlichen im Kinder- und Jugendheim Oberi Die zuweisenden Stellen beurteilen die Vorgaben bezüglich Wohnen, Förderung und Erziehung als erfüllt. (W) Anteil (in %) erfüllter Vorgaben		80	80

(1) Grundlage: sportmotorische Tests der ETH-Zürich bei Erstklasskindern.

(2) Anteil der Kinder, die in Spielgruppen mit Zweierleitung oder bei schritt:weise teilnahmen oder von der Fachstelle in Kitas und Spielgruppen eingewiesen wurden, die nach zwei Jahren Kindergarten regulär in die erste Klasse übertreten. (W) Nichtkognitive Fähigkeiten sind beispielsweise Selbstkontrolle, Selbstvertrauen, Durchhaltevermögen, Zuverlässigkeit oder Motivation

(3) Durchführung alle 4 Jahre.

erstmalige Reduktion der Kochkurse für Erwachsene erst auf Schulanfang (1. September 2011) möglich

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	5'970'374	7'917'086	8'788'048

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Die Produktgruppe entspricht dem im DSS neu geschaffenen Bereich "Familie und Jugend" (Stadtratsbeschluss vom 13.4.2011).

Die Frühförderung wird gemäss Konzept weiter aufgebaut und umgesetzt.

Die Kinder- und Säuglingsplätze in Kindertagesstätten (Kitas) werden im Hinblick auf die Umsetzung der Volksinitiative "Mehr Kinderbetreuungsplätze für Winterthur" ausgebaut. Diese verlangt einen Abbau der Warteliste bis Ende 2012.

Der Abbau der Erwachsenenbildungskurse und des Pensums der Abteilungsleitung gem. GGR-Beschluss zum Budget 2011 wird 2012 erstmals voll wirksam (ausser dem Kochkurs für Behinderte werden keine Kochkurse mehr angeboten).

Das Kinder- und Jugendheim Oberi wird durch die Tagestaxen, Bundes- und Staatsbeiträge vollumfänglich finanziert.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Die Produktgruppe Familie und Jugend wurde per 2011 neu geschaffen.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	2'282'542	3'276'021	3'632'358
Sachkosten	774'256	709'314	920'474
Beiträge an Dritte	5'960'594	6'932'000	7'535'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	171'321	243'683	303'842
Mietkosten	264'146	150'000	196'500
Übrige interne Kosten	285'274	406'961	374'967
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>9'738'133</i>	<i>11'717'978</i>	<i>12'963'141</i>
Verrechnungen innerhalb PG	218'316	0	0
Total effektive Kosten	9'519'817	11'717'978	12'963'141
Externe Erlöse	2'569'781	2'764'600	2'951'820
Interne Erlöse	6'699	192	118
Beiträge von Dritten	978'179	1'036'100	1'223'154
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'554'660</i>	<i>3'800'892</i>	<i>4'175'092</i>
Verrechnungen innerhalb PG	5'217	0	0
Total effektive Erlöse	3'549'442	3'800'892	4'175'092
Total Nettokosten / Globalkredit	5'970'374	7'917'086	8'788'048
Kostendeckungsgrad in %	37	32	32

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten		21.50	22.70
▪ Auszubildende		4.20	8.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze		0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

+ 0.50 Pensenverschiebung aus Departementsekretariat (0.20 Stellen für Bereichsleitung (insgesamt 0.50 Stellen) und 0.30 Stellen für Projekte)

+ 0.30 Pensenverschiebung aus PG Berufsbildung für Betreuungsmitarbeitende der Erwachsenenbildung

+ 0.40 Leitung Erwachsenenbildung (SR.11.593-1 vom 25.5.11), Umwandlung. Wurde bisher durch eine Lehrperson mit Entlastungslektionen wahrgenommen, welche nun wegfallen. Die Umwandlung ist somit budget- bzw. kostenneutral.

+ 0.20 Pensenaufstockung für Sozialpädagogen für neue Gruppe von Jugendlichen im Kinder- und Jugendheim Oberwinterthur. Das KJH Oberwinterthur ist vollständig refinanziert.

Produkt 1 Frühförderung

Leistungen

Das Produkt beinhaltet die Vernetzung und Unterstützung der Akteur/innen welche mit Kindern im Vorschulalter befasst sind sowie die Subventionierung und Angebotssteuerung der privaten Trägerschaften (Spielgruppen, Eltern-Kind-(Elki)Gruppen). Zudem beinhaltet das Produkt Beiträge an private Trägerschaften, welche Angebote im Bereich der Frühförderung bereitstellen.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten		517'881	485'987
Erlös		57	29
Nettokosten		517'824	485'958
Kostendeckungsgrad in %		0	0

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
- Kinder mit entsprechendem Bedarf erhalten Zugang zu subventionierten Angeboten und nutzen diese. (L) - Anzahl Elki-Gruppen - Anzahl Spielgruppen mit Zweierleitung - Anzahl vermittelte Kinder in Frühförder-Angebote	- 46	2 8 40	3 8 50

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anteil (in %) Kinder mit altersgemässer motorischer Entwicklung (1)	91	91	91

(1) Grundlage: Sportmotorische Tests der ETH-Zürich bei Erstklasskindern.

Produkt 2 Subventionierung von Betreuungseinrichtungen

Leistungen

Das Produkt beinhaltet die Unterstützung und Subventionierung sowie die Angebotssteuerung der privaten Trägerschaften im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung (Kindertagesstätten (Kitas) und Tagesfamilien Winterthur).

Es werden bei folgenden Kindertagesstätten subventionierte Plätze eingekauft: Stand 1.7.2011

Fantasia, Zauberschiff, Schnäggehus, Dampfschiff, Heckenrose, Kinderhaus Winterthur, Am Teich, Windrädli, Montessori, Wässerwiesen, Luftibus, Sunneberg, Loki, Trotro, Tandem Troll, Tandem Dätttau, Kindertreff Hegi, Kindertreff im Gern, Spielberg, Rumpelchischtä, Nakita, Strickhof, Tellstrasse sowie Kanzleistrasse.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten		6'675'017	7'463'605
Erlös		247'549	235'520
Nettokosten		6'427'468	7'228'085
Kostendeckungsgrad in %		4	3

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kinder mit entsprechendem Bedarf erhalten Zugang zu subventionierten Angeboten und nutzen diese. (L)			
- Anzahl subventionierte Kinderplätze in Kitas - Anzahl subventionierte Säuglingsplätze in Kitas (< 18 Monate) - Anzahl subventionierte Betreuungsstunden von Kindern in Tagesfamilien	251 72 57'340	277 89 70'000	296 101 70'000

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kennzahlen zu subventionierten Plätzen von privaten Anbietern mit Leistungsvereinbarungen.			
▪ Elternbeiträge pro Jahr in CHF	2'232'992	2'100'000	2'173'000
▪ Kostendeckungsgrad in %	30	29	31
▪ Maximale Subvention pro Betreuungstag à 11 Std. in CHF	94	93	94
▪ Anzahl subventionierte Betreuungsverträge in Kitas (1)	597	640	720
▪ Anzahl subventionierte Betreuungsverträge in Tagesfamilien (1)	134	160	160
▪ Anteil (in %) subventionierter Plätze am Gesamtangebot der Kitas		41	45

(1) Pro Kind wird ein Betreuungsvertrag abgeschlossen

Produkt 3 Eltern- und Erwachsenenbildung

Leistungen

Das Produkt beinhaltet städtische Kurse in Elternbildung, Deutsch für fremdsprachige Frauen, textiles Arbeiten sowie Kochen für Menschen mit Behinderungen. Zudem beinhaltet es Beiträge an private Trägerschaften, welche Angebote der Erwachsenenbildung bereit stellen (Volkshochschule Winterthur VHSW).

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten		1'305'978	1'286'999
Erlös		346'044	241'029
Nettokosten		959'934	1'045'969
Kostendeckungsgrad in %		26	19

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die Eltern- und Erwachsenenbildungskurse sind attraktiv und gut besucht.			
▪ Anzahl durchgeführte Kurse in Elternbildung	18	25	35
Deutsch für fremdsprachige Frauen	23	25	25
Kochen	43	45	5
Textiles Arbeiten	25	28	30

Soll 2011: Insgesamt waren ursprünglich 123 Kurse geplant. Mittels Kürzungsbeschluss des GGR wurden die Kurse auf 95 pro Jahr gekürzt. Im Rahmen der Kommissionssitzung wurde kommuniziert, dass diese Kürzung mittelfristig erreicht werden kann, da die Kursreduktion erst ab dem 1. September 2011 (Schuljahresanfang) umgesetzt werden kann.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
▪ Anzahl Teilnehmende an Elternbildungskursen	294	380	500
Deutschkursen für fremdsprachige Frauen	226	230	250
Kochkursen	660	530	50
Textiles Arbeiten	419	340	380
Institutionen mit Leistungsvereinbarungen:			
▪ Anzahl durchgeführte Kursteilnehmer/innen-Stunden der Volkshochschule p.a.	4'918	2'000	2'000

Siehe Fusszeile bei den operativen Zielen (oben).

Produkt 4 Wohnangebot für Kinder- und Jugendliche

Leistungen

Das Produkt beinhaltet die Betreuung verhaltens- und entwicklungsauffälliger Kinder, die nicht in der Obhut der Eltern leben können, im Kinder- und Jugendheim Oberi. Dieses erfüllt die kantonalen Qualitätsvorgaben und wird vom kant. Amt für Jugend und Berufsberatung beaufsichtigt. Es erhält aufgrund der Anerkennung Betriebsbeiträge des Kantons und des Bundesamtes für Justiz.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten		3'219'102	3'726'550
Erlös		3'207'242	3'698'514
Nettokosten		11'860	28'036
Kostendeckungsgrad in %		100	99

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Das Kinder- und Jugendheim Oberi stellt Plätze für Wohnen und Erziehen zur Verfügung			
▪ Angebotene Plätze (Stichtag 1.9.)	31	31	32
▪ Belegte Plätze total (Stichtag 1.9.) (1 Platz = 360 Betreuungstage)	29	28	28
Das Kinder- und Jugendheim Oberi führt unter Einbezug der Bezugspersonen des Kindes pro betreutes Kind eine professionelle Erziehungs- und Förderplanung durch.			
▪ Anteil (in %) Kinder mit dokumentierten Förderplänen (2 pro Jahr)	100	100	100

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
▪ Kosten pro Platz in CHF	230	230	230

IAFP Familienunterstützende Angebote

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	9'519	11'717	12'963	13'452	14'162	14'692
Erlös	3'549	3'800	4'175	4'175	4'175	4'175
Nettokosten/Globalkredit	5'970	7'917	8'788	9'277	9'987	10'517
Kostendeckungsgrad in %	37	32	32	31	29	28

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	170'000	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Verbesserte Chancengerechtigkeit für Kinder im Vorschulalter Kinder mit entsprechendem Bedarf profitieren von den Angeboten zur Frühförderung mit dem Ziel, den Kindergarten-Eintritt erfolgreich zu meistern. (W) - Anteil der Kinder, die von Angeboten der Frühförderung profitierten mit altersgemässer motorischer Entwicklung (W) (1) - Anteil der Kinder, die von Angeboten der Frühförderung profitierten mit altersgemässen kognitiven und nichtkognitiven Fähigkeiten (W) (2) Kinder mit entsprechendem Bedarf erhalten Zugang zu subventionierten Angeboten und nutzen diese. (L) - Anzahl Kinder auf der Warteliste für einen subventionierten Platz in der Kita (Stichtag 31.12.) - Anzahl subventionierte Kinderplätze in Kitas - Anzahl subventionierte Säuglingsplätze in Kitas (< 18 Monate) - Anzahl subventionierte Betreuungsstunden von Kindern in Tagesfamilien - Anzahl Plätze in Spielgruppen mit Zweierleitung [Antrag Änderung ab VO 2012, alt: "Integrationsspielgruppen+"] - Anzahl Plätze in Elki-Gruppen - Anzahl Plätze im Programm "schritt:weise"		-	-	-	-	-
	115	100	40	0	0	0
	251	277	296	308	318	328
	72	89	101	109	117	125
	57'340	70'000	70'000	70'000	70'000	70'000
	60	80	80	80	80	80
	20	16	60	60	60	60
	34	30	30	30	30	30
2 Unterstützung der Erziehungsberechtigten Eltern/Erziehungsberechtigte mit entsprechendem Bedarf nutzen die Angebote der Elternbildung mit dem Ziel, ihre Erziehungskompetenz zu verbessern und sich auf die Kooperation mit der Schule vorzubereiten. (W) - Anteil (in %) positiver Einschätzungen der Erziehungsberechtigten (Befragung) (3) Städt. Institutionen bieten Erwachsenen attraktive, bedarfsgerechte Weiterbildung in Fragen der Erziehung und Lebensgestaltung an. (L) - Anzahl durchgeführte Erwachsenenurse p.a.		-	-	-	-	-
	109	95	95	95	95	95
3 Persönlichkeitsbildung von Jugendlichen im Kinder- und Jugendheim Oberi Die zuweisenden Stellen beurteilen die Vorgaben bezüglich Wohnen, Förderung und Erziehung als erfüllt. (W) Anteil (in %) erfüllter Vorgaben		80	80	80	80	80

(1) Grundlage: sportmotorische Tests der ETH-Zürich bei Erstklasskindern, welche erstmals im 2013 durchgeführt werden können.

(2) Anteil der Kinder, die in Spielgruppen mit Zweierleitung oder bei schritt:weise teilnahmen oder von der Fachstelle in Kitas und Spielgruppen eingewiesen wurden, die nach zwei Jahren Kindergarten regulär in die erste Klasse übertreten. (W)

Anzahl Plätze in Integrationsspielgruppen+, in Krabbelgruppen+, im Programm "schritt:weise": Der Kredit für die Frühförderung (GGR-Weisung 2009/038) ist befristet bis Ende 2013. Ab 2014 soll ein neuer Kredit beantragt werden. Die Leistungsindikatoren können daher ab 2014 ändern.

(3) Durchführung alle 4 Jahre.

Anzahl durchgeführte Erwachsenenurse p.a.: erstmalige Reduktion per 1. September 2011 möglich.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

Der Kredit für die Frühförderung ist befristet bis Ende 2013. Es ist geplant, einen neuen Kredit ab 2014 zu beantragen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen

Berufsbildung

Auftrag

Die Produktgruppe Berufsbildung umfasst die Berufswahlschule, die Werkjahrschule, die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule und die msw-winterthur.

Sie stellt ein ausgewogenes Angebot an Schulungsplätzen für das Berufsvorbereitungsjahr sicher. Sie engagiert sich in der Schnittstelle zwischen der obligatorischen Schulzeit und dem Eintritt in eine Berufsgrundausbildung. Sie bietet Lehrplätze in technischen, zukunftsorientierten Berufen an.

Produkte

1 msw-winterthur

Die msw-winterthur bietet als Vollzeitschule folgende Ausbildungsgänge an:

- Lehre als Polymechaniker oder Polymechanikerin
- Anlagen- und Apparatebauer oder Anlagen- und Apparatebauerin
- Automatiker oder Automatikerin
- Elektroniker oder Elektronikerin
- Informatiker oder Informatikerin

2 Werkjahrschule

Die Werkjahrschule (WJS) bietet Berufsvorbereitungsjahre an:

- Berufswahl Profil A
- Berufsfeld Gestaltung und Druck
- Berufsfeld Bau und Gebäudetechnik
- Berufsfeld Malerei und Oberflächenveredelung

3 Berufswahlschule

Die Berufswahlschule (BWS) bietet ein Berufsvorbereitungsjahr Berufswahl Profil B an.

4 Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule

Die Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule (HFS) bietet Berufsvorbereitungsjahre an:

- Berufswahl A
- Berufsfeld Gesundheit/Soziales
- Berufsfeld Gestaltung/Textilien/Schönheit
- Berufsfeld Gastronomie/Nahrung
- Berufsfeld Wirtschaft/Verwaltung
- Berufsfeld Verkauf
- Sprache Kultur
- Vorlehre Gesundheit und Soziales

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

msw-winterthur:

- Berufsbildungsgesetz vom 13. Dezember 2002
- Berufsbildungsverordnung vom 19. November 2003
- Personalgesetz des Kantons Zürich vom 1. Januar 2002
- Mittel- und Berufsschullehrerverordnung vom 7. April 1999
- Verordnung über die Staatsbeiträge an die Berufsbildung vom 15. Dezember 1993
- Regierungsratsbeschluss vom 01.02.2006; Beitragsberechtigung
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung vom 14. Januar 2008
- Ausbildungsreglemente

BWS / WJS / HFS:

- Berufsbildungsgesetz vom 13. Dezember 2002
- Berufsbildungsverordnung vom 19. November 2003
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung vom 14. Januar 2008
- Verordnung zum EG BBG vom 8. Juli 2009
- Verordnung des Regierungsrats über die BVJ 2009/2010 bis 2012/2013 vom 25. Mai 2011
- Verordnung des Bildungsrats über die Zulassung zu den BVJ 2011/2012 und 2012/2013 und die Anforderungen an die Lehrpersonen vom 28. Februar 2011
- Reglement der Bildungsdirektion über das Absenzwesen und die Disziplinarordnung an den Berufsfachschulen und Berufsmaturitätsschulen sowie an Schulen die BVJ anbieten (Disziplinarreglement vom 14. August 2009)
- Reglement des Bildungsrates über die Abschlussbeurteilung der BVJ 2011/2012 und 2013 vom 28. Februar 2011

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über das Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) und weitere Aus- und Weiterbildungsangebote der Stadt Winterthur
- Schulordnung msw-winterthur vom 13. Juni 2005 (gegenwärtig in Überarbeitung)
- Geschäftsordnung für die Aufsichtskommission der BWS + WJS vom 9. Januar 2002 (gegenwärtig in Überarbeitung)
- Schulordnung HFS vom 5. Juni 2007 (gegenwärtig in Überarbeitung)
- Submissionsordnung
- Datenschutzgesetz

Stufe Verwaltungseinheit

- Finanzkompetenz DSS / Personalkompetenz DSS
- Reglement über den Erlass des Schulgeldes für den Besuch der Berufsvorbereitungsjahre, für in Winterthur wohnhafte Schülerinnen und Schüler vom 25. Mai 2009

Verantwortliche Leitung

Pierre Zesiger, Bereichsleiter Berufsbildung

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit des Angebots			
Produkt msw-winterthur			
▪ Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	17'453.00	17'151.00	17'608.00
Brückenangebote Berufsvorbereitungsjahr			
▪ Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	12'946.00	13'366.00	11'058.00
2 Angebot			
Produkt msw-Winterthur			
▪ Anzahl Ausbildungsplätze	246	248	248
▪ Anteil Winterthurer/Winterthurerinnen an Lernenden in %	30.00	30.00	30.00
Produkt Werkjahr, Berufswahlschule, Hauswirtschaftliche Fortbildung			
▪ Anzahl Ausbildungsplätze (Berufsvorbereitungsjahr)	424	410	410
3 Wirkungsorientierter Faktor			
Produkt msw-Winterthur			
▪ Qualität des Lehrabschlusses, Ø Abschlussnote	4.88	4.70	4.70
▪ Volkswirtschaftlicher Nutzen für die Stadt Winterthur (wird ca. alle 5 Jahre durch die msw erhoben)	Bericht		
Produkt Werkjahr, Berufswahlschule, Hauswirtschaftliche Fortbildung			
▪ Anschlusslösung an das Berufsvorbereitungsjahr in %	97.00	95.00	93.00

Kostendeckungsgrad:

Ertrag (aus prod. Aufträgen + Schulgeld + div. Einnahmen + Subventionen Bd./Kt) in Relation zum Aufwand.

Brückenangebote Berufsvorbereitungsjahr, Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF: Die Kosten pro Platz werden aufgrund der erwarteten Auslastung und den ersten Auswirkungen des neuen Finanzierungsmodells tiefer ausfallen.

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	9'540'475	8'794'225	9'258'541

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Sparmassnahmen sowie die Erhöhung von Einnahmen führen zu einer Verbesserung des gesamten Resultats.

Folgende Massnahmen stehen im Vordergrund:

- Erhöhung der Gemeindebeiträge bei den BVJ
- Reduktion der Unterrichtsstunden von 36 auf 32 Lektionen pro Woche
- Erwartete höhere Nachfrage im Bereich der Werkjahrschule und der damit verbundenen Mehreinnahmen von Staats- und Gemeindebeiträgen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Sparmassnahmen sowie die Erhöhung von Einnahmen führen zu einer Verbesserung des gesamten Resultats.

Folgende Massnahmen stehen im Vordergrund:

- Erhöhung der Gemeindebeiträge
- Reduktion der Unterrichtsstunden von 36 auf 32 Lektionen pro Woche
- Erwartete höhere Nachfrage im Bereich der Werkjahrschule und der damit verbundenen Mehreinnahmen von Staats- und Gemeindebeiträgen.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	16'139'364	14'701'770	15'858'947
Sachkosten	3'781'278	3'625'122	3'880'452
Beiträge an Dritte	15'000	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'858'687	1'533'647	1'499'524
Mietkosten	653'470	757'540	793'000
Übrige interne Kosten	137'500	371'699	241'449
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>22'585'298</i>	<i>20'989'778</i>	<i>22'273'372</i>
Verrechnungen innerhalb PG	30'859	83'350	57'000
Total effektive Kosten	22'554'439	20'906'428	22'216'372
Externe Erlöse	4'317'537	4'239'450	4'480'150
Interne Erlöse	399'293	624'533	530'031
Beiträge von Dritten	8'327'993	7'331'570	8'004'650
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>13'044'823</i>	<i>12'195'553</i>	<i>13'014'831</i>
Verrechnungen innerhalb PG	30'859	83'350	57'000
Total effektive Erlöse	13'013'964	12'112'203	12'957'831
Total Nettokosten / Globalkredit	9'540'475	8'794'225	9'258'541
Kostendeckungsgrad in %	58	58	58

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	24.19	22.60	23.28
▪ Auszubildende	239.00	248.00	248.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	2.00	2.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

- 0.17 Pensenverschiebung mittels Sammelantrag 2011 im Rahmen der bewilligten Stellen.
- + 0.17 Stellenschaffung (mittels Beschluss SR.11.449-1 vom 20.4.11), bzw. wurde die Bereichsleitung Berufsbildung als unbefristete Stelle umgewandelt (u.a. mit bisherigen 0.33 Stellen).
- 0.30 Pensenverschiebung in PG Familienergänzende Angebote für Betreuungsmitarbeitende der Erwachsenenbildung
- + 0.60 Zusätzliche Stelle für die Umsetzung des Qualitätsmanagements in den Berufsvorbereitungsjahren und Assistenz der Bereichsleitung.
- + 0.20 Pensenanpassung Sekretariat Werkjahrschule, Pensum wurde in den letzten Jahren immer in Form von Mehrstunden geleistet.
- + 0.10 Pensenaufstockung Sekretariat Werkstatt, geplante Reduktion konnte nicht umgesetzt werden

Erläuterungen zu den Personalinformationen

+ 0.08 Pensenschaffung (Bereinigung Stellenplan) für Reinigungsstunden bei der Werkjahrschule, bisher waren diese Stunden nur als Geldbetrag budgetiert und nicht als Stellenwert.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

BVJ: "Neues Finanzierungsmodell/Projektauftrag"

msw: Projekt "Ertragssteigerung"

Produkt 1 msw-winterthur**Leistungen**

- Ausbildung von Lernenden in folgenden Berufen:
 - Polymechaniker und Polymechanikerinnen in Theorie und Praxis
 - Automatiker und Automatikerinnen in Theorie und Praxis
 - Anlagen- und Apparatebauer und Anlage- und Apparatebauerinnen in der Praxis
 - Elektroniker und Elektronikerinnen in Theorie und Praxis
 - Informatiker und Informatikerinnen in der Praxis
- Vermitteln von Lerninhalten die für den Eintritt in Bildungsinstitute des tertiären Bereichs von massgebender Bedeutung sind.
- Herstellung von Produkten mit möglichst grossem Lerninhalt und marktüblichem Ertrag.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	11'170'451	11'087'664	11'738'792
Erlös	6'912'007	6'833'171	7'370'691
Nettokosten	4'258'443	4'254'492	4'368'101
Kostendeckungsgrad in %	62	62	63

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Abschlusserfolgsquote in %	98.11	100.00	100.00
Lehrabbruchquote in %	4.32	2.00	3.00
Ø Anzahl Lernende /Klasse	17.00	17.00	17.00
Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF	36'886	36'190	37'931
Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	17'453	17'151	17'608
Ertrag aus produktiven Aufträgen in CHF	762'775	771'000	945'000

Lehrabbruchquote in %: Die gesundheitlich bedingten Abbrüche haben zugenommen und sind nicht beeinflussbar. Die durchschnittliche kantonale Abbruchquote lag 2009 bei 7.6%.

Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF: Höhere Lohnkosten und Informatikinvestitionen (zusammen 425'000.-) führen gegenüber 2011 zu höheren Vollkosten für den Ausbildungsplatz (+1'741.-)

Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF: Soll 2011: Prämien für die Lernenden wurden zu tief berechnet. Siehe auch Vergleich 2010 zu 2012, wo lediglich eine Erhöhung von CHF 155.-- ersichtlich ist. Gestiegene Löhne der Lehrpersonen verursachen höhere Sozialleistungen.

Ertrag produktive Aufträge in CHF: Verkaufserlös abzüglich Materialaufwand, inkl. Bestandesänderung

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Plätze	246	248	248
Anzahl Lernende	234	240	233

Anzahl Plätze: 244 msw-Ausbildungsplätze und 4 Praktikantenplätze. Die msw unterstützt die Wiedereingliederung mit 4 Praktikumsplätzen. Mit der Abbruchquote und der Einstellung Lehrabbrechern wird sich die Zahl der Lernenden bei ca. 233 stabilisieren.

Produkt 2 Werkjahrschule

Leistungen

- Führen von Berufsvorbereitungsjahren.
- Vermitteln von Lerninhalten, die für den Eintritt in eine weiterführende Grundausbildung von massgebender Bedeutung sind.
- Durchführung von Veranstaltungen, die der Berufswahl und dem Zugang zu einer Lehrstelle dienen.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'919'391	1'419'928	2'208'535
Erlös	1'062'464	526'777	958'051
Nettokosten	856'927	893'151	1'250'484
Kostendeckungsgrad in %	55	37	43

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Ø Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse	9.0	11.0	12.0
Schulabbruchquote in %	15	7	8
Anschlussersfolgsquote in %	96	95	95
Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF	21'008	24'733	28'946
Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	10'202	19'533	17'674

Schulgeld für Schülerinnen und Schüler CHF 2'500.00

Beitrag von Gemeinden für auswärtige Schülerinnen und Schüler ab Schuljahr 2012/2013 CHF 12'000.00.

Die Erhöhung der Vollkosten pro Ausbildungsplatz basiert auf der Anpassung an die tatsächlich zu erwartende Nachfrage an Ausbildungsplätzen.

Das neue Finanzierungsmodell ergibt für die Stadt Winterthur geringere Kosten pro Ausbildungsplatz unter der Voraussetzung eines stabilen Anteils von ausserhalb Winterthur wohnhaften Schülerinnen und Schülern.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Plätze	84	80	70
Anzahl Schülerinnen und Schüler	36	45	60
davon Winterthurer und Winterthurerinnen	25	35	36

Annahme, dass im Soll 2012 die Plätze nicht vollständig belegt sein werden. Die tatsächliche Belegung der Ausbildungsplätze ist jeweils erst im September des Schuljahres gesichert.

Kosten pro Platz werden aufgrund erwarteter tieferer Schülerzahlen höher.

Produkt 3 Berufswahlschule

Leistungen

- Führen von Berufsvorbereitungsjahren.
- Vermitteln von Lerninhalten, die für den Eintritt in eine weiterführende Grundausbildung von massgebender Bedeutung sind.
- Beratung der Schülerinnen und Schüler in der Berufswahl.
- Durchführung von Veranstaltungen, die der Berufswahl und dem Zugang zu einer Lehrstelle dienen.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'965'896	2'133'380	1'631'104
Erlös	1'372'023	1'228'422	1'131'017
Nettokosten	593'873	904'958	500'087
Kostendeckungsgrad in %	70	58	69

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse	19	20	20
Schulabbruchquote in %	2	1	2
Anschlussersfolgsquote in %	100	95	95
Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF	16'992	12'727	13'556
Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	5'939	7'527	4'886

Schulgeld für Schülerinnen und Schüler CHF 2'500.00

Beitrag von Gemeinden für auswärtige Schülerinnen und Schüler ab Schuljahr 2012/2013 CHF 12'000.00

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Plätze	100	100	100
Anzahl Schülerinnen und Schüler	97	100	100
davon Winterthurerinnen und Winterthurer	61	58	60

Produkt 4 Hauswirtschaftliche Fortbildungsschule

Leistungen

- Durchführung von Berufsvorbereitungsjahren.
- Vermitteln von Lerninhalten, die für den Eintritt in eine weiterführende Grundausbildung von massgebender Bedeutung sind.
- Gezielte berufsfeldbezogene Vorbereitung.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	7'529'560	6'348'806	6'694'941
Erlös	3'698'329	3'607'183	3'555'073
Nettokosten	3'831'232	2'741'623	3'139'868
Kostendeckungsgrad in %	49	57	53

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
<u>Diese Ziele gelten bis Ende 2010</u>			
Hauswirtschaftlicher Jahreskurs			
Ø Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse	13		
Schulabbruchquote in %	8		
Anschlussersfolgsquote in %	97		
Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF	23'841		
Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	15'167		
Integrationskurs			
Schulabbruchquote in %	4.00		
Anschlussquote in %	90.00		
Erwachsenenbildung			
Ø Anzahl Erwachsene pro Klasse	12.00		
Ø Kosten pro Lektion für die Stadt Winterthur	158.00		
Inhalt der Kurse			
▪ Erwachsenenbildung (Ernährung, usw.)	Bericht		
▪ Elternbildung (Erziehung von Jugendlichen, usw.)	Bericht		
▪ Integrationskurse (Sprache, Kultur, usw.)			
<u>Neu ab 2011</u>			
Ø Anzahl Schülerinnen und Schüler pro Klasse		13.00	13.00
Schulabbruchquote in %		7.00	7.00
Abschlussersfolgsquote in %		91.00	91.00
Vollkosten pro Ausbildungsplatz in CHF		21'663.00	21'278.00
Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF		13'038.00	11'637.00

Schulgeld für Schülerinnen und Schüler CHF 2'500.00

Beitrag von Gemeinden für auswärtige Schülerinnen und Schüler ab Schuljahr 2012/2013 CHF 12'000.00.

Die Erhöhung der Vollkosten pro Arbeitsplatz basiert auf der Anpassung an die tatsächlich zu erwartende Nachfrage an Ausbildungsplätzen. Das neue Finanzierungsmodell ergibt für die Stadt Winterthur geringere Kosten pro Ausbildungsplatz unter der Voraussetzung eines stabilen Anteils von ausserhalb Winterthur wohnhaften Schülerinnen und Schülern.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Plätze	240	240	240
Anzahl Schülerinnen und Schüler	214	224	228
▪ davon Winterthurerinnen und Winterthurer	151	144	131

Annahme, dass im Soll 2012 die Plätze nicht vollständig belegt sein werden. Die tatsächliche Belegung der Ausbildungsplätze ist jeweils erst im September des Schuljahres gesichert.

IAFP Berufsbildung

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	22'554	20'906	22'216	22'441	22'116	22'086
Erlös	13'013	12'112	12'957	13'038	13'118	13'118
Nettokosten/Globalkredit	9'540	8'794	9'259	9'404	8'999	8'969
Kostendeckungsgrad in %	58	58	58	58	59	59

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	1'610'000	220'000	610'000	480'000	900'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Wirtschaftlichkeit des Angebots						
Produkt msw-winterthur						
▪ Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	17'453.0	17'151.0	17'608.0	17'600	17'600	17'600
Brückenangebote Berufsvorbereitungsjahr						
▪ Kosten pro Ausbildungsplatz für die Stadt Winterthur in CHF	12'946.0	13'366.0	11'058.0	10'800	10'800	10'800
2 Angebot						
Produkt msw-Winterthur						
▪ Anzahl Ausbildungsplätze	246	248	248	258	258	258
▪ Anteil Winterthurerinnen/Winterthurer an Lernenden in %	30.00	30.00	30.00	30.00	30.00	30.00
Produkt Werkjahr, Berufswahlschule, Hauswirtschaftliche Fortbildung						
▪ Anzahl Ausbildungsplätze (Berufsvorbereitungsjahr)	424	410	410	410	410	410
3 Wirkungsorientierter Faktor						
Produkt msw-Winterthur						
▪ Qualität des Lehrabschlusses, Ø Abschlussnote	4.8	4.7	4.7	4.7	4.7	4.7
▪ Volkswirtschaftlicher Nutzen für die Stadt Winterthur (wird ca. alle 5 Jahre durch die msw erhoben)	Bericht	0.0	0.0	0	Bericht	0
Produkt Werkjahr, Berufswahlschule, Hauswirtschaftliche Fortbildung						
▪ Anschlusslösung an das Berufsvorbereitungsjahr in %	97.0	95.0	93.0	93	93	93

Der volkswirtschaftliche Nutzen für die Stadt Winterthur wurde im 2009 und wird dann wieder im 2014 erhoben. Antrag für Mediamatikerausbildung (10 Lernende) an der msw wird gestellt (2013, Anzahl Ausbildungsplätze neu 258). Die Arbeitsplatzkosten werden sich für Winterthur nur unwesentlich erhöhen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

Neues Finanzierungsmodell für das BVJ.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

Optimierung der Organisation und der Ausbildungsmarktorientierung des BVJ.
Antrag für Mediamatikerausbildung (10 Lernende) an der msw wird gestellt werden.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Mit dem Einführungsgesetz (EGnBBG/ zum Berufsbildungsgesetz mit den Verordnungen und Ausführungsbestimmungen des Kantons ist eine Anpassung des Berufsvorbereitungsjahres der Stadt Winterthur notwendig.
Die schwankende Nachfrage nach Berufsvorbereitungsjahr-Ausbildungsplätzen erfordert eine konsequente Ausbildungs-Marktorientierung der Organisation der BVJ.

Sportamt

Auftrag

Die Stadt Winterthur fördert den Sport im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten. Sie betreibt eine auf die Bedürfnisse der Bevölkerung und der Sportorganisationen abgestimmte Sportpolitik.

Die Leitsätze der städtischen Sportpolitik

- Der Anteil der bewegungsaktiven Bevölkerung wird erhöht.
- Es wird ein gutes Angebot an Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten für alle Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt geschaffen.
- Die Stadt stellt attraktive Sportanlagen bereit und sorgt für deren Unterhalt und intensive Nutzung.
- Speziell gefördert werden der obligatorische und der freiwillige Schulsport, der Jugendsport und Breitensport.
- Die Stadt würdigt die Leistungen der Spitzensportlerinnen und Spitzensportler und leistet in Einzelfällen Unterstützung.
- Sportlich besonders begabte Schülerinnen und Schüler der Volksschule werden speziell gefördert.
- Die Stadt setzt in der Sportförderung Prioritäten und unterstützt gezielt Projekte von besonderer gesellschaftlicher Bedeutung.
- Die Sportentwicklung der Stadt Winterthur hat eine Ausstrahlung auf die Region Winterthur.
- Der Stellenwert und die Akzeptanz des Sports in der Stadt (-Politik) werden erhöht.
- Auf ökologische Anliegen wird beim Bau von Sportanlagen und bei der Durchführung von Sportanlässen Wert gelegt.

Produkte

1 Hallen- und Freibad Geiselweid

Betrieb und Unterhalt des Hallen- und Freibades inkl. Sauna und Naturpool, Solarium, Shop und Verpachtung Restaurant

2 Quartierbäder

Beteiligung: 4 Freibäder inkl. Saunen sind im städtischen Besitze. Die Betriebsgenossenschaften werden unterstützt

3 Eissportanlage Deutweg

Betrieb und Unterhalt der Eissportanlage Deutweg und Verpachtung Restaurant

4 Turn- und Sportplatz Deutweg

Betrieb und Unterhalt der Leichtathletikanlage Deutweg und Verpachtung Kiosk

5 Fussballplätze

Betrieb und Unterhalt der städtischen Fussballanlagen inkl. Fussballstadion Schützenwiese

6 Übrige Sportanlagen

Beteiligung am Unterhalt der Sportinfrastruktur

7 Sportförderung

Auslastung, Disposition und Vermarktung der Sportanlagen, Vermietung der Räume in Schulanlagen ausserhalb der Schulzeit, freiwilliger Schulsport, Sportförderungsprojekte, Information; Zusammenarbeit mit Sportvereinen, Jugendsportförderung, Ehrungen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz über die Förderung von Turnen und Sport (1972)

- Richtlinien der Eidgenössischen Koordinationskommission für Arbeitssicherheit
- Konzept des Bundesrates für eine Sportpolitik der Schweiz (2000)
- Kantonale Verordnung über die Koordinationsstelle Sport und die Sportkommission (2000)
- Kantonale Volksschulverordnung (Schulturnen)
- NASAK (Nationales Sportanlagen Konzept)

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Leitbild zur Sportförderung in der Stadt Winterthur 2006

Stufe Verwaltungseinheit

- Ganzheitliches Sportkonzept Winterthur 1992
- Grundsätze des Sportamtes 1996
- Betriebs-Verträge mit Eulachhallen AG, Schwimmbadgenossenschaften und Genossenschaft Schützenwiese
- Raumbedeutsames Leitbild 1997
- Leistungsvereinbarung
- Konzept Raum für Bewegung und Sport

Verantwortliche Leitung

Urs Wunderlin, Bereichsleiter Sportamt (bis März 2012)

Dave Mischler, Bereichsleiter Sportamt (ab April 2012)

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Finanzen / Wirtschaftlichkeit			
▪ Ausgaben für Sport pro Einwohner/Einwohnerin (1) in CHF	120	111	120
▪ Kostendeckungsgrad Sportamt mit Kapitalkosten	0	24	22
▪ Kostendeckungsgrad Sportamt ohne Kapitalkosten	38	39	36
▪ Beitrag Jugendsportförderung in CHF	150'000	200'000	200'000
2 Qualität			
▪ Kundenumfrage alle 5 Jahre parallel mit nationalem Sportobservatorium (4)	--	--	--
In den Zwischenjahren (ab 2008) werden vier Schwerpunkte (alternierend) befragt oder ausgewertet.			
▪ Kundenzufriedenheit mit Reservationsstelle		--	
▪ Gebäudezustand erfassen;	Fussnote	--	Fussnote
▪ Fussballplätze: Zustandsbericht		Bericht	
▪ Energieverbrauch (5)	743'369	815'955	770'000
3. Quantität			
▪ Anzahl verkaufte Sportpässe pro Jahr	14'051	15'000	12'000
▪ Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna (2)	376'255	360'000	250'000
▪ Anzahl Eintritte Eissportanlage Deutweg (3)	76'973	70'000	80'000
Anzahl durch die Vereine gemeldete Jugendliche (Mädchen/Knaben)			
▪ Mädchen	1'569	1'800	1'800
▪ Knaben	3'120	3'000	3'200
4 Wirkungsziele			
Ergebnisse aus nationalem Sportobservatorium: es werden drei Schwerpunkte entwickelt.		--	--
▪ Der Sportpass erreicht national wiederum die Höchstnote für Sportdienstleistungen		--	--
▪ Der Anteil der 15 - 74jährigen, die nie Sport treiben, wird gesenkt (7)		--	--
▪ Die Bewertung der Information über die Sportmöglichkeiten in Winterthur wird gesteigert (8)		--	--

Der richtige Wert für die Anzahl verkaufte Sportpässe pro Jahr lautet 14'048 im Ist 2010.

(1) Durchschnittliche Wohnbevölkerung in Winterthur: Prognose 2012: 103'950 (Vorgabe Finanzamt)

(2) 5-Jahres-Durchschnitt 2006 - 2010: 353'729 Eintritte

(3) 5-Jahres-Durchschnitt 2006 - 2010: 68'665 Eintritte

(4) Erhebung im 2013, Ergebnisse liegen im Mai 2014 für Rechnung 2014 vor (nationale Erhebung alle 5 Jahre)

(5) 5-Jahres-Durchschnitt 2006- 2010: CHF 786'553. Im Jahr 2012 wird zudem ein Energiebericht erstellt.

(7) Nationale Erhebung 2008 (Sportobservatorium) ergab einen Wert von 18 %, Ziel für (Erhebung 2013) Soll 2014 auf unter 16 %

(8) Nationale Erhebung 2008 (Sportobservatorium) ergab einen Wert von 3.5, Ziel für (Erhebung 2013) Soll 2014 ist eine Steigerung auf 3.7 auf einer 5er Skala

Wegen der Sanierung des Hallenbades Geiselweid werden 2012 weniger Sportpässe verkauft. Zudem werden die Energiekosten tiefer sein.

Verzicht auf einen Bericht "Gebäudezustand der Sportanlagen":

Zur Zeit erarbeitet die Projektleitung ZIM (Zentrales Immobilienmanagement) zusammen mit dem Dept. Bau ein Detailkonzept für eine gesamtschädtische Bauzustandserfassung. Erste Aussagen sollten im Herbst 2011 möglich sein. Auf Grund der vorgesehenen einheitlichen Erfassung des Gebäudezustandes wurde ein Alleingang des Sportamtes als nicht sinnvoll betrachtet. Es wären Kosten von Fr. 30'000.- angefallen.

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	12'331'744	11'523'180	12'542'848

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012**Personal:**

Zwei zusätzliche Lehrstellen (Direktanstellungen im Sportamt), höhere Rentenleistungen sowie Änderungen bei den Einstufungen führen zu höheren Personalkosten.

Sachkosten:

Trotz einem Minderaufwand beim Hallenbad Geiselweid infolge der Sanierung verursachen werterhaltende und sicherheitsbedingte Massnahmen bei den Quartierbädern, der Eishalle und der Eulachhalle Mehrkosten von 3,3 %.

Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen:

Neue Investitionsobjekte (z. B. Sanierung Schwimmbad Oberwinterthur, techn. Sanierung Eulachhalle1) bewirken höhere Kosten.

Erträge:

Das Hallenbad Geiselweid wird 2012 saniert und bleibt während 7 Monaten geschlossen. Dies hat einen Ertragsausfall zur Folge.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010**Personalkosten:**

Zwei zusätzliche Lehrstellen, höhere Rentenleistungen sowie Änderungen bei den Einstufungen führen zu höheren Personalkosten.

Sachkosten:

In der Rechnung 2010 sind die ausserordentlichen Aufwendungen von Fr. 260'000.-- für den Projektwettbewerb IZLB enthalten. Die vertraglich festgelegte Rückzahlung von Fr. 130'000.-- durch die Firma befair wurde unter den externen Erlösen verbucht. Sicherheitsbedingte Aufwendungen (Sanierung Fussballplatz Steinacker und Minipitch Deutweg) sowie Ersatz und Neuanschaffungen beim Maschinenpark führten 2010 zu einem erhöhten Aufwand.

Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen:

Neue Investitionsobjekte (z. B. Sanierung Schwimmbad Oberwinterthur, techn. Sanierung Eulachhalle1) bewirken höhere Kosten.

Erträge:

Das Hallenbad Geiselweid wird 2012 saniert und bleibt während 7 Monaten geschlossen. Dies hat einen Ertragsausfall zur Folge.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	4'586'717	4'652'870	4'856'091
Sachkosten	4'628'611	3'702'852	3'795'602
Beiträge an Dritte	827'258	845'000	835'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	5'851'030	5'644'903	6'192'812
Mietkosten	31'725	27'000	37'000
Übrige interne Kosten	441'680	344'733	385'181
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>16'367'020</i>	<i>15'217'358</i>	<i>16'101'686</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	16'367'020	15'217'358	16'101'686
Externe Erlöse	3'854'946	3'545'800	3'389'800
Interne Erlöse	154'330	148'378	145'039
Beiträge von Dritten	26'000	0	24'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>4'035'276</i>	<i>3'694'178</i>	<i>3'558'839</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	4'035'276	3'694'178	3'558'839
Total Nettokosten / Globalkredit	12'331'744	11'523'180	12'542'848
Kostendeckungsgrad in %	25	24	22

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	40.43	38.01	38.86
▪ Auszubildende	5.84	6.00	8.80
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	2.00	2.00	1.00

Auszubildende: Zwei zusätzliche Lehrstellen.

Erläuterungen zu den Personalinformationen
- 0.01 Pensensverschiebung mittels Sammelantrag 2011 im Rahmen der bewilligten Stellen. + 0.86 Pensenschaffung (Bereinigung Stellenplan) für Kasse Eishalle, Mitarbeitende arbeiten nur während Wintermonate (halbjährlich), bisher wurde nur Geldbetrag budgetiert und nicht der Stellenwert.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Gesamtanierung Hallenbad Geiselweid ab Anfang Mai
- Überdachung Freibad: Realisierung, vorbehältlich Baubewilligung
- Inbetriebnahme des sanierten Schwimmbades Oberwinterthur
- Baubeginn Beachanlage und Finnenbahn im Sportpark Deutweg
- Realisierung Internationales Zentrum für Leistungs- und Breitensport (IZLB)
- Verbindlichkeitserklärung für Konzept Raum für Bewegung und Sport durch den Stadtrat

Produkt 1 Hallen- und Freibad Geiselweid

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt des Hallen- und Freibades Geiselweid inkl. Sauna, Solarium, Shop und Verpachtung des Restaurants
- Infrastruktur und Dienstleistungen für den Wassersport

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	4'640'193	4'450'316	4'423'986
Erlös	2'335'701	2'263'972	1'588'793
Nettokosten	2'304'492	2'186'344	2'835'193
Kostendeckungsgrad in %	50	51	36

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb des Hallen- und Freibades Geiselweid			
▪ Kostenüberschuss pro Eintritt (Eintritte Hallen- und Freibad, inkl. Sauna) in CHF	5.67	6.05	11.20
Kostendeckung Zusatzangebote (Aqua Fitness) in %	243.00	220.00	220.00

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Öffnungszeiten des Hallenbades Geiselweid (Tage pro Jahr)	342	342	148
▪ Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna (1)	376'255	360'000	250'000
▪ Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna pro Tag	1'100	1'050	1'689
▪ Anzahl Eintritte Sauna Geiselweid (2)	24'235	21'000	10'000
▪ Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna pro Tag - Sommersaison (Mitte Mai - Mitte September)			950
▪ Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna pro Tag - Wintersaison (Jan. - Mitte Mai und Mitte September - Ende Jahr)			1'020

(1) 5-J.-Durchschnitt 2006-2010: 353'729 Eintritte

(2) 5-J.-Durchschnitt 2006-2010: 22'494 Eintritte

2012 wird das Hallenbad saniert und ist während 7 Monaten geschlossen.

Produkt 2 Quartierbäder

Leistungen

- Beteiligung an vier Freibädern (Wülflingen, Wolfensberg, Oberwinterthur und Töss) inkl. Saunen
- Fachliche und finanzielle Unterstützung der Genossenschaften.
- Werterhalt der Bausubstanz

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'965'585	1'903'363	2'316'616
Erlös	2'262	19	411
Nettokosten	1'963'323	1'903'344	2'316'205
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

- Jährlicher Betriebsbeitrag an die Bäder Töss, Wülflingen und Oberwinterthur Fr. 150'000 bzw. Wolfensberg Fr. 125'000

- Erlös aus Umlagen

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Finanzen: Halten des Kostenniveaus pro Eintritt			
▪ Nettokosten pro Eintritt Wülflingen in CHF	9.3	8.8	8.4
▪ Nettokosten pro Eintritt Oberwinterthur in CHF	8.3	8.4	16.6
▪ Nettokosten pro Eintritt Töss in CHF	13.2	11.6	13.7
▪ Nettokosten pro Eintritt Wolfensberg in CHF	12.7	9.3	8.8
▪ Betriebsbeitrag pro Eintritt Quartierbäder Total in CHF	3.2	2.9	2.8

Durch die Sanierung sind die Kapitalkosten beim Schwimmbad Oberwinterthur massiv höher. Dies hat Auswirkungen auf die Nettokosten pro Eintritt.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Erhaltung des Angebotes			
▪ Anzahl Freibäder	4	4	4
Nutzung: Optimale Auslastung der Quartierbäder			
▪ Anzahl Eintritte Quartierbäder Total, inkl. Saunen (1)	179'999	200'000	205'000
▪ Anzahl Eintritte Wülflingen (2)	61'011	65'000	65'000
▪ Anzahl Eintritte Oberwinterthur (3)	30'064	35'000	40'000
▪ Anzahl Eintritte Töss (4)	40'833	45'000	45'000
▪ Anzahl Eintritte Wolfensberg (5)	48'091	55'000	55'000

(1) 5-J.-Durchschnitt 2006-2010: 193'463 Eintritte

(2) 5-J.-Durchschnitt 2006-2010: 70'798 Eintritte Wülflingen

(3) 5-J.-Durchschnitt 2006-2010: 32'715 Eintritte Oberwinterthur

(4) 5-J.-Durchschnitt 2006-2010: 41'833 Eintritte Töss

(5) 5-J.-Durchschnitt 2006-2010: 47'175 Eintritte Wolfensberg

Produkt 3 Eissportanlage Deutweg

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt der Eishalle Deutweg, Verpachtung des Restaurants
- Infrastruktur und Dienstleistungen für den Eissport
- Vermarktung der Eishalle

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	3'435'435	3'221'486	3'497'596
Erlös	879'200	874'304	822'185
Nettokosten	2'556'235	2'347'182	2'675'411
Kostendeckungsgrad in %	26	27	24

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb der Eishalle Deutweg			
▪ Kostenüberschuss pro Eintritt in CHF	33.12	33.46	33.50

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Angebot: Erhaltung des Angebotes			
Öffnungszeiten der Eishalle Deutweg (Tage pro Eissaison)	249	249	249
Nutzung: Optimale Auslastung der Eishalle Deutweg			
▪ Anzahl Eintritte Eishalle Deutweg (1)	76'973	70'000	80'000
▪ Anzahl Veranstaltungen	12	12	10
▪ Belegung durch Vereine (Anzahl Std./Saison)	4'033	4'200	4'000
▪ Belegung durch öffentlichen Eislauf (Anzahl Std./Saison)	2'710	2'500	2'700

(1) 5-J.-Durchschnitt 2006-2010: 68'665 Eintritte

Produkt 4 Turn- und Sportplatz Deutweg

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt der Leichtathletikanlage Deutweg und Verpachtung Kiosk
- Infrastruktur für Leichtathletik und polysportive Nutzung

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	610'472	423'641	448'656
Erlös	82'075	65'012	65'257
Nettokosten	528'398	358'629	383'400
Kostendeckungsgrad in %	13	15	15

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb der Sportanlage Deutweg			
▪ Kostenüberschuss pro Öffnungstag in CHF	1'506	1'001	1'063

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Angebot: Erhaltung des Angebotes			
▪ Leichtathletikstadion mit polysportiven Nebenanlagen	1	1	1
▪ Öffnungszeiten der Gesamtanlage (Anzahl Tage pro Jahr von 8.00-22.00 Uhr)	358	358	358
Nutzung: Optimale Auslastung der Sportanlage Deutweg			
▪ Anzahl Veranstaltung auf der Sportanlage Deutweg	221	200	200
▪ Anzahl Dauerbelegungen	79	50	75

Produkt 5 Fussballplätze

Leistungen

- Betrieb und Unterhalt der städtischen Fussballanlagen inkl. Fussballstadion Schützenwiese
- Infrastruktur für den Fussballsport und polysportive Nutzung der Anlagen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	3'793'384	3'800'926	3'672'504
Erlös	129'218	100'637	305'422
Nettokosten	3'664'166	3'700'289	3'367'081
Kostendeckungsgrad in %	3	3	8

Erlös: Neue Verträge mit dem FC Winterthur und dem städtischen Fussballverband, die Bewirtschaftung des Parkplatzes auf der Sportanlage Flüeli sowie Beiträge von Swisslos für Bauvorhaben führen zu höheren Einnahmen.

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Finanzen: Kostengünstiger Betrieb der Fussballanlagen			
▪ Nettokosten pro dem städtischen Fussballverband angeschlossene Mannschaft (1)	25'339	25'305	23'575

(1) Saison 2010/11: 142, davon 3 Damen-, 6 Juniorinnen- und 98 Junioren-Teams

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Angebot: Erhaltung des Angebots			
▪ Anzahl Fussballanlagen	7	7	7
▪ Anzahl Fussballplätze (Normspielfelder)	23	23	21
▪ Naturrasenfläche aller Fussballplätze in m2	153'340	153'340	141'540
▪ Kunstrasenflächen in m2	19'200	19'200	19'200
▪ Fussballstadion	1	1	1

Im Zusammenhang mit dem Bau des Internationalen Zentrums für Leistungs- und Breitensport (IZLB) werden zwei Naturrasenplätze durch einen Kunstrasenplatz ersetzt. Inbetriebnahme 2013

Produkt 6 Übrige Sportanlagen

Leistungen

- **Beteiligung und Unterhalt der Sportinfrastruktur (Finnenbahnen, Vitaparcours, Reitsport)**
- Finanzielle und fachliche Unterstützung der Eulachhallen AG
- Angebote im Trendsportbereich
- Unterhalt Freizeitanlage Reitplatz

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	313'642	134'586	315'984
Erlös	96'883	100'200	346'000
Nettokosten	216'759	34'386	-30'016
Kostendeckungsgrad in %	31	74	109

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Keine Operative Ziele vorhanden			

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Jährliche Unterhaltskosten für Werterhaltung der übrigen Sportanlagen	106'887	38'000	127'000

- Die Duschen in der Eulachhalle1 müssen dringend saniert werden.

- Vorbehältlich Baubewilligung bezahlt das Internationale Zentrum für Leistungs- und Breitensport (IZLB) einen jährlichen Baurechtszins von voraussichtlich Fr. 250'000.--

Produkt 7 Dienstleistung / Information

Leistungen

- Auslastung, Vermietung und Vermarktung der Sportanlagen
- Vermietung der Schulräume, Singsäle, Turnhallen, Schulzimmer und Schulschwimmanlagen ausserhalb der Schulzeit.
Ertrag budgetiert in den Liegenschaften der Produktgruppe Volksschule
- Freiwilliger Schulsport
- Sportförderungsprojekte (Seniorenport, Raum für Bewegung und Sport u.a.m.)
- Information und Beratung (Öffentlichkeitsarbeit, Entwicklung des Sportes)
- Unterstützung Vereinssport
- Ehrungen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'597'251	1'283'040	1'426'346
Erlös	509'937	290'035	430'771
Nettokosten	1'087'313	993'005	995'575
Kostendeckungsgrad in %	32	23	30

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Sportnutzung: Verkauf möglichst vieler Sportpässe			
▪ Anzahl verkaufte Sportpässe pro Jahr	14'051	15'000	12'000
▪ davon Jahrespässe gesamt	8'329	8'500	6'000

Weniger Sport- und Jahrespässe infolge Sanierung Hallenbad Geiselweid.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Jugendsportförderung: Auszahlung von Beiträgen an Vereine mit jugendlichen Mitgliedern			
▪ Beitrag an Jugendsportförderung in CHF	150'000	200'000	200'000
Anzahl durch die Vereine gemeldete Jugendliche			
▪ Mädchen	1'569	1'800	1'800
▪ Knaben	3'120	3'000	3'200
Sportinformation: Verbesserung der Information über das Sportangebot in Winterthur			
▪ Anzahl Ausgaben des Prospektes über den Sportpass	1	1	1
▪ Anzahl Besuche auf der Homepage im Internet (durchschnittlich pro Monat)	19'566	20'000	20'000
Übrige Daten			
▪ Anzahl städtische Turnhallen (davon 3 Grossraumhallen)	46	47	47
▪ Auslastung Turnhallen Wochentage (Mo-Fr, 18.00-22.00 Uhr) in %	98	98	98
▪ Auslastung Turnhallen Wochenende (Sa-So, 08.00-22.00 Uhr) in %	15	15	15

Ab SJ 11/12 zusätzliche Doppeltturnhalle im Schulhaus Wyden.

IAFP Sportamt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	16'367	15'217	16'101	17'072	17'422	17'322
Erlös	4'035	3'694	3'558	4'514	4'759	4'759
Nettokosten/Globalkredit	12'332	11'523	12'543	12'558	12'663	12'563
Kostendeckungsgrad in %	25	24	22	26	27	27

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	9'105'000	19'325'000	7'440'000	4'574'000	8'950'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Finanzen / Wirtschaftlichkeit						
▪ Ausgaben für Sport pro Einwohnerin und Einwohner (1)	120	111	120	120	120	120
▪ Kostendeckungsgrad Sportamt mit Kapitalkosten	0	24	22	21	21	21
▪ Kostendeckungsgrad Sportamt ohne Kapitalkosten	38	39	36	36	36	36
▪ Beitrag Jugendsportförderung in CHF	150'000	200'000	200'000	200'000	200'000	200'000
2 Qualität						
▪ Kundenumfrage alle 5 Jahre parallel mit nationalem Sportobservatorium (4) In den Zwischenjahren (ab 2008) werden vier Schwerpunkte (alternierend) befragt oder ausgewertet.	--	--	--	--	Bericht	--
▪ Kundenzufriedenheit mit Reservationsstelle	0	--	0	--	--	Bericht
▪ Gebäudezustand erfassen;	Fussnote	--	Fussnote	--	--	--
▪ Fussballplätze: Zustandsbericht	0.0	Bericht	0.0	--	--	--
▪ Energieverbrauch (5)	743'369	815'955	770'000	820'000	830'000	840'000
3. Quantität						
▪ Anzahl verkaufte Sportpässe pro Jahr	14'051	15'000	12'000	15'000	15'000	15'000
▪ Anzahl Eintritte Hallen- und Freibad Geiselweid inkl. Sauna (2)	376'255	360'000	250'000	370'000	370'000	370'000
▪ Anzahl Eintritte Eissportanlage Deutweg (3)	76'973	70'000	80'000	80'000	80'000	80'000
Anzahl durch die Vereine gemeldete Jugendliche (Mädchen/Knaben)						
▪ Mädchen	1'569	1'800	1'800	1'800	1'800	1'800
▪ Knaben	3'120	3'000	3'200	3'200	3'200	3'200
4 Wirkungsziele						
Ergebnisse aus nationalem Sportobservatorium: es werden drei Schwerpunkte entwickelt.						
▪ Der Sportpass erreicht national wiederum die Höchstnote für Sportdienstleistungen	0.00	--	--	--	--	--
▪ Der Anteil der 15 - 74jährigen, die nie Sport treiben, wird gesenkt (7)	0.00	--	--	--	15.90	--
▪ Die Bewertung der Information über die Sportmöglichkeiten in Winterthur wird gesteigert (8)	0.00	--	--	--	3.70	--

(1) Durchschnittliche Wohnbevölkerung in Winterthur - Prognose 2012: 103'950

(2) 5-Jahres-Durchschnitt 2006-2010: 353'729 Eintritte

(3) 5-Jahres-Durchschnitt 2006-2010: 68'665 Eintritte

(4) Erhebung im 2013, Ergebnisse liegen im Mai 2014 für Rechnung 2014 vor (nationale Erhebung alle 5 Jahre)

(5) 5-Jahres-Durchschnitt 2006 - 2010: Fr. 788'835

(7) Nationale Erhebung 2008 (Sportobservatorium) ergab einen Wert von 18%, Ziel für (Erhebung 2013) Soll 2014 auf unter 16%

(8) Nationale Erhebung 2008 (Sportobservatorium) ergab einen Wert von 3.5, Ziel für (Erhebung 2013) Soll 2014 ist eine Steigerung auf 3.7 auf einer 5er Skala.

Verzicht auf einen Bericht "Gebäudezustand der Sportanlagen":

Zur Zeit erarbeitet die Projektleitung ZIM (Zentrales Immobilienmanagement) zusammen mit dem Dept. Bau ein Detailkonzept für eine gesamtstädtische Bauzustandserfassung. Erste Aussagen sollten im Herbst 2011 möglich sein. Auf Grund der vorgesehenen einheitlichen Erfassung des Gebäudezustandes wurde ein Alleingang des Sportamtes als nicht sinnvoll betrachtet. Es wären Kosten von Fr. 30'000.- angefallen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

- Sanierung Fussballstadion Schützenwiese (1. Etappe)
- Betrieb Leistungszentrum Eishockey und Schwimmen
- Umsetzung Raum für Bewegung und Sport
- Projekt Kunst- und Sportschule Winterthur

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die erfreuliche, stetige Zunahmen der Bevölkerung in Winterthur wird eine grössere Nachfrage nach Sportanlagen zur Folge haben. Neue Anlagen und eine höhere Auslastung führen aber auch zu einer Steigerung der Betriebs- und Unterhaltskosten.

Vormundschaftsamt

Auftrag

Für die in der Stadt Winterthur wohnenden Erwachsenen, Kinder und Jugendlichen, die wegen fehlender oder eingeschränkter Handlungsfähigkeit nicht in der Lage sind, ihre Angelegenheiten selbstständig zu besorgen sowie Schutz und Hilfe benötigen, wird eine adäquate begleitete und überwachte vormundschaftliche oder kindesrechtliche Betreuung angeordnet. Der zivilrechtliche Kindes- und Erwachsenenschutz wird gewährleistet. Die gesetzeskonforme Führung der vormundschaftlichen Massnahmen in persönlichen und finanziellen Belangen ist sichergestellt und die rechtlichen Interessen der Klienten sind gewahrt.

Die Vormundschaftsbehörde, eine durch den Gemeinderat gewählte nebenamtliche Kommission mit selbstständigen Verwaltungsbefugnissen, trifft die rechtskräftigen vormundschaftlichen und kindesrechtlichen Entscheide. Im Auftrag der Vormundschaftsbehörde behandelt das Vormundschaftsamt die Gefährdungsmeldungen und Gesuche und erteilt die erforderliche Beratung, führt die vormundschaftlichen und kindesrechtlichen Verfahren, überprüft die gesetzeskonforme Mandatsführung, bereitet generell die der Vormundschaftsbehörde obliegenden Geschäfte professionell vor und ist für deren Abwicklung besorgt.

Produkte

1 Vormundschaftspflege

Im Rahmen der Vormundschaftspflege werden sämtliche vormundschaftlichen Verfahren durchgeführt und die erforderlichen vormundschaftlichen und kindesrechtlichen Entscheide gefällt. Aufgrund der gesetzlichen Vorschriften erfolgt eine entsprechende Mitwirkung bei der Mandatsführung und es wird eine Aufsichtsfunktion wahrgenommen. An Mandatspersonen, Klientinnen und Klienten sowie an deren Umfeld wird eine fachkundige Beratung und Information erteilt sowie gezielte Vernetzungsarbeit geleistet.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- ZGB Art. 361: Vormundschaftliche Behörden sind die Vormundschaftsbehörde und die Aufsichtsbehörde. Die Kantone bestimmen diese Behörden.
- EG ZGB des Kantons Zürich § 73 und § 74: Vormundschaftsbehörde ist der Gemeinderat der politischen Gemeinde. Der Gemeinderat kann die Besorgung des Vormundschaftswesens entweder einer Kommission von 3 oder 5 Mitgliedern aus seiner Mitte oder einer besonderen Kommission von mindestens 3 Mitgliedern übertragen, deren Wahl durch die Gemeinde erfolgt. In gleicher Weise können durch Gemeindebeschluss einzelne Aufgaben der vormundschaftlichen Fürsorge besonderen Amtsstellen übertragen werden.

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Städtische Gemeindeordnung § 64 und 65: Regelung der konkreten Zusammensetzung der Vormundschaftsbehörde und des Auftrages, dass die Vormundschaftsbehörde die vormundschaftlichen Aufgaben gemäss den gesetzlichen Vorschriften (ZGB, EG ZGB) und den Staatsverträgen zu erledigen hat. Die Vormundschaftsbehörde ist eine Kommission mit selbstständigen Verwaltungsbefugnissen. Ausserdem wird auf die Geschäftsordnung der Vormundschaftsbehörde verwiesen.

Stufe Verwaltungseinheit

- Geschäftsordnung vom 14. März 2006: Gemäss Art. 24 der Geschäftsordnung bereitet das Vormundschaftsamt die der Vormundschaftsbehörde obliegenden Geschäfte vor und ist für deren Abwicklung besorgt, soweit die Erledigung nicht anderen Vollzugsorganen übertragen ist.
- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung vom 26. Oktober 1987, § 14: Beratungen zu vormundschaftlichen Fragestellungen sowie die Erledigung der Geschäfte der Vormundschaftsbehörde gelten als Aufgabenbereich des Vormundschaftsamtes.

Verantwortliche Leitung

Silvia Rey

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Verfahren werden mit den vorhandenen Ressourcen effizient durchgeführt. <i>Messung / Bewertung:</i> Statistik des Vormundschaftsamtes Messgrössen - Verwaltungskosten pro Verfahren in CHF - Anzahl Berichtabnahmen pro Jahr Belastung in der Verfahrensleitung: - Anzahl Verfahren pro 100 Stellen-% Verfahrensleitung - Anzahl erledigte Verfahren pro Jahr - pendente Verfahren Ende Jahr			
	941	900	917
	893	910	900
	736	777	728*
	2'240	2'450	2'460
	632	500	600
2 Gesetzeskonforme Leistungserbringung Die Geschäfte werden gesetzeskonform und kompetent unter Einhaltung des Grundsatzes der Verhältnismässigkeit behandelt. <i>Messung / Bewertung:</i> Visitation durch den Bezirksrat (alle zwei Jahre) Messgrösse: - Audit erfüllt <i>Messung / Bewertung:</i> Erhebung der Fälle, in welchen der Standpunkt der Vormundschaftsbehörde im Rechtsmittelverfahren bestätigt wird. Messgrösse: - Prozent der bestätigten Fälle	keine Visitation	Audit erfüllt	keine Visitation
	94	92	92

*Die Anzahl Verfahren im Soll 2011 (777) ist der Stand vor Novemberbrief.

Bei der Berechnung der Kennzahlen wurden die budgetierten Kosten im Zusammenhang mit dem Aufbau der neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde - KESB nicht mit eingerechnet

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	2'115'633	2'167'234	2'588'973

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Die Personalkosten sind um 8,4 Stellen angestiegen infolge Aufbau der neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) und zusätzlichen Rentenleistungen.

Die Sachkosten sind angestiegen infolge geplanter Umzugskosten, Auslagen zur Anpassung der EDV-Software an das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, Versicherungsprämien für die Berufshaftpflicht sowie erhöhter Ausgaben für Informatik und ärztliche Gutachtenskosten.

Höhere Mietkosten infolge neuer Büroräumlichkeiten.

Der Schätzwert der externen Erlöse ist wegen Beiträgen der Aussengemeinden für die Aufgaben der KESB erhöht worden.

Der Kostendeckungsgrad wird somit steigen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Die Personalkosten sind um 8.4 Stellen angestiegen infolge Aufbau der neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) und zusätzlichen Rentenleistungen.

Die Sachkosten sind angestiegen infolge geplanter Umzugskosten, Auslagen zur Anpassung der EDV-Software an das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht, Versicherungsprämien für die Berufshaftpflicht sowie erhöhter Ausgaben für Informatik und ärztliche Gutachtenskosten.

Höhere Mietkosten infolge neuer Büroräumlichkeiten.

Der Schätzwert der externen Erlöse wird ansteigen infolge Beiträge für die Aufgaben der KESB.

Der Kostendeckungsgrad wird minim ansteigen.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	2'202'258	2'209'954	2'742'493
Sachkosten	294'663	239'444	398'411
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	3'451	3'400	21'368
Übrige interne Kosten	217'811	211'129	208'127
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'718'183</i>	<i>2'663'928</i>	<i>3'370'400</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	2'718'183	2'663'928	3'370'400
Externe Erlöse	600'206	495'000	779'740
Interne Erlöse	2'343	1'693	1'686
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>602'549</i>	<i>496'693</i>	<i>781'426</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	602'549	496'693	781'426
Total Nettokosten / Globalkredit	2'115'633	2'167'234	2'588'973
Kostendeckungsgrad in %	22	19	23

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	16.39	16.40	24.80
▪ Auszubildende	1.00	1.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

8.4 zusätzliche Stellen für den Aufbau der neuen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde - KESB.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

Aufbau der neuen Kindes- u. Erwachsenenschutzbehörde für die Stadt und die weiteren Gemeinden der Bezirke Winterthur und Andelfingen.

Organisatorische Anpassung beim Vormundschaftsamt (zukünftig Sekretariat KESB) im Rahmen des Reorganisationsprojektes.

Treffen der erforderlichen internen und externen Vorbereitungsmaßnahmen im Hinblick auf das neue materielle Recht.

Anpassung der räumlichen Verhältnisse an die neuen Bedürfnisse.

Anpassung der EDV-Software und der Statistik an das neue materielle Recht.

Produkt 1 Vormundschaftspflege**Leistungen**

Massnahmeprüfung und Entscheid

Durchführung aller vormundschaftlichen Verfahren: Behandlung und Überprüfung sämtlicher Gefährdungsmeldungen, Gesuche und Anträge auf Anordnung einer vormundschaftlichen Kindes- oder Erwachsenenschutzmassnahme. Fall/Geschäftseröffnung, Sachverhaltsabklärung, Gewährung des rechtlichen Gehörs, Bestimmen der Mandatsperson, Antragstellung/Entscheid, Vernehmlassung in Beschwerdeverfahren, Geschäftsabschluss

Mitwirkung bei der Mandatsführung und Aufsichtstätigkeit

Geschäftseröffnung, Inventaraufnahme, Prüfung der zustimmungsbedürftigen Rechtsgeschäfte, Aufbewahrung, Verwaltung, Anlage und Aushändigung von Mündelvermögen, Berichts- und Rechnungsprüfung, Beurteilung von Beschwerden gegen Mandatsperson, Einschreiten von Amtes wegen, Antragstellung/Entscheid, Geschäftsabschluss

Beratung und Information

Erteilen von Auskünften, Beratung, Vermittlung und Schlichtung

Vernetzungsarbeit

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	2'695'040	2'663'928	3'370'400
Erlös	593'996	496'693	781'426
Nettokosten	2'101'044	2'167'234	2'588'973
Kostendeckungsgrad in %	22	19	23

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl laufende Verfahren	2'872	2'950	3'060
Anzahl vormundschaftliche Beschlüsse	1'964	1'800	1'900
Anzahl Inventarverfahren	140	140	140

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Massnahmeprüfung und Entscheid			
Anzahl Prüfungen / Entscheide für Kinder			
- Errichtungen	127	130	130
- Aufhebungen	93	130	100
- Übernahmen	27	10	25
- Übertragungen	16	20	15
- Verzicht	177	130	170
Anzahl Prüfungen / Entscheide für Erwachsene			
- Errichtungen	129	110	130
- Aufhebungen	29	20	30
- Übernahmen	7	10	10
- Übertragungen	12	10	10
- Verzicht	53	20	50
Mitwirkung bei Mandatsführungen und Aufsichtstätigkeit			
- Anzahl Inventaraufnahmen	140	140	140
- Anzahl Prüfungen zustimmungsbedürftiger Rechtsgeschäfte	156	140	150
- Höhe des verwalteten Mündelvermögens	59'798'188	70'000'000	70'000'000
- Anzahl Berichts- und Rechnungsprüfungen	893	900	900
- Anzahl Beurteilung von Beschwerden gegen Mandatspersonen	3	5	4

IAFP Vormundschaftsamt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	2'718	2'663	3'370	4'570	4'570	4'570
Erlös	602	496	781	781	781	781
Nettokosten/Globalkredit	2'116	2'167	2'589	3'789	3'789	3'789
Kostendeckungsgrad in %	22	19	23	17	17	17

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	0	898'000	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Verfahren werden mit den vorhandenen Ressourcen effizient durchgeführt. <i>Messung / Bewertung:</i> Statistik des Vormundschaftsamtes Messgrössen - Verwaltungskosten pro Verfahren in CHF - Anzahl Berichtabnahmen pro Jahr Belastung in der Verfahrensleitung: - Anzahl Verfahren pro 100 Stellen-% Verfahrensleitung - Anzahl erledigte Verfahren pro Jahr - pendente Verfahren Ende Jahr						
	941	900	917	*		
	893	910	900	*		
	736	777	728*	*		
	2'240	2'450	2'460	*		
	632	500	600	*		
2 Gesetzeskonforme Leistungserbringung Die Geschäfte werden gesetzeskonform und kompetent unter Einhaltung des Grundsatzes der Verhältnismässigkeit behandelt. <i>Messung / Bewertung:</i> Visitation durch den Bezirksrat (alle zwei Jahre) Messgrösse: - Audit erfüllt <i>Messung / Bewertung:</i> Erhebung der Fälle, in welchen der Standpunkt der Vormundschaftsbehörde im Rechtsmittelverfahren bestätigt wird. Messgrösse: - Prozent der bestätigten Fälle	keine Visitation	Audit erfüllt	keine Visitation	*		
	94	92	92	*		

* Für 2013 können noch keine Zahlen genannt werden, da im Moment weder die Kreisbildung für die neue KESB noch die Anzahl Stellen für Verfahrensleitung feststehen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

Aufgrund der kantonalen Vorgaben wird ab 2013 eine neue vollamtliche Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) für das Stadtgebiet und die Bezirke Winterthur und Andelfingen eingesetzt. Bisher war die Vormundschaftsbehörde eine nebenamtliche Verwaltungsbehörde. Die Entschädigung erfolgte im Rahmen des städtischen Reglements für Behördenmitglieder. Neu werden die Mitglieder dieser Fachbehörde vom Stadtrat ernannt und nach der städtischen Lohnordnung entschädigt. Die Ausweitung auf Anschlussgemeinden in der Region soll kostenneutral erfolgen, indem die Stadt für ihre Leistungen entschädigt wird.

Umsetzung des neuen Kindes- u. Erwachsenenschutzrechtes und Konsolidierung der Abläufe in der neuen KESB.

Aufbau einer neuen Statistik, Klärung der WOV-Indikatoren und Kostenstellen.

Aufbau einer Rechtspraxis zum neuen Recht.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen

Jugend- und Familienhilfe

Auftrag

Bearbeiten von städtischen Jugendhilfefragen und sicherstellen der notwendigen Vernetzung von Jugendhilfeangeboten zwischen städtischen, privaten und kantonalen Einrichtungen.

Betreuen und fördern der vielfältigen präventiven Angebote im Jugendbereich, insbesondere der offenen Jugendarbeit.

Gewährleisten von gesetzlichen Ansprüchen und ausrichten der finanziellen Leistungen an Alleinerziehende, Geschiedene und finanziell schlecht gestellte Familien mit Kleinkindern.

Beraten und unterstützen von privaten Einrichtungen und Organisationen, welche in Ergänzung zum kantonalen Jugendsekretariat Aufgaben in der Jugend- und Familienhilfe übernehmen. Vertreten der Interessen Jugendlicher.

Entwicklungsarbeit bei Jugendlichen im Hinblick auf die Förderung des intergenerationellen Dialogs und bei der Nutzung des öffentlichen Raumes.

Produkte

1 Kinderschutz und Beratung

Leistung der finanziellen Beiträge an die kantonale Jugendhilfe gemäss übergeordneten Gesetzen. Sicherstellung der Vernetzung und Zusammenarbeit mit dem kantonalen Jugendsekretariat.

2 Alimentenwesen

Ausrichten von Alimentenbevorschussung und Kleinkinderbetreuungsbeiträgen gemäss Anträgen des kantonalen Jugendsekretariates.

3 Jugendförderung

Der/die Kinder- und Jugendbeauftragte betreut die vielfältigen Angebote in der offenen Jugendarbeit und der Kinder- und Jugendpartizipation, berät politische Behörden und private Trägerschaften. Er/sie ist verantwortlich für die Vernetzung mit den Departementen Schule und Sport, Sicherheit und Umwelt, mit kantonalen Fachstellen und privaten Trägerschaften im Bereich der offenen Jugendarbeit und der Kinder- und Jugendpartizipation. Er/sie führt die Geschäftsstelle der städtischen Jugendkommission.

4 Beiträge und Leistungen an Institutionen

Leistung von finanziellen Beiträgen auf Grundlage von Beschlüssen des GGR, des SR oder von Leistungsaufträgen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB)
- Kantonales Gesetz über die Jugendhilfe (Jugendhilfegesetz) und Verordnung

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verschiedene Beschlüsse des GGR
- Verschiedene Beschlüsse des Stadtrates
- Leistungsaufträge mit privaten Trägerschaften

Stufe Verwaltungseinheit

- Leistungsvereinbarung zwischen dem Departement Soziales und der Produktgruppe Jugend- und Familienhilfe
- Geschäftsordnung des Departement Soziales
- Richtlinien der Fürsorgebehörde der Stadt Winterthur
- Kompetenzordnung der Fürsorgebehörde der Stadt Winterthur

Verantwortliche Leitung

Ernst Schedler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Unterstützung von privaten Institutionen			
Die Jugendarbeit von privaten Institutionen wird mit Förderungskrediten subsidiär unterstützt.			
<i>Messgrößen:</i>			
Summe der Förderungskredite	982'416	1'002'100	1'037'100
Anzahl Förderungskredite	20	20 - 24	20 - 24

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	7'440'100	7'934'175	8'853'722

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Der Globalkredit erhöht sich um CHF 920'000. Durch das per 1.1.2012 in Kraft tretende revidierte Kinder- und Jugendhilfegesetz erhöht sich der Kostenanteil der Stadt Winterthur an das kantonale Jugendsekretariat von heute 30 % auf 40 %, was zu Mehrkosten von CHF 710'000 pro Jahr führt. Zudem erhöhen sich die Ansätze bei der Alimentenbevorschussung und die Kleinkinderbetreuungsbeiträge. Da in jedem Fall eine individuelle Berechnung nötig ist, können die Mehrkosten nur geschätzt werden. Ein Teil dieser Mehrkosten wird bei der Sozialhilfe kompensiert, da bevorschusste Alimenten und Kleinkinderbetreuungsbeiträge als Einnahmen in die Bedarfsrechnung einbezogen werden.

Produkt 1 Kinderschutz und Beratung:

- Die Kosten steigen aufgrund der oben erwähnten Erhöhung des Beitragssatzes der Stadt Winterthur an das kantonale Jugendsekretariat.
- Diesem Produkt zugeordnet sind auch die Kosten für AHV-Beiträge auf Entgelte an Tages- und Pflegeeltern. Pflegeverhältnisse gelten gemäss AHV-Gesetzgebung seit 2010 als unselbständige Arbeitsverhältnisse und unterliegen entsprechend der AHV-Pflicht. Dies führt zu Kosten von CHF 17'000. Die Entschädigung der Tages- und Pflegeeltern werden über das städtische Personalsystem abgewickelt und somit sowohl aus Ausgabe wie als Rückerstattung (Erlös) mit CHF 197'000.- kostenneutral verbucht.

Produkt 2 Alimentenwesen:

- Aufgrund der oben erwähnten Gesetzesänderung werden die maximalen Ansätze bei der Alimentenbevorschussung von heute CHF 650 auf CHF 928 (entspricht einfacher IV-Kinderrente) erhöht. Der maximale Anspruch auf Kleinkinderbetreuungsbeiträge erhöht sich von heute CHF 2'000 auf CHF 2'784 pro Monat (entspricht 3 x einfache IV-Kinderrente). Die konkreten Ansprüche werden vom kantonalen Jugendsekretariat individuell berechnet. Die Mehrbelastung für die Stadt Winterthur wird auf insgesamt CHF 500'000 geschätzt.

Produkt 3 Jugendförderung:

- Der Förderkredit für die Jugendarbeit wird um CHF 35'000 erhöht, da insbesondere für die zusätzliche Betreuung im Kinder- und Jugendtreff Quartier Gutschick sowie ein neues Jugendprojekt in Neuhegi zusätzliche Aufwendungen entstehen.
- Eine Reduktion von rund CHF 150'000 entsteht, da es sich bei der im Jahr 2011 budgetierten Sanierung der Heizung der beiden Liegenschaften Kronastrasse und Harzachstrasse um eine einmalige Ausgabe handelte.

Produkt 4 Beiträge und Leistungen an Institutionen:

- Keine Veränderung.

Parlamentarische Zielvorgaben:

- Die Summe der Förderkredite erhöht sich wie oben ausgeführt um CHF 35'000.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

In der Rechnung 2010 bei den Kleinkinderbetreuungsbeiträgen wurden CHF 340'000 nicht korrekt abgegrenzt, was die Nettokosten entsprechend erhöht hätte. Zudem erhöht sich der Beitrag an das kantonale Jugendsekretariat gemäss den oben erwähnten Begründungen um CHF 710'000 und steigen die Ausgaben für Alimentenbevorschussung und Kleinkinderbetreuungsbeiträge.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	2'849'413	2'688'843	3'405'590
Sachkosten	191'266	319'155	217'102
Beiträge an Dritte	6'376'654	7'122'100	7'657'100
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	34'116	29'600	7'400
Übrige interne Kosten	11'610	5'880	-688
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>9'463'058</i>	<i>10'165'577</i>	<i>11'286'505</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	9'463'058	10'165'577	11'286'505
Externe Erlöse	1'820'480	2'031'400	2'432'708
Interne Erlöse	202'478	200'002	75
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>2'022'958</i>	<i>2'231'402</i>	<i>2'432'783</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	2'022'958	2'231'402	2'432'783
Total Nettokosten / Globalkredit	7'440'100	7'934'175	8'853'722
Kostendeckungsgrad in %	21	22	22

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	2.26	2.20	0.70
▪ Auszubildende	0.00	0.00	
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Minus 1.5 Stellen: Im Rahmen einer Pensionierung wurden die Aufgaben neu organisiert und in die PG Sozial- und Erwachsenenhilfe (623) integriert.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Erweiterung Angebot Kinder- und Jugendtreff im Quartier Gutschick.
- Mitwirkung Aufbau neues Jugendprojekt in Neuhegi (Halle 710).
- Neue Trägerschaftskonferenz Offene Jugendarbeit Winterthur (Vernetzung der Trägerschaften).

Produkt 1 Kinderschutz und Beratung

Leistungen

Kostenbeteiligung an die kantonale Jugendhilfe

- Die städtische Mitwirkung in der vom Regierungsrat gewählten Bezirksjugendkommission stellt sicher, dass die Grundversorgung der kantonalen Jugendhilfeangebote die städtischen Bedürfnisse im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben abgedeckt ist. Die Zusammenarbeit zwischen Sozialen Diensten und dem Jugendsekretariat ist aktiv zu pflegen.

Generelle Jugendhilfeaufgaben

- Im Rahmen der städtischen Jugendkommissionsarbeit werden innerstädtische Jugend- und Familienanliegen besprochen und bearbeitet, welche die kantonalen Stellen nicht übernehmen. Ferner sind die Interessen der Stadt in verschiedenen gemeinnützigen- und öffentlichen Gremien wahrzunehmen. Die neuen Schnittstellen und die notwendige Vernetzung mit den kantonalen Einrichtungen sind zu bearbeiten.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	2'352'323	2'146'255	3'021'000
Erlös	102'048	10'000	196'908
Nettokosten	2'250'275	2'136'255	2'824'092
Kostendeckungsgrad in %	4	0	7

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kostenbeteiligung an die kantonale Jugendhilfe*	2'285'380	2'300'000	3'010'000
Anzahl präventiv erfasste Familien mit Informationsmaterial nach der Erstgeburt	1'081	Elternbrief ist neu bei DSS	Elternbrief ist neu bei DSS

*Die Kostenbeteiligung an die kantonale Jugendhilfe betrifft die Produkte 1 und 2

Produkt 2 Alimentenwesen

Leistungen

- Die Alimentenhilfe leistet nach den gesetzlichen Vorgaben Inkassohilfe, Alimentenbevorschussung und richtet Kleinkinderbetreuungsbeiträge aus.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	5'717'121	6'417'501	6'763'460
Erlös	1'900'448	2'205'001	2'218'700
Nettokosten	3'816'673	4'212'500	4'544'760
Kostendeckungsgrad in %	33	34	33

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Kinder mit bevorschussten Alimenten	826	850 - 870	850 - 870
Anzahl Kleinkinderbetreuungsfälle	114	120 - 130	120 - 130
Anzahl der Inkassofälle	1'047	850 - 900	850 - 900
Summe der bevorschussten Alimenten	4'335'858	4'550'000	4'950'000
Summe der ausgerichteten Kleinkinderbetreuungsbeiträge	865'427	1'350'000	1'450'000

Der effektive Aufwand für Kleinkinderbetreuungsbeiträge ist 2010 um 340'000 höher, da eine Abgrenzung nicht korrekt vorgenommen wurde.

Produkt 3 Jugendförderung

Leistungen

- Betreuung der Angebote der Jugendarbeit (Offene Jugendarbeit, Projekte)
- Fachberatung gegenüber politischen Behörden, privaten Trägerschaften, Stadtverwaltung
- Mitarbeit in Kommissionen und Projekten
- Vernetzung mit anderen öffentlichen und privaten Stellen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'196'840	1'381'821	1'282'044
Erlös	20'459	16'401	17'175
Nettokosten	1'176'381	1'365'420	1'264'869
Kostendeckungsgrad in %	2	1	1

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Beratungen und Netzwerkkontakte	800	500 - 600	500 - 600
Anzahl Projekte zur Konfliktlösung und Prävention	5	4 - 6	4 - 6

Produkt 4 Beiträge und Leistungen an Institutionen

Leistungen

- Die Jugend- und Familienhilfe betreut private Jugendhilfeeinrichtungen und richtet auf der Grundlage von Beschlüssen und Leistungsaufträgen finanzielle Beiträge aus.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	192'954	220'000	220'000
Erlös	0	0	0
Nettokosten	192'954	220'000	220'000
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Verein Partnerschafts- und Eheberatung, Scheidungsberatung	60'000	60'000	60'000
Verein Frauenhaus Winterthur*	72'954	100'000	100'000
Frauen - Nottelefon	60'000	60'000	60'000

*Defizitgarantie für Verein Frauenhaus Winterthur max. Fr. 300'000.--.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die Zusammenarbeit der Stadt mit den privaten Organisationen und Anbieter wird vertraglich geregelt.			

IAPF Jugend- und Familienhilfe

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	9'463	10'165	11'286	11'287	11'287	11'287
Erlös	2'022	2'231	2'432	2'433	2'433	2'433
Nettokosten/Globalkredit	7'440	7'934	8'854	8'854	8'854	8'854
Kostendeckungsgrad in %	21	22	22	22	22	22

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Unterstützung von privaten Institutionen						
Die Jugendarbeit von privaten Institutionen wird mit Förderungskrediten subsidiär unterstützt.						
Messgrössen:						
Summe der Förderungskredite	982'416	1'002'100	1'037'100	1'037'100	1'037'100	1'037'100
Anzahl Förderungskredite	20.0	20 - 24	20 - 24	20 - 24	20 - 24	20 - 24

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

Keine vorgesehen.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine.

Sozial- und Erwachsenenhilfe

Auftrag

- Die Produktgruppe Sozial- und Erwachsenenhilfe umfasst die Existenzsicherung und die persönliche Hilfe in Notlagen. Sie erbringt Sozialhilfe gemäss Sozialhilfegesetz im Auftrag der Fürsorgebehörde und führt deren Sekretariat.
- Im Auftrag der Vormundschaftsbehörde führt die Sozial- und Erwachsenenhilfe vormundschaftliche Massnahmen für Erwachsene durch. Sie fördert und begleitet private Mandatsträger/innen.
- Die Produktgruppe umfasst auch die Ausrichtung von Zusatzleistungen bestehend aus Ergänzungsleistungen des Bundes, kantonalen Beihilfen und Gemeindegeldzuschüssen zur AHV und IV.
- Mit der Erbringung dieser gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen verhindert die Sozial- und Erwachsenenhilfe materielle Armut, soziale Desintegration sowie Krankheit und sie unterstützt damit die Erhaltung des Sozialen Friedens in der Stadt Winterthur. Wichtigste Ziele sind die Förderung der beruflichen Integration (Projekte und Programme) und der sozialen Integration (Tagesstrukturen und sinnvolle Beschäftigung).

Produkte

1 Sozialhilfe gemäss SHG

Durchführung der persönlichen und wirtschaftlichen Hilfe für Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Winterthur mit dem Ziel der materiellen Existenzsicherung in Notlagen, Förderung ihrer wirtschaftlichen und persönlichen Selbständigkeit sowie Gewährleistung ihrer sozialen und beruflichen Integration.

2 Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsene

Vormundschaftliche Massnahmen für Erwachsene werden im Rahmen des behördlichen Auftrags durch Gesetzliche Betreuer/innen und private Mandatsträger/innen geführt.

3 Zusatzleistungen zur AHV/IV

Anspruchsklärung, Berechnung und Ausrichtung der Zusatzleistungen nach Massgabe der gesetzlichen Bestimmungen.

4 Krankenkassenwesen

Im Rahmen der Existenzsicherung werden Krankenkassenprämien übernommen.

5 Beiträge an Institutionen

Beiträge an Institutionen mit einer sozialen Zielsetzung.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Sozialhilfe gemäss SHG

- Bundesverfassung
- Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (Zuständigkeitsgesetz / ZUG)
- Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz des Kantons Zürich)
- Verordnung zum Sozialhilfegesetz
- Einführungsgesetz zum AHV-Gesetz
- Einführungsgesetz zum KVG und Verordnung

Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsene

- Schweizerisches Zivilgesetzbuch (ZGB)
- Kantonales Einführungsgesetz zum ZGB (EGzZGB)

Zusatzleistungen zur AHV/IV

- Bundesgesetz über die Zusatzleistungen zur Alters- Hinterlassenen- und Invalidenversicherung ((ELG) und Verordnungen
- Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG)
- Bundesgesetz über die Invalidenversicherung (IVG)
- Kantonales Gesetz über die Zusatzleistungen zur AHV/IV (ZLG) und Verordnung
- Kantonales Einführungsgesetz zum AHVG und Verordnung

Krankenkassenwesen

- Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) und Verordnungen
- Kantonales Einführungsgesetz zum KVG und Verordnung

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Stadt (GGR / SR)

Sozialhilfe

- Gemeindeordnung der Stadt Winterthur
- Geschäftsordnung der Fürsorgebehörde der Stadt Winterthur
- Richtlinien der Fürsorgebehörde Winterthur
- Kompetenzordnung der Fürsorgebehörde Winterthur
- Geschäftsordnung des Departements Soziales

Zusatzleistungen zur AHV/IV

- Verordnung über den Vollzug der Zusatzleistungen zur AHV/IV und die Gewährung von Gemeindegeldzuschüssen
- Geschäftsordnung des Departements Soziales

Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsenen

- Geschäftsordnung des Departements Soziales

Stufe Verwaltungseinheit

Leistungsvereinbarung zwischen dem Departement Soziales und der Produktgruppe Sozial- und Erwachsenenhilfe

Zusatzleistungen zur AHV/IV

- Interkommunaler Anschlussvertrag betreffend Durchführung der Zusatzleistungen zur AHV/IV

Verantwortliche Leitung

Ernst Schedler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Fallführung der Sozial- und Erwachsenenhilfe erfolgt effizient und kostengünstig. <i>Messung / Bewertung</i> Verwaltungskosten pro Fall <i>Messgrössen:</i> a) Sozialhilfe gemäss SHG in CHF b) Vormundschaftliche Massnahme in CHF c) Zusatzleistungen zur AHV/IV in CHF	 2'857 3'538 593	 2'965 3'770 600	 3'050 3'850 600
2 Kundenorientierung Die Fallbelastung der Mitarbeitenden ermöglicht es, dass nebst Existenzsicherung und Hilfe in Notlagen die Klienten auch in der Erlangung bzw. Sicherstellung der sozialen und beruflichen Integration unterstützt werden. <i>Messung / Bewertung:</i> Fallbelastung pro 100%-Stelle <i>Messgrössen:</i> a) Sozialhilfe gemäss SHG: Unterstützungsfälle pro 100%-Stelle davon fallführende Mitarbeitende b) Vormundschaftliche Massnahmen: Massnahmen pro 100%-Stelle davon fallführende Mitarbeitende	 48 118 45 93	 50-55 95-105 40-45 85-95	 50-55 95-105 40-45 85-95
3 Fachstelle Sozialversicherungen Die Fachstelle Sozialversicherungen entlastet die Sozialhilfe optimal. <i>Bemessung/Bewertung:</i> Anzahl Neuaufnahmen bei der Sozialhilfe pro Stelle <i>Messgrösse:</i> Neuaufnahmen pro 100%-Stelle	 591	 500-600	 500-600

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	90'601'418	94'402'503	99'653'572

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Der Globalkredit erhöht sich um CHF 5.25 Mio. Hauptgrund sind die rund CHF 4.2 Mio höhere Nettobelastung für Zusatzleistungen zur AHV / IV. Da auch bei der Sozialhilfe und beim Gesetzlichen Betreuungsdienst mit einem Fallwachstum gerechnet wird, erhöhen sich auch dort die Kosten entsprechend.

Produkt 1 Sozialhilfe gemäss SHG:

- Trotz Rückgang der Arbeitslosigkeit muss mit einem leichten Fallwachstum gerechnet werden, da aufgrund der Revision der Arbeitslosenversicherung, die Anzahl der Personen ohne Anspruchsberechtigung zugenommen hat. Entsprechend gibt es einen Anstieg bei den Fallzahlen (+ 2.1 %), Nettokosten (+ CHF 540'000) sowie dem Personalbedarf (+ 1.8 Stellen).
- Der überproportionale Anstieg der Bruttokosten hängt mit der Umstellung der Fallführungssoftware Mitte 2010 zusammen. Neu wird der effektive Sozialhilfebedarf als Bruttoleistung verbucht. Die Einnahmen, wie z.B. Lohn, Rente oder Alimente sind bei den Erlösen verbucht, so dass diese Praxisänderung keine Auswirkungen auf die Nettokosten und Belastung der Stadt hat.

Produkt 2 Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsene:

- Es wird mit einem weiteren Fallwachstum von 5.3 % gerechnet. Um die zusätzlichen Fälle zu bearbeiten erhöht sich der Personalbedarf um 1.2 Stellen mit entsprechenden Mehrkosten (CHF 75'000).
- Weitere Mehrkosten verursachen die Lohnmassnahmen (Stufenanstieg, Teuerung) sowie höhere Belastungen für Fallführungssoftware sowie Telefonie (Voice over IP/Internet).

Produkt 3 Zusatzleistungen zur AHV/IV:

- Wie oben erwähnt steigen die Kosten für die Zusatzleistungen zur AHV/IV gegenüber dem Voranschlag 2011 stark an. Hauptgrund dafür ist nebst steigenden Fallzahlen die Einführung der Pflegefinanzierung anfangs 2011. Dies führt dazu, dass gemäss einer ersten Hochrechnung schon 2011 die Nettokosten um rund CHF 3 Mio höher ausfallen als bei der Erarbeitung des Voranschlages angenommen. Für das Jahr 2012 dürfte sich die Kostensteigerung etwas abschwächen, was insgesamt zu Mehrkosten von netto CHF 4.2 Mio führt.

Produkt 4 Krankenkassenwesen:

- Bei leicht höherem Aufwand und Ertrag keine wesentliche Veränderung der Nettobelastung.

Produkt 5 Beiträge an Institutionen:

- Die eigentlichen Beiträge an Institutionen verändern sich nicht. Trotzdem resultiert ein Minderaufwand von CHF 61'500 aufgrund tieferer interner Belastung für Abschreibungen im Zusammenhang mit früheren Investitionen für die Brühlgut Stiftung.

Parlamentarische Zielvorgaben:

- Die Verwaltungskosten pro Fall steigen bei Sozialhilfe und Vormundschaftlichen Massnahmen infolge Lohnmassnahmen und zusätzlichen Stellen zur Bewältigung des Fallwachstums leicht an.
- Die übrigen Messgrössen bleiben im gleichen Rahmen wie im Vorjahr. Es handelt sich dabei um Zielgrössen bezüglich Belastung des Personals.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Die starke Kostensteigerung ist insbesondere auf die Fall- und Kostenentwicklung bei den Zusatzleistungen zur AHV/IV, aber auch bei der Sozialhilfe zurückzuführen. Zudem sind bei Sozialhilfe und Gesetzlichen Massnahmen die Fallzahlen weiter angestiegen und es wurden zur Bewältigung des Wachstum zusätzliche Stellen bewilligt.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	13'174'123	13'567'635	14'528'041
Sachkosten	2'791'943	2'919'569	3'037'903
Beiträge an Dritte	162'323'096	164'922'500	185'117'500
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	208'447	231'009	225'531
Mietkosten	657'082	639'950	13'200
Übrige interne Kosten	1'930'180	1'902'710	2'561'618
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>181'084'871</i>	<i>184'183'373</i>	<i>205'483'793</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	181'084'871	184'183'373	205'483'793
Externe Erlöse	34'378'584	30'145'800	41'016'800
Interne Erlöse	22'432	5'070	5'021
Beiträge von Dritten	56'082'437	59'630'000	64'808'400
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>90'483'453</i>	<i>89'780'870</i>	<i>105'830'221</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	90'483'453	89'780'870	105'830'221
Total Nettokosten / Globalkredit	90'601'418	94'402'503	99'653'572
Kostendeckungsgrad in %	50	49	52

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	98.43	97.95	102.55
▪ Auszubildende	10.07	15.12	12.60
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	5.00	7.00	4.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen
1.5 Stellen von PG Jugend- und Familienhilfe (622) infolge Neuorganisation von Aufgaben. 0.4 Stellen von PG Asylwesen (624) infolge Verschiebung Aufgaben Klientenbuchhaltung zu Administration und Inkasso der HA Sozialberatung. 1.2 Stellen neu für Gesetzlichen Betreuungsdienst infolge Fallanstieg bei den vormundschaftlichen Massnahmen. 0.8 Stellen für Gruppenleitung Zentrale Anlaufstelle (ZAS) infolge Fallanstieg und zur Unterstützung der Abteilungsleitung (mehr als 10 Direktunterstellte). 1.0 Stellen neu für Sozialberatung infolge Fallanstieg bei den Sozialhilfe-Fällen. Minus 0.3 Stellen an Bereichsleitung, da Aufgabenverschiebung beim Rechnungswesen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Weiterführung des Projektes Reorganisation der Fürsorgebehörde.
- Vorbereitung auf die Umsetzung des neuen Kinder- und Erwachsenenschutzrechts mit entsprechender neuer Behörde, was zu starken Veränderungen bei der Mandatsführung des Gesetzlichen Betreuungsdienstes ab 2013 führen wird.
- Aktive Mitwirkung beim Projekt Fokus als künftig grösste Organisationseinheit der Stadtverwaltung im Superblock.

Produkt 1 Sozialhilfe gemäss SHG

Leistungen

- Erstberatung mit Klärung der Ansprüche auf Sozialhilfe
- Erbringung der persönlichen und wirtschaftlichen Hilfe gemäss SHG und Richtlinien der Fürsorgebehörde, insb. Sicherung der Existenz, Förderung der wirtschaftlichen und persönlichen Selbständigkeit sowie Gewährleistung der sozialen und beruflichen Integration
- Beratung von Klienten in persönlichen und finanziellen Notlagen, Vermittlung von Hilfeleistungen
- Abrechnung mit kostenpflichtigen Gemeinwesen sowie Geltendmachung von Ansprüchen gegenüber Dritten

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	74'036'544	70'195'094	81'666'840
Erlös	30'490'245	26'065'380	36'900'304
Nettokosten	43'546'299	44'129'714	44'766'536
Kostendeckungsgrad in %	41	37	45

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl unterstützte Personen pro Jahr.	4'611	4'600	4'830
Anzahl Unterstützungsfälle pro Jahr.	2'730	2'800	2'860
Anzahl Neuaufnahmen pro Jahr	946	1'050	1'060
Anzahl abgeschlossene Fälle pro Jahr	857	880	890
Anzahl Behördenbeschlüsse pro Jahr	3'249	3'200	3'400
Unterstützungsleistungen brutto in CHF	62'626'406	58'700'000	69'600'000
Unterstützungsleistungen netto in CHF	35'145'518	34'100'000	35'710'000

Produkt 2 Vormundschaftliche Massnahmen Erwachsene

Leistungen

- Konkretisierung und Umsetzung des Auftrages der Vormundschaftsbehörde
- Beratung und Begleitung von Klienten in allen Lebensbereichen, insb. Budget, Wohnen, Arbeit/Beschäftigung, soziales Umfeld, Gesundheit
- Vermittlung von Ressourcen (Sachhilfe)
- Wahrung von Klienten-Interessen aufgrund der Vertretungsaufgaben, insb. geltendmachen von Ansprüchen und Finanzverwaltung (Stellvertretendes Handeln)
- Förderung, Schulung und Begleitung von privaten Mandatsträger/innen.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	5'276'792	5'665'291	6'187'835
Erlös	882'134	704'088	850'122
Nettokosten	4'394'658	4'961'203	5'337'714
Kostendeckungsgrad in %	17	12	14

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt			

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl vormundschaftliche Massnahmen pro Jahr	1'120	1'180	1'240
Anzahl Fälle persönlicher Hilfe nach SHG pro Jahr	122	130	140
Total Fälle pro Jahr	1'242	1'310	1'380
- davon durch Privatpersonen geführt (PRIMA)	266	275	275

Produkt 3 Zusatzleistungen zur AHV / IV

Leistungen

- Abklärung der Ansprüche auf Zusatzleistungen
- Auszahlung von Ergänzungsleistungen des Bundes, der kantonalen Beihilfen und Gemeindegzuschüssen zur AHV und IV gemäss Gesetzen und Richtlinien
- Führung von Fällen für andere Gemeinden im Rahmen einer interkommunalen Zusammenarbeit.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	75'747'989	80'010'587	87'623'437
Erlös	33'655'675	35'296'402	38'614'795
Nettokosten	42'092'315	44'714'185	49'008'642
Kostendeckungsgrad in %	44	44	44

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl unterstützte Fälle per 31.12.	3'503	3'530	3'675
- davon Betagte	1'763	1'790	1'845
- davon Behinderte	1'651	1'650	1'735
- davon Hinterlassene	89	90	95
Anzahl unterstützte Fälle für andere Gemeinden per 31.12.	59	60	65
Anzahl pendente Gesuche per 31.12.	62	50	70
Anzahl Verfügungen pro Jahr	11'688	13'000	13'250
Gesamtbelastung der Stadt	39'981'514	42'545'000	46'771'600
- davon Gemeindegzuschüsse	2'742'782	3'065'000	3'240'000

Produkt 4 Krankenkassenwesen

Leistungen

- Abrechnung mit dem Kanton und den Krankenkassen
- Bewirtschaftung von Verlustscheinen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	25'550'343	27'847'185	29'601'681
Erlös	25'455'399	27'715'000	29'465'000
Nettokosten	94'944	132'185	136'681
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Es sind keine operativen Ziele definiert.			

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Summe der Prämienübernahmen	22'292'570	27'640'000	26'600'000
- davon für Zusatzleistungen	15'991'841	17'150'000	18'600'000
- davon für Sozialhilfe	5'981'588	6'940'000	7'580'000
- davon für Fälle ohne wirtschaftliche Hilfe	319'141	380'000	420'000
Anzahl Verlustscheine	1'776	2'365	2'400
Summe der Verlustscheine	2'053'058	2'780'000	2'850'000
Individuelle Prämienverbilligung: Manuelle Nachmeldungen	4'117	4'400	4'400

Produkt 5 Beiträge an Institutionen

Leistungen

Leistung von Beiträgen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	462'510	465'217	403'999
Erlös	0	0	0
Nettokosten	462'510	465'217	403'999
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Unterstützte Rechtsauskunftsstellen			
Rechtsauskunft des Gewerkschaftsbundes	42'000	42'000	42'000
Rechtsauskunft des kaufm. Verbandes	2'500	2'500	2'500
Christlichsoziale Rechtsauskunftsstelle	0	0	0
Unentgeltliche Rechtsauskunft (der Stadt Winterthur)	21'752	22'804	22'900
Beiträge an Institutionen in CHF			
Tele-Hilfe der Dargebotene Hand	18'000	18'000	18'000
Frauenzentrale	85'000	85'000	85'000
Mobile Sozialarbeit	95'000	95'000	95'000
Brühlgutstiftung (Defizitgarantie Invalidenwerkstätte)*	0	0	0
Selbsthilfzentrum, Region Winterthur**	30'000	30'000	30'000
Arbeitsgemeinschaft für Jugendprobleme Winterthur AGJP (Dachlade)	10'000	10'000	10'000
Verein stadtmuur	20'000	20'000	20'000
Fachstelle für Schuldenfragen im Kanton Zürich	17'000	15'000	15'000
Verschiedene Beiträge in CHF	2'850	10'000	10'000

*Beitrag an Brühlgutstiftung (Defizitgarantie Invalidenwerkstätte) max. CHF 250'000.--. Aufgrund der Erfahrungswerte der letzten Jahre wurde auf die Einstellung eines Beitrages im Budget 2011 verzichtet.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die Zusammenarbeit mit den Geldempfängern wird in der Regel vertraglich geregelt.			

IAFP Sozial- und Erwachsenenhilfe

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	181'084	184'183	205'483	209'984	209'984	209'984
Erlös	90'483	89'780	105'830	107'830	107'830	107'830
Nettokosten/Globalkredit	90'601	94'403	99'654	102'154	102'154	102'154
Kostendeckungsgrad in %	50	49	52	51	51	51

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Fallführung der Sozial- und Erwachsenenhilfe erfolgt effizient und kostengünstig. <i>Messung / Bewertung</i> Verwaltungskosten pro Fall <i>Messgrössen:</i> a) Sozialhilfe gemäss SHG in CHF b) Vormundschaftliche Massnahme in CHF c) Zusatzleistungen zur AHV/IV in CHF						
a) Sozialhilfe gemäss SHG in CHF	2'857	2'965	3'050	3'080	3'110	3'140
b) Vormundschaftliche Massnahme in CHF	3'538	3'770	3'850	3'890	3'930	3'965
c) Zusatzleistungen zur AHV/IV in CHF	593	600	600	605	610	615
2 Kundenorientierung Die Fallbelastung der Mitarbeitenden ermöglicht es, dass nebst Existenzsicherung und Hilfe in Notlagen die Klienten auch in der Erlangung bzw. Sicherstellung der sozialen und beruflichen Integration unterstützt werden. <i>Messung / Bewertung:</i> Fallbelastung pro 100%-Stelle <i>Messgrössen:</i> a) Sozialhilfe gemäss SHG: Unterstützungsfälle pro 100%-Stelle davon fallführende Mitarbeitende b) Vormundschaftliche Massnahmen: Massnahmen pro 100%-Stelle davon fallführende Mitarbeitende						
a) Sozialhilfe gemäss SHG: Unterstützungsfälle pro 100%-Stelle	48.0	50-55	50-55	50-55	50-55	50-55
davon fallführende Mitarbeitende	118.0	95-105	95-105	95-105	95-105	95-105
b) Vormundschaftliche Massnahmen: Massnahmen pro 100%-Stelle	45.0	40-45	40-45	40-45	40-45	40-45
davon fallführende Mitarbeitende	93.0	85-95	85-95	85-95	85-95	85-95
3 Fachstelle Sozialversicherungen Die Fachstelle Sozialversicherungen entlastet die Sozialhilfe optimal. <i>Bemessung/Bewertung:</i> Anzahl Neuaufnahmen bei der Sozialhilfe pro Stelle <i>Messgrösse:</i> Neuaufnahmen pro 100%-Stelle						
Neuaufnahmen pro 100%-Stelle	591	500-600	500-600	500-600	500-600	500-600

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

- Allfällige organisatorische Anpassungen im Bereich der Vormundschaftlichen Massnahmen nach Umsetzung des neuen Kinder- und Erwachsenenschutzrechtes.
- Weiterführung Vorbereitung auf Umzug in Superblock (Projekt Fokus).

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Auch in den nächsten Jahren ist bei Sozialhilfe und Zusatzleistungen zur AHV/IV mit Kostensteigerungen zu Lasten der Stadt zu rechnen. Hauptgrund ist der Trend, vorgelagerte soziale Sicherungssysteme auf Kosten der Gemeinden zu sanieren (z.B. IV, AVIG) sowie die Belastungen durch die Pflegefinanzierung.

Asylwesen

Auftrag

Der Sozialdienst Asyl gewährleistet die fachlich qualifizierte Unterbringung und Betreuung von Asylsuchenden, die der Stadt Winterthur zugewiesen werden. Sie erbringt im Auftrag von Gemeinden der Region Leistungen in den Bereichen Unterbringung / Betreuung und schliesst entsprechende Verträge ab.

Produkte

Betreuung und Unterbringung 2. Phase

Betreuung und Unterbringung von Asyl Suchenden im Rahmen des Aufnahmekontingentes der Stadt Winterthur gemäss den Richtlinien der kantonalen Direktion für Soziales und Sicherheit.

Betreuung und Unterbringung von Asyl Suchenden in der Region

Betreuung und Unterbringung von Asyl Suchenden im Auftrag von Gemeinden der Region.

Neue Bezeichnung der Produkte 1 und 2 ab 2006 (Ersatz bzw. Ergänzung der Bezeichnung)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Schweizerisches Asylgesetz (AsylG) und Asylverordnung 2
- Kantonales Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz) und Asylfürsorgeverordnung sowie Verordnung über die Gewährung von Nothilfe an Personen ohne Aufenthaltsrecht

Stufe Stadt (GGR / SR)

Beschluss der Fürsorgebehörde vom 19. April 1996 (Auftrag der Fürsorgebehörde an die Asylkoordination)

- Leistungsvereinbarung mit dem GemeindepräsidentInnen-Verband des Bezirks Andelfingen betreffend Unterbringung und Betreuung von Asyl Suchenden im Bezirk Andelfingen
- Vereinbarungen mit 14 Gemeinden des Bezirks Winterthur betreffend Unterbringung und Betreuung von Asyl Suchenden

Stufe Verwaltungseinheit

- Leistungsvereinbarung zwischen dem Departement Soziales und der Produktgruppe Asylwesen
- Kompetenzordnung der Fürsorgebehörde Winterthur
- Leistungsvereinbarung mit dem GemeindepräsidentInnen-Verband des Bezirks Andelfingen betreffend Unterbringung und Betreuung von Asyl Suchenden im Bezirk Andelfingen
- Vereinbarungen mit 15 Gemeinden des Bezirks Winterthur betreffend Unterbringung und Betreuung von Asyl Suchenden

Ergänzung der Rechtsgrundlagen Stufe Bund/Kanton mit

Verantwortliche Leitung

Ernst Schedler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit Im Verhältnis zu den von Bund und Kanton zur Verfügung gestellten Mitteln betragen die Aufwendungen des Asylbereichs: <i>Messung / Bewertung</i> Kostendeckungsgrad durch Mittel des Bundes und des Kantons in %	105	90 - 95	90 - 100
2 Bereitstellung Kapazität Im Vergleich zu dem vom Kanton festgelegten Aufnahmekontingent beträgt die Zahl betreuter Asyl Suchender: <i>Messung / Bewertung</i> Berechnungsgrundlage ist der vom Regierungsrat vorgegebene Prozentsatz der Wohnbevölkerung und die Zahl der tatsächlich betreuten Asyl Suchenden an einem Stichtag (31.08) als Planungswert für das Budgetjahr <i>Messgrösse:</i> Verhältnis zwischen Aufnahmekontingent und der Anzahl tatsächlich betreuter Asyl Suchenden an einem Stichtag (31.12 und 31.08.) in %	77	90 - 100	100
3 Tagesstruktur / Rückkehrfähigkeit Asyl Suchende nehmen an Bildungs- und Beschäftigungsprogrammen teil. <i>Messung / Bewertung</i> Anzahl Teilnehmende im Verhältnis zu allen Asyl Suchenden in %	1.5	1.5 - 2.5	1.5 - 2.5
4 Kompetenzzentrum für regionale Leistungen Die Asylkoordination Winterthur schliesst mit regionalen Stellen kostendeckende Leistungsvereinbarungen ab. Die Kunden sind mit den erbrachten Leistungen zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Die Kundenzufriedenheit wird mittels einer jährlichen Befragung ermittelt. <i>Messgrössen:</i> Kostendeckungsgrad Bezirk Andelfingen in % Kostendeckungsgrad Bezirk Winterthur in % Kundenzufriedenheit: Anteil aller Kunden, welche die Leistungen der Asylkoordination Winterthur mit gut bis sehr gut bewerten in %.	100 120.2 A 98 / W 98	100 100.0 A 95 / W 95	100 100.0 A 95 / W 95

W = Winterthur, A = Andelfingen

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	-540'182	138'641	8'675

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Für das Jahr 2012 wird von einer ausgeglichenen Rechnung ausgegangen. Dies, obschon die Kosten gegenüber Rechnung 2009 und 2010, wo jeweils ein positiver Abschluss resultierte, wieder ansteigen. Das Kontingent an Asylsuchenden von 0.5 % der Wohnbevölkerung wurde in den letzten Jahren stets unterschritten. Nun besteht der Kanton darauf, dass auch die Stadt Winterthur entsprechende zusätzliche Kapazität bereitstellt, damit wieder entsprechende Zuweisungen erfolgen können. Eine gewisse Unsicherheit bezüglich Kostenentwicklung besteht im Zusammenhang mit der Revision des Sozialhilfegesetzes SHG, welche im September 2011 zur Abstimmung gelangt und vorsieht, dass die Vorgabe des Bundes umgesetzt wird und vorläufig Aufgenommene (Ausweis F) nach sieben Jahren Aufenthalt in der Schweiz nicht mehr dem Asylregime unterstehen, sondern wie alle andern Sozialhilfebezügler gemäss SKOS-Richtlinien mit den höheren Ansätzen aber auch der entsprechenden Pflicht zur Gegenleistung unterstützt werden.

Produkt 1 Betreuung und Unterbringung 2. Phase:

- Die Kosten liegen aufgrund zusätzlich benötigtem Wohnraum leicht über dem Erlös durch Abgeltung von Bund und Kanton.

Produkt 2 Betreuung und Unterbringung von Asyl Suchenden in der Region:

- Die Erträge liegen leicht über den Kosten, da den Landgemeinden vorwiegend Familien zugewiesen werden, was sich dank oft günstigen Mietverhältnissen positiv auf die Kosten auswirkt.

Parlamentarische Zielvorgaben:

- Die Wirtschaftlichkeit wurde dem effektiven ausgeglichenen Voranschlag angepasst.
- Da der Kanton auf der Bereitstellung der vollen Kapazität besteht, ist auch die Vorgabe entsprechend anzupassen.
- Die übrigen Vorgaben sind im bisherigen Rahmen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Wie bereits oben erwähnt, muss die Stadt zusätzliche Kapazität bereitstellen, was zu höheren Kosten führen wird. Der positive Abschluss 2010 war nur möglich, da mit der Liegenschaft im Hegifeld eine günstige, kollektive Wohnlösung zur Verfügung steht.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	968'379	904'464	1'009'906
Sachkosten	1'532'250	2'423'357	1'508'756
Beiträge an Dritte	5'192'581	4'292'000	5'798'200
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	422	369	0
Mietkosten	346'077	349'000	337'000
Übrige interne Kosten	134'661	151	197'813
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>8'174'369</i>	<i>7'969'341</i>	<i>8'851'675</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	8'174'369	7'969'341	8'851'675
Externe Erlöse	8'652'675	7'778'700	8'783'000
Interne Erlöse	0	0	0
Beiträge von Dritten	61'877	52'000	60'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>8'714'551</i>	<i>7'830'700</i>	<i>8'843'000</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	8'714'551	7'830'700	8'843'000
Total Nettokosten / Globalkredit	-540'182	138'641	8'675
Kostendeckungsgrad in %	107	98	100

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	6.94	7.20	6.80
▪ Auszubildende	1.70	1.80	1.53
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Minus 0.4 Stellen: An PG Sozial- und Erwachsenenhilfe (623) infolge Verschiebung Aufgaben bei Klientenbuchhaltung.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Allfällige Anpassungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des revidierten Sozialhilfegesetzes SHG des Kantons Zürich.
- Mitwirkung bei der Vorbereitung der Sanierung der Liegenschaft Hegifeld.

Produkt 1 Betreuung und Unterbringung 2. Phase

Leistungen

- Unterbringung in Wohnungen und Kollektivunterkünften, Beratung und Betreuung
- Sachleistungen sowie finanzielle Unterstützung im Rahmen der übergeordneten Vorgaben der Fürsorgebehörde

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	4'956'948	5'229'507	5'601'129
Erlös	5'224'513	5'025'700	5'455'000
Nettokosten	-267'565	203'807	146'129
Kostendeckungsgrad in %	105	96	97

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten pro Präsenztage in CHF	4.54	3.40 - 3.80	3.60 - 4.00
Uebrige Kosten pro Präsenztage in CHF	34.32	29.60 - 30.60	30.00 - 33.00
Anteil der in Kollektivunterkünften (Wohnheim Hegifeld) untergebrachten Asyl Suchenden in %	27.06	25 - 30	25 - 30

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Abgerechnete Präsenztage	114'360	145'000 - 170'000	145'000 - 170'000

Produkt 2 Betreuung und Unterbringung von Asyl Suchenden in der Region

Leistungen

- Unterbringung in Wohnungen und Kollektivunterkünften, Beratung und Betreuung
- Sachleistungen im Rahmen des Weisungshandbuches der Asylkoordination

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	3'217'421	2'739'833	3'250'546
Erlös	3'488'885	2'805'000	3'388'000
Nettokosten	-271'464	-65'167	-137'454
Kostendeckungsgrad in %	108	102	104

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten pro Präsenztage in CHF	3.19	2.90 - 3.40	3.10 - 3.50
Übrige Kosten pro Präsenztage in CHF	32.56	29.00 - 32.00	30.00 - 33.00

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Abgerechnete Präsenztage	89'383	82'500 - 92'500	85'000 - 93'000
Bez. Andelfingen: Beiträge an die Verwaltung Asylkoordination (CHF 1.-- pro Präsenztage)	48'499	45'000 - 50'000	50'000 - 55'000

IAFP Asylwesen

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	8'174	7'969	8'851	8'852	8'852	8'852
Erlös	8'714	7'830	8'843	8'843	8'843	8'843
Nettokosten/Globalkredit	-540	139	9	9	9	9
Kostendeckungsgrad in %	107	98	100	100	100	100

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Wirtschaftlichkeit Im Verhältnis zu den von Bund und Kanton zur Verfügung gestellten Mitteln betragen die Aufwendungen des Asylbereichs: <i>Messung / Bewertung</i> Kostendeckungsgrad durch Mittel des Bundes und des Kantons in %	105	90 - 95	90 - 100	90 - 100	90 - 100	90 - 100
Bereitstellung Kapazität Im Vergleich zu dem vom Kanton festgelegten Aufnahmekontingent beträgt die Zahl betreuter Asyl Suchender: <i>Messung / Bewertung</i> Berechnungsgrundlage ist der vom Regierungsrat vorgegebene Prozentsatz der Wohnbevölkerung und die Zahl der tatsächlich betreuten Asyl Suchenden an einem Stichtag (31.08) als Planungswert für das Budgetjahr <i>Messgrösse:</i> Verhältnis zwischen Aufnahmekontingent und der Anzahl tatsächlich betreuter Asyl Suchenden an einem Stichtag (31.12 und 31.08.) in %	77	90 - 100	100	100	100	100
Kompetenzzentrum für regionale Leistungen Die Asylkoordination Winterthur schliesst mit regionalen Stellen kostendeckende Leistungsvereinbarungen ab. Die Kunden sind mit den erbrachten Leistungen zufrieden. <i>Messung / Bewertung</i> Die Kundenzufriedenheit wird mittels einer jährlichen Befragung ermittelt. <i>Messgrössen:</i> Kostendeckungsgrad Bezirk Andelfingen in % Kostendeckungsgrad Bezirk Winterthur in % Kundenzufriedenheit: Anteil aller Kunden, welche die Leistungen der Asylkoordination Winterthur mit gut bis sehr gut bewerten in %.	100 120.2 A 98 / W 98	100 100.0 A 95 / W 95	100 100.0 A 95 / W 95	100 100 A 95 / W 95	100 100 A 95 / W 95	100 100 A 95 / W 95

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

Sanierung der Liegenschaft Hegifeld mit entsprechender Bereitstellung von Ersatzunterkünften.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Entwicklungen im Asylbereich sind generell schwierig vorauszusehen.

Prävention und Suchthilfe

Auftrag

- Gewährleistung der fachgerechten Beratung, Unterstützung, Behandlung und Therapie suchtgefährdeter und suchtkranker Personen.
- Sicherstellen einer suchtbewussten Prävention
- Zur Verfügungstellen von niederschweligen und teilweise begleiteten Angeboten in den Bereichen Arbeit, Wohnen und Tagesstruktur

Produkte

1 Prävention

Suchtthemenbezogene Öffentlichkeits-, Informations-, Bildungs- und Projektarbeit, d.h. entwickeln, planen und umsetzen von primär- und sekundärpräventiven, zielgruppenspezifischen Dienstleistungsangeboten und Projekten auf personensorientierter und struktureller Handlungsebene.

2 Betreuung und Wohnen

Leitung und Koordination der niederschweligen Angebote Arbeit, Tagesstruktur und Wohnen in der Stadt Winterthur. Die Angebote sind in den Bereichen Arbeit, Tagesstruktur und Wohnen. Ziele sind Verhinderung einer offenen Drogenszene und Obdachlosigkeit, ferner die Gewährleistung der Angebote Infektionsprophylaxe, Beschäftigung und Aufenthaltsorte.

3 Therapie und Behandlung

Substitution, Therapie und Behandlung von suchtgefährdeten und suchtkranken jungen und erwachsenen Personen aus der Stadt, dem Bezirk und der Psychiatrieregion Winterthur auf der Basis (sozial)-psychiatrischer und psychotherapeutischer Verfahren (Leistungen krankenkassenberechtigt).

4 Beiträge und Leistungen an Institutionen

Beiträge an Institutionen, die im Bereiche Prävention und/oder niederschwelliger Suchthilfe tätig sind.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) und Verordnungen
- Bundesgesetz über die Betäubungsmittel und psychotrope Stoffe (BetmG) und Verordnung
- Dringlicher Bundesbeschluss über die ärztliche Verschreibung von Heroin bis im Jahre 2009 vom 13. 06.1999 (Ikarus und Substitution)
- Tarmed
- Institutionsbewilligung des Bundesamts für Gesundheit (BAG) (Ikarus und Substitution)
- Arztbewilligung des BAG (Ikarus und Substitution)
- Kantonales Gesetz über die öffentliche Sozialhilfe (Sozialhilfegesetz)
- Kantonales Gesetz über das Gesundheitswesen (Gesundheitsgesetz)
- Kantonale Verordnung über Leistungen und Gebühren der kantonalen Spitäler (Taxordnung)
- Beschluss des Regierungsrats des Kantons Zürich vom 11.11.1971 (Ikarus und Substitution)
- Bewilligung für Betäubungsmittel, Krankenanstalt der Gesundheitsdirektion des Kantons Zürich (Ikarus und Substitution)
- Kantonales Psychiatriekonzept
- Kantonales Suchtpräventionskonzept
- Versorgungsmodell Integrierte Psychiatrie Winterthur (ipw)
- Vertrag zwischen Santésuisse Zürich Schaffhausen und dem Departement Soziales der Stadt Winterthur (Ikarus und Substitution)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Volksabstimmung vom 17. Mai 1992 zum Drogenkonzept (Begleitetes Wohnen)
- Volksabstimmung vom 25.06.1995 Teilnahme am Versuch zur heroingestützten Behandlung (Ikarus)
- Volksabstimmung vom 17. Juni 2007 und GGR 2006/055 (Läbesraum)
- Beschluss des GGR vom 20.03.1991 (Drogenanlaufstelle)
- Beschluss des GGR 2001/078 (Subita Strassensozialarbeit)
- Beschluss des GGR 1995/01 (Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme)
- Beschluss des GGR 2003/085 (jump und jumpina)
- SRB 1970/1366 (Drogenberatungsstelle)
- SRB vom Januar 1990 (Notwohnungen)
- SRB 1995/01 (Winterthurer Fachstelle für Alkoholprobleme)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leistungsvereinbarung zwischen dem Departement Soziales und der Produktgruppe Prävention und Suchthilfe
- Verträge mit ipw
- Verträge mit 20 Bezirksgemeinden betreffend die Leistungen der Prävention und Suchthilfe

Verantwortliche Leitung

Ernst Schedler

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Kostendeckungsgrad der Integrierten Suchthilfe Winterthur	84.00	81.00	83.00
2 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Dienstleistungen der Notwohnungen werden mit einem vertretbaren Verwaltungsaufwand erbracht. <i>Messung / Bewertung:</i> Personalaufwand pro Objekt bei den Notwohnungen in CHF	1'189	1'480	1'500
3 Präventionsangebot Für Jugendliche mit erschwerten Bedingungen an der Schnittstelle Schule-Ausbildung / Arbeit werden Betreuungsplätze angeboten <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Plätze in den Projekten Jump und Jumpina	36	36	36
4 Kundenorientierung Den Nutzenden der Drogenanlaufstelle wird ein angemessenes Angebot zur Verfügung gestellt, so dass eine offene Drogenszene verhindert werden kann. <i>Messung / Bewertung:</i> Umfrage bei den Nutzenden <i>Messgrössen:</i> Prozentsatz der mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	2010 keine Umfrage durchgeführt	80	80
5 Zugänglichkeit Die Drogenanlaufstelle steht den Suchtmittelabhängigen und ausgegrenzten Menschen offen. <i>Messung / Bewertung:</i> Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	55	55	55

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	4'810'056	4'906'770	5'371'489

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Der Globalkredit erhöht sich um rund CHF 470'000. Hauptgrund dafür sind höhere Kosten beim Wohnen sowie der Verzicht, die vorgesehene Taxordnung bei Notwohnungen und Betreutem Wohnen umzusetzen.

Produkt 1 Prävention:

- Leicht gestiegene Kosten aufgrund höheren Personalkosten (Lohnmassnahmen, AHV-Ersatzrente) sowie höheren Belastungen für Informatikdienstleistungen (insb. Telefonie).

Produkt 2 Betreuung und Wohnen:

- Höherer Bedarf an Notwohnungen, da auch der Bedarf des Sozialdienstes Asyl (ohne Kollektivunterkunft Hegifeld) von den Notwohnungen bewirtschaftet wird. Dadurch mehr Aufwand und Ertrag bei den Liegenschaften.
- Verzicht auf die Einführung einer Taxordnung bei den Notwohnungen und dem Begleiteten Wohnen und somit Wegfall von CHF 400'000 budgetierten Pensionsgeldern. Die rechtlichen Abklärungen haben ergeben, dass die Nachteile grösser sind als der Nutzen. Es würde insbesondere schwieriger, Mietverhältnisse aufzulösen und der zusätzliche Verwaltungsaufwand beim Begleiteten Wohnen wäre beträchtlich.
- Bei der DAS temporär zusätzliche Stelle, um eine Präsenz von jeweils drei, anstelle heute zwei Personen sicherzustellen. Damit soll sichergestellt werden, dass der Umzug und Betrieb am neuen Ort störungsfrei ablaufen kann.

Produkt 3 Therapie und Behandlung:

- Die Kostendeckung bei der Integrierten Suchthilfe kann gesamthaft leicht erhöht werden (Erfahrungswert 2010).

Produkt 4 Beiträge und Leistungen an Institutionen:

- Der Beitrag an den Verein Läbesruum wird um CHF 85'000 erhöht. Einerseits wird die aufgelaufene Teuerung beim Sockelbeitrag um CHF 10'000 erhöht und zudem die Taglohn-Leistungsmenge für Sozialhilfe Beziehende um 5'000 auf 30'000 Stunden erhöht (5'000 x CHF 15 = 75'000). Die Sozialhilfe wird entsprechend entlastet, da der erwirtschaftete Lohn beim Unterstützungsbedarf in Abzug gebracht wird. Die Leistungsmenge für Personen ohne Sozialhilfebezug bleibt bei 44'000 Stunden und wird weiterhin mit CHF 5/Std. abgegolten. Somit erhöht sich der maximale Beitrag an den Verein Läbesruum von CHF 845'000 auf CHF 930'000.

Parlamentarische Zielvorgaben:

- Der Kostendeckungsgrad bei der Integrierten Suchthilfe kann leicht verbessert werden.
- Die übrigen Zielvorgaben bleiben im Rahmen des Vorjahres.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Nebst den oben erwähnten Gründen für die Veränderung gegenüber dem Voranschlag 2011 ergeben sich Mehrkosten insbesondere beim Personalaufwand, da 2010 die damals bewilligten zusätzlichen Stellen beim Begleiteten Wohnen erst verzögert besetzt wurden und eine längere Vakanz zu verzeichnen war.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	5'476'460	5'757'664	5'907'428
Sachkosten	3'934'249	3'991'737	4'360'128
Beiträge an Dritte	919'994	925'000	1'010'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	225'600	271'949	270'475
Mietkosten	501'477	494'400	370'700
Übrige interne Kosten	764'133	854'921	871'706
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>11'821'913</i>	<i>12'295'671</i>	<i>12'790'437</i>
Verrechnungen innerhalb PG	37'171	124'000	120'200
Total effektive Kosten	11'784'742	12'171'671	12'670'237
Externe Erlöse	5'722'612	6'070'500	6'226'650
Interne Erlöse	216'499	259'401	135'398
Beiträge von Dritten	1'072'745	1'059'000	1'056'900
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>7'011'857</i>	<i>7'388'901</i>	<i>7'418'948</i>
Verrechnungen innerhalb PG	37'171	124'000	120'200
Total effektive Erlöse	6'974'686	7'264'901	7'298'748
Total Nettokosten / Globalkredit	4'810'056	4'906'770	5'371'489
Kostendeckungsgrad in %	59	60	58

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	35.39	37.55	38.55
▪ Auszubildende	4.40	5.90	5.40
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Zusätzliche Stelle (vorläufig befristet bis 30.9.2012) für die Anlaufstelle, da infolge Umzug mehr Personen pro Tag anwesend sein müssen.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Abschluss des Umzuges der Anlaufstelle für Randständige DAS an die Zeughausstrasse 76 (Anbau).
- Umzug der Abteilung Wohnen an die Zeughausstrasse 76 (Hauptgebäude).
- Umsetzung neuer Leistungsvertrag mit Heilsarmee (Wohnheim, Durchgangsheim) aufgrund Auswertung im Herbst 2011.
- Abschluss Erarbeitung Suchtpolitik 2012 - 2016 und kontinuierliche Umsetzung der entsprechenden Massnahmen.

Produkt 1 Prävention

Leistungen

Suchtprävention

- Die Suchtpräventionsstelle Winterthur ist Anlauf-, Informations- und Impulsstelle für präventive Anliegen in Stadt und Bezirk Winterthur und arbeitet koordiniert mit den kantonalen Fachstellen. Sie ist zur Hauptsache in den Bereichen Information, Bildung, Projekt- und Öffentlichkeitsarbeit tätig und strebt auf mehreren Einflussebenen sowohl im individuellen als auch strukturellen Bereich präventive Wirkung an. Die Suchtprävention ist ein Teilbereich der Gesundheitsförderung.

Programme JUMP und Jumpina

- Die Programme Jumpina bzw. Jump sprechen potentiell suchgefährdete weibliche bzw. männliche Jugendliche an der Schnittstelle Oberstufe – Ausbildung – Eintritt ins Erwerbsleben an. Die Programme sollen dazu führen, dass eine bessere berufliche und soziale Integration ermöglicht wird und Sucht verhindert werden kann.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'392'179	1'470'423	1'538'310
Erlös	388'093	398'280	380'134
Nettokosten	1'004'086	1'072'143	1'158'177
Kostendeckungsgrad in %	28	27	25

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Tagesvollkosten in den Projekten Jump / Jumpina in CHF	1337 / 1411	1370 / 1425	1400 / 1480
Wartefrist für Aufnahme in Projekt (in Tagen)	17	20 - 25	20 - 25

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl laufende Projekte in der Suchtprävention	40	25 - 30	25 - 30
Anzahl initialisierte Projekte in der Suchtprävention	21	15 - 20	15 - 20
Anzahl Veranstaltungen in der Suchtprävention	90	50 - 60	50 - 60
Anzahl Teilnehmende Jump / Jumpina	59 / 64	55 / 55	55 / 55
Anzahl Anschlusslösungen Jump / Jumpina	30 / 27	25 - 30 / 25 - 30	25 - 30 / 25 - 30

Produkt 2 Betreuung und Wohnen

Leistungen

Drogenanlaufstelle

- Treff für suchtmittelabhängige und ausgegrenzte Menschen, Sicherstellung einer Infektionsprophylaxe, Information und Triage, Tagesstruktur, Verhindern einer offenen Szene und aufsuchende Sozialarbeit am Musikpavillon.

Begleitetes Wohnen

- Das Begleitete Wohnen stellt Wohnraum für suchtmittelabhängige und verhaltensauffällige Menschen zur Verfügung und begleitet die Bewohner/innen in ihrem Lebensalltag. Die Angebote sind in der Stadt dezentral verteilt. Es werden Zimmer in Wohngruppen und Einzimmer-Wohnungen in Untermiete zur Verfügung gestellt. Ziel ist die Erhaltung oder Verbesserung von Wohn- und Sozialkompetenzen und Verhindern des Aufenthalts in stationären Einrichtungen.

Notwohnungen

- Es wird Wohnraum zur Verfügung gestellt für kinderreiche Familien mit beschränkten Mitteln, sozial auffällige Menschen, Ausländer/innen aus fremden Kulturkreisen, generell Personen mit bescheidenen finanziellen Verhältnissen und bei Ausweisungen. Ziel ist die Verhinderung von Obdachlosigkeit.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	5'133'317	5'352'138	5'661'679
Erlös	3'097'485	3'415'363	3'375'864
Nettokosten	2'035'831	1'936'775	2'285'815
Kostendeckungsgrad in %	60	64	60

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Kontakte pro Jahr / Stellenprozent der DAS "Die Anlaufstelle"	8'810	8'600	8'600
Anzahl begleiteter Personen / Stellenprozent des Begleiteten Wohnen	18.0	20 - 25	17 - 19
Mietaufwand im Verhältnis zum Mietertrag bei den Notwohnungen in %	110	100 - 105	95 - 100

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
DAS "Die Anlaufstelle":			
▪ Anzahl Besucherinnen und Besucher pro Jahr (Frequenz)	37'883	37'000	37'000
▪ Abgegebene Spritzen pro Jahr	39'960	34'000	34'000
Begleitetes Wohnen:			
▪ Anzahl begleitete Personen	72	80 - 85	70 - 75
▪ Anzahl Mietobjekte	75	80 - 85	70 - 75
▪ Anzahl Anmeldungen / Aufnahmen / Ablösungen	103 / 22 / 27	100 / 35 / 40	100 / 25 / 30
Notwohnungen:			
▪ Anzahl Wohnungen / Einfamilienhäuser / Zimmer	159 / 0 / 19	140 / 0 / 25	180 / 0 / 25
▪ In diesen Objekten wohnen per 31. Dezember:			
Erwachsene / Kinder	214 / 149	230 / 230	220 / 160
▪ In diesen Objekten wohnen per 31. Dezember: Familien / Alleinerziehende / Einzelpersonen / Paare	48 / 28 / 104 / 11	60 / 30 / 70 / 15	60 / 30 / 70 / 15
▪ Anzahl Anmeldungen / Aufnahmen / Ablösungen	506 / 44 / 28	400 / 60 / 40	500 / 45 / 30

Produkt 3 Therapie und Behandlung

Leistungen

Integrierte Suchthilfe Winterthur ISW

- Die ISW ist Teil des 4 Säulenmodells. (Prävention, Therapie, Risikoverminderung und Repression), das auf eidgenössischer, kantonaler und städtischer Ebene abgesichert ist. Sie bietet Beratung und Behandlungen bei unterschiedlichen Suchterkrankungen (illegale Drogen, Alkohol, Medikamente, Spielsucht, etc.). Dies umfasst ambulante psychiatrische Behandlungen, Psycho- und Sozialtherapien an, sowohl Einzeltherapie als auch Paar- und Gruppentherapie. Sie führt strafrechtliche Massnahmen durch, berät und begleitet Angehörige von suchtkranken Menschen.
Die ISW ist in der kantonalen Spitalliste als poliklinisches ambulantes (sozial)-psychiatrisches Spital und als ambulante Fachklinik aufgeführt. Die erbrachten Leistungen werden den Krankenkassen in Rechnung gestellt.
- Im Zentrum zur heroïn- und methadongestützten Behandlung Ikarus werden
 - a. Bei Menschen mit langjährigen chronifizierten Suchtentwicklung und bei denen andere Behandlungen versagten, heroingestützte Behandlungen durchgeführt.
 - b. Methadonbehandlung in einem niedrig strukturierten Setting durchgeführt sowie übergetretene Klientinnen und Klienten vom Heroïnprogramm weiter behandelt.
 Die HeGeBe-Zentren (Heroïn gestützte Behandlung) stehen gesamtschweizerisch unter der Kontrolle des BAG (Bundesamt für Gesundheit).

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	4'187'689	4'393'767	4'430'426
Erlös	3'526'278	3'575'258	3'662'450
Nettokosten	661'411	818'509	767'976
Kostendeckungsgrad in %	84	81	83

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die operativen Ziele sind mit den parlamentarischen Zielvorgaben (Kostendeckungsgrad) abgedeckt.			

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Integrierte Suchthilfe Winterthur			
Spezialsprechstunden			
▪ behandelte Fälle	179	240 - 260	240 - 260
▪ Konsultationen	1'174	1'000 - 1'100	1000 - 1100
Methadonbehandlungen			
▪ behandelte Fälle	292	250 - 280	250 - 280
▪ Konsultationen	3'177	3'000 - 3'100	3000 - 3100
▪ Anzahl Verrechnungen an Krankenkasse	12'233	12'000 - 14'000	12000 - 14000
▪ Anzahl Ein- / Austritte im Methadonprogramm	60 / 45	50 / 50	50 / 50
Heroïnprogramm			
▪ Anzahl Plätze im Heroïnprogramm	55	55	55
▪ Anzahl Patienten per 31.12. im Heroïnprogramm	55	50 - 55	50 - 55
▪ Anzahl Ein- / Austritte im Heroïnprogramm	6 / 6	5 / 5	5 / 5
Alkoholberatungen / -behandlungen			
▪ behandelte Fälle	397	350 - 400	350 - 400
▪ Konsultationen	3'189	3'000 - 3'200	3000 - 3200

Produkt 4 Beiträge und Leistungen an Institutionen

Leistungen

Projekt Taglohn

- Beschäftigung von Erwerbslosen, Langzeitarbeitslosen, Süchtigen, Randständigen. Arbeit im Taglohn-System und mit festen Arbeitszuteilungen. Schaffung einer Tagesstruktur durch Arbeit. Autonomierückgewinnung durch eigenen Erwerb.

Wohnheim der Heilsarmee

- Angebot und Führung eines Wohnheimes für Männer und Frauen mit 30 Betten inkl. Verpflegung. Verhinderung von Obdachlosigkeit. Das Haus gehört der Stadt und wird für diesen Zweck unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Aids-Infostelle

- Das Angebot der AIDS-Infostelle Winterthur richtet sich im Bereich Prävention und Beratung an die Einwohner der Stadt Winterthur und seiner Umgebung.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'072'360	1'079'344	1'160'022
Erlös	0	0	500
Nettokosten	1'072'360	1'079'344	1'159'522
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Verein "Läbesruum" -Projekt Taglohn- (Beitrag in CHF)	839'994	845'000	930'000
Wohnheim der Heilsarmee (Beitrag in CHF)	152'366	154'344	150'000
Verein Aids-Infostelle (Beitrag in CHF)	80'000	80'000	80'000

*Beitrag an Verein "Läbesruum" gemäss Volksabstimmung vom 17. Juni 2007 Fr. 770'000.-- pro Jahr. Eine Erhöhung des Beitrages kann mit Genehmigung des Budgets durch den Grossen Gemeinderat erfolgen.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die Zusammenarbeit der Stadt mit den privaten Projekten wird durch Subventionsverträge und Leistungsvereinbarungen geregelt.			

IAFP Prävention und Suchthilfe

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	11'784	12'171	12'670	12'670	12'670	12'670
Erlös	6'974	7'264	7'298	7'299	7'299	7'299
Nettokosten/Globalkredit	4'810	4'907	5'371	5'371	5'371	5'371
Kostendeckungsgrad in %	59	60	58	58	58	58

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	872'000	602'000	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Kostendeckungsgrad der Integrierten Suchthilfe Winterthur	84.0	81.0	83.0	83	83	83
2 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Dienstleistungen der Notwohnungen werden mit einem vertretbaren Verwaltungsaufwand erbracht. <i>Messung / Bewertung:</i> Personalaufwand pro Objekt bei den Notwohnungen	1'189	1'480	1'500	1'500	1'500	1'500
3 Präventionsangebot Für Jugendliche mit erschwerten Bedingungen an der Schnittstelle Schule-Ausbildung / Arbeit werden Betreuungsplätze angeboten <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl Plätze in den Projekten Jump und Jumpina	36	36	36	36	36	36
4 Kundenorientierung Den Nutzenden der Drogenanlaufstelle wird ein angemessenes Angebot zur Verfügung gestellt, so dass eine offene Drogenszene verhindert werden kann. <i>Messung / Bewertung:</i> Umfrage bei den Nutzenden <i>Messgrössen:</i> Prozentsatz der mit zufrieden oder sehr zufrieden Antwortenden	2010 keine Umfrage durchgeführt	80	80	80	80	80
5 Zugänglichkeit Die Drogenanlaufstelle steht den suchtmittelabhängigen und ausgegrenzten Menschen offen. <i>Messung / Bewertung:</i> Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	55	55	55	55	55	55

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

Kontinuierliche Umsetzung der Massnahmen gemäss Suchtpolitik 2012 - 2016.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine.

Spitex

Auftrag

Die Spitexdienste gewährleisten die Pflege, Betreuung und Unterstützung zu Hause für kranke, verunfallte oder sonst in ihrer Gesundheit eingeschränkte Einwohner von Winterthur.

Produkte

1 Pflege

- Abklärung des Pflegebedarfs und Planung der notwendigen Massnahmen
- Beratung der Klienten sowie deren Angehörigen
- Massnahmen der Untersuchung und der Behandlung (Messung der Vitalzeichen, Wundversorgung, Verabreichung von Medikamenten, etc.)
- Massnahmen der Grundpflege (Körperpflege, Mobilisierung und psychiatrische und psychogeriatrische Grundpflege)

2 Hilfe bei der Alltagsbewältigung

- Hilfe und Unterstützung bei der Hausarbeit
- Zubereiten von Mahlzeiten (inkl. Schon- und Heilkost)
- Betreuung und Aktivierung von kranken, betagten und behinderten Menschen
- Vermietung von Hilfsmitteln zur Bewältigung von täglichen Aktivitäten (Rollator, Gehstöcke, etc.)

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Krankenversicherungsgesetz KVG vom 18.3.1994
- Verordnung über die Krankenversicherung KVV vom 27.6.1995
- Krankenpflege-Leistungsverordnung vom 29.9.1995
- Kantonales Gesundheitsgesetz vom 4.11.1962

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Spitexdienste vom 21.1.2008 (GGR 2007/097)

Stufe Verwaltungseinheit

- Alterskonzept der Stadt Winterthur
- Altersplanung 2010 der Stadt Winterthur
- Beschlüsse des Grossen Gemeinderates/Volksabstimmungen

Verantwortliche Leitung

Andreas Paintner

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Dienstleistungen der Spitex sind kostengünstig. <i>Messgrösse:</i> Kostendeckungsgrad in %	54	61	50
2 Kundenorientierung Die Klienten der Spitex sind mit den Dienstleistungen und der Qualität des Angebots zufrieden/sehr zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Die Kundenzufriedenheit wird alle 2 Jahre mit einer Kundenbefragung erhoben. <i>Messgrösse:</i> Anteil der Befragten, welche die Leistungen der Spitex mit gut bis sehr gut bewerten in %.	---	87	0
3 Kapazität Die Kapazitäten der Spitex entsprechen der Nachfrage. <i>Messung / Bewertung:</i> Erhebung der Anfragen, bei denen ein Bedarf ausgewiesen ist. <i>Messgrösse:</i> Anzahl der Anfragen, die von der Spitex übernommen werden Anzahl der Anfragen, die von der Spitex nicht übernommen werden können.	1'130 83	1'200 120	1'200 80
4 Effizienz Ein hoher Anteil der geleisteten Stunden der Spitex können in Rechnung gestellt werden. <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der verrechneten Zeit zu den geleisteten Stunden <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der verrechneten Zeit	68	70	69
5 Ausbildungs- und Fort- / Weiterbildungsstätten Die Organisationen bieten eine hochstehende, qualitätsbewusste Aus-, Fort- und Weiterbildung. <i>Messung / Bewertung:</i> - Vollausbildungsplätze - Ausbildungswochen Pflegefachpersonen - Praktikumswochen - bezahlte Fort- und Weiterbildungstage pro Mitarbeiter	11 107 0 1.9	11 188 0 2.0	16 155 0 1.9

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	7'303'989	6'478'552	8'677'009

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Die Differenz (Ergebnisverschlechterung) zwischen Voranschlag 2011 und Voranschlag 2012 beträgt TCHF 2'088. Diese Differenz lässt sich im Wesentlichen wie folgt begründen:

Personalkosten (+ ca. TCHF 400):

Die Umsetzung der Strategie „Ambulant vor Stationär“ bedingt den kontinuierlichen Ausbau der Leistungen der Spitex. Dies verursacht zusätzliche Personalkosten, die jedoch nur zum Teil durch zusätzliche Erträge wettgemacht werden können.

Sachkosten (+ TCHF 58):

Die Sachkosten (Kostenart 31) nehmen um insgesamt TCHF 43 oder rund 7% ab. Im Jahr 2011 sind 2 Autos zu ersetzen. Dieser a.o. Aufwand kann aus dem Budget 2012 gestrichen werden. Dem gegenüber nehmen die internen Verrechnungen, die den Sachkosten zugeordnet sind, um rund TCHF 101 zu. Rund 90% davon sind durch höhere Verrechnungen für Leistungen der IDW begründet.

Entgelte (- ca. TCHF 1'184):

Die Einführung der Pflegefinanzierung per 1. Januar 2011 beinhaltet eine Beteiligung der Klienten an den Pflegekosten. Die Summe dieser Beteiligungen beträgt rund TCHF 800. Zusätzlich ist wie in den Vorjahren mit einer leichten Erhöhung der Leistungen und damit der Erträge zu rechnen.

Beiträge von Dritten (- TCHF 2'800):

Die Einführung der neuen Pflegefinanzierung führt in Kombination mit der Änderung der Spitalfinanzierung nach der Variante "Spital 100" zum Wegfall der kantonalen Beiträge an die Spitex.

Obwohl die neue Pflegefinanzierung bereits seit 1. Januar 2011 in Kraft ist, konnten ihre Auswirkungen im Budget 2011 nicht berücksichtigt werden.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Die wesentlichen Abweichungen zwischen der Rechnung 2010 und dem Budget 2012 wurden bereits im Rahmen der Abweichung Budget 2011/Budget 2012 erörtert. Aus dem ordentlichen Betrieb der Spitex ergeben sich keine weiteren bedeutenden Abweichungen. Hingegen war im Ist 2010 ein a.o. Aufwand in Höhe von rund TCHF 1'400 zu verzeichnen (vgl. dazu Rechnung der Stadt Winterthur 2010, Teil B, Produktgruppe Spitex), der im Jahr 2011 nicht mehr anfällt.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	13'926'740	14'316'949	14'896'965
Sachkosten	466'319	649'949	707'657
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	123'881	116'196	117'424
Mietkosten	303'682	329'300	319'716
Übrige interne Kosten	1'044'250	1'310'697	1'316'143
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>15'864'871</i>	<i>16'723'091</i>	<i>17'357'906</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	15'864'871	16'723'091	17'357'906
Externe Erlöse	7'642'348	7'372'900	8'625'164
Interne Erlöse	-1'839	71'639	55'732
Beiträge von Dritten	920'373	2'800'000	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>8'560'882</i>	<i>10'244'539</i>	<i>8'680'896</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	8'560'882	10'244'539	8'680'896
Total Nettokosten / Globalkredit	7'303'989	6'478'552	8'677'009
Kostendeckungsgrad in %	54	61	50

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	127.91	131.75	133.90
▪ Auszubildende	11.00	15.00	16.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Die Stellenzunahme ist begründet durch eine Nachfragesteigerung, die durch Effizienzsteigerungen und durch Ausschöpfen des Stellenplans nicht mehr aufgefangen werden kann. Ein Teil der Stellenzunahme ist durch zusätzliche Erträge refinanziert.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

Im Jahr 2012 ist die Einführung der Spezialdienste, z.B. Nachtdienst, geplant. Auch soll eine elektronische Einsatzplanung für die Pflege eingeführt werden.

Produkt 1 Pflege

Leistungen

- Abklärung und Beratung
- Behandlungspflege
- Grundpflege
- Beschaffung und Verkauf von Pflegematerial und Medikamenten

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	10'631'886	11'232'266	11'855'678
Erlös	5'676'556	6'509'469	5'945'017
Nettokosten	4'955'330	4'722'797	5'910'661
Kostendeckungsgrad in %	53	58	50

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Verhältnis zwischen geleisteten Stunden und verrechneten Stunden in %	61	62	62
Kostendeckungsgrad Produkt Pflege in %	53.0	58.0	51.0
Vollkosten pro Einsatzstunde in CHF	133	139	141

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl betreute Personen	1'430	1'600	1'500
Anzahl Einsatzstunden	80'242	80'000	83'000

Produkt 2 Hilfe bei der Alltagsbewältigung

Leistungen

- Unterstützung bei der Haushaltsführung
- Vermietung von Hilfsmitteln
- Beschaffung und Verkauf von Material

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	5'253'348	5'490'825	5'502'228
Erlös	2'884'326	3'735'070	2'665'880
Nettokosten	2'369'022	1'755'754	2'836'348
Kostendeckungsgrad in %	55	68	48

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Verhältnis zwischen geleisteten Stunden und verrechneten Stunden in %	77.3	80.0	79.0
Kostendeckungsgrad Produkt Hilfe bei Alltagsbewältigung in %	55.0	68.0	49.0
Vollkosten pro Einsatzstunde in CHF	72	69	69

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl betreute Personen	1'657	1'600	1'600
Anzahl Einsatzstunden	73'230	79'300	79'300

IAFP Spitex

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	15'864	16'723	17'357	17'608	17'858	18'108
Erlös	8'560	10'244	8'680	8'806	8'931	9'056
Nettokosten/Globalkredit	7'304	6'479	8'677	8'802	8'927	9'052
Kostendeckungsgrad in %	54	61	50	50	50	50

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Die Dienstleistungen der Spitex sind kostengünstig. <i>Messgrösse:</i> Kostendeckungsgrad in %	54	61	50	50	50	50
2 Kundenorientierung Die Klienten der Spitex sind mit den Dienstleistungen und der Qualität des Angebots zufrieden/sehr zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Die Kundenzufriedenheit wird alle 2 Jahre mit einer Kundenbefragung erhoben. <i>Messgrösse:</i> Anteil der Befragten, welche die Leistungen der Spitex mit gut bis sehr gut bewerten in %.	---	87	0	87	0	87
3 Kapazität Die Kapazitäten der Spitex entsprechen der Nachfrage. <i>Messung / Bewertung:</i> Erhebung der Anfragen, bei denen ein Bedarf ausgewiesen ist. <i>Messgrösse:</i> Anzahl der Anfragen, die von der Spitex übernommen werden Anzahl der Anfragen, die von der Spitex nicht übernommen werden können.	1'130 83	1'200 120	1'200 80	1'220 80	1'240 80	1'260 80
4 Effizienz Ein hoher Anteil der geleisteten Stunden der Spitex können in Rechnung gestellt werden. <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der verrechneten Zeit zu den geleisteten Stunden <i>Messgrösse:</i> Prozentsatz der verrechneten Zeit	68	70	69	69	69	69
5 Ausbildungs- und Fort- / Weiterbildungsstätten Die Organisationen bieten eine hochstehende, qualitätsbewusste Aus-, Fort- und Weiterbildung. <i>Messung / Bewertung:</i> - Vollausbildungsplätze - Ausbildungswochen Pflegefachpersonen - Praktikumswochen - bezahlte Fort- und Weiterbildungstage pro Mitarbeiter	11 107 0 1.9	11 188 0 2.0	16 155 0 1.9	18 155 0 1.9	18 155 0 1.9	18 155 0 1.9

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

Vgl. Ausführungen oben „Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012“

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine.

Alterszentren

Auftrag

Die Alters- und Pflegeheime des Bereichs Alter und Pflege bieten in Alters- und / oder Tageszentren ein Zuhause mit nach Bedarf abgestuften Dienstleistungen in Betreuung, Begleitung und Pflege für Erwachsene, in der Regel betagte Menschen. Daneben werden diverse Dienstleistungen aus Hotellerie und / oder ärztlich / therapeutischen Bereichen für Dritte erbracht.

Produkte

1 Langzeitbetreuung und -pflege

Wohngruppen für Menschen mit Demenz

Betreutes Wohnen

Alterswohnungen

2 Temporäre Angebote

Überbrückungspflege

Ferienabteilungen

Temporäre Betreuung und Pflege (länger als 24 Stunden)

Tagespflege

3 Weitere Dienstleistungen an Dritte

Hotellerie

- Restaurationen inkl. Mahlzeitenverkauf / Catering

- Übrige Verkäufe / Dienstleistungen

- Liegenschaften insbesondere Raumvermietung

Ärztliche Dienstleistungen mit separater Verrechnung

Therapeutische Dienstleistungen insbesondere Physiotherapie an Externe

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Krankenversicherungsgesetz KVG vom 18.3.1994
- Verordnung über die Krankenversicherung KVV vom 27.6.1995
- Krankenpflege-Leistungsverordnung vom 29.9.1995
- Kantonales Gesundheitsgesetz vom 4.11.1962

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Beschlüsse des Grossen Gemeinderates/Volksabstimmungen

Stufe Verwaltungseinheit

- Alterskonzept der Stadt Winterthur
- Altersplanung 2010 der Stadt Winterthur
- Altersplanung Stand 2005 - Schlussbericht der Projektgruppe
- Ausführungsplan "Altersplanung Stand 2005"

Verantwortliche Leitung

Andreas Paintner

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Der Betrieb der stationären Organisationen des Bereichs Alter und Pflege ist kostengünstig. <i>Messung / Bewertung:</i> Kostendeckungsgrad der Produktgruppe 'Alterszentren' in % Kostendeckungsgrad des Teilproduktes 'Hotellerie' in %	84 73.7	85 72.5	89 51.0
2 Kundenorientierung Die Bewohner, Patienten und Angehörige sind mit den Dienstleistungen und der Qualität des Angebots zufrieden / sehr zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Repräsentative Umfrage alle 2 Jahre <i>Messgrösse:</i> Anteil der Befragten, welche die Leistungen mit gut bis sehr gut bewerten in %. ▪ Anteil der befragten Bewohner: ▪ Anteil der befragten Angehörigen:	0 0	95 88	0 0
3 Kapazität Die Organisationen bieten eine angemessene Anzahl Plätze in den verschiedenen Produkten an. <i>Messgrössen:</i> Verfügbare Plätze - in der Langzeitbetreuung und -pflege (ohne Alterswohnungen) - in Alterswohnungen - in geschützten Wohngruppen für Menschen mit Demenz - in den temporären Angeboten Eintritte in städtische Alterszentren: - Anzahl Personen mit geplantem Eintritt innerhalb von 2 Wochen (Stichdatum 30.06.) - Anzahl Personen mit geplantem Eintritt innerhalb von 6 Monaten (Stichdatum 30.06.)	615 50 49 54 7.00 62.00	615 50 49 61 7.00 66.00	616 51 49 51 7.00 66.00
4 Ausbildungs- und Fort- / Weiterbildungsstätten Die Organisationen bieten eine hoch stehende, qualitätsbewusste Aus-, Fort- und Weiterbildung. <i>Messung / Bewertung:</i> - Vollausbildungsplätze - Ausbildungswochen Studierende - Praktikumswochen - bezahlte Fort- und Weiterbildungstage pro Mitarbeiter	93 666 1'618 2.0	89 800 2'100 2.3	106 800 1'618 2.0

- Kundenorientierung: Im 2012 findet keine Befragung statt.

- Kostendeckungsgrad des Teilproduktes 'Hotellerie' in %: Ab "IST 2011" ohne Infrastruktur Kostenstellen (insb. Vermietungen)

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	12'349'141	11'996'845	8'965'687

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Die Differenz (Ergebnisverbesserung) zwischen Voranschlag 2011 und Voranschlag 2012 beträgt TCHF -4'403. Diese Differenz lässt sich im Wesentlichen wie folgt begründen:

Personalkosten (- ca. TCHF 1'660):

Die durchschnittliche Bettenauslastung und Pflegebedürftigkeit stagnieren seit geraumer Weile. Aus diesem Grund wurde der ordentliche Personalaufwand auf das zu erwartende Niveau des Jahres 2011 zurückgenommen. Ausserdem wurde eine zusätzliche Korrektur von rund TCHF -500 vorgenommen, weil die Sanierung des Alterszentrums Adlergarten zu einer – für das Jahr 2012 noch geringfügigen – Einschränkung der Leistungen führen wird. Diese wird den Personalaufwand etwas schmälern.

Sachkosten (+ TCHF 118):

Die Sachkosten nehmen um insgesamt 1% zu. Dies entspricht ungefähr der zu erwartenden Teuerung.

Vermögenserträge (+ TCHF ca. 400):

Die Sanierung des Alterszentrums Adlergarten bedingt die teilweise Schliessung eines Personalhauses. Die dabei entgangenen Mieteinnahmen betragen für das Jahr 2012 rund TCHF 400.

Entgelte (- TCHF ca. 3'196):

Die Einführung der Pflegefinanzierung per 1. Januar 2011 beinhaltet eine Beteiligung der Bewohnenden an den Pflegekosten. Die Summe dieser Beteiligungen beträgt rund TCHF 4'000. In diesem Zusammenhang wurden auch die Arztpauschalen durch eine Einzelleistungsverrechnung abgelöst. Dadurch fliessen den Alterszentren rund TCHF 300 zusätzliche Mittel zu. Dem gegenüber ist wegen der stagnierenden oder gar leicht rückläufigen Auslastung und der geplanten Sanierung des Alterszentrums Adlergarten mit einem Rückgang der Erträge in Höhe von geschätzten TCHF 1'200 – 1'300 zu rechnen.

Obwohl die neue Pflegefinanzierung bereits seit 1. Januar 2011 in Kraft ist, konnten ihre Auswirkungen im Budget 2011 nicht mehr berücksichtigt werden.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Die wesentlichen Abweichungen zwischen der Rechnung 2010 und dem Budget 2012 wurden bereits im Rahmen der Abweichung Budget 2011/Budget 2012 erörtert. In Ergänzung dazu sind folgende Veränderungen anzuführen, die sich zwischen Rechnung 2010 und Budget 2011 ergeben haben:

Entgelte:

Die Erhöhung der Grundtaxe zur Angleichung der Erträge der Hotellerie an die Vollkosten erfolgte in zwei gleich grossen Schritten jeweils per 1. Januar 2010 und 1. Januar 2011. Gegenüber der Rechnung 2010 wurde somit bereits im Budget 2011 eine entsprechende Erhöhung der Taxerträge in Höhe von rund TCHF 1'750 vorgesehen.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	60'368'709	61'222'285	60'303'043
Sachkosten	14'155'410	14'880'708	14'880'689
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	4'079'229	3'922'105	3'915'593
Mietkosten	394'903	420'000	410'004
Übrige interne Kosten	984'432	618'258	334'482
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>79'982'683</i>	<i>81'063'356</i>	<i>79'843'810</i>
Verrechnungen innerhalb PG	620'180	569'700	450'600
Total effektive Kosten	79'362'502	80'493'656	79'393'210
Externe Erlöse	66'089'689	68'145'329	70'121'237
Interne Erlöse	997'166	886'181	756'887
Beiträge von Dritten	546'686	35'000	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>67'633'541</i>	<i>69'066'510</i>	<i>70'878'124</i>
Verrechnungen innerhalb PG	620'180	569'700	450'600
Total effektive Erlöse	67'013'361	68'496'810	70'427'524
Total Nettokosten / Globalkredit	12'349'141	11'996'845	8'965'687
Kostendeckungsgrad in %	84	85	89

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	536.38	555.82	554.56
▪ Auszubildende	93.00	98.00	106.00
▪ KV-Rotationsausbildungsplätze	4.00	3.00	3.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Der Stellenplan konnte dank kleineren organisatorischen Anpassungen in verschiedenen Bereichen um insgesamt rund 1.3 Vollzeitstellen reduziert werden.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

Das wichtigste Projekt des Bereichs Alter und Pflege der Jahre 2012 – 2015 ist die Sanierung des Alterszentrums Adlergarten. Neben der Bindung grosser finanzieller Mittel der Investitionsrechnung wird das Vorhaben auch einen bedeutenden Teil derjenigen Führungsressourcen binden, die nicht unmittelbar für das operative Tagesgeschäft benötigt werden. Die Kapazitäten für die Umsetzung weiterer grösserer Vorhaben sind somit begrenzt.

Auf kantonomer Ebene ist noch der Entscheid hängig, welche Pflegebedarfsabklärungssysteme in Zukunft zugelassen sein sollen. Je nach Resultat wird sich die Dringlichkeit zur Umsetzung eines entsprechenden Projektes stark erhöhen. Der Zeitpunkt des kantonalen Entscheides kann zurzeit jedoch nicht abgeschätzt werden.

Die Einführung einer elektronischen Bewohnerdokumentation, die vom Bereich Alter und Pflege ebenfalls seit geraumer Zeit angedacht ist, hat einen engen Zusammenhang mit dem Pflegebedarfsabklärungssystem. Die Bewohnerdokumentation kann deshalb erst in einem zweiten Schritt auf eine elektronische Basis gestellt werden.

Produkt 1 Langzeitbetreuung- und pflege

Leistungen

- Alterszentren:
Den individuellen Bedürfnissen der Bewohner entsprechendes professionelles Angebot an Betreuung, Pflege und hauswirtschaftlichen Dienstleistungen. Je nach Angebot inklusive medizinischer und therapeutischer Versorgung vom Eintritt bis zum Austritt/Tod. Besonderer Wert wird auf ein möglichst autonomes und eigenverantwortliches Leben gelegt. Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse der Bewohnenden, z.B. durch ein Bezugspersonensystem und flexible Tagesstrukturen.
- Angebot von Aktivitäten aller Art in den Tagesstrukturen, Einbezug von Freiwilligendiensten.
- Beratung und Information von Angehörigen in allen Fragen vor und während des Aufenthaltes sowie Einbezug in den Alltag, soweit sinnvoll und gewünscht.
- Spezielle Angebote für die Bedürfnisse von Menschen mit Demenzerkrankung im Sinne von entsprechender pflegerischer und ärztlicher Betreuung sowie therapeutischer und hauswirtschaftlicher Dienstleistungen.
- Betreutes Wohnen / Alterswohnungen:
Wohnformen, in denen die Bewohner / Mieter – je nach ihren individuellen Möglichkeiten – möglichst selbständig leben können. Den Bedürfnissen der Bewohner entsprechendes Angebot an Betreuung und hauswirtschaftlichen Dienstleistungen. Die Mieter können verschiedene weitere Dienstleistungen beziehen und an allen Anlässen der Institution teilnehmen.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	69'722'643	70'960'438	69'979'597
Erlös	60'258'416	62'897'817	65'058'024
Nettokosten	9'464'227	8'062'622	4'921'574
Kostendeckungsgrad in %	86	89	93

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
- Auslastung der Betten in % (Bettenbelegung)	97	96	95
- Aufwandüberschuss pro Bewohnertag in CHF	40.3	32.3	16.0
- Qualitätskennziffern			
▪ Anzahl Stürze	1'858	2'100	1'900
▪ Dekubiti	95	90	95
▪ Menge der Anwendung freiheitsbeschränkender Massnahmen	222	240	220
- Durchschnittliche Anzahl BESA-Punkte im Verhältnis zur durchschnittlichen Anzahl Stellen der Abteilung Betreuung und Pflege	59.9	60.4	59.9
- Prozentualer Anteil des Personals der Abteilung Betreuung und Pflege am Stichtag 31.12. nach Fachbereichen			
▪ Fachmitarbeiterinnen in %	45	48	49
▪ Mitarbeiterinnen in %	29	32	31
▪ Assistentinnen in %	26	20	20

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Bewohnertage	234'900	251'245	228'000
Durchschnittliche Anzahl Bewohnende je BESA (Stufe 0-4) im Jahr			
▪ Stufe 0	56	71	53
▪ Stufe 1	108	101	113
▪ Stufe 2	131	132	125
▪ Stufe 3	130	129	132
▪ Stufe 4	205	218	214
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in Tagen pro Bewohner	1'031	940	940

Produkt 2 Temporäre Angebote

Leistungen

- Zeitlich begrenzter Aufenthalt in Pflege-, Alters- und/oder Tageszentren für Ferien, Entlastung der Helfenden, Erholung von einer Krankheit oder Operation, Abklärung der weiteren Wohnform.
- Je nach Angebot differenzierte Betreuung, Begleitung und Pflege für betagte Temporäraufenthalter.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	4'568'091	4'623'289	4'837'812
Erlös	2'771'861	3'386'313	3'145'787
Nettokosten	1'796'229	1'236'976	1'692'025
Kostendeckungsgrad in %	61	73	65

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Auslastung der Kapazitäten (Betten / Plätze) in %	64.50	75.00	64.50
Kostendeckungsgrad Produkt Temporäre Angebote in %	61	73	66
Aufwandüberschuss pro Bewohnertag in CHF	141.25	103.30	128.70
Anteil der Übertritte aus temporären in Langzeitangebote in %	7.0	10.0	7.0

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Bewohnertage	12'717	13'600	12'600
Durchschnittliche Anzahl KlientInnen in der Tagesklinik pro Tag	15	16	15
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer in der Überbrückungspflege pro Jahr	23	22	23

Produkt 3 Weitere Dienstleistungen an Dritte

Leistungen

- Restaurationen inkl. Mahlzeitenverkauf / Catering: Die Restaurants und die damit ermöglichten weiteren Nutzungen wie Sitzungen, Schulungen, Seminare haben den Auftrag, die Institution Heim für die Bewohnenden und die Bevölkerung transparenter und durchlässiger zu machen. Das Angebot von Speisen und Getränken für Interne, Besucher und Externe wie z.B. Kursteilnehmer ist gästeorientiert, schmackhaft, abwechslungsreich und zeitgemäss (z.B. vegetarisch). Die Mitarbeitenden der Restauration bieten einen individuellen Service an. Die Durchführung von Sonderanlässen aller Art wird gewinnbringend geleistet.
- Übrige Verkäufe / Dienstleistungen: Verkauf von Artikeln verschiedenster Art an Bewohner und Besucher.
- Liegenschaften: Vermietung von Räumen, Wohnungen, Garagen- und Parkplätzen.
- Diverse Dienstleistungen aus den Bereichen Therapie, insbesondere Physiotherapie und ärztlichem Dienst an Dritte.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	5'587'478	5'479'628	5'026'400
Erlös	4'603'264	2'782'381	2'674'287
Nettokosten	984'214	2'697'248	2'352'114
Kostendeckungsgrad in %	82	51	53

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kostendeckungsgrad Produkt 'Weitere Dienstleistungen' in %	82	54	54
Aufwandüberschuss pro Bohnertag in CHF	4.00	24.36	10.17

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Bruttoumsatz Restaurant in CHF	2'006'055	2'204'000	2'000'000
Bruttoumsatz Verkäufe / Dienstleistungen / Vermietungen	1'494'451	1'530'000	1'500'000
Anzahl Raumvermietungsstage	34	50	34
Therapieleistungen für Dritte in Taxpunkten	170'873	140'000	170'000
Arztbehandlungen für Dritte / Patienten			
Bruttoumsatz Therapie- und Arztleistungen in CHF	472'497	298'000	300'000

IAFP Alterszentren

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	79'362	80'493	79'393	78'393	78'393	79'393
Erlös	67'013	68'496	70'427	68'678	68'678	71'428
Nettokosten/Globalkredit	12'349	11'997	8'966	9'716	9'716	7'966
Kostendeckungsgrad in %	84	85	89	88	88	90

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	4'875'000	16'114'160	18'948'400	24'750'000	5'050'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Kostendeckungsgrad der Produktgruppe 'Alterszentren' in %	84	85	89	90	90	90
Kostendeckungsgrad des Teilproduktes 'Hotellerie' in %	73.7	72.5	51.0	51.0	51.0	51.0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
2 Kundenorientierung Die Bewohner, Patienten und Angehörige sind mit den Dienstleistungen und der Qualität des Angebots zufrieden / sehr zufrieden <i>Messung / Bewertung:</i> Repräsentative Umfrage alle 2 Jahre <i>Messgrösse:</i> ▪ Anteil der befragten Bewohner: ▪ Anteil der befragten Angehörigen:	0 0	95 88	0 0	95 88	0 0	95 88
3 Kapazität Die Organisationen bieten eine angemessene Anzahl Plätze in den verschiedenen Produkten an. <i>Messgrössen:</i> Verfügbare Plätze - in der Langzeitbetreuung und -pflege (ohne Alterswohnen) - in Alterswohnungen - in geschützten Wohngruppen für Menschen mit Demenz - in den temporären Angeboten Eintritte in städtische Alterszentren: - Anzahl Personen mit geplantem Eintritt innerhalb von 2 Wochen (Stichdatum 30.06.) - Anzahl Personen mit geplantem Eintritt innerhalb von 6 Monaten (Stichdatum 30.06.)	615 50 49 54 7.0 62.0	615 50 49 61 7.0 66.0	616 51 49 51 7.0 66.0	616 51 49 51 7 66	616 51 49 51 7 66	616 51 49 51 7 66
4 Ausbildungs- und Fort- / Weiterbildungsstätten Die Organisationen bieten eine hochstehende, qualitätsbewusste Aus-, Fort- und Weiterbildung. <i>Messung / Bewertung:</i> - Vollausbildungsplätze - Ausbildungswochen Studierende - Praktikumswochen - bezahlte Fort- und Weiterbildungstage pro Mitarbeiter	93 666 1'618 2.0	89 800 2'100 2.3	106 800 1'618 2.0	106 800 1'600 2.0	106 800 1'600 2.0	106 800 1'600 2.0

- Kostendeckungsgrad des Teilproduktes 'Hotellerie' in %: Ab "IST 2011" ohne Infrastruktur Kostenstellen (insb. Vermietungen)

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

Vgl. Ausführungen oben „Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012“

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Die Sanierung des Alterszentrums Adlergarten wird dort zu einer Reduktion der Kapazitäten während der Bauphase führen. Diese Einschränkung kann teilweise im Alterszentrum Brühlgut durch Umwandlung von Einzel- zu Doppelzimmern kompensiert werden. Dieser Effekt wird sich über die Entwicklung der Auslastung abbilden. Die Personalkosten werden dieser Entwicklung so gut wie möglich angepasst. Die Erfahrung zeigt aber, dass zeitlich begrenzte Ertragsausfälle nicht vollständig durch Kostensenkungen aufgefangen werden können.

In der Erlösplanung 2015 wurden die Mehrerträge durch die bessere Zimmerqualität im sanierten Adlergarten bereits berücksichtigt. Verzögerungen in der Sanierung würden diesen Mehrerlös (+1 Mio.) reduzieren.

Beiträge im Gesundheits- und Altersbereich

Auftrag

Finanzierung der Abteilungen der Stadt Winterthur im Bereich der Gesundheit bzw. des Alters gemäss gesetzlicher Grundlage, Gemeinderats- und Stadtratsbeschlüssen.

Produkte

1 Beiträge

Finanzielle Unterstützung von Institutionen im Gesundheits- und Altersbereich. Die Beiträge erfolgen subsidiär.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Kantonale Verordnung vom 26.02.1968 (Kantonsspital Winterthur)

Gesundheitsgesetz des Kantons Zürich vom 04.11.1962 (Sockelbeiträge der Gemeinden)

Pflegegesetz des Kantons vom 21.09.2010

Kantonale Verordnung über die Pflegeversorgung vom 22.11.2010

Stufe Stadt (GGR / SR)

Volksabstimmung vom 26.06.1966 (Zürcher Arbeitsgemeinschaft für Ligen- und Heimstätten - ZALK)

Volksabstimmung vom 02.06.1991 (Pro Senectute)

Volksabstimmung vom 30.11.2003 (Verein Pflegewohngruppe)

GGR-Beschluss vom 21.06.2004 (Kinderspitex)

Stadtratsbeschluss vom 28.01.1971 (Gaiwo)

Stadtratsbeschluss vom 6.12.85 (Altersheim St. Urban)

Stadtratsbeschluss vom 28.06.2000 (Verein Freiwilligenagentur)

Stadtratsbeschluss vom 10.11.2004 (Taxreduktion Heimbewohner)

Stufe Verwaltungseinheit

Verantwortliche Leitung

Andreas Paintner

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kostenbeteiligung der Stadt Winterthur an Institutionen im Gesundheits- und Altersbereich pro Einwohner in CHF	174	214	90
2 Einhaltung der Verträge Die unterstützten Institutionen halten die vereinbarten Verträge ein. <i>Messung / Bewertung:</i> Prozentsatz der Institutionen, welche die Vorgaben der Verträge einhalten.	100	100	100

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	17'726'406	22'153'802	8'431'971

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Die Differenz (Ergebnisverbesserung) zwischen Voranschlag 2011 und Voranschlag 2012 beträgt TCH -13'602. Dies lässt sich im Wesentlichen begründen mit zwei Entwicklungen auf der übergeordneten politischen Ebene, nämlich mit der Einführung der neuen Pflegefinanzierung per 1. Januar 2011 sowie der neuen Spitalfinanzierung gemäss Variante „Spital 100“ ab 1. Januar 2012:

Auswirkungen der neuen Pflegefinanzierung:

Im Budget 2011 wurden für die Auswirkungen der Neuregelung des Beitrags der öffentlichen Hand an den Pflegekosten pauschal TCHF 5.00 vorgesehen.

Für 2012 wurden allein für die Beiträge an privaten stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen mehr als TCHF 7.09 budgetiert. Die Erhöhung liegt vor allem daran, dass ab diesem Jahr der Beitrag des Kantons an den Pflegekosten wegfällt. Im Gegenzug wurde aber auch die Subventionierung von verschiedenen Spitexorganisationen nicht mehr einzeln budgetiert.

Auswirkungen Spitalfinanzierung Variante „Spital 100“:

Im neuen Spitalgesetz ist unter anderem eine Trennung der finanziellen Zuständigkeiten zwischen Kanton und den Gemeinden vorgesehen. So übernimmt der Kanton neu allein die finanzielle Verantwortung für die Spitäler, während die Gemeinden für den stationären und ambulanten Langzeitbereich zuständig sind. Dies führt im Budget zum Wegfall des Beitrags am KSW und zur Streichung des Sockelbeitrags der Gemeinden an den Spitalkosten für Zusatzversicherte.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Die wesentlichen Abweichungen zwischen der Rechnung 2010 und dem Budget 2012 wurden bereits im Rahmen der Abweichung Budget 2011/Budget 2012 erörtert.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	0	0	0
Sachkosten	3'592	35'000	3'000
Beiträge an Dritte	17'477'399	21'866'000	9'202'996
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	216'022	223'902	171'592
Mietkosten	29'394	28'900	28'900
Übrige interne Kosten	0	0	0
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>17'726'406</i>	<i>22'153'802</i>	<i>9'406'488</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	17'726'406	22'153'802	9'406'488
Externe Erlöse	0	0	974'517
Interne Erlöse	0	0	0
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>0</i>	<i>0</i>	<i>974'517</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	0	0	974'517
Total Nettokosten / Globalkredit	17'726'406	22'153'802	8'431'971
Kostendeckungsgrad in %	0	0	10

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

Die Umsetzung der Pflegefinanzierung und der Spitalfinanzierung Variante „Spital 100“ hat bedeutenden Auswirkungen auf die Finanzflüsse (vgl. oben).

Produkt 1 Beiträge

Leistungen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	17'726'406	22'153'802	9'406'488
Erlös	0	0	974'517
Nettokosten	17'726'406	22'153'802	8'431'971
Kostendeckungsgrad in %	0	0	10

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kantonsspital Winterthur	11'825'118	11'065'000	0
Pro Senectute	164'385	200'000	200'000
Pro Senectute-Sozialberatung	756'315	813'900	813'900
Verein Pflegewohngruppe	956'967	981'488	178'578
Kinderspitex	46'045	80'000	0
Gaiwo (Genossenschaft für Alters- und Invalidenwohnungen)	20'000	20'000	20'000
Altersheim St. Urban	159'246	227'414	143'013
Wohnheim für Menschen mit Demenz Sonnenberg	29'000	20'000	29'000
Verein Freiwilligenagentur	20'000	20'000	20'000
Sockelbeiträge der Gemeinden	3'254'443	3'200'000	0
Taxreduktion Heimbewohner	95'609	35'000	0
Institut für Gesundheitsökonomie	3'000	3'000	3'000
Umsetzung Pflegefinanzierung		5'040'000	0
Auswärtigenzuschlag	2'430	6'000	0
Honorare Hebammen	22'993	45'000	24'996
ZALK ARGE Ligen und Heilstätten	23'000	28'000	24'000
Stiftung Onko-Spitex	11'193	14'000	0
Verein Kath. Gemeindekrankenpflege Winterthur	110'070	120'000	0
Verein Kath. Schwestern-Krankenpflege Oberwinterthur	93'337	110'000	0
Evangelischer Krankenpflegeverein Winterthur	128'255	120'000	0
Unabhängige Beschwerdestelle für das Alter	5'000	5'000	5'000
Pflegefinanzierung stationär			6'250'008
Pflegefinanzierung ambulant			840'004

Im Rahmen des WoV-Reportings werden nicht nur die den Institutionen direkt ausbezahlten Beträge aufgeführt, sondern bei einigen Institutionen auch Abschreibungen und Zinskosten.

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Die Zusammenarbeit der Stadt mit den Institutionen wird durch Verträge geregelt.			

IAFP Beiträge

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	17'726	22'153	9'406	9'406	9'406	9'406
Erlös	0	0	974	975	975	975
Nettokosten/Globalkredit	17'726	22'154	8'432	8'432	8'432	8'432
Kostendeckungsgrad in %	0	0	10	10	10	10

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	0	-40'000	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kostenbeteiligung der Stadt Winterthur an Institutionen im Gesundheits- und Altersbereich pro Einwohner in CHF	174	214	90	82	82	82
2 Einhaltung der Verträge Die unterstützten Institutionen halten die vereinbarten Verträge ein. <i>Messung / Bewertung:</i> Prozentsatz der Institutionen, welche die Vorgaben der Verträge einhalten.	100	100	100	100	100	100

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

Vgl. Ausführungen oben „Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012“. Die weitere Entwicklung ist kaum absehbar.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen

Arbeitsintegration

Auftrag

Die Arbeitsintegration Winterthur erbringt

- im Auftrag des Kantons arbeitsmarktliche Massnahmen für Stellensuchende durch zur Qualifizierung und zur raschen Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt
- im Auftrag der Stadt Winterthur Massnahmen zur beruflichen Intergration für Sozialhilfe beziehende Personen.
- im Auftrag des Kantonalen Sozialamtes Massnahmen zur beruflichen Integration für vorläufig aufgenommene Asylsuchende
- im Auftrag der Sozialversicherungsanstalt Frühinterventionsmassnahmen

Produkte

1 ALV-Angebote für Erwachsene

Förderung der Wiedereingliederung von erschwert vermittelbaren Stellensuchenden in den Arbeitsmarkt mit arbeitsmarktlichen Massnahmen gemäss den Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes (AVIG).

Das Produkt 1 wird vom Bund (AVIG) finanziert.

2 Berufliche Integration für Sozialhilfe Beziehende

Förderung der (Wieder)eingliederung von vermittlungsfähigen Sozialhilfe Beziehenden, vorläufig aufgenommenen Asyl Suchenden und IV-Versicherten in den Arbeitsmarkt sowie langfristige Arbeitsintegration von arbeitsfähigen Sozialhilfe Beziehenden mit Arbeitsmarkthemmnissen.

Das Produkt 2 wird von der Stadt und von den zuweisenden Stellen finanziert.

3 Berufliche Integration für Jugendliche

Eingliederung von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt (Motivationssemester, Berufsintegrationsprogramm). Unterstützung von gefährdeten Jugendlichen in der Persönlichkeitsentwicklung (Trampolin).

Das Produkt 3 wird vom Bund (AVIG, Motivationssemester), von zuweisenden Stellen und von der Hüfsgesellschaft Winterthur (Trampolin) finanziert.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz (AVIG) und Verordnung (AVIV) über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und Insolvenzenschädigung
Kreisschreiben des Staatssekretariates für Wirtschaft (seco) über die arbeitsmarktlichen Massnahmen

Rahmenverträge für Qualifizierungsangebote für Stellen Suchende mit dem kantonalen Amt für Wirtschaft und Arbeit (AWA)

Stufe Stadt (GGR / SR)

Auftrag der Stimmbürger/innen der Stadt Winterthur zur Durchführung arbeitsmarktlicher Massnahmen für Erwerbslose gemäss Volksabstimmung im Jahre 1989.

Stufe Verwaltungseinheit

Leitbild der Arbeitsintegration Winterthur

Verantwortliche Leitung

Christoph Pohl

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Mit dem Globalkredit werden Massnahmen zur beruflichen Integration von Sozialhilfe Beziehenden (Produkt 2) und Jugendlichen (Produkt 3, ohne Motivationssemester) finanziert. <i>Messung</i> Kostendeckungsgrad pro Produkt <i>Messgrössen</i> - Produkt 1: ALV-Angebote für Erwachsene - Produkt 2: Berufl. Integration f. Sozialhilfe Beziehende - Produkt 3: Berufl. Integration für Jugendliche	100 67 81	99 69 82	99 69 93
2 Zielgruppenorientierung Teilnehmende kommen aus Winterthur <i>Messung</i> In Winterthur wohnhafte Teilnehmende <i>Messgrösse</i> Anteil Teilnehmertage von Personen mit Wohnort Winterthur in % aller Teilnehmertage pro Produkt - Produkt 1: ALV-Angebote für Erwachsene - Produkt 2: Berufl. Integration f. Sozialhilfe Beziehende - Produkt 3: Berufl. Integration für Jugendliche	31 90 73	40 95 60	40 90 60
3 Wirksamkeit der Massnahmen Produkt 1 Die Chancen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt haben sich verbessert <i>Messung</i> Einschätzung der Teilnehmenden und der zuweisenden Stellen (RAV) <i>Messgrösse</i> - Anteil der Beurteilungen gut/sehr gut bei Teilnehmenden (in %) - Anteil der Beurteilungen gut/sehr gut bei den zuweisenden Stellen (in %) Produkt 2 Sozialhilfe Beziehende nehmen an Arbeitsintegrationsmassnahmen bei der KAP teil <i>Messung / Messgrösse</i> - Anzahl Personen pro Jahr Produkt 3 a) Motivationssemester und Trampolin: Teilnehmende werden in eine Anschlusslösung mit beruflicher Perspektive vermittelt b) Attestausbildung: Teilnehmende schliessen die Ausbildung erfolgreich ab <i>Messung</i> a) Übertritte in Anschlusslösungen b) Abgeschlossene Ausbildungen <i>Messgrössen</i> a) Anzahl Übertritte in eine Anschlusslösung im Verhältnis zu allen Austritten (in %) b) Bestandene Lehrabschlussprüfungen im Verhältnis zu den Absolvierenden (in %)	87 82 510 81 100	90 90 550 75 80	90 90 550 75 -

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	3'294'014	3'168'205	2'782'468

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Der Globalkredit ist um CHF 385'800 tiefer. Hauptgrund ist der Wegfall der Kosten für das Restaurant Römerpark (CHF 650'000), voraussichtlich höhere Kosten für das Programm "Trampolin" (CHF 116'000) und leicht höhere Kosten im Produkt 2 (CHF 71'000, hauptsächlich Unterhaltszentrum).

Produkt 1 ALV-Angebote für Erwachsene

- Bei leicht tieferen Volumen werden die Kosten für Angebote im Auftrag der Arbeitslosenversicherung auf der Grundlage von Leistungsvereinbarungen vollständig rückerstattet.

Produkt 2 Berufliche Integration für Sozialhilfe Beziehende

- Bei gleich bleibendem Angebot bewegen sich die Kosten im Rahmen des Voranschlages 2011.

Produkt 3 Berufliche Integration für Jugendliche

- Der nach dem Wegfall der Kosten für das Restaurant Römerpark (CHF 650'000) verbleibende Saldo setzt sich - bei gleich bleibendem Angebot - zusammen aus CHF 190'000 für das Projekt Trampolin und CHF 72'000 für die Motivationssemester. CHF 30'000 der Kosten für die Motivationssemester entfallen auf Anschaffungen, welche der Arbeitslosenversicherung nur während einer 5-jährigen Abschreibungsperiode verrechnet werden können.

Parlamentarische Zielvorgaben

- Die Messgrössen bewegen sich im gleichen Rahmen wie im Vorjahr.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Der um CHF 511'500 tiefere Globalkredit ist zur Hauptsache auf die Schliessung des Restaurants Römerpark zurückzuführen.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	12'166'878	12'808'157	12'187'621
Sachkosten	1'862'109	1'914'359	1'551'344
Beiträge an Dritte	0	20'000	20'000
Residualkosten	248'695	248'695	246'228
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	1'024'581	1'011'120	988'720
Übrige interne Kosten	252'283	108'726	87'253
Kosten inkl. Verrechnungen	15'554'546	16'111'058	15'081'167
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	15'554'546	16'111'058	15'081'167
Externe Erlöse	5'607'162	6'060'390	5'716'400
Interne Erlöse	586'465	300'063	491'058
Beiträge von Dritten	6'066'905	6'582'400	6'091'240
Erlöse inkl. Verrechnungen	12'260'532	12'942'853	12'298'698
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	12'260'532	12'942'853	12'298'698
Total Nettokosten / Globalkredit	3'294'014	3'168'205	2'782'468
Kostendeckungsgrad in %	79	80	82

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	72.95	75.10	69.00
▪ Auszubildende	16.00	16.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

6.1 Stellen tiefer infolge Schliessung des Restaurants Römerpark.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Teilnahme am Ausschreibungsverfahren für arbeitsmarktliche Massnahmen ab 2013 des Kantonalen Amtes für Wirtschaft und Arbeit: Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (Produkt 1) und Motivationssemester (Produkt 3).
- Antrag an den Grossen Gemeinderat für den definitiven Betriebsbeitrag für die Velostation "Stellwerk" gemäss SRB 2007-1391 vom 22. August 2007.

Produkt 1 ALV-Angebote für Erwachsene**Leistungen**

- Die Teilnehmenden führen an einzelnen Einsatzplätzen oder in begleiteten Gruppen berufsnahen Tätigkeiten aus, welche ihrer Ausbildung und ihren Fähigkeiten entsprechen und erhalten resp. verbessern damit ihre Arbeitsmarktfähigkeit.
- Im Bildungsteil befassen sich die Teilnehmenden mit der Situation und den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes, ihrer persönlichen Situation sowie der zielgerichteten Stellensuche.
- Im individuellen Betreuungsteil werden mit den Teilnehmenden Ziele vereinbart, die regelmässig reflektiert werden. Der Stand der Zielerreichung dient als Grundlage zur Rückmeldung an die Personalberatenden der regionalen Arbeitsvermittlungszentren RAV.
- Die Teilnehmenden erhalten am Ende des Einsatzes eine Arbeitsbestätigung, die über die geleisteten Tätigkeiten im Sinne eines Arbeitszeugnisses Auskunft gibt.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	3'667'492	4'137'920	3'512'761
Erlös	3'667'203	4'086'740	3'466'899
Nettokosten	290	51'179	45'862
Kostendeckungsgrad in %	100	99	99

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
▪ Programmkosten pro Teilnehmertag	81.00	88.20	88.00
▪ Vermittlungsquote (1. Arbeitsmarkt in %)	43	30	30

Programmkosten = Programmaufwand abzüglich programmspezifische Erträge (z.B. Dienstleistungen, Produkteverkauf)

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Programme zur vorübergehenden Beschäftigung (PvB) (Anzahl Plätze)			
▪ Einzeleinsatzplätze	70	70	56
▪ Gruppeneinsatzplätze Deutschförderung	30	30	30
▪ Gruppeneinsatzplätze FOKUS	24	24	12
▪ Gruppeneinsatzplätze für junge Erwachsene	14	14	14
▪ Abklärungsmonat Praxis CHECK		10	10
Praktika in der Wirtschaft (Anzahl Plätze)			
▪ Berufspraktikum learn + earn für Lehrgänger/innen	30	30	30
Total	168	178	152

Produkt 2 Berufliche Integration für Sozialhilfe Beziehende

Leistungen

- Überbrückungs- und Abklärungsangebote: Das Überbrückungsangebot "Passage" hilft arbeitsfähigen Personen, vor dem Bezug von Sozialhilfeleistungen nochmals sämtliche Ressourcen zu aktivieren, um doch noch eine Stelle im 1. Arbeitsmarkt zu finden. Vom Abklärungsangebot "Kompass" erhalten die Verantwortlichen der Sozialhilfe eine qualifizierte Einschätzung des beruflichen Integrationspotentials.
- Teillohnstellen (Einzeleinsatzplätze in der Wirtschaft und in der Stadtverwaltung, Gruppenarbeitsplätze in externen Sozialfirmen und in KAP-Betrieben) zielen auf die langfristige unbefristete Arbeitsintegration von arbeitsfähigen Sozialhilfe Beziehenden mit Arbeitsmarkthemmnissen.
- Im Auftrag des kantonalen Sozialamtes fördert das Bildungs-, Beschäftigungs- und Integrationsprogramm für vorläufig aufgenommene Asyl Suchende (Gruppen- und Einzeleinsatzplätze) mit arbeitsmarktnaher Beschäftigung, individueller Beratung und Deutschunterricht die berufliche und soziale Integration.
- Im Auftrag der Sozialversicherungsanstalt des Kantons Zürich Durchführung von Potentialabklärungen gemäss individueller Zielvereinbarung und Arbeitsvermittlung aufgrund von individuell formulierten Einzelaufträgen.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	7'423'397	7'673'515	7'856'595
Erlös	4'969'786	5'321'379	5'392'430
Nettokosten	2'453'610	2'352'137	2'464'165
Kostendeckungsgrad in %	67	69	69

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
▪ Programmkosten pro Teilnehmertag (ohne Teilnehmerlohnkosten)	53.00	59.05	48.70
▪ Teilnehmerlohnkosten (Teillöhne und Passage)	2'689'878	3'010'500	3'010'500
▪ Vermittlungsquote (1. Arbeitsmarkt in %)	12	10	10

Programmkosten = Programmaufwand abzüglich Teilnehmer-Löhne und programmspezifische Erträge (z.B. Dienstleistungen, Produkteverkauf)

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Überbrückung und Abklärung (Anzahl Plätze)			
▪ "Passage"	20	20	20
▪ Kompass	11	6	6
Teillohnstellen (Anzahl Plätze)			
▪ Teillohn Wirtschaft	45	45	45
▪ Teillohn Stadtverwaltung	30	30	30
▪ Teillohn KAP-Betriebe	41	41	46
▪ Teillohn externe Sozialfirmen und NPO	10	10	10
Integrationsprogramm für vorläufig aufgenommene Asyl Suchende (Anzahl Plätze)			
▪ Unterhaltszentrum	20	20	25
▪ Einzeleinsatzplätze		14	14
Weitere Integrationsangebote			
▪ Stellenvermittlung	10	10	0
▪ Arbeitseinsätze, Beschäftigung	16	18	33
Total	203	214	229

Produkt 3 Berufliche Integration für Jugendliche

Leistungen

Motivationssemester (Transit):

- Die Jugendlichen führen an einzelnen Einsatzplätzen oder in begleiteten Gruppen berufsnahe Tätigkeiten aus, welche ihren Fähigkeiten sowie der Arbeitsmarktrealität in Bezug auf Ausbildungsplätze entsprechen und steigern bzw. verbessern damit ihre Chancen auf eine Berufsausbildung.
- Im Bildungsteil befassen sich die Jugendlichen mit der Situation und den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes, ihrer persönlichen Situation sowie der zielgerichteten Lehrstellensuche.
- Im individuellen Betreuungsteil werden mit den Jugendlichen Ziele vereinbart, die regelmässig reflektiert werden. Der Stand der Zielerreichung dient als Grundlage zur Rückmeldung an die Personalberatenden der regionalen Arbeitsvermittlungszentren RAV.
- Die Jugendlichen erhalten am Ende des Einsatzes eine Arbeitsbestätigung, die über die geleisteten Tätigkeiten im Sinne eines Arbeitszeugnisses Auskunft gibt.
- Transit Express unterstützt Schulabgängerinnen und Schulabgänger sowie Lehrabbrechende in der Stellensuche und vermittelt sie in Lehrstellen. Zur Verbesserung der Nachhaltigkeit werden die Jugendlichen mindestens ein Jahr während ihrer Berufsbildung begleitet und unterstützt.

Unterstützung von gefährdeten Jugendlichen

- Trampolin fördert in praktischen Arbeitsfeldern Schlüsselqualifikationen, welche von der Arbeits- und Ausbildungswelt eingefordert werden.
- Trampolin bietet auf individuelle Bedürfnisse abgestimmte Tagesstrukturen für Jugendliche beiderlei Geschlechts.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	4'462'816	4'299'623	3'712'573
Erlös	3'623'543	3'534'734	3'439'370
Nettokosten	839'274	764'889	273'203
Kostendeckungsgrad in %	81	82	93

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Programmkosten pro Teilnehmertag (Motivationssemester)	108.00	111.45	119.15
Programmkosten pro Teilnehmertag (Trampolin)	118.00	154.40	156.80
Programmkosten pro Teilnehmertag (Attestausbildung)	141.00	144.65	0.00

Programmkosten = Programmaufwand abzüglich Teilnehmer-Löhne und programmspezifische Erträge (z.B. Dienstleistungen, Produktverkauf)

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Motivationssemester (Anzahl Plätze)			
Gruppeneinsatzplätze Transit Werkstatt	50	50	50
Einzeleinsatzplätze Transit Praktika	30	30	30
Attestausbildung (Anzahl Plätze)			
Restaurant Römerpark	15	15	0
Unterstützung gefährdeter Jugendlicher			
Trampolin	25	25	25
Total	120	120	105

IAFP Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP)

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	15'554	16'111	15'081	15'281	15'281	15'281
Erlös	12'260	12'942	12'298	12'299	12'299	12'299
Nettokosten/Globalkredit	3'294	3'168	2'782	2'982	2'982	2'982
Kostendeckungsgrad in %	79	80	82	80	80	80

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Mit dem Globalkredit werden Massnahmen zur beruflichen Integration von Sozialhilfe Beziehenden (Produkt 2) und Jugendlichen (Produkt 3, ohne Motivationssemester) finanziert. <i>Messung</i> Kostendeckungsgrad pro Produkt <i>Messgrössen</i> - Produkt 1: ALV-Angebote für Erwachsene - Produkt 2: Berufl. Integration f. Sozialhilfe Beziehende - Produkt 3: Berufl. Integration für Jugendliche						
	100	99	99	100	100	100
	67	69	69	69	69	69
	81	82	93	93	93	93
2 Zielgruppenorientierung Teilnehmende kommen aus Winterthur <i>Messung</i> In Winterthur wohnhafte Teilnehmende <i>Messgrösse</i> Anteil Teilnehmertage von Personen mit Wohnort Winterthur in % aller Teilnehmertage pro Produkt - Produkt 1: ALV-Angebote für Erwachsene - Produkt 2: Berufl. Integration f. Sozialhilfe Beziehende - Produkt 3: Berufl. Integration für Jugendliche						
	31	40	40	40	40	40
	90	95	90	90	90	90
	73	60	60	60	60	60
3 Wirksamkeit der Massnahmen Produkt 1 Die Chancen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt haben sich verbessert <i>Messung</i> Einschätzung der Teilnehmenden und der zuweisenden Stellen (RAV) <i>Messgrösse</i> - Anteil der Beurteilungen gut/sehr gut bei Teilnehmenden (in %) - Anteil der Beurteilungen gut/sehr gut bei den zuweisenden Stellen (in %) Produkt 2 Sozialhilfe Beziehende nehmen an Arbeitsintegrationsmassnahmen bei der KAP teil <i>Messung / Messgrösse</i> - Anzahl Personen pro Jahr* Produkt 3 a) Motivationssemester und Trampolin: Teilnehmende werden in eine Anschlusslösung mit beruflicher Perspektive vermittelt b) Attestausbildung: Teilnehmende schliessen die Ausbildung erfolgreich ab <i>Messung</i> a) Übertritte in Anschlusslösungen b) Abgeschlossene Ausbildungen <i>Messgrössen</i> a) Anzahl Übertritte in eine Anschlusslösung im Verhältnis zu allen Austritten (in %) b) Bestandene Lehrabschlussprüfungen im Verhältnis zu den Absolvierten (in %)						
	87	90	90	90	90	90
	82	90	90	90	90	90
	510	550	550	550	550	550
	81	75	75	75	75	75
	100	80	-	-	-	-

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

- Die KAP beteiligt sich im 1. Halbjahr 2011 als Subunternehmen an der Submission des Kantonalen Amtes für Wirtschaft und Arbeit für Strategiemassnahmen. Im Falle eines Zuschlages für die 2-jährige Leistungsperiode 2012 und 2013 wird sich im Jahr 2013 die Frage einer Teilnahme an den Folge-Submissionen stellen.
- Der Stadtrat hat die stadträtliche Kommission Arbeitsmarkt anfangs 2011 im Zusammenhang mit der Schliessung des Restaurants "Römerpark" mit einer "Bedarfsanalyse Lehrstellenmarkt" beauftragt. Sich daraus ergebende Massnahmen der Stadt sind ab 2013 mit jährlich CHF 200'000 eingestellt.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Mit der im 1. Halbjahr 2011 laufenden Submission für Strategiemassnahmen und Sprachkurse macht das Kantonale Amt für Wirtschaft und Arbeit deutlich, dass sie die Durchführung von arbeitsmarktlichen Massnahmen auf wenige Anbieter konzentrieren will. Zusammen mit der absehbaren Verkürzung der Massnahmen und - aufgrund der nach wie vor rückläufigen Arbeitslosenquote - der Verkleinerung des Volumens wird die Konkurrenz unter den Anbietenden deutlich härter.

Stadtwerk Winterthur

Auftrag

Stadtwerk Winterthur

- versorgt Haushalte und Wirtschaft der Stadt Winterthur mit Wasser, Elektrizität, Erdgas und Fernwärme.
- reinigt das Abwasser der Stadt Winterthur und weiterer topografisch geeigneter Gemeinden.
- verwertet thermisch den Abfall der Stadt Winterthur und eines weiteren Einzugsgebietes an einem Standort, der die Nutzung der anfallenden Abwärme ermöglicht.
- betreibt weitere mit den vorstehenden Aufgaben zusammenhängende unterstützende Geschäfte wie Energie-Contracting, Telecom, Hausinstallationsgeschäft.
- bietet seine Leistungen weiteren Gemeinden und Körperschaften an, zwecks Optimierung der Gesamtwirtschaftlichkeit, der Marktstellung oder zur langfristigen Zukunftssicherung.
- erbringt zugewiesene öffentliche Leistungen wie an die Konzession gebundene Lieferung von Zuschusswasser an Drittgemeinden, Klärschlammverbrennung für Dritte, sofern die Leistung in einem engen Zusammenhang mit der Grundgeschäftstätigkeit steht.

Im Bereich der Wasser- und Stromversorgung sowie der Abwasserreinigung, der Schlammverbrennung und Kehrichtverbrennung kommt die Stadt Winterthur mit Stadtwerk Winterthur ihrem gesetzlichen Auftrag nach.

Produkte

Gemäss GGR-Beschluss Nr. 2004/039 vom 19. Mai 2004 führt Stadtwerk keine Produkte-, sondern eine eigene Profitcenter-Rechnung. Diese ist in einem separaten Bericht abgebildet.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (GSchG)
- Gewässerschutzverordnung (GSchV)
- Verordnung über den Schutz der Gewässer vor wassergefährdenden Flüssigkeiten (VWF)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz (USG)
- Luftreinhalteverordnung (LRV)
- Verordnung über umweltgefährdende Stoffe (StoV)
- Bundesgesetz betreffend die elektrischen Stark- und Schwachstromanlagen (ELG)
- Bundesgesetz über Rohrleitungsanlagen zur Beförderung flüssiger oder gasförmiger Brenn- oder Treibstoffe (RLG)
- Rohrleitungsverordnung (RLV)
- Verordnung über Sicherheitsvorschriften für Rohrleitungsanlagen
- Bundesgesetz über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEG)
- Verordnung über die Sicherheit von technischen Einrichtungen und Geräten (STEV)
- Energiegesetz (EnG)
- Stromverteilungsgesetz (Strom VG)
- Stromversorgungsgesetz (Strom VV)
- Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (LMG)
- Lebensmittelverordnung (LMV)
- Energienutzungsbeschluss (ENB)
- Klärschlammverordnung
- Technische Verordnung über Abfälle (TVA)
- Verordnung über Abwassereinleitungen
- Verordnung über den Verkehr von Sonderabfällen
- Verordnung über elektrische Schwachstromanlagen
- Verordnung über elektrische Starkstromanlagen
- Verordnung über elektrische Leitungen (LeV)
- Verordnung über elektrische Niederspannungsinstallationen (NIV)
- Verordnung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung (NISV)
- Verordnung über die Sicherstellung der Trinkwasserverordnung in Notlagen (VTN)
- Abfallgesetz Kanton Zürich

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

- Bewilligung zur Annahme von Sonderabfällen
- Betriebsbewilligungen KVA und SVA
- EKAS Richtlinien
- Finanzhaushaltsgesetz
- Handbuch über das Rechnungswesen der zürcherischen Gemeinden
- Submissionsverordnung

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über die Organisation der Stadtverwaltung
- Verordnung über den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur
- Reglement über die Abgabe elektrischer Energie inkl. Nachträge
- Regulativ über die Abgabe von Wasser aus der städtischen Wasserversorgung
- Verordnung über die Abgabe von Gas
- Verordnung über die Fernwärmeversorgung
- Verordnung über die Abfallentsorgung
- Verordnung über die Siedlungsentwässerung

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild und Strategie
- Zielvorgaben
- Kompetenzregelungen

Verantwortliche Leitung

Markus Sägesser

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung			
1.1 Marktgerechte Versorgungspreise			
Messung / Bewertung:			
Vergleich der Strompreise mit denjenigen vergleichbarer Schweizer Städte			
Messgrösse:			
Mittelpreis von Normverbräuchen in % des Durchschnitts von acht Schweizer Städten	85	92	92
1.2 Marktgerechte Entsorgungspreise			
Messung / Bewertung:			
Vergleich der Kehrichtverbrennungspreise mit denjenigen anderer zürcherischer KVA			
Messgrösse:			
Verbrennungspreise Stadtwerk Winterthur in % des Durchschnitts der zürcherischen KVA's	96	95	98
1.3 Marktgerechte Versorgungspreise			
Messung / Bewertung:			
Vergleich der Gaspreise mit denjenigen vergleichbarer Schweizer Städte			
Messgrösse:			
Mittelpreis von Normverbräuchen in % des Durchschnitts von acht Schweizer Städten	92	90	92
1.4 Marktgerechte Versorgungspreise			
Messung / Bewertung:			
Vergleich der Wasserpreise mit denjenigen vergleichbarer Schweizer Städte			
Messgrösse:			
Mittelpreis von Normverbräuchen in % des Durchschnitts mit Wasserversorgungen grösser 50'000 Einwohner (gem. SVGW Klasse 1).	83	85	85
1.5 Betriebsreserve Stromhandel			
Messung / Bewertung:			
Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Stromhandel			
Messgrösse:			
in TCHF	2'770	188	428
1.6 Betriebsreserve Gashandel			
Messung / Bewertung:			
Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Gashandel			
Messgrösse:			
in TCHF	4'718	414	513
1.7 Betriebsreserve Haustechnik			
Messung / Bewertung:			
Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Haustechnik			
Messgrösse:			
in TCHF	-153	21	-10
1.9 Betriebsreserve Verteilung Elektrizität			
Messung / Bewertung:			
Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Verteilung Elektrizität			
Messgrösse:			
in TCHF	-424	124	457
1.10 Betriebsreserve Telekom			
Messung / Bewertung:			
Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Telekom			
Messgrösse:			
in TCHF	-836	-1'442	-2'269
1.11 Betriebsreserve Verteilung Gas			
Messung / Bewertung:			
Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Verteilung Gas			
Messgrösse:			
in TCHF	895	406	494

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1.12 Betriebsreserve Wasserversorgung <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Wasserversorgung <i>Messgrösse:</i> in TCHF	2	895	-805
1.13 Betriebsreserve KVA <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve KVA <i>Messgrösse:</i> in TCHF	88	-910	-392
1.14 Betriebsreserve Kläranlage <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Kläranlage <i>Messgrösse:</i> in TCHF	527	722	-1'226
1.15 Betriebsreserve Fernwärme <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Fernwärme <i>Messgrösse:</i> in TCHF	273	-346	-1'010
1.16 Betriebsreserve Energie-Contracting <i>Messung / Bewertung:</i> Einlage/Entnahme aus Betriebsreserve Energie-Contracting <i>Messgrösse:</i> in TCHF	971	-335	-587
2 Versorgungssicherheit			
2.1 Qualität des Stromversorgungsnetzes <i>Messung / Bewertung:</i> Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes. Die technische Nutzungsdauer beträgt ca. 50 Jahre, die langfristige Erneuerungsrate somit 2,0% <i>Messgrösse:</i> Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge.	22 Jahre/1,4%	22 Jahre / 2,2%	22,5 Jahre / 1,7%
2.2 Qualität des Wasserversorgungsnetzes <i>Messung / Bewertung:</i> Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes. Die technische Nutzungsdauer beträgt ca. 60 Jahre, die lanfristige Erneuerungsrate somit 1,7%. <i>Messgrösse:</i> Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge.	30 Jahre/2,0%	30 Jahre / 1,7%	30 Jahre / 1,7%
2.3 Qualität des Gasversorgungsnetzes <i>Messung / Bewertung:</i> Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes. Die technische Nutzungsdauer beträgt ca. 70 Jahre, die langfristige Erneuerungsrate somit 1,4%. <i>Messgrösse:</i> Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge.	29 Jahre/0,6%	29 Jahre / 0,8%	30 Jahre / 0,8%
2.4 Qualität des Fernwärmeversorgungsnetzes <i>Messung / Bewertung:</i> Langfristige und nachhaltige Sicherung des Leitungsnetzes. Die technische Nutzungsdauer beträgt ca. 33 Jahre, die langfristige Erneuerungsrate somit 3,0%. <i>Messgrösse:</i> Durchschnittsalter der Leitungen in Jahren und Erneuerungsrate in % der Leitungslänge	20 Jahre/0.2%	22 Jahre, 0,2%	21 Jahre / 0,5%

[illegible]

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
6.4 Ökostrom-Anteil <i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich Anteil des verkauften Ökostroms in Winterthur zur entsprechenden Kennzahl über den gesamtschweizerischen Verbrauch. <i>Messgrösse:</i> Ökostromanteil in % des gesamtschweizerischen Ökostromanteils (label naturemade star VUE)	n.a.	100	105
6.5 Fernwärmeabsatz auf Stadtgebiet <i>Messung / Bewertung:</i> Steigerung des Fernwärmeabsatzes <i>Messgrösse:</i> Neu angeschlossene Leistung in kW/Jahr	3'708	3'500	3'000
6.6 Strom aus erneuerbaren Energien <i>Messung / Bewertung:</i> Strom aus erneuerbaren Energien im Vergleich zum Gesamtverbrauch <i>Messgrösse:</i> Anteil Strom aus erneuerbaren Energien am Gesamtverbrauch gemäss Stromkennzeichnung Bund			25%

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	0	0	0

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Die Kommentare zu den Indikatoren sind aus dem separaten Budgetbericht Stadtwerk Winterthur zu entnehmen.

Nettokosten / Globalkredit der Betriebe	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	41'045'951	42'973'480	41'861'634
Sachkosten	130'921'602	142'279'609	151'635'241
Beiträge an Dritte	8'293'946	9'459'000	9'920'000
Spezialfinanzierungen (Einlage)	10'244'510	2'767'633	1'881'505
Residualkosten	2'020'342	2'020'342	1'984'663
(kalkulatorische) Abschreibungen und Zinsen	18'026'672	15'161'800	18'215'600
Mietkosten	326'984	214'400	236'862
Übrige interne Kosten	9'540'177	10'746'039	13'874'650
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>220'420'184</i>	<i>225'622'303</i>	<i>239'610'155</i>
Verrechnungen innerhalb PG	6'685'107	8'064'839	10'465'300
Total effektive Kosten	213'735'077	217'557'464	229'144'855
Externe Erlöse	171'690'730	178'668'867	192'996'301
Interne Erlöse	43'993'377	40'519'904	37'251'491
Beiträge von Dritten	3'324'000	3'399'915	3'072'612
Spezialfinanzierungen (Entnahme)	1'412'077	3'033'617	6'289'751
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>220'420'184</i>	<i>225'622'303</i>	<i>239'610'155</i>
Verrechnungen innerhalb PG	6'685'107	8'064'839	10'465'300
Total effektive Erlöse	213'735'077	217'557'464	229'144'855
Total Ergebnis / (Globalkredit)	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Ergebnisermittlung Betriebe	IST 2010	Soll 2011	Soll 2012
Total Ergebnis / (Globalkredit)	0	0	0
+ Einlage in Betriebsreserve	10'244'510	3'882'494	1'881'505
./. Entnahme aus Betriebsreserve	1'412'077	2'803'081	6'289'751
Ergebnis vor Reserveveränderung	-8'832'433	-1'079'413	4'408'246

Stadtbus Winterthur

Auftrag

Stadtbus erbringt die vom ZVV bestellten Angebots- und Marktleistungen im Bereich des öffentlichen Verkehrs im Marktgebiet Winterthur.

Produkte

1. Betrieb Stadtlinien

Fahrplanmässiger Betrieb der Linien 1 – 14 in Erfüllung des Transportauftrages ZVV

2. Betrieb Regional- und Nachtlinien

Fahrplanmässiger Betrieb der Regionallinien 610, 611, 658, 660, 662, 667, 674, 767 sowie der Nachtlinien N59, N61, N65, N66, N67 in Erfüllung des Transportauftrages ZVV

3. Marktbearbeitung für den ZVV im Raum Winterthur

Produktmarketing für das gesamte Marktgebiet Winterthur: Einführung und Vermarktung der ZVV-Leistungen, Angebotsplanung, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

4. Nebenleistungen

Vermietungen von Gebäuden und Parkplätzen, Werbung für Dritte, Extrafahrten

5. Unterhalt Infrastruktur

Betrieb und Unterhalt von Fahrleitungen und Haltestelleninfrastruktur (ZVV-Standard)

6. ZVV-Aufgaben

Im Auftrag des ZVV zu erbringende verbundweite Aufgaben: Verkauf von Fahrscheinen an Verkaufspunkten (Verkaufsstelle HB, Kioske, Fahrzeuge, Billettautomaten) und Leadhouse-Aufgaben

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesamt für Verkehr (BAV)

- Diverse Konzessionen für regelmässige gewerbsmässige Personenbeförderung
- Eisenbahngesetz vom 1.1.1996
- Bundesgesetz über die Personenbeförderung und die Zulassung als Strassentransportunternehmen vom 18.6.1993
- Bundesgesetz über die Trolleybusunternehmen vom 1.1.1996
- Bundesgesetz über die Arbeit in Unternehmen des öffentlichen Verkehrs (Arbeitszeitgesetz) vom 19.3.1993
- Verordnung über das Rechnungswesen der konzessionierten Transportunternehmen vom 15.3.1999
- Kanton / Zürcher Verkehrsverbund
- Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (PVG) vom 6.3.1988
- Zusammenarbeitsvertrag mit ZVV vom 3.10.89 und 24.3.99
- Transportvertrag 2012/13
- Zielvereinbarung 2012 (SRB-Nr. 2005-1235)
- Finanzierung gemäss § 25 PVG (SRB-Nr. 2005-2693)
- Verordnung über das Angebot im öffentlichen Personenverkehr vom 14.12.1988
- Verordnung über das Fahrplanverfahren im Verkehrsverbund vom 15.10.1997
- ZVV-Strategie 2009 - 2012
- Grundsätze über die Entwicklung von Angebot und Tarif im öffentlichen Personenverkehr

Stufe Stadt (GGR / SR)

Stufe Verwaltungseinheit

- Leitbild
- Strategie
- Jahresziele

Verantwortliche Leitung

Thomas Nideröst

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit Kostenvorgabe ZVV: Max. Abweichung Fahrleistungserbringung in % <i>Messgrösse:</i> ▪ CC-Rechnung „Fahrleistung“ (gemäss Zielvereinbarung vom 7. Juli 2005) Fahrleistungskosten für Stadt- und Regionallinien <i>Messgrösse:</i> ▪ Kosten der Fahrleistung pro Fahrplankilometer Verlustzeiten Stadtnetz <i>Messgrösse:</i> ▪ Volkswirtschaftlicher Schaden pro Jahr in Stunden ▪ Volkswirtschaftlicher Schaden pro Jahr in CHF Produktivität Fahrdienst <i>Messgrösse:</i> ▪ Krankheitsstunden pro MA ▪ Produktive Dienstplanstunden pro MA Kostendeckungsgrad sämtlicher Linien von Stadt und Region <i>Messgrösse:</i> ▪ Linienerfolgsrechnung ZVV / KDG in %	erfüllt	2.4	0.0
	7.25	7.73	7.81
		350'000 10'500'000	400'000 12'000'000
	92 1'734	85 1'740	85 1'750
	63.9	59.5	60.0
2 Marktleistung Anzahl Personenkilometer und Fahrgäste <i>Messgrösse:</i> ▪ Statistik Fahrgastzählung / Personenkilometer ▪ Statistik Fahrgastzählung / Fahrgäste Pünktlichkeitsgrad <i>Messgrösse:</i> ▪ nicht verspätete Personen (maximal 3 Minuten) in % Anzahl erschlossene Personen (in der Stadt Winterthur) gemäss §4 kantonale Angebotsverordnung <i>Messgrösse:</i> ▪ Einwohnerzahl minus Einwohner unerschlossen	59'700'000 25'500'000	59'500'000 25'200'000	60'000'000 26'200'000
	91	90	91
			98'995
3 Kundenorientierung Kundenzufriedenheit bei MVU (Marktverantwortliche Unternehmen) - Aufgaben <i>Messgrösse:</i> ▪ Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte Kundenzufriedenheit bei Fahrleistungsaufgaben <i>Messgrösse:</i> ▪ Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte Reklamationen <i>Messgrösse:</i> ▪ Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte	69 72 37	keine Messung keine Messung keine Messung	71 74 44
4 Öffentlichkeitsarbeit Kommunikation <i>Messgrösse:</i> ▪ Anzahl Medienmitteilungen ▪ Anzahl Medienanlässe Image <i>Messgrösse:</i> ▪ Anzahl positive / negative Medienberichte	12 2 4:1	16 3 3 : 1	18 3 3 : 1

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
5 Mitarbeitende			
Kundenfreundlichkeit des Fahrpersonals und Mitarbeiterzufriedenheit			
Messgrösse:			
▪ Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte	72	keine Messung	74
▪ Befragung zur MA-Zufriedenheit / % der zufriedenen bzw. sehr zufriedenen MA	keine Messung	keine Messung	74
Mitarbeiterzufriedenheit durch Erfolgsbeteiligung			
Messgrösse:			
▪ Kundenbefragung und Rechnungsergebnis / Betrag pro Mitarbeitenden			
▪ Realisierte Erfolgsbeteiligung in % des möglichen Maximums	entfällt	50.00	50.00
Interne Kommunikation			
Messgrösse:			
▪ Anzahl Teilnehmende (freiwillig) pro Personalveranstaltung	190	220	220
Lehrlingsausbildung			
Messgrösse			
▪ Anzahl Lehrlinge, Praktikumsplätze und Anlehre (31.12)	4.00	4.00	4.00

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	0	0	0

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Keine Abweichungen zu Voranschlag 2011

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Keine Abweichungen zu Rechnung 2010

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	242.64	245.73	246.72
▪ Auszubildende	4.00	4.00	4.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze			

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Netzmanagement: Pensionierung Sachbearbeiter
AFAZ/Doppelbesetzung während Einarbeitungsphase -0.42

Kommunikation und Marketing: Pensionierung Leiter Verkauf
Nachfolge mit tieferem Pensum – 0.33

Fahrdienst: Angebotserweiterung +3.41

Die Kosten für die zusätzlichen Stellen sind zu 100% im Leistungsentgelt des ZVV enthalten.

Nettokosten / Globalkredit der Betriebe	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	28'235'879	28'884'432	29'638'156
Sachkosten	11'397'086	14'557'845	16'779'229
Beiträge an Dritte	0	0	0
Spezialfinanzierungen (Einlage)	2'203'767	0	0
Residualkosten	273'500	277'600	281'800
(kalkulatorische) Abschreibungen und Zinsen	1'098'224	873'035	1'614'305
Mietkosten	58'619	57'000	63'000
Übrige interne Kosten	417'315	91'100	141'100
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>43'684'390</i>	<i>44'741'012</i>	<i>48'517'590</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	43'684'390	44'741'012	48'517'590
Externe Erlöse	42'387'834	43'340'132	47'201'990
Interne Erlöse	1'255'582	1'262'766	1'196'150
Beiträge von Dritten	0	0	0
Spezialfinanzierungen (Entnahme)	40'974	138'114	119'450
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>43'684'390</i>	<i>44'741'012</i>	<i>48'517'590</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	43'684'390	44'741'012	48'517'590
Total Ergebnis / (Globalkredit)	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Ergebnisermittlung Betriebe	IST 2010	Soll 2011	Soll 2012
Total Ergebnis / (Globalkredit)	0	0	0
+ Einlage in Betriebsreserve	2'203'767	0	0
./. Entnahme aus Betriebsreserve	40'974	138'114	119'450
Ergebnis vor Reserveveränderung	-2'162'793	138'114	119'450

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Bahnhofsumbau
- Projektierung Depoterweiterung / Verwaltungsneubau
- Projektierung Depotsanierung
- Neue Linie 667: Betriebsaufnahme
- Winterfahrplan Linie 2
- Einführung neue Billettautomaten und Verkaufsgeräte
- Fahrplan Bahnhofsumbau inkl. Linienänderungen Linie 4/11
- Aushandeln einer neuen Leistungsvereinbarung mit dem ZVV

Produkt 1 Betrieb Stadtlinien

Leistungen

- Erbringung sämtlicher Fahrplanleistungen im Stadtgebiet gemäss Transportvertrag mit ZVV vom Februar 2005 (Linienführung und Kursangebot gemäss Beschluss Verkehrsrat für Verbundfahrplan 2010/2011)
- Das Leistungsangebot ist mit der vom ZVV bewilligten Anzahl Fahrzeuge (Betriebsmittelliste) zu erbringen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	31'452'761	33'197'831	35'285'520
Erlös	31'452'761	33'197'831	35'285'520
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
▪ Einhalten der maximalen %-Abweichung für CC-Fahrleistung "Stadt" gem. Zielvereinbarung 2012 mit ZVV	erfüllt	2.4	0.0
▪ Zeitguthaben Fahrpersonal Ende Jahr (in Stunden)	12'336	9'000	9'000
▪ Projekt Busbevorzugung (Massnahmen definiert)			
▪ Technische Verfügbarkeit Leitstelle für Kunden in %	98	98	98
▪ Sauberkeit Busse innen (Resultat MSQ)	73	keine Messung	75
▪ Sauberkeit Busse aussen (Resultat MSQ)	79	keine Messung	80

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
▪ Fahrplankilometer (Stadtnetz, Basis DIVA)	3'891'000	3'973'600	3'990'000
▪ Fahrplanstunden (Stadtnetz, Basis DIVA)	243'800	248'600	251'200

Produkt 2 Betrieb Regional- und Nachtlinien

Leistungen

- Erbringung sämtlicher Fahrplanleistungen im Regional- und Nachtnetz gem. Transportvertrag mit ZVV vom Februar 2005 (Linienführung und Kursangebot gemäss Beschluss Verkehrsrat für Verbundfahrplan 2011/2012)
- Das Leistungsangebot ist mit der vom ZVV bewilligten Anzahl Fahrzeuge (Betriebsmittelliste) zu erbringen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	5'766'339	5'547'885	6'831'960
Erlös	5'766'339	5'547'885	6'831'960
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
- Einhalten der maximalen %-Abweichung für CC-Fahrleistung "Regional" gemäss Zielvereinbarung 2012 mit ZVV - siehe operative Ziele "Stadtlinien"	erfüllt	2.4	0.0

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
- Fahrplankilometer (Regional- und Nachtnetz, Basis DIVA) - Fahrplanstunden (Regional- und Nachtnetz, Basis DIVA)	956'300 38'500	1'030'000 41'700	1'330'000 46'900

Produkt 3 Marktbearbeitung für den ZVV im Raum Winterthur

Leistungen

- Planen von Angebotserweiterungen und -veränderungen (Angebotsplanung)
- Bewerben des Linienangebotes im Marktgebiet (Produktemarketing)
- Durchführen von Marktbearbeitung und Promotion (Produktemarketing)
- Sicherstellen von aktuellen und vollständigen Fahrgastinformationen (Produktemarketing)
- Veranlassen einer aktiven Unternehmenskommunikation und Öffentlichkeitsarbeit (PR-Massnahmen)

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'354'216	1'968'605	2'707'552
Erlös	1'354'216	1'968'605	2'707'552
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
- Neue Linienführung Linie 11 eingeführt - Angebotsveränderungen frühzeitig kommunizieren - Verbesserte Information bei Verspätungen/Leitstelle in Betrieb - Angebotskonzept nächste Fahrplanperiode 2011/12 liegt vor - Marktanalyse Preise Fahrzeugwerbung (Analyse durchgeführt) - Erschliessung Dättbau West - Neue Linie 674 (Seuzach-HB) eingeführt	Neu 2012 erfüllt teilweise erfüllt erfüllt erfüllt April 2011 April 2011	verschoben Dezember Dezember April März	Juli 2012 April 2012 Dezember

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
- Auflage Taschenfahrpläne pro Jahr - Auflage "Stadtbus AKTUELL" pro Jahr - Auflage Geschäftsbericht pro Jahr	120'000 110'000 600	200'000 110'000 600	220'000 110'000 600

Umbau HB = einen zusätzlichen Fahrplan Sommer 2012

Produkt 4 Nebenleistungen

Leistungen

- Erzielen von Zusatzeinnahmen aus Geschäften die sich als "Nebenprodukt" der Hauptaufgabe von Stadtbus (Fahrleistungserbringung) ergeben. Hauptsächlich:
 - Werbeeinnahmen Fahrzeuge
 - Vermietung von Gebäuden
 - Reparatureinnahmen aus Werkstattarbeiten
 - Extrafahrten und Bahnersatz

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	873'688	984'302	1'052'937
Erlös	873'688	984'302	1'052'937
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
▪ Durchschnittsgewinn pro Extrafahrt (in %)	20	20	20
▪ Vermietungen Depot Deutweg und Grüzefeld (keine Leerstände)	87%	85%	70%
▪ Einnahmen aus Fahrzeugwerbung	710'000	745'000	780'000
▪ Umsatzziel "Altstadt-Card"	1'206'000	1'300'000	1'350'000
▪ Anzahl Verkaufstransaktionen "Altstadt-Card"	13'700	13'500	14'100

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
▪ Anzahl verkaufte Trafficboard pro Jahr	22	28	28
▪ Anzahl verkaufte Heckwerbung pro Jahr	83	85	85
▪ Anzahl verkaufte Dachreklamen pro Jahr	54	92	92
▪ Anzahl Extrafahrten pro Jahr	97	110	110
▪ Anzahl verkaufte Teilbemalungen pro Jahr	4	5	5

Produkt 5 Unterhalt Infrastruktur

Leistungen

- Betrieb und Instandhaltung der Infrastrukturanlagen an der Fahrstrecke, insbesondere Fahrleitungen und Haltestellen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	2'140'535	1'118'525	878'256
Erlös	2'140'535	1'118'525	878'256
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
▪ Vandalenschäden: Zeitvorgabe für Wiederinstandstellung (nach Eingang Meldung) in Stunden	48	48	48
▪ Energieverbrauch Immobilien / Infrastruktur senken (Im Vergleich zum durchschnittlichen Verbrauch der letzten 5 Jahre) in %	1	0	0
▪ Neuausrüstung mit Haltestellenanzeigen	0	20	11

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
▪ Unterhalt Fahrleitungsnetzes (Kurslinien) (in km)	22.2	23.1	23.1
▪ Unterhalt Fahrleitungsnetzes (Dienstlinien) (in km)	2.9	2.9	2.9
▪ Unterhalt von Haltestellen im Stadtnetz (Anzahl)	274	277	278
▪ Unterhalt Haltestellenanzeigen (Anzahl)	7	21	21

Produkt 6 ZVV-Aufgaben

Leistungen

- Aufgaben, die Stadtbus gemäss separatem Auftrag für den Zürcher Verkehrsverbund ausführt. Hauptsächlich:
 - Verkauf von Fahrausweisen (Verkaufsstellen, Fahrzeuge, Billettautomaten und Dritte)
 - Instandhaltung, Unterhalt und Leerung der Billettautomaten
 - Geldabrechnung und Statistikwesen der Fahrausweisverkäufe (Inkasso, Ablieferung und Statistikdaten)
 - Umsetzung der Leistungsaufträge als Leadhouse im ZVV Gebiet

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	2'096'851	1'923'863	1'761'365
Erlös	2'096'851	1'923'864	1'761'365
Nettokosten	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
▪ Projektierung Mobilitätszentrale am Bahnhof	Dez. 2013	abgeschlossen	Verlauf 2013 Verlauf 2013
▪ Umsetzung Mobilitätszentrale			
▪ Einführung neue Billettautomaten			
▪ Beheben von Vandalenschäden an Billettautomaten (in Stunden)	48	48	48
▪ Projekt S-POS / Testbetrieb Verkaufsgeräte in Fahrzeugen	Dez. 2011	2'011	

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
▪ Unterhalt Verkaufsgeräte (Anzahl)			
- Billettautomaten	196	198	198
- Entwerter (stationär)	45	47	49
- Fahrscheinausgabegeräte Fahrzeuge	30	32	34
- Fahrscheinausgabegeräte Verkaufsstellen	3	3	3
▪ Anzahl Drittverkaufsstellen (Kioske)	11	11	11
▪ Anzahl Fahrzeuge mit AFAZ ausgerüstet	16	17	17

IAFP Stadtbus Winterthur

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	43'684	44'741	48'517	51'152	50'851	50'022
Erlös	43'684	44'741	48'517	51'152	50'851	50'022
Nettokosten/Globalkredit	0	0	0	0	0	0
Kostendeckungsgrad in %	100	100	100	100	100	100

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	21'899'348	17'100'000	19'611'775	5'715'000	4'952'500

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Wirtschaftlichkeit Kostenvorgabe ZVV: Max. Abweichung Fahrleistungserbringung in % <i>Messgrösse:</i> - CC-Rechnung „Fahrleistung“ (gemäss Zielvereinbarung vom 7. Juli 2005) Fahrleistungskosten für Stadt- und Regionallinien <i>Messgrösse:</i> - Kosten der Fahrleistung pro Fahrplankilometer Verlustzeiten Stadtnetz <i>Messgrösse:</i> - Volkswirtschaftlicher Schaden pro Jahr in Stunden - Volkswirtschaftlicher Schaden pro Jahr in CHF Produktivität Fahrdienst <i>Messgrösse:</i> - Krankheitsstunden pro MA - Produktive Dienstplanstunden pro MA Kostendeckungsgrad sämtlicher Linien von Stadt und Region <i>Messgrösse:</i> - Linienerefolgsrechnung ZVV / KDG in %	erfüllt	2.4	0.0			
	7.25	7.73	7.81	8.24	8.19	8.05
	0	350'000	400'000			
	0	10'500'000	12'000'000			
	92	85	85	85	85	85
	1'734	1'740	1'750	1'750	1'750	1'750
	63.9	59.5	60.0	60.5	61.0	61.0
2 Marktleistung Anzahl Personenkilometer und Fahrgäste <i>Messgrösse:</i> - Statistik Fahrgastzählung / Personenkilometer - Statistik Fahrgastzählung / Fahrgäste Pünktlichkeitsgrad <i>Messgrösse:</i> - nicht verspätete Personen (maximal 3 Minuten) in % Anzahl erschlossene Personen (in der Stadt Winterthur) gemäss §4 kantonale Angebotsverordnung <i>Messgrösse:</i> - Einwohnerzahl minus Einwohner unerschlossen Kommunikation	59'700'000	59'500'000	60'000'000	60'200'000	60'500'000	61'000'000
	25'500'000	25'200'000	26'200'000	27'000'000	27'200'000	28'000'000
	91	90	91	92	93	94
	0	0	98'995	99'985	100'985	101'995
3 Kundenorientierung Kundenzufriedenheit bei MVU (Marktverantwortliche Unternehmen) - Aufgaben <i>Messgrösse:</i> - Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte Kundenzufriedenheit bei Fahrlistungsaufgaben <i>Messgrösse:</i> - Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte Reklamationen <i>Messgrösse:</i> - Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte	69	keine Messung	71	keine Messung	73	keine Messung
	72	keine Messung	74	keine Messung	75	keine Messung
	37	keine Messung	44	keine Messung	48	keine Messung

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
4 Öffentlichkeitsarbeit						
Kommunikation						
▪ Anzahl Medienmitteilungen	12	16	18	18	18	18
▪ Anzahl Medienanlässe	2	3	3	3	3	2
Image						
Messgrösse:						
▪ Anzahl positive / negative Medienberichte	4:1	3 : 1	3 : 1	3 : 1	3 : 1	3 : 1
5 Mitarbeitende						
Kundenfreundlichkeit des Fahrpersonals und Mitarbeiterzufriedenheit						
Messgrösse:						
▪ Kundenbefragung ZVV / Anzahl Punkte	72	keine Messung	74	keine Messung	75	keine Messung
▪ Befragung zur MA-Zufriedenheit / % der zufriedenen bzw. sehr zufriedenen MA	keine Messung	keine Messung	74	keine Messung	75	keine Messung
Mitarbeiterzufriedenheit durch Erfolgsbeteiligung						
Messgrösse:						
▪ Kundenbefragung und Rechnungsergebnis / Betrag pro Mitarbeitenden	0	0	0			
▪ Realisierte Erfolgsbeteiligung in % des möglichen Maximums	entfällt	50.0	50.0	50	50	50
Interne Kommunikation						
Messgrösse:						
▪ Anzahl Teilnehmende (freiwillig) pro Personalveranstaltung	190	220	220	230	230	230
Lehrlingsausbildung						
Messgrösse						
▪ Anzahl Lehrlinge, Praktikumsplätze und Anlehre (31.12)	4.0	4.0	4.0	4	4	4

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

- Neubau Depot und Verwaltung Grüzefeld
- Sanierung Depot Grüzefeld
- Umbau Bahnhofplatz Süd

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Erhöhung Einnahmen aus Fahrzeugwerbung
- Einführung Winterfahrplan Linie 2
- Vorprojekt Linienerweiterung Linie 1 Oberwinterthur
- Diverse Projekte Busbeschleunigung

FinöV Stadt

Auftrag

Finanzierung der Abgeltungen der Stadt Winterthur im Bereich des öffentlichen Verkehrs gemäss gesetzlicher Grundlage, Gemeinderats- und Stadtratsbeschlüssen.

Produkte

1 Kostenunterdeckung Zürcher Verkehrsverbund

Finanzierung des jährlichen Gemeindebeitrages an die Kostenunterdeckung des Zürcher Verkehrsverbundes gemäss ZVV-Abrechnung und Verkehrsratsbeschluss

2 Zusatzfinanzierung diverser Leistungen für ÖV

Finanzierung von Fahrplanleistungen, Angebotserweiterungen und Haltestelleninfrastruktur über das Verbundangebot hinaus

3 Leistungen an Stadtbus

Finanzierung von Aufwand bei Stadtbus welcher nicht durch das Leistungsentgelt des Zürcher Verkehrsverbundes gedeckt ist

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (PVG) vom 6.3.1988
- Verordnung über die Gemeindebeiträge an den Verkehrsverbund vom 14.12.1988

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeinderatsbeschluss zur Angebotserweiterung Linie 14 (HB – Hegi) vom 28.6.2004
- Stadtratsbeschluss zur Angebotserweiterung Linie 12 (HB – Eschenberg) vom 27.10.2004, SR-Beschluss Nr. 2004-2142
- Stadtratsbeschlüsse 2000-315 und 2001-243 zu den Leistungen an Stadtbus

Stufe Verwaltungseinheit

Verantwortliche Leitung

Thomas Nideröst

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit			
Angebotsverlängerung Linie 12 (Mittwochnachmittag)			
Messgrösse:			
▪ Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste)	2'381	2'700	2'800
Reinigungskosten Haltestellen (gemäss Leistungsvereinbarung TB)			
Messgrösse:			
▪ Kosten insgesamt	750'000	750'000	750'000
▪ Anzahl Haltestellen		251	251
Angebotsverlängerung Linie 674 (EKZ Rosenberg)			
Messgrösse:			
▪ Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste)		70'000	100'000
Angebotsverlängerung Linie 3 (Linienverlängerung)			
Messgrösse:			
▪ Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste)		4.200 Mio.	4.400 Mio.
Angebotsverlängerung Linie 11			
Messgrösse:			
▪ Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste)		135'000	135'000
2 Kundennutzen und Nachhaltigkeit			
Messgrösse:			
▪ Fahrgastfrequenzsteigerung der Linie 12 in % (Plan VJ)	-7	5	4
Haltestelleninfrastruktur			
Messgrösse:			
▪ Anzahl neue Buswartehallen	0	7	9
▪ Kundenzufriedenheit: Sauberkeit an Haltestellen	67	keine Messung	70
▪ Kundenzufriedenheit: Haltestelleninfrastruktur (Witterungsschutz, Beleuchtung und Sitzbank)	69	keine Messung	72

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	16'222'844	16'605'600	17'023'479

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Die Zunahme des budgetierten Aufwandüberschusses gegenüber dem Voranschlag 2011 ist auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Minderkosten bei der Rententeuerung
- Mehrkosten für den ZVV (Kostenunterdeckung), die Erschliessung Aussenwachen und die Neue Linienführung (L 11 und L 4) ab Sommer 2012
- Mehrkosten Lohnanteile Stadt, Residualkosten, Dept.-Sekretariat und Entschädigung Verkehrsumleitungen
- Mehrkosten für Aufwand Unterhalt Wartehallen
- Minderkosten für die Nachführung der APG-Infotafeln, Betriebsausflüge Fahrdienst (alle 2 Jahre) und Kapitalkosten Buswartehallen
- Mehrertrag für die Einnahmen Buswartehallen
- Minderertrag für §-20 Leistungen EKZ-Rosenberg und Parkplatzabgabe Migros/Coop

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Die Zunahme des budgetierten Aufwandüberschusses 2012 gegenüber der Rechnung 2010 ist auf folgende Faktoren zurückzuführen:

- Mehrkosten bei der Rententeuerung
- Mehrkosten für den ZVV (Kostenunterdeckung), Aussenwachen, L 12 Bruderhaus, Extrafahrten im Auftrag der Stadt Winterthur und Neue Linienführung (L11 und L 4) ab Sommer 2012
- Mehrkosten Lohnanteile Stadt, Residualkosten, Dept.-Sekretariat, Entschädigungen Verkehrsumleitungen und Kapitalkosten Buswartehallen
- Minderkosten für die Ausfalltage Weihnachten/Neujahr
- Mehrertrag für Einnahmen Buswartehallen
- Minderertrag für §-20 Leistungen EKZ-Rosenberg und Parkplatzabgabe Migros/Coop

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	255'459	344'524	293'412
Sachkosten	37'704	50'000	403'374
Beiträge an Dritte	14'826'623	15'646'758	15'819'911
Residualkosten	402'410	398'310	411'099
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'590	88'008	1'953
Mietkosten	0	0	0
Übrige interne Kosten	1'647'722	1'698'000	1'715'400
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>17'171'507</i>	<i>18'225'600</i>	<i>18'645'149</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	17'171'507	18'225'600	18'645'149
Externe Erlöse	384'000	340'000	365'000
Interne Erlöse	564'663	230'000	261'270
Beiträge von Dritten	0	1'050'000	995'400
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>948'663</i>	<i>1'620'000</i>	<i>1'621'670</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	948'663	1'620'000	1'621'670
Total Nettokosten / Globalkredit	16'222'844	16'605'600	17'023'479
Kostendeckungsgrad in %	6	9	9

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Umsetzung Projekt neue Buswartehallen
- Umbau Bahnhofplatz Süd

Produkt 1 Kostenunterdeckung Zürcher Verkehrsverbund

Leistungen

- Finanzielle Leistung gemäss Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr (PVG) und der Verordnung über die Gemeindebeiträge an den Zürcher Verkehrsverbund

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	14'809'722	14'561'758	14'553'911
Erlös	384'000	0	0
Nettokosten	14'425'722	14'561'758	14'553'911
Kostendeckungsgrad in %	3	0	0

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Periodengerechte Abgrenzung der ZVV-Abrechnung aus Vorjahren	Dezember	Dezember	Dezember

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
- Anrechenbare, gewichtete Haltestellenabfahrten - Kostenanteil an Kostenunterdeckung in % (Anteil Gemeindebeiträge)	19'262'000 7.5	19'262'000 7.5	19'262'000 7.4

Produkt 2 Zusatzfinanzierung diverser Leistungen für ÖV

Leistungen

- Gemeindeeigene Finanzierung diverser zusätzlicher Leistungen (Angebots Erweiterungen, Studien, Buswartehallen etc.) welche nicht durch den ZVV finanziert werden.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'286'755	2'042'008	2'471'327
Erlös	564'663	1'620'000	1'621'670
Nettokosten	722'092	422'008	849'657
Kostendeckungsgrad in %	44	79	66

Nach erfolgter Umgruppierung ergibt sich im Ist 2010 ein bereinigter Kostendeckungsgrad von 64%

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
- Linie 12: Einhaltung Kostenvorgabe Heidi Taxi (Mittwochnachmittag) - Linie 3: Linienerweiterung und Kostenübernahme durch Migros - Werbeeinnahmen (APG) aus Haltestellenwerbung in Fr. - Gesamtreinigung wichtiger Haltestellen (> 600 Einsteiger/Tag) jährlich - Reinigung Haltestellen bei ausserordentlicher Verunreinigung - Wichtige Haltestellen (> 600 Einsteiger/Tag) Reaktionszeit in Std. - Leeren der Papierkörbe an Haltestellen mit hohen Fahrgastfrequenzen und grossem Verschmutzungspotential - Linie 674: Kostenübernahme durch Migros	16'900 320'000 2 3 täglich	17'000 373'000 340'000 2 3 1 bis 2 mal täglich 472'000	17'000 402'000 365'000 2 3 1 bis 2 mal täglich 472'000

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
- Linie 12: Fahrplankilometer Mittwochnachmittag pro Jahr - Linie 674: Fahrplankilometer - Linie 3: Fahrplankilometer (Linienverlängerung)	1'850	1'831 74'814 20'059	1'831 102'600 31'200

Produkt 3 Leistungen an Stadtbus

Leistungen

- Interne Vergütungen der Stadt für Leistungen oder Aufwendungen von Stadtbus, die nicht durch das Leistungsentgelt des Zürcher Verkehrsverbundes finanziert sind

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	1'075'030	1'621'834	1'619'911
Erlös	0	0	0
Nettokosten	1'075'030	1'621'834	1'619'911
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Keine neuen oder zusätzlichen Kosten für Stadtbus, die nicht durch Leistungsentgelt ZVV finanziert sind, ausgenommen neue §-20 Leistungen. Veränderung zu Vorjahr	4'231	0	0

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
- Betriebsausflüge Fahrdienst (Anzahl Stunden) - Kompensationstage Weihnachten/Neujahr (Anzahl Stunden) - Verkehrsdienst und Überwachung (Anzahl Anlässe)	0 3	1'448 0 3	0 0 3

IAFP FinöV Stadt

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	17'171	18'225	18'645	18'995	18'941	19'574
Erlös	948	1'620	1'621	1'642	1'659	1'680
Nettokosten/Globalkredit	16'223	16'606	17'023	17'353	17'282	17'894
Kostendeckungsgrad in %	6	9	9	9	9	9

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	740'000	585'150	585'150	585'150	585'150

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Wirtschaftlichkeit						
Angebotsverlängerung Linie 12 (Mittwochnachmittag)						
Messgrösse:						
▪ Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste)	2'381	2'700	2'800	2'900	3'000	3'000
Reinigungskosten Haltestellen (gemäss Leistungsvereinbarung TB)						
Messgrösse:						
▪ Kosten insgesamt	750'000	750'000	750'000	850'000	850'000	850'000
▪ Anzahl Haltestellen	0	251	251	255	257	260
Angebotsverlängerung Linie 674 (EKZ Rosenberg)						
Messgrösse:						
▪ Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste)	0	70'000	100'000	130'000	150'000	160'000
Angebotsverlängerung Linie 3 (Linienverlängerung)						
Messgrösse:						
▪ Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste)	0.0	4.200 Mio.	4.400 Mio.	4.500 Mio.	4.600 Mio.	4.600 Mio.
Angebotsverlängerung Linie 11						
Messgrösse:						
▪ Frequenzstatistik (Anzahl Fahrgäste)	0	135'000	135'000	140'000	150'000	150'000
2 Kundennutzen und Nachhaltigkeit						
Messgrösse:						
▪ Fahrgastfrequenzsteigerung (Linie 12) in %	-7	5	4	5	5	5
▪ Fahrgastfrequenzsteigerung (Linie 14) in %	0	0	0			
Haltestelleninfrastruktur						
Messgrösse:						
▪ Anzahl neue Buswartehallen	0	7	9	9	9	10
▪ Kundenzufriedenheit: Sauberkeit an Haltestellen	67	keine Messung	70	keine Messung	72	keine Messung
▪ Kundenzufriedenheit: Haltestelleninfrastruktur (Witterungsschutz, Beleuchtung und Sitzbank)	69	keine Messung	72	keine Messung	76	keine Messung

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

- Umsetzung Projekt neue Buswartehallen
- Umbau Bahnhofplatz Süd

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen

Forstbetrieb

Auftrag

Der Forstbetrieb Winterthur ist verantwortlich für Unterhalt, Pflege und Nutzung des Natur- und Erholungsraums Wald. Er betreibt den Wildpark Bruderhaus als Ausflugsziel und Umweltbildungsort. Die Bevölkerung findet beim Forstbetrieb kompetente Ansprechpartner für alle Belange von Wald, Wild und Natur. Der Forstbetrieb Winterthur nimmt die hoheitlichen Aufgaben des kommunalen Forstdienstes gemäss Waldgesetzgebung wahr.

Produkte

1. Verrechenbare Leistungen:

Verkauf von Holz und Holzprodukten, Erbringen von Dienstleistungen innerhalb der Stadtverwaltung und für Dritte gegen Verrechnung.

2. Nicht verrechenbare und hoheitliche Leistungen:

Jungwaldpflege, Wildschadenverhütung und Biotoppege, Betrieb Wildpark Bruderhaus, Bau, Betrieb und Unterhalt von Erholungs- und Sportanlagen, Strassen und Wegen, Führungen, Vorträge und Exkursionen, Planung und Ausführung von Naturschutzmassnahmen, Sicherheitsholzerei, Hochwasserschutz, Forstpolizei, Querschnittsaufgaben, Beförderung Privatwald.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

Bundesgesetz über den Wald vom 4. Oktober 1991
Verordnung über den Wald vom 30. November 1992
Kantonales Waldgesetz vom 7. Juni 1998
Kantonale Waldverordnung vom 28. Oktober 1998

Stufe Verwaltungseinheit

Leitbild Forstbetrieb, Oktober 2000

Verantwortliche Leitung

Beat Kunz, Stadtförstmeister

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung Kostendeckungsgrad aus der ordentlichen Holznutzung in % Kostendeckungsgrad aus verrechenbaren Dienstleistungen in %	118 111	>100 >110	>100 >110
2 Kundenorientierung Leistungen werden pünktlich und bedürfnisgerecht erbracht. <i>Messgrösse:</i> Anzahl begründete negative Reaktionen (Leserbriefe, Zuschriften, Anrufe)	0	<5	<5
3 Nachhaltigkeit Der Forstbetrieb Winterthur sorgt dafür, dass der Wald seine Leistungen zugunsten der Bevölkerung nachhaltig erbringt. <i>Messgrösse:</i> FSC-Audit	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden
4 Naturschutz <i>Messgrössen:</i> Flächenanteil Naturvorrangflächen in % Laufmeter Waldrandpflege, Aren Pflege Lichte Wald, Aren Eichen- und Eibenförderungsmassnahmen. Anzahl grössere öffentliche Aktionen Anzahl Stunden für Umweltbildung	11 2'430 5 602.00	11 1'000 3 >500	11 1'000 3 >500
5 Objektschutz und Sicherheit Vermeiden von Hochwasserschäden an Siedlungen und Verkehrswegen durch naturnahen Hang- und Gewässerverbau und -Unterhalt. <i>Messgrösse:</i> Anzahl Fälle Vermeiden von Werkeigentümerhaftungsfällen durch sachgemässe Waldpflege und Werkunterhalt. <i>Messgrösse:</i> Anzahl Haftungsfälle Bedürfnisgerechter Unterhalt des Waldwegnetzes auf den Unterhaltsstandards hoch 66 Kilometer reduziert 91 Kilometer stark reduziert 17 Kilometer <i>Messgrösse:</i> Anzahl auf Unterhaltsmängel zurückzuführende Unfälle	Keine Fälle Keine Haftungsfälle Keine Unfälle	Keine Fälle Keine Haftungsfälle Keine Unfälle	Keine Fälle Keine Haftungsfälle Keine Unfälle
6 Lehrbetrieb Ausbildung von Forstwartlernenden <i>Messgrösse:</i> Anzahl Lehrstellen	5	5	5

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	2'199'177	2'455'524	2'505'684

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Kosten

Personalkosten:

Unverändert 26.50 Stelleneinheiten und 5 Lehrstellen.

Dazu Beschäftigung von Forstingenieur- und Försterpraktikantinnen und -Praktikanten.

Sachkosten:

Höhere Treibstoffpreise.

Mehrproduktion Energieholz.

Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen auf Investitionen gemäss Investitionsprogramm 2011.

Erlöse

Holznachfrage und Holzpreise infolge des starken Frankenkurses auf dem Preisniveau Winter 2010-11 budgetiert.

Nadelstammholz Fr. 110.00 je m3, Laubstammholz Fr. 90.00 je m3.

Mehrbedarf Energieholz dank Inbetriebnahme Contractinganlage Wyden.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Kosten

Personalkosten:

Projekt KAP-Teilohnarbeitsplätze im Forstbetrieb gemäss SRB 10.383-1.

Lohnstufenanstieg, Beschäftigung von Forstingenieur- und Försterpraktikantinnen und -Praktikanten.

Vakanzen in der Rechnungsperiode 2010 wurden mit Unternehmereinsätzen kompensiert.

Sachkosten:

Weniger Anschaffungen.

Keine Vakanzen mit Unternehmereinsätzen zu kompensieren.

Höhere Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen auf Investitionen.

Erlöse

Der Hiebsatz (Nachhaltig nutzbare Holzmenge) wurde in Folge von Orkan Lothar und als Anpassung an die Waldbaulichen Ziele gesenkt. Dadurch weniger Holzertrag.

Real zu erwartende Erträge aus der ordentlichen Holznutzung und für Dienstleistungen.

Staatsbeiträge für die geplanten beitragsberechtigten Leistungen in der Waldpflege.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	3'335'214	3'530'587	3'560'847
Sachkosten	2'089'259	1'835'398	1'980'219
Beiträge an Dritte	7'688	8'000	8'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	222'063	343'719	374'618
Mietkosten	30'418	30'400	30'500
Übrige interne Kosten	230'637	201'120	206'000
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>5'915'279</i>	<i>5'949'224</i>	<i>6'160'184</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	5'915'279	5'949'224	6'160'184
Externe Erlöse	2'315'036	2'347'700	2'421'500
Interne Erlöse	1'229'136	975'000	1'056'000
Beiträge von Dritten	171'930	171'000	177'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>3'716'102</i>	<i>3'493'700</i>	<i>3'654'500</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	3'716'102	3'493'700	3'654'500
Total Nettokosten / Globalkredit	2'199'177	2'455'524	2'505'684
Kostendeckungsgrad in %	63	59	59

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	24.10	26.50	26.50
▪ Auszubildende	5.00	5.00	5.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze			

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Keine Veränderungen im Stellenplan.

Keine Veränderung bei Stelleneinheiten und Lehrplätzen.

Beschäftigung von Forstingenieur- und Försterpraktikantinnen und -Praktikanten.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Holznutzung im Stadtwald gemäss dem zu erwartenden reduzierten Hiebsatz von 16'000 Tfm. (Jährlich nachwachsende Holzmenge)
- Sinnvolle Nutzung des Holzpotenzials im Privatwald.
- Optimierung und Ausbau des Energieholzbetriebes.
- Realisierung des Projektes Wildpferd-Mufflonanlage im Wildpark Bruderhaus.
- Sanierung Luchsgehege im Wildpark Bruderhaus.
- Projektierung Ausbau Betriebsgebäude Wildpark Bruderhaus.
- Projektierung Winforst, Zusammenlegung Betriebsstützpunkte: Zusammenlegung der gesamten Infrastruktur des Forstbetriebs und teilweise des Wildparks sowie Betriebsleitung und Administration.
- Verkehrskonzept Eschenberg umgesetzt.
- Projektierung "Aufwertung Reitplatz" innerhalb des Programms "Entwicklungsimpuls Töss".
- Walkeweiher Hochwasserschutz sichergestellt und als Naherholungs- und Naturraum aufgewertet.
- Allmend Güetli eingeweiht.

Produkt 1 Verrechenbare Leistungen

Leistungen

- Produktion und Verkauf von Stammholz, Industrieholz, Brennholz, Holzschnitzeln, Kleinmaterial (Weihnachtsbäume, Dekorationsmaterial, Tische, Bänke, Pfähle, Scheitstöcke)
- Spezialholzerei in Gärten und Parkanlagen, Tiefbau, Ingenieurbiologie und Grünverbau, Planungen und Konzepte

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	3'005'565	2'605'835	2'694'361
Erlös	3'235'737	2'797'071	2'857'189
Nettokosten	-230'173	-191'236	-162'828
Kostendeckungsgrad in %	108	107	106

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kostendeckungsgrad Holz ab Wald in %	117.7	110.0	108.0
Keine Unfälle bei der Holzerei mit gravierenden Personenschäden	0	0	0
Umsatz Dienstleistungen für Private in CHF	159'000	180'000	162'000
Umsatz Dienstleistungen Stadtverwaltung in CHF	614'000	340'000	490'000
Kostendeckungsgrad Dienstleistungen in %	111.3	110.0	110.0
Brennstofflogistik Schnitzelheizungen jederzeit sichergestellt	Keine	Keine	Keine
Messgrösse: Betriebsunterbrüche	Betriebsunterbrüche	Betriebsunterbrüche	Betriebsunterbrüche

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Hiebsatz Stadtwald in m3	21'600	17'000	16'000
Produktion Nadelholz in m3	7'400	8'000	6'400
Produktion Laubholz in m3	1'800	1'500	2'200
Produktion Brennholz und Holzschnitzel in m3	9'800	7'500*	7'400*

* plus aus Zukauf von Schnitzelholz aus Privatwäldern in Stadt und Region Winterthur:

Soll 2011: 1'600 m3

Soll 2012: 2'100 m3

Produkt 2 Nicht verrechenbare und hoheitliche Leistungen

Leistungen

- Jungwaldpflege
- Wildschadenverhütung, Biotophege, Wild und Jagd
- Wildpark Bruderhaus
- Planung, Bau und Unterhalt Sport- und Erholungsanlagen im Wald
- Unterhalt von Waldstrassen und Wegen
- Umweltbildung, Exkursionen, Führungen, Vorträge
- Bau, Unterhalt und Pflege von Naturschutzflächen im Wald
- Sicherheitsholzerei entlang von Strassen, Siedlungen, Infrastrukturanlagen
- Bachunterhalt und -Verbau, Rutschungs- und Hangverbau
- Forstpolizei, Bewilligungswesen
- Forstliche Planung
- Querschnittsaufgaben in der Stadtverwaltung (Umwelt, Naturschutz, Energie)
- Beförderung des Privatwaldes auf Stadtgebiet

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	2'909'356	3'343'389	3'465'823
Erlös	480'364	696'629	797'311
Nettokosten	2'428'991	2'646'760	2'668'512
Kostendeckungsgrad in %	17	21	23

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Jungwaldpflege: Gemäss Pflegeplänen	erledigt	erledigt	erledigt
Wildpark Bruderhaus: Wildpferd-Mufflonanlage	Projekt bereit	Baubeginn	Bau Abschluss
Waldweg-Unterhaltskonzept	erledigt	erledigt	erledigt
Naturschutz: Holzschläge für lichten Wald:	3 Holzschläge	3 Holzschläge	3 Holzschläge
Naturschutz: Neophyten in Wald-Naturschutzgebieten eingedämmt	erledigt	erledigt	erledigt
Beförderung Privatwald in ha	462	462	462
Betriebspläne Eschenberg-Seen-Töss und Kümberg	Vor Abschluss	erledigt	2011 erledigt

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Jungwaldpflege in Hektaren	51	45	45
Laufender Unterhalt Wegnetz in km	170	170	170
Periodischer Unterhalt Wegnetz (Bekiesung) in km	3	3	3
Sicherheitsholzerei (Anzahl Holzschläge)	16	4	4
Kontrolle und Unterhalt von Bächen und Entwässerungsgräben im Wald in km	60	60	60
Biotopunterhalt, Anzahl gepflegter Biotope	12	12	12

IAFP Forstbetrieb

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	5'915	5'949	6'160	6'160	6'160	6'160
Erlös	3'716	3'493	3'654	3'635	3'630	3'630
Nettokosten/Globalkredit	2'199	2'456	2'506	2'526	2'531	2'531
Kostendeckungsgrad in %	63	59	59	59	59	59

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	1'750'000	3'080'000	3'810'000	2'810'000	400'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
Kostendeckungsgrad aus der ordentlichen Holznutzung in %	118	>100	>100	>100	>100	>100
Kostendeckungsgrad aus verrechenbaren Dienstleistungen in %	111	>110	>110	>110	>110	>110
2 Kundenorientierung						
Leistungen werden pünktlich und bedürfnisgerecht erbracht. Messgrösse: Anzahl begründete negative Reaktionen (Leserbriefe, Zuschriften, Anrufe)	0	<5	<5	<5	<5	<5
3 Nachhaltigkeit						
Der Forstbetrieb Winterthur sorgt dafür, dass der Wald seine Leistungen zugunsten der Bevölkerung nachhaltig erbringt. Messgrösse: FSC-Audit	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden	Audit bestanden
4 Naturschutz						
Messgrössen: Flächenanteil Naturvorrangflächen in %	11	11	11	11	11	11
Laufmeter Waldrandpflege, Aren Pflege Lichter Wald, Aren Eichen- und Eibenförderungsmassnahmen.	2'430	1'000	1'000	1'000	1'000	1'000
Anzahl grössere öffentliche Aktionen	5	3	3	3	3	3
Anzahl Stunden für Umweltbildung	602.0	>500	>500	>500	>500	>500

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
5 Objektschutz und Sicherheit Vermeiden von Hochwasserschäden an Siedlungen und Verkehrswegen durch naturnahen Hang- und Gewässerverbau und -Unterhalt. <i>Messgrösse:</i> Anzahl Fälle Vermeiden von Werkeigentümerhaftungsfällen durch sachgemässe Waldpflege und Werkunterhalt. <i>Messgrösse:</i> Anzahl Haftungsfälle Bedürfnisgerechter Unterhalt des Waldwegnetzes auf den Unterhaltsstandards hoch 66 Kilometer reduziert 91 Kilometer stark reduziert 17 Kilometer <i>Messgrösse:</i> Anzahl auf Unterhaltsmängel zurückzuführende Unfälle	Keine Fälle	Keine Fälle	Keine Fälle	Keine Fälle	Keine Fälle	Keine Fälle
	Keine Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle	Keine Haftungsfälle
	Keine Unfälle	Keine Unfälle	Keine Unfälle	Keine Unfälle	Keine Unfälle	Keine Unfälle
6 Lehrbetrieb Ausbildung von Forstwartlernenden <i>Messgrösse:</i> Anzahl Lehrstellen	5	5	5	5	5	5

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

- Wildpark Bruderhaus: Entwicklungskonzept 2020 zur Hälfte umgesetzt.
- Wildpark Bruderhaus: Betriebsgebäude ausgebaut, entspricht den Vorschriften und Anforderungen für zeitgemässe Arbeitsplätze.
- Aufwertung Reitplatz gemäss Ergebnissen der Studie 2006 umgesetzt.
- Der gesamte Forstbetrieb inklusive Betriebsleitung an einem Standort zusammengeführt im Rahmen des Projekts WinForst.
- Eschenbergturm saniert.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen

Stadtgärtnerei

Auftrag

Die Stadtgärtnerei Winterthur stellt eine nachhaltige Entwicklung und Nutzung der städtischen Grünräume sicher. Dies beinhaltet Projektierungs- und Pflegemassnahmen, Nutzungsaufsicht und Grünberatung. Sie gewährleistet pietätvolle Bestattungen und qualitativ hochstehende Grab- und Friedhofpflege.

Produkte

1 Leistungen mit vollem Ertrag

Objektplanung für Investitionsrechnung; Baumanagement Aussenanlagen; Grünpflege Schulanlagen; Grünpflege Sportanlagen; Grünpflege Liegenschaften Stadtverwaltung; Pflanzenproduktion für Verkauf; Produktion Floristik; Innenbegrünung städtische Liegenschaften; Bestattung auswärts Wohnende; Grabpflege; Bestattungszusatzleistungen.

2 Leistungen mit Teilertrag

Naturschutzplanung und -controlling; Pflege überkommunales Verkehrsgrün; Diverse Dienstleistungen.

3 Leistungen ohne Ertrag

Grünraum- und Entwicklungskonzepte; Objektplanung für laufende Rechnung; Baubewilligungsverfahren; Bewirtschaften GIS-Daten; Pflege öffentliche Grünanlagen; Pflege Naturschutzobjekte; Pflege kommunales Verkehrsgrün; Pflanzenproduktion für Grünanlagen; Pflege Friedhofanlagen; Bestattung Einwohner/innen Winterthurs.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- Werkeigentümerhaftung (§ 58 OR)
- Bundesgesetz über den Umweltschutz
- Eidg. Stoffverordnung
- Planungs- und Baugesetz des Kantons Zürich
- Strassengesetz des Kantons Zürich
- Gesundheitsgesetz des Kantons Zürich
- Kantonale Bestattungsverordnung

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Verordnung über das Bestattungs- und Friedhofswesen
- Grabmalverordnung
- Gebührentarif für die Friedhöfe
- Geschäftsreglement der Naturschutzkommission
- Naturschutzkonzept
- Alleenkonzept

Stufe Verwaltungseinheit

- Entwicklungskonzepte für Grünanlagen und Friedhöfe
- Jahreszielsetzungen

Verantwortliche Leitung

Christian Wieland

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung 1.1 Marktgerechte Verrechnungsansätze bei voller Kostendeckung <i>Messung / Bewertung:</i> Vergleich der 10 umsatzstärksten Verrechnungsansätze mit Branchenansätzen <i>Messgrösse:</i> - Ansätze StG in % der Branchenansätze im proportionalen Durchschnitt 1.2 Pflegekosten Grünanlagen <i>Messung / Bewertung:</i> Durchschnittliche Pflegekosten aller Anlagen einer Klasse pro m2 und Jahr in CHF <i>Messgrössen:</i> - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 1, Sportanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 2, Schulanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 3, Kindergärten - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 4, Öffentliche Grünanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 5, Verkehrsgrün - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 6, Naturschutzobjekte	88.20	<100	<100
2 Kundenorientierung 2.1 Hoher Grad an Kundenzufriedenheit <i>Messung / Bewertung:</i> Periodisch durchgeführte Umfrage. <i>Messgrösse:</i> - Prozentsatz der Bewertungen Stadtgärtnerei 'gut' oder 'sehr gut' 2.2 Steigerung Kundennutzen <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der Ressourcen der laufenden Rechnung, die einen erhöhten Kundennutzen darstellen <i>Messgrösse:</i> - Prozentsatz der gesamthaft eingesetzten Ressourcen (laufende Rechnung)	keine Erhebung	75	*keine Erhebung
3 Sicherheit 3.1 Die Sicherheit von Bäumen und Anlagen (bspw. Kinderspielplätzen) wird gewährleistet <i>Messung / Bewertung:</i> Durchführung der festgelegten periodischen Kontrollen (Bäume zweijährlich, Spielgeräte halbjährlich) und Massnahmen gemäss Checklisten <i>Messgrösse:</i> a) Prozentsatz der durchgeführten von den festgelegten Kontrollen b) Anzahl der berechtigten Ansprüche aus Werkeigentümerhaftung (ohne Bagatellfälle) 3.2 Die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz hat einen hohen Stand <i>Messung / Bewertung:</i> Umsetzung der Vorschriften, Kontrollen und Massnahmen gemäss Handbuch für den Sicherheitsbeauftragten (Arbeitssicherheit Schweiz) <i>Messgrösse:</i> - Anzahl der vermeidbaren Unfälle mit mittel- bis langfristigen Folgen	100.0 0.0	100.0 0.0	100.0 0.0

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
4 Nachhaltigkeit/Oekologie			
4.1 Wiederverwendung von Grünabraum <i>Messung/Bewertung:</i> Menge des jährlichen Abraums (Schnittgut, Laub, Holz) und des wieder eingebrachten Materials (Kompost, Schnitzel) in Anlagen, Friedhöfen und Produktion. <i>Messgrösse:</i> ▪ Prozentsatz des wieder eingebrachten vom anfallenden Grünabraum.	31.0	30.0	30.0
4.2 Öffentlichkeitsarbeit <i>Messung / Bewertung:</i> Durchführen von Aktionen in den Bereichen Naturschutz, Umweltbildung, Gartendenkmalpflege u. dgl. <i>Messgrösse:</i> ▪ Aktionen pro Jahr	11	6	8
4.3 Naturnah gepflegte Flächen <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der naturnah/extensiv gepflegten Flächen an allen Pflegeflächen in % <i>Messgrösse:</i> ▪ Prozentsatz der naturnah/extensiv gepflegten Flächen	21.9	22.0	22.0
4.4 Projekte im Naturschutzbereich <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl der im Budgetjahr bearbeiteten Naturschutzprojekte <i>Messgrösse:</i> ▪ Projekte im Jahr	3	4	4
4.5 Einsatz chemischer Hilfsstoffe <i>Messung / Bewertung:</i> Beschränkung des Einsatzes chemischer Hilfsstoffe auf die "Positivliste" der VSSG <i>Messgrösse:</i> ▪ Maximaler Prozentsatz der verwendeten chemischen Hilfsstoffe, die in der "Positivliste" nicht aufgeführt sind	14.4	15.0	10.0

2.1 Kundenzufriedenheit: ab 2012 ist eine zweijährliche Umfrage vorgesehen.

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	11'000'569	11'562'593	11'717'357

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

- Das Total der effektiven Kosten muss um CHF 599'000 höher budgetiert werden. Für den Betrieb des Krematoriums muss aus Kapazitäts- und Sicherheitsgründen eine 3. Stelle geschaffen werden (steter Zweipersonen-Betrieb). Lohnmassnahmen 2012. Zusätzliche Sachkosten für verschiedenste Investitionsprojekte. Teuerung (teils vertraglich vereinbart) auf Wareneinkauf und Dienstleistungen Dritter. Zusätzliche Kosten (aber auch Mehrertrag) für Steinplatten, Beschriftungen und Grapflege für neue Gemeinschaftsgräber.
- Das Total der effektiven Erlöse ist um CHF 445'000 höher budgetiert. Es wird mit einer Zunahme an Kremationen für Gemeinden und Dienstleistungen im Bestattungswesen gerechnet. Ebenso für interne Dienstleistungen wie Grünflächenpflege. Der Staatsbeitrag zu den Unterhaltskosten Gemeindestrassen wird neu mit dem Finanzausgleich abgegolten.
- Die Nettokosten respektive der Globalkredit steigen gegenüber dem Voranschlag 2011 um CHF 155'000. Der Kostendeckungsgrad steigt auf 41 %.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

- Das Total der effektiven Kosten steigt um CHF 1'029'000. Mehraufwand bei den Personalkosten infolge Lohnmassnahmen 2012 + 2011 sowie Stellenaufstockung und höhere Sozialleistungen. Zusätzliche Sachkosten für verschiedenste Investitionsprojekte. Beim Wareneinkauf, bei den DL Dritter und bei den Entsorgungskosten ist eine Teuerung und zunehmender Umsatz budgetiert.
- Das Total der effektiven Erlöse kann um CHF 313'000 höher budgetiert werden. Teuerungsbedingte Anpassung des Gebührentarifs für die Friedhöfe. Zusätzlicher Ertrag für interne Dienstleistungen sowie Aufträge Dritter. Der Staatsbeitrag zu den Unterhaltskosten Gemeindestrassen wird neu mit dem Finanzausgleich abgegolten.
- Die Nettokosten respektive der Globalkredit steigen gegenüber der Rechnung 2010 um CHF 716'000.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	10'294'140	10'308'038	10'658'142
Sachkosten	5'991'184	6'193'721	6'164'076
Beiträge an Dritte	21'134	29'300	25'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	1'988'114	2'159'375	2'451'929
Mietkosten	99'239	91'950	99'450
Übrige interne Kosten	343'878	385'459	368'660
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>18'737'688</i>	<i>19'167'843</i>	<i>19'767'257</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	18'737'688	19'167'843	19'767'257
Externe Erlöse	4'236'458	4'495'000	4'841'100
Interne Erlöse	3'289'340	2'895'250	3'101'800
Beiträge von Dritten	211'322	215'000	107'000
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>7'737'119</i>	<i>7'605'250</i>	<i>8'049'900</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	7'737'119	7'605'250	8'049'900
Total Nettokosten / Globalkredit	11'000'569	11'562'593	11'717'357
Kostendeckungsgrad in %	41	40	41

* Total effektive Erlöse in % der Total effektiven Kosten.

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	90.58	90.38	91.38
▪ Auszubildende	13.17	13.00	13.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen

Teilfinanziert durch Kremationserträge. Für den Betrieb des Krematoriums muss aus Kapazitäts- und Sicherheitsgründen eine 3. Stelle geschaffen werden, damit ein steter Zweipersonen-Betrieb gewährleistet werden kann. Die Kremationen haben seit Betriebsaufnahme um rund 400 zugenommen (CHF 200'000 Ertrag).

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Büel: Sanierung Abwasserkanal
- Eulachpark: Fertigstellung 3. Etappe
- Verschiedene Massnahmen zur Verbesserung der Biodiversität
- Projekt Grünflächenmanagement Schulbauten abgeschlossen
- Sanierung 2 Spielplätze
- Vernetzungsprojekte Reutlingen / Stadel und Ricketwil
- Friedhof Seen: Erweiterung Nischenanlage
- Friedhof Wülflingen: Erweiterung Nischenanlage
- Friedhof Wülflingen: Neues Gemeinschaftsgrab
- Friedhof Rosenberg: Gemeinschaftsgrab togeborene Kinder
- Friedhof Rosenberg: Neubau Werkhof
- Stadtgarten: Umsetzung Sanierungsmassnahmen

Produkt 1 Leistungen mit vollem Ertrag**Leistungen**

- Objektplanung für Aussenanlagen welche über die Investitionsrechnung finanziert werden
- Baumanagement für Aussenanlagen, wie Kostenvoranschläge, Submission, Bauleitung
- Grünpflege für die Umgebung von Schulhäusern, Kindergärten und Horten
- Grünpflege für Sportanlagen, wie Rasen-, Gehölz- und Baumpflege
- Grünpflege für Liegenschaften der Stadtverwaltung
- Pflanzenproduktion für Verkauf im Friedhof und an Dritte
- Produktion Floristik, wie Dekorationen, Büroschmuck, Grabschmuck, Trauerbinderei
- Innenbegrünung für städtische Liegenschaften
- Bestattung auswärts Wohnende, Kremation i.A. von Gemeinden, Beisetzungen auf städtischen Friedhöfen
- Grabpflege für Private als Jahres- oder Dauerauftrag
- Bestattungszusatzleistungen, wie Grabplatzvermietung, Nischenbeschriftungen u.dgl.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	7'023'359	7'072'708	7'263'437
Erlös	6'890'178	6'845'953	7'262'454
Nettokosten	133'180	226'755	983
Kostendeckungsgrad in %	98	97	100

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kostendeckungsgrad für alle Leistungen des Produkts 1 in %	98.1	97.0	100.0
Kostendeckungsgrad für Bestattung auswärts Wohnende in %	103.7	104.5	100.0
Verrechnungsansätze für Planungsleistungen in % der KBOB-Ansätze	82	<100	<100
Auslastung der Kulturflächen in den Gewächshäusern in %	67.00	65.00	65.00

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Planungsleistungen in Std.	2'079	2'100	2'100
Pflegeflächen Sportanlagen in m2	189'675	189'700	189'700
Pflegeflächen Schulanlagen in m2	472'988	477'700	480'000
Pflegeflächen Kindergärten in m2	105'856	104'500	105'000
Anzahl für Verkauf produzierte Topf- und Gruppenpflanzen	188'000	198'500	198'500
Anzahl Kremationen auswärts Wohnende	1'703	1'650	1'700
Anzahl gepflegte Erdgräber (Sarg-, Urnen-, Privatgräber) FH Rosenberg	5'127	5'130	5'050
Anzahl gepflegte Erdgräber (Sarg- und Urnengräber) Vorortsfriedhöfe	2'418	2'350	2'310
Anzahl neu erstellte Privat- und Baumgräber	37	45	40

Produkt 2 Leistungen mit Teilertrag

Leistungen

- Naturschutzplanung und -controlling, wie Naturschutzprojekte und Umsetzung, Beitragswesen, Kontrollen
- Pflege überkommunales Verkehrsgrün, wie Alleen, Hecken und Rabatten an "überkommunalen" Strassen
- Diverse Dienstleistungen, wie Rückerstattungen, Vermietungen, Verwaltungsleistungen

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	2'121'096	2'120'545	2'199'481
Erlös	836'940	759'297	787'446
Nettokosten	1'284'156	1'361'248	1'412'035
Kostendeckungsgrad in %	39	36	36

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anteil erstellter Pflegepläne aller Naturschutzflächen auf Stadtgebiet in %	60.4	70.0	75.0
Anzahl der zusätzlich gepflanzten Alleeabäume an überkommunalen Strassen (ohne Ersatzpflanzungen)	17	30	30
Anzahl Arbeitsplätze für Integration	13	13	12

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Planungsleistungen für Naturschutz in Std.	1'014	1'000	1'000
Beaufschlagte Naturschutzgebiete überkommunal, m2	239'000	239'000	239'000
Beaufschlagte Naturschutzgebiete kommunal, m2	190'900	190'900	190'900
Wertvolle Naturschutzobjekte (noch nicht inventarisiert), m2		21'000	25'000
Anzahl Strassenbäume, überkommunal	2'553	2'600	2'620

Produkt 3 Leistungen ohne Ertrag

Leistungen

- Grünraum- und Entwicklungskonzepte für Park- und Friedhofanlagen, Kinderspielanlagen und Verkehrsgrün
- Objektplanung für die laufende Rechnung, wie Umgestaltungen, Neuebelegungen und Pflegepläne
- Baubewilligungsverfahren für Umgebungsgestaltung im Auftrag des Baupolizeiamtes (bis Rechnung 2007 im Produkt 1)
- Bewirtschaften von GIS-Daten, Baum- und Grünflächenkataster
- Pflege öffentlicher Grünanlagen, wie Parkanlagen, Kinderspielplätze und Kleinanlagen
- Pflege der stadt eigenen Naturschutzobjekte (exkl. Wald)
- Pflege kommunales Verkehrsgrün, wie Strassenbäume, Hecken, Rabatten an Strassen
- Pflanzenproduktion für Grünanlagen für Rabatten und Blumenschalen
- Pflege Friedhofanlagen; Rasen, Beläge, Rabatten, Gehölze, Bäume, Einrichtungen
- Bestattung Einwohner/innen Winterthurs; Sarg, Einsargen, Transport, Aufbahrung, Kremation, Beisetzung

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	9'571'946	9'974'590	10'304'339
Erlös	0	0	0
Nettokosten	9'571'946	9'974'590	10'304'339
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl der erstellten Entwicklungskonzepte	3	2	3
Anteil der extensiv/naturnah gepflegten Flächen in öffentlichen Grünanlagen in %	25	26	28
Pflegepläne für öffentliche Grünanlagen, anteilmässig erstellt in %	67	100	100
Anzahl der zusätzlich gepflanzten Allee-bäume an kommunalen Strassen (ohne Ersatzpflanzungen)	55	25	20
Durchschnittliche Kosten einer Bestattung in CHF	2'336	2'400	2'450

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Planungsleistungen in Std.	3'091	3'000	3'000
Pflegeflächen öffentliche Grünanlagen, m2	452'886	455'000	455'000
Naturschutzflächen durch StG gepflegt, m2	280'225	280'000	280'000
Anzahl Strassenbäume, kommunal	1'679	1'680	1'720
Anzahl für Grünanlagen produzierte Topf- und Gruppenpflanzen	32'390	34'000	34'000
Pflegeflächen Friedhofanlagen, m2	208'093	208'000	208'000
Anzahl Bestattungen Einwohner/innen Winterthurs	923	930	930

IAFP Stadtgärtnerei

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	18'737	19'167	19'767	19'844	20'074	20'167
Erlös	7'737	7'605	8'049	8'061	8'107	8'153
Nettokosten/Globalkredit	11'001	11'563	11'717	11'783	11'967	12'014
Kostendeckungsgrad in %	41	40	41	41	40	40

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	4'830'000	4'980'000	1'600'000	3'735'000	2'890'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung						
1.1 Marktgerechte Verrechnungsansätze bei voller Kostendeckung						
Messung / Bewertung:						
Vergleich der 10 umsatzstärksten Verrechnungsansätze mit Branchenansätzen						
Messgrösse:						
▪ Ansätze StG in % der Branchenansätze im proportionalen Durchschnitt	88.20	<100	<100	<100	<100	<100

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1.2 Pflegekosten Grünanlagen <i>Messung / Bewertung:</i> Durchschnittliche Pflegekosten aller Anlagen einer Klasse pro m2 und Jahr in CHF <i>Messgrößen:</i> - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 1, Sportanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 2, Schulanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 3, Kindergärten - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 4, Öffentliche Grünanlagen - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 5, Verkehrsgrün - CHF pro m2 und Jahr für Pflegeklasse 6, Naturschutzobjekte						
	2.30	2.60	2.50	2.50	2.60	2.60
	2.46	2.60	2.60	2.60	2.70	2.70
	5.02	5.50	5.40	5.40	5.50	5.50
	6.03	6.60	6.30	6.30	6.40	6.40
	5.16	5.10	5.10	5.10	5.20	5.20
	0.99	1.20	1.10	1.10	1.10	1.10
2 Kundenorientierung 2.1 Hoher Grad an Kundenzufriedenheit <i>Messung / Bewertung:</i> Periodisch durchgeführte Umfrage. <i>Messgrösse:</i> - Prozentsatz der Bewertungen Stadtgärtnerei 'gut' oder 'sehr gut' 2.2 Steigerung Kundennutzen <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der Ressourcen der laufenden Rechnung, die einen erhöhten Kundennutzen darstellen <i>Messgrösse:</i> - Prozentsatz der gesamthaft eingesetzten Ressourcen (laufenden Rechnung)						
	keine Erhebung	75.0	*keine Erhebung	75	*keine Erhebung	75
	1.2	1.0	1.0	1.0	1.0	1.0
3 Sicherheit 3.1 Die Sicherheit von Bäumen und Anlagen (bspw. Kinderspielflächen) wird gewährleistet <i>Messung / Bewertung:</i> Durchführung der festgelegten periodischen Kontrollen (Bäume zweijährlich, Spielgeräte halbjährlich) und Massnahmen gemäss Checklisten <i>Messgrösse:</i> a) Prozentsatz der durchgeführten von den festgelegten Kontrollen b) Anzahl der berechtigten Ansprüche aus Werkeigentümerhaftung (ohne Bagatellfälle) 3.2 Die Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz hat einen hohen Stand <i>Messung / Bewertung:</i> Umsetzung der Vorschriften, Kontrollen und Massnahmen gemäss Handbuch für den Sicherheitsbeauftragten (Arbeitssicherheit Schweiz) <i>Messgrösse:</i> - Anzahl der vermeidbaren Unfälle mit mittel- bis langfristigen Folgen						
	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0
	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
	1.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
4 Nachhaltigkeit/Oekologie						
4.1 Wiederverwendung von Grünabraum <i>Messung/Bewertung:</i> Menge des jährlichen Abraums (Schnittgut, Laub, Holz) und des wieder eingebrachten Materials (Kompost, Schnitzel) in Anlagen, Friedhöfen und Produktion. <i>Messgrösse:</i> ▪ Prozentsatz des wieder eingebrachten vom anfallenden Grünabraum.	31.0	30.0	30.0	30.0	30.0	30.0
4.2 Öffentlichkeitsarbeit <i>Messung / Bewertung:</i> Durchführen von Aktionen in den Bereichen Naturschutz, Umweltbildung, Gartendenkmalpflege u. dgl. <i>Messgrösse:</i> ▪ Aktionen pro Jahr	11	6	8	7	7	7
4.3 Naturnah gepflegte Flächen <i>Messung / Bewertung:</i> Anteil der naturnah/extensiv gepflegten Flächen an allen Pflegeflächen <i>Messgrösse:</i> ▪ Prozentsatz der naturnah/extensiv gepflegten Flächen	21.9	22.0	22.0	24.0	25.0	25.0
4.4 Projekte im Naturschutzbereich <i>Messung / Bewertung:</i> Anzahl der im Budgetjahr bearbeiteten Naturschutzprojekte <i>Messgrösse:</i> ▪ Projekte pro Jahr	3	4	4	3	3	4
4.5 Einsatz chemischer Hilfsstoffe <i>Messung / Bewertung:</i> Beschränkung des Einsatzes chemischer Hilfsstoffe auf die "Positivliste" der VSSG <i>Messgrösse:</i> ▪ Maximaler Prozentsatz der verwendeten chemischen Hilfsstoffe, die in der "Positivliste" nicht aufgeführt sind	14.4	15.0	10.0	10.0	10.0	10.0

*2.1 Kundenzufriedenheit: ab 2012 ist nur noch eine zweijährliche Umfrage vorgesehen (gesamstädtische).

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

- Eulachpark 4. Etappe: Projektierung
- Stadtgarten: Aufwertung gemäss Testplanung
- Grüzefeld: Umnutzung für Bewegung und Sport
- Natur- und Landschaftsschutzmassnahmen: Aktualisierung der Inventare und Vernetzungsprojekte, Überprüfung der Strategie, Umsetzung
- Friedhof Rosenberg: Renovation und Umnutzung alte Kapelle

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

- Im Zentrumsgebiet Oberwinterthur wird der Eulachpark als wesentliches städtebauliches Element in 4 Etappen (2006 bis 2017) erstellt.
- Der Stadtgarten ist als altstadtnaher Grünraum bei Einwohnern und Passanten sehr geschätzt und sehr stark genutzt. Durch gezielte Eingriffe soll auf diesen Nutzungsdruck reagiert werden. Eine Testplanung hat mögliche Massnahmen aufgezeigt. Die Umsetzung ist in Etappen vorgesehen.
- Das Grüzefeld liegt in der Erholungszone und ist eine wichtige Landreserve für Freiräume zwischen den wachsenden Stadtteilen Mattenbach und Seen. Ein Teil davon soll nun sanft umgestaltet und so aufgewertet werden, dass er für vielfältige sportliche und spielerische Aktivitäten genutzt werden kann.
- Die betriebliche Nutzung der alten Kapelle schadet dem Rittmeyer-Gebäude. Es soll künftig für Aufbahrungen und als Aufenthalt für Friedhofbesuchende genutzt werden. Zudem soll der Zugang zur Aufbahrungshalle in die Kapelle verlegt werden.

Stadtkanzlei

Auftrag

Die Produktgruppe Stadtkanzlei stellt die administrativen Kernfunktionen der legislativen und exekutiven Tätigkeiten innerhalb der Stadt Winterthur sicher. Neben dem Grossen Gemeinderat und dem Stadtrat sind auch Wahlen/Abstimmungen und Einbürgerungen sowie das Stadtarchiv in dieser Produktgruppe enthalten.

Produkte

1 Behörden

Zu den Behörden werden der Grosse Gemeinderat (Legislative) und der Stadtrat (Exekutive) gezählt.

2 Kanzleifunktionen

Die Stadtkanzlei ist das zentrale Sekretariat von Stadtrat und Grosse Gemeinderat. Sie unterstützt und berät beide Behörden auch in juristischen Fragen. Zudem betreut sie das Einbürgerungswesen und organisiert die Wahlen und Abstimmungen. Der Stadtkanzlei ist der Informationsdienst als zentrale Stelle für die städtische Öffentlichkeitsarbeit angegliedert.

3 Stadtarchiv

Das Stadtarchiv dient gemäss gesetzlichem Auftrag der Bewahrung, Erschliessung und Vermittlung einer dauerhaften Überlieferung zu administrativen, rechtlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Zwecken.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Bund / Kanton

- eidgenössische und kantonale Gesetzgebung über die Politischen Rechte
- eidgenössische und kantonale Gesetzgebung über Erwerb und Verlust des Bürgerrechtes
- Gemeindegesetz
- Kantonales Archivgesetz und Vollzugsverordnung
- Gesetz über die Information und den Datenschutz IDG

Stufe Stadt (GGR / SR)

- Gemeindeordnung
- Geschäftsordnungen Stadtrat und Grosser Gemeinderat
- Verordnung über das Bürgerrecht der Stadt Winterthur
- Verordnung betr. die Organisation des Wahlbüros
- Städtisches Archivreglement
- Beschluss betreffend Informationspolitik des Stadtrates

Stufe Verwaltungseinheit

- Ablieferungsvereinbarungen mit städtischen Amtsstellen
- Depositaverträge mit Kirchgemeinden, Firmen, Privaten
- Beschluss des Stadtrates vom 19. Dezember 2001 ("Richtlinien für den Versand von Parteienwerbung vor Proporzahlen")

Verantwortliche Leitung

Arthur Frauenfelder

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Auf parlamentarische Zielvorgaben für die Behörden (GGR und SR) wird verzichtet. Die Zielvorgaben für die Stadtkanzlei und das Stadtarchiv beziehen sich auf die Dienstleistungen mit Publikumsverkehr.			
1 Zugänglichkeit Die Stadtkanzlei und der Informationsdienst stehen für Anfragen von Dritten zur Verfügung. <i>Messgrössen:</i> Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche Das Stadtarchiv ist der Bevölkerung zur Benutzung zugänglich. <i>Messgrössen:</i> Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	37.5 36.5 37.5 30	37.5 36.5 37.5 30	37.5 36.5 37.5 35
2 Kundenorientierung Das Stadtarchiv beantwortet Anfragen mit einem verhältnismässigen Einsatz. <i>Messgrössen:</i> Durchschnittlicher Zeitaufwand pro Benutzer bzw. Anfrage in Stunden	0.7	0.7	0.7

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	7'832'627	9'813'640	10'077'576

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012

Personalkosten

Geringerer Aufwand für die Entschädigung der Wahlbüros (keine Proporzwahlen); tiefere AHV-Ersatzrenten.

Sachkosten

teilweise Aufhebung der Reduktion des SR-Kredites für einmalige Aufgaben; neu: auf die Stadtkanzlei übertragener Mitgliedschaftsbeitrag an den Städteverband (bisher über Finanzamt); geringerer Aufwand für Porti i.Z. mit Wahlen und Abstimmungen; höhere Kosten im Stadtarchiv für Erweiterung von Scope (Beschaffung Modul Query zur Online-Recherche) und Wartung/Support von ERMS; weniger Unterstützungsaufwand der IDW i.Z. mit Wahlen/Abstimmungen; grösserer Aufwand für Dienstleistungen IDW für Implementierung und Betrieb ERMS.

Beiträge an Dritte

Wegfall des Beitrages an Wahlwerbungsversand (2012 keine Proporzwahlen); neu: auf die Stadtkanzlei übertragene Belastung des jährlichen Beitrages an Winterthur Tourismus (bisher über Finanzamt) und des Beitrages an die Aussenkampagne von Winterthur Tourismus.

Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen

Höherer Aufwand für Kapitalzinsen und Abschreibungen i.Z. mit ERMS/ELAR.

Übrige interne Kosten

Neu: auf die Stadtkanzlei übertragene interne Verrechnung der Stelle Projektleitung FOKUS von DKD.

Externe Erlöse

Aufgrund des Gesuchseinganges im laufenden Jahr ist mit leicht höheren Einnahmen aus Einbürgerungsgebühren zu rechnen.

Interne Erlöse

Höhere Residualkostenerträge.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010

Personalkosten

Geringerer Aufwand für Wahlbüroentschädigungen (2012 keine Proporzwahlen).

Sachkosten

Reduktion des Kredites des SR für einmalige Aufgaben teilweise aufgehoben; Einstellung mit Fr. 1'400'000.-- für einmalige und SR-Kredit unverändert mit Fr. 40'000 für wiederkehrende Aufgaben. Beide Kredite sind in der Rechnung 2010 nicht ausgewiesen. Die entsprechenden Kosten werden nach der Zusprennung an die einzelnen Abteilungen vom Voranschlag der Stadtkanzlei in denjenigen der begünstigten Abteilung übertragen. Neu: auf die Stadtkanzlei übertragener Mitgliedschaftsbeitrag an den Städteverband (bisher über Finanzamt); Höherer Aufwand für Versand von Wahlunterlagen und Werbung i.Z. mit kommunalen Abstimmungen; Erweiterung von Scope (Beschaffung Modul Query zur Online-Recherche) im Stadtarchiv; Wartung/Support von ERMS. Reduzierter Aufwand der IDW i.Z. mit Dienstleistungen für Wahlen und Abstimmungen; grösserer Aufwand für Dienstleistungen der IDW für Implementierung und Betrieb von ERMS.

Beiträge an Dritte

Wegfall des Beitrages an Wahlwerbungsversand (2012 keine Proporzwahlen); neu: auf die Stadtkanzlei übertragene Belastung des jährlichen Beitrages an Winterthur Tourismus (bisher über Finanzamt) und des Beitrages an die Aussenkampagne von Winterthur Tourismus.

Übrige interne Kosten

Neu: auf die Stadtkanzlei übertragene interne Verrechnung der Stelle Projektleitung FOKUS von DKD.

Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen

Erhöhte Kapitalzinsen und Abschreibungen i.Z. mit ERMS/ELAR.

Externe Erlöse

2010 nicht budgetierbare Lohnrückerstattungen; leicht höhere Einbürgerungsgebühren veranschlagt.

Interne Erlöse

Höhere Residualkostenerträge; Wegfall Verfilmung "Landbote".

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	5'809'782	6'121'329	5'753'190
Sachkosten	1'800'373	3'347'187	3'489'085
Beiträge an Dritte	567'181	653'000	1'065'000
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	71'889	76'008	110'979
Mietkosten	791'815	793'300	790'520
Übrige interne Kosten	26'806	21'100	249'103
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>9'067'844</i>	<i>11'011'924</i>	<i>11'457'877</i>
Verrechnungen innerhalb PG	10'000	10'000	10'000
Total effektive Kosten	9'057'844	11'001'924	11'447'877
Externe Erlöse	296'349	270'035	332'930
Interne Erlöse	938'869	928'249	1'047'371
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>1'235'217</i>	<i>1'198'284</i>	<i>1'380'301</i>
Verrechnungen innerhalb PG	10'000	10'000	10'000
Total effektive Erlöse	1'225'217	1'188'284	1'370'301
Total Nettokosten / Globalkredit	7'832'627	9'813'640	10'077'576
Kostendeckungsgrad in %	14	11	12

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	19.29	19.95	19.95
▪ Auszubildende	1.00	1.00	1.00
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	1.00	1.00	1.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen
Keine Bemerkung

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012

- Durchführung von Pilotprojekten zur Implementierung von ERMS (Elektronisches Records Management System), parallel dazu Einführung von Retention Schedules (Ordnungssysteme zur Aktenführung).
- Einführung der Online-Recherche im Archivverzeichnis system Scope.

Produkt 1 Behörden

Leistungen

Grosser Gemeinderat

- Erfüllung der Legislativaufgaben im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch 60 nebenamtliche Mitglieder des Grossen Gemeinderates.

Stadtrat

- Erfüllung der Exekutivaufgaben im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften durch sieben vollamtliche Stadträte und Stadträtinnen.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	4'108'633	5'339'000	6'392'135
Erlös	8'562	0	0
Nettokosten	4'100'071	5'339'000	6'392'135
Kostendeckungsgrad in %	0	0	0

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Auf die Angabe von operativen Zielen wird verzichtet.			

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl Sitzungen des Grossen Gemeinderates	25	25	25
Anzahl Kommissionssitzungen des Grossen Gemeinderates	103	116	105
Anzahl Sitzungen des Stadtrates	41	41	41
Anzahl Stadtratsgeschäfte	1'542	1'800	1'600

Produkt 2 Kanzleifunktionen

Leistungen

- Die Stadtkanzlei ist Stabsstelle für den Grossen Gemeinderat (GGR) und den Stadtrat (SR). Überdies sind hier der Rechtskonsulent des Stadtrates, der Informationsdienst und der Weibeldienst beheimatet. Ferner organisiert die Stadtkanzlei eine Vielzahl von Veranstaltungen des GGR und des SR. Sie ist auch zuständig für die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen sowie die Bearbeitung von Einbürgerungsgesuchen.

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	4'098'095	4'765'090	3'973'811
Erlös	1'195'367	1'177'784	1'361'301
Nettokosten	2'902'728	3'587'306	2'612'510
Kostendeckungsgrad in %	29	25	34

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Wahlen und Abstimmungen			
Anzahl Urnengänge pro Jahr	4	5	4
Anzahl Sachvorlagen pro Jahr	12	15	15
Durchführung einer Proporzwahl (ja/nein)	ja	ja	nein

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Einbürgerungen			
Anzahl eingereichter Einbürgerungsgesuche von ausländischen Personen	380	400	400
Anzahl durch GGR eingebürgerte ausländische Personen	352	500	500
Anzahl durch den Stadtrat eingebürgerte ausländische Personen	173	150	150
Anzahl durch den GGR abgelehnte Einbürgerungsgesuche	4	4	4
Anzahl Rückstellungen	26	25	25
Anzahl durch den Stadtrat eingebürgerte schweizerische Personen	24	20	24
Stadtkanzlei			
Anzahl Versände an den Grossen Gemeinderat	62	75	70
Anzahl Stadtratsbeschlüsse	684	700	700
Anzahl Stadtratsbriefe	361	340	340
Anzahl organisierte Veranstaltungen	105	100	100
Informationsdienst			
Anzahl Medienmitteilungen	330	380	350
Anzahl Pressekonferenzen, Besichtigungen und Anlässe	67	70	70

Produkt 3 Stadtarchiv

Leistungen

Das dauernd bedeutsame Schriftgut (alle Arten von Daten und Dokumenten) der Stadt(verwaltung) erfassen, sichten, sichern und für den administrativen Gebrauch und die historische Forschung erschliessen und vermitteln.

a) Vorarchiv Bereich: Registraturplanung, Beratung, Akzession, Bewertung

b) Erhaltung, Restaurierung, Mikroverfilmung, Digitalisierung

c) Ordnung, Erschliessung

d) Benutzung und Vermittlung

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	838'915	907'834	1'091'932
Erlös	31'288	20'500	19'000
Nettokosten	807'626	887'334	1'072'932
Kostendeckungsgrad in %	4	2	2

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Eingesetzte Stunden für Registraturplanung, Beratung, Akzession und Bewertung	2'200	2'100	2'100
Eingesetzte Stunden für Erhaltung, Restaurierung, Mikroverfilmung und Digitalisierung	1'000	800	800
Eingesetzte Stunden für Ordnung und Erschliessung	2'600	3'600	3'000
Eingesetzte Stunden für Benutzung und Vermittlung	1'600	1'600	1'600

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Akzessionen Anzahl / Umfang in Laufmeter	32 / 31	35 / 50	35 / 50
Anzahl Aufnahmen (Mikrofilm / Digitalisierung)	16'335/24'998	15'000 / 18'000	9'000 / 18'000
Anzahl Benutzer aus der Verwaltung / zu wissenschaftlichen und privaten Zwecken	208 / 483	250 / 600	250 / 550
Anzahl benutzter Archivalien	3'286	3'500	3'500
Anzahl Auskünfte: mündliche / schriftliche	46 / 254	70 / 250	50 / 250
Führungen / Ausstellungen	6 / 1	5 / 1	5 / 1

IAFP Stadtkanzlei

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	9'057	11'001	11'447	11'403	11'779	12'054
Erlös	1'225	1'188	1'370	1'370	1'370	1'370
Nettokosten/Globalkredit	7'833	9'814	10'078	10'033	10'409	10'684
Kostendeckungsgrad in %	14	11	12	12	12	11

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	1'950'000	1'850'000	1'970'000	2'920'000	2'920'000

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Auf parlamentarische Zielvorgaben für die Behörden (GGR und SR) wird verzichtet. Die Zielvorgaben für die Stadtkanzlei und das Stadtarchiv beziehen sich auf die Dienstleistungen mit Publikumsverkehr. Die Stadtkanzlei und der Informationsdienst stehen für Anfragen von Dritten zur Verfügung.						
1 Zugänglichkeit Die Stadtkanzlei und der Informationsdienst stehen für Anfragen von Dritten zur Verfügung. <i>Messgrössen:</i> Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche Das Stadtarchiv ist der Bevölkerung zur Benutzung zugänglich. <i>Messgrössen:</i> Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	37.5 36.5 37.5 30	37.5 36.5 37.5 30	37.5 36.5 37.5 35	37.5 36.5 37.5 35	37.5 36.5 37.5 35	37.5 36.5 37.5 35
2 Kundenorientierung Das Stadtarchiv beantwortet Anfragen mit einem verhältnismässigen Einsatz. <i>Messgrössen:</i> Durchschnittlicher Zeitaufwand pro Benutzer bzw. Anfrage in Stunden	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

- Ausbreitung des ERMS (Elektronisches Records Management System) und von Records Management in der Verwaltung
- elektronische Archivierung in einem elektronischen Langzeitarchiv
- Archivraumplanung
- Beratung und Übernahme von Akten im Vorfeld von Fokus
- 2014: Durchführung der Erneuerungswahlen des Grossen Gemeinderates und des Stadtrates für die Amtsdauer 2014 - 2018
- 2015: Durchführung der Erneuerungswahlen von Kantons- und Regierungsrat sowie von National- und Ständerat

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Keine Bemerkungen

Ombuds- und Datenaufsichtsstelle

Auftrag

Die Ombuds- und Datenaufsichtsstelle als verwaltungsunabhängige Stellen prüfen

- aufgrund einer Beschwerde, auf Anregung oder von sich aus, ob städtische Behörden und Verwaltungsstellen sowie alle Institutionen und Organisationen des privaten Rechts, denen öffentliche Aufgaben übertragen worden und die überwiegend von der Stadt finanziert werden, nach Recht und Billigkeit verfahren (Grundsätze der Gesetzmässigkeit, der Verhältnismässigkeit, der Fairness und des Handelns nach Treu und Glauben usw.).
- ob die Bestimmungen des kantonalen Gesetzes über die Information und den Datenschutz durch die städtischen Behörden und Verwaltungsstellen eingehalten werden.

Produkte

1 Ombudsstelle

Behandlung der Beschwerden (Beratung, Abklärungen, nach Möglichkeit Vermittlung und notfalls Empfehlung) und der Anfragen (Geschäfte mit vergleichsweise kleinerem Bearbeitungsaufwand).

2 Datenaufsichtsstelle

Überwachung der Anwendung der Vorschriften über den Datenschutz, Auskunftserteilung, Beratung und Information, ggf. Vermittlung, Beurteilung von Erlassen und Vorhaben, die den Datenschutz betreffen.

Rechtsgrundlagen und verwaltungsinterne Grundlagen

Stufe Kanton

Datenaufsichtsstelle

- Informations- und Datenschutzgesetz IDG vom 12. Februar 2007
- Verordnung über die Information und den Datenschutz (IDV) vom 28.05.2008
- RRB-Nr. 3304 vom 27. November 1996

Stufe Stadt (GGR / SR)

Ombudsstelle

- § 70 der Gemeindeordnung
- Verordnung über die Ombudsstelle vom 23. Juni 2008
- Beschluss des GGR über die Besoldung der Ombudsperson vom 27.10.08

Datenaufsichtsstelle

- Verordnung über die/den Datenschutzbeauftragten der Stadt
- Stadtratsbeschluss "Richtlinie Sofortmassnahmen zur Umsetzung des Öffentlichkeitsprinzips" vom 1. Oktober 2008

Verantwortliche Leitung

Ombudsstelle:

Viviane Sobotich

Datenaufsichtsstelle:

Philip Glass

▼ B e s c h l u s s t e i l ▼

Parlamentarische Zielvorgaben	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
1 Zugänglichkeit Die Ombuds- und Datenaufsichtsstelle ist leicht und formlos erreichbar. <i>Messgrössen:</i> ▪ Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche ▪ Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	 32.0 32.0	 32.0 32.0	 32.0 / 12.0 32.0 / 6.0
2 Kundenorientierung Die Ombuds- und Datenaufsichtsstelle ist spezifische Kontaktstelle für Anfragen von Dritten bzw. von städtischen Stellen. <i>Messgrössen:</i> Aufteilung Kosten Ombuds- / Datenaufsichtsstelle: ▪ Anteil der Ombudsstelle am Gesamtaufwand netto in CHF ▪ Anteil der Datenaufsichtsstelle am Gesamtaufwand netto in CHF Ombudsstelle ▪ Erledigte Geschäfte ▪ Anzahl pendente Geschäfte per Ende Jahr ▪ Reaktionszeit zwischen Eingang und erster materieller Kontaktaufnahme Datenaufsichtsstelle ▪ Erledigte Geschäfte ▪ Anzahl pendente Geschäfte per Ende Jahr ▪ Reaktionszeit zwischen Eingang und erster materieller Kontaktaufnahme	 270'631 9'480 195 19 < 2 Tage 24 1 < 2 Tage	 267'497 96'215 130 30 < 2 Tage 30 15 < 3 Tage	 271'621 129'338 150 30 < 2 Tage 80 15 < 3 Tage
3 Leistungserbringung Die Ombuds- und Datenaufsichtsstelle erbringt ihre Leistungen kompetent, adäquat und lösungsorientiert. <i>Messgrössen:</i> ▪ Abnahme des Jahresberichtes durch den GGR (Beurteilung der Tätigkeit aufgrund des Jahresberichtes) ▪ Aufschluss über die einzelnen Aktivitäten, Möglichkeiten des Vorgehens und Wirkungsgrad, u.a. aufgrund der Schilderung konkreter Fallbeispiele und der statistischen Angaben. (vgl. Rubrik Wesentliche Massnahmen und Projekte auf den folgenden Seiten). Medienorientierung findet statt:	 Juni 2011 MO 06.05.11	 Juni 2012 MO Juni 2012	 Juni 2013 MO Juni 2013

Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Nettokosten / Globalkredit	264'904	365'527	400'959

▼ I n f o r m a t i o n s t e i l ▼

Begründung Abweichung Voranschlag 2011/2012**Ombudsstelle**

Die Ombudsstelle bewegt sich bei den Kosten auf der Höhe des VO 2011. Dank leicht höherem Residualkostenbeitrag (+CHF 6'100) bewegt sich das Nettoergebnis 2012 unter dem Voranschlag 2011.

Datenaufsichtsstelle

Per 1.1.2011 hat der neue Datenaufsichtsbeauftragte seine Tätigkeit aufgenommen. Die Kostenveränderung ist vor allem auf die Sachkosten zurückzuführen.

Begründung Abweichung Voranschlag 2012 zu Rechnung 2010**Ombudsstelle**

Die Ombudsstelle bewegt sich bei den Kosten leicht unter der Rechnung 2010. Insbesondere dank leicht höherem Residualkostenbeitrag (+CHF 6'100) bewegt sich das Nettoergebnis 2012 unter demjenigen der Rechnung 2010.

Datenaufsichtsstelle

Bis im 2010 wurde die Datenaufsichtsstelle von der Stadtkanzlei interimsmässig wahrgenommen. Per 1.1.2011 hat nun der neue Datenaufsichtsbeauftragte seine Tätigkeit aufgenommen.

Nettokosten / Globalkredit	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personalkosten	311'222	376'527	379'280
Sachkosten	18'014	41'182	79'576
Beiträge an Dritte	0	0	0
Residualkosten	0	0	0
Kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen	0	0	0
Mietkosten	27'410	40'100	43'000
Übrige interne Kosten	740	200	300
<i>Kosten inkl. Verrechnungen</i>	<i>357'386</i>	<i>458'009</i>	<i>502'156</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Kosten	357'386	458'009	502'156
Externe Erlöse	0	0	0
Interne Erlöse	92'482	92'482	101'197
Beiträge von Dritten	0	0	0
<i>Erlöse inkl. Verrechnungen</i>	<i>92'482</i>	<i>92'482</i>	<i>101'197</i>
Verrechnungen innerhalb PG	0	0	0
Total effektive Erlöse	92'482	92'482	101'197
Total Nettokosten / Globalkredit	264'904	365'527	400'959
Kostendeckungsgrad in %	26	20	20

Personalinformationen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Personal:			
▪ Stelleneinheiten	0.85	1.35	1.35
▪ Auszubildende	0.08	0.15	0.15
▪ davon KV-Rotationsausbildungsplätze	0.00	0.00	0.00

Erläuterungen zu den Personalinformationen**Ombudsstelle**

Das Pensum im 2010 betrifft mit 0,85 Stellen die Ombudsstelle. Die Stelle der Ombudsperson von 80 Stellenprozenten ist in den 1,35 Stellen nicht enthalten, da die Ombudsperson vom GGR gewählt wird und damit nicht im städtischen Stellenplan enthalten ist. Bei der Ombudsstelle ist eine zweimonatige Praktikantenstelle vorhanden. Gegenüber der Rechnung 2010 wurden keine Änderungen vorgenommen.

Datenaufsichtsstelle

Der Datenschutzbeauftragte ist zurzeit mit einem Pensum von 30% angestellt. Von der gesetzlich vorgesehenen Möglichkeit, ein Sekretariat einzurichten, wurde bisher kein Gebrauch gemacht.

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2012**Ombudsstelle**

Im Jahr 2012 feiert die Ombudsstelle ihr 20-jähriges Bestehen, weshalb ein Anlass geplant wird.

Datenaufsichtsstelle

Einführung von Kontrollinstrumenten und Durchführung von Kontrollen, Begleitung der weiteren Umsetzung des IDG (Anpassung des städtischen Rechts), Einführung eines Newsletters zur Information von Öffentlichkeit und Verwaltung.

Produkt 1 Ombudsstelle

Leistungen

Gemäss der Verordnung über die städtische Ombudsstelle vom 23. Juni 2008

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	363'114	361'388	370'242
Erlös	92'482	92'482	98'621
Nettokosten	270'632	268'906	271'621
Kostendeckungsgrad in %	25	26	27

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Aufgabenerfüllung nach Art. 2 VO Ombudsstelle	erfüllt	zu erfüllen	zu erfüllen

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Anzahl neu eingegangener Fälle	198	155	155

Produkt 2 Datenaufsichtsstelle

Leistungen

Gemäss § 33 ff IDG

Nettokosten	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Kosten	9'480	96'621	131'914
Erlös	0	0	2'576
Nettokosten	9'480	96'621	129'338
Kostendeckungsgrad in %	0	0	2

Operative Ziele	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Aufgabenerfüllung nach § 33 ff IDG	erfüllt	zu erfüllen	zu erfüllen

Leistungsmengen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
Beschäftigungsgrad (in %)	0.0	50.0	Pendent

IAFP Ombuds- und Datenaufsichtsstelle

Nettokosten (in CHF 1'000.-)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Kosten	357	458	502	502	502	502
Erlös	92	92	101	101	101	101
Nettokosten/Globalkredit	265	366	401	401	401	401
Kostendeckungsgrad in %	26	20	20	20	20	20

Investitionsrechnung (in CHF)	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Nettoinvestitionen PG	0	0	0	0	0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
1 Zugänglichkeit						
▪ Telefonische und e-mail-mässige Erreichbarkeit in Stunden pro Woche	32.0	32.0	32.0 / 12.0	32.0 / 12.0	32.0 / 12.0	32.0 / 12.0
▪ Übliche Öffnungszeiten in Stunden pro Woche	32.0	32.0	32.0 / 6.0	32.0 / 6.0	32.0 / 6.0	32.0 / 6.0

Indikatoren (Effizienz, Wirkung/Effektivität, Wirtschaftlichkeit)	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
2 Kundenorientierung						
Aufteilung Kosten Ombuds- / Datenschuttsstelle:						
▪ Anteil der Ombudsstelle am Gesamtaufwand netto in CHF	270'631	267'497	271'621	270'000	270'000	270'000
▪ Anteil der Datenschuttsstelle am Gesamtaufwand netto in CHF	9'480	96'215	129'338	165'000	165'000	165'000
Ombudsstelle						
▪ Erledigte Geschäfte	195.0	130.0	150.0	150	150	150
▪ Anzahl pendente Geschäfte per Ende Jahr	19.0	30.0	30.0	30	30	30
▪ Reaktionszeit zwischen Eingang und erster materieller Kontaktaufnahme	< 2 Tage	< 2 Tage	< 2 Tage	< 2 Tage	< 2 Tage	< 2 Tage
Datenschuttsstelle						
▪ Erledigte Geschäfte	24.0	30.0	80.0	80	80	80
▪ Anzahl pendente Geschäfte per Ende Jahr	1.0	15.0	15.0	15	15	15
▪ Reaktionszeit zwischen Eingang und erster materieller Kontaktaufnahme	< 2 Tage	< 3 Tage	< 3 Tage	< 3 Tage	< 3 Tage	< 3 Tage
3 Leistungserbringung						
Die Ombuds- und Datenschuttsstelle erbringt ihre Leistungen kompetent, adäquat und lösungsorientiert.						
Messgrössen:						
▪ Abnahme des Jahresberichtes durch den GGR (Beurteilung der Tätigkeit aufgrund des Jahresberichtes)	Juni 2011	Juni 2012	Juni 2013	Juni 2014	Juni 2015	Juni 2016
▪ Aufschluss über die einzelnen Aktivitäten, Möglichkeiten des Vorgehens und Wirkungsgrad, u.a. aufgrund der Schilderung konkreter Fallbeispiele und der statistischen Angaben. (vgl. Rubrik Wesentliche Massnahmen und Projekte auf den folgenden Seiten). Medienorientierung findet statt:	MO 06.05.11	MO Juni 2012	MO Juni 2013	MO Juni 2014	MO Juni 2015	MO Juni 2016

Wesentliche Massnahmen und Projekte 2013 - 2015 / geplante Realisierung

Ombudsstelle
keine

Datenschuttsstelle

Begleitung der Umsetzung der Vorgaben des IDG in Bezug auf die Überarbeitung des städtischen Gesetzes im Hinblick auf deren Konformität zu den Vorgaben des IDG. Einführung von Controllinginstrumenten bei Behörden, die heikle Daten bearbeiten. Erarbeitung einer Datenstromanalyse für die Stadtverwaltung. Prüfung der Zuweisung von Zugriffsbefugnissen auf das Einwohnerregister.

Bemerkungen/Begründungen von Entwicklungen

Ombudsstelle

In den Jahren 2009 und 2010 sind die Fallzahlen der Ombudsstelle angestiegen, weshalb das Soll erledigter Geschäfte im Jahr 2012 angehoben wird.

Datenschuttsstelle

Zurzeit wird über eine mögliche Erhöhung der Ressourcen des DSB beraten (Pensum, iur. Sekretariat), die Budgetzahlen stehen daher unter einem entsprechenden Vorbehalt.

Anhang

Kennzahlen

Kennzahlen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012	Plan 2013	Plan 2014	Plan 2015
Bevölkerung	102'344	103'350	103'950	104'550	105'150	106'150

Kontrolltabelle

Produktgruppen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
▪ Personalamt	2'916'790	3'594'907	3'480'607
▪ Stadtentwicklung	4'255'835	4'459'427	4'498'117
▪ Theater Winterthur	3'276'799	3'138'981	6'031'245
▪ Bibliotheken	8'102'807	8'366'655	8'557'423
▪ Subventionsverträge und Beiträge an Dritte	9'617'509	10'520'431	14'552'797
▪ Städtische Museen, Kulturinstitution und Bauten	7'643'127	8'124'632	8'054'996
▪ Rechtspflege	270'715	342'835	381'591
▪ Finanzkontrolle	695'770	720'401	775'282
▪ Finanzamt	2'277'059	2'543'101	2'607'512
▪ Informatikdienste (IDW)	-242'672	110'506	-49'181
▪ Steuerbezug	2'724'004	2'860'192	2'807'696
▪ Immobilien	-804'137	7'776'623	5'937'802
▪ Städtische Allgemeinkosten/Erlöse	548'112	537'017	2'989'242
▪ Steuern und Finanzausgleich	-476'606'313	-507'341'000	-555'862'100
▪ Tiefbau	19'827'883	20'343'006	20'662'021
▪ Entsorgung	0	0	0
▪ Vermessung	627'836	891'245	713'159
▪ Baupolizei	1'791'343	2'322'518	2'069'081
▪ Städtebau	7'548'412	7'788'961	7'896'043
▪ Polizeirichteramt	-1'141'477	-1'479'569	-1'223'408
▪ Stadtpolizei	23'925'966	26'095'374	26'618'918
▪ Betrieb Parkhäuser und Parkplätze	0	0	0
▪ Feuerwehr	6'855'671	6'921'544	7'039'514
▪ Zivilschutz	3'289'898	3'262'578	3'219'746
▪ Melde- und Zivilstandswesen	1'518'016	1'626'064	1'570'719
▪ Umwelt- und Gesundheitsschutz	1'809'524	1'886'424	2'423'920
▪ Volksschule	145'040'526	148'033'225	181'121'575
▪ Materialverwaltung	-7'764	-10'859	-5'071
▪ Sonderschulung	16'738'664	16'870'679	20'728'081
▪ Familienunterstützende Kinderbetreuung	5'970'374	7'917'086	8'788'048
▪ Berufsbildung	9'540'475	8'794'225	9'258'541
▪ Sportamt	12'331'744	11'523'180	12'542'848
▪ Vormundschaftsamt	2'115'633	2'167'234	2'588'973
▪ Jugend- und Familienhilfe	7'440'100	7'934'175	8'853'722
▪ Sozial- und Erwachsenenhilfe	90'601'418	94'402'503	99'653'572
▪ Asylwesen	-540'182	138'641	8'675
▪ Prävention und Suchthilfe	4'810'056	4'906'770	5'371'489
▪ Alterszentren	12'349'141	11'996'845	8'965'687
▪ Spitex	7'303'989	6'478'552	8'677'009
▪ Beiträge im Gesundheits- und Altersbereich	17'726'406	22'153'802	8'431'971
▪ Arbeitsintegration	3'294'014	3'168'205	2'782'468
▪ Stadtwerk Winterthur	0	0	0
▪ Stadtbuss Winterthur	0	0	0
▪ FinoV Stadt	16'222'844	16'605'600	17'023'479
▪ Forstbetrieb	2'199'177	2'455'524	2'505'684

Produktgruppen	Ist 2010	Soll 2011	Soll 2012
▪ Stadtgärtnerei	11'000'569	11'562'593	11'717'357
▪ Stadtkanzlei	7'832'627	9'813'640	10'077'576
▪ Ombuds- und Datenaufsichtsstelle	264'904	365'527	400'959
Total Stadt	2'963'195	2'690'000	-4'754'615